

School of Theology at Claremont



1001 1411806

# KIRCHLICHES JAHRBUCH

## 1978



The Library  
SCHOOL OF THEOLOGY  
AT CLAREMONT

WEST FOOTHILL AT COLLEGE AVENUE  
CLAREMONT, CALIFORNIA







# KIRCHLICHES JAHRBUCH 1978

für die Evangelische Kirche in Deutschland

1978

Herausgegeben von

Dieter Lohmeyer

Mit Beiträgen von

Wolfgang Ibert, Hans-Joachim Lauth, Hans-Joachim Lauth

und Edward Schille

195. Jahrgang

VERLAGSSTELLE

GERD KRAH



# KIRCHLICHES JAHRBUCH

für die Evangelische Kirche in Deutschland

1978

BX  
8020  
A2  
K5  
v.105

Begründet von Johannes Schneider

Herausgegeben von

Wolf-Dieter Hauschild und Erwin Wilkens

in Verbindung mit Georg Kretschmar

und Eduard Lohse

105. Jahrgang

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS

GERD MOHN

**Theology Library**

**SCHOOL OF THEOLOGY  
AT CLAREMONT**

California

ISBN 3-579-00150-7/ISSN 0075-6210

© Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn · Gütersloh 1982

Gesamtherstellung: Hubert & Co., Göttingen

Printed in Germany



# Inhalt

## Einleitung: Zur gegenwärtigen Situation der Evangelischen Kirche in Deutschland

Von Walter Hammer	13
-------------------	----

## I. Kirchliche und theologische Grundsatzfragen

Von Wolf-Dieter Hauschild	19
---------------------------	----

1. Die neue Religiosität als Problem und Chance	19
---	----

„Der Spiegel“: Neue Religiosität	19
----------------------------------	----

R. Leicht: Wider die falsche Religiosität	20
---	----

Leitender Bischof der VELKD Lohse zur geistlichen Aufgabe der Kirche	21
--	----

P. Bendrath: Kirche im Kontext des religiösen Pluralismus	22
---	----

E. Verg: Bibelabdruck im „Hamburger Abendblatt“	24
---	----

Missionarisches Jahr 1980. Ein Positionspapier	25
--	----

Ev. Kirche von Westfalen: Arbeitspapier „Frommsein heute“	27
---	----

EKD-Studie: Evangelische Spiritualität	29
--	----

Empfehlungen des Rates der EKD zur Pflege der Spiritualität	31
---	----

2. Diskussion um die Volkskirche	31
----------------------------------	----

EKD-Arbeitspapier: Kirche zwischen Auftrag und Erwartungen	33
--	----

Bischof Wölber: Vermutungen über die Zukunft der Kirche	36
---	----

OKR Spengler: Schwerpunktbildung im Dienst der Kirche	38
---	----

3. Bekennende Gemeinschaften	40
------------------------------	----

Prof. Beyerhaus: Zur Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften	41
---	----

Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“: Austritt aus dem ÖRK	43
--	----

Konferenz Bekennender Gemeinschaften: Austritt aus dem ÖRK	44
--	----

Prof. Slenczka: Antrag an die EKD-Synode betr. ÖRK	45
--	----

Konferenz Bekennender Gemeinschaften zum Beschluß der EKD-Synode	46
--	----

Forderungen der Konferenz Bekennender Gemeinschaften betr. Gruppendynamik	48
---	----

P. Huntemann: Gottes Gesetze	49
------------------------------	----

I. Lück: Offener Brief betr. Sexualerziehung	50
--	----

Elterninitiative Bremen zum Jugendhilfegesetz	50
---	----

Chr. Meves: Grenzen der Toleranz . . . . .	51
Neues Rotbuch Kirche . . . . .	52
Gemeindetag unter dem Wort . . . . .	52
4. Schrift und Bekenntnis: Der Fall Paul Schulz . . . . .	52
P. Schulz: Fragen zur Lehrmeinung der Kirche . . . . .	54
Fragen des Spruchkollegiums der VELKD an die Gutachter . . . . .	56
Prof. v. Weizsäcker: Gutachten zur Theologie von P. Schulz . . . . .	57
Landesbischof Lohse: Schlußwort zu dem Lehrgespräch . . . . .	59
P. Schulz: Schlußwort zur Verhandlung . . . . .	60
Spruchkollegium der VELKD: Spruch in dem Feststellungsverfahren . . . . .	63
Bischof Wölber: Stellungnahme . . . . .	68
Landesbischof Lohse: Über die Bedeutung des Fundamentalkonsens . . . . .	69

## II. Kirche in Staat und Gesellschaft

Von Wolf-Dieter Hauschild . . . . .	71
1. Zur Positionsbestimmung des kirchlichen Beitrags . . . . .	000
Bischof Wölber: Der Beitrag der Kirche zu den grundlegenden Orientierungen der Gesellschaft . . . . .	71
Theologischer Ausschuß der VELKD: Arbeitspapier . . . . .	72
EKD-Ratsvorsitzender Claß: Versöhnung in einer gewalttätigen Welt . . . . .	75
Prof. Jüngel: Rechtzeitiger politischer Widerstand . . . . .	78
2. Grundwertediskussion . . . . .	80
Kundgebung der EKD-Synode zur Grundwertediskussion . . . . .	80
Bischof Wölber: Theologische Notizen . . . . .	81
Grundsatzprogramm der CDU: Grundwerte . . . . .	83
Grundwerte-Kommission der SPD: Thesenpapier . . . . .	86
3. Christen und Politik . . . . .	88
Bischof Jung: Unsere Kirche heute . . . . .	89
Ministerpräsident Stoltenberg: Wir Protestanten – Positionen heute . . . . .	90
Prof. Rendtorff: Wir Protestanten – Positionen heute . . . . .	93
Grundsatzprogramm der CDU . . . . .	95
CDU-Vorsitzender Kohl zu „christlicher“ Politik . . . . .	97
Diskussionspapier der CSU: Zum Verhältnis von Kirche und CSU . . . . .	98
Bürgermeister Koschnick über Politik und Kirche . . . . .	101
4. Individuelle Freiheit und staatliche Ordnung . . . . .	102
EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung zur Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst . . . . .	103

Bundesverfassungsgericht: Leitsätze zum Urteil betr. Wehrpflicht und Zivildienst . . . . .	107
Rat der EKD zu Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst . . . . .	109
Synode der EKD zu Fragen der Kriegsdienstverweigerung . . . . .	110
5. Leistungsgesellschaft und Bildungspolitik . . . . .	111
EKD-Kammer für soziale Ordnung: Denkschrift „Leistung und Wettbewerb“ . . . . .	112
EKD-Synode zur gegenwärtigen Situation der Erziehung . . . . .	116
EKD-Synode zur Funktion evangelischer Schulen . . . . .	118
EKD-Synode zur Erziehungsverantwortung der Gemeinde . . . . .	119
EKD-Synode: Zukunftsorientierte Bildung und Beschäftigungssystem. . . . .	120
6. Ehe und Familie . . . . .	121
EKD-Ratsvorsitzender Claß zu Ehe und Familie . . . . .	121
EKD-Synode zur Situation der Eltern und Kinder . . . . .	122
Leitender Bischof der VELKD Lohse zu Ehe und Familie. . . . .	124
Bischöfskonferenz der VELKD: Erklärung zur Ehe . . . . .	125
Generalsynode der VELKD zu Ehe und Familie . . . . .	128

### III. Innerdeutsche Ökumene: Katholizismus – Protestantismus – Orthodoxie – Judentum

Von Joachim Lell . . . . .	129
1. Überblick . . . . .	129
a) Personen . . . . .	129
b) Zeitwandel . . . . .	129
Kundgebung der EKD-Synode zur ökumenischen Gemeinschaft . . . . .	131
2. Aus offiziellen Berichten . . . . .	132
Weihbischof Scheele: Quo vadis, Ökumene? . . . . .	133
EKD-Ratsvorsitzender Claß: Europäische und innerdeutsche Ökumene . . . . .	134
Landesbischof Heintze: Das evangelisch-katholische Verhältnis . . . . .	136
3. Diskussion um die Anerkennung der Confessio Augustana . . . . .	138
Landesbischof i.R. Dietzfelbinger: Katholizität . . . . .	138
Ökumenischer Arbeitskreis Wien zum Problem der Anerkennung. . . . .	139
4. Aus der ökumenischen Praxis . . . . .	140
Kardinal Höffner: Einheitsübersetzung der Bibel . . . . .	140
Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen: Gemeinsamer Bibelsonntag in Baden-Württemberg . . . . .	141
ACK Baden-Württemberg: Vorschläge zur Verstehenshilfe . . . . .	142

Beschluß der Generalsynode der VELKD zu Fragen des Verhältnisses zur römisch-katholischen Kirche . . . . .	142
Ökumenische Gemeindezentren . . . . .	143
Basisgemeinden . . . . .	143
Gesänge zur Bestattung . . . . .	144
Ökumenisches Andachtsbuch . . . . .	144
Wort zum Tag des ausländischen Mitbürgers . . . . .	144
Ökumenische Aktionsgemeinschaft für Verkehrssicherheit . . . . .	145
Ökumenischer Presseclub . . . . .	145
<b>5. Mischehen . . . . .</b>	<b>145</b>
Thesen einer Kommission der Glaubenskongregation . . . . .	146
Richtlinien des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz über persönliche Anforderungen an Diakone und Laien . . . . .	146
<b>6. Orthodoxie . . . . .</b>	<b>147</b>
Theologischer Dialog Patriarchat Konstantinopel – EKD . . . . .	147
Ev. Kirche im Rheinland: Partnerschaft mit orthodoxen Kirchen . . . . .	148
Seminar für orthodoxe Liturgie und Spiritualität . . . . .	148
<b>7. Kirchliche Weltverantwortung . . . . .</b>	<b>149</b>
Botschaft von KEK und CCEE zu Frieden und Einheit in Europa . . . . .	149
Prälat Binder: Europa und die Protestanten . . . . .	150
<b>8. Juden und Christen . . . . .</b>	<b>151</b>
Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen zur „Reichskristallnacht“ . . . . .	151
Kardinal Höffner zur „Reichskristallnacht“ . . . . .	151
Wort des Rates der EKD zum 40. Jahrestag des Judenpogroms . . . . .	152
Ev. Kirche im Rheinland: Wort an die Gemeinden zum Gespräch zwischen Christen und Juden . . . . .	152

#### IV. Bildung und Erziehung

Von Heinz Becker . . . . .	155
<b>1. Auf dem Wege zur EKD-Synode 1978 . . . . .</b>	<b>155</b>
Prof. Nipkow: Grundlinien einer Bildungspolitik . . . . .	155
Organisation des Bildungspolitischen Ausschusses der EKD . . . . .	157
Stellungnahme des Rates der EKD zur schulpolitischen Situation . . . . .	160
Bildungspolitische Aktivitäten . . . . .	165
<b>2. Die Tagung der EKD-Synode vom 5.–10.11.1978 . . . . .</b>	<b>166</b>
F. v. Auer zur EKD-Bildungssynode . . . . .	167
H. Gröschel über die EKD-Synode . . . . .	168



Prof. Scholder zur EKD-Synode . . . . .	170
OKR Dienst zur EKD-Synode: Betheler Impressionen . . . . .	171
H. N. Janowski über die EKD-Synode . . . . .	174
<b>3. Der Beitrag der evangelischen Kirche zu einzelnen Bereichen des Bildungswesens . . . . .</b>	<b>174</b>
BPA der EKD: Erziehung im Elementarbereich . . . . .	175
Württembergische Landessynode zu Grundfragen des Religionsunterrichts . . . . .	178
Leitlinien für Konfirmation der Badischen Landeskirche . . . . .	181
Fachausschuß Berufliche Bildung . . . . .	182
Aus-, Fort- und Weiterbildung kirchlicher Mitarbeiter . . . . .	182
Evangelische Schulen . . . . .	183
Erwachsenenbildung. Ordnung der Württembergischen Landeskirche . . . .	184

## V. Kirchliche Statistik

Von Dieter Rohde . . . . .	191
<b>I. Kirchengemeinden, Kirchenkreise, Pfarrstellen und Pfarrer im Bereich der EKD am 31. Dezember 1977 . . . . .</b>	<b>191</b>
Tabellen:	
1. Gliederung der Landeskirchen . . . . .	201
2.—4. Pfarrstellen und deren Besetzung . . . . .	202
5.—6. Theologischer Nachwuchs . . . . .	216
7.—9. Beurlaubte und ausgeschiedene Theologen . . . . .	218
<b>II. Die Geburten im Bundesgebiet im Jahre 1977 nach der Religionszugehörigkeit der Eltern . . . . .</b>	<b>221</b>
1. Allgemeiner Überblick . . . . .	221
2. Geburten von Kindern evangelischer Eltern . . . . .	223
3. Geburten von Kindern katholischer Eltern . . . . .	223
4. Geburten von Kindern evangelisch-katholischer Eltern . . . .	224
5. Geburten von Kindern gemeinschaftsloser Eltern . . . . .	225
6. Geburten von Kindern sonstiger Eltern . . . . .	225
<b>III. Die Eheschließungen im Bundesgebiet im Jahre 1977 nach der Religionszugehörigkeit der Ehegatten . . . . .</b>	<b>229</b>
1. Allgemeiner Überblick . . . . .	229
2. Eheschließungen evangelischer Paare . . . . .	230
3. Eheschließungen katholischer Paare . . . . .	230
4. Eheschließungen evangelisch-katholischer Paare . . . . .	231

5. Eheschließungen gemeinschaftsloser Paare . . . . .	231
6. Prozentuale Zusammensetzung nach der Religionszugehörigkeit . . . . .	232
IV. Die Ehescheidungen im Bundesgebiet im 1. Halbjahr 1977 nach der Religionszugehörigkeit der Ehegatten . . . . .	235
V. Die Eheschließungen Geschiedener im Bundesgebiet im Jahre 1977 nach der Konfessionszugehörigkeit der Ehegatten . . . . .	240
VI. Ergebnisse der Statistik über das kirchliche Leben in den Gliedkirchen der EKD im Jahre 1977 . . . . .	242
1. Kirchenmitglieder. . . . .	242
2. Taufen . . . . .	243
3. Konfirmationen . . . . .	252
4. Trauungen . . . . .	253
5. Bestattungen . . . . .	263
6. Gottesdienstbesuch. . . . .	263
7. Teilnahme am Heiligen Abendmahl . . . . .	267
8. Ständige Kreise der Kirchengemeinden . . . . .	268
9. Aufnahmen und Kirchenaustritte . . . . .	269
10. Brot für die Welt . . . . .	273
11. Telefonseelsorge. . . . .	273
12. Bahnhofsmision . . . . .	273
Tabellen zu 1.—10. . . . .	275
VII. Aufkommen an Kirchensteuern im Rechnungsjahr 1977 . . . . .	288

## Anhang: Die Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik

Von Olaf Lingner . . . . .	291
1. Das politische Bezugsfeld . . . . .	291
a) Überblick . . . . .	291
b) DDR-Außenpolitik . . . . .	292
c) Innenpolitik . . . . .	294
d) Das deutsch-deutsche Verhältnis . . . . .	295

2. Aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR .....	296
a) Einschätzung .....	296
b) Leitungsorgane des Bundes .....	297
I. 2. Tagung der III. Synode des Bundes .....	297
(1) Zur ökumenischen Arbeit (Synodalbeschluß) .....	299
(2) Zur Kirchengemeinschaft (Synodalbeschluß) .....	300
(3) Zur Ausbildungsfrage (Synodalbeschluß) .....	300
(4) Zu den Folgerungen des Gesprächs am 6. März (Synodalbeschluß) .....	301
(5) Zur Friedensverantwortung der Kirche (Synodalbeschluß) .....	302
II. Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen .....	303
c) Sonstige Veranstaltungen, Arbeitsvorhaben u.a. ....	303
I. Kirchentage 1978 .....	303
II. Andere Kirchentreffen .....	305
d) Kirchengemeinschaft im Bund .....	306
I. Vor der Delegiertenversammlung 1979 .....	306
(1) Kirchengemeinschaft aus der Sicht des Bundes .....	306
(2) Kirchengemeinschaft aus der Sicht der EKV/DDR .....	306
(3) Kirchengemeinschaft aus der Sicht der VELK/DDR .....	308
II. Kirchengemeinschaft konkret .....	309
(1) Ordination .....	310
(2) Gemeinsame Einrichtung Ökumene .....	313
(3) Gemeindepädagogen .....	314
3. Ökumene .....	315
a) Schwerpunkte der ökumenischen Arbeit .....	315
I. Ökumenische Arbeit für die Kirchen in der DDR .....	316
(1) Wort an die Gemeinden anlässlich der Sondersitzung der UNO- Vollversammlung 23.5.—28.6.1978 .....	316
(2) Ausarbeitung der Arbeitsgruppe „Abrüstung“ der Gossner- Mission und der CFK in der DDR .....	317
(3) Information über Äthiopien und Aufruf zur Fürbitte .....	318
II. Gesellschaftliche Relevanz der ökumenischen Arbeit .....	319
(1) Gespräch am 19. Juni 1978 mit dem Vorsitzenden des Minister- rates der DDR, Ministerpräsident Willi Stoph .....	320
(2) Gespräch am 31. März zwischen Vertretern der Konferenz und Vertretern der Regierung über die KSZE-Folgekonferenz Belgrad 1977/78 .....	322
III. Grundprobleme der ökumenischen Arbeit .....	323
b) Mitarbeit in der ökumenischen Bewegung .....	328
I. Beteiligung an der Arbeit des ÖRK und der KEK .....	329
(1) Vorbereitungstagung in der DDR für die Weltkonferenz 1979 zum Thema „Glauben, Wissenschaft und Zukunft“ .....	329
(2) Stellungnahme zum Hintergrundpapier des ÖRK-Programms zur Bekämpfung des Rassismus .....	336

II. Ökumenische Kontakte zwischen den Kirchen aus sozialistischen Ländern . . . . .	339
(1) Konsultation in Prag von Mitgliedern des Zentralausschusses des ÖRK aus sozialistischen Ländern . . . . .	339
(2) Ein Beitrag der osteuropäischen Mitglieder der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung . . . . .	340
III. Bilaterale ökumenische Beziehungen . . . . .	342
(1) Bund der Ev. Kirchen in der DDR – NCC in den USA (Chorin 5.–7. April 1978) . . . . .	342
(2) Studienkonsultation über Abrüstungsfragen zwischen der Studienabteilung und IKV (Niederlande) 28./29. Mai 1978 . . . . .	344
(3) „Sagorsk III“ . . . . .	344
(4) Theologisches Gespräch mit der Bulgarischen Orthodoxen Kirche (7.–10. Dezember 1978) . . . . .	345
c) Die besondere Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland (Bund-EKD) . . . . .	345
4. Kirche im Sozialismus . . . . .	347
a) Das Gespräch am 6. März 1978 . . . . .	347
I. Einschätzung des Gesprächs von Kirchenleitungen in der DDR . . . . .	351
II. Einschätzung des Gesprächs durch westliche Beobachter . . . . .	353
III. Bericht des Politbüros des ZK der SED . . . . .	353
IV. Perspektiven nach dem Gespräch . . . . .	354
b) Wehrunterricht . . . . .	355
I. Staatliche Planung und kirchlicher Einspruch . . . . .	355
II. Chronologie . . . . .	357
III. Die Bedenken der Kirchen . . . . .	359
IV. Kein Dialog zwischen Staat und Kirche über den Wehrunterricht . . . . .	361
Wichtige Ereignisse des Jahres 1978 . . . . .	363
Von Personen (im Jahre 1978 verstorben) . . . . .	371
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	375
Personenregister . . . . .	379
Orts- und Sachregister . . . . .	383



# Einleitung: Zur gegenwärtigen Situation der Evangelischen Kirche in Deutschland

Von Walter Hammer

Am 13. Juli 1968 stand die Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zwanzig Jahre lang in Geltung. Damals schrieb Heinz Brunotte einen auch heute und sicher noch für lange Zeit lesenswerten Aufsatz „20 Jahre Evangelische Kirche in Deutschland“<sup>1</sup>. Darin folgen dem ersten Teil (Ein Rückblick auf Eisenach 1948) „6 Punkte zur kritischen Prüfung“, die sich aus der Sicht des Jahres 1968 mit der Verfassungswirklichkeit der EKD beschäftigen.

Im Jahre 1978 wurde die Grundordnung der EKD dreißig Jahre alt. Es bestand kein Grund zum Feiern. Zwanzig und dreißig Jahre sind ein kirchengeschichtlich sehr kurzer Zeitraum. Aber wie steht es mit den „6 Punkten zur kritischen Prüfung“? Bedürfen sie nach zehn Jahren der Fortschreibung? Bedürfen sie der Ergänzung?

1. „Ein gegenüber dem Jahre 1948 völlig neues Problem entstand für die EKD in den nachfolgenden Jahren durch die zunehmende Bedrohung der rechtlichen und organisatorischen Einheit der EKD.“ Heinz Brunotte mußte die Frage nach der weiteren Entwicklung offenlassen. Bald nach 1968 wurde der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik gegründet, die Organe der EKD begrenzten den Geltungsbereich der Grundordnung auf die in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Gliedkirchen und Berlin (West). Ein schmerzhafter, von außen aufgezwungener Prozeß fand 1970 seinen dann auch rechtlich geordneten Abschluß.

Auf beiden Seiten wurde ausdrücklich an der „besonderen Gemeinschaft“ festgehalten, die bei behutsamer Praktizierung im Laufe der Jahre zunehmend in verschiedener Weise Gestalt finden konnte. Man wird feststellen können, daß diesem Lauf der Dinge auch ein Element der Entkrampfung innewohnte. Was vorher unvermeidbar stets mit einem Hauch „gesamtdeutscher Demonstration“ verbunden war, konnte nun unbefangener getan werden. Die Kirchen in der DDR waren in der Lage, ihren Standort als „Kirche im Sozialismus“ zu verdeutlichen, ohne sich den vordergründigen Verdächtigungen einer scheinbar schon organisatorisch nachweisbaren Außensteuerung politischer Art auszusetzen. Im Westen war bald zu spüren, eine wie starke einigende Kraft das gemeinsame Bemühen um Zusammenhalt mobilisiert hatte. Zwar stellte die Synode der EKD am 15. Mai 1970 fest: „Unter uns ist eine Bewegung im Gange, welche die bestehende Gemeinschaft des Zeugnisses und Dienstes unserer bekenntnisbestimmten Kirchen vertiefen und stärken will“, doch sollte dieser Schwung nicht lange anhalten, jedenfalls scheiterten die Versuche, dem in einer neuen Zuordnung sichtbare Gestalt zu ge-

---

1. Heinz Brunotte: 20 Jahre Evangelische Kirche in Deutschland, Lutherische Monatshefte, 7. Jahrgang, Heft 7, S. 315ff.

ben. Die zentrifugalen Kräfte erhielten Auftrieb, nachdem die große gemeinsame Aufgabe, die EKD über Ost und West zusammenzuhalten, weggefallen war. Am deutlichsten wurde das in der Synode der EKD, die eines ihrer sie oft beherrschenden Themen verloren hatte. Es bedurfte fast eines Jahrzehnts, bis in den Kirchen auf beiden Seiten der deutsch-deutschen Grenze das neue Rollenverständnis gefunden, das neue Profil ausgeprägt war, aufgrund dessen man nun wieder füreinander und miteinander im Rahmen einer „besonderen Gemeinschaft“ als Partner zu handeln sich gewöhnt hatte. Der Schock der Trennung wurde überwunden, die neue Aufgabenstellung angenommen.

2. „Die konfessionellen Unterschiede haben nicht zu einer Sprengung oder Auflösung der EKD geführt.“ Dieser Satz Heinz Brunottes kann für das folgende Jahrzehnt voll übernommen werden. Das gilt auch für diesen: „Die heutigen theologischen und politischen Spannungen in der EKD gehen quer durch alle konfessionellen Unterschiede hindurch.“ Obwohl immer wieder von allen Gliedkirchen akzeptierte Äußerungen der EKD erschienen sind, die eine deutliche theologische Grundlage erkennen lassen, ist es freilich bisher nicht zu einer geordneten und kontinuierlichen theologischen Arbeit auf der Ebene der EKD gekommen. Mehrere in diese Richtung weisende Anläufe sind gescheitert. Dieses Proprium wird in besonderer Weise von den konfessionell bestimmten gliedkirchlichen Zusammenschlüssen gehütet. Wegen der Motive gibt es nur Vermutungen: Dominieren theologische oder außertheologische Gründe? Spielen Befürchtungen um das jeweilige Profil eine Rolle? Ist es das Beharrungsstreben etablierter Ämter oder das auch geistliche Autonomiebewußtsein der Gliedkirchen? Das führt zu der Frage: Wo finden sich dann Früchte des Abschlusses der Leuenberger Konkordie? Manchmal will es scheinen, als wenn theologische Zusammenarbeit auf bestimmten Feldern mit der römisch-katholischen Kirche leichter zu praktizieren ist als innerhalb der EKD.

Deutlicher und neu hervorgetreten ist das Aufbegehren jener Gruppierungen innerhalb der evangelischen Kirche, die in ihrer heterogenen Zusammensetzung mit dem unzureichend-unglücklichen Wort „Evangelikale“ bezeichnet werden. Gehörte es seit jeher zum Reichtum der Kirche, diejenigen unter sich zu haben, die aus einem fundamentalen Bibelverständnis und einer das tägliche Leben durchdringenden Praxis Pietatis den Gefahren säkularisierender Tendenzen einen Widerpart boten, so mehrten sich nun Anzeichen einer Polarisation, die sich vor allem an Vorgängen und Anschauungen aus der weltweiten Ökumene entzündeten und die zeitweise eine Spaltung nicht ausgeschlossen erscheinen ließen. Austragungsort dieser Gegensätze wurde zunehmend der Deutsche Evangelische Kirchentag und die Frage der Teilnahme an ihm. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen, wenn auch dankbar vermerkt werden kann, daß das Bewußtsein der Verantwortung für das Beisammenbleiben auf beiden Seiten zum Bemühen um wechselseitiges Verständnis geführt hat.

3. Wenn Heinz Brunotte im Jahre 1968 schreibt: „Die wirklichen Schwierigkeiten beruhten viele Jahre lang auf den Differenzen über den politischen Auftrag der Kirche ...“, so kann auch dieses fortgeschrieben werden. Waren es nach dem Zweiten Weltkrieg die für die Zukunft entscheidenden großen Fragen der Nation, die auch Heinz Brunotte nennt, so meldeten sich nun zunehmend jene Konfliktfelder zu

Wort, die sich aus der Lage der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der weltweiten Völkerfamilie ergaben. Wirtschaftlich weit potenter als politisch, eingebunden in den Kreis der westlichen Industrienationen auf der nördlichen Halbkugel und in das nordatlantische Verteidigungssystem, trat für sie neben den Ost-West-nun der Nord-Süd-Konflikt mit allen Konsequenzen. Von den Organen der EKD wurden laufend Stellungnahmen zu den verschiedensten Vorgängen erwartet, die sich irgendwo auf der Welt abspielten. Das führte oft zu Überforderungen. Aber es konnte nicht beim Verbalen bleiben. Die brennendsten Nöte der Welt verlangten tätiges Engagement. Der Ökumenische Rat der Kirchen entwickelte das Programm zur Bekämpfung des Rassismus, an dem sich die EKD beteiligte, wenn auch die Vergabekriterien eines Teil-Programms, des Sonderfonds, hart umstritten blieben. Etwa gleichzeitig begründete die EKD mit ihren Gliedkirchen den „Kirchlichen Entwicklungsdienst“, stattete ihn mit einem erheblichen jährlichen Finanzvolumen aus und begab sich damit auf kirchliches und politisches Neuland. Diakonischer und „politischer“ Auftrag der Kirche gerieten hier im praktischen Handeln ebenso in Verbindung miteinander wie in Spannung zueinander und sorgten für intensive, oft genug auch heftige grundsätzliche Diskussionen, die längst nicht beendet sind. — Auf dem innenpolitischen Feld bewegte vor allem der Aufbruch der Bildungs-Euphorie mit ihren Folgen die Gemüter und schlug seine Wellen nicht zuletzt in den kirchlichen Bereich hinein. Die Frage nach den legitimen Kriterien für das gesellschaftspolitische Engagement der Kirche fand auch in dieser Dekade kontroverse Antworten. Ob sie je eindeutig zu klären sein wird, mag füglich bezweifelt werden.

4. „Es zeigte sich überhaupt, daß neben allen Spannungen politischer Art ... das *innere* Wachstum der EKD stetig fortschritt. Das sollte bei aller Problematik der EKD nicht übersehen werden!“ schreibt Heinz Brunotte. Der ständige und immer selbstverständlichere Gebrauch dessen, was er als Beispiele anführt (gemeinsames Evangelisches Kirchengesangbuch, Revision der Lutherbibel, gemeinsamer Vater-unser-Text), hat sicher zu einem weiteren inneren Zusammenwachsen geführt. Neues könnte hinzugefügt werden, z.B. der gemeinsame Text des Apostolischen Glaubensbekenntnisses. Das Zugehörigkeitsgefühl des evangelischen Christen in unserem Lande bezieht sich sowohl auf die Ortsgemeinde als auf „die evangelische Christenheit“, was nicht unbedingt mit der EKD in ihrer verfaßten Form identisch sein muß, aber weit weniger auf die Landeskirche. Das haben repräsentative Untersuchungen eindeutig ergeben. Ob „das gegenseitige Vertrauen und der Wille zur Gemeinsamkeit“ — wie Heinz Brunotte feststellt — auch auf der Ebene der Kirchenleitungen „gewachsen“ sind, wird nicht eindeutig und rundheraus bejaht werden können und bedürfte einer sehr differenzierten Untersuchung, die an dieser Stelle nicht geleistet werden kann. Die im Zusammenhang mit dem Versuch, eine neue Grundordnung zu formulieren, notwendige und den Willen zur Gemeinsamkeit testende Bestandsaufnahme hat schließlich im Jahre 1974 zu einem synodal verabschiedeten Entwurf geführt, der mit seinen komplizierten gegenseitigen Absicherungsvorkehrungen eher zu einer Dokumentation verhaltenen gegenseitigen Mißtrauens geriet. Ob damit sogar ein Rückschlag verbunden war, mag offenbleiben. Hätte man besser noch für eine weitere Zeit mit der Erfahrung Heinz Brunottes zu den vorsichtigen Formulierungen der Grundordnung von 1948 gelebt: „Indem man zu An-



fang nichts forcierte, hat man die innere Gemeinschaftsbildung gefördert.“? Vieles spricht dafür.

Selbst vergleichsweise bescheidenere Anläufe scheiterten: Als der Rat am 1. Februar 1975 vor der Möglichkeit stand, in eigener und unbestrittener Zuständigkeit die Arbeitsbedingungen seiner beiden Amtsstellen, der Kirchenkanzlei und des Kirchlichen Außenamtes, durch räumliche Zusammenführung zu verbessern, die unsinnige Zersplitterung (Hannover und Frankfurt) der ohnehin schwachen gesamtkirchlichen Administration zu beenden, die lediglich auf biographischen Faktoren ihrer früheren Leiter beruhte, fand er nicht die dafür erforderliche Kraft und sah sich sehr kritischen Rückfragen sogar der gliedkirchlichen Leitungen in der Kirchenkonferenz ausgesetzt.

Die durch derartige innere Wachstumsschwierigkeiten belastete EKD wurde in der dritten Dekade ihres verfassungsrechtlichen Bestehens auch im ökumenischen Außenverhältnis mit schwierigen neuen Situationen konfrontiert. Zwei der wichtigsten seien hier angedeutet:

Die Botschaft des Evangeliums nahm geschichtlich und örtlich ihren Ausgangspunkt in der hellenistisch geprägten Welt des Vorderen Orients und entwickelte sich theologisch im wesentlichen auf dem kulturellen Boden des Abendlandes. Von hierher bezog sie ihre Denk- und Ausdrucksformen. Mission bedeutete weithin *auch* den Export dieser Denk- und Ausdrucksformen, die wie selbstverständlich und sicher im wesentlichen arglos als die einzig der Verkündigung des Evangeliums angemessenen verstanden wurden. Das gilt insbesondere für die protestantische Theologie. Jetzt aber stehen die durch abendländisches Denken geprägten Kirchen vor der Tatsache, daß die selbständig und auch geistig selbstbewußt gewordenen Kirchen anderer Kulturbereiche *ihre* ursprünglichen Denk- und Ausdrucksformen in das ökumenische Gespräch einbringen, das Evangelium auf die ihnen gemäße Weise verkündigen und Theologie im Rahmen ihrer Denkgewohnheiten treiben. Es hat ein Lern- und Unterscheidungsprozeß eingesetzt, der uns noch lange beschäftigen wird: Was ist Evangelium, was ist „Abendland“ und was ist Kern, was ist „Verpackung“ wenn wir uns theologisch äußern? Daß diese Fragestellung gerade im „Mutterland der Reformation“ zum Gegenstand tiefgreifender Diskussionen werden muß, kann nicht verwundern. Daß hierbei nicht zuletzt die deutschen Kirchen innerhalb des Ökumenischen Rates der Kirchen einen ebenso schwierigen wie wichtigen – und hoffentlich hilfreichen! – Beitrag zu leisten haben, ist verpflichtendes Erbe der Reformation, dem sie sich nicht entziehen dürfen. Ihre Stellung im weltweiten Kreis der Kirchen wird damit nicht leichter, zumal immer wieder auch politische Komponenten in dieses Gespräch einfließen.

Scheinbar vordergründiger steht es mit den Problemen, die sich für die EKD aus ihrer relativ hohen finanziellen Leistungsfähigkeit ergeben: Waren es nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem die Kirchen in den USA, die die Hauptlast der Kosten des Ökumenischen Rates der Kirchen trugen, so haben sich die Verhältnisse nun derart eingependelt, daß die Kirchen in den USA und die EKD je mehr als ein Drittel und alle übrigen Kirchen in der Welt zusammen kaum ein Drittel der Gesamtkosten aufbringen. Entspricht diese Aufteilung auch im wesentlichen den wirtschaftlichen Gegebenheiten der Beteiligten, so enthält sie doch spannungsträchtige Elemente. Die sich im Stimmverhältnis der ökumenischen Organe aus-



drückende satzungsmäßige Einflußmöglichkeit der EKD auf die Entscheidungen des ÖRK kann und darf nicht dem finanziellen Beitrag entsprechen; das ist zwar der kirchlichen Öffentlichkeit bei sie erregenden Gelegenheiten schwer verständlich zu machen, wird aber von der EKD voll bejaht. Nie hat es deshalb von offizieller kirchlicher Seite je eine Andeutung gegeben, man könne die Weiterzahlung des hohen Finanzanteils von bestimmten inhaltlichen Voraussetzungen abhängig machen. Und diese äußere Haltung entspricht der inneren Überzeugung aller Verantwortlichen. Dennoch ist dann und wann ein Unbehagen bei den anderen Kirchen spürbar und wird bei uns auf – schmerzliches – Verständnis stoßen müssen: Einmal ist das überall innerhalb einer „societas leonina“ die unvermeidbare Rolle eines noch so gutwilligen „leo“. Zum anderen potenzieren sich in dieser Situation die speziellen Vorbehalte insbesondere der Kirchen in der sogenannten „Dritten Welt“ gegenüber denen aus der „Ersten Welt“, gegenüber den reichen Industrienationen der nördlichen Hemisphäre, die Vorbehalte gegenüber früheren Kolonialmächten und „Ausbeutern“. Es führt nicht weiter, über die Richtigkeit solcher Anschauungen für die heutige Zeit zu streiten. Sicher sehen wir manches anders und können es uns leisten, mit geringerer emotionaler Beteiligung darüber zu sprechen – aber gerade darin steckt gleichzeitig eine berechtigte Anfrage an uns. Schließlich sollten wir nicht übersehen, welches Maß an Demut unseren Schwesterkirchen, die legitimerweise nach Selbständigkeit streben, innerhalb dieses Verhältnisses abverlangt wird; ein asiatisches Sprichwort drückt es so aus: „Ich brauche ihn nicht zu hassen, denn ich habe ihm nichts zu danken.“ Wer wollte verlangen, daß Empfindungen solcher Art – wenn auch in abgewandelter Form – innerhalb einer großen Gemeinschaft von Kirchen nicht entstehen? Nur unter vollkommenen Menschen auf beiden Seiten könnte es anders sein. Diese Vollkommenheit ist uns erst für die Neue Welt nach dem letzten Tag dieser Welt verheißen. Bis dahin müssen wir im Bemühen um wechselseitiges Verständnis, in Demut und Liebe innerhalb der uns aufgetragenen ökumenischen Gemeinschaft unseren jeweiligen Platz ausfüllen. Das könnte letztlich auch dem inneren Wachstum der EKD dienen.

5. Gefährdungen für die Einheit der EKD sieht Heinz Brunotte „in dem ungebrochenen Territorialdenken der Landeskirchen, die nach Verfassung und Gesetzgebung so gut wie völlig souverän geblieben sind ... Eine unübersehbare Rechtszersplitterung ist die Folge“. Dem kann leider auch für die dritte Grundordnungsdekade nicht heftig widersprochen werden. Als einsamer Lichtblick wäre vor allem die Vereinbarung der Gliedkirchen<sup>2</sup> und das Gesetz der EKD über das kirchliche Mitgliedschaftsrecht<sup>3</sup> zu nennen, letzteres ergänzt durch das Kirchengesetz über den Datenschutz.<sup>4</sup> Diese Materien bedurften freilich dringend der einheitlichen Regelung, und der Vorgang bestätigt die Erfahrung, daß es in der Regel äußeren Zwangs bedarf, um zu innerkirchlich einheitlichem Handeln zu kommen. Im übrigen wird die in diesem Zusammenhang gern zitierte „Freude an der Vielfalt“ nicht

2. Vereinbarung über die Kirchenmitgliedschaft vom 1.2.1970 (ABl. EKD S. 2).

3. Kirchengesetz über die Kirchenmitgliedschaft, das kirchliche Meldewesen und den Schutz der Daten der Kirchenmitglieder vom 10. November 1976 (ABl. EKD, S. 389).

4. Kirchengesetz über den Datenschutz vom 10. November 1977 (ABl. EKD, 1978, S. 2).

unwesentlich durch die Tatsache gemindert, daß mangelndes gemeinsames Handeln das tägliche Zusammenarbeiten beträchtlich erschwert und die Wirksamkeit nach außen herabsetzt. Trotz vieler Bemühungen gelang es z.B. nicht, den Hebesatz der Kirchensteuer in allen Gliedkirchen auf ein einheitliches Niveau zu bringen, einen diesen Namen verdienenden Finanzausgleich unter den Gliedkirchen zu vereinbaren, das Auseinanderfallen der Versorgungsregelungen zu verhindern und zu Absprachen über das Vorgehen beim Wechsel von Mitarbeitern von Gliedkirche zu Gliedkirche zu kommen. Ob eine in ihren Grundzügen einheitliche Regelung des kirchlichen Arbeitsrechts erreicht werden kann, bleibt fraglich. Heinz Brunotte schreibt: „Die Landeskirchen halten ängstlich an ihrer Autonomie fest, als ob die Erhaltung ihres Bestandes die Hauptsache wäre.“ Heute wird man ergänzend die Befürchtung äußern müssen, daß eine weitere Entwicklung in diese Richtung die Gefahr der Provinzialisierung in sich trägt. Das wäre das Gegenteil der „zentralistischen Einheitskirche“, die kein Verantwortlicher will. Aber es wäre ebenso schlimm. Auch kirchlicher Föderalismus bewährt und legitimiert sich nur durch die Kraft und den Willen zum gemeinsamen Handeln. Dazu bedarf es keiner Zentral-„Gewalt“, die in den Organen und Amtsstellen der EKD auch nicht angelegt ist. Aber es bedarf hier und dort des verantwortlichen Verzichts auf autonome Lösungen – zum eigenen Besten, wo das Beste nur gemeinsam zu verwirklichen ist. Hierfür Bereitschaft zu wecken, bleibt eine wesentliche Aufgabe der EKD für die Zukunft.

6. Das kann auf kirchliche Weise und nach Lage der Dinge nur „non vi sed verbo“ geschehen. Mit Mitteln des Rechts aufgezwungene Vereinheitlichung stiftet keine Einheit. Insofern und nach den gewonnenen Erfahrungen sollten nicht erneut die auf anderen Feldern dringend benötigten Kräfte in weiteren Versuchen grundlegender Ordnungsbemühungen verschwendet werden, was Verbesserungen und Aktualisierungen der Grundordnung an einzelnen Stellen nicht auszuschließen braucht. Auch nach 30 Jahren Grundordnung der EKD bleibt richtig, was Heinz Brunotte nach 20 Jahren schrieb: „Die EKD ist ihrer Grundordnung nach auf Kooperation angelegt. Je lebendiger der Wille zur gemeinsamen Arbeit in den Gliedkirchen ist, um so mehr Gemeinschaft besteht in der EKD ... Einander in seinen Besonderheiten gelten lassen, stärkt die Gemeinschaft. Die Aufgabe nach zwanzig Jahren ist nicht in erster Linie, die Grundordnung fortzubilden, sondern sie immer wieder neu mit echtem kirchlichen Leben zu füllen.“ Dem ist auch 1978 nichts hinzuzufügen.

# I. Kirchliche und theologische Grundsatzfragen

Von Wolf-Dieter Hauschild

## 1. DIE NEUE RELIGIOSITÄT ALS PROBLEM UND CHANCE

Religion ist in unserer Gesellschaft wieder gefragt, religiöse Besinnung gilt für viele als ein anerkannter Wert, religiöse Themen finden in der ganzen Breite der Presse große Aufmerksamkeit. Fraglos stehen wir damit innerhalb einer weltweiten Bewegung, welche sowohl Ausdruck einer tiefen Unsicherheit und Lebensangst ist als auch – in Reaktion auf die Kälte und Unübersichtlichkeit der technisierten, bürokratisierten Welt – neue elementare Antworten auf die Frage nach dem Sinn des Lebens bietet. Die Kirche verfolgt diese Bewegung schon deswegen aufmerksam, weil sie unmittelbar davon betroffen ist. Die Hinwendung vieler Jugendlicher zu problematischen „Jugendreligionen“ kann als besonders drastische Infragestellung des institutionalisierten Christentums seitens der neuen religiösen Orientierung gelten<sup>1</sup>. Das kirchliche Leben profitiert nur partiell und indirekt von dem Neuaufbruch, doch es zeigen sich starke Tendenzen, mit den vielfältigen Möglichkeiten kirchlicher Arbeit Angebote bereitzustellen, welche auf die Jugendlichen eingehen, ohne sie institutionell vereinnahmen zu wollen (was sie angesichts von deren Institutionenphobie auch kaum könnte). So kommt auf die Kirche ein interessanter Veränderungsprozeß zu, der sie – soziologisch gesehen – von den Rändern her in Bewegung bringt und sie zugleich – theologisch gesehen – von der Mitte her neu fordert. Am deutlichsten sichtbar wird das auf den Kirchentagen, deren äußeres Erscheinungsbild weithin durch die Jugend geprägt wird und die sich durch ihre bemerkenswerte Fähigkeit, auf geistige Umbrüche zu reagieren, als „Aushängeschild“ des Protestantismus in einer nach Religion fragenden Gesellschaft bewährt haben<sup>2</sup>.

Im folgenden Abschnitt werden einige Stimmen aus dem gesellschaftlichen und dem kirchlichen Bereich dokumentiert, welche den Situationswandel und dessen ambivalente Bedeutung für die Kirche beschreiben.

### NEUE RELIGIOSITÄT: HALT STREUNENDER SEELEN?

*Ein Titel-Beitrag des SPIEGEL vom 27. März 1978 (Auszug)*<sup>3</sup>

Die zweite Hälfte der sechziger Jahre bildete, das stellte sich im nachhinein immer deutlicher heraus, eine epochale Wende. An die Stelle der Kriegsheimkehrer-Generation – skeptisch,

---

1. Vgl. z.B. F.-W. Haack: Die neuen Jugendreligionen, 9.A. 1976; ders.: Jugendreligionen. Ursachen, Trends, Reaktionen, München 1979; Materialdienst der Ev. Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD 41, 1978; epd-Dok. 39–40/1978 (Jugendreligionen. Textsammlung der EKH).

2. Vgl. Deutscher Evangelischer Kirchentag Berlin 1977, Stuttgart 1977; C. Wolf (Hg.): Hören-Handeln-Hoffen. 30 Jahre Evangelischer Kirchentag, Stuttgart 1979.

3. „Spiegel“ 32, 1978, Nr. 12/13, S. 228–240. Diese Ausgabe brachte auf dem Titelblatt eine Gottesdarstellung mit dem Aufmacher „Lebt Gott? Signale neuer Religiosität“.



karrierebewußt, traumlos und ideologieresistent – trat damals die der Phantasten, Schwärmer und Ausgeflippten, aber auch jener zahllosen Durchschnittlichen, denen es zunehmend schwerer wird, sich in der Welt der bürokratischen und technisierten Apparaturen zurechtzufinden.

Sie frieren in der rationalen Kühle des modernen Fürsorge- und Erfassungsstaats und sehnen sich nach Gleichklang, Harmonie, Sicherheit, Orientierung und Berührung. Sie werden dabei von Gefühlen bewegt, bei denen es sich offenbar um Konstanten der menschlichen Natur handelt und die deswegen von dem Soziologen Helmut Schelsky „religiöse Grundbedürfnisse“ genannt worden sind.

Daß diese Grundbedürfnisse von den institutionellen Kirchen nur selten, von den politischen Parteien und Verbänden aber so gut wie überhaupt nicht befriedigt werden, gehört zu der gesellschaftlichen Wirklichkeit von heute. Diese Tatsache erklärt aber auch, zumindest andeutungsweise, worin die unheimliche Anziehungskraft aller Aktivitäten besteht, die „Lebenssinn“ und/oder „Gemeinschaft“ anbieten, sei es in mystischer oder pseudo-wissenschaftlicher Form, sei es in Gestalt umstürzlerischer Programme, sei es als Kontemplation oder als revolutionäre Botschaft.

Dabei spielt offenkundig der programmatische Gehalt der verschiedenen Gemeinschaftsangebote eine oft nur sekundäre Rolle. Für viele Jugendliche und junge Erwachsene ist es gar nicht so wichtig, ob die Lebenssinn- und Harmonie-Offerte von

- den „Kindern Gottes“ des David „Mose“ Berg,
- den Bezopften des Hare Krischna,
- den „Jesus People“ mir ihrem „Superstar“,
- einem Psychologie-Zirkel mit neuartigem Anfaß- und Anschrei-Ritual oder
- den Maoisten kommt.

Programme sind austauschbar, Genossen nicht. Viele Kernkraftgegner, zumal junge, wissen über Kernkraft nur dürftig Bescheid. Um so mehr kommt es für sie auf die durch den Brokdorfer und Grohnder Protest angebotene Chance an, in der Aktion gegen den Bau Selbstbestätigung, Kameradschaft und die Überhöhung der eigenen Existenz zu erleben. Sie kämpfen gegen das absolut Böse: die Kernkraft, und sie erkennen sich eben dadurch als die Gemeinschaft der Guten ...

Gleichwohl gibt es einen historischen Prozeß, der auf wachsende Religiosität oder, vorsichtiger ausgedrückt, auf wachsende religiöse Neugierde und manchmal sogar auf jene Gottes-Sehnsucht hindeutet, von der bei zwei so ungleichen Denkern der Moderne wie Max Horkheimer und Martin Heidegger die Rede ist.

Aber nicht die Aussagen dieser Großen beschreiben den auffälligsten Aspekt der Neuen Religiosität. Wichtiger ist die Erschütterung des Ansehens der Wissenschaft. Was immer sie geleistet hat und noch leistet – moralische Führung kann sie nicht bieten, und Tröstung angesichts unaufhebbaren Leids auch nicht ...

Religion hat mit etwas zu tun, was außerhalb menschlicher Verfügungsgewalt ist. Deshalb weigerte sich auch Martin Heidegger in seinem nachgelassenen SPIEGEL-Gespräch, über Gott zu sprechen: „Uns bleibt die einzige Möglichkeit, im Denken und im Dichten eine Bereitschaft vorzubereiten für die Erscheinung des Gottes oder für die Abwesenheit des Gottes im Untergang.“

## DR. ROBERT LEICHT: WIDER DIE FALSCHER RELIGIOSITÄT

*SZ-Leitartikel vom 31. Oktober 1978 (Auszug)*

Wenn die Symptome sich häufen, verdichten sie sich zum Trend. So gesehen und also zunächst oberflächlich betrachtet, ist seit einiger Zeit ein Trend zu mehr Religiosität zu verzeichnen, der sich in höchst unterschiedlichen und noch lange nicht hinreichend gedeuteten Einzelercheinungen manifestiert. Evangelische Kirchentage und der letzte Katholikentag verzeichnen Massenandrang, die Kirchenaustrittswelle ist abgeebbt, die Sekten und Jugend(ersatz)religionen haben regen Parteiverkehr. Eine Gesellschaft auf dem Weg zur Bessinnung? ...

Wären die Kirchen nur soziale Organisationen, die wie jede andere relevante gesellschaftliche Gruppe um Selbstdarstellung, Aufmerksamkeit und ein wenig Anerkennung bemüht

sind, so könnte die Versuchung groß sein, in derartigen Trends das Ende der Talsohle und das äußere Zeichen dafür zu sehen, daß die innere Krise überwunden ist. In Wirklichkeit ist eher das Gegenteil der Fall: Der neue Aufschwung einer solchen bürgerlichen Religion sowie die damit verbundenen Erwartungen, der bürgerlichen Gesellschaft einen ebenso passenden wie bequemen Überbau zu verschaffen, stellen Theologie und Predigt eher vor noch größere Herausforderungen als ein gleichgültiges Desinteresse. Den Stummen und Tauben zu predigen, mag frustrierend sein; aber laute und falsche Hoffnungen abzuwehren ist doppelt bitter – weil man nämlich zunächst einmal selbstkritisch aufarbeiten muß, inwiefern man zu ihrem Aufkommen beigetragen hat.

Weil die Reformation längst kein Sondereigentum der Kirchen der Reformation ist, darf man und muß man wohl ungeschminkt sagen, daß dieser Trend zu mehr Religiosität dem reformatorischen Geist in vieler Hinsicht ein rechter Greuel ist. Daß stärkere religiöse Bindungen (wie immer man so etwas gewinnt oder verliert) große Wirkungen zeitigen können, sei unbestritten; daß sie jedoch zu größerem Behagen an der gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit führen würden, ist doch reichlich unwahrscheinlich. Nächstenliebe – theologisch ernst genommen – ist nichts, was (portionsweise abgerufen) zum Funktionieren einer Gesellschaftsordnung beitragen soll. Wer das christliche Menschenbild (und noch dazu in der Parteipolitik) bemüht, sollte sich zumindest darüber im klaren sein, daß die Unterschiede zwischen den einzelnen christlichen Menschenbildern bisweilen größer sind als zwischen dem durchschnittlichen „christlichen Menschenbild“ und dem innerweltlichen Humanismus. Und wer schließlich meint, „Gott“ ins Parteiprogramm holen zu sollen, der mag dann in Luthers Katechismus nachlesen, was dort über das falsche Führen des Gottesnamens geschrieben steht ...

Wer also in der gegenwärtigen Sinnkrise nach religiösen Anhaltspunkten und Grundwerten greift, sollte zumindest wissen, worauf er sich einläßt. Es könnte ein Ritt auf dem Tiger werden, bei dem unter die Pranken gerät, wer vorschnell abspringt.

Die Generalsynode der VELKD vom 23.–26. Oktober 1978 in Bad Bevensen (Lüneburger Heide) befaßte sich mit einer Reihe von Fragen, die mit der hier angesprochenen Thematik zu tun haben. Der Leitende Bischof Prof. D. Eduard Lohse schloß seinen Bericht vor der Synode mit folgendem Hinweis auf die geistliche Aufgabe der Kirche<sup>4</sup>:

Das Wort der Kirche findet heute in steigendem Maße wieder Gehör in der Öffentlichkeit. Es ist an der Zeit, daß die Kirche den Schritt in die Öffentlichkeit wagt und sich nicht damit begnügt, kleine Kreise zu sammeln und in ihnen Gespräche zu führen. So wichtig solcher Gedankenaustausch ist, so unerläßlich ist es, daß die Christen deutlich und vernehmbar die frohe Botschaft ausrufen und sich und anderen Rechenschaft darüber ablegen, was sie glauben, bekennen und hoffen. Viele Menschen warten darauf, aus ihrer Einsamkeit herausgerufen und zur Gemeinschaft eingeladen zu werden. Enttäuscht von vielen Erwartungen, die sich teilweise auf utopische politische Ziele gerichtet hatten, fragen sie nach Möglichkeiten verantwortlichen Denkens und Handelns in der Kirche. Ein neues Suchen, das erkennbar dem Sinn des Lebens gilt, möchte hören, ob die Christen etwas von gültiger Hoffnung zu sagen wissen ...

Zeichen der Hoffnung aufzurichten, das ist der uns heute besonders gestellte Auftrag. Martin Luther hat einst in einer Vorlesung, die er 1515 auf 16 über den Römerbrief gehalten hat, einige Sätze über die christliche Hoffnung gesagt, die zum Abschluß dieses Berichts angeführt seien. Abraham – so schreibt Paulus – habe gehofft, wo nichts zu hoffen war (Röm. 4, 18). Was heißt das? Luther antwortet, hier sei die Rede vom Unterschied zwischen der Hoffnung der Welt und der Hoffnung der Christen. „Was Menschen hoffen, ist nicht wider die Hoffnung, sondern ihr gemäß, d.h. es ist leicht möglich, daß es eintrifft. Denn Menschen hoffen nicht, wo das Gegenteil dessen, was man hofft, vor Augen ist, sondern nur dann, wenn etwas ihr sehr ähnlich ist oder wenn eine sichere Möglichkeit vorhanden ist, durch

---

4. LuthGenSyn 1978, S. 82.



die das Erhoffte herbeigeführt werden kann. Darum ist diese Hoffnung mehr gegen als für die christliche Hoffnung. Denn nur wenn man einen sicheren Anfang in der Hand hat, erwartet man zuversichtlich das Zukünftige, das man erhofft. Erst dann hofft man, daß kein Hindernis mehr eintritt für das, was man hofft ... Wo aber keine Sicherheit ist, muß die Hoffnung ungewiß bleiben. Christenhoffnung aber ist in lauter Nein gewiß. Denn sie weiß, daß kommen muß und nicht verhindert werden kann, was man hofft. Denn Gott kann niemand hindern ... Darum ist die (christliche) Hoffnung mehr ein Ja als ein Nein.“ Diese bejahende Kraft einer aus dem Glauben erwachsenden und mit der Liebe gepaarten Hoffnung zu bezeugen, darauf wird es heute und morgen bei allem Reden und Handeln der Kirche ankommen.

Der für die seelsorgerliche Beratung der Pfarrer im Umgang mit Freikirchen und Sekten 1952 gegründete „Arbeitskreis Religiöse Gemeinschaften“ der VELKD befaßt sich seit Jahren intensiv mit dem Phänomen der neureligiösen Bewegung, was sich vor allem in der Publikation einer umfangreichen, soliden Arbeitshilfe niederschlug<sup>5</sup>. Sein Vorsitzender erstattete vor der VELKD-Generalsynode folgenden Bericht.

#### PASTOR DETLEF BENDRATH: KIRCHE IM KONTEXT DES RELIGIÖSEN PLURALISMUS

Vom. 25. Oktober 1978 (Auszug)<sup>6</sup>

*Die Fülle geistiger Strömungen der Gegenwart läßt sich als Ausdruck eines neuen Lebensgefühls verstehen: auf neue Fragen werden neue Antworten gesucht.* Die sogenannten Jugendreligionen erscheinen in dieser Situation mit ihren Angeboten für viele als Ausweg. Sie schlagen Kapital aus Defiziten in Kirche und Gesellschaft. Die Lage unserer auf das Technische fixierten Zivilisation, die gerade von Jugendlichen besonders stark empfunden wird, läßt sich kurz so umreißen:

- Materielle Werte werden gegenüber geistigen Werten bevorzugt.
- Die Tradition wird entwertet, die Verbindung zur Vergangenheit geht verloren bei gleichzeitigem Schwinden einer Zukunftsperspektive.
- Die Überbetonung der Frage nach den Zuständen und Verhältnissen verdeckt die Seins- und Sinnfragen.
- Das Gemeinschaftsgefühl geht verloren bei gleichzeitiger Überbewertung des Ichbezuges.
- Die Emotionalität wird in die Privatsphäre verdrängt, die ihrerseits immer stärkerer Gefährdung ausgesetzt ist.

*Der jugendliche Protest gegen den Geist der Moderne, gegen den Geist der technischen Zivilisation artikuliert sich immer stärker auch in religiösen Formen.*

Vor unseren Augen gewinnen neue oder uralte religiöse Bedürfnisse erneut Gestalt:

- Bereitschaft zur Ganzhingabe unter Verzicht auf den bisherigen Lebensstil und unter Inkaufnahme einer Isolation,
- Sinnfindung auf dem Wege einfach erlernbarer religiöser Praktiken,
- Befriedigung des Gemeinschaftsbedürfnisses über Grenzen und bisherige Traditionen hinaus,
- Gewinnen eines Ortes, von dem her Zukunft und Weltveränderung, Politik und Glaube zusammengehen.

*Ein neuer religiöser Stil hat sich entwickelt, der mehr von religiöser Praxis und vom Gemeinschaftserleben als von Theorie oder Theologie ausgeht.*

In diesem neuen religiösen Stil wird Offenheit für alle geistigen und religiösen Richtungen, eine Lust, das ganz andere auszuprobieren, erkennbar ...

5. H. Reller (Hg.): Handbuch Religiöse Gemeinschaften, Gütersloh 1978.

6. Luth GenSyn 1978, S. 176–183.

*Wir haben es gegenwärtig mit einem Trend zum religiösen Synkretismus zu tun, wie es ihn in diesem Maße in der abendländischen Geschichte wohl noch nicht gegeben hat. Gleichzeitig wird an der Eigenart der neureligiösen Bewegungen deutlich, daß die christliche Prägung des abendländischen Geistes auch in unserer Gesellschaft erschreckend abgenommen hat. Die neureligiösen Bewegungen geben sich im großen und ganzen keine Mühe mehr, christliche Ausdrucks- und Verhaltensweisen in den Dienst ihrer Mission zu stellen. Christliche Traditionen als Legitimationsgrund für Religion im Abendland können weitgehend entfallen. Offenbar funktioniert die christliche Sozialisation in unserer Gesellschaft kaum noch. Vor allem scheinen die Kirchen nicht mehr als Träger einer solchen zu gelten! Vielleicht auch deshalb, weil der sicher notwendige innerkirchliche Pluralismus weithin den Stellenwert einer Ideologie erhalten hat! Die neureligiösen Menschen unserer Gesellschaft – gerade der Jugend – in einer geprägten christlichen Tradition sich in einem erheblichen Maße gelockert hat ...*

Völlig neu für das Abendland ist der stark gewandelte Religionsbegriff. Daß manche religiösen Gemeinschaften jetzt auch strafrechtlich interessant werden, hat es bisher so noch nicht gegeben. Daß bestimmte Verhaltensweisen prinzipiell von den christlich eingeübten gesellschaftlichen Lebensformen abweichen, ist ebenfalls neu. Eltern empfanden das Vorgehen mancher Sekten, die Jugendliche gezielt in Abhängigkeit zu bringen suchten, als kriminell und riefen nach dem Staatsanwalt, um ihre Kinder aus der seelischen Abhängigkeit von den Befreiern zu befreien. Trotz mancher Fremdartigkeit sind die Neureligionen dem Bereich der religiösen Phänomene zuzurechnen. Daß eine Gesellschaft sich durch bestimmte religiöse Gruppen bedroht fühlt, ist sicher eine Novität in der Geschichte der Bundesrepublik ...

Die These von einem künftig „religionslosen Christentum“ hat angesichts der religiösen Welle wenig Wahrscheinlichkeit für sich. Die religiöse Sprache unserer Zeit hat zwar eine unübersehbare Pluriformität, aber auch große Vitalität gewonnen. Hier zu orientieren wird von Tag zu Tag schwieriger und wichtiger; möglich ist es wohl nur von einem kirchlich-theologischen Standort aus. Aus der Sicht des Arbeitskreises Religiöse Gemeinschaften ergeben sich vier vordringliche Aufgaben:

### *1. Theologie*

Nichts wird so dringend gebraucht wie eine Theologie der Religion, die dazu hilft, Wirklichkeitserfahrungen aus dem Bereich der Religionen untereinander vergleichbar und deutungsfähig zu machen. Es könnte sehr schnell ebenso wichtig werden, mit dem indischen Tantrismus umgehen zu können wie mit dem abendländischen Existentialismus.

### *2. Seelsorge*

Die Informationsarbeit im Bereich der wildwuchernden Neureligiosität muß weitergeführt werden. Diese ist nur nach einer gründlichen und ständigen Analyse möglich und muß zu Ansätzen einer „Therapie“ führen. Hier hat sich das Handbuch als Seelsorgehilfe wie als Informationshilfe bereits außerordentlich bewährt.

### *3. Spiritualität*

Theoretische Antworten auf die Neureligiosität genügen nicht mehr. Einfache Formen einer christlichen Spiritualität als Alternative zu den und als Antwort auf die Neureligionen müssen entdeckt und eingeübt werden. Von evangeliumsgemäßen Meditationsweisen her könnte auch die Katechismustradition neu erschlossen werden.

### *4. Gemeindeaufbau*

Vordringlichste Aufgabe der Kirche ist das, was im weitesten Sinne mit dem Worte „Evangelisation“ bezeichnet wird. In der Evangelisation sind glaubenweckende Verkündigung, Taufe und Gemeinde zusammengeschlossen. Hier ist die lutherische Kirche und Theologie vor eine besonders dringliche Aufgabe gestellt.

Ein Beispiel für das Interesse breiter Kreise an religiösen Themen liefert die erstaunliche Tatsache, daß eine der großen Tageszeitungen, das „Hamburger Abendblatt“, in vierzig Folgen (meist ganzseitig) zwischen Ostern und Pfingsten 1978 eine Serie „Die Bibel, wie sie keiner kennt“ abdruckte: Auszüge aus der Bibel mit Kommentaren und historischen sowie geographischen Erläuterungen. Der für die Serie verantwortliche Chefreporter stellte einen außergewöhnlichen Erfolg fest:

#### ERIK VERG: BIBELABDRUCK IM „HAMBURGER ABENDBLATT“<sup>7</sup>

Schon die Werbekampagne für diese Serie brachte mehr neue Abonnenten als irgendeine Serie zuvor. Wie kommt eine Zeitung zu solch einem Thema? Keine Zeitung, die im Konkurrenzkampf steht und auf geschäftlichen Erfolg angewiesen ist, handelt aus rein idealistischen Gründen. Jede sucht sich Themen, die eine möglichst große Leserschaft ansprechen. Meldungen über Rekordauflagen von Bibeln in der Bundesrepublik Deutschland waren ein Indiz, daß es ein Leserpotential gibt wo man es kaum erwartet ...

Es war ein Wagnis. Der Erfolg gab uns recht. Theologen äußerten sich begeistert, Gemeinden organisierten spezielle Diskussionsreihen, die Leser bedankten sich, daß wir ihnen die Bibel in einer Form nahebrachten, die es auch Menschen mit wenig Zeit möglich machte, sich mit ihr zu beschäftigen. Natürlich gab es auch herzerfrischenden, leider meist anonymen, Tadel wie: „Ist doch Mist! Hat Ihnen das noch keiner gesagt?“ Auch eine Flut von Sektiererbriefen kam auf uns zu, die oft so verworren waren, daß wir sie nicht einmal beantworten konnten.

Es paßt zu diesem Interesse der Publizistik, wenn der Ratsvorsitzende der EKD im Juni 1978 die ersten Exemplare der nach der Revision des NT gedruckten Lutherbibel sämtlichen Redaktionen in Presse und Funk zusandte, damit die Bibel dort „allzeit griffbereit“ wäre, und wenn dies von publizistischer Seite mit freundlichen Kommentaren bedacht wurde<sup>8</sup>. Andererseits ist die Geltung der Kirche im öffentlichen Bewußtsein durchaus nicht unangefochten, wie ein weiteres Indiz zeigt: Einer demoskopischen Untersuchung zufolge ist die Wertschätzung des Pfarrerberufs im Vergleich zu anderen Akademikerberufen zurückgegangen, und zwar besonders gravierend bei jüngeren Menschen (dort von 46 auf 28 Prozent innerhalb der Skala der Berufe, aber nach wie vor an zweiter Stelle)<sup>9</sup>.

Mancherlei Überlegungen, die spezifischen Aufgaben der Kirche angesichts der neuen Frage nach Religion als Lebenshilfe in besonderen Aktionen zur Geltung zu bringen, führten nach längeren Vorarbeiten, vor allem auch aufgrund von Anregungen aus evangelikalen Kreisen, zu dem Vorhaben, die Evangelisation verstärkt als Aufgabe aller Kräfte in der evangelischen Kirche durch ein „missionarisches Jahr 1980“ ins allgemeine Bewußtsein zu rücken. Die Bedeutung dieses Plans lag einerseits in der Kooperation zwischen Landeskirchen, Freikirchen, evangelistischen Werken und Verbänden, andererseits in der lokalen, regionalen und funktionalen Multiplikation durch vielfältige Aktivitäten der landeskirchlichen Gemeinden, Werke und Dienste. Das Leitungsgremium der Aktion (mit drei gleichberechtigten Vorsitzenden: dem hannoverschen Oberlandeskirchen-

7. idea Nr. 23 vom 5.6.1978, S. II.

8. epd-ZA Nr. 108 vom 8.6.1978, S. 1f.

9. Zahlenangaben in epd-ZA Nr. 222 vom 15.11.1978, S. 4.

rat Johannes Hasselhorn, dem Präses des Gnadauer Verbands Kurt Heimbucher und dem Bundesvorsteher der Freien evangelischen Gemeinden Karl Heinz Knöppel) einigte sich auf ein Konzept für Zielsetzung und Durchführung.

## MISSIONARISCHES JAHR 1980. EIN POSITIONSPAPIER

Vom 12. Januar 1978 (Auszug)<sup>10</sup>

### I. Begründung

#### 1. Deutschland – Missionsland

„Deutschland ist Missionsland geworden“. Dieser Satz findet sich zum ersten Mal in der Programmschrift zur „Kirchlichen Volksmission“, die Gerhard Hilbert 1918 – unmittelbar nach Ende des ersten Weltkrieges – veröffentlichte. Die darin enthaltene Feststellung kann man heute – 60 Jahre später – nur bestätigen. Säkularismus und praktischer Atheismus haben sich immer weiter ausgebreitet. Volkskirchliche Sitte und Gewohnheit sind im Schwinden begriffen. Der sonntägliche Gottesdienst in der Gemeinde erreicht eine relativ kleine Zahl von Menschen.

Andererseits bricht in unserem Lande ganz neu ein großes Fragen, Suchen und Sehnen auf. Welchen Sinn hat das Leben? Wem kann man trauen? Wo gibt es Befreiung von Zwängen und Ängsten, begründete Hoffnung, verlässliche Wegweisung, hilfreiche Orientierung? Solche Fragen verlangen Antwort. „Komm herüber nach Mazedonien und hilf uns“, so erging einst der Ruf aus Europa an den Apostel Paulus (Apg 16,9). Heute bricht die Notwendigkeit einer missionarischen Arbeit im eigenen Lande auf. Die Jahreslosung 1980 ermutigt dazu: „Gott will, daß allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen“ (1. Tim 2,4). Unter ihrer Weisung finden sich Kirchen, Freikirchen und die evangelistisch-volksmissionarischen Werke und Verbände zusammen. Das Jahr 1980 soll ein „Missionarisches Jahr“ werden. Es geht darum, für unsere Zeit und für die Menschen unserer Tage das Evangelium neu zu entdecken und zu bezeugen ...

### II. Durchführung

#### 4. Gemeinsames Vorgehen

Die Gemeinschaft im Zeugendienst ist in sich selbst ein wesentlicher Bestandteil der Überzeugungskraft des Evangeliums. Daher wird für das Missionarische Jahr 1980 eine möglichst breite Plattform angestrebt, die für alle Landeskirchen, Freikirchen, Missionswerke und Evangelisationsverbände in gleicher Weise Basis für das gemeinsame Handeln sein kann. Nachdem die Anregung dazu vom „Arbeitskreis für evangelistische Aktionen in der Bundesrepublik und Berlin (West)“ ausging, haben bisher neben den Landeskirchen und Freikirchen ihre Beteiligung in Aussicht gestellt: die Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste, der Deutsche Verband für Gemeinschaftspflege und Evangelisation (Gnadauer Verband), die Deutsche Evangelistenkonferenz, die Aktionsgemeinschaft missionarischer Gruppen und die Arbeitsgemeinschaften der Deutschen Evangelischen Allianz. Als Richtschnur für ein gemeinsames Verständnis der Evangelisation gilt die Schrift „Evangelisation heute“, ergänzt durch die Basis der Deutschen Evangelischen Allianz und die Lausanner Verpflichtung von 1974.

#### 5. Anknüpfen an vorhandene Aktivitäten

Jedes Jahr kirchlichen Dienstes sollte ein missionarisches Jahr sein. Die Schwerpunktbildung für das besondere Missionarische Jahr 1980 geschähe unter falschen Voraussetzungen, wenn der Eindruck entstünde, als sollte etwas gänzlich Neues und bisher Versäumtes wahrgenommen werden. Das Gegenteil ist der Fall. Am Anfang steht das dankbare Wissen um den treuen Dienst all derer, die haupt-, neben- und ehrenamtlich im Dienst der Weitergabe

10. Vollständiger Text in epd-Dok. Nr. 13a/1978.



des Evangeliums oft auf einsamem Posten stehen, sei es in Verkündigung, Unterricht und Seelsorge der Ortsgemeinde, sei es in Gruppenarbeit und Erwachsenenbildung, sei es in den besonderen Veranstaltungen der Bibelwochen und Bibelstunden, der Campingmission und Urlauberseelsorge, sei es auch in den immer schon im Gang befindlichen Gemeinde- und Gebietsevangelisationen. Daran anzuknüpfen, darauf aufzubauen, dafür neue Impulse zu geben ist das besondere Anliegen des „Missionarischen Jahres 1980“.

Mit Angeboten, nicht mit Forderungen möchte das Missionarische Jahre die Verkündigung des Evangeliums in den Gemeinden fördern und verstärken. Eine Strecke Wegs soll gemeinsam gegangen werden, wobei Zeugnis und Dienst der Gemeinde selbst nicht verdrängt, sondern angeregt und vertieft werden sollen ...

#### V. Zielsetzung

*16. Es kommt darauf an, möglichst vielen Menschen in unserem Land zu einer neuen Begegnung mit dem Evangelium zu helfen.* In diesem Sinne soll die Christusbotschaft so verkündigt werden, daß sie als tragfähiges Fundament des Lebens verstanden und erfahren werden kann. Die Weltkirchenkonferenz von Evanston hat 1954 formuliert: „Menschen zu Christus als zu ihrem Herrn und Heiland bringen und sie teilnehmen lassen an seinem ewigen Leben, das ist der Kern der Sache. Es muß zu einer persönlichen Begegnung mit Christus kommen.“

*Damit ist eng verbunden die Erneuerung und Stärkung des Gemeindelebens.* Glaube an Jesus Christus bedeutet zugleich Teilhabe und Gliedschaft in seiner Gemeinde. Menschen, die neu zum Glauben kommen, brauchen Heimat, und solche, die bereits zur Gemeinde gehören, brauchen Erneuerung und Vertiefung, damit der Leib Christi wachsen und seine Aufgabe erfüllen kann.

Differenzen über die Konzeption blieben verständlicherweise nicht aus. Die Konferenz Bekennender Gemeinschaften kritisierte, daß die im August 1978 publizierte, von einem Ausschuß unter Leitung des emeritierten westfälischen Präses D. Hans Thimme erarbeitete „Theologische Grundlegung“ unter dem Titel „Christ aktuell“ nicht bibeltreu genug sei und „ein klares Aufweisen der tiefen geistlichen und sittlichen Krise in Kirche und Volk“ vermeide; der Gnadauer Verband grenzte sich gegen mancherlei andere Positionen unter den vorbereitenden Kräften ab, insbesondere „gegen Gruppen und Personen, die unbiblische Lehren vertreten“ und denen es „nicht primär um den Ruf zu Christus geht“. Der Rat der EKD dagegen stimmte jener Grundlegung ohne Einschränkung zu. Insgesamt ging die gemeinsame Vorbereitung allerdings so vonstatten, daß J. Hasselhorn von einem „Wunder“ sprach<sup>11</sup>.

Als eine bemerkenswerte landeskirchliche Aktivität in diesem Zusammenhang sei der Versuch der westfälischen Kirchenleitung, eine umfassende Besinnung in den Gemeinden auf Glaubenspraxis und Lebensstil anzuregen, dokumentiert.

---

11. Vgl. zum Ganzen epd-Dok. Nr. 47/1978. Dort S. 4–9 die „Theologische Grundlegung“; ferner s. idea Nr. 17/1978, S. 1f.



### 1. Gelebter Glaube

#### 1.1 Lebensgestaltung

Gotteserfahrung und Glaubensverantwortung drängen zu einer aufeinander bezogenen Lebensgestaltung. Frömmigkeit ist gelebter Glaube. Sie läßt sich nicht auf den „rein religiösen“ Bereich einengen und hat verschiedene Ausdrucksformen.

#### 1.2 Belastetes Wort

In allen Religionen, nicht nur im Christentum, geht es um Frömmigkeit. Selbst der sachliche Mensch unseres Jahrhunderts gewinnt aus Grenzerfahrungen oft eine religiöse Einstellung, der wir den Namen Frömmigkeit kaum absprechen können.

Frömmigkeit ist aber auch ein belastetes Wort. Es klingt brav und gesetzlich. Gelegentlich hat es einen sektiererischen Beigeschmack.

#### 1.3 Zusammenhänge

Christliche Frömmigkeit vollzieht sich unter Menschen, die durch den Heiligen Geist zum Glauben an den dreieinigen Gott, zu Lobpreis und Anbetung, Buße und Bekehrung, Gehorsam und Dienst, Leiden und Hoffnung befreit worden sind. Aller christlichen Frömmigkeit ist der Zusammenhang von Glaube und Lebensgestaltung, von persönlicher Betroffenheit und Verantwortung für die Welt gemeinsam.

#### 1.4 Mündigkeit der Christen

Kennzeichen evangelischer Frömmigkeit ist Freiheit. Evangelische Frömmigkeit beruft sich auf die Mündigkeit des Christseins. So können unterschiedliche Profile evangelischer Frömmigkeit in einer Kirche wirksam sein. Diese Freiheit ist die Stärke evangelischer Frömmigkeit.

Es gibt aber auch eine Kehrseite. Die Betonung der persönlichen Verantwortung des Christen bedeutet oft genug einen Vorbehalt gegenüber der Institution Kirche. Darin liegt die Schwäche evangelischer Frömmigkeit. Wie Frömmigkeit ohne Freiheit zur Gesetzlichkeit erstarbt, so führt Freiheit ohne Gestaltwerdung zur Schwärmerei oder zur Unverbindlichkeit.

#### 1.5 Herausforderungen

Frömmigkeit muß kritischen Fragen standhalten. Wie drückt sich Frömmigkeit gegenüber der Herausforderung von Naturwissenschaft und Technik aus? Wie verhält sich der allgemeine Traditionsabbau zur Pflege der Frömmigkeit? Wie wehren wir der Orientierungslosigkeit und der Resignation? Wie nehmen unsere Gemeinden die Sehnsucht nach erneuerter Frömmigkeit auf, wie sie hier und da aufbricht? Was bedeutet uns die Begegnung mit Christen anderer Konfessionen und Kontinente?

...

### 6. Leben in der Gemeinschaft

#### 6.1 Wider die Vereinzelung

Glaube und Leben des Christen sind nichts rein Privates, sondern geschehen in der Gemeinschaft mit anderen Menschen in der Gemeinde, in der Kirche. Je tragfähiger diese Gemeinschaft ist, desto leichter fällt es, Frömmigkeit Gestalt werden zu lassen. Frömmig-

12. Vollständiger Text in epd-Dok. Nr. 12/1978.

keit braucht gegenseitiges Vertrauen und gegenseitige Glaubensstärkung, um wachsen und strahlen zu können. Vielfach scheint heute persönliche Frömmigkeit nur in der Gemeinschaft gelebt werden zu können. Wie kann die evangelische Gemeinde dem Wunsch nach mehr Gemeinschaft entsprechen? Was fördert Gemeinschaft?

## *6.2 Familie als Zelle der Gemeinde*

Die Familie ist in besonderer Weise eine Stätte der Einübung in evangelische Frömmigkeit. Eltern beten mit ihren Kindern, beten für ihre Kinder. Eltern feiern mit ihren Kindern die Heilsfeste Gottes. Auch Familienfeste sind Anlaß, der Frömmigkeit Raum zu gewähren. Was auch immer an Spannung zwischen den Generationen und Zerrissenheit auseinanderstrebender Termine entgegensteht, Frömmigkeit im Familienkreis bewährt sich auch heute.

## *6.3 Die Gruppen und die ganze Gemeinde*

Gemeindengruppen, verschieden in ihrer Zusammensetzung und Zielsetzung, zeigen den Reichtum vielfältiger Frömmigkeitsformen. Die Vielfalt der Lebensstile kann freilich auch zur Belastung werden. Manche Gruppen möchten das Gemeindeleben nach ihrem Verständnis gestalten. Oft haben sie dafür wichtige Gründe. Wie kann die Gemeinde sie gelten lassen, ohne auseinanderzubrechen? Sind wir imstande, die eine Wahrheit Gottes in einer Vielfalt von Ausdrucksformen anzunehmen? Wie können wir in der Kirche ungute Auseinandersetzungen vermeiden, ohne in unseren Aussagen undeutlich zu werden? Manchen Menschen ist die Kirche zu aufwendig, zu bürokratisch und zu veraltet. Anderen ist sie zu sehr oder zu wenig gesellschaftlicher Machtfaktor. Wie können wir Anstöße zu einer Erneuerung gemeinsamer Frömmigkeit vermitteln?

# *7. Dienst aus Glauben*

## *7.1 Ganzheitliche Frömmigkeit*

Evangelische Frömmigkeit hat sich immer auch als Dienst am Menschen verstanden. Die Reformatoren haben das fromme Leben des Christen ganzheitlich gesehen. Aller Dienst der Christen ist Gottesdienst. Das galt für die Hausfrau wie für den Handwerker, für den Landwirt wie für den Beamten, für den Lehrer wie für den Ratsherrn, für den Kaufmann wie für die Magd. Das Verständnis der Arbeit wurde vom Gottesdienst her zum Kennzeichen evangelischer Frömmigkeit.

## *7.2 Spannung zwischen Arbeit und Glaube*

Der reformatorische Grundsatz ist aber schon bald verdorben worden. Die Arbeit wurde Religionsersatz, der Gottesdienst überflüssig. Diese Entwicklung erweist sich als bedrohlich. Was kann geschehen, um den Feiertag gerade im Interesse des Dienstes am Menschen wiederzuentdecken? Was bedeutet Sonntagsheiligung für Arbeit und Beruf? ...

## *7.5 Um einen neuen Lebensstil*

Deutet sich in dem Bemühen um einen „neuen Lebensstil“ eine neue Form freien und frohen Dienstes an Gottes Geschöpfen an? Der neue Lebensstil versucht die Gegensätze zwischen Völkern und Rassen, Konfessionen und Kontinenten, zwischen reich und arm durch glaubwürdiges Opfer und einfacheres Leben zu überwinden. Angesichts der heutigen Spannungen können Christen ihren Beitrag nicht auf den Bereich einer weltverneinenden Innerlichkeit einschränken. Die demokratische Staatsform eröffnet ihnen in einem früher nicht bekannten Maß die Möglichkeit, an der Behebung der Ungerechtigkeiten mitzuwirken.

In diesen Horizonten wird persönliche Entscheidung zur Herausforderung und zum Abschied an alte Gewohnheiten wie gesicherte Einstellungen. Wie kann es dabei gelingen, die Sicht des Glaubens Gestalt werden zu lassen und nicht einfach fremde Maßstäbe zu über-

nehmen? Wie kann die Freiheit des Christenmenschen vor einer neuen Gesetzlichkeit bewahren? Wie können wir die Verantwortung vor Gottes Schöpfung in die „kleine Münze“ täglichen Dienstes umsetzen? Wie kann die Gemeinde Ort der Einübung für neue Lebensformen sein?

Die evangelische Kirche besinnt sich zunehmend auf verschüttete Dimensionen der Frömmigkeit, die unter dem neuen, aus dem Französischen entlehnten Begriff Spiritualität thematisiert werden. Insbesondere richtet sich das Augenmerk auf vernachlässigte Frömmigkeitsformen wie das Leben in Kommunitäten<sup>13</sup>. Deren Ausstrahlungskraft auf die Volkskirche wird gleichsam neu entdeckt, wobei die enthusiastische Orientierung unzähliger Jugendlicher aller Konfessionen an der Kommunität von Taizé und an deren Prior Roger Schutz signalisiert, welche enorme Breitenwirkung diese Frömmigkeit gewonnen hat. Der Rat der EKD setzte 1976 eine Arbeitsgruppe „Spiritualität“ ein, welche einen Überblick über die gegenwärtige Entwicklung und Anregungen für die weitere Arbeit vermitteln sollte. In einer wesentlich von OKR Dr. Horst Reller (Hannover) vorbereiteten Studie und einem von Prof. Dr. Manfred Seitz (Erlangen) erarbeiteten Meditationsbuch wurden die grundsätzlichen und die praktischen Aspekte so dargestellt, daß deutlich wurde, wie sehr es dabei um eine den christlichen Alltag betreffende Dimension, nicht aber um abseitige Besonderheiten geht.

#### EKD-STUDIE: EVANGELISCHE SPIRITUALITÄT

##### *Überlegungen und Anstöße zur Neuorientierung (Auszug)<sup>14</sup>*

##### *1.3 Zur Situation*

Gestalten neuer Spiritualität.

Geistliche Erneuerungsbewegungen sind zu allen Zeiten in oder neben der Kirche aufgebrochen und begleiten sie bis in die Gegenwart. Neben charismatisch-bibelgläubigen Gruppen stehen solche mit prophetisch-politischer Tendenz. Großevangelisationen mit Billy Graham erweckten Aufsehen, evangelistische Bruderschaften stehen neben Aktionsgemeinschaften und sozialen Initiativen. Aus Amerika griff die charismatische Gemeindeerneuerung – vor allem auch in der römisch-katholischen Kirche – auf Europa über. Die schon seit den vierziger Jahren in Frankreich und Deutschland entstandenen evangelischen Kommunitäten treten allmählich stärker ins Bewußtsein. Man kann von drei Strängen erneuerter Spiritualität sprechen:

- a) von der bibelorientierten, evangelistischen Spiritualität, welcher die charismatisch-pfingstliche Spiritualität verwandt ist;
- b) von der liturgischen, meditativen Spiritualität, die sich z.B. in den evangelischen Kommunitäten neu entfaltet hat – und
- c) von der emanzipatorisch-politischen Spiritualität, die sich auf die prophetische Tradition beruft und in die Solidarität mit den Armen stellt.

Für die Breite der Volkskirche kann noch nicht von einem spirituellen Aufbruch gesprochen werden. Eher herrscht eine Einstellung vor, die nicht begeistert, eine Orientierungslosigkeit, die gelegentlich in Resignation umschlägt. Eine religiöse Prägung des Volkslebens scheint der Kirche zu entgleiten. Der Traditionsabbruch der späten sechziger Jahre und die

13. Vgl. KJ 1976/77 S. 23f.; Ingrid Reimer (Hg.): *Alternativ leben in verbindlicher Gemeinschaft. Evangelische Kommunitäten, Lebensgemeinschaften, Junge Bewegungen*, Stuttgart 1979.

14. Buchpublikation unter demselben Titel: Gütersloh 1979. Dazu vgl. M. Seitz: *Leben aus Gottes Geist*, Gütersloh 1979.

daraus erwachsene Kirchengaustrittswelle sind nocht nicht verarbeitet. In den Gemeinden lebt eine weithin gestaltlose defensive Kirchlichkeit und ein gefährlich unausdrückliches Christentum. Um so wichtiger ist die Bemühung des Suchens, Entdeckens und Prüfens. Daraus können Signale des Heiligen Geistes erwachsen und zu einer Erneuerung der Kirche beitragen ...

#### *4. Aspekte einer spirituellen Erneuerung*

##### *4.1 Den elementaren Erfahrungshunger beachten*

(...)

Die spirituelle Not ist heute wohl der entscheidende Mangel in unserer kirchlichen Situation. Diese Not ist organisatorisch kaum zu steuern. Spiritualität ist nicht machbar. Sie überträgt sich durch Beispiele, durch Begleitung, durch Vorbild. Sie ist letztlich Werk des Heiligen Geistes. Aber es kommt auf glaubwürdige Erfahrung und Lebensgestaltung an. Diese gibt es zeichenhaft auch heute in unserer Mitte ...

##### *4.2 Evangelisation mit Priorität fördern*

Nicht nur die Informationsbedürftigkeit und die emotionale Bedürftigkeit, sondern die Gottesbedürftigkeit des modernen Menschen muß berücksichtigt werden. In der elementaren Konfrontation mit Gott gewinnt der Mensch seine reale Identität als Sünder und Gerechter. Dieses brauchen junge und erwachsene Menschen. Evangelisation kann freilich nicht einfach wie früher getrieben werden. Sie hat längst neue Zugänge gefunden. Was heute notwendig ist, ist ein durch gemeinsames Leben motivierter Einstieg in die Bibel, dazu die elementare Verkündigung von Gesetz und Evangelium. Ohne Bibelverkündigung entstehen keine Christen. Der eschatologische Ernst in der persönlichen Situation wie in der Weltlage gehört zu den legitimen Aspekten evangelistischer Verkündigung. Zur Evangelisation gehört auch, was Evangelisten heute bisweilen als „geistliche Lebensordnung“ oder persönlichen Heilsweg bezeichnen und was die ältere Dogmatik „ordo salutis“ nannte. Auf gute biblische Gründung und seelsorgerliche Handhabung und Anleitung kommt hier alles an ...

##### *4.3 Kristallisationskerne spiritueller Übung aufsuchen*

Christliche Gemeinschaften, Gruppen und Kommunitäten stellen ein Protest gegen die Eindimensionalität des modernen Lebens, gegen die absolute Vorherrschaft von Produktion und Konsum dar. Besitzlosigkeit und Dienstgemeinschaft sind radikale Zeichen für das Leben angesichts einer anderen Wirklichkeit. Gruppen mit gemeinsamer Lebensgestaltung, gemeinsamer Arbeit, gemeinsamem missionarischem Kampf, gemeinsam getragener Anfechtung und gemeinsam getragenen Leiden können ein Leitbild der Neuorientierung sein. Die Frage nach der Gemeinschaft kann nicht ernsthaft genug bedacht werden ...

##### *4.4 Die kirchliche Dimension geistlichen Lebens zur Geltung bringen*

(...)

Zur ekklesialen Dimension geistlichen Lebens gehört die ständige Bemühung um Gemeinschaft im geistlichen wie im leiblichen Sinne. Daß „Brüderlichkeit“ zum politischen Kampfbegriff wurde, bleibt eine kritische Rückfrage an das „christliche Abendland“. Wo soziale und rassische Unterschiede die Gemeinschaft unter Christen nachhaltig und auf Dauer stören und zerstören, da sind andere trennende Werte an die Stelle über Christus gestellt. Wenn am Tisch des einen Herrn die einen schlemmen, während die anderen hungern, wird der Leib Christi zertrennt. Ausgleichen und Anteilgeben um des einen Herrn willen ist eine ständige Lebensbewegung in der Kirche Christi. Gemeinschaft in dem einen Herrn bedeutet nicht abstrakte Gleichheit, sondern Ausgleich um des Friedens willen.



Vom 24. Februar 1979<sup>15</sup>

1. Die Gliedkirchen werden gebeten, den in ihrem Raum entstandenen Kommunitäten, sowie den Diakonissen- und Bruderhäusern und anderen Zentren geistlichen Lebens und gemeinsamer Lebensgestaltung besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und bemüht zu sein, dieselben für das Ganze der Kirche fruchtbar zu machen.

2. Sofern sich Theologie als Umgang mit dem lebendigen Gott nicht in Wissenschaft und Methodik, in der Theorie forschenden Denkens und der Praxis nützlicher Anwendung erschöpft, ergeben sich entscheidende Folgerungen für alle Stationen der Ausbildung des Theologen. Sie bestehen in der Bemühung um eine Theologie, in der die Praxis des Glaubens beschrieben und eingeübt wird und die damit gemachten Erfahrungen durchdacht und besprochen werden. Gebet, Meditation, Gottesdienst, Gemeinschaft und ein darin begründetes weltoffenes und diakonisches Christentum sind die ihr aufgetragenen Themen.

Der theologische Ausbildungsgesamtplan, wie er von Rat und Kirchenkonferenz verabschiedet worden ist, kann dadurch eine wesentliche inhaltliche Bereicherung und Vertiefung erfahren.

3. Der Pflege und Einübung evangelischer Spiritualität kommt in der Bildungs-, Ausbildungs- und Fortbildungsarbeit der Kirche eine bisher nicht immer hinreichend beachtete Bedeutung zu. Dies gilt nicht nur für den hauptamtlichen Mitarbeiter in der Kirche, sondern auch für die neben- und ehrenamtlich Tätigen.

4. Im Dienst der Kirche stehen, heißt zur Teilnahme an ihrem geistlichen Leben in besonderer Weise eingeladen zu sein. Darum sind Angebote nötig, die der Stärkung und Vertiefung des Glaubenslebens dienen und es den Mitarbeitern ermöglichen, ihre Berufs- und Lebensprobleme vom Glauben her zu verarbeiten.

5. Gegenwärtig verstärkt sich die Einsicht, daß die herkömmlichen Formen lehrhafter Glaubensunterweisung den jungen Menschen kaum noch erreichen. Er sucht aber Halt, Orientierung und Sinngabe für sein Leben. Die Möglichkeiten rationaler Wissensvermittlung und ethischer Impulse erscheinen ausgeschöpft. Es gilt zu prüfen, in welcher Weise Grundanliegen evangelischer Spiritualität in die kirchliche Jugendarbeit und in den Unterricht eingebracht werden können.

6. Für besondere Veranstaltungen wie Kirchentage, Gemeindetage, „Missionarisches Jahr 1980“, sowie für alles Leben der Gemeinde können die „Aspekte einer spirituellen Erneuerung“, wie sie in der Ausarbeitung „Evangelische Spiritualität“ (Seite 50ff.) vorgetragen sind, hilfreiche Anregungen bieten.

7. Alle Einzelbereiche kirchlicher Gemeindegliederung können durch die Einbeziehung der spirituellen Dimension Befruchtung, Bereicherung und Vertiefung erfahren. Dies sollte beim Erstellen der Arbeitspläne der kirchlichen Werke und Verbände immer wieder beachtet werden. Dabei muß freilich im Blick behalten werden, daß sich die Verwirklichung der geistlichen Dimension bloßer Organisation und Anordnung entzieht und auf tiefere Ansatzpunkte der Erneuerung verweist.

## 2. DISKUSSION UM DIE VOLKSKIRCHE

Nicht die geistliche Kraft der als Volkskirche existierenden Kirche, wohl aber ihre Vielfalt der Organisationsformen und geistigen Strömungen lassen sie nach wie vor als ein Instrumentarium erscheinen, mit welchem das Christentum in unserem Lande in der nötigen Breite und Flexibilität auf die mancherlei Herausforderungen der Zeit reagieren kann. Deswegen ist es angemessen, ja unum-

15. Abgedruckt ebd. S. 59f.



gänglich, daß die seit längerem angebaute Selbstreflexion zu diesem Thema andauert<sup>16</sup>. Damit wird zwar das ekklesiologische Defizit des Protestantismus nicht wesentlich gemildert, aber immerhin fortlaufend bearbeitet – in der Hoffnung, daß die mancherlei theoretischen Ansätze (sofern sie brauchbar oder hilfreich sind) sich langfristig im allgemeinen Bewußtsein positiv auswirken. Der Vorwurf, die Kirche beschäftige sich hierbei zu viel mit sich selber, verfängt wenig angesichts der Tatsache, daß alle derartigen Reflexionen auf eine theologisch verantwortete, nach Möglichkeit verbesserte Wahrnehmung der kirchlichen Aufgaben in der Welt von heute zielen.

Typisch für eine verbreitete, empirisch wie dogmatisch begründete Standortbestimmung ist die Prognose, das allmähliche Ende der Volkskirche rücke unaufhaltsam voran. Ob sie auf einer zutreffenden Diagnose beruht, sei dahingestellt. Ekklesiologische Leitbilder mischen sich hier oft mit Wünschen oder Ängsten. In der Vorbereitung auf das „Missionarische Jahr 1980“ (s.o.), mit welcher eine moderne Volksmission ins Bewußtsein breiter Kreise gerückt werden sollte, befaßte sich z.B. die württembergische Landessynode mit dem Thema „Missionierende Volkskirche“. Landesbischof H. Claß diagnostizierte in seinem Bericht vor der Synode: „Mir scheint, daß wir mittelfristig an der Volkskirche festzuhalten haben, daß wir aber langfristig eine Freiwilligkeitskirche ins Auge fassen müssen. Ein Blick auf den Weg der evangelischen Kirchen in der DDR zeigt, daß es sich dabei um einen schmerzhaften Vorgang handelt, zugleich aber um einen, der neue geistliche Kräfte entbinden kann.“<sup>17</sup>

Für Synode und Rat der EKD während der fünften Amtsperiode (1973–78) stand die Volkskirchenthematik nicht nur als heimliches Thema bei vielen Erwägungen im Hintergrund, sondern auch explizit als grundsätzlicher Beratungsgegenstand auf der Tagesordnung. Nachdem die Diskussion zum Thema Volkskirche im Plenum der Synode (Freiburg 1975) keine vorwärtsweisenden Ergebnisse erbracht hatte<sup>18</sup>, sollte sich ein 1976 eingesetzter Unterausschuß („Kirche zwischen Auftrag und Erwartungen“) des EKD-Synodalausschusses für Schrift und Verkündigung längerfristig mit der Problematik befassen, um eine neue Vorlage einzubringen. Unter dem Vorsitz von OKR Dr. Karl Dienst (Darmstadt) arbeiteten in diesem Ausschuß Exponenten der verschiedenen Positionen mit, so daß die in der EKD vorhandenen Polarisierungen getreu abgebildet wurden. Angesichts der zutage tretenden Spannungen erwies es sich als unmöglich, zu einer profilierten Lösung zu gelangen. Das Ergebnis, welches der Synode präsentiert werden konnte, blieb in vieler Hinsicht unbefriedigend. Ob es im Laufe der Zeit eine nennenswerte Wirkung auf die kirchliche Bewußtseinsbildung haben wird, erscheint ungewiß. Doch selbst als Dokument eines nicht gelungenen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesses verdient es Beachtung.

Wie Karl Dienst vor der EKD-Synode betonte, versucht das Arbeitspapier, über die Vielfalt aller einzelnen, oft kritisch vorgetragenen Positionen hinaus einen theologischen Grund-

16. Vgl. KJ 1975, S. 19ff.; KJ 1976/77, S. 48ff.

17. Sonderdruck des Synodalberichts „Volkskirche: Woher – wohin – wozu?“, S. 5.

18. Vgl. KJ 1975, S. 32; Thema: Volkskirche. Ein Arbeitsbuch für die Gemeinde, hg. von der Kirchenkanzlei der EKD, Gelnhausen 1978.

consensus zu artikulieren, in welchem die verschiedenen in der Kirche vorhandenen Richtungen sich – unter Verzicht auf kompromißlose Durchsetzung ihres partikularen Profils – wiederfinden können. Die vieldiskutierte Frage nach der rechten Gestalt von Kirche muß zunächst theologisch beantwortet werden. Das kann aber nicht (so Dienst zutreffend) zu einer kirchenamtlichen „Manifestation einer neuen Lehre von der Kirche“ führen, sondern nur zu einem „Versuch einer gewissen Positionsmarkierung in pragmatischer Absicht“: Das Gespräch innerhalb der Kirche über diese Grundlagenproblematik soll langfristig weitergehen, wobei „das Gemeinsame vor dem Trennenden, die Ermutigung vor der Kritik, die Gabe vor der Aufgabe, das Aufsuchen vor dem Ziehen von Grenzen“ stehen soll<sup>19</sup>.

Aus dieser Zielsetzung erklärt sich die konventionelle Sprache der Vorlage, die bekannte Topoi zusammenstellt, aber die volkskirchliche Realität nur recht allgemein berührt. Diese kommt – nach Abschnitten über „Die Kirche als lehrende Kirche“ und „Die Kirche als handelnde Kirche“ – im letzten Abschnitt zur Sprache:

## EKD-ARBEITSPAPIER: KIRCHE ZWISCHEN AUFTRAG UND ERWARTUNGEN

Vom 7. November 1978 (Auszug)<sup>20</sup>

### *Erneuerung der Kirche durch ihre volkskirchlichen Chancen*

Der Herr erneuert seine Kirche; das Evangelium selbst fordert zur Erneuerung heraus und ermöglicht sie. Die Kirche hat Anlaß zur Freude und Dankbarkeit für das, was Gottes Wort in ihr neu macht. Darin ist auch die Hinwendung der Kirche zur Welt und ihren Veränderungen begründet. Oft sind Mitglieder der Kirche in ihren Lebensvollzügen der Kirche als Institution in dieser Hinwendung voraus.

#### *a) Erneuerung der Kirche durch Gottesdienst und Seelsorge*

Weil die Erneuerung der Kirche sich durch Wort und Sakramente vollzieht, kommt der gottesdienstlichen Versammlung auch für das Neuwerden der Kirche grundlegende Bedeutung zu. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß unsere Gottesdienste viele Erwartungen enttäuschen, bis dahin, daß viele Menschen vom Gottesdienst nichts mehr erwarten.

##### **1. Erneuerung der Predigt**

Die Erneuerung der Kirche ist eng mit der Erneuerung der Predigt verbunden. Gottes Wort soll nicht nur gepredigt und gehört, sondern auch im Gespräch vermittelt werden. Die Hinwendung zur Schrift schließt die Hinwendung zum Menschen mit seinen Erfahrungen und Erwartungen ein. Das Lebensgefühl gerade des heutigen Menschen läßt den Dialog und andere Formen der Kommunikation besonders wichtig werden.

Im Blick auf die Erneuerung der Predigt gilt es, ihre einzelnen Elemente lebendiger auszugestalten. Wichtig sind hier z.B. die Mitbeteiligung der Gemeinde an der Vorbereitung, Durchführung und Nachbesprechung, die Berücksichtigung des meditativen Elements und die Beachtung des Öffentlichkeitscharakters der Predigt.

##### **2. Erneuerung des Abendmahls**

Eine sich erneuernde Kirche wird angesichts der Bedeutung, die Bild und Symbol für den heutigen Menschen erlangt haben, den Zusammenhang von Wort und Sakrament wieder neu entdecken. Auch das Verlangen danach, Einsamkeit zu überwinden, läßt das Abendmahl in neuer Dringlichkeit erkennen.

Im Abendmahl gehören Erfahrung der Versöhnung mit Gott und der Gemeinschaft untereinander, Danksagung und Lobpreis zusammen. Neue Formen des Abendmahls müssen sich

---

19. Einbringungsrede von Dr. Karl Dienst, BSynEKD 30, 1978, S. 246–252; Zitate dort S. 250, 252.

20. Text nach BSynEKD 30, 1978, S. 252–261.

an diesen Kriterien orientieren. Der Gemeinschaftscharakter des Abendmahls und seine festliche Gestaltung werden von hier aus bedacht werden müssen.

### 3. Neue Formen des Gottesdienstes

Gottesdienst geschieht in Formen, die sich durch die Jahrhunderte bewährt haben. Schon die gottesdienstliche Überlieferung bietet noch unausgeschöpfte Möglichkeiten. Diese Überlieferung entlastet uns auch von der Überforderung, immer neue Formen zu entwickeln. In unserer Situation werden vor allem Gelegenheiten zur Kommunikation, zur Meditation und zum Feiern gesucht.

Gottesdienstliche Erneuerung kann viele Wege gehen. Wir nennen einige Beispiele, mit denen sich bereits gute Erfahrungen verbinden:

- die Begegnung der verschiedenen Generationen im Familiengottesdienst;
- Gottesdienste für unterschiedliche Alters- und Zielgruppen wie Kinder- und Jugendgottesdienste;
- themenzentrierte Gottesdienste.

### 4. Erneuerung der Amtshandlungen

Mit den Amtshandlungen nimmt die Kirche in besonderer Weise am Leben ihrer Mitglieder teil. Das biblische Zeugnis wird hier als Zuspruch und Anspruch im Blick auf die Führung des Lebens ausgerichtet. Im Segen wird Gottes Gabe und Verheißung dem Menschen zugesprochen.

So nimmt sich die Kirche von ihrem Auftrag her des Menschen in seinen besonderen Freuden und Hoffnungen, Nöten und Erwartungen an. Aufgrund des Zurücktretens von Sitte und Ordnungen und der damit verbundenen Unsicherheit in den Lebensvollzügen sind solche Erwartungen etwa der Wunsch nach Sinngabe, Hilfe in Lebenskrisen, nach Brauchtum und Festlichkeit. Sie werden auch durch die Verkündigung der Kirche immer wieder hervorgerufen.

Darum wird das seelsorgerliche Umfeld der Amtshandlungen heute neu entdeckt und damit ein umfassenderes, über den liturgischen Vollzug hinausgehendes Verständnis der Amtshandlungen gewonnen.

### 5. Erneuerung der Seelsorge

In der Seelsorge wendet sich die Kirche dem einzelnen in Gespräch, Zuspruch, Beratung und konkreter Hilfeleistung zu. Sie trifft hier auf Erwartungen nach Trost, Aussprache, Lebenshilfe, religiöser Information, aber auch nach verbindlichem Rat und konkreter Weisung.

Angesichts des Verlusts an Orientierung, Geborgenheit und Begleitung und der Zunahme von Isolierung und Abhängigkeiten gewinnt die Seelsorge neue Dringlichkeit. Neben den herkömmlichen Formen der Seelsorge wie Aussprache, Gebet und Absolution sind z.B. Lebensberatung, Telefonseelsorge, Seelsorge in der Freizeitwelt wichtig geworden. Besonders intensive Erwartungen richten sich auf den Hausbesuch. Auch ein seelsorgerlicher Brief wird als Hilfe empfunden. Es darf auch nicht übersehen werden, daß Gespräche mit Gruppen, Parteien, Verbänden und Bürgerinitiativen unter seelsorgerlichen Erwartungen stehen.

Die Seelsorge und die mit ihr verbundenen Erwartungen wirken wieder auf den Auftrag der Kirche zurück.

### 6. Erneuerung der Erziehung

Erziehung zum Glauben erfordert das Kennenlernen der Voraussetzungen, auf die sich der christliche Glaube bezieht. Dazu gehört auch, daß die Menschen in das Leben der Kirche einbezogen werden.

Angesichts einer vorwiegend auf Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten ausgerichteten Bildung gewinnt die Begleitung des Menschen in seinen Lebensvollzügen und seine Befähigung zu selbständiger Stellungnahme als kirchliche Aufgabe an Bedeutung. Schulische und außerschulische Formen der religiösen Erziehung und Bildung sind aufeinander zu beziehen; Religionsunterricht und Jugendarbeit, Gemeindekatechese und Erwachsenenbildung dürfen nicht auseinandergerissen werden.

## *b) Erneuerung der Kirche durch Gaben und Aufgaben der Mitglieder*

Die Erneuerung der Kirche bedarf der Entdeckung der vorhandenen vielfältigen Gaben bei den Mitgliedern der Kirche als Gaben Christi. Neue Situationen lassen dabei auch alte Formen kirchlichen Handelns wieder neu entdecken; neben bewährten Formen sind neue notwendig.

### **1. Erneuerung durch evangelistisches Handeln**

Beim evangelistischen Handeln geht es um die Bezeugung christlichen Glaubens und Lebens außerhalb des gottesdienstlichen Rahmens. (...)

### **2. Erneuerung der Frömmigkeit**

Bei der Frömmigkeit geht es um die persönliche Beziehung des Menschen zu Gott und darum, wie der Glaube im Leben Gestalt gewinnt. (...)

## *c) Erneuerung der Kirche durch den Dienst der Kirche an ihren Mitgliedern*

1. Die Mitglieder sind mit ihrer Kirche in verschiedenen Graden verbunden; sie nehmen die Dienste der Kirche in verschiedenem Maße in Anspruch.

Diese volkscirchliche Struktur der Kirche halten wir für eine Chance, das Angebot Gottes in vielfältiger Weise auszurichten. Wir nehmen Kirchenmitgliedschaft ernst.

### **2. Bewußtwerden der Mitgliedschaft**

Durch einen vielgestaltigen Dienst der Kirche sollen die Mitglieder erkennen, was in der Taufe an ihnen geschehen ist, und befähigt werden, als Christen in unserer Zeit zu leben. Sie sollen lernen, ihre vielfältigen Gaben als Gaben Christi zu erkennen und in der christlichen Gemeinde zu gebrauchen. Aus zugeschriebener Mitgliedschaft soll eine bewußt bejahte Mitgliedschaft werden.

### **3. Unterschiedliche Glaubens- und Lebensformen als Chance**

Neben den unterschiedlichen Ausprägungen in der Ausübung der Mitgliedschaft in der Kirche gibt es in unserer volkscirchlichen Situation eine Mehrzahl von Glaubensauffassungen und ihrer Verwirklichung im Leben.

Es gilt, diese Vielfalt des christlichen Glaubens nicht nur als Belastung zu sehen, sondern auch als Chance zu begreifen. Bei aller Vielfalt der Glaubensüberzeugungen und ihrer theologisch-ethischen Entfaltung ist es notwendig, die gemeinsame Mitte christlichen Glaubens zu suchen und zu erkennen: das Zeugnis von dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn. Unterschiede in Glauben und Leben sind dann fruchtbar, wenn sie auf der Grundlage dieser Übereinstimmung in der gemeinsamen Mitte getragen werden. Dann bedeutet „Pluralität“ kirchlichen Lehrens und Handelns nicht Auflösung der Einheit des biblischen Zeugnisses, sondern das Aufsuchen des Menschen in seinen verschiedenen Überzeugungen und Lebensvollzügen mit dem Ziel, ihn auf vielfältige Weise zur Mitte des Glaubens zu führen.

„Kirchenamtliche“ Äußerungen spielen im Meinungsbildungsprozeß der evangelischen Kirche oft eine geringere Rolle als die schärfer konturierten Konzeptionen einzelner Theologen. Wo sich beides verbindet, in bedeutsamen Beiträgen führender Kirchenmänner, wird man besonders hinhören müssen. Der Bischof von Hamburg (seit 1977 eines der drei Sprengel der Nordelbischen Kirche), Dr. Hans-Otto Wölber, hat seit Jahren den gerade in dieser Großstadt zutage tretenden Verfall der volkscirchlichen Tradition, der in alarmierenden Austrittszahlen kulminierte, analysiert und kritisch-produktiv kommentiert. In einem Bericht vor der Synode des Kirchenkreises Alt-Hamburg ging er grundsätzlich auf den Strukturwandel der Volkskirche ein. Es gibt nur wenige Beiträge, die in solcher Weise sowohl die Distanz gegenüber der herkömmlichen Volkskirch-



lichkeit als auch die Offenheit für die darin liegenden Möglichkeiten kirchlicher Arbeit zu einem vorwärts weisenden Konzept vereinen.

BISCHOF DR. HANS-OTTO WÖLBER:  
VERMUTUNGEN ÜBER DIE ZUKUNFT DER KIRCHE

*Vom 20. April 1978 (Auszug)<sup>21</sup>*

1. Die sozialpsychologische Vermittlung wird weiterhin schwächer, vor allem durch die Aushöhlung von Ehe und Familie und den Bruch zwischen den Generationen. Dies bedeutet, daß der Entscheidungscharakter christlicher Existenz steigt. Darum sollten wir taufbereiten Eltern mehr Rücksicht bieten. Es bedarf einer intensiven Zuwendung. Die Kasualpraxis muß völlig neu durchdacht werden.

Steigt aber der Entscheidungscharakter, so muß man sich auf eine vorläufig weitere Minderung der Mitgliedschaft einstellen. Offensichtlich ist die gegenwärtig erziehende Generation die erste, die bis auf eine Minorität religiöse Erziehung tatsächlich umfassend verweigert. Wir können mit keiner tragenden vorgegebenen religiösen Sozialisation mehr rechnen mit dem Gebet mit den Kindern, mit der Berufung auf die Bibel oder mit dem Singen eines christlichen Morgenliedes. Freilich schafft die Zunahme des Entscheidungsfaktors auch eine mehr dynamische Mentalität. Es besteht die Chance aktiverer und überzeugender Kernbereiche. Wer sich denn schon entschieden hat, wird die Kirche auch drängen. Der Erwartungsanspruch an die Kirche wird bei ihren Gliedern erheblich ansteigen.

2. In dieser Lage entsteht vermutlich zur Stützung der Mitgliedschaft – oder als natürlicher Ausdruck der überschaubarer werdenden Überzeugungsgemeinschaft – ein vitales Interesse an einer Kompensation der ausfallenden religiösen Sozialisation. Wenn in der „Volksreligion“ natürliche religiöse Sozialisation nicht mehr gegeben ist, wird die Kirche zwangsläufig der Entwicklung von Primärbeziehungen, dem Kontakt mit den Familien und vor allem, verkürzt gesagt: dem Nachwuchs große Aufmerksamkeit zuwenden. Das wichtigste sozialpsychologische Problem einer sich noch als Volkskirche verstehenden Kirche wird ihr Verhältnis zur Familie und zur Jugend sein. Gibt es weniger „geborene Mitgliedschaft“ und wird „Bekehrungsmitgliedschaft“ jedenfalls für eine Volkskirche nicht ausreichen, so muß man Mitgliedschaft „heranziehen“. Das bedeutet eine erhebliche Schwerpunktverlagerung kirchlicher Aktivität und eine Entscheidung in der Prioritätendebatte: Mütter, Kinder, Schule, Jugend, Familie. Das ist unser Haupthorizont – und die am Rande der Gesellschaft ...

3. Das Absinken der Nachwuchszahlen aufgrund des allgemeinen enormen Geburtenunterschusses, zusätzlich reduziert durch geringe Taufbereitschaft, läßt wohl schon mittelfristig ein neues Finanzsystem vermuten, denn es erscheint völlig ausgeschlossen, daß die entsprechende Minderung der Einkünfte auf steuerlichem Wege ausgeglichen werden kann. Es erscheint auch ausgeschlossen, daß der gegenwärtige institutionelle und gesamtkirchliche Aufwand aufrechterhalten werden kann.

Ein Durchbruch wird vermutlich erzielt sein, wenn es gelingen sollte, Finanzierung und Wirkung des Dienstes vor Ort miteinander zu verbinden – bei aller Notwendigkeit des Lastenausgleichs. Gemeinden müssen in einem gewissen Grade an der Wirkung ihrer Dienste durch die ihnen entsprechend zufließenden Mittel beteiligt sein. Die gemeindebezogene Arbeit der Kirche wird also stark in den Vordergrund rücken. Im übrigen wird auch die Öffentlichkeit die Kirche messen an den Manifestationen konkreter und kontinuierlicher Mitgliedschaft.

4. Wenn man nun solche erwartbaren Daten mit dem Vermittler „Kultur“ in Verbindung bringt, so läßt sich vermutlich eine Gegenströmung erwarten. Unsere Kultur, die aufgrund ihrer Vorstellungen von Freiheit und Pluralismus die „Gesellschaftsreligion“ nicht mehr trägt, ist antagonistisch. Sie erwartet zum Beispiel heute im Grunde mehr Ethik bei weniger Autorität. Darum erreicht uns der Ruf nach Grundwerten ...

21. Vgl. auch den Teilabdruck in LM 17, 1978, S. 352–356.



5. ... Es zeigt sich ja auch, daß die Diakonie der Kirche durch alle Veränderungen hindurch „gesellschaftlich“ unbestritten gewesen ist. Ich vermute jedoch, wir sollten jenseits der Berechtigungs- und Anspruchssolidarität, die sich in der Gesellschaft entwickelt, uns genuiner den Verlorenen und Schwächsten besonders demonstrativ zuwenden, also den Kindern, den Behinderten, den Randständigen, den Sterbenden. Wir sollten die Diakonie beschreiben und darstellen als einen Spezialfall der sozialen Aufgabe und als die Angelegenheit einer Botschaft.

6. Wenn formale Zugehörigkeit zurückgeht, aber im Rahmen des zweiten Vermittlers Aufmerksamkeit und Interesse, ja Erwartungen an die Kirche entstehen, dann wird es vermutlich in unserer Gesellschaft eine breite Schicht von Kirchen-Sympathisanten geben. Schon jetzt haben wir ein überraschendes Umfeld zur Kircheng Zugehörigkeit. Es sind viele Getaufte, die die Kirche verließen. In Hamburg kann man mit mehreren hunderttausend rechnen. Dann werden wir Nichtgetaufte haben, die doch jene Erwartungen an die Kirche hegen. Wir werden weiterhin viele Mitglieder haben, die getauft sind – und unter den letzteren wiederum viele, die die Kirche wirtschaftlich aufgrund der Eigenarten des Steuersystems nicht mittragen. In dieser Gesamtsituation ist es denkbar, daß die Kirche sich gedrängt sieht, regelmäßige und stabile Kontakte ohne institutionelle Bindungen zu entwickeln, eine Art „post-kirchlicher Volkskirche“, eine Kirche mit Beziehungen zu ihren Sympathisanten – dies natürlich in der Erwartung, Übergänge in die gebundene Mitgliedschaft zu erreichen.

Das Verhältnis zu Nichtmitgliedern oder Ausgetretenen ist in der gegenwärtigen Lage weder wie in alten Zeiten ein Fall der Kirchengzucht noch primär eine Angelegenheit rechtlicher Regulierungen, sofern Beziehungen wieder angeknüpft werden. Die Kirche hat aufgrund der Überlieferung Kirchenmitgliedschaft formal nur bestimmt als Teilhabe an einer Körperschaft öffentlichen Rechts und dies soweit ausgelegt, daß auch der Indifferente Kirchenmitglied sein konnte. Wie aber ist es nun andererseits mit den Sympathisanten? Außerdem wird es eine nicht geringe Zahl von Menschen geben, die ihre Kirchengaustritte nicht als Trennung vom Glauben deuten und die getauft sind. Die kirchliche Funktion der Nähe oder der Annäherung an die Kirche, im Grunde als Erbe der Volkskirche und als Ausdruck der Bewegung unserer Kultur, wäre ein völlig neuartiges theologisches und organisatorisches Problem. Wir brauchen eine Sauerteig-Theologie. Wir brauchen neue Eintritts- und Wiedereintrittsverfahren.

7. Dieses Problem kann – korreliert man es insbesondere mit der Vermutung entschiedenerer Mitgliedschaft – die Kirche in schwere innere Konflikte stürzen. Wie offen und wie zentral muß Kirche sein? Neben dem biblischen und evangelischen Fundamentalismus wird sich auch ein ekklesiologischer Fundamentalismus melden, neben gesellschaftspolitischer Progressivität auch eine Progressivität in Sachen Mitgliedschaft. Der Streit um ein vertikales und ein horizontales Christentum, der Streit also um die religiöse und soziale Komponente der christlichen Botschaft, wird überlagert werden durch eine theologische Kontroverse über die Frage nach dem Selbstverständnis der Kirche.

Offenbar thematisiert das Schicksal der Kirche immer auch ihre inneren Auseinandersetzungen. War es bisher ihre gesellschaftliche Chance, nämlich die richtige Wahrnehmung der Öffentlichkeitswirkungen, so wird es jetzt ihre gesellschaftliche Sorge sein, nämlich die Frage, wie man unter formal geminderten Umständen die Rolle der Kirche wahrnimmt – dies vor allem, wenn man auch annimmt, daß der Geist weht, wo und wann er will. Es ist nur zu hoffen, daß auch die wissenschaftliche Theologie sich mit solchen Problemen befaßt ...

10. Auf sehr lange Sicht ist eine tiefgreifende Metamorphose der Volkskirche denkbar. Die damit gemeinte Institution wird in ihre gegenwärtige historisch bedingte Stellung nie wieder eingesetzt werden. Dagegen sprechen die Faktoren Traditionsbruch, Diskussion: Wie zentral oder wie offen muß Kirche sein und auch die neue finanzielle Basis? Die Veränderung der gesellschaftlichen und geistesgeschichtlichen Landschaft, die wir nun schon etliche Zeit erleben, wird auch die Skepsis gegen institutionelle Wucherung verstärken, gerade weil die Gemeinwesen sonst hier unausweichlichen Zwängen ausgeliefert sind. Man wird Kirche gerade anders wollen. Schließlich läßt auch die zunehmende Durchlässigkeit der Konfessionsschranken ein neues Bild von der kirchlichen Wirklichkeit erwarten.

Die Verringerung der institutionellen Regularien und die Abnahme von Bürokratie sprechen in der Regel für eine Revitalisierung. Dies heißt in der Kirche etwa: durch Betonung

des Laienelements. Dies heißt aber auch eine allgemein zunehmende transzendierende Orientierung in krisenhafter Wirklichkeit. Anstelle der Volkskirche wird es eher um vielgestaltige Zusammenschlüsse einer „Bewegung von Christen“ gehen, die sich durchaus ihrer Tradition bewußt sind und die auch ein starkes Bewußtsein von der Einheit der Christen haben und damit über die traditionellen Grenzen hinweg kooperieren. In manchem wird dieses Erscheinungsbild von Kirche den Ursprüngen näher sein. Die Botschaft selbst wird gerade angesichts der Erwartungen, die man gegenüber dem krisenhaften Weltlauf hegen muß, ihren unüberbietbaren Rang behalten und in ihrer Bedeutsamkeit zunehmen.

Volkskirchliche Aktivitäten müssen auf einen vielfältigen Adressatenkreis bezogen sein und daher in einer schwer überschaubaren Fülle von Einrichtungen und Organisationsformen, Werken und Diensten erfolgen. Die Haushaltspläne der EKD wie der Landeskirchen geben darüber interessante Aufschlüsse. In Zeiten knapper werdender Finanzen, die spätestens seit 1974/75 endgültig angebrochen sind, stellt sich die Volkskirchenproblematik in eigener Zuspitzung auf der Ebene der Haushaltsberatungen über Stellen- und Mittelkürzungen für bestimmte Dienste. Unter dem Leitbegriff „Prioritätensetzung“ findet überall eine intensive Diskussion über mögliche Gewichtungen kirchlicher Aktivitäten statt. Daß glatte Lösungen hier unmöglich sind, liegt auf der Hand. Der Vergleich z.B. mit dem Staat zeigt, daß die Kirche in dieser Hinsicht (notgedrungen) bereits weiterdenkt.

Als Beispiel für derartige Bemühungen sei hier auf die Diskussion der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau verwiesen, wo Arbeitsgruppen seit 1974 mit Strukturüberlegungen befaßt waren und die Kirchenleitung 1977 von der Synode beauftragt wurde, „eine Prioritätenliste aufzustellen, die Schwerpunkte in der Bewältigung notwendiger oder für wünschenswert gehaltener kirchlicher Aufgaben erkennen läßt“. In einem Bericht der Kirchenleitung, den der stellvertretende Kirchenpräsident verfaßt hat, wird die Problematik des ganzen Unternehmens deutlich.

#### OKR HELMUT SPENGLER: ZUR FRAGE DER SCHWERPUNKTBILDUNG IM DIENST DER EV. KIRCHE IN HESSEN UND NASSAU

*Vom 27. November 1978 (Auszug)<sup>22</sup>*

Seit fast einem Jahrzehnt wird die Prioritätenfrage in der heutigen Form gestellt. Sie wurde in fast allen Gliedkirchen der EKD und auch in den katholischen Diözesen bearbeitet. Mit unterschiedlichen Methoden wurden Lösungen gesucht, wie man der Theologie des Rotstiftes entgegen könnte – rein proportionale Kürzungen in Haushaltsansätzen zu vermeiden.

Oft kam man zum Ausgangspunkt, nämlich zur Fragestellung wieder zurück und zugleich zur Erkenntnis, daß sich die Diskussion der Schwerpunktfrage am besten nicht in der Nähe von Haushalts- und Stellenplänen bewegen möge. Schon weiter im Vorfeld muß gefragt werden, was sollen und wollen wir in der Kirche eigentlich tun.

In der Zeit der Ausdehnung kirchlicher Aufgabenbereiche wurde die Schwerpunktbildung von der Einrichtung kirchlicher Dienste für bestimmte *Zielgruppen* bestimmt. Wir haben das in den letzten Jahren auch versucht, sind aber mit der rangmäßigen Bestimmung von Zielgruppen nie zu einem Ende gekommen. Die Geschichte vom barmherzigen Samariter würde sich wiederholen, wenn eine Zielgruppe, die auf kirchlichen Dienst angewiesen ist,

---

22. Einbringungsrede vor der Landessynode zur Vorlage der Kirchenleitung (Manuskript).

hören müßte, sie müsse umsonst nur warten, weil die Kirche die Priorität anders gesetzt habe.

Als zweite Methode bot sich die kritische Durchleuchtung kirchlicher Funktionen und Einrichtungen an. Welches Amt, welches Werk könnte zugunsten neuer Aktivitäten entweder aufgegeben oder auch finanziell auf eigene Füße gestellt werden? In diesem Sinne hat es vor drei Jahren in der Kirchenverwaltung eine Kürzungskommission gegeben. Die meisten unter Ihnen wissen, welche Verunsicherungen und Enttäuschungen unter der Hand ausgelöst wurden, wieviel kirchliche Einrichtungen unter Legitimationszwang gerieten.

Gleiches war zu erfahren, wenn die Methode der Schwerpunktfindung von Problemfeldern in der Gesellschaft ausging: Arbeitslosigkeit – ausländische Arbeitnehmer – Probleme der Entwicklungshilfe – Fragen des Umweltschutzes. Man kann solche Bereiche kaum in Konkurrenz zueinander bringen. Die Kirchenleitung konnte nicht verordnen, welcher Thematik sich die Kirche besonders anzunehmen hätte.

Wenn ich an der Methodenfrage die Schwierigkeit von Prioritätenfindung darstelle, so darf das nicht als Resignation in der Sache gedeutet werden. Die Prioritätenfrage hat Impulse gegeben, Haushalts- und Stellenpläne, Materialberichte der Kirchenverwaltung zu durchleuchten und Art und Umfang unserer Arbeit bewußt zu machen, aber auch Gefahren eines antriebslosen Weiterlaufens einmal begonnener Dienste zu erkennen.

Die Kirchenverwaltung ist diese Wege mit großem Aufwand an Zeit und Kraft gegangen und hat, wie Sie wissen, viel Material zur Entscheidungsvorbereitung bereitgestellt.

Dennoch können wir Ihnen nicht eine Rangliste oder eine Abfolge von Prioritäten kirchlicher Arbeit vorlegen. Die Lösung des Problems mußten wir in anderer Richtung angehen:

Neben und während der eben beschriebenen Arbeit hatte die Kirchenleitung in ihrem Jahresbericht zur allgemeinen Lage zu reden, Beobachtungen an die Synode weiterzugeben und Aussagen zu machen, was denn im Dienst der Kirche hier und jetzt beachtet werden müßte. Es waren dabei Vorentscheidungen für Schwerpunkte zu treffen, die nicht mit gezielten Methoden aus kirchlichen Bestandsmeldungen herausgefiltert waren, sondern die sich eher organisch aus dem dauernden Umgang mit den Äußerungen des kirchlichen und gesellschaftlichen Lebens ergaben, aus den jeweils neu zutage tretenden Herausforderungen der Zeit. Also nicht vom Reißbrett aus, sondern aus der Begegnung.

In der Ihnen übersandten Vorlage versuchten wir, die Berichte der Kirchenleitung auf solche gleichsam zugewachsenen Entscheidungen für Schwerpunkte zu analysieren, um uns allen bewußt zu machen, welche Voraussetzungen, Vorentscheidungen und feste Aussagen zur Schwerpunktbildung bereits vorhanden sind ...

Wir werden sicher darüber reden, ob es angemessen war, von *Verkündigung* als oberster Priorität zu reden. Verkündigung wollen wir doch alle. Dennoch hat sich der Kirchenpräsident in seinen Berichten für diese Formulierung entschieden, weil die Orientierung unseres Dienstes an Verkündigung so selbstverständlich nun auch nicht ist. Es ist dann weiter für alle Bereiche unseres kirchlichen Lebens vorgeschlagen worden, daß der Gottesdienst, als der zentrale Ort der Verkündigung, wieder stärker ins Blickfeld gerät. Aber wiederum nicht so, daß festgestellt wird, der Homiletik – also der Methode der Predigt – müsse nun Priorität eingeräumt werden. Es geht um die Inhalte. Den Gottesdienst aber sollten alle Dienste wieder von ihrer je eigenen Thematik her ins Blickfeld bekommen. Ähnlich verhält es sich mit der Seelsorge und der Anregung zur Gemeinschaft. Sie geht alle Ämter und Dienste an. Wenn aber in diesem Bericht die speziellen Einrichtungen für die Seelsorgeausbildung besonders genannt werden mußten, dann deshalb, weil hier ein institutioneller Nachholbedarf bestand. Das gleiche war ja früher für spezielle religionspädagogische oder für spezielle ökumenische Einrichtungen der Fall.

Damit Gottesdienst, Seelsorge, Gemeinschaft nicht so verstanden würden, als zöge sich die Kirche in einen religiösen Bereich zurück, haben die jeweiligen Berichte der Kirchenleitung Maßstäbe für die Ausrichtung des „Grunddienstes“ der Kirche gesetzt und unter anderem von der diakonischen, ökumenischen und politischen Dimension gesprochen.

Ich darf auch hier darum bitten, diese Maßstäbe nicht mit Funktionen innerhalb der Kirche zu verwechseln. Diakonische Dimension der Verkündigung, dies heißt nicht, daß man ausschließlich vom Diakonischen Werk zu reden hätte. Hier ist ein Inhalt gemeint.



Gottesdienst, Seelsorge, Gemeinschaft sind ohne das Miteinander mit dem notleidenden Nächsten nicht möglich. So erinnert dann auch die ökumenische Dimension nicht zuerst an unser Amt für Mission und Ökumene, sondern daran, daß Verkündigung Jesu Christi, daß Seelsorge und Gemeinschaft nur dem Evangelium entsprechen, wenn die Existenz von Kirche in der DDR, in der Sowjetunion, in Äthiopien oder in Südafrika und Südamerika mitbedacht wird. Dieses Mitbedenken ist Sache aller Ämter und Funktionen. Das gleiche gilt für den politischen Verantwortungsbereich. Ohne das „Suchet der Stadt Bestes“ zu beachten, ist Gottesdienst nicht mehr legitimer christlicher Gottesdienst.

Wenn uns die Berichte der Kirchenleitung in den letzten Jahren auf Verkündigung als auf den eigentlichen Dienst der Kirche aufmerksam machen, dann bedeutet das nicht einen Schritt ins Provinzielle, in kirchliche Verinnerlichung, sondern muß unter den genannten Maßstäben als die Beschreibung des Weges der Gemeinde nach außen hin, nämlich in die Sendung Christi verstanden werden ...

Auch hier wird deutlich, daß diese von uns übernommene und heute angenommene Gestalt der Volkskirche nicht beibehalten werden könnte, wenn wir die gewachsene Fülle kirchlicher Dienste reduzieren würden und den als Schwerpunkt angegebenen Gottesdienst oder den Sendungsauftrag der Kirche auf bestimmte kirchliche Veranstaltungen einengten. Glaubwürdiger Gottesdienst erfordert die Präsenz und Aktivität auf vielen Ebenen und in Richtung auf viele Gruppen.

### 3. BEKENNENDE GEMEINSCHAFTEN

Die Schroffheit der Auseinandersetzung, welche die verschiedenen bekennenden Gemeinschaften mit „modernistischen“ und „linken“ Positionen sowie mit den die volksskirchliche Struktur repräsentierenden Kirchenleitungen führen, hat nicht wesentlich abgenommen. Aber die Tendenzen zu einer organisatorischen Verselbständigung haben auch nicht zugenommen<sup>23</sup>. Vielmehr hat sich so etwas wie ein *modus vivendi* eingespielt, in dem den bekennenden Gemeinschaften die Funktion einer konservativen Opposition zukommt, welche Einseitigkeiten auf der „linken“ Seite des kirchlichen Spektrums zum Anlaß nimmt, die breite Mitte der volksskirchlichen Kreise und Institutionen zu attackieren. Für den nötigen Zündstoff, um dieses relativ stabile Gleichgewicht einer Konfliktgemeinschaft jeweils aktuell sowohl zu gefährden als auch – nach abklingendem Kampf – als lebensnotwendig zu bestätigen, wird stets von den Rändern her gesorgt.

Den bekennenden Gemeinschaften gebührt besondere zeitgeschichtliche Aufmerksamkeit vor allem wegen ihres hohen Organisationsgrades und der großen Zahl der Christen, für die sie sprechen. Sie sind eine lautstarke, meinungsbildende Minorität innerhalb der EKD. Wohin die Entwicklung auf die Dauer führen wird, muß angesichts der tiefen Spannungen nach wie vor offen bleiben. Besonnenes Kirchenregiment steht vor der Aufgabe, das Zerbrechen jener Konfliktgemeinschaft zu verhindern. Daß dies bislang gelungen ist, darf als eine nicht geringe Leistung gelten. Dem kommt allerdings die Pluralität innerhalb der Evangelikalenbewegung (sofern diese nicht ohnehin den Freikirchen zuge-

---

23. Vgl. KJ 1976/77, S. 78–92.



hört) entgegen, die immer wieder zu der Frage geführt hat, ob sie überhaupt als Einheit betrachtet werden kann<sup>24</sup>

Die Parallelisierung der Kritik an einer angeblich vom „Zeitgeist“ beherrschten Kirche mit dem Kirchenkampf im „Dritten Reich“ gehört zu den beliebten Mitteln der Selbstprofilierung. Die 1966 gegründete Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ fühlt sich nach den Worten ihres Vorsitzenden Pfr. Rudolf Bäumer als die einzig legitime Nachfolgerin der Bekennenden Kirche<sup>25</sup>. Sie wehrt sich gegen die apokalyptische Flut der Irrlehren: „Seit 20 Jahren erleben wir zum zweiten Mal den Versuch, die Kirche umzufunktionieren. Dieses Mal nicht durch äußeren politischen Druck, sondern durch bibelfremde Predigt, bekenntnisfremde Lehre und gesetzeslose Ethik *innerhalb* der Kirche selbst.“<sup>26</sup>

Dieser Einschätzung entspricht die Gründung der „Internationale(n) Konferenz Bekennender Gemeinschaften“ (IKBG) Anfang Juli 1978 in London durch Vertreter konservativer evangelikaler Gruppen aus Deutschland, Großbritannien, USA, Südafrika, Rhodesien und Neuseeland (Vorsitzende: der amerikanische Methodist Dr. Paul Mickey und der Tübinger Theologieprofessor Dr. Peter Beyerhaus). Ihr Ziel ist es, den „Widerstand gegen die weltweite Zerstörung biblischer Normen, der Moral und der Gemeinschaftsordnungen (zu) koordinieren“<sup>27</sup>. Wie sie im Spektrum der evangelikalen Bewegung einzuordnen ist, erläuterte ihr Vorsitzender:

PROF. PETER BEYERHAUS:  
ZUR GRÜNDUNG DER INTERNATIONALEN KONFERENZ  
BEKENNENDER GEMEINSCHAFTEN

*Vom 17. Juli 1978 (Auszug)*<sup>28</sup>

Selbstverständlich stellte der Einfluß des Marxismus auf das Denken und Handeln der Ökumene nur einen Aspekt unter anderen in der Diagnose der kirchlichen Lage auf der Londoner Konferenz dar. Das entfaltete Spektrum des Verfallsprozesses, an dem die Kirchen in der Welt heute kranken, ging viel weiter. Es reichte von der Unterminierung der biblischen Autorität durch die theologische Kritik über die normenlose Situationsethik und die gruppendynamische Seelenmanipulation bis hin zur religionsvermengenden Ideologie der Einen Welt.

Letztlich brachte die Tagung eine aktualisierende Bestätigung jener Analyse, die schon der Erste Europäische Bekenntniskongreß am Himmelfahrtstag 1974 in seiner Berliner Ökumeneerklärung dargelegt hatte. In der Tat ging es in London darum, aus dem weltweit gehörten Aufruf von Berlin, die schon damals genannte praktische Folgerung zu ziehen: „Die Zeit ist dafür reif, daß sich unsere bibel- und bekenntnistreuen Gemeinschaften in allen Ländern zusammenschließen und ihre bestehenden Beziehungen stärken.“ Dieser Ruf zu einer weltweiten Verbindung in Abwehr antichristlicher Einflüsse auf das Leben der Kirchen wurde wenige Wochen nach dem Berliner Kongreß übertönt durch den ebenso wichtigen Ruf aus Lausanne nach einem Zusammenschluß aller bibeltreuen Kräfte zur Evangelisierung der Welt. Die Aufforderung des Internationalen Kongresses für Weltevan-

24. Vgl. z.B. den Dissensus in der Frage der Schriftinspiration: idea Nr. 23, 1978, S. 7f.; Nr. 48, S. VI.

25. Pressegespräch in idea vom 25.9.1978, S. 4.

26. R. Bäumer in: Info.-Bek. Nr. 71, 1978, S. 4.

27. idea vom 10.7.1978, S. 1.

28. idea Nr. 29/30 vom 17.7.1978, S. VI f.

lisation 1974 in Lausanne hat inzwischen zu einer Fülle neuer Einsätze und Pläne geführt. Lausanne prägte zum Beispiel die „Gemeindetage unter dem Wort“ und soll eine noch umfassendere Antwort im Missionarischen Jahr 1980 finden.

Hat aber die evangelikale Bewegung ihre Flanken geschützt? Ihre Gefährdung seit Lausanne besteht darin, daß sie im löblichen Eifer für die Wahrnehmung echter oder vermeintlicher evangelistischer Chancen von einer geistlichen Entspannungs-Euphorie umnebelt wird. Neben der positiven Darlegung des Evangeliums darf aber seine Konfrontation mit ideologischen und schwarmgeistigen Fremdeinflüssen nicht versäumt werden. Gewiß ist es begrüßenswert, wenn sich heute die Kirchen zur Zusammenarbeit in der heimatischen und weltweiten Evangelisation bereit erklären. Aber nur eine Kirche, die selber in Leben und Praxis das biblische Evangelium unverfälscht wahr, kann ein wirklich missionarischer Bündnispartner sein. Als Nehemia nach der Rückkehr aus dem babylonischen Exil die Mauern Jerusalems wieder aufbaute, ließ er die Männer der Stadt das Werkzeug in der einen Hand tragen, in der andern Hand aber die Waffe, um den Bau gegen die lauernden Widersacher zu schützen. Auch heute muß die Gemeinde Jesu in der ganzen Welt lernen, die Maurerkelle und das Schwert des Geistes gleich entschlossen zu führen. Die Internationale Konferenz Bekennender Gemeinschaften will ihr diesen weithin vergessenen Doppelauftrag erneut in Erinnerung rufen helfen.

Unterstützung erhält diese Konferenz von ca. 40 Organisationen vorwiegend aus dem reaktionären Lager, das hartnäckig gegen den „Marxismus in der Kirche“ und gegen den Kurs des ÖRK kämpft. Im Vergleich dazu zeigte sich bei der zweiten Tagung der 1976 gegründeten „Konferenz Europäischer Evangelikaler Theologen“ (FEET: Fellowship of European Evangelical Theologians), die im August 1978 in Wölmersen bei Altenkirchen stattfand, stärkere ökumenische Offenheit. Trotz ihrer Kritik am Kurs des ÖRK unterstrichen die Vertreter aus 15 Staaten die Notwendigkeit des Dialogs mit den östlichen Religionen, dem Marxismus und der europäischen Philosophie sowie die vielschichtige Problematik der Übertragung des Evangeliums in andere Kulturen: Die Mission müsse der Gefahr widerstehen, Evangeliumspredigt und westliche Kultur gleichzusetzen<sup>29</sup>.

Die Polemik der bekennenden Gemeinschaften gegen den ÖRK verdichtete sich im Jahre 1978 zu dem förmlichen Begehren, die EKD solle ihren Austritt erklären bzw. ihre finanziellen Beiträge einstellen. Dies traf sich mit der auch ansonsten in der EKD erneut aufkeimenden Kritik an der Vergabe von Mitteln des Antirassismus-Sonderfonds für die Patriotische Front in Rhodesien/Zimbabwe sowie für die SWAPO in Namibia. Geschürt wurde diese Kritik noch durch ein „Hintergrunddokument“ des ÖRK-Stabsmitgliedes Baldwin Sjollema vom Dezember 1977, in welchem dieser die Befreiungsbewegungen mit der Tradition des gerechten Krieges zu legitimieren suchte.

Für die Vereinigung Landeskirchlicher Gemeinschaften (Gnadauer Verband), die mit 300000 Mitgliedern größte evangelische Laienorganisation, forderte deren Vorsitzender Pfr. Kurt Heimbucher auf der Herbstkonferenz am 15. Oktober 1978 den Austritt der EKD aus dem ÖRK; parallel dazu forderte der Vorsitzende der württembergischen Ludwig-Hofacker-Vereinigung Pfr. Fritz Grünzweig den Rat der EKD auf, die Mitgliedschaft zu überprüfen<sup>30</sup>. Immerhin be-

29. Vgl. idea Nr. 35 vom 28.8.1978, S. 1, IVf.

30. epd-ZA Nr. 203 vom 19.10.1978; idea Nr. 42 vom 16.10.1978, S. 2f.

schloß sogar eine Landeskirche, wenn auch nur die kleinste innerhalb der EKD (Schaumburg-Lippe), ihre Mitgliedschaft im ÖRK „bis auf weiteres ruhen“ zu lassen, was von sämtlichen Bekenntnisgemeinschaften lebhaft begrüßt wurde<sup>31</sup>. All diese Tendenzen faßten die Vorsitzenden der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ (R. Bäumer und S. Findeisen) und die Leitung der Konferenz Bekennender Gemeinschaften in offenen Briefen an die Anfang November tagende EKD-Synode zusammen.

SCHREIBEN DER BEKENNTNISBEWEGUNG „KEIN ANDERES EVANGELIUM“  
AN DIE EKD-SYNODE BETR. AUSTRITT AUS DEM ÖRK

*Vom 30. Oktober 1978 (Auszug)*<sup>32</sup>

Durch tiefe Gewissensnot bedrängt, bitten wir Sie hiermit, auf Ihrer diesjährigen Tagung in Bethel vom 5. bis 7. November den *Austritt aus dem Ökumenischen Rat der Kirchen* zu beschließen und ab sofort die aktive Mitarbeit sowie alle Zahlungen an ihn einzustellen und alle dazu notwendigen Schritte zu veranlassen.

Unmittelbarer Anlaß dieser Bitte ist der allen Warnungen zuwiderlaufende Beschluß des ÖRK von Anfang August ds. Js., der sogenannten Patriotischen Front in Rhodesien eine Beihilfe von 170000,- DM aus dem Sonderfonds des Programms zur Bekämpfung des Rassismus (PBR) zu gewähren. Diese Entscheidung erfolgte in einem Augenblick, als gerade ein Aufschrei des Entsetzens durch die Welt ging über die furchtbaren Grausamkeiten, die von Terroristen der beiden hier zusammengeschlossenen Guerilla-Organisationen ZANU und ZAPU an wehrlosen schwarzen und weißen Menschen begangen worden waren

Wir erkennen dankbar an, daß sich die Leitungen der EKD und VELKD immer wieder geweigert haben, diesen Sonderfonds zu unterstützen. Trotzdem müssen wir darauf aufmerksam machen, daß eine Mitverantwortung der gesamten EKD insofern gegeben ist, als einerseits die Verwaltungskosten und Gehaltszahlungen für die Mitarbeiter des PBR eben doch aus dem regulären Haushalt des ÖRK erfolgen, und daß andererseits die Bewilligungen eine über die materielle Hilfe hinausgehende moralische Solidarisierung der ganzen Ökumene – die auf der letzten Vollversammlung des ÖRK in Nairobi das PBR einschließlich seines Sonderfonds mehrheitlich gut geheißen hat – mit den Zielen und Methoden der Patriotischen Front bedeutet ...

*Es kann aber den 27 Millionen Evangelischen Christen unseres Landes, das in den letzten Jahren selbst Opfer von immer erneuten Terroranschlägen geworden ist, nicht länger zugemutet werden, durch die Zugehörigkeit ihrer Kirchen zum ÖRK in eine Komplizenschaft mit dem Verbrechen verstrickt zu werden! ...*

Selbstverständlich kann ein so schwerwiegender Schritt, der uns aus der strukturellen Verbundenheit mit vielen Kirchen der ganzen Erde löst, nur als eine letzte Notlösung verstanden werden. Wir möchten aber darauf hinweisen, daß unsere Bekenntnisbewegung und die mit ihr verbundenen anderen bekennenden Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands seit fast neun Jahren in immer erneuten Petitionen, Erklärungen und Veröffentlichungen vor dem evangeliumswidrigen Kurs gewarnt haben, den der ÖRK unter dem Einfluß radikaler Theologien und dem Druck der Sowjetunion auf die osteuropäischen Mitgliedskirchen seit Beginn der sechziger Jahre eingeschlagen hat. Wir halten mit vielen anderen informierten Christen das PBR und dessen Sonderfonds nicht für eine peinliche Nebenerscheinung eines im übrigen segensreichen Genfer Ökumenismus. Vielmehr erblicken wir darin die vielleicht eklatanteste Enthüllung der geistlichen Verwirrung des

31. epd-ZA Nr. 209 vom 27.10.1978, S. 3. Kommentar in idea Nr. 44 vom 30.10.1978, S. VIII.

32. Vollständiger Text: Info.-Bek. Nr. 71, 1978, S. 12–15.



ÖRK, in die er aufgrund einer von Anfang an mangelnden biblischen Fundierung und unter dem Sog von ideologiefälligen zeitgeistigen Theologien geraten ist und aus der er sich trotz protestierender Stimmen selbst von Mehrheiten kirchlicher Delegierter auf den Vollversammlungen nicht mehr zu lösen vermag. Diese evangeliumswidrige Theologie hat nicht nur auf dem politischen Gebiet zu den geschilderten skandalösen Konsequenzen geführt. Vielmehr sind fast alle unter dem Einfluß dieses falschen Ökumenismus stehenden Lebensäußerungen der Kirche in Mitleidenschaft gezogen worden.

#### SCHREIBEN DER KONFERENZ BEKENNENDER GEMEINSCHAFTEN AN DIE EKD-SYNODE BETR. Austritt aus dem ÖRK<sup>33</sup>

Die Öffentlichkeit ist stark bewegt von der Diskussion um den Ökumenischen Rat der Kirchen. Sie werden Verständnis dafür haben, daß auch wir uns zu Wort melden. In diesem Zusammenhang weisen wir auch auf die Stellungnahmen einzelner Mitgliedsverbände der Konferenz Bekennender Gemeinschaften i. d. EKd hin. Es ist unsere Bitte, Sie möchten Ihren Überlegungen nicht nur einige Finanzentscheidungen über den Ökumenischen Rat, sondern die Gesamtproblematik des Ökumenischen Rates der Kirchen zugrunde legen. Seit einigen Jahren haben wir die theologisch-geistliche Linie des Ökumenischen Rates der Kirchen als Fehlentwicklung herausgestellt. Wir haben die Evangelischen Kirchen in Deutschland gebeten, daraus Konsequenzen zu ziehen. Im gegenwärtigen Augenblick bitten wir Sie darum, durch einen Synodalbeschluß Klarheit darüber zu schaffen, daß eine Mitgliedschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland in diesem ökumenischen Rat der Kirchen nicht aufrecht erhalten werden kann. Bei der Weltkirchenkonferenz in Nairobi (1975) war unverkennbar, daß bei vielen Delegierten aus aller Welt der Wunsch bestand, theologische Grundlinien im Ökumenischen Rat der Kirchen zu verändern. Deutlich war der starke Wunsch, der Ökumenische Rat der Kirchen möge im Blick auf die Weltangelisation Impulse vermitteln. Unübersehbar war es, daß die Mehrheit der Delegierten besorgt war, das Dialogprogramm des Ökumenischen Rates der Kirchen könne zu einem unverantwortlichen Synkretismus entarten. Offenkundig bat eine Mehrheit von Delegierten darum, der Ökumenische Rat der Kirchen möge gerade auch im Bereich des Ostblocks für eine Verwirklichung der Menschenrechte eintreten. Aus allen diesen Impulsen der Weltkirchenkonferenz und ihrer Delegierten ist wenig, wenn nicht nichts geworden. Im Bereich des Dialogprogramms ist diesen Tendenzen der Weltkirchenkonferenz sogar entgegengewirkt worden. Wenn im gegenwärtigen Zeitpunkt immer wieder auf das neueste Dokument des Ökumenischen Rates der Kirchen („Eine gemeinsame Rechenschaft von der Hoffnung“, Bangalore 1978, Glaube und Kirchenverfassung) so hingewiesen wird, als ob sich damit eine Wende zum Besseren abzeichnen würde, so müssen wir feststellen, daß auch dieses Dokument bei allem seelsorgerlichen, ja biblischen Klang der Aussagen letztlich Grundlinien einer ökumenischen Theologie vertritt, die sich nicht auf Gottes Wort berufen kann. Wenn dazu nun noch der für die Kommission „Glaube und Kirchenverfassung“ verantwortliche Mitarbeiter Dr. Lukas Vischer gegen seinen Willen von seinem Amt abberufen werden soll, so macht dies deutlich, daß sich die theologische Krise des Ökumenischen Rates der Kirchen noch weiter verschärfen kann. Zu dem allem kommt nun, daß ungewöhnlich hohe Summen durch den Ökumenischen Rat der Kirchen an gewaltanwendende Befreiungsorganisationen in Afrika bewilligt wurden. Dies sind Sympathie-Erklärungen gegenüber marxistisch-leninistischen Gewalttätern, die auch gerade angesichts der Ermordung von Missionaren durch nichts entschuldigt und von niemand beschönigt werden können. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat klarzustellen, daß sie von Grund auf der ganzen Tendenz widerspricht, die sich in solchen Beschlüssen äußert. Eine Entscheidung, die nur auf die beiden Finanzbeschlüsse im Rahmen des Sonderfonds des Antirassismusprogramms Bezug nehmen wollte, würde nur auf Symptome reagieren, die Wurzel der ganzen Entwicklung jedoch außer acht lassen. Wir bitten Sie daher, unserer nicht mehr ertragbaren Mitschuld an den Verirrungen des Ökumenischen Rates der Kirchen ein Ende zu bereiten, indem Sie

33. idea Nr. 45 vom 6.11.1978, S. VI f.



die Frage des Austritts aus dem Ökumenischen Rat der Kirchen juristisch klären lassen und dann den Austritt vollziehen. Unsere bleibende Verantwortung für die geistliche Einheit und für die großen Bedürfnisse der Weltchristenheit kann auch auf andere Weise verwirklicht werden. Wir erbitten für die bevorstehende Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hilfreiche Beratungen, klare Entscheidungen und Vollmacht.

Dieser Vorstoß fand innerhalb der EKD insofern wenig Anklang, als ein Austritt aus dem ÖRK für ein untaugliches Mittel der Auseinandersetzung erachtet wurde und er für viele prinzipiell unmöglich schien. Auf der EKD-Synode in Bethel kam es zwar zu einer intensiven Aussprache, aber nicht zur Verschärfung der Polarisierung, weil auch andererseits kritische Stimmen gegen die Verfahrensweise des ÖRK laut wurden und weil besonnene Sprecher das Anliegen der Bekennenden Gemeinschaften modifizierten<sup>34</sup>.

PROF. REINHARD SLENCZKA: ANTRAG AN DIE EKD-SYNODE BETR. ÖRK

*Vom 6. November 1978*<sup>35</sup>

Die Synode möge beschließen: Die Synode der EKD stellt sich den Fragen um den Ökumenischen Rat der Kirche, die unter den Mitgliedskirchen und unter Mitgliedern von Mitgliedskirchen der EKD seit einiger Zeit und verstärkt in den letzten Monaten aufgebrochen sind.

Wir sind dankbar für die klare Basis des Ökumenischen Rates der Kirchen: „Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine Gemeinschaft von Kirchen, die Jesus Christus gemäß der Heiligen Schrift als Gott und Heiland bekennen und darum gemeinsam zu erfüllen trachten, wozu sie berufen sind, zur Ehre Gottes, des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.“

Wir stellen uns aber der in den EKD-Mitgliedskirchen immer wieder gestellten Frage, ob diese Basis wirklich noch die gemeinsame Basis ist, die im Ökumenischen Rat der Kirchen und seinen Organen vertreten ist, und diese Gemeinschaft trägt, oder ob in der Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen zunehmend eine unerträgliche Ineinssetzung von göttlicher und menschlicher Gerechtigkeit, von menschlichem und göttlichen Frieden, von menschlicher und göttlicher Freiheit und einer Setzung des biblischen Jesus Christus durch ein revolutionäres Jesusbild stattfindet und damit das Evangelium von Jesus Christus umgeformt wird zu einer Zielvorstellung revolutionärer Weltveränderung.

Die Synode der EKD beauftragt den Rat der EKD,

- in Anlehnung an die Ausführungen des Ratsvorsitzenden und des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, mit denen sich die Synode identifiziert, beim Ökumenischen Rat der Kirchen und seinen Organen in Sachen Sonderfonds des Programms des Rassismus auf durchgreifende Änderungen zu drängen.
- In Aufnahme der oben erwähnten Grundfrage beim Ökumenischen Rat der Kirchen und seinen Organen zu klären, inwieweit der Ökumenische Rat der Kirchen in seiner theologischen Arbeit und seinen praktischen Programmen noch der Aufgabe dient, die seine einzige Existenzberechtigung ist, nämlich die Einheit der Kirchen zu verwirklichen, die im biblischen Jesus Christus und seinem vollendeten Heilswerk vorgegeben ist.

Die Synode der EKD bittet den Rat, bei der nächsten Tagung der Synode der EKD über den Ausgang der Verhandlungen zu berichten und die nötigen Konsequenzen vorzuschlagen.

Die beiden hier vorgetragenen Vorschläge fanden Aufnahme in einem entsprechenden Beschluß der EKD-Synode, welcher theologische Grundsatzfragen für

34. Vgl. den Haushaltsbericht von Dr. W. Imhoff und die Plenumsdiskussion in BSynEKD 30, 1978, S. 78f., 154–199.

35. BSynEKD 30, 1978, S. 175f.

ein mit dem ÖRK zu führendes Gespräch formulierte. Dennoch reagierten die Bekennenden Gemeinschaften mit herber Kritik, weil sie für ihre totale Konfrontationspolitik keine ausreichende Gefolgschaft fanden.

#### STELLUNGNAHME DER KONFERENZ BEKENNENDER GEMEINSCHAFTEN ZUM BESCHLUSS DER EKD-SYNODE BETR. ÖRK

*Vom 17. November 1978* <sup>36</sup>

Die Weigerung der Mehrheit der EKD-Synodalen in Bethel, auf die in mehrfachen öffentlichen Erklärungen und in drei Briefen der Konferenz Bekennender Gemeinschaften, der Ludwig-Hofacker-Vereinigung und der Bekenntnisbewegung an die EKD gerichtete Aufforderung einzuziehen und den Austritt aus diesem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) zu beschließen, hat die Bekennenden Gemeinschaften enttäuscht, jedoch nicht überrascht. Aufgrund der unrepräsentativen Zusammensetzung der EKD-Synode, auf die u.a. die Synodalen Hennig und Scheffbuch hingewiesen haben, bilden in ihr die sich uneingeschränkt der Heiligen Schrift und den reformatorischen Bekenntnisschriften verpflichtet wissenden Vertreter eine kleine Minderheit. Darum hatten die Absender der drei Briefe von vornherein auf kein positives Ergebnis zu hoffen gewagt. Vielmehr ging es uns zunächst um die Wahrnehmung eines Wächteramtes im Sinne von Hesekiel 3, 17–19. Damit unlöslich verbunden war das Verlangen nach Entlastung unseres eigenen Gewissens, das durch unsere unfreiwillige Mitgliedschaft in einer theologisch fragwürdigen Ökumene und nun auch noch durch die Blutschuld des von Genf unterstützten Terrorismus bedrückt war. Erschüttert hat es die Leitung der Bekennenden Gemeinschaften jedoch, mit welchem Gleichmut sich die meisten Synodalen über den durch unbestreitbare Informationen unterstützten biblischen Appell an ihr geistliches Urteil hinweggesetzt zu haben scheinen. Wir sind zwar dankbar, daß unsere kritischen Fragen von der Synode überhaupt aufgenommen worden sind, aber andererseits tief betroffen davon, mit welcher Selbstverständlichkeit die Synodalen erklären konnten, daß diese zentralen theologischen Fragen – in denen es doch um die Alleingültigkeit der biblischen Heilsbotschaft von Jesus Christus geht! – in den eigenen Kirchen widersprüchlich beantwortet werden. Wie kann da an der Einheit der Kirche festgehalten werden? Außer acht blieb offenbar die Beunruhigung zahlloser Gemeindeglieder, die die Synode wenigstens formalrechtlich repräsentiert und die heute in Gefahr stehen, ihrer Kirche den Rücken zu wenden. Die Ablehnung des Antrages des württembergischen Synodalpräsidenten Flammer, den finanziellen Beitrag der EKD an den ÖRK (schon jetzt 44%) wenigstens bis zur Erfüllung der Forderung nach einer radikalen Umgestaltung des „Sonderfonds des Programms zur Bekämpfung des Rassismus“ zu sperren, aus dem allen Erfahrungen und Warnungen zum Trotz in den letzten Monaten hohe Summen an mit terroristischen Mitteln kämpfende Guerilla-Gruppen im südlichen Afrika vergeben wurden, lassen ebenso auf eine erschreckende Distanz der Synodalen zur kirchlichen Basis schließen, wie der Betheler Beschluß, den deutschen Beitrag an Genf sogar noch zu erhöhen! Diese Selbstverweigerung des Rates und der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland kann jedoch den wachsenden Unmut in der evangelischen Christenheit in Deutschland und in der übrigen Welt über den evangeliumswidrigen Kurs des ÖRK nicht zum Schweigen bringen. Der jetzt mehrheitlich in der württembergischen Landessynode eingebrachte Antrag, in Zukunft die Mitgliedschaft ihrer Landeskirche im ÖRK direkt, d.h. unabhängig von den Organen der EKD, wahrzunehmen und – dem Beispiel von Schaumburg-Lippe folgend – diese Mitgliedschaft ab sofort bis auf weiteres ruhen zu lassen, redet eine deutliche Sprache. – Fern davon, sich durch den unterlassenen Austritts-Beschluß der Betheler Synode entmutigen zu lassen, werden die Bekennenden Gemeinschaften in Verbindung mit bekennenden Christen in anderen Ländern ihre Aufklärung über den widerchristlichen Charakter des Weltkirchenrates intensivieren. Verstärkt werden sie sich um eine geistliche Sammlung der weltweiten Gemeinde Jesu Christi mühen. Wenn es im Kampf zwischen wahr-

36. idea Nr. 47 vom 20.11.1978, S. VI f.; Info.-Bek. Nr. 72, 1979, S. 15f.

rer und falscher Einheit in Zukunft zu notvollen Folgen kommen sollte, träfe die volle Verantwortung dafür diejenigen, die trotz der erschreckenden Nachrichten über den ruinösen Einfluß des Weltkirchenrates der Genfer ökumenischen Faszination mehr Raum gegeben haben als der Stimme des Guten Hirten.

Was auf EKD-Ebene nicht glückte, versuchten die Evangelikalen Württembergs bereits am 14. November auf landeskirchlicher Ebene, indem sie mit Hilfe ihrer geringen Mehrheit in der dortigen Synode einen Antrag durchsetzten, die Möglichkeit eines Austritts in folgender Form zu prüfen: die über die EKD bestehende mittelbare Mitgliedschaft Württembergs im ÖRK in eine unmittelbare umzuwandeln und dann ruhen zu lassen<sup>37</sup>. Damit begann eine langwierige Diskussion zwischen „Evangelikalen“ und „Ökumenikern“, in welcher die alten Argumente nur wiederholt wurden. Peter Beyerhaus z.B. betonte, daß sich in jener (eigentlich doch wohl sehr problematischen!) Differenzierung beider Gruppen die Scheidung von wahren und falschen Christen darstelle, weil es „um zwei total unterschiedliche Betrachtungen der Welt und ihrer Bestimmung“ gehe, zwischen denen eine Vermittlung unmöglich sei<sup>38</sup>.

Zu den inzwischen eingefahrenen Konfliktthemen gehört die Polemik gegen die Orientierung von Seelsorge und Beratung an den Methoden der Humanwissenschaften. Aufgrund des Wortes der KBG gegen die Aufnahme gruppenspezifischer Methoden von 1976<sup>39</sup> fanden in einigen Landeskirchen intensive und teilweise fruchtbare Gespräche mit Vertretern der Bekennenden Gemeinschaften statt. Insbesondere der Seelsorgeausschuß der VELKD stellte sich der Auseinandersetzung. Nach einem Gespräch mit Vertretern der KBG im Juni 1977 und einem Bericht an die Generalsynode veranstaltete er zusammen mit KBG und AKf im Frühjahr 1978 im Seminar der VELKD in Pullach einen Studienkurs, wo die verschiedenen Positionen miteinander ins Gespräch kamen<sup>40</sup>. Es zeigte sich so, daß die Auffassungsunterschiede sachlich bearbeitet und beide Seiten voneinander lernen können.

Die Vereinigung Landeskirchlicher Gemeinschaften (Gnadauer Verband) widmete ihre Pfingstkonferenz 1978 dem Thema „Umkämpfte Seelsorge“ und gab ein „Wort zur Seelsorge“ heraus, das wenigstens im Prinzip die heutige Problemlage berücksichtigte<sup>41</sup>. Die Vielschichtigkeit der in der KBG vertretenen Gruppierungen wird auch daran deutlich, wie hart trotz solcher Verständigungsbemühungen maßgebliche Kreise an ihrer Ablehnung der modernen Seelsorgelehre und -praxis festhalten. Berechtigte Kritik an Grenzüberschreitungen und Propriumsverlust verbindet sich hier mit dem grundsätzlichen Kampf gegen jegliche Synthese von Christentum und „Welt“. Die Sektion „Praktische Theologie“ des Theologischen Konvents der KBG erarbeitete eine Eingabe an die Kirchenleitungen, in der wie gehabt auf Gefährdungen durch gruppenspezifische Metho-

---

37. Vgl. epd-ZA Nr. 222 vom 15.11.1978.

38. Peter Beyerhaus: Ökumeniker und Evangelikale, idea Nr. 19 vom 8.5.1978, E 28–30.

39. Vgl. KJ 1976/77, S. 81f.

40. Dokumentation in: Horst Reller–Adolf Sperl (Hg.): Seelsorge im Spannungsfeld. Bibelorientierung – Gruppendynamik?, Hamburg 1979 (Zur Sache 16).

41. Vgl. idea Nr. 21 vom 22.5.1978, S. 1f.



den hingewiesen und folgende Forderungen (im gewohnt harten Stil als „Bit-ten“ formuliert) gestellt wurden.

#### FORDERUNGEN DER KONFERENZ BEKENNENDER GEMEINSCHAFTEN AN DIE KIRCHENLEITUNGEN BETR. GRUPPENDYNAMIK

*Vom 6. Oktober 1978<sup>42</sup>*

1. Die Kirchenleitungen müssen endlich die Problematik der Gruppendynamik (GD) erkennen und die Öffentlichkeit über den Umfang, die Anwendungsgebiete und Auswirkungen der GD auch im kirchlichen Bereich aufklären.

2. Die bisherige Zulassung gruppenspezifischer Techniken in die kirchliche Arbeit ohne zureichende Prüfung der ideologischen Implikationen und geistlichen Konsequenzen muß sofort gestoppt werden.

3. Die nun begonnene sachliche und theologische Auseinandersetzung über die GD mit ihren Kritikern muß bis zur völligen Klärung fortgesetzt werden.

4. Immer noch geplante gruppenspezifische Veranstaltungen müssen als solche für die Eingeladenen rechtzeitig kenntlich gemacht werden, unter Hinweis auf damit verbundene Risiken (Transparenz statt Überrumpelung!).

5. Freiwilligkeit der Teilnahme an gruppenspezifischen Kursen ist zu garantieren mit einem alternativen Angebot für Verweigerer. Solche Ablehnung darf bei der beruflichen Zulassung – auch zur Kranken- und Telefonseelsorge – nicht benachteiligen.

6. Den inzwischen gruppenspezifischen Verletzten – es gibt sogar schon eine Vereinigung CPT (Pastoralklinische Ausbildung) geschädigter Pastorenfrauen!! – ist jegliche erforderliche Hilfe seelsorgerlicher, materieller und juristischer Art zu leisten. Die für psychotechnische Schädigungen Verantwortlichen sind künftig strafrechtlich zu verfolgen.

7. Die bereits haushaltsrechtlichen abgesicherten Planstellen für gruppenspezifische Spezialisten sind abzubauen bzw. umzuwandeln.

8. An die Stelle von psychotechnischer Surrogatseelsorge muß wieder eine biblisch orientierte Seelsorge treten, die nur aus einer geistlichen Erneuerung der Kirchen und ihres Ausbildungswesen hervorgehen kann. Die Bekennenden Gemeinschaften erklären sich zur Mitarbeit beim Aufbau bibel-theologischer Alternativen bereit.

Der generell zeit- und kulturkritische Ansatz vieler Evangelikaler, dem politisch eine extrem konservative Haltung entspricht, bekundet sich in allen Stellungnahmen zu den in Staat und Gesellschaft diskutierten Themen. Nicht zufällig stand der erste gemeinsam von der rheinisch-westfälischen Bekenntnisbewegung mit holländischen Gesinnungsbrüdern veranstaltete „Bekenntnistag“ in Arnheim am 23. September 1978 unter dem theologisch aufschlußreichen Motto „Gegen die Gesetzlosigkeit des Evangelium“. Gegen das Zunehmen von Ehescheidungen, eheähnlichen Partnerschaften, der Auflösung der Familie und andere Zeichen der „Verirrung“ wollte man hier Zeugnis ablegen. (R. Bäumer: „Hört aber die christliche Familie bei uns auf, dann gibt es auch kein christliches Abendland mehr.“) Eine typische Position der als Evangelium angepriesenen Gesetzlichkeit vertrat der Bremer Pastor und Professor an der evangelikalen Freien Evangelisch-Theologischen Akademie Basel G. Huntemann in einem der Hauptvorträge.

---

42. Info.-Bek. Nr. 71, 1978, S. 24.



PASTOR DR. GEORG HUNTEMANN:  
GOTTES GESETZE – DAMIT DIE GESELLSCHAFT LEBEN KANN

Vom 23. September 1978 (Auszug)<sup>43</sup>

*Eine Gesellschaft, in der das Wort Gottes nicht mehr gepredigt werden kann, die also nicht bereit ist, das Wort Gottes zu hören, ist zum Untergang verurteilt. Sein und Nichtsein einer Gesellschaft hängt davon ab, ob das Wort Gottes, sein Gesetz, öffentlich und frei verkündigt werden darf. Ohne das Gesetz Gottes geht eine Gesellschaft kaputt.*

Das Gesetz Gottes ist nicht nur für die Christen! Es ist für alle Menschen die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Nur unter dem Gesetz Gottes gibt es Menschenwürde, Freiheit, Friede, Bewahrung der Ehe und Familie und die gerechte Ordnung des Eigentums ...

So wie es demütige Menschen gibt, gibt es demütige Völker! Schwindet die Demut oder die Ehrfurcht vor Gott, zerfällt das Ethos. Es kommt, was kommen muß, und es kam, was kommen mußte: Die „Strafrechtsreform“ in der Bundesrepublik Deutschland führte dahin, daß Pornographie im Grundsatz freigegeben, die Abtreibung, das heißt Mord am ungeborenen Leben, im Prinzip möglich wurde. Die Auflösbarkeit der Ehe wurde legalisiert – an der Stelle von Schuld spricht man von Zerrüttung. Die Rechte der Familie werden beschnitten, die Macht des Staates wächst in der Erziehung der Kinder. Eigentum wird bedroht durch Inflation und Sozialisierung. So ist es nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland – die Schatten der Gottlosigkeit fallen auf ganz Europa ...

Aber, so werden viele fragen, leben wir nicht in einer demokratischen Gesellschaft, die heute *zwangsläufig auch eine pluralistische Gesellschaft ist*? Muß man sich nicht damit abfinden, daß es verschiedene Meinungen über Gut und Böse gibt? Können die Werte der Christen, die ja nur noch eine Minderheit sind, auch die Werte der vielen anderen sein, die nicht mehr an den Gott der Bibel glauben? *Heißt Demokratie nicht Freiheit für alle Werte und Unwerte?*

*Demokratie ohne den Nomos, ohne das Gesetz Gottes, ist Anarchie!* Demokratie kann niemals Willkür der Werte und Unwerte bedeuten! Demokratie ist nur möglich, wenn sie unter dem Gesetz Gottes steht. Demokratie ist nur denkbar, wenn die Menschen *von ihrer Freiheit der Verantwortung gegenüber Gott* Gebrauch machen! ...

Als Christen sind wir es schuldig, der Menschheit den Weg des Lebens zu zeigen, und dieser Weg ist der Weg des Gesetzes. *Die Wiedergeburt zum ewigen Leben ist das eine* – das ist ausschließlich dem gläubigen Christen vorbehalten. *Aber das Gesetz, in dem menschenwürdiges Leben durchgehalten werden kann, das ist das andere, das für alle Menschen gilt.*

Auf dieser Linie lag auch der Kampf, den die Bekennenden Gemeinschaften ebenso wie konservative Gruppen der katholischen Kirche und der CDU/CSU gegen die Einführung des Sexualkundeunterrichts an Schulen sowie gegen das von der Bundesregierung geplante neue Jugendhilfegesetz führten. Zu dem im Jahre 1978 in der EKD zentral diskutierten Thema Erziehung (s.u. S. 116ff.) wurden so von dieser Seite spezielle Beiträge geliefert, unter welchen der Plan zur Gründung einer „Evangelischen Bekenntnisschule Bremen“ in freier Trägerschaft der Evangelikalen („gegen eine Erziehung der Verhaltensänderung in Richtung auf ein sozialistisches Kulturprogramm“) hervorstach<sup>44</sup>.

43. Vollständiger Text: Info.-Bek. Nr. 71, 1978, S. 7–12.

44. idea Nr. 36 vom 4.9.1978, S. 5f.; Nr. 49 vom 4.12.1978, S. 6.

IMMANUEL LÜCK: OFFENER BRIEF AN DEN BAYERISCHEN LANDTAG  
BETR. SEXUALERZIEHUNG

Vom Juli 1978 (Auszug)<sup>45</sup>

Der Sexualkundeunterricht der öffentlichen Schule ist ein einziger Abbau der Schambarriere – eine Erziehung zur Schamlosigkeit, auch in ihrer feinsten Verhüllung. Der Sexualkundeunterricht der öffentlichen Schule – auch in Bayern – ist ausdrücklich kein „be-wahrender“ Unterricht mehr. Der Sexualkundeunterricht ist im Gegenteil herausfordernd – schon durch seine Information. Er wirkt auf die einzelnen Altersstufen herausfordernd in dem Sinne, das Gesehene und Gelesene in den eigenen gegenwärtigen Lebensvollzug einzubeziehen. Jede geschlechtliche Vereinigung vor der Ehe aber ist Hurerei; so sagt es die Bibel. In diesem Sinne ist der Sexualkundeunterricht der öffentlichen Schule eine Erziehung zur Hurerei, er verführt dazu. Das religiöse Gewissen *bewußter* Christen ist in jedem Fall verletzt ...

Ist der Bereich der Geschlechtlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland *keine* Angelegenheit des religiösen Gewissens mehr? Kann im Bereich des Geschlechtlichen keine objektive Schuld mehr vor Gott entstehen, die im Gewissen erfahrbar ist? Als Christ weiß ich, daß das Betrachten von Pornographie Sünde ist, die mein Gewissen belastet. Das kommt daher, weil mein Gewissen an die Heilige Schrift als absoluten Maßstab für Lehre und Leben gebunden und daran geschärft ist ...

Ich bitte Sie dringend, den Tatbestand des „religiösen Gewissens“ anzuerkennen, ihn im Gesetz mit aufzunehmen und durch diese entscheidende Formulierung die geistige Vernebelung und feine Indoktrination zu beseitigen, die durch den Begriff „religiöses Gefühl“ gegeben ist. Erkennen Sie das „religiöse Gewissen“ für den Bereich der Sexualerziehung an, dann ebnet sich auch der Weg zu der in der Verfassung garantierten Gewissensfreiheit. Die Sexualerziehung ist in ihrem Kern ein weit angelegter Kampf von Liberalismus und Neomarkismus gegen die in der Bibel geoffenbarte Wahrheit Gottes. Welche Absichten verfolgen Sie, wenn Sie Christen, die Ihre Sexualerziehung ablehnen, zur Teilnahme zwingen? Warum wehren Sie sich so verbissen gegen die Anerkennung der Gewissensfreiheit in der Sexualerziehung?

CHRISTLICHE ELTERN-INITIATIVE BREMEN: AUFRUF  
BETR. ENTWURF ZUM JUGENDHILFEGESETZ

Vom 19. Juli 1978 (Auszug)<sup>46</sup>

Der Gesetzestext und seine Begründung zielen auf einen *umfassenden Erziehungsanspruch des Staates*, der ungebeten und unerwünscht, neben das natürliche Recht der Eltern tritt (GG, Art. 6). Wenn wir auch nicht verkennen wollen und dürfen, daß in manchen Familien das natürliche Elternrecht nicht oder nicht genügend wahrgenommen wird, so müssen wir doch schärfstens dagegen Einspruch erheben, daß die Regierung hieraus das Recht abzuleiten scheint, den gesamten familialen Bereich gesetzgeberisch zu überformen. Es wäre für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung der Todesstoß, wollte man eine nach sozialwissenschaftlichen Vorgaben gestaltete vorbeugende *Allgemeine Erziehungsabsicht* des Staates proklamieren, wo dann das natürliche Elternrecht unweigerlich als irrationaler Wildwuchs erscheinen muß.

Man wird uns nicht übertriebene Sorge unterstellen können, weil mit dem zweiten Fa-

45. Vollständiger Text: Info.-Bek. Nr. 70, 1978, S. 26–30. Dieser Brief wurde im Namen des Religionspädagogischen Arbeitskreises der Bekenntnisbewegung auch als Eingabe an alle anderen Landtage versandt.

46. Offener Brief an die Bundestagsabgeordneten u.a.; vollständiger Text: Info.-Bek. Nr. 70, 1978, S. 32–35. Die Bekenntnisbewegung gab eine auflagenstarke Informationszeitung gegen das geplante Gesetz heraus („Familie im Griff des Staates“); vgl. idea Nr. 48 vom 27.11.1978, S. 2 und Nr. 50 vom 11.12.1978, S. 2.

milienbericht der Bundesregierung von 1974 eine solche Richtung der Familienpolitik bereits vorgezeichnet ist. Wer feststellt, daß *die Gesellschaft* der Familie und außerfamilialen Einrichtungen die Erziehung der Kinder *überträgt* (zweiter Familienbericht, S. 120), schafft die Voraussetzung für den totalen Staat! Man braucht statt *Gesellschaft* nur *Bevölkerung* einzusetzen, um den Unsinn dieser Behauptung zu entlarven.

So sehen wir in diesem Gesetzentwurf zwei Hauptgefahrenmomente:

1. den umfassenden Erziehungsanspruch des Staates (vgl. bes. Begründung zum Gesetz, S. 4)

2. die Institutionalisierung der Kontrolle und *Betreuung* ...

Niemand in unserem Land kann sich nach den Erfahrungen mit der *Schulreform* harmlos in der Annahme wiegen, daß hier den Eltern zugearbeitet werden soll. Im Gegenteil, wenn mit Hilfe der Interaktionsbemühungen in der Schule den Jugendlichen ständig suggeriert wird, daß sie sich zu Hause nicht entfalten können, produziert man ein Riesenheer von Anwärtern auf außerfamiliale Erziehung. Es wird befürchtet, daß in einer Zangenbewegung von *Schulreform* und *Jugendhilfe* gerade die an christlichen Normen und Werten orientierte Familie erfaßt und eliminiert werden wird. Nach dem Gesetz haben die Jugendlichen Pflichten nur gegenüber Staat und Gesellschaft, nicht aber gegenüber der Familie ...

Es sollte alles getan werden, ein Erziehungsmonopol des Staates und damit dem Ostblock vergleichbare Zustände abzuwenden.

CHRISTA MEVES:

## GRENZEN DER TOLERANZ FÜR DEN CHRISTLICHEN ERZIEHER

Vom 25. Mai 1978 (Auszug)<sup>47</sup>

Grenzen muß die Toleranz christlicher Erzieher gegenüber den vielfältigen modischen Indoktrinationsversuchen mit unterschiedener Tapferkeit dort haben, wo man die Jugendlichen mit atheistischen oder auch achristlichen Infiltrationen zu verseuchen sucht. Wir müssen klar zu unterscheiden versuchen: bei aller Achtung, die wir als Christen jedem Menschen mit anderer Welt- und Lebensanschauung zu zollen haben, haben wir hellwach zu sein gegen Bestrebungen, die dazu ansetzen, unsere Kinder zum Glaubensverlust zu verführen. Es bedeutet Mißbrauch der positiven Funktion Toleranz, wenn sie als eine ununterschiedene Billigung jeglicher Handlungen, jeglicher Meinungen, jeglicher Strömungen verstanden werden soll. Toleranz muß dort ihre Grenzen finden, wo zerstörerischer Geist Einlaß findet. Sie muß dort aufhören, wo unsere Kinder zu einem Leben ohne Gott, zur Anbetung falscher Götter, zur Anbetung von Menschen, zur Anbetung von Götzen, Macht, Sex oder gar Wissenschaft gebracht werden sollen. Hier muß unser festes NEIN stehen; sonst verwandelt sich Toleranz unversehens in Fahrlässigkeit, Feigheit oder Verrat.

Daß derart politisch engagierte Christen liberalere Positionen, welche teilweise auch die offizielle Haltung der evangelischen Kirche bestimmen, als „Linksprotestantismus“ oder gar als „marxistische Politisierung“ diffamieren, ergibt sich fast konsequent. Das von den Pfarrern Jens Motschmann und Friedrich-Wilhelm Künneth herausgegebene „Neue Rotbuch Kirche“ (das erste Rotbuch von 1976 erlebte innerhalb von zwei Jahren fünf Auflagen und weite Verbreitung!) will wie gehabt „zur Kurskorrektur innerhalb der Kirche auffordern“, um die Kirchenleitungen zu einer endgültigen Befreiung von der linksradikalen Unterwanderung zu bewegen.

---

47. idea Nr. 27 vom 3.7.1978, S. 1 (Teil eines Vortrags beim Stuttgarter Gemeindetag).

Wir kritisieren die gegenwärtige Linkslastigkeit unserer Kirche nicht deshalb, weil uns eine Rechtslastigkeit lieber wäre, wie es uns leider immer wieder vorschnell unterstellt wird. Denn das hieße vom Regen in die Traufe kommen. Es geht uns überhaupt nicht um „rechts“ oder „links“ im politischen Sinne. Gäbe es zur Zeit einen Rechtsradikalismus in der Kirche – vergleichbar dem offenkundigen Linksradikalismus –, wir würden ihn genauso entschieden als Irrweg zurückweisen. Im Augenblick werden jedoch nur diejenigen innerhalb unserer Kirche als Rechtsradikale bzw. Rechtsextremisten diffamiert, die es wagen, den kirchlichen Linksradikalismus und seine Wegbereiter beim Namen zu nennen.

In den Beiträgen dieses Buches wird die traditionelle Kritik an der Haltung der EKD zur Ökumene und zum Südafrikaproblem, an Kirchentag, Frauenarbeit und Studentengemeinden ausgebreitet<sup>49</sup>. Mochte das erste Rotbuch noch als Gelegenheitsprodukt einiger „zorniger junger Männer“ gelten, so macht das zweite deutlich, daß in konservativen Kreisen die Tendenz zu derartigen Pauschalverurteilungen der evangelischen Kirche wächst. Die Politisierung der Kirche durch eindeutige Bindungen an parteipolitische Positionen schreitet voran.

Der in Konkurrenz zum Evangelischen Kirchentag seit 1974 von den Beken-  
nenden Gemeinschaften mit großem Aufwand organisierte „Gemeindetag unter dem Wort“ fand zum vierten Mal, im Unterschied zum Vorjahr nur eintägig gehalten, am 25. Mai 1978 in Stuttgart mit über 50000 Teilnehmern statt. Gegenüber Dortmund 1977 (mit knapp 30000 Teilnehmern) zeigten sich eine Akzentverlagerung vom dogmatischen Kampf auf erbauliche Glaubensstärkung und ein Abbau der Antithese zum Kirchentag. Hatte man in Dortmund den Präses der betreffenden Landeskirche (H. Thimme) nicht einmal ein Grußwort sprechen lassen, so hielt jetzt Württembergs Landesbischof H. Claß einen der Vorträge. Ein umfangreiches Programm brachte das facettenreiche Profil der evangelikalen Bewegung zum Ausdruck<sup>50</sup>. Der hohe Anteil von Jugendlichen beweist, daß hier ein sinnvolles Angebot der Gemeinschaftspflege als Versuch einer „Erneuerung der Volkskirche“ gemacht wurde.

#### 4. SCHRIFT UND BEKENNTNIS: DER FALL PAUL SCHULZ

Zum ersten Mal seit 1911 ist im Jahre 1979 ein wegen „modernistischer“ Tendenzen angegriffener Pfarrer durch ein Lehrzuchtverfahren seines Amtes enthoben worden. Damit liegt die kirchengeschichtliche Bedeutung dieses Falles auf der Hand. Das Verfahren fand in der Öffentlichkeit große Resonanz. Überwog zunächst die Kritik an einer „Amtskirche“, die in unzeitgemäßer Weise Lehrzucht üben wolle, so stellte sich am Ende bei vielen Beobachtern die Einsicht

48. J. Motschmann–F.-W. Künneth (Hg.): Das neue Rotbuch Kirche, Stuttgart 1978, S. 8.

49. Zur Kritik vgl. z.B. W. Allgaier in LM 17, 1978, S. 405–407.

50. Übersicht in idea Nr. 21 vom 22.5.1978, S. 6–13; Nr. 22 vom 26.5.1978, S. I–III.



ein, daß das Verfahren trotz aller grundsätzlichen Bedenken letztlich unumgänglich gewesen sei. Über die Ausgangslage des seit 1973 verhandelten Falles des Hamburger Pastors Dr. Paul Schulz ist in KJ 103/104, 1976/77, S. 32–39 berichtet worden. Das 1977 unterbrochene Feststellungsverfahren, das beim Senat für Lehrfragen der VELKD anhängig war, wurde Ende 1978 wiederaufgenommen und zügig zum Abschluß gebracht. Die entscheidenden Verhandlungen fanden am 16./17. November und 4./5. Dezember 1978 statt; der letzte Verhandlungstag vom 23. Januar 1979 brachte die Schlußworte, der abschließende Spruch erging am 21. Februar 1979<sup>51</sup>.

Das vom Senat für Lehrfragen der VELKD eingesetzte Spruchkollegium hatte aufgrund des Antrags des Hamburger Kirchenrates im Lehrbeanstandungsverfahren die Aufgabe festzustellen, ob Schulz „in entscheidenden Punkten in Widerspruch zum Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche tritt und daran beharrlich festhält“ (so § 1,1 des Kirchengesetzes über das Verfahren bei Lehrbeanstandungen der VELKD von 1956). Damit oblag ihm ein rein theologischer, aber gerade darum besonders heikler Auftrag. Um einen Prozeß oder dergleichen handelte es sich nicht, eher um ein Gespräch, was sich darin bekundete, daß beide Seiten ausführlich durch Rede und Gegenrede um gegenseitiges Verstehen bemüht waren. Gleichwohl waren Bemühungen dieser Art zum Scheitern verurteilt, weil die Möglichkeiten zu einer Verständigung von vornherein blockiert waren, und zwar vor allem durch Paul Schulz selber.

Die Mitglieder des Spruchkollegiums waren: Als Leitender Bischof der VELKD (in dieser Funktion allerdings nur bis zum Oktober 1978) Landesbischof D. Eduard Lohse (Hannover), Vors. Richter Dr. Horst Gehrman (Lübeck) als von der Generalsynode gewähltes ständiges Mitglied, Prof. Dr. Dr. Hartmut Stegemann (Marburg) als von dem Betroffenen vorgeschlagenes Mitglied sowie als vier weitere, vom Senat für Lehrfragen ad hoc berufene Mitglieder Prof. Dr. Gerhard Friedrich (Kiel), Pastor Christoph Kretschmar (Kiel), Vors. Richter Dr. Gerhard Ostermeyer (Hamburg) und Prodekan Dr. Ernst W. Wendebourg (München). Als Schulz' Rechtsbeistand nahm der Hamburger Rechtsanwalt Dr. Horst Barrelet engagiert Anteil auch an dem theologischen Gespräch.

Das Spruchkollegium legte der Verhandlung hauptsächlich Schulz' Bücher „Ist Gott eine mathematische Formel?“ (1977) und „Weltliche Predigten“ (1978) zugrunde. Durch vier seiner Mitglieder hatte es schriftliche Anfragen zu den vier zentralen Differenzpunkten formulieren lassen: 1. Zum Verständnis der Verkündigung Jesu und zum Prinzip Liebe (Friedrich); 2. Zur Gottesfrage und zum Verhältnis von Theologie und Naturwissenschaft (Wendebourg); 3. Zum Verständnis der Kirche und der christlichen Hoffnung (Kretschmar); 4. Zum Verhältnis von Schrift und Bekenntnis und zum Problem der „offenen Theologie“

---

51. Vollständige Textausgabe zum Verfahren: Lutherisches Kirchenamt Hannover (Hg.), Nachdruck der Niederschrift über das Feststellungsverfahren nach dem Kirchengesetz der Vereinigten Ev.-Luth. Kirche Deutschlands über das Verfahren bei Lehrbeanstandungen vom 16. Juni 1956 gegen Pastor Dr. Paul Schulz, Hamburg, in Hannover vom 14.11.1977 bis 21.2.1979, Hamburg 1979. Auszüge daraus in: Lutz Mohaupt: Pastor ohne Gott? Dokumente und Erläuterungen zum „Fall Schulz“, Gütersloh 1979 (GTB 332).

(Stegemann)<sup>52</sup>. Damit war die Reihenfolge der Gesprächsthemen markiert, auch wenn bei der Durchführung immer wieder Querverbindungen gezogen werden mußten, um Schulz' Position als einheitlichen Wurf zu würdigen.

Die vier Anfragen konterte Schulz nach Wiederaufnahme der Verhandlung seinerseits mit der – auch auf die Antragsschrift der Hamburger Kirche bezogenen – Aufforderung, der Lehrsenat möge zu den von ihm als wissenschaftlich strittig bezeichneten Themen, derentwegen seine Lehre beanstandet würde, die kirchliche Lehrmeinung vorlegen, damit klar wäre, wovon er abweiche.

PASTOR DR. PAUL SCHULZ:

NEUN FRAGEN ZUR OFFIZIELLEN LEHRMEINUNG DER EV.-LUTH. KIRCHE

Vom 16. November 1978<sup>53</sup>

Meine Problematisierung des Lehrbeanstandungsverfahrens geht von jenseits all der Einzelheiten und der Teilaspekte aus. Mich betrifft das Gesamte. Denn aus meiner Sicht ist in dieser Debatte grundsätzlich sichtbar geworden, daß eine Beurteilung von theologischen Positionen in dieser Weise überhaupt nicht möglich ist. Ich werde auf eine theologische Position hin befragt, ob sie lehramtsgemäß sei, ohne daß mir selbst klargemacht worden ist oder wird, was eine lehramtsgemäße Aussage wäre. Die Position des Lehramtes ist bisher im gesamten Verfahren seit 4 Jahren an keiner einzigen Stelle und auch hier nicht sichtbar geworden. Was ist sichtbar geworden? Theologische Meinungen, die – so schätze ich einmal großzügig –, nicht einmal von 5 % der evangelischen Theologen abgedeckt sind ...

Selbst wenn die Herren jeweils in ihren Positionen besser argumentiert und wenn sie alle sieben das gleiche gesagt hätten, wäre dieses nicht die Lehrmeinung der Kirche, von der aus hier ja vorgeblich meine theologische Position als nicht-lehramtsgemäß beurteilt wird. „Lehrmeinung der evangelisch-lutherischen Kirche in Deutschland“ kann doch nur eine Meinung heißen, die in dieser Kirche Gültigkeit hat, indem sie von allen Gläubigen fest geglaubt, von allen Pastoren einheitlich verkündigt wird und allgemein verbindlich ist für alle Pastoren, ganz unabhängig von Schulz. Es geht also nicht zuerst darum, ob irgendeine Meinung ausgeschieden werden kann oder muß, sondern ob aufgrund eines formalen Beschlusses der Kirche eine einheitliche Lehrmeinung Gültigkeit hat als Lehrgestalt absolut verbindlicher Maßstab für allen Glauben, für alle Verkündigung ist und aufgrund derer dann eine Entscheidung getroffen werden kann ...

Es müssen mir ja für meine eigene Aussage drei Möglichkeiten gegeben werden: entweder aufgrund dieser Feststellungen der Kirche zu sagen, genau das meine ich und deshalb fühle ich mich damit konform, oder zu sagen, ich glaube das wegen der Autorität der Kirche und verkündige das auch, oder dann auch eben sagen zu können, sie können das meinen, dann möchte ich auch in der Kirche nicht mehr sein. Vor allem das dritte ist erst möglich, wenn mir gesagt worden ist, was ich zu glauben habe.

Infolge der Diskussion der letzten Jahre stelle ich nun neun Fragen an das Lehramt, an den Lehrsenat, keine zwicklichen Fragen sophistischer Art, die nur mit logischer Akrobatik zu beantworten wären, sondern zentrale theologische Fragen, mit denen der Pastor Tag für Tag konfrontiert ist und die nun seit zwei Jahren ständig bei meinen Veranstaltungen und Vorträgen gestellt werden, die ich konkret beantworten müßte als Pfarrer der evangelischen Landeskirche ...

#### 1. Frage:

Was ist die offizielle Lehrmeinung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland zu dem Thema: Gebet?

52. Abdruck der Ausführungen zu den Fragen in: Niederschrift (s. A. 51), Anhang S. I–XX (= S. 535ff.).

53. Niederschrift, S. 89–95.

Hört mich eine Gott-Person, wenn ich bete, und wenn ja, in welchen Formen vermag diese Gott-Person auf meine persönliche Ansprache zu reagieren?

Ich möchte daraufhin eine klipp und klare Antwort haben, wie ich in meiner Gemeinde antworten kann!

*2. Frage:*

Was ist die offizielle Lehrmeinung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland zu dem Thema: Jungfrauengeburt?

Ist Jesus in biologischem Sinne von Maria als einer Jungfrau in Bethlehem geboren, und ist deshalb

- nicht nur seine Sündlosigkeit
- sondern auch seine Gottessohnschaft
- und schließlich auch seine Messianität zu behaupten?

*3. Frage:*

Was ist die offizielle Lehrmeinung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland zu dem Thema: Auferstehung?

Ist der Körper des irdischen Jesus nach dem Tod wiederbelebt worden, das Grab von Jesus also mit eigener Bewegung verlassen worden, und ist dieser irdische Jesus dann

- körperlich/leiblich auferstanden,
- körperlich/leiblich zur Hölle gefahren,
- körperlich/leiblich in den Himmel aufgefahren?

*4. Frage:*

Was ist die offizielle Lehrmeinung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland zu dem Thema: Bibel?

Was ist innerhalb des Alten Testaments und innerhalb des Neuen Testaments „Wort Gottes“ (im Sinne absoluter Offenbarung) – und was nicht? (Möglichst mit genauen Stellenangaben)

*5. Frage:*

Was ist die offizielle Lehrmeinung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland zu dem Thema: Zehn Gebote? Sind die alttestamentlichen Zehn Gebote von einer Gott-Person dem Menschen Mose in einem besonderen Akt am Sinai übergeben worden, und sind diese damit von göttlicher Herkunft und deshalb immer und überall von absoluter Gültigkeit?

(Wenn ja – warum hat Luther dann diese Zehn Gebote in seinem Kleinen Katechismus so wesentlich verändert?)

*6. Frage:*

Was ist die offizielle Lehrmeinung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland zu dem Thema: Endgericht?

Wird es ein von einer Gott-Person bestimmtes Weltende geben, in dem alle Menschen vor dem Thron dieser Gott-Person stehen und gerichtet werden

- die einen zum ewigen Leben
- die anderen zur ewigen Verdammnis?

Sagen Sie nein oder ja zur Kirche, aber tun Sie nicht ständig, Sie hätten eine Meinung und keiner sagt etwas.

*7. Frage:*

Was ist die offizielle Lehrmeinung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland zum Thema: Weltentstehung?

Ist das All im Gesamten und im Einzelnen in einem Schöpfungsakt von einer Gott-Person gemacht worden, der Mensch darüber hinaus – gleichsam als Krone der Schöpfung – von dieser Gott-Person gesondert geschaffen?

8. Frage:

Was ist die offizielle Lehrmeinung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland zu dem Thema: Leben nach dem Tod?

Läßt sich ein Leben nach dem Tod behaupten, und worin liegen dafür die Beweiskriterien?

9. Frage:

Was ist die offizielle Lehrmeinung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland zu dem Thema: Erbsünde?

Ist jeder Mensch durch den „Sündenfall des ersten Menschen (Adam)“ unter die biologische Erbsünde geraten, und damit der natürliche Mensch eine „verdammte Kreatur“ – und wenn ja, wie und wodurch wird der Mensch konkret davon frei?

An diesem Fragenkatalog wurde die grundsätzliche Problematik des Verfahrens deutlich. Der Lehrsenat verwarf Schulz' Antrag, weil er sachlich nicht zuständig war, und das Spruchkollegium lehnte eine derartige juristische Orientierung an Satzwahrheiten als unevangelisches Verständnis von Wahrheit ab; statt einer Quantifizierung von Lehre hob es auf den generell gültigen Ordinationsauftrag zu schriftgemäßer Verkündigung ab. Schulz wiederum lehnte – trotz der grundsätzlichen Bekundung, er stünde auf dem Boden von Schrift und Bekenntnis – es ab, sein Amtsverständnis dieser Intention gemäß zu formulieren und seine Lehre als mit Schrift und Bekenntnis übereinstimmend zu legitimieren; er plädierte für eine „offene Theologie“, die sich allein gegenüber der kritischen Vernunft auszuweisen habe. (Schulz am 3. Verhandlungstag: „Ich relativiere schlechthin im Leben alles!“<sup>54</sup>) Dennoch wurde mit seinen Anfragen ein wunder Punkt des ganzen Verfahrens deutlich.

Im ersten Gesprächsgang 1977 waren vor allem die Bedeutung Jesu Christi für die Gottesfrage und das Heil des Menschen sowie das Verhältnis von Glauben und Denken erörtert worden. Schulz wurde gefragt, ob Jesus Christus nach seiner Lehre eine beliebige Größe sei, die das für das Christentum entscheidende „Prinzip Liebe“ nur initiiert habe, so daß dieses von ihm prinzipiell ablösbar sei, oder ob Gott sich in ihm auf einzigartige Weise offenbart habe, so daß in Jesus Gott sich der Menschheit im Sinne einer Vorgabe des Heils annehme. Schulz hatte daraufhin beantragt, zwei sachverständige Gutachter zu den Themen „Theologie und Naturwissenschaft“ (Prof. Carl Friedrich v. Weizsäcker, Starnberg) und „Rationale Ethik und Botschaft Jesu“ (Prof. Paul Lorenzen, Erlangen) hinzuzuziehen.

## FRAGEN DES SPRUCHKOLLEGIUMS DER VELKD AN DIE GUTACHTER

*Vom 15. November 1977<sup>55</sup>*

1. Kann moderne Naturwissenschaft überhaupt positive oder negative Aussagen zur Gottesfrage machen? Zwar ist unbestritten, daß naturwissenschaftliche Einsichten zur Korrektur überkommener Gottesvorstellungen führen müssen. Aber ist Ihres Erachtens Dr. Schulz im Recht, wenn er behauptet, naturwissenschaftliche Methodik müsse auch auf die Rede von Gott angewandt werden, so daß gesagt werden müsse, Gott ereigne sich in den unab-

54. Niederschrift, S. 307.

55. Niederschrift (s. A. 51), S. 67f.



dingbaren physikalischen und chemischen Prozessen kosmischen Geschehens? (Seite 31 seines Buches.)

2. Würden Sie Dr. Schulz zustimmen, wenn er meint, das von ihm vertretene Prinzip Liebe entspreche der aus der Naturwissenschaft abgeleiteten Forderung schärfster Rationalisierung und erfülle daher die Bedingungen, die nach dem Falsifikationsprinzip zu stellen sind? Oder muß der Naturwissenschaftler darauf verzichten, Maßstäbe und Normen eines Prinzips Liebe aufzustellen?

3. Ist es richtig, wenn Dr. Schulz unter Berufung auf die moderne Naturwissenschaft eine streng rational begründete Anthropologie vertritt, die den Menschen auf die in ihm liegenden Möglichkeiten zurückweist? Oder muß nicht – gerade im Blick auf die Erkenntnisse der medizinischen Forschungen in ihren verschiedenen Disziplinen sowie die Psychologie und die ihr benachbarten Fächer – wesentlich differenzierter geredet werden?

4. Kann man überhaupt in einer so pauschalen Weise von der Naturwissenschaft schlechthin sprechen, wie es Dr. Schulz tut, um mit Hilfe dieser Abstraktion der Theologie Möglichkeiten und Methode ihres Denkens vorzuschreiben? Kann man wirklich – wie Dr. Schulz es in Aufnahme der Popperschen Erkenntnislehre will – moderne Naturwissenschaft als Fortsetzung der Religion und der Theologie mit quantitativ besseren methodischen Mitteln bestimmen? (Seite 49 seines Buches.)

Da Lorenzen ein schriftliches Votum ablehnte, weil er in dem ganzen Verfahren keinen Sinn erblicken mochte, konnte am 16. November 1978 nur Weizsäckers Gutachten beigebracht werden. Es legte ausführlich die persönliche Sicht des Autors dar, wie die traditionelle Kirchenlehre zu den Themen Gott, Christus, Mensch, Welt etc. und das moderne Weltverständnis spannungsvoll sich zueinander verhielten (was an der gestellten Aufgabe vorbeiging) und behandelte in einem Schlußabschnitt direkt die anstehende Problematik anhand von Schulz' Buch "Ist Gott eine mathematische Formel?".

PROF. DR. CARL FRIEDRICH V. WEIZSÄCKER: GUTACHTEN  
ZUR THEOLOGIE VON PAUL SCHULZ

*Vom 20. Januar 1978 (Auszug)<sup>56</sup>*

Das theologische Denkschema, das Schulz zuerst an drei Stellen aus dem Alten Testament und dann an der heutigen geistigen Situation illustriert, unterscheidet im geschichtlichen Fortgang menschlichen Denkens über Gott eine Konstante: „Gott ist“, eine primäre Variable: das Weltbild, und eine sekundäre Variable: das Gottesbild. Die gemäß unserem historischen Wissen kaum bestreitbare These wird aufgestellt, daß Wandlungen des Weltbildes Wandlungen des Gottesbildes zur Folge haben. Schulz versucht, ein Gottesbild zu entwerfen, das der heutigen Naturwissenschaft gemäß ist. Eine negative Betrachtung geht voran, u.a. in dem Satze mündend: „Gott als Person – dieses Bild ist angesichts der mikro- und makrokosmischen Dimensionen ein völlig überholtes Denkmodell“ (S. 26). Es folgen zwei positive Thesen, eine kosmologische: „Gott ereignet sich im Werden“ (S. 30), und eine ethische: „Gott ereignet sich im Lieben“ (S. 32).

Die naturwissenschaftliche Substanz der Argumentation ist, wie es nicht anders sein kann, dünn. Man darf dem Verfasser nicht vorwerfen, daß die mit Fleiß gesammelten und im ganzen zutreffend vorgetragenen naturwissenschaftlichen Kenntnisse doch stets den Eindruck des Angelesenen machen. Irritierend wirkt eher die Selbstsicherheit des Vortrags ...

Soll ich als Naturwissenschaftler zu einer solchen Theologie Stellung nehmen, so kann ich jedenfalls nicht bestreiten, daß sie mit unserem wissenschaftlichen Kenntnissen vereinbar ist, muß aber betonen, daß sie – was Schulz freilich auch nicht behauptet – gewiß nicht aus ihnen folgt. Nicht zustimmen kann ich jedoch seiner Meinung, sie sei erst durch

56. Niederschrift, S. 142–145; vollständiger Text ebd. S. 126–145.

die heutige Naturwissenschaft möglich gemacht: „Erst die alle bisherigen Grenzen überschreitenden Erkenntnisse der Atomphysik, der Astrophysik, der Evolutionstheorie, der Biochemie, der kybernetischen Anthropologie, der futurologischen Gesellschaftstechnologie machen es möglich, von Gott in ganz neuen Dimensionen zu sprechen, nämlich von Gott als dem Absoluten, dem Unabdingbaren allen Werdens, allen Geschehens, allen Wirkens, das ständig neu zur Gestalt drängt und sich als das alles Umgreifende durchsetzt und vollendet“ (S. 45). Schulz' Formel ist z.B. inhaltlich nicht allzuweit entfernt von jenem spätantiken Hymnus, der in Toblers Übersetzung unter dem Titel „Die Natur“ Aufnahme in Goethes Werke gefunden hat. Eine wesentliche Grenze der Schulzschen Argumentation liegt in seiner offensichtlichen Unvertrautheit mit der Geschichte der philosophischen Theologie, von den Griechen bis zum Deutschen Idealismus. Nur diese Unkenntnis macht seine Berufung auf „mikro- und makrokosmische Dimensionen“ für die Verwerfung des persönlichen Gottes begreiflich. Offensichtlich ist ihm der überpersönliche Gott der griechischen Philosophie und die gesamte Denkanstrengung der patristischen und scholastischen Gotteslehre fremd geblieben; „Person“ bleibt ihm ein mythisches Bild. Soll ich als Naturwissenschaftler und Philosoph über diese Teile des Buches von Schulz unter dem Anspruch urteilen, daß es einen Beitrag zur systematischen Theologie im naturwissenschaftlichen Zeitalter geben wollte, so kann mein Urteil nur ganz distanziert sein. Man kann aus dem Buch zu diesen Fragen nichts Haltbares lernen.

Aber die Frage, die dem Spruchkollegium und damit dem Gutachter gestellt ist, ist nicht, ob man aus dem Buch theologisch etwas lernen kann, sondern ob der Verfasser dieses Buchs kein Pastor mehr sein darf. Es ist mir klar, wie schwer eine solche Frage für eine Kirchenleitung ist. Ohne Zweifel hätte man die Meinungen von Paul Schulz vor hundert Jahren, ja vor fünfzig Jahren von keiner lutherischen Kanzel herab vertreten können. Soll man es heute dürfen? Um dieser Frage willen habe ich die lange Einleitung des Gutachtens geschrieben. Schulz hat ein Verdienst, das ich seinen kirchlichen Kritikern, wie ich fürchte, nicht zubilligen kann. Er hat erkannt, daß man als christlicher Theologe die moderne Wissenschaft und die gesamte moderne Bewußtseinshaltung voll ernstnehmen muß. Er hat, mit zugegebenermaßen unzureichenden Mitteln, mit dieser Erkenntnis praktisch ernstgemacht. Er hat gesehen, daß die in der neueren Theologie traditionelle Lösung des Problems durch eine regionale Abgrenzung „hier Theologie, dort Naturwissenschaft“ völlig unzureichend ist. Es mag sein, daß seine philosophische Naivität ihm diesen Durchbruch erleichtert hat. Ich kann über einen Mann nicht den Stab brechen, der auf einem etwas zu billigen Niveau an einem Problem scheitert, auf das, soweit ich sehen kann, kein heute Lebender die adäquate Antwort weiß. Ich würde es bedauern, wenn ein Verweis des Dr. Schulz von der Kanzel den Eindruck in der Öffentlichkeit erwecken würde, daß man in diesen für uns lebenswichtigen Fragen als Pastor der lutherischen Kirche das Wagnis bis zum Scheitern nicht auf sich nehmen darf. Dies ist, wie erkennbar, das Urteil eines Liberalen. Dabei geht es mir nicht um die Verteidigung von Positionen der sog. liberalen Theologie, sondern um die Wichtigkeit der Toleranz für die gemeinsame Wahrheits-suche ...

Ich hätte gewünscht, die Hamburger Kirche hätte es vermocht, diesen Bruder zu ertragen. Ich möchte nur nicht verhehlen, daß ich auch hier für den hohen Wert der Toleranz und nicht für die Meinungen von Paul Schulz plädiere.

Der Dissensus in der Auffassung, wie sich die Bindung eines Pastors an Schrift und Bekenntnis inhaltlich ausdrücken müsse, ließ sich während des ganzen Verfahrens im Grunde immer wieder nur von beiden Seiten bekräftigen, nicht aber produktiv bearbeiten. Das Spruchkollegium und zumal dessen Vorsitzender Lohse beriefen sich stets darauf, daß es für die zentralen Aussagen innerhalb der evangelischen Kirche einen „magnus consensus“ gebe (eine grundlegende Übereinstimmung im Fundamentalen, abgesehen von den lehrmäßigen Ausdifferenzierungen), während Schulz genau dies bestritt und für seine Auffassung ein Heimatrecht in der evangelischen Kirche beanspruchte. Am Ende des Gesprächs

faßte der Vorsitzende in einem persönlich formulierten, aber für das ganze Kollegium vorgetragenen Votum die Differenzen zusammen.

LANDESBISCHOF PROF. D. EDUARD LOHSE: SCHLUSSWORT  
ZU DEM LEHRGESPRÄCH

*Vom 5. Dezember 1978 (Auszug)<sup>57</sup>*

Daß die Durchführung eines Lehrbeanstandungsverfahrens im Raum der evangelischen Kirche und Theologie außerordentliche Probleme und Schwierigkeiten mit sich bringt, ist wiederholt gesagt worden und uns allen bewußt. Es sei jedoch noch einmal unterstrichen. Das Lehrbeanstandungsgesetz weist in seiner einleitenden Begründung darauf hin, daß Inhalt und Maßstab aller Lehre in der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands das Evangelium von Jesus Christus ist, wie es in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments gegeben und in den Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche, vornehmlich in der ungeänderten Augsburgischen Konfession von 1530 und im Kleinen Katechismus Martin Luthers, bezeugt ist. Dieses Evangelium, aus dem die Kirche lebt, ist dem Prediger zur Weitergabe, zur Verkündigung und Bezeugung aufgegeben. Der Prediger ist daher daraufhin zu befragen, ob er die bei seiner Ordination übernommene Verpflichtung, dieses Evangelium von Jesus Christus zu bezeugen, erfüllt oder nicht.

Diese im Lehrbeanstandungsgesetz bezeichnete Grundlage aller christlichen Predigt und Lehre muß – das ist nicht strittig – jeweils in der Auslegung ausgefüllt werden. Sie eröffnet auch eine weite Spanne zur Entfaltung individueller Positionen. Auch dieses ist allgemein zugestanden. Die schwierige Aufgabe, vor die wir gestellt worden sind, geht dahin, uns um eine Klärung zu bemühen, ob dieser von Schrift und Bekenntnis vorgegebene weite Raum überschritten worden ist, so weit überschritten, daß die Grenzen, die der magnus consensus der predigenden Kirche setzt, nicht mehr gewahrt sind ...

Die Bekenntnisverpflichtung, auf die der evangelische Prediger festgelegt ist, bedeutet – so meine ich es herausgehört zu haben – nach dem Verständnis von Herrn Dr. Schulz, daß er in eine bestimmte historische Tradition eingetreten ist, die er aber seinerseits durchaus hinter sich lassen kann. Damit versagt sich nach meinem Eindruck Herr Dr. Schulz der Verpflichtung, die in der Ordination von jedem evangelischen Prediger übernommen wird: das Evangelium von Jesus Christus, wie es in der Heiligen Schrift und in dem Bekenntnis der Kirche vorgegeben ist, zu predigen und seinerseits weiterzugeben ...

Wir haben mit besonderer Besorgnis gehört, was Herr Dr. Schulz uns wiederholt darüber gesagt hat, wie er den einzelnen Gemeindegliedern je nach der gegebenen religiösen Disposition die erbetene Dienstleistung erbringen würde: dem einen konventionell und dem anderen nicht konventionell. Dieses halten wir für eine beliebige Auswechselbarkeit von Inhalten und können wir nicht als eine Erfüllung eines Auftrags verstehen, der vorgegeben ist. Der Prediger kommt zu vielen Menschen, die gar nicht wissen, ob sie eine religiöse Disposition haben und wie diese aussieht. Er hat einen Auftrag als ein Bote auszurichten. Wenn er diesen Auftrag lediglich aus den vorgegebenen sozialen Bedingungen bestimmt, dann wird Religion beliebig auswechselbar und stellt sich die Frage, wie dieses noch mit dem Auftrag eines christlichen Predigers zusammengesehen werden kann ...

Ich möchte zum Schluß sagen: Die strittige Frage ist nicht das Problem der Toleranz. Diese Frage ist ja gelegentlich gestellt worden. Wir haben hier nicht darüber zu befinden, was man in der evangelischen Kirche denken oder sagen darf. Darin gibt es große Freiheit. Wir bestreiten Herrn Dr. Schulz auch nicht, daß er Glied unserer Kirche ist und sich an seinem Teil dafür engagiert, Christ zu sein. Die Frage, um die es geht, ist ausschließlich die, ob mit einer solchen Lehre, wie Herr Dr. Schulz sie entfaltet, sein Auftrag als Pastor so erfüllt ist, daß wir als Kirche sagen können: Dieses steht innerhalb des magnus consensus der predigenden und lehrenden Kirche. Das müßte ja bedeuten, daß wir – wenn auch

57. Vollständiger Text ebd. (A. 51) S. 399–419; Auszüge: S. 403f., 414f., 417f.



mit Abstrichen – bereit sein müßten, uns etwa als Mitglieder von Kirchenleitungen mit dem, was ein solcher Pastor sagt, so weit identifizieren zu können, daß wir auch öffentlich eine solche Predigt als Durchführung des der Kirche gestellten Auftrages verteidigen könnten. Diese Frage macht uns große Beschwernis.

Am letzten Verhandlungstag legte Dr. Schulz – nachdem Bischof Lohse einige allgemeine Bemerkungen zum Gang des Verfahrens und zu den Reaktionen aus kirchlichen Kreisen gemacht hatte – in einem ausführlichen zweistündigen Plädoyer noch einmal sein theologisches Grundanliegen und seine Kritik am Verfahren eindringlich dar.

## PASTOR DR. PAUL SCHULZ: SCHLUSSWORT ZUR VERHANDLUNG

*Vom 23. Januar 1979 (Auszug) <sup>58</sup>*

Meine Herren, ich stelle mein Schlußplädoyer unter die programmatische Überschrift: Ab-sage an einen verwalteten Gott.

Der Glaubensprozess, in dem wir nun seit Jahren gegeneinander stehen, ist seit der letzten Woche aus meiner Sicht in eine neue Dimension getreten: Mein Hamburger Kollege, Pastor Wolfgang Grell von der Wandsbeker Christuskirche, hat in einem Brief an Herrn Bischof Lohse zu diesem Verfahren Stellung genommen. Auf Einzelheiten dieses Briefes werde ich im Verlauf meiner Darlegungen eingehen. Hier scheint mir dies wichtig: Die Nordelbische Kirchenleitung hat darauf mit unmißverständlicher Schärfe reagiert. Sie hat nicht nur Grells Meinung mit groben Worten zurechtgewiesen; sie hat ihm selbst zugleich Konsequenzen angedroht. Interne Stellen sprechen von einem Verfahren gegen Pastor Grell.

Noch im November 1978 hat Herr Bischof Lohse vor dem Kirchenkreistag Bockenem/Hoheneggelsen erklärt, das Lehrbeanstandungsverfahren gegen Schulz sei ein Einzelvorgang. Doch bevor dieser Fall Schulz zu Ende gebracht ist, kündigt sich bereits ein neues Verfahren an. D.h. geäußerte Solidarität in die Richtung Schulz kann für Einzelpersonen direkte Konsequenzen haben. Alle Versuche, den juristischen Vorgang von Hannover auf die Person Schulz hin zu vereinzeln und damit zu bagatellisieren, vernebeln deshalb die kritische Situation, in der wir hier nämlich – und damit im deutschen Protestantismus – derzeit stehen, in einer theoretisch-fundamentalen Auseinandersetzung.

Mein Schlußplädoyer stellt sich deshalb zwei Aufgaben.

– Zum einen:

Ich will Ihnen als Spruchkollegium noch einmal meine ganz persönliche Situation und Betroffenheit als Christ und als Pastor verdeutlichen, damit Sie in Ihren Entscheidungen auch wirklich mich vor Augen haben.

– Zum anderen:

Ich will darüber hinaus bei Ihnen Verständnis und Mitsorge schaffen für die Probleme vieler Christen und Pastoren in unserer Zeit, damit Sie in Ihren Entscheidungen die ganze überindividuelle Tragweite dieses Lehrbeanstandungsverfahrens vor Augen behalten ...

Ich habe Ihnen hier schon einmal dargelegt, daß ich meine Ordination nicht manu et corde im Sinne einer unkritischen Bekenntnistreue unterschrieben habe. Ich habe Ihnen mitgeteilt, daß sich mein Ordinationscoetus um die Bedeutung und den Sinn von Ordination und Bekenntnis in Gesprächen damals mit Herrn Hauptpastor Dr. Bierig ungeheuer herumgeschlagen hat. Wir haben damals die Bekenntnisse schon immer nur gut lutherisch als norma normata, nie als norma normans begreifen können.

Für mich erklärt und erklärte sich schon damals – und jeder wußte das auch in der Hamburger Kirchenleitung – die kritische Distanz zum Bekenntnis in der wesentlichen Rückwendung und Bezugnahme durch alle dogmatischen Positionen hindurch auf den historischen

---

<sup>58</sup>. Vollständiger Text ebd. (A. 51) S. 426–482; Auszüge: S. 428f., 430f., 435, 438f., 446–449.



Urgrund des Christentums: Jesus von Nazareth. In dem Maße, in dem er mit seiner Gestalt und Botschaft der Maßstab meines Christseins wurde, gerieten alle späteren christlichen Aussagen immer stärker zur Interpretationsmasse, als sekundär also von höchster Wichtigkeit, primär aber von grundsätzlicher Relativität ...

Als man mich von Breklum nach Hamburg an die Hauptkirche St. Jacobi holte, wußte man, wer ich war. Die eigentlich theologische Auseinandersetzung hatte damals längst begonnen. Zunächst war dies von Hamburg her als eine positive Möglichkeit gesehen worden: Eine Citykirche neu zu beleben, indem man sie theologisch zu einem zentralen Platz machte, an dem offen über Gott und die Welt gesprochen werden konnte. So wenigstens war damals, als ich als Pastor von St. Jacobi gewählt wurde, mein Arbeitsauftrag offiziell vorauskonzipiert.

Ich habe damals von Anfang an aus meinen theologischen Absichten keinen Hehl gemacht, sondern mein kritisches Pastorsein offen und ehrlich angeboten. So sind schon in meiner Predigt bei meiner Amtseinführung am 31.5.1970 die drei Hauptpunkte ganz unmißverständlich genannt:

- Der Versuch, die Theologie auf naturwissenschaftliches Denken hin zu öffnen, um den modernen Menschen nicht zu diskriminieren, sondern ihn gerade mit seinem Verstand voll in das Fragen nach Gott hineinzunehmen;
- Die Absicht, sich über alle dogmatischen Positionen hinweg auf Jesus von Nazareth zu besinnen und dessen Verkündigung zum gültigen Maßstab für alles Reden und Handeln der Kirche zu setzen;
- Der Vorsatz, mit der Botschaft von der Liebe menschliche Gemeinschaft gerade in kritischen Lebenssituationen neu zu gestalten und so kreativ und offen an einer modernen Gesellschaft mitzuarbeiten ...

(Zitat aus Schulz' Schrift „Gott im Denkprozeß“:)

„Nur um Mißverständnisse zu vermeiden: Nicht ich habe die Menschen aus der Kirche verloren. Ich an St. Jacobi und viele junge Kollegen haben leere Kirchen übernommen. Es ist eine bösertige Unterstellung, als hätten wir die Kirchen mit unserer Theologie leergepredigt. Das Vertrauen der Menschen zur Kirche ist keineswegs erst in unserer Generation oder gar durch uns zerbrochen, sondern allerspätstens in der Generation vor uns. Wir jungen Theologen haben ein böses Erbe von unseren ‚kirchlichen Vätern‘ übernommen. Wir müssen schon ziemlich weite und schwierige Wege laufen, um zu den Menschen heute wenigstens wieder auf Rufweite zu kommen. Was soll da noch zusätzlich ein solcher offener Konflikt? Wem soll der nützen? Der Gemeinde? Der Kirche? Oder soll er nur klarlegen, wozu ich stehe?

Ich stehe

- zu meiner „offenen Theologie“ als einem Versuch, in der Spannung zwischen Religion – Theologie – Naturwissenschaft, auf der Basis der Botschaft Jesu und infolge vielschichtiger Entfaltung christlicher Verkündigung unter den Bedingungen einer pluralistischen Kirche von Gott zu reden;
- zu meiner Gemeinde als einer *communio humana*, die nicht oder längst nicht mehr den fundamentalistischen Vorstellungen einer traditionellen Kirche zu folgen vermag und deshalb nach neuen Ausdrucksformen christlicher Existenz sucht, nicht nach einer neuen Kirche, sondern nach einer anderen Kirchlichkeit;
- zu meiner Kirche, weil ich fest überzeugt bin, daß eine „lutherische“ Kirche auch immer eine Kirche nach vorn, eine „*ecclesia semper reformanda*“ sein muß, wenn nicht heute, wann dann noch?

Dann aber gibt es doch nur eins: In der Vielfalt der verschiedenen Möglichkeiten und Notwendigkeiten, wohl nicht identisch, aber solidarisch zusammenzuarbeiten, gemeinsam alle Kraft einzusetzen, um unsere Kirche auf die Menschen und die Menschen auf unsere Kirche hin zu öffnen. Auf mich bezogen meine ich das konkret so: Die Kirche stellt derzeit mindestens 95% ihrer theologischen Kräfte für höchstens 5% von Menschen unserer Gesellschaft, die sie fest in Obhut hat, zur Verfügung. Warum will sie nicht wenigstens 5% ihrer theologischen Kräfte zur Verfügung stellen, um die restlichen 95%, die nicht mehr in ihrer Obhut stehen, wenigstens wieder in den Blick zu bekommen? Als einer von diesen 5% verstehe ich mich in meinem Reden von Gott

- im Auftrag meiner Kirche,
- unter welchen Bedingungen auch immer,
- getreu meinem Ordinationsgelübde.“ (...)

Nun muß ich zwangsläufig, – das gehört zur Logik des Redens miteinander – fragen: Wovon weiche ich eigentlich ab? Bitte, benennen Sie mir doch, von welcher Lehrmeinung der evangelisch-lutherischen Kirche ich abweiche. Was ist denn in diesen neun Punkten die Lehrmeinung der ev.-lutherischen Kirche? Denn ein Abweichen ist doch erst in dem Augenblick feststellbar, wenn klargemacht ist, wovon abgewichen wird. Eben dazu meine neun Fragen nach der Lehrmeinung der Kirche.

Nun wurde mir hier bedeutungsschwer erklärt, eine solche offizielle Lehrmeinung könne es in unserer Kirche nicht geben, denn eine feste Lehrmeinung stehe gegen den evangelischen Glaubensbegriff. Das Wesen der lutherischen Dogmatik läge eben in der Offenheit des Glaubens.

Nun war diese Aussage für mich ja keineswegs neu, wenngleich die Art, wie sie mir vorgetragen wurde, so hätte aussehen können. Eigentlich aber wollte ich genau diese Aussage herauslocken: In der evangelisch-lutherischen Kirche gibt es keine festgelegte Lehrmeinung. Und eben dies haben wir ja dann auch von dem Lehrsenat deutlich gehört –, ist gleichsam per Senatsbeschluß des Lehramtes festgestellt.

Dann aber – das ist nun mein ganz einfacher nächster und letzter Schritt – dann gibt es auch nicht eine fundamentale Abweichung von einer Lehrmeinung, wenn es die nämlich gar nicht gibt. Bestenfalls gibt es unterschiedliche Interpretationen der christlichen Botschaft, verschiedenartige Verständnisse, verschiedene Ziele der Aussagen. Aber: Gibt es keine Lehrmeinung, gibt es keine Lehrabweichung. Dann aber verliert dieses Verfahren letztlich seine theologische Berechtigung, weil es ganz grundsätzlich keine Lehrabweichung feststellen kann. Ein Verfahren zur Feststellung einer Sache, die es gar nicht gibt, ist ein Unsinn in sich.

Nun ist an dieser Stelle von Herrn Bischof Lohse ein Begriff ins Spiel gebracht worden, den ich in meiner ganzen theologischen Arbeit noch nie gehört habe, der sogenannte „magnus consensus“. Also den gibt es offenbar. Nun müßte ich zwangsläufig meine Fragen neu stellen. Wenn behauptet wird, es gäbe einen magnus consensus, dann möge man mir zu meinen neun Fragen nicht die Lehrmeinung der Kirche benennen, sondern den sogenannten magnus consensus. Was ist also der magnus consensus der evangelisch-lutherischen Kirche in Deutschland zu meinen Fragen 1–9? Ich stelle hier fest: Dazu ist ein magnus consensus bisher nicht benannt worden.

Solange mir dieser Begriff nicht genau definiert und gesagt wird, was magnus consensus ist, behalte ich mir demgegenüber folgende Meinung vor: Der magnus consensus ist so etwas wie die „Volksmeinung“ – etwa zur Todesstrafe, das „gesunde Volksempfinden“. Magnus consensus als theologische Kategorie gibt es deshalb nicht, zumindest ist eine einfache Konstatierung eines magnus consensus schon von der Begriffsdefinition für unsere Gespräche unzureichend, ja falsch. So verschwommen kann man sich aus dem Dissens der Meinung nicht ausdrücken. Ich stelle deshalb noch einmal meine neun Fragen an dieses Gremium: Was ist und wie lautet der magnus consensus in all diesen neun Fragen? Beantworten Sie sie nicht, haben Sie wieder einmal in Vorspiegelung falscher Tatsachen nichts als leere Behauptungen aufgestellt.

Wo der magnus consensus direkt hergestellt werden könnte, unter Theologen der wissenschaftlichen Theologie nämlich, etwa in der neutestamentlichen Forschung, da weicht er wesentlich von dem ab, was der magnus consensus in der Gemeinde zu sein scheint. Nach welchem magnus consensus werde ich hier eigentlich beurteilt? Nach dem magnus consensus der Theologen an den Universitäten, auf den ich mich berufe, oder nach dem magnus consensus irgendwelcher Gemeindefrömmigkeit? Ich stelle hier die Behauptung auf: Der magnus consensus der modernen Theologie steht ganz unmißverständlich in Richtung meiner theologischen Position. Die Feststellung von Herrn Lohse, ich stünde gegen diesen magnus consensus, widerspricht an allen Stellen den Positionen der modernen theologischen Wissenschaft.

Das aus sieben Mitgliedern bestehende Spruchkollegium mußte sich nunmehr mit den inhaltlichen Ergebnissen und dem juristischen Einspruch von Schulz' Rechtsbeistand Dr. Barrelet (der in seinem auch theologisch bedenkenswerten Schlußplädoyer die Einstellung des Verfahrens beantragte, weil dieses verfassungswidrig in formeller wie in inhaltlicher Hinsicht sei und weil Schulz' Abweichen von der geltenden Lehre nicht erwiesen sei)<sup>59</sup> auseinandersetzen. Wie die Mitglieder im einzelnen votierten, mußte geheim bleiben; alle hatten den Spruch, der nur mit einer Mehrheit von mindestens fünf der sieben Mitglieder zustande kommen konnte, zu unterzeichnen. Die Mehrheit für den am 21. Februar gefällten, aber noch nicht publizierten, sondern dem zuständigen Lehrsenat zugeleiteten Spruch war eindeutig.

SPRUCHKOLLEGIUM DER VELKD:  
SPRUCH IN DEM FESTSTELLUNGSVERFAHREN GEGEN  
PASTOR DR. THEOL. PAUL SCHULZ

*Vom 21. Februar 1979*<sup>60</sup>

In dem Feststellungsverfahren

gegen Pastor Dr. theol. Paul Schulz,  
geboren am 29. August 1937,  
wohnhaft Jacobikirchhof 9, 2000 Hamburg 1,

hat das Spruchkollegium, bestehend aus

D. theol. E. Lohse,  
Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche  
Hannovers (Vorsitzender),

D. theol. G. Friedrich,  
Professor der Theologie in Kiel,

Dr. jur. H. Gehrmann,  
Vorsitzender Richter am Landgericht in Lübeck,

Ch. Kretschmar,  
Pastor in Kiel,

Dr. jur. G. Ostermeyer,  
Vorsitzender Richter am Landgericht in Hamburg,

Dr. theol. Dr. phil. H. Stegemann,  
Professor der Theologie in Marburg,

Dr. theol. E. W. Wendebourg,  
Pfarrer und Prodekan in München,

in seiner Sitzung am 21. Februar 1979 gemäß § 18 Absatz 1 Buchstabe a) des Kirchengesetzes über das Verfahren bei Lehrbeanstandungen vom 16. Juni 1956 folgende Entscheidung getroffen:

Aufgrund der mündlichen Verhandlungen am 14./15. November 1977, 16./17. November 1978, 4./5. Dezember 1978 und 23. Januar 1979 stellt das Spruchkollegium fest:

Pastor Dr. theol. Paul Schulz ist öffentlich durch Wort und Schrift in der Darbietung der christlichen Lehre in entscheidenden Punkten in Widerspruch zum Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche getreten und hält daran beharrlich fest. Er ist mithin nicht mehr fähig, eine amtliche Tätigkeit im kirchlichen Dienst auszuüben.

59. Plädoyer von Dr. Barrelet ebd. (A. 51) S. 483–524.

60. Niederschrift (A. 51), S. 526–533.



## Begründung

### I.

Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Durchführung des Verfahrens bestehen nicht. Es handelt sich um ein in der verfassungsrechtlich anerkannten Autonomie der Kirche (Art. 140 GG/137 Abs. 3 WRV) gesetzlich geordnetes Feststellungsverfahren, nicht aber um ein Gerichtsverfahren. Dazu übt die Kirche in diesem Zusammenhang nicht öffentliche Gewalt aus. So greifen hier weder der „Schränkenvorbehalt“ noch andere Bestimmungen des Grundgesetzes. Im übrigen läge nach herrschender Lehre selbst dann kein Ausnahmegericht im Sinne von Artikel 101 GG vor, wenn man das Spruchkollegium als Gericht ansehen wollte; denn die Bestimmungen über das Spruchkollegium sind nämlich seit 1956 kirchengesetzlich für eine unbestimmte Zahl von Fällen geregelt. (Vgl. Maunz-Dürig-Herzog-Scholz, Kommentar zum Grundgesetz Rd. Nr. 3 zu Artikel 101 GG.)

Entgegen der Auffassung des Betroffenen liegt auch kein Verstoß gegen Artikel 103 Abs. 2 GG vor, denn die materiell-rechtliche Grundlage ist in Abschnitt II der „Erklärung zur Lehrverpflichtung und Handhabung der Lehrgewalt“ (ABl. Bd. I, S. 54f.) hinreichend bestimmt.

Somit verfielen die im Schriftsatz des Beistandes des Betroffenen vom 23. Januar 1979 unter I gestellten Anträge der Ablehnung.

### II.

Seit Herbst 1971 steht P. Schulz wegen seiner Predigten und Veröffentlichungen in der Presse in Auseinandersetzung mit dem Kirchenvorstand seiner Gemeinde St. Jacobi in Hamburg. Am 3. Dezember 1973 wurde die Angelegenheit von der Kirchenleitung in Hamburg beraten. Zwei von ihr beauftragte Pastoren versuchten, in seelsorgerlichen Gesprächen die Konflikte zu bereinigen (§ 1 Abs. 1 des Kirchengesetzes über das Verfahren bei Lehrbeanstandungen vom 16. Juni 1956 – ABl. Bd. I, S. 55ff. – Lehrbeanstandungsgesetz). Als das nicht gelang, wurden drei Theologen beauftragt, mit P. Schulz ein Lehrgespräch zu führen (§ 4 Lehrbeanstandungsgesetz). Sie kamen zu dem Ergebnis, daß P. Schulz in entscheidenden Punkten in Widerspruch zum Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche steht. Auf Vorschlag dieser Kommission wurde P. Schulz am 23. Juni 1975 bei voller Weiterzahlung der Bezüge ein einjähriger Studienurlaub in München gewährt, um ihm die Möglichkeit der Überprüfung seines Standpunktes zu geben (§ 5 Abs. 2 Lehrbeanstandungsgesetz). Aufgrund der gutachtlichen Äußerung zu der Stellungnahme von P. Schulz „Gott im Denkprozeß“ beschloß der Kirchenrat in Hamburg am 18. Oktober 1976, ein Feststellungsverfahren durchzuführen und P. Schulz zu beurlauben (§ 5 Lehrbeanstandungsgesetz).

### III.

Das Spruchkollegium hat sich an den eingangs genannten Verhandlungsterminen eingehend mit den theologischen Ansichten von P. Schulz befaßt. Zugrunde gelegt wurden im wesentlichen seine beiden Publikationen „Ist Gott eine mathematische Formel?“ (Formel) und „Weltliche Predigten“ (Predigten). Das Spruchkollegium hat P. Schulz Gelegenheit gegeben, sich ausführlich zu seiner Theologie und Lehre zu äußern. Bei diesen Gesprächen hat er ausdrücklich bekräftigt, daß er seine seit Jahren vertretenen Auffassungen in der Grundsubstanz beibehält.

Es geht nicht darum, den persönlichen Glauben, das Engagement und die Frömmigkeit von P. Schulz zu beurteilen oder in Zweifel zu ziehen, daß er ein Glied der Kirche Jesu Christi ist. Ebenso war es nicht Aufgabe des Spruchkollegiums, die Lehre von P. Schulz daraufhin zu befragen, ob sie einer vorher aufgestellten Reihe von Bedingungen Punkt für Punkt entspricht oder widerspricht. Wollte man so argumentieren, würde man Glauben und Lehre in eine Reihe von Werken auflösen und an die Stelle des Evangeliums eine Werkgerechtigkeit setzen. Ein solches Verständnis würde evangelischer Theologie und Kirche fundamental widersprechen.

Deshalb brauchte das Spruchkollegium auch nicht der Forderung von P. Schulz nachzukommen, die offizielle Lehrmeinung der evangelisch-lutherischen Kirche zu Gebet, Jungfrauengeburt, Auferstehung, Bibel, Gebote, Endgericht, Weltentstehung, Leben nach dem Tode und Erbsünde zu formulieren.



#### IV.

Die Aufgabe des Spruchkollegiums bestand vielmehr allein darin, festzustellen, ob P. Schulz als ordnierter Amtsträger der evangelisch-lutherischen Kirche in seiner Verkündigung in der ihm anvertrauten Gemeinde mit der unaufgebbaren Grundsubstanz der Lehre der evangelisch-lutherischen Kirche übereinstimmt und ob er die bei seiner Ordination übernommene Verpflichtung erfüllt, das Evangelium von Jesus Christus zu bezeugen, wie es in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments gegeben und in den Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche, vornehmlich in der ungeänderten Augsburgischen Konfession von 1530 und dem Kleinen Katechismus Martin Luthers, bezeugt ist (vgl. Erklärung zur Lehrverpflichtung und Handhabung der Lehrgewalt, Abschnitt I a.a.O.).

Die im Lehrbeurteilungsgesetz bezeichnete Grundlage aller christlichen Predigt und Lehre enthält zwar eine weite Spanne zur Entfaltung individueller Positionen. Aber diese Grundlage selbst darf nicht aufgegeben werden.

#### V.

Das Spruchkollegium ist zu dem Ergebnis gekommen, daß P. Schulz in entscheidenden Punkten im Widerspruch zum Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche steht und daran beharrlich festhält. Dieses Ergebnis gründet sich auf folgende Feststellungen:

##### 1.

In der *Gotteslehre* vertritt P. Schulz die Auffassung, daß die jeweilige Naturerkenntnis Rückwirkungen auf das Gottesbild hat (Formel S. 18). Diese Ansicht wird im Grundsatz nicht bestritten. P. Schulz leitet daraus jedoch die Lehre ab, daß Gott nicht ein Handelnder ist, dem der Mensch sein Leben verdankt, nicht ein „Du“, an das man sich wenden kann. Vielmehr ereignet sich Gott für ihn „in den unabdingbaren physikalischen und chemischen Prozessen kosmischen Geschehens“ (Formel, S. 31; Predigten, S. 115).

Ein Reden von Gott ist für P. Schulz ganz bewußt nur ein Reden von unten, vom Menschen her (Formel, S. 24). Wenn der Mensch von Gott redet, redet er letztlich von sich selbst (Formel, S. 22, 24; Predigten, S. 84, 91). Gott ist der Höchstwert des Ich (Formel, S. 24; Predigten, S. 96). Er ist die Grundmöglichkeit menschlicher Selbstentfaltung, der Denk-, Sprach- und Bewußtwerdungsprozeß von Menschen. Darum sagt P. Schulz nicht: „Ich glaube an Gott“, sondern: „Ich denke Gott“.

Das Reden von Gott als Person kommt für P. Schulz aus einem völlig überholten Denkmodell (Formel, S. 26). Daher möchte er mit Hilfe einer seiner Ansicht nach zwingenden rationalen Argumentation nachweisen, „einen persönlichen Gott, der mich ständig hört, der mir hilft, mich sieht, mich begleitet als Realität“, könne es nicht geben. Gott sei vielmehr Ausdruck einer Hoffnung des Menschen, „angesichts von Not und Versagen, von Ängsten und Schwierigkeiten über sich selbst hinauszukommen“ (Predigten, S. 177). In der Rede von Gott werde die transzendente Offenheit des Menschen zum Ausdruck gebracht. Auch das Wort „Gott ist Liebe“ beschreibe Gott nicht als liebende Person, sondern „kennzeichnet die liebende Beziehung zwischen Menschen als das Prinzip, das Leben entfaltet. Überall dort, wo sich Menschen in Liebe begegnen, ereignet sich Gott im Lieben“ (Formel, S. 32).

Weil es für P. Schulz Gott als ein „Du“ nicht gibt, verliert für ihn das Gebet seine Bedeutung aus Anrede. Zu einem Gottesbild als Einheit der Natur oder als Projektion des Menschen seiner selbst könne nicht gebetet werden. Bete der Mensch, so reflektiere er in Wirklichkeit nur sich selbst und seine Beziehung zum anderen. Beten habe das Ziel, den einzelnen oder auch die Gruppe zur Gewinnung ihrer Selbstidentität zu führen (Formel, S. 171ff.). Damit hat das Gebet nach Ansicht des Spruchkollegiums seinen theologisch begründeten Sinn eingebüßt. Der Mensch ist auf seine eigenen Möglichkeiten zurückgeworfen und bleibt bei sich selbst.

Nach Auffassung von P. Schulz beharrt die Institution Kirche mit ihrem hierarchischen Aufbau in ihrem Machtanspruch bei der Idee von Gott als einem jenseitigen Wesen in Macht und Herrlichkeit, als König, Richter und Allmächtigem, um ihren eigenen Anspruch auf irdische Macht und Autorität aufrechtzuerhalten. Die Kirche beanspruche eine Monopolstellung in der Gottesfrage und halte in ihrer unfairen Ablehnung der anderen Religionen

an der Behauptung fest, daß allein das christliche Reden von Gott Gültigkeit habe. Sie wehre sich gegen jede Veränderung der Gottesidee, weil das eine Veränderung ihrer machtorientierten Institution herbeiführen und ihre Bevormundung der Menschen eindämmen würde. Eine Rückkehr zu dem von der Kirche verwalteten Gott würde Anerkennung des institutionellen Autoritätsanspruchs der Amtskirche bedeuten (Predigten, S. 93–95).

Im Gegensatz zu dieser Auslegung des 1. Glaubensartikels bekennt die Kirche auch heute mit den Worten Martin Luthers im Großen Katechismus: „Ein Gott heißet das, dazu man sich versehen soll alles Guten und Zuflucht haben in allen Nöten. Also daß ein Gott haben nichts anders ist, denn ihm von Herzen trauen und gläuben“ (Auslegung zum 1. Gebot).

Mit seinen Thesen zur Gotteslehre stellt sich P. Schulz in entscheidenden Widerspruch zu Schrift und Bekenntnis. Es kann schlechterdings kein möglicher Inhalt christlicher Lehre sein, die Meinung zu verkündigen, der dreieinige Gott habe sich nicht offenbart, weil es ihn nicht gebe. Christliche Lehre hat vielmehr in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Verkündigung des dreieinigen Gottes zu dienen und zu fragen, wo und wie dieser sich offenbart, in der Welt handelt und den Menschen anredet. Die Problematik des Person-Begriffs ist dabei kein Gegenbeweis gegen das Wirken des dreieinigen Gottes, da die Trinitätslehre gerade davor schützt, Gott in einem anthropomorph-personalistischen Sinne mißzuverstehen.

## 2.

Im Zentrum der Lehre von P. Schulz steht der Rückgriff auf den historischen *Jesus*. Mit Hilfe der historisch-kritischen Methode versucht P. Schulz einen streng rationalen Beweis zu führen, der denkendem Urteil einsichtig sein müsse. Es komme nicht darauf an, an Jesus zu glauben – „viele Menschen glauben viel zuviel an Jesus“ –, sondern man müsse „Jesus Anspruch mit dem Verstand wahrnehmen und rational beurteilen“ (Formel, S. 98f.).

Es ist nicht strittig, daß die historisch-kritische Methode bei der Interpretation der biblischen Schriften und besonders der Evangelien anzuwenden ist. Dabei ist eine Spannweite von Meinungsunterschieden gegeben, die keineswegs kirchentrennend sind. P. Schulz wählt jedoch aus der Verkündigung des historischen Jesus ausschließlich solche Zusammenhänge aus, die von seinen Voraussetzungen her akzeptabel erscheinen.

Im Mittelpunkt der Verkündigung Jesu steht nach P. Schulz nicht die Proklamation der Gottesherrschaft; sondern das zentrale Anliegen Jesu sei das Prinzip Liebe. Wenn P. Schulz von der „Gottesherrschaft“ spricht, versteht er darunter eine Realutopie, – die Vision eines besseren Lebens. Dementsprechend erschöpft sich für ihn das Evangelium in der Wiederherstellung von menschlicher Gemeinschaft, und das Prinzip Liebe ereignet und verwirklicht sich ausschließlich in sozialen Bezügen zwischen Menschen. So wird der Mensch – wie schon in der Lehre von Gott – allein auf die Entdeckung und Verwirklichung der in ihm selbst liegenden Möglichkeiten verwiesen.

Die engagierte Bindung an die Person Jesu ergibt sich für P. Schulz aus seiner christlichen Erziehung und Tradition. Grundsätzlich aber sei das Prinzip Liebe von Jesus als seinem Initiator ablösbar, weil es sich auch in anderen Religionen finde, ja dort sogar oft besser verwirklicht wird als im Christentum. Ob man Christ sei, entscheide sich ausschließlich an der Ethik, die jemand realisiere.

Für P. Schulz gilt nur „solus Jesus“, nicht aber „solus Christus“. Bei diesem „solus Jesus“ geht es aber auch nicht um die Person Jesu, sondern um das Prinzip Liebe. Die Lehre von einer durch Jesus erfolgten Heilsmittlung, die gesamte Rechtfertigungslehre mit der Betonung „sola gratia“ wird als Ausdruck der christlichen Gemeinde und des von ihr entwickelten Bekenntnisses bezeichnet, das für die Gegenwart keine Relevanz hat. Kreuz und Auferstehung Jesu Christi haben darum für die Lehre von P. Schulz keine fundamentale Bedeutung.

Mit dieser Lehre von Jesus tritt P. Schulz in entscheidenden Widerspruch zu Schrift und Bekenntnis. Denn Jesus Christus hat für ihn nicht die Bedeutung als Erlöser, wie sie alle Schriften des Neuen Testaments und die reformatorischen Bekenntnisschriften als den zentralen Inhalt des Evangeliums herausstellen. Die Schmalkaldischen Artikel bezeichnen als ersten und Hauptartikel, „daß Jesus Christus, unser Gott und Herr, sei um unser Sünde willen gestorben und um unser Gerechtigkeit willen auferstanden, (Röm. 4,25) ... Von

diesem Artikel kann man nichts weichen oder nachgeben, es falle Himmel und Erde oder was nicht bleiben will. ... Darum müssen wir des gar gewiß sein und nicht zweifeln. Sonst ist's alles verloren“ (Schmal. Art. II,1).

### 3.

Zur Frage einer *Hoffnung* über den Tod hinaus vertritt P. Schulz die Auffassung: „Ich habe mich zu der Einsicht bekannt, daß der Tod etwas Endgültiges ist. Daß also jedes Reden von Auferstehung, vom Leben nach dem Tod, von einer Identität des Ich, die sich durch den Tod hindurch durchhält, immer deutlicher zu einer Hoffnung, zu einem Glauben, zu einem Bekennen wird – wider besseres Wissen“ (Predigten, S. 177).

Weil die Auferstehung Jesu nicht durch historische Forschung nachgewiesen werden kann, folgert P. Schulz, daß man den auferstandenen Christus heute nicht verkündigen könne. Er hat kein Verständnis dafür, daß die christliche Hoffnung von der Christologie her begründet ist, weil er sie ausschließlich von apokalyptischen Vorstellungen abhängig sieht und diese als veraltet betrachtet. Darum ist für ihn mit dem Fortfall apokalyptischer Vorstellungen auch der Inhalt urchristlicher Hoffnung nicht mehr übernehmbar.

Aus diesem exegetischen Fehlurteil ergeben sich schwerwiegende Konsequenzen für die Lehre von P. Schulz; denn er gibt die christliche Hoffnung auf den Gott, der die Toten auferweckt, preis. Im Neuen Testament aber heißt es: Christus ist die Auferstehung und das Leben. Wer an ihn glaubt, wird leben, auch wenn er stirbt (vgl. Joh. 11,25).

### 4.

Die *Kirche* wird von P. Schulz nicht als „Corpus Christi“, sondern als „Communio Humana“ gesehen, in der Menschen einander begegnen, um das Prinzip Liebe zu verwirklichen. Kirche wird in dem Maße überflüssig, wie sie das Prinzip Liebe in der Gesellschaft verwirklicht (Formel, S. 211).

Die Kirche ist daher für P. Schulz nicht mehr Gegenstand des Credo, sondern ausschließlich eine soziale Größe, die soziologisch beschrieben werden kann. Damit stellt sich P. Schulz in entscheidenden Widerspruch zu dem biblischen und reformatorischen Kirchenbegriff.

### 5.

Das *Bekenntnis* der Kirche hat für P. Schulz lediglich historische Bedeutung. Die Bekenntnisse sind „nichts, was uns in unserem eigenen Christsein, in unserer eigenen Jesus-Nachfolge autoritativ bindet oder verpflichtet. Alles ist auch hier relativ, wie alles theologische Denken immer relativ ist, das aber heißt: nach vorne hin offen“ (Formel, S. 159).

Die Bekenntnisverpflichtung, auf die der evangelische Pastor in der Ordination festgelegt wird, bedeutet nach dem Verständnis von P. Schulz lediglich, daß er in eine bestimmte historische Tradition eingetreten ist, die er aber seinerseits durchaus hinter sich lassen kann. Daher fühlt er sich in seiner Amtstätigkeit nicht an sie gebunden und gibt die reformatorische Predigt von der Rechtfertigung des Sünders preis. Dieses Verständnis von seiner seelsorgerlichen Aufgabe ist mit der Erfüllung seines durch das Ordinationsgelübde übernommenen Auftrages nicht vereinbar.

Dem Spruchkollegium ist bekannt, daß die Ansichten von P. Schulz nicht original sind. Andere haben diesen und jenen Gedanken, den er äußert, bereits vor ihm ausgesprochen. Entscheidend für die Beurteilung von P. Schulz ist, daß er die verschiedenen geäußerten Thesen zusammengefaßt zum *Hauptanliegen* seiner Verkündigung in Wort und Schrift als Prediger der evangelisch-lutherischen Kirche gemacht hat. Es geht nicht um die Einschränkung der Rechte und Freiheiten eines einzelnen, sondern um die Frage, ob P. Schulz die der Kirche gegenüber übernommene Verpflichtung auftragsgemäß durchführt. Am 16. Oktober 1966 hat er bei seiner Ordination vor Gott und der Gemeinde das Gelübde abgelegt, „das Amt der Kirche nach Gottes Willen in Treue zu führen, das Evangelium von Jesus Christus, wie es in der Heiligen Schrift gegeben und im Bekenntnis unserer evangelisch-lutherischen Kirche bezeugt ist, lauter und rein zu predigen ...“. Im Gegensatz dazu propagiert er eine Lehre, in der es den Willen Gottes nicht gibt, Christus keine Bedeutung hat und Schrift und Bekenntnis historische, aber nicht aktuelle Größen sind. Seine „offene Theologie“ ist nicht die Offenheit des Evangeliums, die das Heil und die Zukunft für



den sündigen Menschen von der Barmherzigkeit Gottes erwartet, sondern eine Lehre, die den Menschen auf das Diesseits und seine eigenen Möglichkeiten verweist.

Alle diese Auffassungen hat P. Schulz nachdrücklich bis hin zu seinem Schlußwort treten. Damit ist er in entscheidenden Punkten öffentlich und beharrlich in Widerspruch zum Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche getreten, die nach der „Erklärung zur Lehrverpflichtung und Handhabung der Lehrgewalt“ um des Heiles der Menschen willen vor Gott dafür verantwortlich ist, daß „das Evangelium rein gepredigt und die heiligen Sakrament lauts des Evangeli gereicht werden“ (CA VII).

Bei dieser Sachlage mußten auch die im Schriftsatz des Beistandes des Betroffenen vom 23. Januar 1979 unter II gestellten Anträge abgelehnt werden.

Diesen Spruch stellte der Senat für Lehrfragen der VELKD am 19. März dem Betroffenen und der als Rechtsnachfolgerin der Hamburger Kirche seit 1977 zuständigen Nordelbischen Kirche zu. Der Hamburger Bischof nahm zum Ganzen in einem Brief an die Geistlichen seines Sprengels noch einmal Stellung.

#### BISCHOF DR. HANS-OTTO WÖLBER: STELLUNGNAHME ZUR ENTSCHIEDUNG GEGEN DR. PAUL SCHULZ

*Vom 19. März 1979 (Auszug)<sup>61</sup>*

Zuerst möchte ich Ihnen sagen: Es gibt keine Triumphe. Dies ist auch keine Kirche auf der Ketzerjagd. Wir wollen keine Enge im Suchen nach der richtigen Weise unseres Zeugnisses heute. Ich wende mich an die Zweifelnden und Angefochtenen. Wir wissen miteinander um die schwere Frage, wie in unserer vom naturwissenschaftlichen Wahrheitsbewußtsein beherrschten Zeit christlicher Glaube bezeugt werden kann. Unsere Kirche hat nicht alle Antworten. Gott ist in jedem Falle größer als unsere Verstehensversuche.

Sodann aber denke ich: Es ist jetzt klargestellt, daß es in unserer Kirche ja wohl nicht genügt, nur Fragen aufzuwerfen und zu diskutieren, so erheblich sie sein mögen. Etliche meinen, Dr. Schulz habe doch notwendige Fragen vorgebracht. Es gehöre heute zur Toleranz und zur Einsicht in die geschichtliche Vorläufigkeit der Kirche, Antworten freizustellen. Aber liegt nicht die Geschichtlichkeit der Kirche gerade auch in ihrem Bemühen, jeweils inhaltliche Antworten zu geben und fundamentale Einsichten zu wahren, wie es übrigens in der jüngsten Geschichte geschah? Sonst würde unsere Kirche zum Sprechsaal der Fragesteller und zum Sammelplatz von Problemen. Gerade Dr. Schulz hat dezidiert Position bezogen. Es blieb der Kirche nichts anderes übrig als zu prüfen, was dies für sie bedeute ...

Vielleicht gehört es zum Stil dieser Zeit, Lehrdifferenzen in einer Kampagne und mit Verlangen nach Publizität auszutragen. Aber man erkennt dann hoffentlich, welche Weise der Reaktion damit heraufbeschworen wird. Vielen wäre auf weiten Strecken ein Gespräch eben nicht zum Fenster heraus lieber gewesen – und vor allem ein Gespräch ohne Abwertung der Andersdenkenden, als seien sie dumm oder Heuchler. Ein anderes Vorgehen wäre menschlich und sachlich entwicklungsfähiger gewesen. Dies bedeutet nicht, daß es im Entscheidenden versteckt geschehen müßte.

Ich kann nur hoffen, daß nun eine Erfahrung für alle gesammelt wurde und daß wir uns den weiterbestehenden Fragen zuwenden. Daß aber alles in der Perspektive des Evangeliums bedacht und geschehen soll, gilt uneingeschränkt. Dabei denke ich an Wunden und Enttäuschungen, die jeder Streit auf jeder Seite hinterläßt.

Die von P. Schulz beim Bundesverfassungsgericht angestrebte Klage, das Verfahren für verfassungswidrig zu erklären, wurde von diesem im April 1979 als unzulässig abgewiesen, weil es sich um eine rein innerkirchliche Angelegenheit

61. LM 18, 1979, S. 245f.; EvK 12, 1979, S. 287f.



handele. So erfolgte die Amtsenthebung von Dr. Paul Schulz durch die Nordelbische Kirche rechtskräftig – nach einem langwierigen, aufwendigen Verfahren. Kritiker innerhalb der Kirche, vor allem in der Pfarrerschaft, hielten das Ganze für einen unmöglichen „Glaubensprozeß“ und bemängelten insbesondere, daß mit der Bezugnahme des Spruchkollegiums auf den „*magnus consensus*“ der Kirche (entsprechend der *Confessio Augustana*) eine problematische Größe ausschlaggebend gemacht worden sei. Dazu äußerte sich Bischof Lohse nach Abschluß des Verfahrens noch einmal grundsätzlich in einem Vortrag in der Evangelischen Akademie Loccum.

LANDESBISCHOF PROF. D. EDUARD LOHSE: ÜBER DIE BEDEUTUNG  
DES FUNDAMENTALKONSENS

Vom Juni 1979 (Auszug)<sup>62</sup>

Jeder Prediger ist durch den ihm übertragenen Auftrag, den er bei seiner Ordination übernommen hat, gehalten, diese Botschaft im Rahmen des *magnus consensus* zu entfalten. Dabei ist ihm ein weiter Spielraum gegeben, den er durch die von ihm zu verantwortende Predigt und Lehre auszufüllen hat. Ihm ist kein enger Rahmen gesetzt und schon gar nicht aufgegeben, nur ihm bereits aufgetragene Sätze seinerseits formelhaft zu wiederholen. Vielmehr sollen die fest geprägten Aussagen des Bekenntnisses ihm als Orientierungshilfe dienen, damit er im Dienst an seiner Gemeinde die reiche Vielgestaltigkeit des einen Evangeliums entfalten kann.

Kommt es aber zu Auseinandersetzungen über die Bestimmung der Wahrheit des Evangeliums, so wird sich der einzelne Prediger darum bemühen, sein eigenes Verständnis im Zusammenhang des Konsenses zu überprüfen. Die brüderliche Beratung und – wenn es sein muß – die scharfe theologische Auseinandersetzung sind daher die angemessene Art und Weise, in der über die Bestimmung des *magnus consensus* nachgedacht und auch gestritten werden muß. Erst wenn diese gemeinsamen Bemühungen nicht das Ziel erreichen, den Konsens gemeinsam festzuhalten, muß ein Weg gefunden werden, um den einzelnen Prediger an die von ihm übernommene Verpflichtung zu erinnern, die er sich in der Ordination zu eigen gemacht hat.

Die Regelungen, die die evangelisch-lutherische Kirche für die Durchführung einer „Lehrbeanstandung“ getroffen hat, gehen davon aus, daß alle Auseinandersetzungen über Lehrabweichungen ein positives Ziel verfolgen sollen: nämlich den *magnus consensus* wiederzufinden und den einzelnen Prediger zu einer korrigierten und vertieften Einsicht seines Predigtauftrages zurückzurufen. Dabei kommt es nicht darauf an, Satz für Satz einer Predigt kritisch unter die Lupe zu nehmen. Und es kann schon gar nicht Absicht evangelischen Verständnisses von Bekenntnis und Lehre sein, den Prediger an einer engen Norm messen zu wollen. Vielmehr hat die theologische Auseinandersetzung, die nach rechtem Verständnis der einen Wahrheit des Evangeliums fragt, auf den Fundamentalkonsens abzuheben, wie es beispielhaft an den paulinischen Briefen, den reformatorischen Bekenntnissen und der Theologischen Erklärung von Barmen abzulesen ist.

Sollten aber alle Bemühungen der brüderlichen Beratung, des Gesprächs und der Auseinandersetzung ergebnislos bleiben, so muß die verfaßte Kirche um der Verantwortung willen, die sie für alle Gemeinden und jedes einzelne ihrer Glieder trägt, einen Prediger zur Ordnung rufen und äußerstenfalls von seinem Auftrag entbinden können. Dabei muß mit größter Sorgfalt vorgegangen werden. Erst wenn sehr hoch anzusetzende Forderungen erfüllt sind, kann der abschließende Entscheid getroffen werden, einen ordinierten Geistlichen wegen Beanstandung der von ihm vollzogenen Darbietung christlicher Lehre von dem ihm gegebenen Predigtauftrag zu entbinden.

---

62. Vgl. den Teilabdruck in EvK 12, 1979, S. 324–327.

Nur wenn ein Pfarrer beharrlich in entscheidenden Punkten in Widerspruch zu Bekenntnis und Lehre der Kirche tritt und auf keine andere Weise die Anstöße behoben werden konnten, darf ihm der Auftrag zur Predigt des Evangeliums und der Verwaltung der Sakramente endgültig entzogen werden. Gewiß wird weiter darüber nachzudenken sein, wie diese Regelungen ein Höchstmaß an Fairneß und Gewissenhaftigkeit des Vorgehens gewährleisten können. Man wird jedoch nicht darauf verzichten können, umsichtig durchdachte und begründete Regelungen für den äußersten Fall einer Auseinandersetzung vorzusehen, die sich aus der Beanstandung von fundamentalen Zusammenhängen der Predigt und Lehre ergibt.

Das Ergebnis des Verfahrens hinterließ gleichwohl bei vielen zwiespältige Gefühle, nicht nur bei solchen, die auf Distanz zur Institution Kirche und zu geordneter Lehre leben<sup>63</sup>. Das zentrale Problem der neuzeitlichen evangelischen Theologiegeschichte (die Frage nach den Grenzen und den Maßstäben einer zeitgemäßen Interpretation des biblischen Zeugnisses) konnte im Grundsätzlichen nur unbefriedigend bearbeitet werden. Über den facettenreichen Einzelfall eines engagierten religiösen Virtuosen, der ein Prediger des Evangeliums sein wollte, aber sich als solcher nicht legitimieren konnte, hinaus bleibt die Frage offen, was die Berufung auf Bibel und Bekenntnis leisten kann, wenn die notwendigen Konkretionen von Lehre und Verkündigung strittig sind. Paul Schulz hat eine eindeutige Entscheidung des Verfahrens deswegen leicht gemacht, weil er sich dem normativen Anspruch von Bibel und Bekenntnis generell entzog. Aber er war alles andere als ein Einzelfall. Ob das Verfahren auf die Dauer eher negative Folgen (die Einschüchterung kritischer Pfarrer; eine dauerhafte Zementierung des Grabens zwischen wissenschaftlicher Theologie und gemeindebezogener Verkündigung) oder auch positive Wirkungen dahingehend haben wird, daß unter den Theologen eine produktive Besinnung auf den Wert einer dem subjektiven Zugriff entzogenen Lehrgrundlage der Kirche verstärkt wird, muß offen bleiben. Skeptiker schätzen die Lernfähigkeit innerhalb der evangelischen Kirche angesichts des allgemeinen Desinteresses an derartigen Fragen gering ein; aber sie befürchten auch mit Recht eine erneute Verschärfung des traditionellen Konfliktes, den man mit etikettenhaften Gegensätzen wie „Konservative gegen Moderne“ oder „Liberalen gegen Positive“ stets nur unzureichend erfaßt hat.

---

63. Vgl. die Pressestimmen in VELKD-Information Nr. 35/1979; epd.-Dok. Nr. 15–16 und 16a/1979; H. v. Kuenheim (Hg.): Der Fall Paul Schulz, Köln 1979.

## II. Kirche in Staat und Gesellschaft

Von Wolf-Dieter Hauschild

### 1. ZUR POSITIONSBESTIMMUNG DES KIRCHLICHEN BEITRAGS

Das Wort der Kirche zu aktuellen politischen Grundsatz- und Einzelproblemen ist nach wie vor, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, gefragt. Neben die traditionelle, in ihrer Konzeption nicht unumstrittene „politische Diakonie“ scheint zunehmend ein Bedürfnis nach so etwas wie „politischer Seelsorge“ zu treten: nach kirchlichen Gesprächsbeiträgen zur Aufarbeitung genereller Orientierungs- und Identitätsprobleme der Gesellschaft. Freilich wäre es verfehlt, eine derartige Tendenz als klar artikulierten oder gar in breiten Kreisen vorhandenen „Ruf nach der Kirche“ zu verstehen. Un mehr als die vage Hoffnung, auch aus dem Kraftquell christlicher Tradition und Motivation Impulse für Problemlösungen zu bekommen und neue Gesprächsmöglichkeiten angesichts festgefahrener Polarisierungen zu schaffen, handelt es sich nicht. Hinzu kommt das Empfinden, daß zusätzlich zu dem institutionellen Gewicht der Kirche deren politische Bedeutung angesichts der neuen Bedeutung der Religiosität in der Gesellschaft als ein noch nicht genau einzuschätzender Faktor im Kräftespiel zu berücksichtigen ist. Sich die Opposition der Kirche in irgendeiner Sachfrage einzuhandeln, erscheint vielen Politikern deswegen als inopportun. Trotzdem wird die Kirche gut daran tun, weiterhin ihre Möglichkeiten der Einflußnahme nicht zu überschätzen und wie bisher ihre Diskussionsbeiträge in größtmöglicher Nüchternheit als eine Stimme unter anderen einzubringen.

Auf der Generalsynode der VELKD in Bad Bevensen (Lüneburger Heide) vom 23. bis 26. Oktober 1978 spielte die Frage nach dem Beitrag der Kirche zu Orientierungsproblemen der Gesellschaft als theologische Anfrage eine Rolle. Der Synode lag ein Text des Theologischen Ausschusses der VELKD vor, und mit dem Hauptvortrag zum Thema setzte Bischof Wölber Akzente und Maßstäbe.

#### BISCHOF DR. HANS-OTTO WÖLBER: DER BEITRAG DER KIRCHE ZU DEN GRUNDLEGENDEN ORIENTIERUNGEN UNSERER GESELLSCHAFT

*Vom 25. Oktober 1978 (Auszug)<sup>1</sup>*

Zunächst einmal wird der Beitrag der Kirche darin bestehen, daß sie bei ihrer Sache bleibt. Sie ist nicht der Sonderberater des Staates. Im politischen Ermessen ist sie nicht kundiger als die weltliche Vernunft. Staat oder Gesellschaft werden in konkreten Fragen zuallermeist auch in der Kirche auf die in ihnen selbst vorherrschende Vielstimmigkeit stoßen. Und die Kirche wird zugeben müssen, daß sie in vielem heute nicht einmal ihr eigenes Stichwort weiß.

Wenn aber die Kirche bei ihrer Sache bleibt und den Zwiespalt und die Lasten vernimmt und selbst erfährt, dann blickt sie zuerst aus nach der Rechtfertigung des Menschen. Wir werden schuldig. Wer rechtfertigt uns? Wir irren, und wir führen in die Irre. Wer recht-

1. LuthGenSyn 1978, S. 23–34; vgl. Teilabdruck in LM 17, 1978, S. 737–740.

fertigt uns? Kennen wir z.B. wirklich die Folgen der Kernenergie oder die Folgen des Verzichts auf Kernenergie? Aber wir müssen weitergehen ins Dunkel. Wer rechtfertigt uns? Immer wieder erreicht uns das Böse. Wer rechtfertigt uns? Wer rechtfertigt uns in der Bitterkeit? Da sind die Niederlagen und nötige und unnötige Konflikte. Wir müssen für das Ganze eintreten. Aber wir können es nur, wenn wir die Macht an uns gerissen haben. Wer rechtfertigt uns? Wie oft spricht das Gewissen für eine unpopuläre Maßnahme. Aber kann man sie wagen, wenn man die Stimmen braucht? Wer rechtfertigt uns?

Man kann den Politiker – man kann niemanden aus der Gefährdung der Schuld und aus dem möglichen Seelenschaden und der Widersprüchlichkeit unserer Existenz erlösen. Die Kirche wird für den Politiker und für diese Art Notwendigkeit seines Tuns eintreten. Aber sie wird ihm ausrichten, daß es mit dem Menschen so steht, wie es steht, daß man sich also seiner annehmen muß und daß Gott dies getan hat. Es gilt also immer wieder, eine Hoffnung zu haben!

Aber auch auf andere Weise ergibt sich eine spezielle Dimension der Antworten und Beiträge der Kirche. Z.B. stellt unsere Diakonie zwar eine allgemeine soziale Leistung dar. Jedoch ist sie als Diakonie motiviert durch den Ruf nach persönlicher Liebesbereitschaft und durch die unbedingte Einheit von Leib- und Seelsorge. Sie deutet den Sinn der Opfer so, daß Wohl und Heil der Menschen aufeinander bezogen bleiben. Sie verweist auf das Kreuz und begreift, daß es in der Liebe letztlich durch vollständige Hingabe zum Leben geht. Dies ist eine bestützende Dimension der Nächstenschaft oder, wenn wir so wollen, der „sozialen Wirklichkeit“.

Unsere Gemeinschaftspflege, das unübersehbare Kommunikationsfeld, das man „Kirche“ nennt, kompensiert zwar auch das Gemeinschaftsdefizit in der Anonymität der Massengesellschaft, sie vertieft aber die Gemeinschaft zugleich. Denn Kooperation und emotionale Bindungen genügen nicht. Man muß immer wieder durchdringen zur Vergebung und Versöhnung, zu der Bereitschaft, einander die Lasten zu tragen – und zur Tröstung!

Die Antwort der Kirche birgt also nicht nur einen Beitrag zu den Fragen, wie sie gestellt sind. Vielmehr erfolgt in der Antwort eine Botschaft! ...

Es muß wünschbar sein, daß alltägliche Horizonte von den Menschen überschritten werden durch Besinnung, Sinndeutung, Erhebung, Feier. – Wünschbar muß sein das Gefühl für Relevanz des Hintergrundes und der internalisierte Umgang mit Schicksalhafterem. Wünschbar muß sein die mit einer Glaubensgemeinschaft gegebene Macht des Einverständnisses im Grundlegenden, nämlich in Sachen von Leben und Tod. Das alles erst schafft den Geist der Menschenwürde. Das alles wirkt in der personal-gesellschaftlichen Landschaft im Sinne von Entlastung und Vertiefung. Sinnantworten werden gefördert. Bloße Interessenlagen werden weniger gewichtet. Das Gefühl für Wert und Relevanz steigt. Das Leben erscheint umfassender. Die Gewissen sind gebundener. Eigentlich wundert man sich, daß das Sinnfällige von Religion so wenig beachtet wird, obwohl es tiefenpsychologisch, aber auch sozialpsychologisch und, wie ich vermute, zunehmend erkenntnistheoretisch evident ist.

Der Beitrag der Kirche, wenn wir es in dem Horizont dieser Erwägungen so formulieren sollen, ist nichts anderes als der Versuch gelebter Religion. Er durchwirkt das Ganze!

## ÜBER DEN BEITRAG DER KIRCHE ZU ORIENTIERUNGSPROBLEMEN IN DER GESELLSCHAFT

*Ein Text aus der Arbeit des Theologischen Ausschusses der VELKD  
Vom 28. September 1978 (Auszug)<sup>2</sup>*

1. Unsere Gesellschaft befindet sich in einer Situation spürbarer Unsicherheit. Werte und Strukturen, die lange Zeit zur Grundlage gemeinsamen Handelns in Staat und Gesellschaft gehörten, werden zur Diskussion gestellt und öffentlich kritisiert. Neue Wertorientierungen wachsen heran und werden von vielen Menschen unterstützt. Es wird schwerer, im allgemeinen Konsensus der Bürger und der politischen Institutionen zu handeln. Politiker

---

2. Ebd. S. 320–330.



sprechen von Grenzen ihrer Möglichkeiten. Fundamentale Entscheidungen müssen gefällt werden, ohne daß sie sich ethisch evident begründen lassen.

2. Ein kontinuierliches Wachstum kennzeichnete über Jahrzehnte die wirtschaftliche Situation in den Industriestaaten und wurde nicht selten als selbstverständlicher Faktor der zukünftigen Entwicklung vorausgesetzt. Allgemein wachsender Wohlstand und vollkommene soziale Sicherheit für alle schienen ein erreichbares Ziel zu sein. Inzwischen aber wurden diese Erwartungen durch eine Reihe von Krisensymptomen gestört (weltweite Inflation, Ölpreiskrise, Arbeitslosigkeit, Rohstoffverknappung, Umweltbelastung usw.).

3. Staat und Gesellschaft wurden lange Zeit im Zeichen einer fortschrittlichen Reformarbeit gesehen. Die gegenwärtige Gesellschaftsordnung erschien vielen nur noch als Übergang zu einer Zukunft, in der Herrschaft von Menschen über Menschen ganz abgeschafft ist. Motor dieser Denkweise waren oft soziale Hoffnungen, die aus dem Glauben an die geschichtliche Erreichbarkeit eines so gut wie vollkommenen Gesellschaftszustandes lebten. Demgegenüber wächst heute aufgrund mancher enttäuschenden Erfahrung die Einsicht, daß der Fortschritt ambivalent bleibt. Chancen und Nutzen wachsen keineswegs schneller als Probleme und Gefahren.

4. Das technisch-wissenschaftliche Denken, das unsere Zeit weithin prägt, wurde vielfach in einen Glauben an die Lösbarkeit der wesentlichen Menschheitsprobleme umgesetzt. Damit verband sich ein Traditionsabbruch. Die das menschliche Sein bergenden religiösen und geistigen Traditionen wurden an den Rand gestellt. Die Erinnerung an das Böse und die Unentrinnbarkeit der Schuld wurde als Störung empfunden. Weil der Mensch gut zu sein schien, glaubte man zum Beispiel, über kurz oder lang auf staatliche Gewalt verzichten oder sich doch dem Ziel ihrer Minimalisierung verpflichten zu können. Der Staat wurde aber durch Extremisten gezwungen, seine Bereitschaft unter Beweis zu stellen, gegebenenfalls Gewalt anzuwenden. Viele seiner Bürger sahen sich dadurch unerwartet vor die Frage gestellt, ob und wie bei der Anwendung von Gewalt das Recht gewahrt werden kann. Ist die staatliche Ordnung selbst ein Wert, für den das Opfer von Menschenleben gefordert werden darf? Kann der Einsatz von Gewalt legitimiert werden?

5. Unsere gesellschaftliche Situation ist schwer zu überschauen. Sie läßt sich nicht ohne weiteres genau bestimmen oder gar umfassend beschreiben. Viele Menschen empfinden, daß hinter uns – zusammenfassend gesagt – eine Epoche der Produktion von zu vielen Hoffnungen liegt. Kirche und Theologie haben sich weithin daran beteiligt. Sie haben zumindest nicht an der Kritik dieser verschiedenen Spielarten des Fortschrittsoptimismus konsequent mitgewirkt und erfahren nun – zusammen mit der ganzen Gesellschaft – erneut die Grenzen menschlicher Möglichkeiten. In dieser Situation wird die Kirche nach grundlegenden Orientierungen gefragt. Was trägt die im Evangelium gegebene letztgültige Hoffnung zur Klärung der vieldeutigen, wandelbaren und oft enttäuschten Hoffnungen bei, von denen die Menschen heute und in Zukunft bewegt werden?

## *II. Zu den Erwartungen an die Kirche*

6. Angesichts der Orientierungsprobleme unserer Gesellschaft wird heute von der christlichen Botschaft nicht weniger, sondern eher mehr erwartet als in früheren Zeiten ...

8. Als irdische Institution bedarf die Kirche der ständigen Erneuerung durch Gottes Gnade. Sie selbst ist gezeichnet durch Verunsicherung, Ratlosigkeit, Pluralität der Grundorientierung und Gegeneinander von Kritik und Antikritik. Sie gleicht darin der Gesellschaft, die gerade im politischen Rahmen einer demokratischen Gesellschaftsordnung die Kritik ihrer selbst in sich trägt. Es gilt deshalb, Kritik am Bestehenden als Beteiligung an der Verantwortung für das Bestehende aufzudecken, in der Kirche nicht weniger als in Staat und Gesellschaft. Die Rolle eines besserwissenden Kritikers gegenüber Staat und Gesellschaft ist der Kirche nicht angemessen.

9. Die Kirche hat aus der ihr anvertrauten Botschaft keinerlei Sonderwissen zur Verfügung, das sie kundiger machte als die weltliche Vernunft, wenn es um Lösung konkreter politischer und gesellschaftlicher Probleme geht. Es entspricht nicht ihrem Auftrag und in der Regel auch gar nicht ihren faktischen Möglichkeiten, wenn von ihr praktikable

Handlungsanweisungen und politische Rezepte erwartet werden. Wer die Kirche in diesem Sinne um ihr Engagement bittet, erwartet meist nur eine Verstärkung der eigenen Position. Oft wird dabei übersehen, daß kirchliches Reden nicht erst dadurch konkret und relevant wird, daß die Kirche sich im Streit der politischen Überzeugungen auf eine bestimmte Seite schlägt. Im Gegenteil: So wird ihr Auftrag in vielen Fällen verwischt. Die Politisierung der Kirche im Sinne der Verpflichtung auf einzelne politische Programme wäre nur auf Kosten ihres speziellen „politischen“ Mandats realisierbar, das darin besteht, für den geistlichen Grund einzutreten, aus dem menschliche Gemeinschaft und Freiheit letztgültig möglich werden.

### *III. Zur Predigt von Gesetz und Evangelium*

10. Der besondere Charakter eines kirchlichen Beitrags zur Grundorientierung in Staat und Gesellschaft erwächst daraus, daß die Kirche den rechtfertigenden Zuspruch des Evangeliums auszurichten hat ...

11. Dieser Grundsatz verhindert nicht ein relevantes Reden und Handeln der Kirche in Politik und Gesellschaft, sondern ermöglicht es gerade. Das Wort, das die Kirche aus dieser Dimension heraus sagt, ist ein Wort der befreienden Hoffnung. Die im Rechtfertigungsglauben begründete Freiheit eines Christenmenschen erschließt eine neue Weise der Weltverfassung und Weltverantwortung. Im Glauben erkennt der Mensch die Gegenwart und Wirklichkeit Gottes in der Welt auch dort, wo er nicht mit Namen genannt wird. Das fordernde und richtende Gesetz Gottes, unter dem jedermann in seinem weltlichen Leben steht und handelt, wird als schützende und bewahrende Macht erfahrbar, durch die Gottes Liebe die Welt erhält und der man Gehorsam schuldet, wenn anders die Welt menschlich bleiben soll.

12. Eine Kirche, die von der Predigt des Evangeliums lebt und ihr dient, kann einen Raum des brüderlichen Gesprächs und der Versöhnung zum Frieden bilden. Dies könnte man gleichsam als Teil ihres spezifischen „sozialen“, „politischen“ Auftrags bezeichnen: Das Evangelium ermöglicht eine Kommunikation, die die Auseinandersetzung zwischen kämpfenden und konkurrierenden Gruppen in der Welt auf einen Dialog hin orientiert und für eine Versöhnung öffnet, die die Menschen nur gemeinsam und nicht gegeneinander empfangen können.

13. Die Kirche kann weder einer apokalyptischen Weltverurteilung noch einer schwärmerischen Hoffnung auf Weltverbesserung das Wort reden. Dem einen widerstreitet das Wissen, daß die Welt auch als gefallene Schöpfung die Welt Gottes ist. Dem anderen steht entgegen, daß Leiden, Scheitern, das Böse und die Schuld nach christlichem Verständnis nicht aus dem Menschenbild verdrängt werden können. So wirkt die Kirche auf eine nüchterne Beurteilung des Möglichen hin. Sie steht ein für die Kritik an der schwärmerischen Irreführung des Bewußtseins und an der Vorstellung des total Machbaren. Sie dient der Wahrheit, wo Zwänge und selbstsüchtige Interessen verschleiert werden und wo verschwiegen wird, daß es kein menschliches Leben ohne Schuld und Opfer gibt. Sie plädiert für ein realistisches Verständnis des Menschen und seiner Möglichkeiten, wenn sie die Erkenntnis zur Geltung bringt, daß der Mensch, solange er lebt, vor dem Anspruch Gottes steht und an ihm schuldig wird.

14. Die Kirche kann zum politisch verantwortlichen Handeln auch dort ermutigen, wo Entscheidungen gefällt werden müssen, ohne daß sie sich ethisch evident begründen lassen, auch nicht im Zusammenhang theologischer Urteilsbildung. In einer solchen Situation darf die Kirche nicht den Mangel an ethischer Evidenz durch theologisch motivierte Appelle überbrücken wollen. Sie kann auch nicht eines der im Streit liegenden Handlungsprogramme bevorzugen oder ihnen noch weitere, speziell „christliche“ Weltverbesserungsvorschläge hinzufügen. Es gilt vielmehr, die Menschen zur Hoffnung auf Gottes Barmherzigkeit zu berufen. Es gilt, sie zu ermutigen, damit sie nach dem Maßstab des Liebesgebots und im Rahmen der ihnen möglichen Einsicht ihre Verantwortung wahrnehmen und nach bestem Wissen das Gute tun. Das schließt die Bereitschaft zur Schuldübernahme ein. Keine gesellschaftliche Situation verdankt sich einem eindeutigen Handlungswillen. Der in die Verantwortung Berufene verfügt nicht über die Voraussetzungen und auch nicht über die

Folgen seines Handelns. Gleichwohl muß er handeln. und darüber Rechenschaft ablegen. Der letzte Grund für die Ermutigung, die die Predigt der Kirche bedeuten kann, besteht in der Botschaft, daß alles in Gottes Händen steht und daß seine Macht Vertrauen verdient.

15. Die Kirche hat angesichts drängender Probleme nicht zu beschwichtigen, sondern Buße zu predigen, zur Umkehr zu rufen. Dieser Ruf unterscheidet sich aber fundamental von Appellen, Forderungen und Aufrufen, die auch sonst in der Welt laut werden und oft nur das Gewissen derer beruhigen, die sie aussprechen. Wohl hat die Kirche die Gewissen für den Anspruch des Gesetzes Gottes zu schärfen, der sich an Voraussetzungen und Grundwerten eines menschenwürdigen Daseins auslegen kann: Wahrung der Menschenrechte; Erhaltung des Friedens; Solidarität mit Leidenden, Benachteiligten, Unterdrückten; Kampf gegen Hunger, Krankheit und Armut. Aus christlicher Sicht besteht aber das ethische Grundproblem nicht darin, daß es zuwenig Bewußtsein davon gibt, was an Gutem getan werden sollte. Es besteht vielmehr darin, daß der Mensch das Gute nicht zu tun vermag: „Das Wollen habe ich wohl, aber das Gute vollbringen kann ich nicht“ (Röm. 7,18). Appelle und Forderungen können den Menschen nicht zum Tun des Guten befreien und ermächtigen. Er bedarf der Hinwendung zum rechtfertigenden, neuschaffenden Zuspruch des Evangeliums. Predigt der Buße bedeutet Ermutigung, weil Umkehr im biblischen Verständnis das Leben aus der Vergebung ist und damit Folge des Bewußtseins erfahrener Vergebung. Umkehr lebt also nicht aus einer kulturpessimistischen, negativen Analyse der Wirklichkeit, sondern aus der von Gott gegebenen Chance zum Neuanfang. Diese dem Menschen konkret zuzusprechen, gehört zum politischen Mandat der Kirche.

16. Die Kirche handelt dann wirksam in Politik und Gesellschaft, wenn sie den bedrängten Gewissen den Trost des Evangeliums predigt. Dem politisch Verantwortlichen widerfährt – ob er es weiß oder nicht – die fordernde und richtende Macht des Gesetzes Gottes. Immer wieder begleiten ihn Scheitern und Versagen bis hin zu der Aporie, daß er schuldig werden muß, wenn er seinem Auftrag gehorsam sein will. Weil es in solchen Situationen nichts mehr zu vertuschen oder zu beschwichtigen gibt, bleibt nur noch das reine Evangelium, die Zusage der Vergebung Gottes. So hat die Kirche dem Politiker deutlich zu machen, was es bedeutet, wenn er aus der Spiritualität des christlichen Glaubens heraus lebt.

Der EKD-Ratsvorsitzende H. Claß betonte in seinem Synodalbericht in Bethel, das biblische Wort von der Versöhnung bilde die grundlegende Perspektive für das politische Engagement der Kirche; angesichts der Zunahme von Gewalt in allen Lebensbereichen und allen Regionen der Welt habe die Kirche konsequent ihren Auftrag zu erfüllen, worum sich die EKD bei ihren jeweiligen Aktionen im außen- sowie im innenpolitischen Bereich bemühe.

#### EKD-RATSVORSITZENDER LANDESBISCHOF D. HELMUT CLASS: VERSÖHNUNG IN EINER GEWALTTÄTIGEN WELT

*Vom 5. November 1978 (Auszug)<sup>3</sup>*

Dieses Thema beschäftigt uns seit Jahren in zweierlei Hinsicht. Einerseits stehen wir vor bedrängenden Fragen: Sehen wir deutlich genug, was im einzelnen vor sich geht in den osteuropäischen und islamischen Ländern, in den Gewaltregimen Afrikas und Lateinamerikas, in den Krisengebieten bewaffneter Auseinandersetzungen? Begreifen wir, welches Schicksal diejenigen Menschen haben, die Gewalt erleiden – die Flüchtlinge, die politischen Gefangenen, die Unterdrückten, die Hungernden? Haben wir uns klargemacht, warum in vielen Staaten die staatliche Gewalt nicht mehr durch Recht begrenzt ist, inhuman wird und sich nicht mehr befragen läßt, wem sie dient? Erkennen wir, welche Mitverantwortung

---

3. Auszug aus dem Ratsbericht in BSynEKD 30, 1978, S. 45–67, dort S. 47ff.



wir als Bürger eines der reichsten Industrieländer für Ereignisse haben, die sich vielleicht sehr weit entfernt von uns abspielen? Keiner dieser Fragen dürfen wir als Christen ausweichen – um des Menschen willen. Es ist deshalb so gefährlich, wenn manche müde zu werden drohen, ihnen standzuhalten. Auf der anderen Seite sind unsere Versuche, in dieser gewalttätigen Welt mehr Menschenwürde und Gerechtigkeit, mehr Frieden und Freiheit zu verwirklichen. Nicht aus blassen humanitären Gründen, sondern aus dem tiefsten Motiv unseres Glaubens heraus, daß uns der Dienst der Versöhnung aufgetragen ist. Betroffenen sind die Kirchen ja nicht nur als einzelne in ihrer jeweiligen Gesellschaft. Die Herausforderung gilt allen Kirchen miteinander, weil sie dem Gebot der Nächstenliebe verpflichtet sind, diesem unteilbaren Gebot, das sogar die Feindesliebe einschließt.

Schwierige theologische und ethische Fragen sind aufgebrochen. Die Gewaltfrage ist geradezu zum Paradigma der Theologie des politischen Handelns der Kirche geworden. Wir haben uns im Rat die Suche nach gemeinsamer Antwort, in der Wort und Tat beieinanderbleiben, wahrhaftig nie leicht gemacht. Einige Probleme, die uns besonders beschäftigt haben, greife ich heraus.

### *a) Das Leiden der Kirche als Zeugnis*

Wir sind mit Christen verbunden, die wegen ihres Glaubens und Zeugnisses Nachteile oder Verfolgung erfahren, Zerstörung von Hoffnung, tödliche Bedrohung von Leib und Leben. In einigen Ländern ist die kirchliche Arbeit empfindlich eingeschränkt oder offiziell unerwünscht. Wir versuchen, diesen Kirchen beizustehen. Wir beten für sie. Wir arbeiten mit ihnen zusammen, soweit immer die äußeren Umstände es erlauben. Dabei stoßen wir auf eine Erfahrung, die uns zugleich beschämen und ermutigen kann.

Um das Leiden ist ein göttliches Geheimnis. Das Geheimnis des Weizenkorns, das Frucht bringt, wenn es erstirbt. Wo Christen ihre Leiden Gott unterstellen, kommt eine schöpferische Kraft ins Spiel. Paulus benannte diese Erfahrung mit den Worten: „Christus lebt in mir“ (Gal. 2,20). Wer so Christus nachfolgt, nimmt teil an der Macht eines Ohnmächtigen, der aber Menschen gewinnt – für das Evangelium. Die bedrängte, aber unter Gott bleibende Kirche ist „fruchtbare“ Kirche. Sie ist sehr nahe bei dem, der sein Kreuz nahm und es hinaustrug nach Golgota. In der Kirchengeschichte gibt es Beispiele, daß die angefochtene Kirche wächst – über sich selbst hinaus und in die Breite. Ihr Zeugnis bekommt auch in unseren Tagen Vollmacht. Unter Armen und Geschundenen wächst sie am stärksten – beispielsweise in Uganda oder in einzelnen Gebieten Lateinamerikas.

Mit dem eben Gesagten wird Leiden weder bagatellisiert noch idealisiert. Die Kirche, die weiß, was der Mensch Gott wert ist, kann es nie rechtfertigen, wenn menschliches Leben durch strukturelle oder revolutionäre Gewalt unterdrückt, gequält, ausgelöscht wird. In vielen Einzelfällen von Menschenrechtsverletzungen ist die EKD tätig gewesen durch Interventionen, Rechtshilfe oder Familienhilfe. Es ist gut, daß es in der EKD immer mehr Gemeindeglieder gibt, die aus eigener Anschauung oder in Gesprächen mit Betroffenen ein wenig Ahnung davon bekommen haben, was es heißt, unter ungerechten Verhältnissen zu leben.

### *b) Feindbilder statt Menschen?*

Mit Gott versöhnte Menschen haben einen neuen Standort, nicht über den Problemen, aber beim wirklichen Menschen. Es ist verhängnisvoll, wenn an die Stelle eines Menschen ein zurechtgemachtes Bild dieses Menschen tritt. Es sind die „Feindbilder“, die die Lösung politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Probleme auch in unserem eigenen Land erschweren. Wer Feindbilder aufbaut, weigert sich, den anderen als den anzusehen, der mit ihm zusammen von Gott um Jesu willen geliebt ist. Er besteht darauf, daß seine Interessen gesondert von den Interessen der anderen und natürlich bevorzugt behandelt werden. Das ist ein ungeheuerlicher Vorgang. Feindbilder sind ein beliebtes Alibi für unterlassene Bekehrung des Herzens. Sie zerstören das Augenmaß in der Begegnung und Auseinandersetzung. Die Probleme werden übertüncht mit dem Ergebnis, daß vorhandene Spannungen sich verschärfen.

Das alles will auch bedacht sein, wenn innerhalb der EKD oder der weltweiten Familie



der Kirche gegensätzliche Erfahrungen und Interessen sich gegenüberstehen. Es ist einfach nicht recht, wenn uns ein gemeinsamer „Feind“ eher zum gemeinsamen Tun motiviert als die Aufgaben, die unser Herr uns anvertraut. Was wir zu tun haben, kann mit einem Satz aus dem Brief verdeutlicht werden, den die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden aus Anlaß der geplanten Einführung des obligatorischen Wehrkundeunterrichts geschrieben hat. Dort heißt es: „Wir haben uns zu mühen, daß wir der Gesinnung des Friedens und der Versöhnung Raum schaffen, daß von uns Vertrauen und Offenheit spürbar praktiziert werden, daß bei Lösung von Konflikten nicht die Macht das letzte Wort behält.“

### *c) Versöhnung in ausgewogenen Situationen*

Was ist die Verantwortung der Christen, wenn staatlich-institutionelle Gewalt und revolutionäre Gegengewalt in offenen Widerstreit geraten sind? Das Problem stellt sich immer auf Grund einer speziellen Vorgeschichte, die zu kennen schon ein Teil der Verantwortung ist. Uns beschäftigt die Frage derzeit am stärksten im Blick auf das Südliche Afrika. Zum Ganzen verweise ich auf die mit Zustimmung des Rates soeben erschienene Handreichung „Was geht die evangelischen Christen in Deutschland die Südafrika-Frage an?“, in der die Gesamtperspektive der Südafrika-Arbeit der EKD ausführlich aufgezeigt wird ...

Der Rat ist der Auffassung, daß eine Gewalt, die sich militant gegen andere Menschen richtet, nie gerecht sein kann. Ob sie „not-wendig“, also der einzige Weg ist, um die Not tatsächlich zu wenden, darüber können nur Betroffene wagen zu entscheiden. Wer keinen Weg mehr sieht und sich nach gewissenhafter Erwägung aller Umstände Erfahrungen und Folgen zu einem Widerstand entschließt, der bewaffnete Gewalt miteinkalkuliert, muß das in dem vollen Bewußtsein tun, daß er Schuld auf sich nimmt. Von einer „gerechten Rebellion“ zu reden, ist theologisch abwegig. Mit dem Ökumenischen Rat (Addis Abeba 1971) stellen wir fest, daß wir die nicht richten wollen, „die sich zur Gewaltanwendung als letztem Ausweg gezwungen sehen, um ... den Weg in eine neue gerechtere Gesellschaftsordnung zu öffnen“. Aber „es kann nicht Aufgabe der Kirchen sein, zur Gewaltanwendung zu raten oder die Gewaltanwendung sittlich zu legitimieren“ (EKD-Thesenreihe „Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft“, 1973, Seite 29). Die Liebe Christi gilt allen, denen in der Legalität und denen in der Illegalität.

### *d) Aufbau von Vertrauen*

Erfahrungsgemäß gedeiht gewalttätiges Denken am besten auf dem Nährboden der Angst. Dem Vordringen der Ängste dürfen wir nicht mutlos das Feld überlassen. Angst trübt die Wahrnehmung. Sie verhindert das Nachdenken und macht mißtrauisch. Angst äußert sich in konkreter Furcht. Wer sich fürchtet, ist besonders anfällig für radikale Vorschläge, mit auftretenden Schwierigkeiten fertigzuwerden ...

Vielfach wird die Forderung erhoben, die Kirche müsse einen angstfreien Raum garantieren. Garantieren, das kann sie nicht. Natürlich soll sie ein Ort der Gemeinschaft sein. Aber selbst in der überschaubaren kleinen Gruppe gibt es nicht nur Geborgenheit. Die Gruppe kann sogar neue Ängste schaffen. Deshalb ist es ein vordringlicher Dienst der Kirche am Menschen, seine Angst zu sehen, sie aufzudecken und ihn im Vertrauen auf die Kraft des Geistes in die Freundschaft Gottes hereinzurufen. Eine Kirche, die diese seelsorgerliche Aufgabe vernachlässigt, versündigt sich am Menschen. Wir müssen endlich wieder den Mut bekommen, in der Seelsorge damit zu rechnen, daß der Geist Gottes Ängste bannt. Nur er kann Menschen dazu befreien, sich in ihren Grenzen anzunehmen, einander zu vertrauen und der Welt unbefangen zu begegnen.

Die tiefe Krise des naiven Fortschrittsglaubens hat das Vertrauen vieler Menschen erschüttert. Sie fragen, ob die verfeinerte Beherrschung der Natur und die Vermehrung irdischer Güter nicht einen Punkt erreicht haben, von dem an jedes Weitergehen als Bedrohung auf den Menschen selbst zurückschlägt. Unsere Aufgabe ist es nicht, Ängste zu verstärken, sondern mitzuhelfen, daß Menschen aller Berufe und jeden Alters die uns heute gebotenen Grenzen in ihre Entscheidungen und in ihre Lebensweise angstfrei einbeziehen können.

Das Vertrauen zu stärken, ist die Aufgabe der Kirche auch in einem anderen Zusammenhang. Ich denke an den alarmierenden internationalen Rüstungswettlauf, der ungeachtet der SALT-Abkommen und der Wiener Verhandlungen weitergeht. Es ist nicht zu verantworten, daß täglich unersetzbare Ressourcen der Natur und Milliardenbeträge, ein Vielfaches der Entwicklungshilfegelder, für Rüstungszwecke verwendet werden.

Die EKD ist beteiligt am Studienprogramm des ÖRK „Militarismus und Wettrüsten“. Zur Auswertung der beiden bisherigen Konsultationen (Glion I und II) wird die EKD im kommenden März eine Tagung durchführen, in der vor allem die Situation der Bundesrepublik in Betracht gezogen werden soll. Wir werden uns dafür einsetzen, daß sozial-ethische Überlegungen und Ergebnisse der Friedensforschung bei der Zielplanung der Verteidigung unseres Landes die ihnen zukommende Beachtung finden.

Wechselseitiges Vertrauen zu fördern, erscheint uns wichtiger, als das Gleichgewicht des Schreckens mit immer größerem Aufwand aufrechtzuerhalten ...

In allen Bereichen unserer Gesellschaft geht es heute darum, Gewissen zu bilden, eine Aufgabe, der sich die Kirche als Volkskirche nicht entziehen kann.

Eine Kirche, der es um Gewissensbildung geht, darf sich nicht scheuen Lehre zu handhaben, Gesetz und Evangelium zu bezeugen. Der Zugang zum Evangelium würde verschüttet, wenn das Gesetz Gottes, das ein Angebot zur Freiheit ist, verschwinden würde zugunsten eines Jahrmarkts des Beliebigen.

Eine Kirche, der es um Gewissensbildung zu tun ist, muß ausharren beim Menschen, weil Gott ausharrt beim Menschen, der in Spannung zwischen einem „nicht mehr“ und einem „noch nicht“ zu leben hat.

Eine Kirche, die sich der Gewissensbildung verpflichtet weiß, wird weder den Zug unserer Zeit abzubremesen versuchen noch weiter sein wollen als der Fortschritt. Sie nimmt unsere Zeit als das „Heute Gottes“ an und ist bereit, darin Versöhnung zu bezeugen und zu leben. Damit gibt sie ihren eigenen Beitrag und wird nicht einfach sagen, was alle anderen sagen und tun.

Von den mancherlei Beiträgen deutscher Theologen sei in diesem Zusammenhang Eberhard Jüngels Rede zur 900-Jahr-Feier der Stadt Tübingen erwähnt, weil sie einer bei evangelischen Christen verbreiteten Auffassung, die sich von „kirchenamtlichen“ Äußerungen unterscheidet, klares Profil gibt. Jüngel bestimmt von der 5. These der Barmer Theologischen Erklärung her den Auftrag der Christen im kritischen Gegenüber zu Staat und Gesellschaft.

#### PROF. DR. EBERHARD JÜNGEL: RECHTZEITIGER POLITISCHER WIDERSTAND

Vom 20. Oktober 1978 (Auszug) <sup>4</sup>

Rechtzeitiger politischer Widerstand – das ist es, was wir, wenn es an der Zeit ist, dem Staat um des Staates willen schuldig sind. Er fordert keine Toten, sondern fördert das Leben beizeiten. Das sollten wir auf jeden Fall aus dem schiefen Streit um gerechte Kriege, Rebellionen und Revolutionen lernen: daß der politische Widerstand sehr viel früher anfangen muß, wenn er *friedlich* ausgetragen werden soll. Und dabei hat die Christengemeinde der Bürgergemeinde nun allerdings sehr Spezifisches zu sagen ...

1. Politischer Widerstand gegen eine Dämonisierung der politischen Gewalt beginnt zunächst damit, daß das, was *gut* ist in der Bürgergemeinde, auch ausdrücklich *gutgeheißen* wird. Kein Staat kann gedeihen, er muß vielmehr notwendig neurotisch reagieren und also auf Abwege geraten, wenn seine guten Werke schlecht gemacht werden und auch sonst kein gutes Haar an ihm gelassen wird. Es gibt Menschen, die können für das Bessere nur tätig sein, indem sie das *Gute* – *schlecht* machen. Ihre Steigerungsskala heißt; schlecht, besser, und dennoch nicht gut. Sie leben vom Tadel des Bestehenden und loben nur das,

4. Eberhard Jüngel: Reden für die Stadt. Zum Verhältnis von Christengemeinde und Bürgergemeinde, München 1979 (Kaiser Traktate 38), S. 36ff.

was nicht ist. Demgegenüber wird die Christengemeinde das Bessere als die Steigerung des Guten erstreben. Sie weiß, daß man *mit Worten* das Gute tatsächlich schlecht *machen* kann. Und eben dagegen leistet sie Widerstand, indem sie Gott als den Geber aller guten und vollkommenen Gabe *lobt* und im Gottesdienst öffentlich *dankt* für das, was gut ist an der Bürgergemeinde und was durch sie an Gutem geschieht.

2. Damit ist bereits ausgesprochen, daß der rechtzeitige politische Widerstand gegen die Dämonisierung der politischen Gewalt für die Christengemeinde seinen Urakt im öffentlichen Gottesdienst hat. Das gilt zunächst schon durch seinen rechten Vollzug, also dadurch, daß recht gepredigt, gebetet, gefeiert wird. Denn wo dies recht geschieht, bildet sich eine Atmosphäre der Freiheit, die gegen jede Form von Unfreiheit im politischen – und selbstverständlich erst recht im kirchlichen – Leben allergisch macht ...

3. Im Zentrum des Gottesdienstes steht als das politische Urfaktum schlechthin die Verkündigung der Rechtfertigung des Sünders. Sie besagt, daß kein Mensch mit der Summe seiner Taten oder Untaten identifiziert werden darf, sondern daß jeder Mensch als eine von seinen Taten noch einmal zu unterscheidende Person anzuspüren ist ...

Die Bürgergemeinde hat nur zu leicht eine Tendenz, ihre moralische Aufrüstung so weit zu treiben, daß sie die mißlungene oder gar unmenschliche Tat und den Täter definitiv identifiziert und dann von der unmenschlichen Tat schließt auf die „unmenschliche Person“. Das Evangelium von der Rechtfertigung des Sünders leistet dagegen politischen Widerstand. Es erklärt die Kategorie des Unmenschen ihrerseits zu einer unmenschlichen Kategorie und verwehrt die Identifikation der Person mit ihren Taten ...

Rechtzeitiger politischer Widerstand bedeutet in dieser Hinsicht, aller moralischen *Aufrüstung* diejenige moralische *Abrüstung* entgegenzusetzen, die die menschliche Person ihren Taten und Leistungen gegenüber zu einem unbedingten Selbstwert macht ...

4. Der christliche Gottesdienst ist als Ruf in die Freiheit zugleich Ermutung zu einer *Sprache der Freiheit*, die wiederum nur da möglich ist, wo eine *ehrliche Sprache* gesprochen wird ...

Es ist im höchsten Maße alarmierend, daß heute ausgerechnet junge Menschen davor Angst haben. Dazu ist zweierlei zu sagen. Zunächst: Ich halte nichts davon, die Ursachen eines solchen Versagens immer nur bei anderen, in diesem Fall beim Staat zu suchen. Duckmäusertum muß auf jeden Fall auch bei den Duckmäusern bekämpft werden. Man tut ihnen keinen Gefallen, wenn man ihr Verhalten mit den – sei es berechtigten, sei es unberechtigten – Gründen entschuldigt, die die Sprache der Freiheit erschweren. Dergleichen würde nur dazu führen, daß dann, wenn es wirklich generell gefährlich wäre, ein freies Wort zu wagen, die Sprache der Freiheit erstürbe. Wir werden uns also zunächst an die jungen Menschen selber mit der Zumutung wenden, auch und gerade dann, wenn sie dafür Folgen befürchten, nur ja nicht ihre Freiheit zu verleugnen. Erst dann zeigt sich, daß die Sprache der Freiheit keine billige Selbstverständlichkeit ist. Hier gilt: Selbst ist der Mann! Selbst ist die Frau! Wohl dem, der für die Sprache der Freiheit etwas und mehr als etwas zu riskieren wagt. Solche Männer und solche Frauen braucht die Bürgergemeinde. Das ist das erste, was dazu zu sagen ist.

Wir werden nun aber mit derselben Deutlichkeit *rechtzeitigen* politischen Widerstand gegen alle – sei es bewußten, sei es unbewußten – Versuche leisten, die Jugend zu einer Sprache zu erziehen, die vor der Freiheit zurückschreckt. Es ist ein Skandal, wenn der – sicherlich notwendige – Verfassungsschutz bereits in den Schulen tätig wird. Wo dies geschieht, muß der Staat mit aller Entschiedenheit gegen den Staat verteidigt werden. Man irre sich nicht: die Schule ist wie im guten so auch im bösen Sinne die Schule der Nation! Der freiheitliche Staat zerstört sich selbst, wenn er da, wo Vertrauen zu ihm entstehen soll, Mißtrauen sät ...

Freie Sprache ist nur möglich als *ehrliche Sprache*. Die *Wahrheit* wird uns frei machen. Die Grundbedingung eines gesunden Verhältnisses zur Staatsgewalt ist eine ehrliche Sprache. Das politische Gemeinwesen fängt an zu verkümmern, wenn seine Sprache verkommt ...

Gerade *die Konfliktfälle* des politischen Lebens sollten durch eine der Wahrheit verpflichtete Sprache so verarbeitet werden, daß Parteilichkeit und Ehrlichkeit einander nicht ausschließen. Dazu gehört gegebenenfalls auch, daß man Herodes einen Fuchs nennt und eine aus Abwege geratene Staatsgewalt auf ihren verkehrten Weg mit Nachdruck hinweist. Doch



*ebenso* sehr gehört dazu, daß man sich nicht scheut, all das, was beim politischen Konkurrenten gut ist, auch gut sein zu lassen. Es *besser* machen sollte auch hier nicht bedeuten, das Gute schlecht zu machen. Konkret: Man kann in Ehren konservativ sein, genauso, wie man in Ehren Sozialist sein kann. Es ist infam, wenn aus parteipolitischen Gründen konservatives Denken heutzutage in Deutschland so apostrophiert wird, daß man dabei die Schande der nationalsozialistischen Vergangenheit assoziieren muß. Und es ist ebenso infam, wenn aus parteipolitischen Gründen Sozialismus als Alternative zur Freiheit suspekt gemacht wird. Das ist durch und durch unehrliche Sprache. Noch einmal: man kann in Ehren konservativ sein, genauso, wie man in Ehren Sozialist sein kann. Aber man kann beides nur dann in Ehren sein, wenn man es ohne Verachtung des andern ist. Daß darauf heute eigens wieder hingewiesen werden muß, zeigt, wie sehr die veröffentlichte Meinung bereits Fratzen zeichnet und wieviel Fratzenhaftes bereits durch unsere Sprache geistert. „Es soll nicht, liebe Brüder, also sein.“

## 2. GRUNDWERTEDISKUSSION

Die Diskussion um die Grundwerte von Staat und Gesellschaft gehört eher zu den Symptomen der seit einiger Zeit spürbaren Grundlagenkrise als zu den gelungenen Versuchen einer Krisenbewältigung. Ob sie langfristig zu der letzteren beiträgt, muß vorerst offen bleiben. Den Beitrag der Kirche zu diesem Thema mahnten die Repräsentanten des öffentlichen Lebens nicht selten an, voran Bundeskanzler Helmut Schmidt, und zwar mehr in volkspädagogisch-praktischer als in politisch-grundsätzlicher Hinsicht (vgl. KJ 1976/77, S. 123). Während die gemeinsame Kommission von Rat der EKD und Deutscher Bischofskonferenz ein konkretes Votum zügig vorbereiteten (vg. KJ 1979), beließ die Synode der EKD es bei einem allgemeinen Statement, dem man die Unlust anmerkt, sich auf ein derart ideologieverdächtiges Thema einzulassen, dessen Praxisbezug vielen unklar erscheint und zu welchem die Volkskirche, die verschiedenen politischen Positionen verpflichtet ist, sich kaum eindeutig-profilieren äußern kann.

### KUNDGEBUNG DER SYNODE DER EKD ZUR GRUNDWERTEDISKUSSION

*Vom 10. November 1978<sup>5</sup>*

Die Diskussion über Grundwerte, die seit einigen Jahren in der deutschen Öffentlichkeit geführt wird, verstehen wir als Ausdruck des Bemühens um ein besseres Verständnis der sittlichen Grundorientierungen, die allen gesellschaftlichen und politischen Kräften gemein sind, auf denen unser Staat in drei Jahrzehnten aufgebaut wurde und die für seine künftige Entwicklung wesentlich sein sollen.

Die vielfältigen Beiträge zur Grundwertediskussion aus den politischen Parteien, aus dem Raum der katholischen Kirche und aus anderen Bereichen unseres öffentlichen Lebens haben für viele evangelische Christen unscharf werden lassen, worum es sich bei den Grundwerten handelt. Zugleich erfahren sie, daß sich der Blick rasch auf die Kirchen richtet, wenn von Grundwerten die Rede ist. Dabei begegnen die Kirchen der Erwartung, daß sie Hüter, Interpreten oder sogar Erzeuger der Grundwerte seien, von denen die Gesellschaft lebt.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland begrüßt sowohl die Bemühungen

---

5. BSynEKD 30, 1978, S. 512f.



um die Grundwerte als auch die Tatsache, daß die Kirche in diese Debatte ihre kirchlichen Beiträge einbringen kann. Sie erklärt zugleich, daß die Kirche kein Lieferant von Grundwerten für politische und gesellschaftliche Tagesbedürfnisse ist. Sie bittet aber die evangelischen Christen in der Bundesrepublik Deutschland, die Einsichten des evangelischen Glaubens in ein klärendes Gespräch über Grundwerte einzubringen, wo immer dies möglich ist.

Einsichten des evangelischen Glaubens sind: Der Auftrag der Kirche ist das Zeugnis des Evangeliums in Wort und Tat, in Predigt und Diakonie, auch in Predigt und Diakonie für die politischen Kräfte unserer Gesellschaft. Durch dieses Zeugnis des Evangeliums geben wir die Frohe Botschaft des Gottes weiter, der in Jesus Christus Mensch wurde und der von den Toten auferwecken kann.

Er befreit uns aus allen Zwängen und gibt uns so Gewißheit, daß er allein der Herr ist. Er rechtfertigt uns in aller unserer Schuld und gibt uns so den Mut, Verantwortung zu tragen. Er liebt uns in aller unserer Verlassenheit und gibt uns so die Kraft, zum Nächsten zu werden für jeden, der einen Nächsten braucht.

Gott will, daß wir die Frohe Botschaft von Jesus Christus in Anspruch nehmen, um im Vertrauen auf die grenzenlose Kraft seiner befreienden Gerechtigkeit und Versöhnung unsererseits Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden zu wirken, wo wir wirken können.

So haben wir auch für die Würde des Menschen einzutreten, für den Jesus Christus sein Leben gab. Und wir haben zu widerstehen, wo immer in einem Menschen das Ebenbild Gottes beleidigt wird.

Gewisse Fortschritte in der Theoriediskussion ergaben sich nicht durch kirchen-offizielle, sondern durch private Äußerungen. In richtiger Einschätzung der grundlegenden Bedeutung machten die „Evangelischen Kommentare“ das Thema zu einem Schwerpunkt<sup>6</sup>. In einem ihrer Beiträge wies Bischof Wölber auf die unausgeschöpften religiösen Implikationen und die theologische Relevanz der Thematik hin.

#### BISCHOF DR. HANS-OTTO WÖLBER: THEOLOGISCHE NOTIZEN ZUR GRUNDWERTEDISKUSSION

*Vom April 1978 (Auszug)<sup>7</sup>*

Was eigentlich sind „Grundwerte“? Die Diskussion enthält viele Unschärfen, obwohl von ihr erhebliche Impulse und auch Klarheit über den Stellenwert der Kirche in der Gesellschaft, zumal der Volkskirche, ausgehen könnten. Es könnte gelingen, Theologie wieder in das allgemeine Bewußtsein einzuführen. Was zunächst die Grundlagen unserer Zivilisation und Kultur angeht, so haben Kirche und Theologie im wesentlichen die Ansätze als gegeben hingenommen. Ja umgekehrt: Sie haben, um sich selbst zu beweisen, eher versucht, diesen Rahmen zu übernehmen; also zum Beispiel einen vorwiegend an der Naturwissenschaft ausgerichteten Wissenschaftsbegriff oder die gesellschaftliche Grundthese vom Pluralismus.

Der Vorteil einer Debatte über die „Grundwerte“ wäre die Infragestellung dieses Ansatzes. Sie wurde ja auch durch Krisensymptome ausgelöst. Der Grundkonsens der Gesellschaft scheint in Zweifel gezogen zu sein. Die dynamische Oberherrschaft von Wissenschaft, Wirtschaft und Technik, den drei „Herren unserer Welt“, erweist sich als unfähig, Sinn zu stiften oder das Legitimationsdefizit des Staates zu überwinden. Trotz zunehmender Verwissenschaftlichung gerade auch im anthropologischen Bereich wird die Basis für

6. Vgl. die Beiträge von M. Honecker, W. Lohff, Chr. v. Krockow und den Redaktionsartikel in EvK 11, 1978, S. 398ff., 517ff., 585ff., 711ff.

7. EvK 11, 1978, S. 202–205. Vgl. auch M. Honecker und H.-O. Wölber in LM 17, 1978, S. 25ff., 737ff.

Lebensgewißheit immer undeutlicher. So meint man offenbar, durch eine Rückkehr zu „Grundwerten“ alles stabiler, verlässlicher, sinnhafter gestalten zu können. Der Ruf nach den „Grundwerten“ stellt sich quasi als säkulare Bußbewegung dar.

Wenn es sich nun tatsächlich und geradezu um des Überlebens willen ebenso als dringlich wie als durchaus erfahrbare und wiederum als unabstimmbar erweist, daß es eine Voraussetzung des Menschseins gibt, eine *conditio humana*, die nicht einfach empirisch und nicht erst nach einem Konsensus ermittelt werden muß, sondern „Grund-Wert“ ist, also Botschaft und Entscheidung bedeutet, dann kann die damit geforderte Überschreitung meßbarer Wirklichkeit nicht mehr Ergebnis einer selbstverschuldeten Unmündigkeit oder der pathologische Zustand derjenigen sein, deren Ängste Projektionen hervorrufen. Mit anderen Worten: Wir müßten uns auf eine neue Anthropologie einstellen. Es gäbe so etwas wie eine eiserne Reserve vorwissenschaftlicher menschlicher Substanz. Sie hinge „irgendwie“ mit Religion zusammen. Die dominierende und *de facto* populäre Religionskritik wäre am Ende ...

Gäbe es wirklich „Grundwerte“, so wäre der absolutistische Pluralismus entlarvt. Man meinte, wir müßten mit vielen Wahrheiten leben. Offenbar aber und groteskerweise scheinen einige Wahrheiten wahrer zu sein, jedenfalls sofern sie absolute Verbindlichkeit verlangen. Was die „Grundwerte“ angeht, so können wir mit nur einer Wahrheit rechnen, das heißt mit dem, was wir immer für Wahrheit hielten.

Gäbe es „Grundwerte“, so verlören Begriffe wie Autorität oder Tradition ihren gegenwärtigen hämischen Beigeschmack. Sie erhielten wieder den Stellenwert der dringlichen Erinnerung an durchlittene und bestandene Wirklichkeit, die in jenem Grunde wurzelt, der „Grundwerte“ schafft.

Gibt es „Grundwerte“, also Unabstimmbares, dann gibt es auch bedingte Verantwortung und Scheitern und nicht nur reparables Fehlverhalten und Konflikte, sozusagen Unfälle und Pannen. Es gäbe eine haftbarmachende Verletzung der Wirklichkeit, also Schuld und Sünde. Man würde dann in den anthropologischen Techniken der Seelsorge die Schwelle der Sinn- und Wertzumutung nicht so hoch ansetzen. Man würde nicht nur in der Freiheit, der man nichts zuzumuten wagt, sondern auch in der Bindung jene Würde sehen, die vom Menschen ausgehen könnte.

Kurz und gut: In der Grundwerte-Debatte steckt ein sozial- und geisteswissenschaftlicher Ansatz, der den gegenwärtigen rationalen *common sense* unserer Kultur verändern könnte und eine Öffnung zur Wirklichkeit „Religion“ bedeutet. Und es ist eigentlich zu fragen, warum die evangelische Theologie und vor allem die evangelische Kirche der Grundwerte-Debatte so wenig Bedeutung beimißt ...

„Grundwerte“ sind darum in Wahrheit gar keine „Werte“, also eine realisierbare Norm. Es handelt sich vielmehr um Beziehungsbegriffe, die nie für sich selber allein stehen. Der eine Wert kann den anderen töten. Das Geborgensein in der Liebe kann sozusagen „die Luft nehmen“. Freiheit dagegen kann der Solidarität den Boden entziehen. So sind „Grundwerte“ der Rahmen eines Kraftfeldes.

Daß man in der Irritation der Veränderung des Lebens und seiner möglichen Verwahrlosung das Kraftfeld abstecken möchte und muß, liegt auf der Hand. Solches deutet heute der Ruf nach „Grundwerten“ an. Daß man damit aber einem Entscheidungsprozeß und damit einer immer wieder geschichtlich zu definierenden Beziehung ausgeliefert ist, bleibt ebenso deutlich. Heute fehlen uns nicht „Grundwerte“. Wir können vielmehr ihre historisch fällige Beziehung nicht ermitteln. Und es fehlt auch an Werthaltungen ...

Gegen die Absolutsetzung von Werten, also gegen die Errichtung von Systemen, erscheint hier als „Grundwert“ die Fähigkeit des Ausgleichs, der Versöhnung von Widersprüchen, wie immer sie sich anmelden – Versöhnung übrigens nicht als definitive Harmonie (es bleibt ja immer bei einem Kraftfeld), sondern als Festlegung des Ortes, an dem wieder Zukunft ermöglicht wird.

Damit aber schwindet aller Anflug von Statik, der mit der üblichen Grundwerte-Debatte verbunden ist. Es schwindet die Versuchung, ewige Fundamente schaffen zu wollen. Es wäre Verrat am Leben, an seiner Offenheit, an seiner Weltbestimmtheit, an seinem Gerichtetsein auf Zukunft, an seinem Entscheidungscharakter. Dies alles ist ja das eigentlich Menschliche. Wir funktionieren nicht entlang von Tradition und nicht entlang eines ge-

sellschaftlichen Systems. Wir funktionieren damit aber auch nicht entlang einer Utopie, sondern wir hören „heute seine Stimme“ ...

Die Entdeckung des Widerspiels der „Grundwerte“ verweist uns auf den „Wert“ des Geistes. Hier mag jene protestantische Skepsis gegen eine statische Grundwerte-Vorstellung wurzeln, so wie die Sache zur Zeit läuft. Zugleich aber findet eine Aufhellung der Wertfrage in einem völlig unerwarteten Aspekt statt. Es geht nämlich um die brennende Frage, ob die Begrenztheit und Einseitigkeit einer Kultur des bloßen Funktionierens begriffen wird, die menschliche Katastrophe des bloß Machbaren, aber auch der Auslieferung des Menschen an den Menschen.

Die Skepsis gegenüber computergelenkten Institutionen, die Sorge um die Erschöpfbarkeit der Ressourcen, vor allem der tiefe Widerspruch zwischen den wissenschaftlich beabsichtigten Zukunftsprognosen lassen eine Kulturangst oder Kulturabstumpfung entstehen – es sei denn, wir wagten ein völlig neues Verhältnis zur Wirklichkeit. Dieses aber ist ausgedehnt auf den ganzen Bogen der bewußten Werthaftigkeit des Lebens und des Geistes.

Die theoretische Auseinandersetzung der politischen Parteien mit der Grundwerteproblematik fand ihren Niederschlag in programmatischen Äußerungen. Das neue Grundsatzprogramm der CDU (s. dazu S. 95ff.) stellte seine praktischen Zielsetzungen – nach einleitenden Aussagen über die moralische Position und das Menschenbild der Partei – auf das Fundament von Grundwerte-Aussagen.

## GRUNDSATZPROGRAMM DER CDU: GRUNDWERTE

*Vom 23./25. Oktober 1978 (Auszug)<sup>8</sup>*

### *Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit*

12. Wir treten ein für die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Dabei ist unser Verständnis vom Menschen Grundlage und Maßstab zugleich.

### *Freiheit*

#### *Verantwortete Freiheit*

13. Der Mensch ist frei. Als sittliches Wesen soll er vernünftig und verantwortlich entscheiden und handeln können. Wer Freiheit für sich fordert, muß die Freiheit seines Mitmenschen anerkennen. Die Freiheit des andern bedingt und begrenzt die eigene Freiheit. Freiheit umfaßt Recht und Pflicht. Es ist Aufgabe der Politik, dem Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern ...

#### *Freiheit und soziale Gerechtigkeit*

16. Verwirklichung der Freiheit bedarf der sozialen Gerechtigkeit. Die Verhältnisse, unter denen der Mensch lebt, dürfen der Freiheit nicht im Wege stehen. Aufgabe der Politik ist es daher, der Not zu wehren, unzumutbare Abhängigkeiten zu beseitigen und die materiellen Bedingungen der Freiheit zu sichern. Die freie Entfaltung der Person wächst auf dem Boden möglichst gerecht verteilter Chancen und Güter. Persönliches Eigentum erweitert den Freiheitsraum des einzelnen für eine persönliche und eigenverantwortliche Lebensgestaltung.

#### *Subsidiarität*

17. Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität.

8. Sonderdruck Bonn 1978, S. 7–12.

Deshalb muß der Staat auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die der einzelne oder jeweils kleinere Gemeinschaften erfüllen können. Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebenso gut leisten kann, soll ihm vorbehalten bleiben.

Der Grundsatz der Subsidiarität gilt auch zwischen kleineren und größeren Gemeinschaften sowie zwischen freien Verbänden und staatlichen Einrichtungen ...

### *Leistung*

19. Die eigene Leistung gehört zur freien Entfaltung der Person. Seine Würde und sein Recht hat der Mensch vor jeder Leistung. Aber eigene Leistungsfähigkeit zu erfahren, ist, unabhängig von ihrem ökonomischen Wert, eine wichtige Quelle seiner Lebenskraft. Für jeden im Rahmen seiner Möglichkeiten, auch für den Behinderten, ist Leistung ein unentbehrlicher Antrieb. Es gilt daher, persönlichen Leistungswillen und Initiative anzuerkennen und zu fördern.

### *Wehrhafte Demokratie*

20. Zur Freiheit gehört die Bereitschaft, sie nach außen und innen zu schützen und für sie zu kämpfen, denn der freie Bürger und sein Gemeinwesen beugen sich nicht wehrlos der Unfreiheit. Wir bekennen uns zum Prinzip der wehrhaften Demokratie.

### *Solidarität*

#### *Soziale Natur des Menschen*

21. Solidarität heißt füreinander dasein, weil der einzelne und die Gemeinschaft darauf angewiesen sind. Solidarität verbindet die Menschen untereinander und ist Grundlage jeder Gemeinschaft. Sie ist Ausdruck der sozialen Natur des Menschen.

#### *Der einzelne und die Gemeinschaft*

22. Solidarität kennzeichnet die Wechselbeziehung zwischen der Gemeinschaft und dem einzelnen. Die Gemeinschaft steht für den einzelnen ein. Er hat Anspruch auf persönliche Zuwendung und Hilfe. Das ist sein Recht auf Solidarität. Der einzelne steht aber auch für die Gemeinschaft aller ein. Das ist seine solidarische Pflicht. Solidarität erfordert persönliche Leistung und gibt ihr den sozialen Sinn.

#### *Weder Individualismus noch Kollektivismus*

Die CDU bekennt sich zu dieser wechselseitigen Verantwortlichkeit, die gleich weit entfernt ist vom ungebundenen Individualismus wie vom Kollektivismus.

#### *Solidarität und soziale Sicherung*

23. Die soziale Sicherung beruht auf dem Grundgedanken der Solidarität. Gemeinschaftlich werden die Risiken abgesichert, die der einzelne allein nicht bewältigen kann. Durch die soziale Sicherung werden keine widerruflichen Almosen und keine kostenlose Versorgung durch eine anonyme Kasse gewährt, sondern es wird für den einzelnen ein Recht auf Sicherheit und Geborgenheit begründet. Dafür trägt jeder mit seiner Arbeit und Leistung dazu bei, daß die Gemeinschaft aller für den einzelnen eintreten kann. Die soziale Sicherung hat befriedende und befreiende Wirkung. Solidarität verbietet den Mißbrauch des Systems der sozialen Sicherung ...

#### *Chancengerechtigkeit*

28. Gerechtigkeit gibt jedem die gleiche Chance, sich frei zu entfalten und für sich und für andere Verantwortung zu übernehmen.



Chancengerechtigkeit ist die notwendige Ergänzung der Gleichheit vor dem Recht. Sie soll jedermann die Möglichkeit geben, sich in gleicher Freiheit so unterschiedlich zu entfalten, wie es der persönlichen Eigenart des einzelnen entspricht. Dazu gehört zunächst ein gerechter Zugang zu allen Bildungseinrichtungen unter Ausgleich nachteiliger Vorbedingungen. Chancengerechtigkeit bezieht sich aber auch auf die Eröffnung von Mitsprache und Mitverantwortung, auf die Nutzung lebenswichtiger Güter und auf den Erwerb persönlichen Eigentums.

Chancengerechtigkeit schließt den Versuch aus, die menschlichen Existenzen als solche gleichzumachen. Wer dies wollte, dürfte nicht Chancen versprechen, weil sie immer nur nach den unterschiedlichen persönlichen Anlagen des einzelnen genutzt werden können. Er müßte Gleichheit der Ergebnisse zusagen und damit von der Vorstellung ausgehen, als wäre der Mensch total verfügbar. Wer die Menschen gleichmachen will, leugnet ihr zur freien Selbstbestimmung geschaffenes verantwortliches Wesen.

### *Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandeln*

29. Gerechtigkeit verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Gerechtigkeit schließt die Anerkennung persönlicher Anstrengung und Leistung ein. Jeder soll die Möglichkeit haben, seine Lebensbedingungen durch eigenen Einsatz zu verbessern und so zu gestalten. Seine Leistung muß mit der Aussicht auf eine lohnende Zukunft verbunden sein.

Gerade die Bejahung persönlicher Leistung aber erfordert eine gerechte Verteilung der erarbeiteten Güter, da die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen persönliche Leistung vollzogen wird, verschieden sind und Chancengerechtigkeit auch bei allem Bemühen nicht immer erzielt werden kann.

### *Grundwerte als Maßstab und Orientierung*

#### *Grundwerte im Spannungsverhältnis*

32. Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit geben unserer Politik die Orientierung und sind Maßstäbe unseres politischen Handelns. Entsprechend den sich wandelnden Herausforderungen stehen wir immer von neuem vor der Aufgabe, das Verhältnis der Grundwerte zueinander so zu gestalten, daß sie zusammen ihre Wirkung entfalten. Denn die Grundwerte erfordern und begrenzen sich gegenseitig. Keiner erfüllt ohne die anderen seinen Sinn. Ihre Gewichtung untereinander richtig zu gestalten, ist Kern der politischen Auseinandersetzung.

#### *Wertorientierte Politik*

Die Grundwerte dienen nicht der Politik einer Partei, sondern dem Menschen und dem Gemeinwesen im ganzen. Sie sind auch nicht auf nationale Grenzen beschränkt und sind verpflichtende Grundlage für unsere Außenpolitik. Die Bindung an Grundwerte öffnet parteipolitisches Handeln für die gemeinsamen Aufgaben im Staat. Die praktische Verwirklichung der Grundwerte ist Sache freier Bürger und demokratischer Entscheidung.

Sittlichen Zielen verpflichtet und vernünftiger Überprüfung zugänglich, entfaltet wertorientierte Politik die Fähigkeit zum notwendigen Ausgleich der Interessen und die Kraft zur ständigen Erneuerung. So sichert sie dem Menschen die Voraussetzung zur freien und verantwortlichen Entfaltung seiner Person.

Der Parteivorstand der SPD hatte eine spezielle Grundwertekommission mit der Erarbeitung einer Stellungnahme – in Anknüpfung an die vorliegenden Parteiprogramme – beauftragt, um das spezifisch sozialdemokratische Profil zu diesem Thema aufzuzeigen. Die Kommission leitete Dr. Erhard Eppler, langjähriger EKD-Synodaler; an der Arbeit beteiligt war u.a. der evangelische Theologieprofessor Dr. Günter Brakelmann.

## GRUNDWERTE-KOMMISSION DER SPD: THEORIE UND GRUNDWERTE – GRUNDWERTE UND GRUNDRECHTE

Vom 15. Januar 1979 (Auszug)<sup>9</sup>

Eine demokratische Partei kann ihre Mitglieder auf Grundwerte verpflichten. Nicht für verbindlich erklären kann eine demokratische Volkspartei aber die Ableitung und Begründung dieser Grundwerte. Das Godesberger Programm nennt christliche Ethik, den Humanismus und die klassische Philosophie die Wurzeln des demokratischen Sozialismus in Europa. Ob der einzelne Sozialdemokrat sich aus christlichem Glauben heraus zu den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus bekennt, ob er die Wertbegründung in einem als objektiv verstandenen Naturrecht oder in einer anderen Ethik verankert sieht, bleibt jenseits dessen, was die Partei programmverbindlich aussagen kann. Keine Begründung darf in der Partei für sich Allgemeinverbindlichkeit in Anspruch nehmen – nicht etwa, weil der Versuch, eine einheitliche Überzeugung durchzusetzen, gescheitert wäre oder notwendig scheitern müßte, sondern weil die bewußte und gewollte Selbsteinschränkung der Partei auf das Abstimmbare und auf die Gestaltung „des Vorletzten“ Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen ist, dessen fundamentale Wertüberzeugungen der Mehrheitsregel nicht unterworfen werden können und dürfen.

Die demokratische Verfassung der Bundesrepublik ist möglich geworden, weil die Grundwerte der wichtigen politischen Kräfte in entscheidenden Bereichen übereinstimmen. Die Demokratie bleibt lebendig, solange die Parteien auf diesem Boden unterschiedliche Vorstellungen zur demokratischen Entscheidung stellen können.

Für die deutsche Sozialdemokratie sind ihre Grundwerte seit ihrer Entstehung die entscheidende Orientierung gewesen, nicht unter dem Namen Grundwerte, der sich erst in den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts einzubürgern begann, wohl aber ihrem Inhalt und ihrer Funktion nach. Die Geschichte der Grundwerte des Demokratischen Sozialismus ist nicht nur die Dokumentation eines über einhundertjährigen Kampfes um ihre Verwirklichung, sondern auch eine Quelle für ihr Verständnis. Denn ihren lebendigen und konkreten Sinn in der Gegenwart gewinnen sie aus der Geschichte und den Erfahrungen, denen sie entstammen ...

Die Grundwerte des demokratischen Sozialismus „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ sind im Godesberger Programm selbst durch die „Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft“ interpretiert und im Orientierungsrahmen '85 der SPD auf diese Grundlage präzisiert.

Freiheit verwirklicht die Würde des Menschen, die in seinem Anspruch auf Selbstverantwortung liegt.

Gerechtigkeit ist die Forderung nach gleicher Freiheit für jedermann.

Solidarität heißt entgegen dem sorgsam gepflegten Vorurteil der politischen Gegner der Sozialdemokratie schon im Godesberger Programm nicht der bloße Zusammenhalt einer Kampfgemeinschaft, sondern die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung aller Menschen untereinander.

Diese drei Grundwerte bedingen nach dem Verständnis der Sozialdemokratie einander und sind gleichwertig. Darin unterscheidet sich unser Grundwerteverständnis von dem der CDU, die das Rangverhältnis der Grundwerte für verschiedene politische Situationen jeweils offen lassen will, und von dem der Liberalen, die der Freiheit den Vorrang auch vor der Gerechtigkeit und der Solidarität einräumen.

Nach sozialdemokratischem Verständnis setzt die Verwirklichung der Freiheit die Fähigkeit des Menschen zu vernünftiger Selbstbestimmung und Eigenverantwortung voraus. Auf dieser ethischen Grundlage entfaltet sich Freiheit in drei Dimensionen:  
– der persönlichen Dimension, das heißt, der Entwicklung der individuellen Fähigkeiten zur Selbstbestimmung, vor allem durch die Möglichkeit zu Bildung und Weiterbildung. Ohne sie ist der Anspruch des Menschen auf vernünftige Selbstbestimmung nicht zu verwirklichen.

---

9. Sonderdruck, hg. v. Vorstand der SPD, Bonn 1979.

– der demokratisch-rechtsstaatlichen Dimension, die in der klassischen Forderung der Freiheit von willkürlichen und ungerechten Beeinträchtigungen der Handlungssphäre des Individuums durch den Staat oder durch Dritte zusammengefaßt ist.

– und der Dimension der sozialen Institutionen, weil ohne die „tatsächliche Möglichkeit“ zur Selbstentfaltung Freiheit eine bloße Illusion bleiben müßte.

Anders als im Denken der Konservativen ist die Freiheit für Sozialdemokraten nicht nur eine Wesensbestimmung des Menschen – gleichgültig unter welchen Umständen er leben muß; Freiheit ist für uns zugleich eine gesellschaftliche Aufgabe und Leistung. Dieses Freiheitsverständnis bedeutet von vornherein, daß der einzelne seine Freiheitschance solidarisch im Hinblick auf die Gemeinschaft und den anderen wahrnimmt. Es schließt den Respekt vor dem gleichen Freiheitsrecht aller anderen ein.

Gerechtigkeit soll den gleichen Anspruch eines jeden auf freie Selbstentfaltung verwirklichen. Sie bezieht sich damit auf die Freiheit im oben dargelegten, unverkürzten Sinne. Dieser Sachverhalt ist im Orientierungsrahmen '85 mit dem Ausdruck „gleichwertige Lebenschancen“ umschrieben. Er fordert mehr als nur gleiche Startchancen oder gar nur eine unbestimmte Chancengerechtigkeit. Es geht darum, die eklatanten Ungerechtigkeiten abzubauen und allen die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse zu ermöglichen, ohne damit eine Gleichheit der Ergebnisse zu erzwingen. Das bedeutet zugleich eine Absage an alle, die eine Gleichförmigkeit des individuellen Lebens ohne Freiheit und Vielfalt bezwecken.

Solidarität behält im Verständnis der Sozialdemokratie zunächst die traditionelle Bedeutung des füreinander Einstehens der um die Verwirklichung von Freiheit und Gerechtigkeit kämpfenden benachteiligten Gruppen. Darüber hinaus ist sie aber eine allgemein menschliche Einstellung, die aus der gegenseitigen Abhängigkeit und Verbundenheit der Menschen das Bewußtsein entstehen läßt, „daß wir als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben können, wenn wir uns füreinander verantwortlich fühlen und einander helfen“. (OR '85, 1,2)

Damit bringt die Solidaritätsforderung der Sozialdemokratie die Erkenntnis zum Ausdruck, daß sich Freiheit und Gerechtigkeit „durch Institutionen allein nicht sichern“ lassen, sondern eine neue solidarische Haltung der Menschen erfordern. Die Bereitschaft zur Solidarität kann um so stärker wachsen, je mehr Freiheit und Gerechtigkeit in Staat und Gesellschaft verwirklicht sind. Hier unterscheidet sich das Solidaritätsverständnis der Sozialdemokratie deutlich von dem der anderen politischen Strömungen. Die Liberalen erwähnen die Forderung nur am Rande, die Konservativen verleihen ihr einen zwiespältig defensiven Charakter. Solidarität läuft in ihrem Verständnis vielfach auf die Forderung an die unteren Ränge der Gesellschaft hinaus, die fortbestehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten zu tragen und zu dulden und sich auf das Wohlwollen der oberen Ränge der Gesellschaft zu verlassen.

Die „Grundforderungen“ als erste Konkretisierungen der Grundwerte im Godesberger Programm leiten aus unserem Grundwerteverständnis unmittelbar die Verpflichtung zur Demokratie als allgemeiner Staats- und Lebensordnung und die Absage an jede Art der Diktatur ab.

Aus ihnen ergibt sich die Bejahung der Grundrechte und Prinzipien des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, das Sozialdemokraten aus eben diesem Grundwerteverständnis heraus wesentlich mitgeschaffen und mitgeprägt haben ...

Im Mittelpunkt der Grundwertedebatte der letzten Jahre steht das Problem der Verantwortlichkeit für die Wahrung und Pflege der Grundwerte: Ist der Staat oder die Gesellschaft zuständig? Kristallisationspunkt der Diskussion war namentlich die Rede Helmut Schmidts vor der Katholischen Akademie in Hamburg am 23. Mai 1976.

Staat und Gesellschaft sind in der heutigen Wirklichkeit und unter dem Grundgesetz nicht mehr reinlich zu scheidende Gegensätze. Gerade aus der Überwindung der frühliberalen und für die konstitutionelle Monarchie charakteristischen Trennung von Staat und Gesellschaft leiten Sozialdemokraten die Unausweichlichkeit der Gesellschaftspolitik und die Notwendigkeit ihrer bewußten Gestaltung her. Der moderne Staat kann nicht umhin, auf den gesellschaftlichen Wertfundus einzuwirken; man denke allein an die staatliche Verwaltung des Bildungswesens. Zu fordern ist, daß die Einwirkung bewußt und in Kenntnis und Verantwortung ihrer Folgen vorgenommen wird.



Zwischen der staatlichen Rechtsordnung und dem gesellschaftlichen Wertmilieu besteht ein Wechselverhältnis. Einerseits bedürfen Rechtsnormen um ihrer Effektivität willen eines – je nach der Regelungsmaterie – Mindestmaßes an Resonanz im Wertbewußtsein der Bürger. Soll im freiheitlichen Gemeinwesen das Recht respektiert werden, so ist ein hohes Maß an Zustimmung der Bürger nötig. Andererseits kann auch der Gesetzgeber (und nicht etwa nur die staatliche Kultusverwaltung) auf das Wertmilieu in gewissem Umfang einwirken. Das gilt nicht nur dort, wo – eine nicht seltene Tatsache des sozialen Lebens – die weithin praktizierte private Moral und die überwiegend anerkannte öffentliche Moral auseinanderklaffen. Namentlich auf Wertumschichtungen und -veränderungen kann die Gesetzgebung beschleunigend oder verzögernd wirken. (Beispiel für eine antizipatorische Rechtsreform: Teile des neuen Eherechts, etwa das gesetzgeberische Leitbild der Partnerschaft) Der Grundgedanke der Strafrechtsreform, nur „sozialschädliches Verhalten“ sei zu bekämpfen, ist oft mißverstanden worden. Sozialschädlichkeit ist kein wertfreier sozialer Befund, sondern ein Werturteil; auch Strafgesetzgebung ist mithin nicht nur eine nutzenorientierte Sozialtechnik, sondern wie alle Politik Wertverwirklichung. Der These von der „sittenbildenden Kraft“ des (Straf-)Rechts ist entgegenzuhalten, daß die gesetzgeberische Einwirkung auf gesellschaftliche Werthaltungen nur in einem engen Rahmen möglich und wirksam ist.

Ob der Staat und insbesondere der Gesetzgeber zur Einwirkung auf das gesellschaftliche Wertmilieu berechtigt oder sogar verpflichtet ist, beurteilt sich nach der Verfassung, namentlich anhand der Grundrechte und der Staatszielbestimmungen der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, deren Sinn und Geltung immer weiter zu entfalten ihm aufgetragen ist. Da die freiheitliche rechtsstaatliche soziale Demokratie für ihre Verwirklichung von gemeinsamen Werthaltungen, Gesinnungen und Tugenden abhängig ist, die sie selber nicht nominiert, sondern voraussetzt (beispielsweise Toleranz, Diskussionsbereitschaft, Redlichkeit, Friedfertigkeit, Wahrheitsliebe, Gemeinsinn), wird man geradezu von einem Verfassungsauftrag an die Staatsorgane auszugehen haben, diese Haltungen zu fördern. Der weltanschaulich neutrale Staat ist also – wie auch Helmut Schmidt auf dem Hamburger Parteitag der SPD 1977 ausgeführt hat – nicht wertneutral.

Im übrigen tritt die staatliche Wertverwirklichung nicht in Konkurrenz zum gesellschaftlichen Prozeß der Wertverwirklichung, des Wertwandels und der Wertpflege. Eines der bedeutsamsten – werthafter! – Strukturprinzipien der Verfassung ist es gerade, den Bürgern und den pluralen gesellschaftlichen Kräften Raum für die Entwicklung, Wahrung und Verwirklichung ihres eigenen Ethos zu geben. Das Grundgesetz will die offene Gesellschaft. Gerade die verfassungsrechtlich gewährleistete Offenheit und Freiheit der Prozesse, in denen sich gesellschaftlicher Wandel vollzieht, bietet den Menschen Orientierung an. Alle konkreten Ordnungen, in die der Bürger hineingestellt ist, verkörpern mehr oder weniger effektive Wert- und Normensysteme. Die SPD, die sich in ihrem Godesberger Programm zum Pluralismus bekennt, bejaht das Vorhandensein und die Geltung solcher konkurrierender Normen.

### 3. CHRISTEN UND POLITIK

Ausdruck der öffentlichen Bedeutung des Christentums in unserem Lande ist die immer wieder geführte Diskussion um den christlichen Beitrag zur Lösung politischer Probleme, und zwar neben der Auseinandersetzung um einzelne Sachfragen in Form einer generellen Thematisierung. Begreiflicherweise fühlen sich hier die beiden „christlichen“ Parteien immer wieder besonders herausgefordert. Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU widmete seine 22. Bundestagung in Kassel am 28.–30. April einer solchen grundsätzlichen Besinnung, wobei nicht nur Mitglieder, sondern auch andere Vertreter von Kirche und Theologie zu Wort kamen. Die dort gehaltenen Vorträge und die



in den Arbeitsgruppen geführten Diskussionen, die in der Presse aufmerksame Resonanz fanden, sind in vieler Hinsicht kennzeichnend für die gegenwärtige Situation<sup>10</sup>. Im übrigen stieß die Tagung schon deswegen auf Interesse, weil der seit 1955 amtierende Vorsitzende des EAK, der ehemalige Außenminister Dr. Gerhard Schröder, durch den baden-württembergischen Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog abgelöst wurde, welcher u.a. Vorsitzender der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung ist. Eine nicht geringe Rolle spielte die von CDU/CSU-Politikern oft vorgebrachte Kritik an der angeblichen „Linkslastigkeit“ der evangelischen Kirche. Darauf ging der Landesbischof von Kurhessen-Waldeck im Eröffnungsvortrag ein.

## BISCHOF DR. HANS-GERNOT JUNG: UNSERE KIRCHE HEUTE

*Vom 28. April 1978 (Auszug)<sup>11</sup>*

Die kritische Infragestellung unserer Kirche durch ihre Glieder kommt heute deutlich wahrnehmbar aus zwei Richtungen, die einander widersprechen.

Die eine Seite beklagt eine zunehmende Politisierung der Kirche. „Politisierung“ erscheint dann fast identisch mit einem Linkstrend: Pfarrer im Talar auf den Barrikaden von Brokdorf, gesellschaftskritische Indoktrination von der Kanzel her, Parteilichkeit in der Seelsorge, Verlust der Mitte, Soziologie statt Theologie, Mitmenschlichkeit als Glaubensersatz – das sind Stich- und Reizworte. Die „Politisierung“ ist in den Augen dieser Kritiker nur ein weiterer Akt opportunistischer Anpassung der Kirche an die derzeit – nach dem Ende der Nachkriegszeit – für herrschend gehaltene politische Modeströmung. Die Ehe von „Thron und Altar“ habe der Ehe zwischen „Revolution und Altar“ Platz gemacht. Verrat am Evangelium sei im Gange, die Zeit für einen neuen Bekenntniskampf der Kirche sei gekommen.

Von der anderen Seite her hören wir es seit etwa 15 Jahren genau andersherum. Dort ist ausgemacht, daß die Kirche stramm rechts stehe. Die weitaus überwiegende Zahl der Pfarrer, der Kirchenvorsteher und vor allem der Gemeindemitglieder sei aus einer konservativ-bürgerlichen Einstellung heraus unpolitisch gestimmt. Die wenigen jüngeren Pfarrer, die „wider den Stachel löcken“, erfüllten allenfalls eine Alibi-Funktion. In der Spätphase der kapitalistischen Gesellschaft wirke eine solche Kirche verhängnisvoll. Sie profitiere von einem System, das den Menschen ruiniere; ja, sie verleihe diesem System auch noch eine moralische Scheinlegitimation. Die wahre Kirche finde sich heute nur noch in kleinen Gruppen zusammen, die die utopischen Tendenzen des Evangeliums ernst nehmen und, die Großkirche als „ökologische Nische“ nutzend, durch die Umwälzung der herrschenden Werte und Institutionen zur Geltung zu bringen. Natürlich sind es, aufs Ganze gesehen, nur verschwindende Minderheiten, die ihre Kritik an der Kirche auf einen der beiden Nenner bringen. Die allermeisten Evangelischen haben keine so pronouncierte Vorstellung von ihrer Kirche. Sie würden das, was sie empfinden, wahrscheinlich auf ganz andere Nenner bringen. Aber durch die Aktionen und Auseinandersetzungen lautstarker Vertreter der beiden skizzierten Flügelpositionen werden sie nun ebenfalls verunsichert und fragen sich, ob das, was sie da erleben, denn noch „unsere Kirche“ ist.

Die gemeinsame Überzeugung der Kritiker von links und von rechts heißt:

- Unsere Kirche hat maßgeblichen Anteil an der Verschlechterung der gesellschaftlich-politischen Situation.
- Sie versäumt die ihr eigentümliche Aufgabe.
- Wenn sie ihrer eigentlichen Verpflichtung nachkäme, so würde sich das auch auf die gesellschaftlichen und politischen Zustände unseres Landes positiv auswirken.

10. W. Dollinger u.a.: Wir Protestanten – Positionen heute, hg. v. Ev. Arbeitskreis der CDU/CSU, Bonn 1978, Abdruck auch in epd-Dok. Nr. 26/1978. Vgl. den Bericht in LM 17, 1978, S. 366.

11. Ebd. S. 3–12.

Freilich: das, was jeweils als „positiv“ angesehen wird, schließt sich gegenseitig aus. Das ist das Dilemma der Kritik, die uns in unserer Kirche begegnet. Ich bitte um Ihr Verständnis dafür, daß ich dieses Dilemma weder bagatellisieren noch vor ihm kapitulieren möchte; auf die eine wie auf die andere Weise würde ich unseren kirchlichen Auftrag verfehlen ...

Zwischen dem veröffentlichten Bild unserer Kirche, das die Diskussion beherrscht, und der erfahrbaren Wirklichkeit unserer Kirche, von der wir reden sollten, gibt es eine erhebliche Differenz. Was macht diese Differenz aus? Es ist der von allen akzeptierte, von vielen auch in Anspruch genommene und gestaltete „Normalfall“ des täglichen und tatsächlichen Wirkens unserer Kirche: Der Sonntagsgottesdienst, der Unterricht, die Amtshandlungen u.a.m. Wer Proportionen und Gewichte richtig einschätzen will, darf daran nicht vorbegehen ...

Die Zuwendung unserer Kirche zu den Fragen der Gegenwart hat ihren Grund in der Zuwendung Gottes zur Welt. Das mag nicht immer so deutlich werden, wie wir das wünschen. Aber die Verhältnisse sind nicht so, daß wir viel Zeit auf die Klage über Erscheinungen verwenden können, die nach Ermüdung, Erweichung, Säkularisierung und Anpassung an den Zeitgeist aussehen. Diese Klage kann selbst eine Ermüdungserscheinung sein. – Es gibt ja in unserer Zeit quer durch die Grenzen der Konfessionen und Weltanschauungen auch eine neue Einsicht in die grundlegende Bedeutung des Gottesglaubens für die menschliche Realisierung von Menschlichkeit. Die geschichtliche Erfahrung der letzten Jahrzehnte läßt die Aussage zu, daß Eliminierung des Gottesglaubens aus den wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen und politischen Prozessen nicht die erhoffte Befreiung des Menschen, sondern – in einem gar nicht bildhaften Sinne – die Entfesselung des Todes mit sich gebracht hat. Das ist für uns ein zusätzliches Motiv, in den Prozessen, die noch laufen, zu bezeugen und auch zu zeigen, daß der Gott des christlichen Glaubens es mit dem Leben zu tun hat. Wer nicht in der Welt von gestern leben will, kann auch begreifen, daß die drängendsten Fragen heute theologische Qualität haben.

Im Korreferat zu Bischof Jung verdeutlichte der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und stellvertretende Vorsitzende der CDU sowohl die Kritik an der evangelischen Kirche als auch das Bemühen der CDU um verbesserte Partnerschaft in den zentralen Tagesfragen. Derartige Grundsatzäußerungen von Politikern müssen als kirchlicherseits bemerkenswert gelten.

#### MINISTERPRÄSIDENT DR. GERHARD STOLTENBERG: WIR PROTESTANTEN – POSITIONEN HEUTE

*Vom 28. April 1978 (Auszug)<sup>12</sup>*

Der radikale Bruch mit allen überkommenen, sittlichen und rechtlichen Normen bei extremen Minderheiten, am kraßesten jetzt am Vorgehen des organisierten Terrorismus, macht die Frage nach der Bedeutung der moralischen Kategorien für unsere pluralistische Gesellschaft und der letzten Begründung von Wertvorstellungen oder Konventionen noch dringlicher.

Wie ist in diesem Zusammenhang die Hinwendung der Kirche zu Themen des öffentlichen Lebens und im besondern das Verhältnis Kirche und Politik zu beurteilen? Diese Frage ist gerade im Lichte unserer aktuellen Erfahrungen wichtig. Manche bewerten den politischen Dienst der Kirche im Rückblick auf gewisse Ereignisse der letzten ein oder zwei Jahrzehnte als eine Kette von unzulässigen Überschreitungen ihres Auftrages und verbinden damit den Vorwurf, sie vernachlässige in schwerwiegender Weise ihre Grundfunktionen in Verkündigung und Seelsorge.

Wer nicht kurzschlüssig oder vorschnell urteilen will, wird sorgfältiger unterscheiden müssen. Die Verkündigung der Kirche ist immer öffentliche Verkündigung, denn das Evangelium selbst ist öffentlich, es erhebt einen Öffentlichkeitsanspruch, der letztlich in der

12. Ebd. S. 13–24.

Universalität des Heilswillens Gottes begründet ist („Darum gehet hin und lehret alle Völker ...“ Mtt. 28,19).

Auch eine zweite Feststellung dürfte unbestritten sein: Das Wort der Kirche ist nicht auf den privaten Bereich einer frommen Innerlichkeit beschränkt. Der christliche Glaube kennt kein Lebensgebiet, das aus dem Licht der göttlichen Offenbarung ausgenommen wäre ...

Weit schwieriger dagegen ist das zentrale Problem zu beantworten, wie die Kirche diese ihre Verantwortung wahrzunehmen hat. Sicherlich nicht so, daß sie in Äußerungen und Stellungnahmen zu politischen und gesellschaftlichen Fragen politische und theologische Meinungen mit dem Anspruch vertritt, dies seien Gewißheiten des christlichen Glaubens. Denn solche Meinungen können und dürfen nicht mit der Autorität des Wortes Gottes vertreten werden.

Und gewiß ist die Warnung eines evangelischen Theologen, der sich in vielfältiger Weise mit Fragen der politischen Ethik beschäftigt hat, zu beherzigen: „Die Kirche muß sich davor hüten, für politische Überzeugungen theologische Begründungen liefern zu wollen“ (Erwin Wilkens). Erst recht ist es nicht Sache der Kirche, in eigener Zuständigkeit politische Programme oder Konzepte aufzustellen und mit der Vollmacht ihres Amtes öffentlich zu vertreten oder gar unter Ausnutzung ihres kirchlichen Amtes unmittelbar als Träger politischer Aktionen aufzutreten.

Was die Kirche in den großen politischen Fragen tun sollte und in einer Anzahl von Stellungnahmen und Aktionen auch getan hat, ist vor allem ein seelsorgerischer Dienst, ist Schärfung des Gewissens, ist Hilfe und Anleitung, die Wirklichkeit ohne Haß, ohne Angst und ohne Selbsttäuschung im Lichte des Evangeliums immer wieder neu zu sehen und neu zu durchdenken. In dieser Funktion kann die Kirche unserem Gemeinwesen einen wichtigen Dienst leisten. Diesen Dienst erwarten wir evangelischen Christen von der Kirche. Von ihm gehen wertvolle Impulse aus für unser öffentliches Leben.

Ähnliches können wir feststellen für das große Engagement der evangelischen Kirche im sozialen Aufgabenfeld, in der Diakonie und in der Kirche für den fernen Nächsten, für die hier die Stichworte „Brot für die Welt“ und „kirchlicher Entwicklungsdienst“ genügen mögen.

Doch gibt es Grund zu betonen, daß gerade das Eintreten der Kirche im Raum des Politischen und Sozialen auch zu manchem fragwürdigen Aktionismus und kurzschlüssigem Engagement geführt hat. Ein evangelischer Pastor, eben noch gefeiert in Medien, von der Schar seiner Anhänger und Mitläufer für sein höchst problematisches Auftreten im Talar auf der Großbaustelle eines Kernkraftwerks, steigert nun seine Agitation mit der öffentlichen Erklärung, die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik müßten sich „endlich massiv an die Seite derer stellen, die den Umweltschutz und den Kampf gegen die Atomenergie auf ihre Fahnen geschrieben haben“. Wo das nicht geschehe, sollten die Christen sich durch ihren Kirchenaustritt gegen ihre Kirche entscheiden. In vielerlei Hinsicht stellt dies nach meiner Überzeugung einen Schlüsselvorgang dar, an dem sich exemplarisch zeigen läßt, wohin fanatisches, parteiisches Engagement von Amtsträgern oder Gruppen der Kirche führen kann. Es wendet sich schließlich selbstzerstörerisch gegen die Kirche und beweist damit, daß dies nicht mehr Dienst im Geist und Auftrag des Evangeliums ist.

Vielleicht ist dieser Vorgang auch ein dringlicher Hinweis für Bischöfe und Kirchenleitungen, rechtzeitig und wirksam das zu tun, was „die Sorge für die Einheit und das Wachstum der Kirche im Glauben und in der Liebe“ (Art. 88 der nordelbischen Kirchenverfassung) in derartigen Fällen gebietet. Es ließe sich dann sicher auch schon früher erkennen, daß hier „die rechte Verbindung von lebendiger Verkündigung, dem Dienst der Liebe und theologischer Arbeit“ – um noch einmal die nordelbische Kirchenverfassung zu zitieren – längst verlorengegangen ist.

Es ist wohl begründet, wenn die kirchlichen Ordnungen und Verfassungen – auch die neuesten unter ihnen – heute die Sammlung der Gemeindemitglieder um Wort und Sakrament an die erste Stelle der Aufgaben der Kirche stellen. Erst danach sprechen sie von der Förderung der Gemeinschaft unter ihren Gliedern, der Unterweisung im christlichen Glauben und dem Dienst am Nächsten, der ökumenischen Zusammenarbeit, der Arbeit in der Diaspora, der Mission und – schließlich – dem „Dienst der Kirche in Öffentlichkeit und Gesellschaft“.



Zuweilen hatte es demgegenüber in spektakulärsten Aktionen den Anschein, als solle die Kirche nur noch durch politische Parteinahme in der Öffentlichkeit und der Gesellschaft wirken, als sei dies ihr erstes und wichtigstes Arbeitsfeld. Hier wird der Auftrag der Kirche falsch gewichtet und die Glaubwürdigkeit ihres Dienstes insgesamt auf Spiel gesetzt. Gerade die Hinwendung der Kirche zur Welt ist nur möglich und legitim in der Bindung an das Evangelium ...

Dabei erkennen wir an, daß der Kirche auch gegenüber dem Mißbrauch staatlicher Macht und Gewalt ein kritisches Wächteramt zukommt. Denn daß in der Ausübung von Macht Gefahren und Versuchungen liegen und daß Macht und Gewalt pervertiert und mißbraucht werden können, ist eine historische Erfahrung und theologische Einsicht. Gerade deshalb bejahen wir unsere freiheitlich-demokratische und rechtsstaatliche Verfassungsordnung, weil sie die Gewalten teilt, die Machtausübung bindet an die Geltung des Rechts und sie darüber hinaus der Kontrolle durch Parlament, Gerichte und die freie öffentliche Meinung unterwirft. Dies müssen wir mit Entschiedenheit betonen gegenüber einer neuen, auch im kirchlichen Bereich erkennbaren Strömung, die zum Teil in außerordentlich kritischer Distanz zur staatlichen Macht überhaupt steht und mit „bürgerlichem Ungehorsam“, „gewaltfreiem Widerstand“, „Gegengewalt“ und ähnlichen Begriffen ihr Mißtrauen, ja ihre Ablehnung und ihren Widerstand gegen alle staatliche rechtmäßige Gewaltausübung artikuliert, auch wo sie zum Schutz der Freiheit und des Rechts unerlässlich ist. Wir sagen demgegenüber, daß Ungehorsam gegen Gesetze und Widerstand erst eine letzte Möglichkeit darstellen, eine ultima ratio, deren Voraussetzungen in der Bundesrepublik Deutschland prinzipiell nicht gegeben sind.

Es würde den Rahmen unserer Betrachtungen an dieser Stelle überschreiten, wollten wir hier, wo wir kirchliche Erklärungen und Stellungnahmen zum Verständnis des Staates und der Legitimität staatlicher Gewaltanwendung und ihr Verhältnis zu den politischen Grundüberzeugungen der Union erörtern, die Debatte über die Ursachen des Terrorismus aufnehmen. Ich will hierzu nur eine Bemerkung im Anschluß an die schon zitierte Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland machen. Es heißt dort, das Aufkommen des Terrorismus in unserem Land weise auf Versäumnisse und Fehlentwicklungen hin, an denen alle Gruppen unserer Gesellschaft beteiligt seien. Namentlich hervorgehoben wird dabei die Tatsache, „daß wir dem einseitig konfliktbetonten Verhalten in unserer Mitte nicht deutlich genug entgegengetreten sind“. Für diese sehr zutreffende Diagnose ist die Evangelische Kirche in Deutschland von verschiedenen Seiten angegriffen und getadelt worden. Ich benutze deshalb diese Gelegenheit, um zu betonen, daß die Christlich Demokratische Union hinter dieser Auffassung des Rates der Evangelischen Kirche steht und es anerkennt, daß er dies so klar und freimütig „allen Gruppen unserer Gesellschaft“ gegenüber ausgesprochen hat ...

Es wäre aufschlußreich, diese vergleichende Analyse<sup>13</sup> auch auf andere zentrale Themen zu erstrecken: Ehe und Familie, elterliches Sorgerecht, Jugendhilfe, die Rechtstellung freier und gemeinnütziger Träger im sozialen Bereich und im Gesundheitswesen. Wir stellen hier in den letzten Jahren zunehmend Übereinstimmung zwischen den Aussagen der Leitungsgremien der Evangelischen Kirche und den Programmen der Unionsparteien fest.

Aber wir haben in der jüngsten Zeit bei weltanschaulich kontroversen Fragen auch erlebt, daß die Auffassungen der kirchlichen Organe und die Vorstellung großer Teile der evangelischen Bevölkerung keineswegs deckungsgleich sind. Dies entspricht der individualistischen und pluralistischen Eigenart des Protestantismus. Die eingangs erwähnten Folgen der Säkularisation verstärken diese Tendenz.

Niemand kann heute sagen, ob die geistige und geistliche Prägekraft des Christentums und der Kirche in unserem Volk wieder zunimmt. Die jüngste innere Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gibt an sich in dramatischer Weise Anlaß zu einer prinzipiellen Neubesinnung. Wir sollten dabei nicht nur auf das Prinzip Hoffnung setzen, sondern mit aller Kraft für eine geistige und politische Erneuerung in unserem Land arbeiten, für seine Zukunft in Frieden und Freiheit.

13. Ausführung im Vorhergehenden zur Kritik am Ziel eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums als Voraussetzung der Entwicklungshilfe.



Der Hauptvortrag von Prof. Dr. Trutz Rendtorff (München) auf der genannten Tagung des EAK suchte das protestantische Proprium politischer Verantwortung im konsequenten Eintreten für die Freiheit. Dabei wurde deutlich, daß die Konvergenz zwischen evangelischer Theologie und demokratischem Staat zwar im Grundsätzlichen nicht strittig ist, wohl aber bei den Konkretionen der Freiheit, z.B. im Blick auf die staatliche Überprüfungspraxis gemäß dem sogenannten Extremistenbeschluß.

#### PROF. DR. TRUTZ RENDTORFF: WIR PROTESTANTEN – POSITIONEN HEUTE

*Vom 29. April 1978 (Auszug)<sup>14</sup>*

Es geht heute um die Institutionen der Freiheit. Grundrechte und Verfassung, Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Demokratie bilden die Struktur einer empirischen Freiheitswirklichkeit. Das mag im politischen Alltagskampf und in der Auseinandersetzung um die Macht oft verdunkelt werden. Aber diese Struktur empirischer Freiheitswirklichkeit stellt doch eine Form bereit, in der gerade das christliche Verständnis der Freiheit mit seiner spezifischen Begründung von Unabhängigkeit und sozialer Verantwortung seinen Ausdruck finden kann und findet. Protestantische Positionen heute – das heißt deswegen auch die Mitarbeit an einer politischen Kultur, in der die Institutionen der Freiheit durch die freie Stützung dieser Institution von innen her lebendig erhalten werden. Kultur, auch politische Kultur, vollzieht sich als ein Prozeß der Differenzierung und der steigenden Komplexität aller Lebensverhältnisse. Sie läßt sich deswegen nicht auf einen einfachen dogmatischen Nenner bringen. Darum muß politische Kultur dem Gegengewicht elementarer Sinnhaltungen Raum geben. Sie kann nicht ohne das klare Bewußtsein letzter Verbindlichkeiten leben. Wenn die Zustimmung zu den Institutionen des Gemeinwesens allein von materiellen Vorteilen und Versprechungen abhängt, ist es um sie schlecht bestellt. Nicht ohne Grund wird heute die Frage diskutiert, ob eine Demokratie liberalen Zuschnitts auch in Zeiten existieren kann, in denen die Zustimmungsbereitschaft der Bürger nicht über das Angebot ökonomischen Wachstums eingeworben werden kann. Insofern entscheidet der Streit um die Wirklichkeit der Freiheit heute auch über die Zukunft der Freiheit. Das heißt nicht, in neuer Weise für einen christlichen Staat zu plädieren. Aber es scheint mir doch der richtige Zeitpunkt dafür gekommen zu sein, eine öffentliche Verständigung darüber herbeizuführen, daß die Institutionen der Freiheit vom Verantwortungsbewußtsein der Bürger abhängig sind. Der Maßstab dieses Verantwortungsbewußtseins kann nicht allein das Interesse an Selbstverwirklichung sein. Ich bin überzeugt davon, daß die öffentliche Geltung des Christentums sehr viel mit der Zukunft der Freiheit zu tun hat.

Es ist gang und gäbe geworden, den politischen Radikalismus von rechts und von links mit Ausdrücken wie „neue Heilslehren“, „politischer Messianismus“, „neue Glaubensbewegung“ zu belegen. Diese neue, säkular-politische Religionskritik folgt dem Gespür dafür, daß politische Programme und Bewegungen mit Versprechen ausgestattet sein können, die von ihnen bei vernünftiger Einschätzung der menschlichen Fähigkeiten nicht einlösbar sind. Was mich wohl gleichwohl an dieser Charakterisierung stört, ist die dabei häufig mit-schwingende Überzeugung, es wäre für uns alle besser, wenn es keine Heilslehre, keine aus Glauben motivierten Überzeugungen und keine religiösen Hoffnungen gäbe. Genau das ist die eigentliche Schwäche eines platten Freiheitsgedankens und einer nur scheinbar aufgeklärten Welthaltung. Ich verstehe darum den Protest derer, die nicht mehr zu sehen vermögen, von welcher tieferen Verpflichtung das politische Handeln geleitet ist und worin die Autorität der Freiheit besteht, die überall in Anspruch genommen wird. Ein Gemeinwesen, das sich auf Freiheit zu gründen sucht, ist deswegen schlecht beraten, wenn es das nicht ernst nimmt.

Aber ich will auch eine andere Frage nicht verschweigen. Ist das Ja zu den Institutionen

14. Ebd. (A. 10) S. 34–36.

der Verfassung, des Rechts, der sozialen Verantwortung, zu einer politischen Kultur verantworteter Freiheit, heute tatsächlich ein protestantisches Ja? Hat nicht die Kritik am Bestehenden für viele die Rolle einer neuen christlichen Selbstverständlichkeit erlangt? Herrscht nicht so etwas wie ein negativer Konsens über die Gesellschaft, in der wir leben? Hat das Lösungswort „Das Bestehende ist immer das Böse“ nicht den ureigenen Klang protestantischer Kritik? Dagegen halte ich die Erinnerung daran, die sowohl theologisch wie politisch gilt: In den Jahren vor 1933 mußte man fürs Bestehende sein, wenn man gegen die Nazis war. In vielen Diskussionen begegnet man heute immer wieder dem Argument: Eine kritische Distanz gegenüber dem Staat und seinen Institutionen sei deswegen geboten, damit es uns nicht so ergehe, wie „damals“. Das klingt ein bißchen wie die Haltung des Mannes, der einmal in einen falschen Zug gestiegen ist und deswegen, statt den Fahrplan genau zu studieren, sagt, auf die Eisenbahn ist überhaupt kein Verlaß. Für den deutschen Protestantismus ist heute die Frage zu entscheiden, ob eine freie Identifikation mit einem Gemeinwesen, dessen Institutionen nach dem Maße einer rechtsstaatlichen und liberalen Demokratie mit zahlreichen Einrichtungen sozialer Verantwortung aufgebaut sind, nicht ein Gebot der Wahrhaftigkeit ist. Oder was sollten sonst die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, aber auch die Erfahrungen mit eigenen Verweigerungen schon gegenüber der Weimarer Republik besagen? Es muß jedenfalls nachdenklich stimmen, daß die Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Terrorismus überhaupt als programmatisch empfunden werden konnte. Der einleitende Satz dieser Erklärung vom September vergangenen Jahres lautete bekanntlich: „Die Evangelische Kirche in Deutschland bejaht unseren Staat, in dem wir leben“. Sicher, es gibt Gründe gegen eine unbesonnene Selbstgewißheit, gerade für den deutschen Protestantismus, wenn man an seine deutsch-deutsche Situation denkt. Die vorsichtigen Schritte, mit denen die „Kirche im Sozialismus“ ihren Standort abzustecken sucht, sind ja geleitet von dem Vertrauen darauf, daß ein Staat unter der Herrschaft einer Partei, die den Atheismus zum Programm erhoben hat, dennoch Funktionen wahrnimmt und wahrnehmen muß, die er sich nicht selbst beilegt, sondern die ihm aufgegeben sind. Wir können und sollen nicht für andere entscheiden. Aber die Verbundenheit mit den Christenmenschen im anderen Teil Deutschlands wird nicht dadurch dokumentiert, daß man in Halbheit und Unsicherheit gegenüber der eigenen, klar bestimmbar Verantwortung schwankt. Gerade wer die Institutionen der Freiheit als Ort der ethischen Verantwortung begreift, wer darum die Reideologisierung der Politik mit ihren systemverändernden Parolen in der jüngsten Vergangenheit fürchten gelehrt hat, muß daran interessiert sein, daß diese Republik auch in den Mitteln, mit denen sie verteidigt wird, den Grundsätzen entspricht, nach denen sie beurteilt sein will.

Das Problem, konkrete Politik an christlichen Maximen zu orientieren, begegnet zugespitzt nicht nur dort, wo Theologen die Lösung bestimmter politischer Fragen aus dem Evangelium ableiten, sondern auch dort, wo Politiker sich auf „das Christliche“ zu Legitimierungs- und Motivierungszwecken berufen. Parteiprogramme stellen in dieser Hinsicht mit dem ihnen eigenen deklamatorischen Pathos eine Äußerungsform dar, bei der die unumgängliche Divergenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit mitbedacht werden muß. Die CDU verabschiedete nach umfangreichen, sorgfältigen Vorbereitungen auf ihrem Bundesparteitag in Ludwigshafen ein unter die Grundwerte „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“ gestelltes Grundsatzprogramm, welches mit seiner Bezugnahme auf einen christlichen Begründungsrahmen ein auch kirchengeschichtlich interessantes Dokument darstellt. Allerdings sind hier die Hinweise auf die Berührungen mit christlichen Motiven gegenüber dem Programmentwurf von 1976 etwas abgeschwächt worden<sup>15</sup>. Das Christliche, so betonte CDU-Generalsekretär Dr. Heinrich Geißler,

15. Ausführliche Dokumentation in: R. v. Weizsäcker (Hg.): CDU-Grundsatzdiskussion, München 1977 (Goldmann-Sachbuch 11191); dort S. 247–288 der Entwurf von 1976.

sei kein Schwert, um den politischen Gegner zu schlagen, sondern gebe die Kraft, über Tagesmehrheiten hinaus Zukunftsfragen anzupacken; einen Monopolanspruch auf christliche Verantwortung erhebe die CDU nicht. Insgesamt be-  
saßen in den Parteitagsdiskussionen die theologischen Implikationen keinen ge-  
ringen Stellenwert<sup>16</sup>. So kam z.B. der Begriff Nächstenliebe erst in diesem Zu-  
sammenhang ins Programm.

## GRUNDSATZPROGRAMM DER CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS

*Vom 23./25. Oktober 1978 (Auszug)<sup>17</sup>*

### *Präambel*

#### *Volkspartei*

1. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Volkes. Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.

#### *Sozial, liberal, konservativ*

2. Im Jahre 1945 hat die CDU einen neuen Anfang in der deutschen Parteiengeschichte gesetzt. Als Volkspartei ist sie die Antwort auf die Zerissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Freiheit und Menschlichkeit sollen sich nicht wieder in verhängnis-  
voller Gegnerschaft zwischen sozialen, liberalen und konservativen politischen Strömungen verlieren. Konfessionelle Gegensätze sollen überwunden werden. Die CDU gibt dafür das Beispiel. Die Menschen in Deutschland haben verstanden, daß die Zeit der Klassenkämpfe und Gesinnungskriege vorbei ist. Sie sind dem Aufruf gefolgt, den geistigen und materiellen Wiederaufbau gemeinsam in Angriff zu nehmen.

#### *Bewahren und Erneuern*

3. Soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen im eigenen Land stellen uns ebenso wie die internationalen Beziehungen vor immer neue Herausforderungen. Unsere politische Aufgabe besteht darin, Bewährtes zu schützen und neue Perspektiven politischen Handelns zu entwickeln, um den Wandel in Freiheit zu bewältigen.

#### *Toleranz und Führung*

4. Die CDU will unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele ver-  
binden. Politisches Handeln zum Wohle des ganzen Volkes verlangt Führung und die Be-  
reitschaft zum Kompromiß. Von jedem wird der Wille zur Solidarität gefordert, jeder hat  
aber auch den Anspruch auf Toleranz für seine persönliche Überzeugung. Offenheit und  
Partnerschaft sind Merkmale der Volkspartei und Vorbild für das Zusammenleben aller im  
Staat.

#### *Christlicher Glaube und Politik*

5. Aus christlichem Glauben läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber  
er gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwort-  
liche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nicht-  
christen möglich.

16. Vgl. den Bericht in epd-ZA Nr. 208 vom 26.10.1978, S. 8f.

17. Sonderdruck, hg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn 1978, S. 5f. Zur Fort-  
setzung dieses Auszugs (über die Grundwerte) s.o. S. 83ff.

## *I. Das Verständnis vom Menschen*

### *Würde des Menschen*

6. Wir bekennen uns zur Würde des Menschen. Würde und Leben des Menschen – auch des ungeborenen – sind unantastbar. Die Würde des Menschen bleibt unabhängig von seinem Erfolg oder Mißerfolg und unberührt vom Urteil des anderen. Wir achten jeden Menschen als eine einmalige und unverfügbare Person.

### *Verantwortung vor Gott*

7. Der Mensch ist zur freien Entfaltung im Zusammenleben mit anderen geschaffen. Seine Freiheit beruht auf einer Wirklichkeit, welche die menschliche Welt überschreitet. Der Mensch verdankt sie weder sich selbst noch der Gesellschaft. Er ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Seinem Bedürfnis, sich und der Welt einen Sinn zu geben, kann er aus eigener Kraft nicht gerecht werden. Der Mensch ist zur sittlichen Entscheidung befähigt. Er steht in der Verantwortung vor seinem Gewissen und damit nach christlichem Verständnis vor Gott. In verantworteter Freiheit sein Leben und die Welt zu gestalten, ist Gabe und Aufgabe für den Menschen.

### *Nächstenliebe*

8. Der Mensch ist auf Zusammenleben mit anderen – vornehmlich in festen sozialen Lebensformen – angelegt. Sein Leben verkümmert, wenn er sich isoliert oder im Kollektiv untergeht. Sein Wesen erfüllt sich in der Zuwendung zum Mitmenschen, wie es dem christlichen Verständnis der Nächstenliebe entspricht.

### *Gleichberechtigung*

9. Mann und Frau sind gleichberechtigt und auf Partnerschaft angewiesen.

### *Konfliktlösung*

10. Unterschiede der Meinungen und Interessen können zu Konflikten führen. Sie sollen offen und in gegenseitiger Achtung ausgetragen und dadurch fruchtbar gemacht werden.

Im Streit um den besten Weg muß jeder seinen Standpunkt selbst verantworten. Kein Mensch verfügt über die absolute Wahrheit. Widerstand gilt daher denen, die ihre begrenzten Überzeugungen anderen aufzwingen wollen.

### *Irrtum und Schuld*

11. Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren. Sie läßt uns den Menschen nüchtern sehen und gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß.

...

### *Ethik und Religion*

43. Die Schule soll dem jungen Menschen helfen, einen religiösen und ethischen Standpunkt zu finden. Sie darf seinen Fragen nach dem Sinn des Lebens nicht ausweichen. Den Glauben an Gott kann sie nicht erzwingen.

...

### *Kirchen und Religionsgemeinschaften*

120. Wir bekennen uns zur Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Wir fördern ihren Beitrag, ihre Mitverantwortung und ihre Mitgestaltung



für das Gemeinwohl. Entscheidend ist die gesicherte Freiheit der Verkündigung, die sich auf die Existenz des ganzen Menschen bezieht.

Das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre eigenen Angelegenheiten autonom zu ordnen, muß ebenso unantastbar bleiben wie ihre Freiheit, sie in der Gesellschaft zu verwirklichen. Wir anerkennen die vorbildlichen Leistungen der Kirchen im praktischen Dienst am Nächsten und werden ihren Fortbestand sichern.

### *Freie Träger*

121. Freie Träger leisten unentbehrliche Dienste. Freie Träger verhindern ein staatliches Monopol. Sie ermöglichen den Wettbewerb im Angebot und bieten den Bürgern die Möglichkeit der Wahl. Wir werden die freien Träger deshalb weiterhin unterstützen und stärken.

Der Staat trägt die Beweislast für die Notwendigkeit, neue Aufgaben als staatliche Aufgaben zu übernehmen. Wo immer möglich, sollten öffentliche Aufgaben durch Private und freie Träger erfüllt werden, ohne daß diese öffentlichen Aufgaben dadurch zu deren Privatangelegenheit werden.

### *Verbände*

122. In einer freien Gesellschaft bestimmen die Verbände ihre Aufgaben im Rahmen der geltenden Rechtsordnung selbständig. Ein Verbändegesetz lehnen wir ab. Die Prinzipien der Demokratie gelten aber auch für die innerverbandliche Verfassung. Je größer die Organisationen werden, um so wichtiger wird auch der Schutz der Meinungsvielfalt und der Minderheiten. In einer pluralistischen Gesellschaft soll keine Organisation umfassende Zuständigkeit beanspruchen.

Zur Selbsteinschätzung der CDU hinsichtlich des „Christlichen“ bemerkte deren Vorsitzender Dr. Helmut Kohl in einem Interview mit den „Evangelischen Kommentaren“<sup>18</sup>:

*Kommentare:* Wenn man die politische Praxis Ihrer Partei beobachtet, kann man zu dem Eindruck kommen, daß ihre christliche Komponente unter einem eher konservativen Vorzeichen steht, daß Sie sich also vornehmlich dafür einsetzen, vorgegebene Ordnungen und Strukturen zu verteidigen.

*Kohl:* Ich bin überhaupt nicht bereit, Ihre Definition von „konservativ“ zu akzeptieren. In der CDU sind ja drei große Traditionen in gleicher Weise wirksam, die christlich-soziale, die liberal-freiheitliche und die konservative Idee. Die CDU wäre nicht mehr die CDU, wenn auch die konservative Idee der Geschichte nicht einen gleichen Rang hätte. Was Sie unter „konservativ“ definiert haben, wäre eine rein reaktionäre Betrachtung, die ich entschieden ablehne.

*Kommentare:* Würden Sie statt dessen Ihrem christlichen Verständnis auch eine progressive Tendenz zusprechen?

*Kohl:* Abgesehen von dem gewaltigen Etikettenschwindel, der mit diesen Begriffen getrieben wird, kann ich nur sagen, Fortschrittlichkeit messe ich nicht zuletzt daran, inwieweit wir dem Auftrag des Christen gerecht werden, die Welt, in der wir leben, schöpferisch zu gestalten. Das geht doch nur, wenn die Forderung von Freiheit und Solidarität in eine vernünftige Übereinstimmung gebracht wird. Daß Freiheit nicht schrankenlos ist, sondern im Dienst am Nächsten und in der Solidarität ihre klare Begrenzung finden muß – unter diesem Gesichtspunkt haben wir das progressivste Programm, das es überhaupt gibt.

Parallel zur Arbeit der CDU beschäftigte sich die konservativere CSU ebenfalls mit Grundsatzüberlegungen<sup>19</sup>. Eine Kommission „Kirche und Staat“ ihres Landes-

18. EvK 11, 1978, S. 735–738; Zitat dort S. 736.

19. Vgl. Die Grundsatzdiskussion in der CSU I, Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung 12, München 1977.

vorstandes erstellte in diesem Zusammenhang ein Diskussionspapier, das sich der speziellen Frage nach dem Verhältnis zu „der Kirche“ widmete – was die eigentümliche Schwierigkeit (gerade in Bayern!) aufwarf, ob ein gleichsinniges Verhältnis zur evangelischen wie zur katholischen Kirche möglich sei. Dem Problem, deren unterschiedliche ekklesiologische und theologische Voraussetzungen zu berücksichtigen, suchte man durch eine gemischte Zusammensetzung der Kommission zu begegnen: als Theologen die Professoren Horst Bürkle, Wilhelm Kasch, Georg Kretschmar (ev.) sowie Eugen Biser, Alfons Fleischmann, Anton Rauscher (kath.); als Politiker u.a. die Minister Karl Hillermeier (ev.) und Hans Maier (kath.). In der Öffentlichkeit stieß das Papier auf eine weitgehend kritische Resonanz.

## ZUM VERHÄLTNIS VON KIRCHE UND CHRISTLICH-SOZIALER UNION

*Ein Diskussionspapier*

*Vom 29. Mai 1978<sup>20</sup>*

Seit dem Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition im Jahre 1969 läßt sich ein verstärkter Einfluß ideologischer Elemente in politischen Entscheidungen beobachten. An die Stelle einer Politik, die auf den Wertgrundlagen unserer Verfassung aufbaute und sich auf breite Zustimmung aller demokratischen Kräfte stützen konnte, sind unter der Kennzeichnung gesellschaftlicher Reformen Vorhaben in Angriff genommen worden, die eine innere Veränderung unseres Staates anstreben. Sie stellen vor allem für die christliche Kirche eine neue Lage dar. Deren politische Selbstbescheidung, die sich auf die Ordnung der staatskirchenrechtlichen Beziehungen beschränkte, erwies sich als nicht mehr möglich. Die Kirchen sahen sich angesichts der Ideologisierung der Politik vor die Notwendigkeit gestellt, ihr Verhältnis zu den die Gesellschaft bestimmenden Kräften neu zu ordnen.

Aber auch für die Unionsparteien war damit eine neue Lage gegeben. Die Auseinandersetzung mit den Zielvorstellungen der ideologisch begründeten Reformvorhaben mußte mit Notwendigkeit Fragen nach der Funktion des Christlichen in der Politik nach dem Spielraum, den die christliche Grundlage gewährte und nach dem Verhältnis christlicher Parteien zu den Kirchen aufwerfen.

Die vom Landesvorstand der CSU eingesetzte Kommission „Kirche und Staat“ hat in dieser Lage dem Vorstand der Partei am 29. Mai 1978 einige Ergebnisse der Beratung dieser Fragen vorgelegt.

### *I. Zur Bedeutung des christlichen Menschenbildes*

1. Die geistige Krise unserer Zeit hat in zunehmendem Maße zu einer Infragestellung der im Grundgesetz verankerten *absoluten Geltung der Würde des Menschen* für das Handeln von Staat und Gesellschaft geführt. Auch viele Christen sind in unkritischer Anpassung an die moderne Welt unsicher geworden, ob das im christlichen Glauben begründete Menschenbild noch gültig und für christliches Handeln verbindlich ist. Die Diskussion um das Recht auf Leben, um die Institution Ehe und Familie, um Erziehungsinhalte und -ziele zeigt, daß die Gültigkeit dieses Menschenbildes keine gesicherte Verständigungsbasis mehr darstellt.

Die Kommission möchte auf diese Gefahr hinweisen. Sie bittet die Partei darum, sowohl bei ihren Mitgliedern als auch in dem weiten Feld der politischen Bewußtseinsbildung ständig an die tragende Bedeutung des christlichen Menschenbildes zu erinnern.

2. Unsere Partei ist von dieser Infragestellung aber auch selbst betroffen. Es droht die Gefahr einer inneren Auszehrung, die gerade in Zeiten des Erfolges leicht übersehen werden kann. Infolgedessen sollte die CSU in ihrer Parteiarbeit auf die Konsequenzen ihres Men-

20. Vgl. z.B. W. Allgaier in DZ Nr. 31 vom 20.7.1978, S. 20; E. Stammler in DS Nr. 31 vom 30.7.1978, S. 1; K. Obermayr in LM 17, 1978, S. 506.

schenbildes hinweisen. Insbesondere muß sich daraus der Wille zu echter Solidarität ergeben, der sich um gegenseitige Annahme, Verständigung und Förderung bemüht. Es geht darum, in den ethischen und politischen Aussagen der Partei und in der Erziehung den Zusammenhang zwischen dem christlichen Menschenbild und unseren politischen Grundeinstellungen deutlich zu machen. Dazu gehören Treue, Dienst, Opfer, Verzicht, Hingabe, Hilfs- und Verantwortungsbereitschaft und so unverzichtbare Lebensräume wie Heimat, Vaterland und Staat.

3. Der christliche Glaube erkennt und anerkennt den Menschen als Ebenbild Gottes und darum als Person. Deshalb begreift er ihn als Träger und Ziel allen gesellschaftlichen Lebens.

Das allein befähigt den Menschen, sein Leben in die eigene Hand zu nehmen, indem er sich ehrlich zu seiner Vergangenheit bekennt, die Gegenwart verantwortlich gestaltet und trotz aller Belastungen und Enttäuschungen in der Hoffnung auf Zukunft lebt. Daraus gewinnt er Vertrauen und Kraft, in der politischen Gemeinschaft Macht und Liebe, Freiheit und Gerechtigkeit auf dem Wege der Selbstbestimmung zu verwirklichen ohne ungerechte Gewalt und menschenunwürdigen Zwang.

Die CSU sollte in ihrer Öffentlichkeitsarbeit, besonders bei ihrer Selbstdarstellung in den Medien (Presse, Funk, Fernsehen) auf diese Zusammenhänge hinweisen und damit auch die Beweggründe ihrer politischen Entscheidungen zum Ausdruck bringen.

## *II. Die Beziehung zwischen CSU, Staat und Kirche*

1. Das politisch wirksame christliche Verständnis des Menschen und der Gemeinschaft ist die unverrückbare Grundlage einer christlichen Partei. Dieses Verständnis ist eine Gabe der Kirche an die Politik und verliert ohne deren Botschaft und soziale Arbeit seine Grundlage. Für die CSU ergibt sich daraus der Auftrag, die kirchlichen Dienste und Werke zu unterstützen.

2. Die CSU ist weder Kirche noch Staatspartei, sondern der Zusammenschluß von Menschen mit übereinstimmenden politischen Zielvorstellungen. Gerade wegen ihrer Bindung an christliche Grundwerte lehnt sie jede Form von Totalitarismus ab und bejaht den weltanschaulich neutralen, aber wertgebundenen Staat unseres Grundgesetzes.

Eine Partei kann, im Unterschied zum Staat, weltanschaulich nicht neutral sein, weil die Bestimmung und Verwirklichung politischer Ziele immer mit dem Menschenbild und den grundlegenden Wertentscheidungen verbunden ist.

Die CSU leitet daraus nicht den Anspruch ab, die Partei aller Christen zu sein. Sie versteht das „C“ vielmehr als Kennzeichnung der sie bestimmenden religiösen Entscheidungen und als verpflichtende Norm.

## *III. Folgerungen für das Verhältnis der CSU zur Kirche*

1. Es werden heute Bedenken laut, ob die Kirchen noch in der Lage sind, die christlichen Werte und das christliche Menschenbild so zu vermitteln, daß diese im politischen Bereich wirksam werden können. Für die CSU ist dies eine abwegige Meinung. Gerade als christliche Partei steht sie für den unabhängigen und eigenständigen Auftrag der Kirchen in unserer Gesellschaft ein. Gewiß gibt es auch in den Kirchen unterschiedliche politische Meinungen. Daraus folgt aber nicht, daß die Kirchen zum Ort der Austragung solcher politischer Gegensätze werden dürfen. Eine politische Partei darf sich nicht zur Auslegerin christlichen Glaubens und Lehrens machen; umgekehrt dürfen auch die Kirchen kein allgemein politisches Mandat für sich in Anspruch nehmen, wohl aber das Recht, zu parteipolitischen Entscheidungen kritisch Stellung zu nehmen.

2. Die CSU muß um Gespräche mit den Kirchenleitungen, Pfarrern und kirchlichen Gruppierungen bemüht sein. Wo dieses Menschenbild durch Äußerungen von Vertretern der Kirche gefährdet ist, hat die CSU das Recht und die Pflicht zu kritischer Rückfrage. Nur so kann sie den Kirchen deutlich machen, wie wichtig ihr die Vermittlung des christlichen Menschenbildes für unseren Staat und seine Gesellschaft erscheint. Dabei sollte sie allerdings im Zeitalter des Pluralismus und der Sucht nach sensationellen Formulierungen einzelne Pfarrer oder Gruppen an ihren spezifischen kirchlichen Auftrag erinnern.



3. Für das Verhältnis der CSU zur Kirche ist die Mitarbeit der CSU-Mitglieder auf den verschiedenen Ebenen des kirchlichen Handelns sehr wichtig. Abgesehen von ihrer eigenen Bedeutung verhindert sie, daß die politische Dimension des christlichen Glaubens in Vergessenheit gerät und daß politisch radikale Gruppen lautstarke Minderheiten bilden können.

#### *IV. Zur Auseinandersetzung der CSU mit radikalen theologischen Positionen und ihren Vertretern*

1. In der Gegenwart finden sich Richtungen, die eine gefährliche Politisierung der Kirche vertreten. In Überschreitung des kirchlichen Auftrages und in Mißachtung des christlichen Menschenbildes werden hier zum Schaden der Kirche und unseres Gemeinwesens christliche Verkündigung und sozialistische Politik miteinander vermengt. Hier darf die CSU nicht schweigen. Sie muß mit diesen Gruppen eine entschlossene geistig-politische Auseinandersetzung führen, in der sie die Unvereinbarkeit des christlichen Menschenbildes mit jedem Kollektivismus deutlich macht.

2. Die CSU muß sich ferner kritisch mit dem weit verbreiteten „apolitischen Christentum“ befassen. Ein Glaube, der jeden Bezug zur Gesellschaft ablehnt und Christsein als reine Innerlichkeit versteht, isoliert nicht nur die Kirche von der Gesellschaft; er erkennt auch die religiösen Motive politischen Handelns und öffnet radikalen Tendenzen Tür und Tor.

3. Es gehört zu den unaufgebbaren Grundsätzen einer demokratischen Partei, im politischen Kampf der Meinungen Person und Sache zu unterscheiden. Neben der Auseinandersetzung mit den theoretischen Positionen radikaler und weltflüchtiger Christlichkeit müssen daher intensive Gespräche mit den Anhängern dieser Richtungen aufgenommen werden.

#### *V. Praktische Hinweise*

1. Die Gespräche der CSU mit den Spitzen beider Kirchen in Bayern sollten fortgeführt werden. Hierzu sollten auch die Mitglieder der Kommission „Kirche und Staat“ eingeladen werden.

2. Auch ein regelmäßiges Gespräch der Bezirksverbände mit den Kirchen ist dringend erforderlich.

3. Es wäre von großem Nutzen, wenn sich die Abgeordneten von Bund und Land einmal im Jahr bei den Zusammenkünften der Pfarrer eines Dekanates für eine interne Diskussion zur Verfügung stellen würden.

4. Von großer Bedeutung ist der regelmäßige Kontakt aller Parteigremien mit den Pfarrgemeinderäten, den Regionalräten und Diözesanräten, bzw. den Kirchenvorständen, Dekanats- und Landessynodalen. Das gleiche gilt für den Kontakt mit den hauptamtlichen Mitarbeitern der Kirche.

5. Besonders wichtig ist eine ständige Repräsentanz der CSU bei den Tagungen der konfessionellen Akademien in Bayern.

6. Die theologischen Fakultäten und kirchlichen Hochschulen müssen verstärkt in den Bereich unserer Information und Kontaktpflege einbezogen werden. Wichtig ist weiter die Beobachtung und Auseinandersetzung mit den konfessionellen Studentengemeinden und den jungen Theologen in den Seminaren.

7. Besonders fruchtbar ist der Kontakt und die Unterstützung der kirchlichen Sozialarbeit und der kirchlichen Dienste. Durch regelmäßige Besuche sollte diese unentbehrliche Arbeit anerkannt und gefördert werden.

8. Die kirchliche Presse erbringt einen wichtigen Beitrag zur Meinungsbildung im geistig-religiösen und politischen Bereich. Redakteure und Journalisten der Kirchenpresse verdienen Unterstützung und Information.

9. Die „Politischen Studien“ sollten sich regelmäßig auch der grundsätzlichen religiösen Fragen und ihrer Auswirkung auf das politische Leben annehmen.

10. Die Akademie für Politik und Zeitgeschehen in der Hanns-Seidel-Stiftung sollte gemeinsam mit der Kommission „Kirche und Staat“ eine Tagung für Mandatsträger durchführen, in der wichtige Punkte des Verhältnisses von Kirche und CSU diskutiert werden.



Angeichts der labilen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag erklären sich viele Äußerungen von Politikern über Christentum und Kirche auch aus dem Versuch, ihrer Partei das evangelische Wählerreservoir möglichst günstig zu erschließen. Dabei spielt es eine Rolle, daß rund zwei Drittel der SPD-Wähler evangelisch sind, während bei der CDU/CSU den über 55 Prozent katholischen Wählern nur knapp 45 Prozent evangelische gegenüberstehen.

Der Umstand, daß grundsätzliche Äußerungen zu dem hier dokumentierten Thema aus den Reihen der SPD und der FDP weit spärlicher zu verzeichnen sind, mag auch mit dem fast störungsfreien Verhältnis der SPD zur evangelischen Kirche zusammenhängen, welches seit einigen Jahren besteht und ein historisch bemerkenswertes Phänomen ist. Für viele Evangelische, zumal für viele Pfarrer erscheint heute die SPD als diejenige Partei, zu der sie eine besondere programmatische Affinität empfinden. In Bonn übertrifft der politische Einfluß der evangelischen Kirche denjenigen der katholischen inzwischen auf fast allen Entscheidungsebenen (mit Ausnahme der oppositionellen CDU/CSU). Die SPD bemüht sich – schon aufgrund ihrer Herkunft über den Verdacht erhaben, eine kirchliche Interessenvertretung zu üben – weiterhin um ein gutes partnerschaftliches Verhältnis, wie z.B. aus dem folgenden Interview der „Evangelischen Kommentare“ mit dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und Bremer Bürgermeister erhellt.

#### BÜRGERMEISTER HANS KOSCHNICK ÜBER DAS VERHÄLTNIS VON POLITIK UND KIRCHE

*Vom 7. August 1978<sup>21</sup>*

*Koschnick:* Die Frage, die uns neben der aktuellen Bewältigung der ökonomischen Probleme am stärksten beschäftigt, lautet: Wie muß die Politik für morgen und übermorgen aussehen, und welchen Wertgehalt hat sie? Hier sind wir auf einen kritischen Dialog mit den Kirchen besonders angewiesen. Hier brauchen wir – nicht nur in sozialen Fragen – kritische und partnerschaftliche Bindungen.

In der Theorie sind wir weiter als in der Praxis; aber es zeigt sich immer stärker, daß auch in unseren Städten begriffen wird, daß der Dialog nur eine Möglichkeit ist, die Praxisbezüge für das Suchen nach besseren Wegen aber die glaubwürdigere Antwort darstellen. Wir haben Jahre damit zu tun gehabt, überkommene Vorstellungen von Kommunalisierung abzubauen und falsche Vorstellungen vom Vorrang der „freien Träger“ zu korrigieren. Ich bin ein überzeugter Anhänger von partnerschaftlichen Bindungen unter gleichen materiellen Voraussetzungen, um aus den nachprüfbaren Inhalten und Ergebnissen der Arbeit heraus festzustellen, wer in der Lage ist, die jeweils bessere Arbeit zu leisten. Wir haben eine Menge von anderen gelernt; dieses Lernenkönnen ist etwas, worauf ich setze.

*Kommentare:* Und worin drückt sich das aus?

*Koschnick:* Hier komme ich zum zweiten, worauf ich setze: Daß ein wenig von jenem protestantischen Bewußtsein bleibt, sich selbst in Frage zu stellen und vieles von dem, was man als Prinzipien vor sich herträgt, immer wieder darauf abzuklopfen, ob sie wirklich heute noch bewirken, was sie einmal ausgesagt haben. Ich glaube nicht daran, daß man mit Antworten von gestern wirklich für die Aufgaben von morgen zurecht kommt.

Und drittens wird bei uns immer klarer gesehen: Wir können in den politischen Parteien, auch in der SPD, keine Menschenbilder formen, sondern haben von Wertvorstellungen auszugehen, die jeder einzelne mitbringt, für die er eintritt und die uns vorgegeben sind. Wir

---

21. Teil eines Interviews in EvK 11, 1978, S. 539–542.

haben die Arbeit so auszurichten, daß keiner in seiner Vorstellung von dem, was der Mensch sein soll, verletzt wird.

*Kommentare:* Dies bricht sich mit der Absicht des Evangelischen Arbeitskreises der CDU, das christliche Menschenbild in den Kirchen stärker zur Geltung zu bringen.

*Koschnick:* Ich hoffe nicht, daß das zu einer Konfrontation zwischen den Parteien führt. Ich halte die jetzige, zuletzt von der CDU artikulierte Form der Aussage, zwar nicht die Partei der Christen sein, aber dafür sorgen zu wollen, daß in christlichen Kirchen die Verkündigung in einer Form geschieht, die dem christlichen Menschenbild entspricht, nicht für einen Parteiauftrag. Ich befürchte, daß hier von bestimmten Parteien eine Zensurkompetenz in Anspruch genommen wird; wir werden uns nicht daran beteiligen. Wir haben uns früher dagegen gewehrt, von den Kirchen zensiert zu werden, und wir werden umgekehrt alles dagegen tun, unsererseits die Kirchen zu zensieren.

*Kommentare:* Sie haben vorhin im Blick auf die Grundwerte-Debatte Erwartungen an die Kirche ausgesprochen. Wie könnte und sollte ein solcher Beitrag aussehen?

*Koschnick:* In unserer Grundwerte-Diskussion haben wir bereits einige Beiträge und Hilfen durch evangelische und katholische Theologen bekommen. Gerade die Sinnvermittlung dessen, was für den Menschen und die Gemeinschaft notwendig ist, kann glaubwürdig bekundet werden von denen, die in der Sache nicht vom Materialismus herkommen, sondern einen transzendenten Auftrag haben. Ich hoffe und erwarte, daß wir hier Anstöße erhalten, die wir sicherlich nicht alle werden übernehmen können, bei denen wir aber jedenfalls gezwungen werden, darüber nachzudenken, ob das, was wir heute an neuen Antworten auf die Frage nach den Grundwerten finden, nicht vielleicht doch wieder verkappter Neomaterialismus ist. Hier gefordert und zur Selbstüberprüfung aufgefordert zu werden, gehört für mich zu den wichtigsten Erwartungen, die ich im Augenblick an die evangelische Kirche habe.

#### 4. INDIVIDUELLE FREIHEIT UND STAATLICHE ORDNUNG

Zwischen der Freiheit des Einzelnen gegenüber dem Staat, die durch die Grundrechte geschützt wird, und der Verteidigung der staatlichen Grundordnung gegenüber Extremisten, die die geltende Staatsordnung beseitigen wollen, besteht seit Gründung der Bundesrepublik ein Spannungsverhältnis, welches stets Anlaß zu Konflikten gegeben hat. Seitdem die Ministerpräsidenten der Bundesländer sich mit dem Bundeskanzler am 28. Januar 1972 im Zusammenhang der Abwehr des Terrorismus auf Grundsätze für das Verfahren bei der Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst einigten (auf den sogenannten Extremistenbeschluß, fälschlich auch als „Radikalenerlaß“ bezeichnet), nimmt die Kirche an der Diskussion über die Sinnhaftigkeit dieser Vereinbarung und die Auswirkungen der damit gesetzten Überprüfungspraxis teil. Angesichts der Polemik gegen „Berufsverbote“, der Angstreaktionen in der Jugend, der in Einzelfällen bedenklichen Handhabung jenes Beschlusses, der unterschiedlichen Praxis der Bundesländer und der Unsicherheit vieler Politiker im Blick auf nötige Verfahrensänderungen sah sich die EKD zu einem eigenen Vorstoß veranlaßt. Die Kammer für öffentliche Verantwortung erarbeitete im Auftrag der Synode der EKD einen ausführlichen Bericht über die Rechtslage und die Praxis seit 1950<sup>22</sup>. Der Rat der EKD nahm den Bericht am 19. Juli 1978 zustimmend

22. Vgl. BSynEKD 28, 1976, S. 387f., 471f.; BSynEKD 27, 1975, S. 338ff. Zur Diskussion in den Jahren 1975/76 vgl. epd-Dok. Nr. 12/1976 (Die Kirche und die Radikalen).

entgegen und empfahl den Gliedkirchen, ihn bei Besprechungen mit den zuständigen Länderbehörden zu berücksichtigen.

Es ging der Öffentlichkeitskammer nicht um konkrete Vorschläge für das Verfahren, sondern um die Klärung grundsätzlicher Fragen im Vorfeld solcher Regelungen. Sie versuchte, die unterschiedlichen, infolge der harten Polarisierung kaum mehr vermittelbaren Positionen miteinander ins Gespräch zu bringen, die Berechtigung der jeweiligen Argumente abzuklären und eine generelle Öffnung zu größerer Liberalität anzubahnen. Kritiker des Gutachtens bemängelten, daß die Kirche hier wieder einmal zu allgemein und unverbindlich gesprochen habe. Andere Stimmen dagegen sahen den Wert der abgewogenen Stellungnahme gerade darin, daß die Kirche sich in der als „Atmosphäre der Angst“ gekennzeichneten Situation zum für alle Partner ernstzunehmenden Anwalt der Jugend mache. Die politischen Parteien begrüßten den Bericht als eine geeignete Gesprächsbasis für den Versuch, zu einer übereinstimmenden gesetzlichen Regelung zu kommen. Diese ließ allerdings auf sich warten.

## BERICHT DER EKD-KAMMER FÜR ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG: ZUR FRAGE DER BESCHÄFTIGUNG VON EXTREMISTEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST

*Vom Juli 1978 (Auszug) <sup>23</sup>*

### *7. Überlegungen zur kirchlichen Mitverantwortung:*

7.1. Das Problem der Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst hat in gewissem Umfang im innerkirchlichen Bereich eine Parallele gefunden. Hier wird seit einer Reihe von Jahren die Frage erörtert, ob die Mitgliedschaft in einer extremistischen Partei (sei es faschistischer, sei es marxistisch-leninistischer Ideologie) mit dem Dienst als Pfarrer in einer der Gliedkirchen der EKD vereinbar sei. Im Zusammenhang der hier vorgelegten Überlegungen ist zunächst darauf hinzuweisen, daß diese Frage nicht nach denselben Gesichtspunkten beurteilt werden kann, die für die Entscheidung über die Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst maßgebend sind. Denn während dem Staatsbeamten gemäß den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums eine besondere Treuepflicht gegenüber dem Staat und seiner Verfassung obliegt, kann der Staat für die Pfarrer aus ihrem kirchlichen Amt keine derartige besondere Treuepflicht ableiten. Der Staat kann dem Pfarrer nicht mehr und auch nicht weniger Rechte und Pflichten beilegen als jedem Bürger. Die besondere Situation von Pfarrern, die Staatsbeamte sind (z.B. Religionslehrer, Militärpfarrer), bleibt hiervon unberührt.

Die Gesichtspunkte, unter denen ein parteipolitisches Engagement von Pfarrern unter Wahrung der Grenzen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu beurteilen ist, ergeben sich also nicht aus den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums, sondern ausschließlich aus dem kirchlichen Auftrag. Auch die besonderen Pflichten und Verantwortungen, die dem Pfarrer im gesellschaftlichen und politischen Bereich zukommen, ergeben sich aus dem christlichen Glauben und dem kirchlichen Auftrag. Es ist nicht die Aufgabe der folgenden Überlegungen, diese Gesichtspunkte im einzelnen zu erörtern; denn die innerkirchliche Fragestellung darf aus den genannten Gründen nicht mit der Frage der Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst verquickt werden und bedarf deshalb einer gesonderten Behandlung.

7.2. Von diesem innerkirchlichen Problem zu unterscheiden ist die Frage, welche Gesichtspunkte die Kirche in die allgemeine politische Diskussion über die Ausschaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst einzubringen hat. Das Schwergewicht eines kirchlichen Beitrags kann nicht in Vorschlägen zur Ausgestaltung der Verwaltungspraxis und der

---

23. Vollständiger Text in epd-Dok. Nr. 34/1978.



rechtlichen Verfahren im einzelnen, sondern muß vor allem in Beiträgen zur Klärung grundsätzlicher Fragen bestehen.

Die Kirche tritt nachdrücklich für die Freiheit der politischen Überzeugung ein; denn diese ergibt sich aus der Gewissensfreiheit, welche gerade für eine christliche Betrachtung einen unaufgebbaren Kern des Menschenrechtsgedankens ausmacht. In der Thesenreihe der Kammer für öffentliche Verantwortung über „die Menschenrechte im ökumenischen Gespräch“ vom September 1975 heißt es in diesem Zusammenhang: Christen haben dafür einzutreten, „daß jedem Menschen das Recht zuerkannt und gesichert wird, seine – religiöse oder nichtreligiöse – Überzeugung frei und öffentlich zu äußern, zu wechseln und allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu bekunden. Mit ihrem Eintreten für Religionsfreiheit anerkennen Christen und Kirchen zugleich den Anspruch auf allgemeine Gedanken- und Gewissensfreiheit in Gesellschaft und Staat, die sie ihrerseits selbst zu achten haben. Mit ihrem Eintreten für die Religionsfreiheit als Menschenrecht bezeugen Christen und Kirchen, daß Staat und Gesellschaft kein grenzenloses Recht gegenüber dem Menschen haben“ (These 13). Hieraus ergibt sich, daß Einschränkungen der politischen Überzeugungs- und Meinungsfreiheit auch gegenüber bestimmten Berufsgruppen auf das für das Funktionieren des demokratischen Rechtsstaats unerläßliche Minimum beschränkt bleiben müssen.

7.3 Es steht außer Frage, daß sich jeder Staat vor den Gefahren für seine verfassungsmäßige Ordnung schützen muß, die dadurch entstehen, daß Personen, die die Abschaffung dieser verfassungsmäßigen Ordnung zum Ziele haben, wichtige Positionen des öffentlichen Dienstes besetzen. Diese Notwendigkeit aber muß mit der fundamentalen Bedeutung des Rechts auf politische Überzeugungs- und Meinungsfreiheit so weit wie irgend möglich zum Ausgleich gebracht werden. Diesen Grundsatz müssen Verfahren zur Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst durch Nachfrage beim Verfassungsschutz berücksichtigen.

Eine klare Begrenzung der Überprüfungspraxis ist vor allem deshalb notwendig, weil deren allzu weitgehende Ausdehnung in eine Beschränkung der offenen und öffentlichen Diskussion einschlägt; diese aber ist ein Wesenselement der Demokratie. Der Ausschuß der EKD-Synode für Kirche, Gesellschaft und Staat hat in seinem Bericht vom November 1975 unterstrichen, daß „übermäßige Sicherungsmaßnahmen die Freiheit ersticken“. Er hat hinzugefügt: „Für eine Demokratie ist laues Mitläufertum ebenso gefährlich wie Extremismus. Wir bitten daher die staatlichen Organe, auch bei der Abgrenzung gegen den Extremismus die Überlegenheit der demokratischen Ordnung glaubwürdig zu praktizieren.“

7.4. Die Befürchtungen, die vor allem in der jungen Generation durch die Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst geweckt werden, haben deshalb in den letzten Jahren besondere Intensität angenommen, weil sich in dieser Zeit durch die wirtschaftliche Entwicklung die Ausbildungs- und Berufsaussichten in weiten Bereichen erheblich verschlechtert haben. Die wirtschaftliche Entwicklung und das Ausmaß der Überprüfungspraxis zusammen haben in Teilen der jüngeren Generation eine Atmosphäre der Angst erzeugt, durch die die Bereitschaft zu offener Diskussion sowie zu politischer und gesellschaftlicher Mitverantwortung erheblich beeinträchtigt wird. Die Kirche kann um so eher versuchen, dieser Atmosphäre der Angst entgegenzuwirken, je klarer die Grenzen der Überprüfungspraxis bestimmt und je eindeutiger das anzuwendende Verfahren geregelt ist. Insbesondere muß sichergestellt sein, daß nicht zeitlich lange zurückliegende Vorgänge als solche als Ausschließungsgrund herangezogen werden, ohne daß die Frage ausreichend geprüft wird, ob sich bei dem Bewerber eine Einstellungsänderung vollzogen hat. Junge Menschen haben von jeher der jeweils geltenden Ordnung kritisch gegenübergestanden und immer wieder ein besonders ausgeprägtes Gefühl für Ungerechtigkeit, eine besonders genaue Empfindung für die Spannung zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit eines politischen Gemeinwesens entwickelt. Schon deshalb ist es nicht zu rechtfertigen, zeitlich weit zurückliegende Äußerungen oder Verhaltensweisen zum Vorwurf zu erheben und daraus einen Hinderungsgrund für die Übernahme in den öffentlichen Dienst abzuleiten. Zudem sollte zwischen der Radikalität, mit der insbesondere Angehörige der jungen Generation auf Ungerechtigkeit aufmerksam machen, auf der einen Seite und der Verfolgung verfassungswidriger Ziele auf der anderen Seite sorgfältig unterschieden werden.

Die gegenwärtige Überprüfungspraxis hat die Atmosphäre der Angst, die unter Teilen



der jungen Generation sich ausgebreitet hat, wenn nicht verursacht so doch verstärkt. Es ist mit besonderem Nachdruck zu fordern, daß bei denjenigen Überprüfungen, die um der Funktionsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaats willen unerlässlich sind, ein Höchstmaß an Rechtssicherheit, an Klarheit der Beurteilungskriterien und an Durchsichtigkeit des Verfahrens gewährleistet ist.

#### 8. Zielvorstellungen:

Die Kammer für öffentliche Verantwortung empfiehlt dem Rat der EKD und den Leitungen der Gliedkirchen, bei ihren von der Synode angeregten Gesprächen mit den staatlichen Stellen folgenden vorzutragen:

Die evangelische Kirche teilt die Auffassung der Regierungen des Bundes und der Länder, daß Extremisten nicht im öffentlichen Dienst tätig sein dürfen. Sie steht hinter der Erfüllung dieses Verfassungsgebots, warnt jedoch vor Überreaktionen. Um der in der Extremistenfrage zu beobachtenden Verunsicherung weiter Kreise der Öffentlichkeit, insbesondere der Jugend entgegenzuwirken, sollten nach Auffassung der Kammer für öffentliche Verantwortung bei den Gesprächen mit den staatlichen Stellen die folgenden Zielvorstellungen verfolgt werden, über die in der Kammer für öffentliche Verantwortung allerdings keine volle Einmütigkeit zu erreichen war; in einzelnen Fragen stehen sich auch nach eingehenden Beratungen Meinung und Gegenmeinung gegenüber.

8.1 Das Verfahren zur Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst – sei es im Beamten-, sei es im Angestelltenstatus – auf ihre Verfassungstreue muß optimal rechtsstaatlich ausgestaltet sein. Darunter verstehen wir:

- Jeder Bewerber für den öffentlichen Dienst, an dessen Verfassungstreue zu Zweifeln Anlaß besteht, soll durch eine Anfrage beim Verfassungsschutz überprüft werden. Bei allen anderen Bewerbern für den öffentlichen Dienst soll der Verfassungsschutz nicht stets befragt werden, sondern nur dann, wenn die nachgewiesene Verfassungstreue des Bewerbers wesensnotwendig für die sachgerechte Erfüllung der Aufgaben (z.B. im Sicherheitsbereich) ist, die ihm jetzt oder, soweit bereits voraussehbar, in Zukunft übertragen werden sollen.
- Dem steht in der Kammer eine Gegenmeinung gegenüber, die zwar den vorstehend entwickelten Grundsätzen nicht widerspricht, die aber vor allen großen Hoffnungen warnt. Die Notwendigkeit z.B., Dienstgeheimnisse vor Verfassungsfeinden zu schützen, den Staat im Konfliktfall gegen Sabotageakte im technischen Bereich zu sichern, die Indoktrination von Jugendlichen durch verfassungsfeindliche Lehrer zu verhindern usw., dürfte nur wenige Kategorien von Dienstposten übriglassen, in denen die Verfassungstreue von Bewerbern nicht im Regelfall auch ohne substantiierte Zweifel geprüft werden muß.
- Auf eine Regelvermutung, die Mitgliedschaft in einer Partei oder Vereinigung mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung begründe Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers und rechtfertige dessen Ablehnung, soll verzichtet werden. Eine solche Regelvermutung bringt die Gefahr mit sich, in der Verwaltungspraxis zur Automatikregelung in der Weise verkürzt zu werden, daß man sich mit der Feststellung der Mitgliedschaft begnügt und darauf verzichtet, eine Gesamtbeurteilung des Bewerbers vorzunehmen, wie sie das Bundesverfassungsgericht vorschreibt. Auch schafft eine solche Regelvermutung Mißtrauen und begründet Zweifel an der Objektivität staatlichen Handelns. Schließlich bedarf es ihrer nicht, wie die Überprüfungspraxis lehrt, um Verfassungsfeinde aus dem staatlichen Dienst fernzuhalten.
- Die in der Kammer vertretene Gegenmeinung stimmt mit dem vorgenannten Vorschlag darin überein, daß die Frage der Regelvermutung zahlenmäßig von verhältnismäßig geringer Bedeutung ist. Doch würde eine Praxis, die den freiwilligen Beitritt zu solchen Vereinigungen, deren verfassungsfeindliche Zielsetzung für den Beitretenden erkennbar ist, gleichsam als unerheblich behandeln wollte, in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorrufen, als weiche der Staat den im Grundgesetz verankerten Grundsatz der streitbaren Demokratie auf. Selbstverständlich muß auch bei Anerkennung der Regelvermutung jeder Einzelfall geprüft werden (darin stimmen alle Parteien in der Bundesrepublik Deutschland überein). Zur Begründung von Zweifeln an der Verfassungstreue

eines Bewerbers muß es aber ausreichen, daß er einer erkennbar verfassungsfeindlichen Vereinigung beigetreten ist, ohne daß er Tatsachen benennen kann, aus denen sich die ernsthaftige Möglichkeit ergibt, daß er damit andere als verfassungsfeindliche Ziele (z.B. das Ziel der Durchsetzung einer verfassungstreuen Entwicklung in einer noch umkämpften Organisation) verfolgt hat (Beweis des ersten Anscheins).

- Das Verfahren zur Überprüfung der Verfassungstreue sollte erst eingeleitet werden, wenn die Einstellung tatsächlich beabsichtigt ist. Eine solche Maßnahme mag zwar zu Verzögerungen der Einstellung führen, sollte man aber gerade in Zeiten verknappter Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten in Kauf nehmen, um der weit verbreiteten Annahme – ob berechtigt oder nicht, mag dahinstehen – zu begegnen, andere Gründe würden bei der Ablehnung der Anstellung vorgeschützt, in Wirklichkeit sei die politische Haltung des Bewerbers nicht genehm.
- Die in der Kammer vertretene Gegenmeinung bestreitet auch dieser Forderung eine gewisse Berechtigung nicht. Sie weist aber darauf hin, daß Personalentscheidungen in praxi auf vielerlei verschiedenen und oft eng miteinander verflochtenen Überlegungen, Einschätzungen und Prognosen beruhen; diese lassen sich auch beim besten Willen nicht so klar voneinander trennen, wie es der vorstehende Vorschlag voraussetzt. Die Überprüfung eines Bewerbers auf seine Verfassungstreue sollte gewiß nicht ganz am Anfang, sie kann aber auch nicht erst ganz am Ende des oft sehr komplexen Entscheidungsvorgangs stehen. Der gegebene Zeitpunkt dürfte die Einbeziehung eines Bewerbers in die „engere Wahl“ sein; in diesem Zeitpunkt müssen alle entscheidungserheblichen Tatsachen erhoben werden.
- Dringend nötig ist eine baldige gesetzliche Regelung der Zulassung zu den Monopolausbildungsverhältnissen; hierzu ist der Gesetzgeber durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 verpflichtet.
- In Anlehnung an den Gedanken der Verjährung sollten Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden nicht zur Ablehnung eines Bewerbers für den öffentlichen Dienst führen, soweit es sich um einmalige, längere Zeit zurückliegende Vorfälle, insbesondere um sogenannte Jugendsünden handelt und das vom Bewerber gewonnene Persönlichkeitsbild eine positive Prognose erlaubt.
- Nötig erscheint auch eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit von Parteien und Regierungen in doppelter Hinsicht:

Der Bevölkerung muß noch deutlicher als bislang aufgezeigt werden, daß die staatlichen Organe zwar ein weites Ermessen bei ihrer Entscheidung haben, ob sie eine Partei, die nach ihrer Überzeugung extremistische Ziele verfolgt, verbieten lassen wollen oder ob sie einem förmlichen Parteiverbotsverfahren die politische Auseinandersetzung mit ihr für ausreichend und für das wirkungsvollere Mittel zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung halten mit der Folge, daß die mit allgemein erlaubten Mitteln arbeitende parteioffizielle Tätigkeit der Funktionäre und Anhänger dieser Partei hingenommen werden muß. Ebenso deutlich muß gesagt werden, daß dies aber nur für den normalen Status des politischen Aktivbürgers in der Gesellschaft gilt, nicht dagegen für den Bürger in seiner besonderen rechtlichen Stellung als Beamter; daß die staatlichen Organe also keinerlei Ermessensspielraum haben, wenn es um die Einstellung von Funktionären oder Anhängern einer solchen verfassungsfeindliche Ziele verfolgenden Partei in den öffentlichen Dienst geht, sondern daß der Staat die strikte Pflicht hat, solche Personen vom öffentlichen Dienst fernzuhalten bzw. sie aus ihm zu entfernen.

Zum anderen sollten Aufgaben und Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden der Bevölkerung deutlicher als bisher gemacht werden, um der weit verbreiteten Annahme zu begegnen, der Verfassungsschutz würde gezielt Material für die Einstellungsüberprüfung in den öffentlichen Dienst sammeln und auswerten.

8.2 An die Parteien und Regierungen sollte appelliert werden, im Interesse einer baldigen Lösung des Extremistenproblems die in den letzten Jahren in erschreckendem Maße gestiegene politische Konfrontation abzubauen, die Diskussion zu versachlichen, mehr Toleranz gegenüber Andersdenkenden aufzubringen, im Interesse des Gemeinwohls gemeinsame Lösungen zu finden und damit die so oft beschworene „Solidarität aller Demokraten“ tatsächlich auch zu praktizieren.

Die jahrelange Diskussion um das Verfahren bei der Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern gemäß Art. 4,3 und 12a GG (Problem der „Gewissensprüfung“) und um die Frage der rechtlichen Gleichstellung von Kriegsdienst und Zivildienst führte 1977 – nicht zuletzt angesichts der rapide steigenden Zahlen von Kriegsdienstverweigerern – zu einer von der sozial-liberalen Koalition befürworteten Änderung des Gesetzes über die Anerkennungspraxis, die einen weitgehenden Wegfall des Prüfungsverfahrens vorsah. Aufgrund einer Verfassungsklage der Bundestagsmitglieder der CDU/CSU und der Landesregierungen von Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz setzte das Bundesverfassungsgericht am 15. Dezember 1977 das Gesetz außer kraft und erklärte es mit seinem Urteil vom 13. April 1978 für verfassungswidrig: Die Novelle zum Wehrpflicht- und Zivildienst verstoße gegen das Prinzip der Wehrgerechtigkeit, weil sie nicht verhindere, daß auch solche Kriegsdienstverweigerer freigestellt würden, die sich nur formal auf ihr Gewissen beriefen, und weil durch das Mißverhältnis zwischen der hohen Zahl der Verweigerer und der geringen Zahl der Zivildienstplätze die Chance für „Drückeberger“ steige, überhaupt nicht zum Dienst herangezogen zu werden; demgegenüber müsse die Echtheit der Gewissensentscheidung entweder durch eine genaue Kontrolle oder durch die Bereitschaft zu einer zeitlich größeren Belastung durch den Zivildienst bewiesen werden.

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT: LEITSÄTZE ZUM URTEIL  
BETR. WEHRPFLICHTGESETZ UND ZIVILDIENTSGESETZ

*Vom 13. April 1978<sup>24</sup>*

1. Die von der Verfassung geforderte militärische Landesverteidigung kann auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, aber – sofern ihre Funktionstüchtigkeit gewährleistet bleibt – verfassungsrechtlich unbedenklich beispielsweise auch durch eine Freiwilligenarmee sichergestellt werden.

2. Die allgemeine Wehrpflicht ist Ausdruck des allgemeinen Gleichheitsgedankens. Ihre Durchführung steht unter der Herrschaft des Art. 3 Abs. 1 GG.

3. Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen sind gemäß Art. 12a Abs. 2 in Verbindung mit Art. 4 Abs. 3 GG von Verfassungs wegen vom Wehrdienst nach Art. 12a Abs. 1 GG befreit.

4. Der Kerngehalt des Grundrechts aus Art. 4 Abs. 3 GG besteht darin, den Kriegsdienstverweigerer vor dem Zwang zu bewahren, in einer Kriegshandlung einen anderen töten zu müssen, wenn ihm sein Gewissen eine Tötung grundsätzlich und ausnahmslos zwingend verbietet.

Die Ableistung von Wehrdienst außerhalb dieser Zwangslage und ihres unmittelbaren Zusammenhangs, insbesondere die Leistung von Wehrdienst in Friedenszeiten, fällt nicht schlechthin in den Kernbereich des Grundrechts aus Art. 4 Abs. 3 GG. Das Grundgesetz gibt indes durch die in Art. 12a Abs. 2 GG erteilte Ermächtigung, auf gesetzlichem Wege eine Ersatzdienstpflicht einzuführen, zu erkennen, daß es denjenigen, der den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigert, auch außerhalb des von Art. 4 Abs. 3 GG geschützten Kernbereichs, mithin grundsätzlich auch in Friedenszeiten, nicht zum Dienst mit der Waffe herangezogen wissen will.

5. Der Verfassungsgeber hat nicht eine allen Staatsbürgern – also gemäß Art. 3 Abs. 2 GG auch dem weiblichen Teil der Bevölkerung – obliegende Dienstpflicht für das allgemeine Wohl zugelassen. Der in Art. 12a Abs. 2 GG vorgesehene Ersatzdienst ist vom Grundgesetz

---

24. Vollständiger Text des Urteils in epd-Dok. Nr. 19–20/1978.



nicht als alternative Form der Erfüllung der Wehrpflicht gedacht; er ist nur Wehrpflichtigen vorbehalten, die den Dienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigern.

6. Dem Verfassungsgebot der staatsbürgerlichen Pflichtengleichheit in Gestalt der Wehrgerechtigkeit wird nicht schon dadurch genügt, daß die Wehrpflichtigen entweder zum Wehrdienst oder zum Ersatzdienst herangezogen werden. Das Grundgesetz verlangt vielmehr, daß der Wehrpflichtige grundsätzlich Wehrdienst leistet, und verbietet es deshalb, in den als Ersatz des Wehrdienstes eingerichteten Zivildienst andere als solche Wehrpflichtige einzuberufen, die nach Art. 12a Abs. 2 in Verbindung mit Art. 4 Abs. 3 GG den Dienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigern dürfen.

7. Die Wehrgerechtigkeit fordert von jeder gesetzlichen Regelung nach Art. 12a Abs. 2 GG in Verbindung mit Art. 4 Abs. 3 Satz 2 GG, daß nur solche Wehrpflichtige als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden, bei denen mit hinreichender Sicherheit angenommen werden kann, daß in ihrer Person die Voraussetzungen des Art. 4 Abs. 3 Satz 1 GG erfüllt sind. § 25a Abs. 1 WpflG n.F. genügt diesem Erfordernis nicht.

8. Wie eine gesetzliche Regelung, welche die Ausgestaltung des Ersatzdienstes als einzige Probe auf die Gewissensentscheidung eingesetzt, beschaffen sein muß, wenn sie der Verfassung entsprechen soll, hängt von zahlreichen Faktoren ab. Der Gesetzgeber hat insoweit innerhalb des von Art. 12a Abs. 2 Satz 2 und 3 GG gezogenen Rahmens volle Gestaltungsfreiheit. Außer der Pflicht, Waffendienst zu leisten, kann er alle Pflichten und Belastungen, welche die Wehrdienstleistenden treffen, in gleichem Maße auch den Zivildienstleistenden auferlegen.

9. Angesichts des Mißverhältnisses zwischen der Zahl der verfügbaren Ersatzdienstpflichtigen und der Zahl der vorhandenen und besetzbaren Einsatzplätze im Zivildienst sowie im Hinblick darauf, daß der Gesetzgeber den ihm von Art. 12a Abs. 2 Satz 2 und 3 GG für die rechtliche Ausgestaltung des Zivildienstes gezogenen Rahmen bislang nicht ausgeschöpft hat, kann die Ersatzdienstpflicht gegenwärtig nicht als eine im Verhältnis zur Wehrdienstpflicht auch nur gleichermaßen aktuelle und gleichbelastende Pflicht angesehen werden.

10. Zustimmungsbefürftig nach Art. 87b Abs. 2 Satz 1 GG ist nicht nur ein solches Bundesgesetz, das den Gesetzesvollzug einer Verwaltungsmaterie erstmals den Ländern voll entzieht und in die Bundeseigenverwaltung überführt oder das bestimmt, daß es von den Ländern im Auftrag des Bundes ausgeführt wird. Das Erfordernis der Zustimmung des Bundesrates greift vielmehr auch dann ein, wenn ein Änderungsgesetz die früher mit Zustimmung des Bundesrates in die Bundeseigenverwaltung oder Bundesauftragsverwaltung überführte Verwaltungsaufgabe so umgestaltet oder erweitert, daß dieser Vorgang angesichts des Grundsatzes des Art. 83 GG einer neuen Übertragung von Ausführungszuständigkeiten auf den Bund gleichkommt.

11. Die Änderung der Vorschriften über die Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern hat unmittelbar die grundlegende Umgestaltung des Zivildienstes zu einer nach Inhalt und Umfang alternativ neben den Wehrdienst tretenden zweiten Form eines Gemeindienstes zur Folge. Diese Qualitätsveränderung ist in § 25a WpflG n.F. unmittelbar angelegt.

12. Die in den materiell-rechtlichen Vorschriften des Wehrpflichtänderungsgesetzes angelegte neue Verschiebung von Verwaltungszuständigkeiten zu Lasten der Länder war nur mit Zustimmung des Bundesrates zulässig.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts stieß in weiten Kreisen der evangelischen Kirche auf Kritik, weil damit eine unmögliche Gewissensprüfungspraxis gefordert werde und statistische Ermessensfragen den Ausschlag gegeben hätten<sup>25</sup>. Der Rat der EKD nahm das zum Anlaß, für eine Neuregelung der Prüfungspraxis zu plädieren, welche den Zivildienst nicht diskriminiere, ohne für die umstrittene generelle Abschaffung des Prüfungsverfahrens einzutreten. Auch die Synode der EKD befaßte sich mit dem Thema und verabschiedete

25. Vgl. z.B. epd-ZA Nr. 75 vom 18.4.1978, S. 2f.; epd-Dok. Nr. 19–20/1978, S. 122ff.; EvK 11, 1978, S. 321f.



eine kritische Stellungnahme, die über das Votum des Rates durch konkretere Verfahrensvorschläge hinausging.

## ERKLÄRUNG DES RATES DER EKD ZU FRAGEN DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG AUS GEWISSENSGRÜNDEN UND DES ZIVILDIENTES

Vom 21. Juli 1978<sup>26</sup>

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland erklärte im Jahre 1952 auf ihrer Tagung in Elbingerode: „Wir sind gewillt, nicht nur in der Fürbitte vor Gott, sondern auch vor den politischen Instanzen für die einzutreten, die aus Gründen des Gewissens den Kriegsdienst verweigern.“ Der Ratschlag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur gesetzlichen Regelung des Schutzes der Kriegsdienstverweigerer vom 16. Dezember 1955 begann mit dem Satz: „Die erschreckende Ausweitung des modernen Krieges und die geschärfte Verantwortung gegenüber Waffengewalt und Krieg legen jedem Christen die Frage in das Gewissen, ob der Krieg als ein letztes Mittel der Verteidigung und die Teilnahme am Krieg oder die Vorbereitung dafür erlaubt sein kann.“

Diese Äußerungen liegen noch heute den Auffassungen der evangelischen Kirche zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zugrunde. Deshalb erklärt der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Situation nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 1978 zur Wehrpflichtnovelle des Jahres 1977:

1. Frühere Generationen haben es sich oft zu leicht gemacht, den Krieg sittlich und politisch zu rechtfertigen. Heute besteht in der Evangelischen Kirche in Deutschland Übereinstimmung darin, daß ein Krieg kein vertretbares Mittel mehr ist, politische Konflikte zwischen Staaten auszutragen. Aus dieser Übereinstimmung werden angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse in der Welt für die Unterhaltung von Streitkräften und für den Dienst in ihnen gegensätzliche Konsequenzen gezogen. Die einen sind bereit, zur Sicherung des Friedens Wehrdienst in einer Armee zu leisten; die anderen verweigern den Kriegsdienst aus Gewissensgründen und machen Gebrauch von der Möglichkeit, die für alle geltende Wehrdienstpflicht in einem besonderen zivilen Dienst zu leisten.

2. Unter der Last dieser Gegensätze hat eine langjährige Diskussion in der evangelischen Kirche zu der Überzeugung geführt, daß für beide Entscheidungen, Friedensdienst entweder mit oder ohne Waffen zu leisten, gute Gründe angeführt werden können. Sie sind für einen Christen möglich und sind deshalb auch im kirchlichen Handeln zu respektieren. Die Kirche begleitet daher den Soldaten in der Militärseelsorge mit ihrem Dienst; sie tritt zugleich dafür ein, daß der vom Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen zu leistende Ersatzdienst als sozialer Friedensdienst gestaltet wird und darin seine eigene Bedeutung bekommt.

3. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantiert in Artikel 4 Abs. 1 die Unverletzlichkeit des Gewissens und gesteht damit die Freiheit zu, nach dessen als unbedingt verpflichtend erfahrenen Geboten handeln zu dürfen. Die gegenwärtige Diskussion zeigt erneut, daß es in unserer Gesellschaft kein übereinstimmendes Gewissensverständnis gibt. Daher steht der Staat vor der Notwendigkeit, Unterschiede im Gewissensverständnis in Rechnung zu stellen. Der Rat wiederholt deshalb, was er schon im Ratschlag geltend machte, „daß für den evangelischen Christen die Stimme des Gewissens in einer konkreten Lage wahrnehmbar wird und nicht an allgemeinen Maßstäben zu messen ist“. Die aus dem Gewissen abgeleiteten Normen führen zu einem zwingenden Gebot. Sie bleiben aber in ihrer konkreten Gestalt auf die Besonderheiten der Situation bezogen, in der eine bindende Entscheidung getroffen wird.

4. Da die Feststellung, daß ein Wehrpflichtiger berechtigt ist, den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern, bis zu einer gesetzlichen Neuordnung weiterhin von Prüfungsausschüssen, Prüfungskammern und Verwaltungsgerichten zu treffen ist, erinnern wir daran, daß alle Parteien vor der Novellierung des Wehrpflichtgesetzes die An-

26. epd-Dok. Nr. 34/1978, S. 28–30.

sicht vertreten, die bisherigen Verfahren seien einer Verbesserung bedürftig. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich aus der unbestrittenen Tatsache, daß Gewissensentscheidungen nicht objektivierbar und juristisch nicht nachweisbar sind. Für die Überprüfung im Rahmen der jetzigen Feststellungsverfahren wiederholen wir die Bitte des Ratschlags von 1955, „den Kreis der Gewissensbedenken, denen Gehör geschenkt wird, nicht eng oder gar schematisch abzustecken“. Das menschliche Gewissen ist für das Zusammenleben in der Gemeinschaft ein so hohes Gut, daß sowohl einem Mißbrauch wie einer Verletzung zu wehren ist. Darum sind Staat und Gesellschaft verpflichtet, dem Gewissen des jungen Menschen mit Respekt zu begegnen. Neue Richtlinien für die Arbeit der Prüfungsgremien müssen die Gewähr dafür bieten, daß die bisherigen Mängel der Feststellungsverfahren überwunden werden. Die evangelische Kirche beauftragt auch in Zukunft Beistände; sie treten dafür ein, daß Gewissensbedenken junger Menschen ausreichend zur Geltung kommen.

5. Soweit die Bereitschaft zum Zivildienst als „Probe auf die Gewissensentscheidung“ gewertet wird, darf die Regelung dieses Dienstes nicht zu einer moralischen und gesellschaftlichen Sonderstellung im Sinne einer menschlichen Abwertung derjenigen Wehrpflichtigen führen, die das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in Anspruch nehmen. Der Ort des Einsatzes und die Art der Unterbringung sollen allein durch den Charakter des Dienstes bestimmt werden. Die Kirche und ihre Diakonie sind weiterhin bereit, Plätze für den Einsatz von Zivildienstleistenden im Sinne eines sozialen Friedensdienstes zur Verfügung zu stellen.

Die evangelische Kirche wird weiterhin darauf aufmerksam machen, daß die notwendige Entscheidung des einzelnen Wehrpflichtigen das Ergebnis einer Auseinandersetzung mit der sittlichen Verpflichtung sein muß, dem Frieden unter den Menschen und Völkern zu dienen. In dieser gemeinsamen Aufgabe müssen der Dienst mit Waffen in den Streitkräften und der Dienst ohne Waffen im Zivildienst übereinstimmen.

#### KUNDGEBUNG DER SYNODE DER EKD ZU FRAGEN DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG AUS GEWISSENSGRÜNDEN

*Vom 10. November 1978<sup>27</sup>*

Die Synode begrüßt die Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zu Fragen der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und des Zivildienstes vom 21. Juli 1978. Sie sieht darin eine Bestätigung der bisherigen Stellungnahmen von Synode und Rat.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 1978 ist das frühere Prüfungsverfahren wieder in Kraft, das für die Betroffenen eine schwere Belastung darstellt. Die Synode wiederholt, was sie in Elbingerode 1952 erklärte: „Wir sind gewillt, nicht nur in der Fürbitte vor Gott, sondern auch vor den politischen Instanzen für die einzutreten, die aus Gründen des Gewissens den Kriegsdienst verweigern.“

Darum bitten wir den Gesetzgeber dringend, das Anerkennungsverfahren unverzüglich neu zu regeln. Jede Verzögerung zerstört Vertrauen junger Menschen in unserem Staat. Wir bleiben bei der Forderung von Coburg 1973, daß die Gewissensprüfung in der gegenwärtigen Form des Anerkennungsverfahrens entfällt. Der Zivildienst muß inhaltlich als eine eigenständige und gleichwertige Alternative zum Wehrdienst ausgestaltet werden.

Der Rat wird gebeten, diese Vorstellungen bei der Bundesregierung zu vertreten und in die Beratungen der politischen Parteien einzubringen.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist die Diskussion um das Gewissensverständnis neu entflammt. Es bestehen Zweifel, ob die Begründung des Urteils mit dem evangelischen Verständnis von Gewissen vereinbar ist. Auch sonst herrscht weithin Unsicherheit über die Bedeutung des Gewissens für wichtige Lebensentscheidungen. Darum

---

27. BSynEKD 30, 1978, S. 513f.

wird der Rat beauftragt, Leitlinien über das evangelische Verständnis von Gewissen zu erarbeiten und weiterzugeben.

Bis zur Neuordnung des Verfahrens bitten wir die Verantwortlichen in den Prüfungsgremien, den Kreis der Gewissensbedenken, denen Gehör geschenkt wird, nicht eng oder schematisch abzustecken.

## 5. LEISTUNGSGESELLSCHAFT UND BILDUNGSPOLITIK

Die psychischen und sozialen Schäden, die das an einem veräußerlichten Leistungsdenken orientierte Bildungs- und Beschäftigungssystem der Bundesrepublik (nicht zuletzt durch eine problematische Verbindung sämtlicher Erziehungs- und Bildungsvorgänge mit ökonomischen Aspekten) produziert, liegen auf der Hand. Erstmals seit ihrem Bestehen nahm die EKD in einer Denkschrift grundsätzlich und eingehend zur Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung Stellung<sup>28</sup>. Aktueller Anlaß dazu war die seit Jahren diskutierte Problematik des Leistungsprinzips als der neuen, geheimen Religion der industriellen Gesellschaft (so der Psychologe Erich Fromm), insbesondere die innerkirchliche Pauschalverdammung von „Konsumterror“ und „Leistungsdruck“ als Signaturen einer gestreßten Gesellschaft sowie die Folgen einer Vergötzung des Leistungsdenkens für das Wertgefüge, die individuelle Lebenseinstellung und die Gesundheit der Bevölkerung. Der Rat der EKD beauftragte deswegen die Kammer für soziale Ordnung mit der Ausarbeitung einer Denkschrift, die einen Beitrag für die politische Diskussion und eine Orientierungshilfe für die Gemeinden leisten sollte. Nach intensiver vierjähriger Arbeit präsentierte die Kammer (nicht der Rat, der die Denkschrift zustimmend entgegennahm, wie meistens bei Denkschriften üblich) am 26. Oktober 1978 ein Ergebnis, das wegen seiner Solidität und Ausgewogenheit weitgehende Zustimmung in der Öffentlichkeit fand. Immerhin gelang es hier der Kammer unter Vorsitz von Dr. Eberhard Müller, Vertreter ganz unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Positionen zu gemeinsamen Aussagen jenseits des Parteienstreits zu vereinen und damit einen konstruktiven, weiterführenden Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Verständigung zu liefern.

Die umfangreiche Denkschrift bringt ausführliche Passagen zur Bedeutung des Leistungsbegriffs sowie zur Kritik sowohl an der Leistungsgesellschaft als auch an der marxistischen Sicht. Vier Aspekte sind hervorzuheben, die Eberhard Müller bei der Präsentation als „unbequeme Grundthese“ gegen ideologische Einseitigkeiten bezeichnete: 1. Leistungsfeindlichkeit führt zu Kulturfeindlichkeit, denn Leistung ist, wie es in der Denkschrift heißt, „eine unabdingbare Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Kultur und Zivilisation“. – 2. Leistung an sich ist kein eigenständiger ethischer Wert und kann nur positiv gewertet werden, wenn sie für ethisch vertretbare Ziele eingesetzt wird. – 3. Leistung ohne Solidarität wird unmenschlich; deshalb kann das Leistungsprinzip nur insofern gesellschaftliche Geltung beanspruchen, als es der Solidarität unter

---

28. Frühere Denkschriften und Verlautbarungen in: Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bd. 2, Gütersloh 1978 (GTB 415).



Menschen dient. — 4. Ein marxistisches Wirtschaftssystem ist, wie die Praxis im Ostblock lehrt, abzulehnen, weil ihm die Korrekturmöglichkeiten gegenüber fehlerhaften Zuständen und Entwicklungen fehlen und weil es Gegenkräften keinen Spielraum zu Veränderungen gibt. — Im folgenden werden Ausschnitte aus den spezifisch theologischen Überlegungen und den gesellschaftspolitischen Folgerungen dokumentiert:

DENKSCHRIFT DER EKD-KAMMER FÜR SOZIALE ORDNUNG:  
SOZIALETHISCHE ÜBERLEGUNGEN ZUR FRAGE DES LEISTUNGSPRINZIPS  
UND DER WETTBEWERBSGESELLSCHAFT

*Vom Oktober 1978 (Auszug) <sup>29</sup>*

*5. Theologische Überlegungen über Leistung und Wettbewerb*

*5.1 Leistung als Beitrag zur schöpferischen Weltgestaltung  
(...)*

**Haushalter in Gottes Schöpfung**

57. Der Mensch ist eingesetzt als Haushalter zur Bewahrung und Gestaltung der Welt als Gottes Schöpfung. Dies kann in der kulturellen und wirtschaftlichen Situation, in der wir heute stehen, bedeuten, daß im volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Bereich künftig nicht weniger, sondern mehr Leistungen erbracht und abgenommen werden müssen. Von uns und von kommenden Generationen werden große Leistungen gefordert, die erst teilweise von uns in ihrem Ausmaß gesehen werden. Die Erhaltung und Wiederherstellung der Umwelt, die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, die Fülle der sozialen Dienstleistungen, die Eingliederung wachsender Jahrgänge ins Erwerbsleben sind hohe Herausforderungen an unsere Leistungsfähigkeit und -willigkeit.

**Ambivalenz der Leistung und des Wettbewerbs**

58. Weltgestaltung kann auch in Weltzerstörung umschlagen. Leistungsprinzip und Wettbewerbsgesellschaft sind Kraftfelder und Mächte, die zugleich lebensweckend und lebenszerstörend wirken können. Sie sind doppelgesichtig. Damit ist das ethische Problem der Ambivalenz gegeben. In jeder Situation stehen wir vor der Entscheidung: wie können wir angesichts dieser Doppelgesichtigkeit die richtige oder wenigstens die bessere Wertentscheidung treffen? Alles, was der Mensch entwickelt, schafft, veranlaßt und leistet, wirkt zugleich lebensschaffend und lebenszerstörend. Nicht nur die beabsichtigten Wirkungen oder die nur teilweise vorhersehbaren Nebenwirkungen unserer positiven Errungenschaften werden zum ethischen Problem. Selbst die jeweils bestmögliche gesellschaftliche Ordnung, die größte Wohltat der Medizin, der bedeutendste technische Fortschritt, haben eine Kehrseite, aus der neue Übel entstehen. Dies gilt auch für den persönlichen Bereich. Beim Überholen im Wettbewerb geht fast immer auch ein Stück menschliche Solidarität verloren. Auch, wo in fairer Weise die Regeln des Wettbewerbs eingehalten werden, ist häufig Neid und Entmutigung auf der Verliererseite, Überheblichkeit und Maßlosigkeit auf der anderen Seite die Folge.

**Ziele des Wachstums**

59. Leistung und Wettbewerb dienen der Realisierung von gesellschaftlichen Werten. Sie stellen in sich allein noch keine ethischen Werte dar. Entscheidend ist, daß Leistungen

---

29. Vollständiger Text der Denkschrift unter demselben Titel: Gütersloh 1978.



für ethisch vertretbare Ziele und Zwecke erbracht werden. Eine Leistungs- und Wettbewerbsgesellschaft, die auf Wachstum angewiesen ist, sollte mehr als bisher das Wachstum auf diejenigen Sektoren konzentrieren, bei denen keine Knappheiten natürlicher Ressourcen zu befürchten sind. Dazu gehören vor allem die Dienstleistungen. Das Wachstum sollte sich stärker auf geistige, moralische und sittliche Werte, auf das soziale Zusammenleben und auf die Gestaltung der Umwelt beziehen.

#### Wertbewußtsein

60. Sind diese Ziele erkannt, dann geht es darum, ein verstärktes Interesse für diese Leistungen zu wecken. Die Gesellschaft muß bereit werden, zunehmend für soziale Dienstleistungen und für Leistungen, die einer weltweiten sozialen Gerechtigkeit sowie zur Heilung der Umwelt dienen, finanzielle und andere Opfer zu bringen. Ein Wandel der Konsumgewohnheiten setzt zugleich einen Wandel im Wertbewußtsein und damit im Verhalten des Menschen voraus. Die Wertorientierung von Leistung und Wettbewerb wird damit zu einer Herausforderung an alle gesellschaftlichen Gruppen. Die Kirchen haben die Aufgabe, auf die Neuorientierung der Werte hinzuweisen und sie durch Verkündigung und Bildungsarbeit den Menschen nahezubringen.

#### Selbstentfaltung und Selbstgefährdung

61. Arbeit und Leistung dienen nicht nur der Weltgestaltung, sondern auch der Selbstentfaltung des Menschen, also der Entfaltung seiner körperlichen und geistigen Kräfte und der Befriedigung seines Grundbedürfnisses, etwas zu bewirken. Weil sich der Mensch als Mitarbeiter in Gottes Schöpfung verstehen darf, ist die Arbeit ein Teil der Würde des Menschen, so sehr auch der praktische Vorgang des Arbeitens mit Mühe verbunden bleibt. In ihr sollen sich die dem Menschen mitgegebenen schöpferischen Möglichkeiten entfalten. Arbeit ist deshalb nicht dunkle Fatalität, sondern menschliche Bewährung in Zeit, Ort und Raum. Arbeit ist Leid und Freude, Gegenstand von Klage und Dank zugleich. Sie kann Erfolgserlebnisse vermitteln, aber auch zutiefst bedrücken. Auch hier begegnet uns erneut die Doppelgesichtigkeit, die Ambivalenz. Selbstentfaltung kann in Selbstzerstörung umschlagen durch übermäßige Beanspruchung oder durch Unterforderung. Der einzelne steht in der Spannung zwischen einer objektiv geforderten Leistung und seiner persönlichen individuellen Leistungsfähigkeit.

#### Leistung als Realisierung von Mitmenschlichkeit

67. Arbeit und Leistung dienen nicht nur der Weltgestaltung und der Selbstentfaltung des Menschen. Sie sind immer zugleich soziales Handeln. Sie sind Verwirklichung oder Verweigerung von Mitmenschlichkeit. Die soziale Dimension von Arbeit und Leistung zeigt sich darin, daß Arbeit immer auch Arbeit für solche Menschen ist, die zur Zeit nicht arbeiten können: die Kinder, die Alten, die Kranken, die Arbeitslosen. So wird durch Arbeit eine Leistung erbracht, die nicht nur dem einzelnen, sondern auch z.B. in der Solidargemeinschaft der verschiedenen Versicherungen den anderen dient. Die Leistung anderer empfängt jeder als einen Dienst an sich selbst. Arbeit ist darüber hinaus insofern soziales Handeln, als in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft alle Leistungen immer durch das Zusammenarbeiten von vielen Menschen erbracht werden müssen. Dabei sucht der arbeitende Mensch sein Bedürfnis nach Kommunikation auch in der Arbeitssituation zu befriedigen.

#### Leistung als Gefährdung von Mitmenschlichkeit

68. Die Kommunikation leidet freilich auch in der Arbeitswelt. Mitten in Leistung und Wettbewerb wird sie teilweise unmöglich. Arbeit und Leistung als soziales Handeln können in ihr Gegenteil umschlagen,

- wenn Leistung nicht mehr als Dienst für die Gemeinschaft verstanden werden kann,
- wenn der Leistungsdruck und der Wettbewerbskampf die Gemeinschaft zerbricht,

- wenn der zwischenmenschliche Bezug in der Arbeit völlig verlorengeht (z.B. bei rein mechanischer Tätigkeit ohne Kommunikation, bei übermäßigem Tempo u.a.).

Die Durchsetzung und die Anwendung des Leistungsprinzips hat in der arbeitsteiligen Gesellschaft nicht nur zur Zusammenarbeit, sondern oft eher zu einer Verarmung der zwischenmenschlichen Beziehungen geführt. Dem sollte soweit wie irgend möglich entgegen gewirkt werden.

Deshalb: Rahmenbedingungen ständig verbessern

69. Alle Versuche, eine perfekte Gesellschaft zu schaffen, verfallen der Gefahr, als Ergebnis eine unmenschliche Gesellschaft zu bekommen. Dennoch müssen Ziele formuliert und Hoffnungshorizonte für Veränderungen aufgezeigt werden. Das Alte ist nicht immer das Gute und das Neue ist nicht immer das Unmögliche. Leistungen können auf die Dauer nur unter Rahmenbedingungen zur Entfaltung kommen, in denen der einzelne als freier und gleicher Partner anerkannt wird. Jede Generation hat die Aufgabe, entsprechend dem jeweiligen Stand ihrer Erkenntnisse solche Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen, die real und zeichenhaft „aus der Knechtschaft führen“.

Mensch wertvoll ohne Leistung

70. Leistung und Wettbewerb wurden bisher in ihrer Bedeutung für die Gestaltung der Welt, für die Entfaltung der Kräfte des Menschen und als soziales Handeln, also in ihrer Bedeutung für die Gemeinschaft gewürdigt. Leistung und Wettbewerb beantworten aber nicht die Frage, wie der Mensch sein Heil findet. Im christlichen Glauben erfährt er, daß er seine Anerkennung als Mensch, sein Angenommensein vor aller Leistung und abgesehen von aller Leistung durch die Liebe Gottes geschenkt bekommt. Damit wird über die Anerkennung des Menschen aufgrund von Leistung und Bezahlung seine unvergängliche Anerkennung „aus Gnaden“ gestellt. Dieses Kernstück des christlichen Glaubens begründet den leistungslosen Selbstwert des Menschen. Hier empfängt der Mensch sein Heil und seine Würde. Er erlebt damit zugleich die Fragwürdigkeit eines Wertsystems, in dem faktisch Besitz und Erfolg den Wert eines Menschen ausmachen.

Rechtfertigung durch Gnade

71. Des Menschen Heil ereignet sich in einem Bereich unseres Lebens, der nicht quantifizierbar, meßbar, bewertbar, aufrechenbar, bezahlbar ist, im Bereich unverdient geschenkter Liebe und Gnade. Die Zueignung dieses Heils beschreibt die christliche Tradition als Rechtfertigung: „Wer gerechtfertigt ist, wird aus Glauben leben“ (Römer 1,17). Diese Botschaft von der Rechtfertigung des Menschen aus Gnaden ist für den Glaubenden von großer Bedeutung. Sie begründet seine innere Freiheit, in der er Leistung erbringt:

Frei zur Leistung

- Der Mensch bedarf seiner Leistung nicht zur Selbstrechtfertigung.
- Er wird befreit von der Angst, im Versagen von erstrebter Leistung seinen menschlichen Wert zu verlieren.
- Er braucht, weil er sein Heil kennt, sein Handeln vorrangig nicht von Selbstbestätigung oder Anerkennung durch Menschen abhängig zu machen.
- Er braucht somit sich nur zu fragen, was in jeder Lage das Rechte und sachlich Richtige in der Gestaltung seiner Umwelt, seines mitmenschlichen Verhaltens und seiner Selbstbehauptung ist.
- Er weiß, daß es beim Wettbewerb nicht um das Heil, sondern um die bestmögliche Erreichung der als wertvoll anerkannten Ziele geht.

## Arbeit als Ersatzreligion

72. Die in unserer Gesellschaft allgemein anerkannten Werte haben sich gegenüber anderen Generationen verändert. Sie haben sich mit der Säkularisation von den geistigen Grundlagen der Reformation entfernt. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, daß die Leistung selbst heute zum Problem geworden ist. Die Normen des Erfolgs, des Wachstums, der Durchsetzung und Machbarkeit haben in Verbindung mit dem wissenschaftlichen Kausalitätsprinzip die Gestalt eines alles umfassenden Lebensgesetzes angenommen. Es hat zwanghafte, gesetzliche Züge. In dem Maße, in dem der Mensch die Quelle seines Heils vergißt, werden Arbeit und Leistung von ihrem Sinn als Dienst an Welt und Menschen zum alleinigen Lebenssinn verkehrt. Der Erfolg wird zu einem modernen Gott unserer Zeit erhoben. Das Leben eines Menschen, der sein Selbstverständnis und seinen Lebenssinn allein am Erfolg bemißt, verliert dann seinen Sinn, wenn er als Arbeitsloser, Behinderter oder Rentner von Leistungserfolgen beruflicher Art ausgeschlossen ist.

## Ohne Arbeit – ohne Wert?

73. In einer Gesellschaft, die Arbeit und Leistung zur alleinigen Sinnerfüllung des Lebens mit fast religiöser Qualität erhebt, muß sich der Arbeitslose aus der „Religionsgemeinschaft der Leistenden exkommuniziert“<sup>4</sup> vorkommen. Es ist aber unmoralisch, wenn die Betroffenen als die Schuldigen angesehen werden.

Je mehr die grundsätzliche Gleichwertigkeit aller Menschen bewußt wird und sich im gesellschaftlichen Leben praktisch auswirkt, desto mehr Leistung und Wettbewerb kann es geben. Aber je mehr Leistung und Wettbewerb vorhanden sind, desto mehr muß die grundsätzliche Gleichwertigkeit der Menschen sichtbar gemacht werden. Jeder Versuch, diesen dialektischen Zusammenhang in die eine oder andere Richtung aufzulösen, führt zu Entartungen.

...

## Weder Status quo noch Revolution

138. Mit all dem wird keinem sozialen Pazifismus das Wort geredet. Sozialer Militarismus aber, der unsere Gesellschaft mit revolutionären Gewaltakten verändern will, wird hoch differenzierte und komplizierte Industriegesellschaft in der Regel nicht besser ordnen, sondern zerstören und kaum ausdenkbare Folgen für das Wohl ihrer Bürger haben. Das Einhalten eines Mindestmaßes von gesellschaftlichen Spielregeln ist daher die Voraussetzung dafür, daß der Wille von Menschen und Gruppen, die Gesellschaft zu bessern, ernst genommen werden darf. Weder die Verteidigung des Status quo noch die Befürwortung einer gewaltsamen Revolution, ist für Christen in unserer Gesellschaft angemessen. Sie müssen anläßlich der Kompliziertheit der Zusammenhänge in unserer Gesellschaft sich dessen bewußt sein, daß bei allen Verbesserungen der gesellschaftlichen Ordnung dennoch immer neue Mißerfolge in Erscheinung treten werden. Trotzdem müssen wir laufend für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Ordnung eintreten. Hierfür ist es entscheidend, daß möglichst viele bereit sind, sich ein umfassendes Urteil über die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge zu bilden und in Gemeinschaft mit anderen Verantwortung zu übernehmen. Jeder muß sich gleichermaßen bemühen, sowohl zum Bewahren, als auch zum Verändern beizutragen.

## Bewahren und verändern

139. Eine solche Verbindung von Bewahren und Verändern ist für jede moderne Industriegesellschaft von lebenswichtiger Bedeutung. Je mehr es gelingt, dezentralisierte Entscheidungen aufeinander abzustimmen, um so rascher kann auf wirtschaftliche, soziale und politische Notwendigkeiten reagiert werden. Je mehr in Wirtschaft und Gesellschaft politische und ökonomische Kräfte durch Gegenkräfte kontrolliert werden, um so eher können Erstarrungen und unmenschliche Entwicklungen der Gesellschaft verhindert werden.

Eine dem Menschen gemäße Ordnung

140. Wenn auf diese Weise die Wettbewerbsgesellschaft und das Leistungsprinzip immer wieder auf sinnvolle Ziele ausgerichtet, dem entgegenstehenden Prinzip der mitmenschlichen Solidarität Raum gegeben und dabei die Ambivalenz aller menschlichen Leistungen und Ordnungen im Auge behalten werden, sind sie hilfreiche, ja unentbehrliche Vorbedingungen für eine den Menschen gemäße Ordnung in der Industriegesellschaft.

Seit jeher widmet die Kirche dem pädagogischen Sektor ihrer öffentlichen Verantwortung besonderes Augenmerk, zumal sie mit ihren eigenen Einrichtungen Erziehungs- und Bildungsaufgaben wahrnimmt. Bedingt durch die gesellschaftliche Krise der sechziger Jahre ist dieser Sektor in bedenklicher Weise zum ideologischen Schlachtfeld geworden, mit gravierenden Schäden für die heranwachsende Jugend. Getreu ihrer gesellschaftsdiakonischen Verpflichtung suchte die Kirche verstärkt nach Wegen, nicht nur den Betroffenen individuell zu helfen (z.B. durch eigene Bildungsstätten), sondern auch für eine politische Lösung der Probleme einzutreten. Die EKD-Synode wandte sich 1978 diesem Thema konzentriert zu, nachdem ihr Bildungspolitischer Ausschuß (BPA) und dessen Unterausschüsse durch jahrelange Vorarbeiten fundierte Stellungnahmen vorbereitet hatten. Angesichts der in der öffentlichen Diskussion zutage getretenen Verwirrenheit und Ratlosigkeit kam diese Aktivität gleichsam zur rechten Zeit. (Vgl. zum ganzen den Beitrag von H. Becker unten S. 155–189.)

Die EKD-Synode verabschiedete ein ganzes Paket von Kundgebungen und Empfehlungen: (1). ein allgemein gehaltenes Wort „Erziehung zum Leben“, (2). ein etwas substantielleres „Wort zur Erziehungsverantwortung der Gemeinde“ und (3.) ein ausführliches Wort an Lehrer und Eltern zur pädagogischen Situation, ferner (4.) umfangreiche Empfehlungen zur zukunftsorientierten Bildungsplanung, (5.) Feststellungen zur Aufgabe des kirchlichen Bildungssystems sowie (6.) ein Wort zur familienpolitischen Situation (dazu s. S. 122)<sup>30</sup>.

WORT DER EKD-SYNODE AN LEHRER UND AUSBILDER, ELTERN UND ERZIEHER  
ZUR GEGENWÄRTIGEN SITUATION DER ERZIEHUNG UND  
DER PÄDAGOGISCHEN EINRICHTUNGEN  
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

*Vom 9. November 1978 (Auszug)*<sup>31</sup>

... Trotz solcher Veränderungen aber empfinden viele von uns, vor allem aus den Reihen der Eltern und Lehrer, ein Unbehagen gegenüber der derzeitigen Situation im Erziehungs- und Bildungswesen. Die sozialen und gesellschaftlichen Wandlungen in Familie und Beruf, in Kirche und Gesellschaft machten mehr wissenschaftliche Forschung und mehr staatliche Planung notwendig. Inzwischen verstärkt sich jedoch bei vielen der Eindruck, daß die Ergebnisse der erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Forschung und der Reformpolitik des Bundes und der Länder enttäuschend sind, weil die Aktivitäten und Angebote weithin an der realen Situation und den Interessen der Betroffenen vorbeigegangen sind. Welche

30. Dokumentation der Synodalergebnisse in: *Leben und Erziehen – wozu?*, hg. von der Kirchenkanzlei der EKD, Gütersloh 1979.

31. Vollständiger Text BSynEKD 30, 1978, S. 478–488.



Argumente gibt es für solche Aussagen? Worin bestehen die Gründe für die heute weit verbreitete Resignation?

- Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen sind durch eine Notengebung und Prüfungen, die stärker gesellschaftspolitisch als pädagogisch begründet sind, in eine zwiespältige Lage geraten. Sie müssen ständig Schüler beurteilen. Sie erteilen Abschlüsse und Berechtigungen, die mehr und mehr formalisiert und zentral gesteuert werden. Ihre Entscheidungen haben weitreichende Folgen für das Leben der jungen Menschen und erzwingen dadurch bei vielen bloße Anpassung, bei vielen Widerstand und Verweigerung, weil zu wenig Angebote und Erlebnisse vorhanden sind, die junge Menschen persönlich ansprechen und zu Leistungen anspornen.
- In einer Atmosphäre vermehrter Bürokratisierung werden Erzieher und Lehrer nicht mehr als Personen, sondern als Funktionäre erlebt. Mißtrauen und Feindseligkeit gewinnen die Oberhand. Kinder und Jugendliche sind irritiert und zweifeln an der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Erwachsenen und am Sinn der Institutionen. Durch formale Disziplinierung ist diese Lage nicht zu bewältigen.
- Kinder und Jugendliche erleben und erleiden die Widersprüche der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der Bildungseinrichtungen. Ihr Wert wird einerseits an den Erwartungen und Maßstäben „gemessen“, die durch die Zwänge des Beschäftigungssystems und seiner Status- und Laufbahnbestimmungen, durch Berechtigungswesen und Notengebung geprägt sind. Ihr Erwartungshorizont, ihre Ansprüche an das Leben und ihr Verhalten werden andererseits geprägt und beeinflußt durch die Maßstäbe und Leitbilder einer konsumorientierten Überflußgesellschaft sowie durch Freiheitsversprechungen, die falsche Hoffnungen erwecken. Diese Spannung ist für viele schwer erträglich und führt notwendig zu Enttäuschungen. So kann man begreifen, wenn sich Minderheiten auf der Suche nach einem Ausweg blindlings religiösen, weltanschaulichen oder politischen Gruppen anschließen.
- Es gibt zu wenig Eltern, Erzieher, Lehrer, Ausbilder, die in Verbindung mit Gruppen und Gemeinden Kindern und jungen Menschen ein anders Bild der Wirklichkeit und Hoffnung vermitteln wie auch mit ihnen gemeinsam erproben, wie diese Spannungen bestanden oder fruchtbar verwandelt werden können. Viele geben sich redlich Mühe, suchen nach einem Weg, sehen ihr Unvermögen und erkennen zugleich, daß die Schwierigkeiten und Probleme die begrenzten Möglichkeiten der einzelnen Familie, der einzelnen Lehrer und Erzieher, der einzelnen Einrichtungen übersteigen.
- Es wird immer deutlicher, daß bei den Bemühungen um die Reform des Bildungswesens die im Grundgesetz und den Länderverfassungen vorgegebenen Werte und Ziele nicht genügend beachtet wurden. Dabei müssen wir als Christen eingestehen, daß wir unseren Auftrag, zu einer Orientierung aus dem Glauben beizutragen, vernachlässigt haben.

Aus dieser knappen Analyse ziehen wir einige Folgerungen:

- Alle, die in Praxis, Wissenschaft und Politik Verantwortung tragen, sollten sich erneut und gründlich mit den tieferen Ursachen der Enttäuschung, der Resignation vieler Gruppen und Menschen, aber auch des Scheiterns mancher Pläne und Programme befassen. Die Lösung liegt nicht in neuen technokratischen Konstruktionen. Es reicht nicht aus, sich gegenseitig zu wenig oder zuviel Reformeifer vorzuhalten und daran das Maß der Versäumnisse und der Mitschuld zu messen.
- Im ganzen haben wir wohl alle zu wenig daran gedacht, daß wir es mit vielen einzelnen hoffenden und suchenden, auf Ermutigung und Zukunftsperspektiven angewiesenen Kindern und jungen Menschen zu tun haben. Sie sind nicht zuerst Gegenstand erklärender Theorien, Zielgruppen der Bildungsforschung und Bildungsplanung oder Adressaten pädagogischen Handelns, sondern sie treten als Geschöpfe Gottes und als Mit-Menschen vor uns hin, die uns brauchen und persönlich in Anspruch nehmen.
- Auch der Stellenwert der Wissenschaft sollte überdacht werden. Wissenschaftliche Erkenntnis ist in unserer Welt unverzichtbar, zugleich aber auch umstritten und in ihrer Reichweite begrenzt. Haben wir nicht versäumt, uns deutlich zu machen, daß wissenschaftliche Forschung das Woher und Wozu des menschlichen Lebens, Zwecke und Motive des Handelns, Vorlieben und Wertschätzungen nicht entscheiden kann? Vielmehr

beeinflussen bestimmte Grundannahmen über den Menschen und seine Welt, die jeder übernimmt und bildet, immer auch die wissenschaftlichen Erklärungsmodelle und die daraus entwickelten Handlungsanweisungen. Sind wir bereit, gründlicher darüber nachzudenken, von welcher Art und Qualität diese Grundannahmen über den Menschen sind? Wir müssen bei solchem Nachdenken die Einsichten der biblischen Überlieferung, des christlichen Glaubens zur Geltung bringen. So leicht schieben wir sie auf das Gleis der persönlichen Religiosität oder der nur kirchenamtlichen Zuständigkeiten ab. Wenn wir uns statt dessen auf den Glauben selbst einlassen, können wir erfahren, wie viele Erkenntnisse und Hilfen gerade in der gegenwärtigen Situation von ihm ausgehen.

- Alle Bemühungen um eine menschengerechte Bildungsplanung müssen berücksichtigen, daß sich nahezu alle Landesverfassungen bzw. Landesschulgesetze auf die christliche Überlieferung berufen und damit der Bildungsplanung Vorgaben für das Menschenverständnis setzen. Manche Planungsvorhaben sind einem technisch-linearen Verständnis von Bildungsplanung auch deshalb erlegen, weil sie solche Vorgaben vernachlässigten; Verbesserungen der Bildungsprozesse wurden allein von einer nur rational stimmigen Konzeptplanung erwartet. Das führte dazu, daß in den Curricula den Lehrern Kataloge von Vorschriften auferlegt wurden, die aus einem verkürzten Menschenverständnis abgeleitet sind. Verwundert und betroffen stehen wir vor den ungewollten Nebenwirkungen.
- Auch die Übersetzung von Bildungsplanung in die Praxis ist kein Vorgang, der nach dem Muster technischer Rationalität und Perfektion gedacht werden kann. Strukturen und neue Organisationsformen. Gesetze und Verfügungen, Curricula und Prüfungsordnungen können im besten Falle die Bedingungen für Erziehungs- und Bildungsprozesse verbessern helfen. Ihre Wirksamkeit und Wirkung sind aber maßgeblich dadurch bestimmt, wie die Mitarbeiter, die damit umgehen, diese Vorgaben bewerten und handhaben. Phantasie und Verständnis der Betroffenen, aber auch Zufälle, Widersprüche, Irrtum und Mißbrauch bestimmen die Wirkungen meist mehr als die Zweckrationalität der Pläne.

Im einzelnen soll hier nicht um diese oder jene Veränderung gerechnet werden. Wir bitten jedoch alle, die es angeht, Bildungsplanung als Dienstleistung am Menschen und in der Spannung von Versuch und Gelingen, Verfehlen und Neuanfang zu betreiben. Wo Sachverstand aus reflektierter, selbst erprobter und erlittener Praxis hervorgeht, wird er pädagogisch ausgewogen und sachlich angemessen urteilen können.

## KUNDGEBUNG DER EKD-SYNODE ZUM THEMA „LEBEN UND ERZIEHEN – WOZU?“

*Am Beispiel evangelischer Schulen und Ausbildungsstätten  
Vom 9. November 1978 (Auszug)<sup>32</sup>*

(...)

1. Die evangelischen Schulen und Ausbildungsstätten nehmen in theologischer Sicht eigenständige Aufgaben wahr, die für den Dienst der Kirche an ihren eigenen Gliedern eine unersetzbare und für den Dienst der Kirche in der Welt eine grundlegende Verpflichtung darstellen ...

2. In der gegenwärtigen bildungspolitischen und pädagogischen Situation ist eine wachsende Bedeutung evangelischer Schulen und Ausbildungsstätten festzustellen. Sie haben die Chance und Aufgabe, das in sie gesetzte Vertrauen zu verstärken. Sie können sich als Stätte verlässlicher, überzeugender, dem Kinde und Jugendlichen zugewandter pädagogischer Arbeit zeigen. Sie sollen als Stätten größerer innerer Unabhängigkeit auf der Grundlage des Evangeliums den Polarisierungen wie der um sich greifenden Resignation entgegenwirken und als Orte der gesammelten Aufmerksamkeit auf ein sinnerschließendes Lernen hinwirken, das von der Frage „Leben und Erziehen – wozu?“ bewegt ist. Die Synode betont, daß das christliche Schul- und Ausbildungswesen hierbei an den allgemeinen Schwierigkeiten, Spannungen und Widersprüchen im Bildungssystem teil hat. In dieser Hinsicht ist

32. BSynEKD 30, 1978, S. 489–491.

Schulehalten in evangelischer Verantwortung zunächst der Ausdruck der selbstverständlichen Mitarbeit und Mitverantwortung der Kirche im pädagogischen Feld. Nur unter gemeinsamen Bedingungen können bessere Lösungsversuche überzeugen und zum allgemeinen Nutzen übertragen werden. Nur so kann das Vertrauen, das evangelischen schulischen Einrichtungen entgegengebracht wird, dem Schulwesen im ganzen zugute kommen. Die evangelische Kirche will mit ihrem Schul- und Ausbildungswesen daran mitarbeiten, daß dieses Vertrauen wieder wächst ...

4. Die Synode fordert die Kirchen und die anderen evangelischen Träger auf, die Voraussetzungen dafür zu erhalten und zu verbessern, daß auch evangelische Schulen und Ausbildungsstätten Schulen der Freiheit im Dienst an einer menschenwürdigen Gesellschaft und kindgerechten Schule sein können. Zu diesen Voraussetzungen gehört,

- daß der rechtliche Spielraum der Schulen in freier Trägerschaft für eine überzeugende eigene Gestaltung genutzt wird. Die erforderliche Berücksichtigung der staatlichen Ausbildungsstandards sollte von der Entschlossenheit begleitet sein, eigene Wege zu gehen und begründete Versuche zu wagen;
- daß evangelische Bildungseinrichtungen auch angesichts der wachsenden Finanznot der Kirche nicht gezwungen sind, ständig ihre Existenzberechtigung nachzuweisen;
- daß die Mitwirkung von Eltern, Schülern und Lehrern weiter ausgebaut und durch eigene Formen bereichert wird...

6. Die Synode erwartet von Bund, Ländern und Gemeinden die Anerkennung des eigenständigen Charakters evangelischer Schulen und Ausbildungsstätten als unentbehrlichen Beitrag zum Wohl des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland.

## WORT DER EKD-SYNODE ZUR ERZIEHUNGSVERANTWORTUNG DER GEMEINDE

*Vom 10. November 1978 (Auszug) <sup>33</sup>*

(...)

3. Christliche Erzieher wenden sich entschieden gegen jede pädagogische Theorie oder Praxis, die – gewollt oder ungewollt – darauf hinausläuft, junge Menschen als pädagogisches Experimentiermaterial zu behandeln. Dem biblischen Menschenbild widersprechen z.B.

- Konzeptionen, welche die Kinder nur einer Verhaltensdressur unterwerfen oder sie nur als rational steuerbare Wissenscomputer (Informationssysteme) begreifen,
- Ideologien, welche junge Menschen ausschließlich als „Sozialwesen“ verstehen oder Bildung auf eine einseitig verstandene Sozialisation oder gar auf politische Indoktrination verkürzen.
- Erziehungs- und Gesellschaftslehren, die den schöpfungsgemäßen Reichtum leugnen, welcher in den Unterschieden von Anlagen, Begabungen, Geschlechtern und Lebensaltern zutage tritt, und den einzelnen, statt seine Eigenart frei zu entfalten, in uniforme Gleichheitsschablonen pressen,
- Maßnahmen, welche Lehrer und Schüler daran hindern, feste menschliche Beziehungen untereinander herzustellen.

Die Würde des Kindes verlangt, daß es nicht als Objekt, sondern als Person betrachtet wird. Unabhängig von seinem Lebensalter ist jeder Mensch als unverwechselbar einzelner gleich unmittelbar unter Gott ...

5. In einer Zeit großer Ratlosigkeit und Resignation brauchen wir Eltern, Lehrer und Erzieher, die den Mut und die Kraft haben, zu ihren christlichen Grundüberzeugungen zu stehen und sie durch ihre Lebensführung sichtbar zu machen. Durch vorgelebte Beispiele können Heranwachsende eigene Wertvorstellungen und Haltungen erwerben, die für ihre Entwicklung und ihr künftiges Leben unerläßlich sind.

6. Wir sind dankbar, daß unser Bildungssystem ausdrücklich – in Länderverfassungen – mit christlichen Grundwerten verbunden worden ist. Wir brauchen Eltern und Lehrer, die auf dieser Grundlage zusammenarbeiten ...

33. Vollständiger Text in BSynEKD 30, 1978, S. 500–502.



# KUNDGEBUNG DER EKD-SYNODE: ZUKUNFTSORIENTIERTE BILDUNG UND AUSBILDUNG IM ZUSAMMENHANG DES BILDUNGS- UND BESCHÄFTIGUNGSSYSTEMS

Vom 10. November 1978 (Auszug)<sup>34</sup>

## I. Allgemeine Empfehlungen

### 1. Zur pädagogischen Zielsetzung von Bildung und Schule

Die evangelische Kirche tritt für die Bildung des Menschen als Person und als verantwortliches Glied der Gesellschaft nach den Möglichkeiten, Bedürfnissen und Aufgaben eines jeden ein. Sie fordert dazu eine ganzheitliche Bildung, in der sich nicht nur die intellektuellen, sondern auch die emotionalen und sozialen Anlagen der Menschen angemessen entwickeln können. Der Erwerb von humanen und sozialen Fähigkeiten, die über unmittelbar fachliches Können hinausgehen, ist dabei besonders zu betonen. Es sind Einsichten und Werte zu vermitteln, die Menschen den Weg ebnen, Sinn und Aufgabe ihres Lebens in seinen Zusammenhängen zu erkennen – nicht zuletzt im Bereich von Arbeit und Beruf ...

### 2. Zum pädagogischen Verständnis der Leistung

Ganzheitliche Erziehung baut auf dem Prinzip individueller Förderung der vielfältigen Anlagen der Menschen auf. Dementsprechend gewinnen für den Bildungs- und Ausbildungsweg der Kinder und Jugendlichen Beratung und Begleitung besondere Bedeutung. Gegenwärtig werden sowohl Leistungsdruck als auch Leistungsverfall beklagt. Um der Zukunft willen kann auf Leistung in der Schule nicht verzichtet werden, sie muß aber als persönlich und gesellschaftlich sinnvoll erfahren werden können. Vor einem einseitigen Verständnis der Schulleistung und deren Überbetonung wird gewarnt ...

### 3. Zur Weiterentwicklung des Bildungssystems

Förderung im Sinne ganzheitlicher Bildung läßt die Entwicklung eines offenen Systems allgemeiner und beruflicher Bildung empfehlen. Hierzu wird die Unterstützung folgender Maßnahmen für nötig erachtet:

- Vorkehrungen, die Offenheit für Übergänge zwischen den einzelnen Schulformen wirklich gewährleisten, so vor allem entsprechende Gestaltung der Stundentafeln in den Grundfächern und gezieltes Angebot von Förderkursen für Übergänger.
- Vorkehrungen, daß ein zehntes, berufsvorbereitendes Schuljahr zu freiwilligem Besuch angeboten werden kann.
- Förderung von Modellversuchen, wie etwa der überbetrieblichen Berufsausbildung, einer doppelqualifizierenden Bildung (allgemeiner Schulabschluß und abgeschlossene Berufsausbildung) und des Berufsgrundbildungsjahres als Teil der Berufsbildung.
- Anerkennung einschlägiger beruflicher Praxis als Teil weiterführender Bildungsgänge ...

### 4. Zum Recht auf Bildung und Ausbildung

Bildungspolitik darf nicht zu vorweggenommener Beschäftigungspolitik werden: Der Bildungsanspruch der Schüler, Jugendlichen und Erwachsenen sollte auch in Zukunft bewußt gemacht und aufgenommen werden. Rechtzeitige und eingehende Beratung muß helfen, die einzelnen vor Fehlentscheidungen hinsichtlich beruflicher Möglichkeiten zu bewahren. Grundsätzlich muß der Bildungsanspruch gerade auch der Angehörigen geburtenstarker Jahrgänge Vorrang vor einer Planung haben, die sich vordringlich an der Zahl und Art künftig zu besetzender Arbeitsplätze orientiert. Indem die Kirche für eine ganzheitliche Bildung eintritt, warnt sie nachdrücklich vor einer möglichen beruflichen Fehlleitung ...

---

34. Vollständiger Text in BSynEKD 30, 1978, S. 503–511.



## 5. Zur Notwendigkeit von Veränderungen im Beschäftigungssystem

Die Ausdehnung des Bildungswesens und die große Zahl der Absolventen stellen das Beschäftigungssystem vor die Forderung, entsprechende Tätigkeitsmöglichkeiten zu schaffen. Dies wird über die hier bereits vorgeschlagenen Richtlinien und Maßnahmen zur Förderung eines zukunfts offenen Bildungssystems hinaus nur möglich sein, wenn im Beschäftigungssystem Veränderungen vorgenommen werden. Das bezieht sich auf Anzahl und Qualität der Arbeitsplätze, in zweiter Linie auch auf die Entlohnung, Vergütung und Besoldung, die stärker an den tatsächlichen Anforderungen der Arbeit als an Bildungsabschlüssen orientiert werden sollte ...

## II. Benachteiligte Gruppen

Eine zukunftsorientierte Bildung und Ausbildung hat sich an den benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft zu bewähren. Im Zusammenhang unseres Bildungs- und Beschäftigungssystems sind Gruppen, die von den auftretenden Problemen besonders betroffen sind, vor allem unter den Jugendlichen, den Frauen und den ausländischen Mitbürgern zu finden. Die Synode bittet die Organe der EKD, sowie die Gliedkirchen und ihre Einrichtungen, dieser Forderung dadurch Nachdruck zu verleihen, daß sie der Arbeit mit diesen Gruppen besonderes Gewicht geben ...

## 6. EHE UND FAMILIE

In der evangelischen Kirche ist als Reaktion auf die manifeste Krise der Institution Ehe/Familie eine umfassende Diskussion über den Sinn der Ehe und alternative Formen der Partnerschaft in Gang gekommen. Kirchliche Äußerungen nach außen hin betonen zumeist die bleibende Bedeutung der Ordnungsfunktion und Schutzfunktion von Ehe und Familie gegenüber individualistischer Belieblichkeit<sup>35</sup>. Binnenkirchlich stellt sich das Problem einerseits im Blick auf den Sinnverlust der kirchlichen Trauung, andererseits im Blick auf die zunehmenden Ehekrisen in den Pfarrhäusern und die Verweigerung der Eheschließung zugunsten unregelter Partnerschaft durch Theologiestudenten und Vikare. Die Vielfalt der Meinungen ist hier, wie stets in der evangelischen Kirche, so groß, daß die offiziellen Stimmen bemüht sein müssen, einen Grundkonsens zu artikulieren, der weder die heutigen Probleme noch das biblische Eheverständnis negiert.

### EKD-RATSVORSITZENDER LANDESBISCHOF D. HELMUT CLASS ZU EHE UND FAMILIE

*Vom 5./6. November 1978*<sup>36</sup>

Neue Anfänge kommen nur aus besseren Beispielen. Wir dürfen den Mut zu Ehe und Familie nicht nur von legislativen Maßnahmen des Staates erwarten. Das Grundgesetz verpflichtet ihn, die Ehe und Familie als Institut zu schützen. Wir können mit Recht von ihm erwarten, daß er keine Regelungen trifft, die dem Trend zur Selbstauflösung der Familie Vorschub leisten.

35. Vgl. KJ 1976/77, S. 167.

36. BSynEKD 30, S. 56 (Auszug aus dem Ratsbericht) und S. 243f. (Votum aus der Aussprache).

Es liegt aber an uns Bürgern, und ich meine vorab an uns Christen, durch eigenes Beispiel zu zeigen, daß die Ehe eine gute Ordnung Gottes ist. Die verbindliche Partnerschaft von Mann und Frau und das gemeinsame Zutrauen zu Gott – das gilt es neu zu gewinnen. Patriarchalische oder auch matriarchalische Leitbilder führen nicht weiter ...

(Diskussionsvotum) Ich sprach von den bürgerlichen Lebensformen, die nicht gleichzusetzen wären mit christlichen Lebensformen. Natürlich wollte ich mit dieser Bemerkung nicht rütteln an der Institution Ehe. Aber die bürgerlich mißverständene und heute weithin entleerte Ehe habe ich schon gemeint. Die Ehe – wohlausstaffiert und wohlsituiert – die geistig leer geworden ist. Die Ehe, die keine Gemeinschaft von Menschen ist, die miteinander reden oder in der man die Teilhabe am Leid zu der Welt verweigert. Wenn junge Menschen dagegen ihren Protest anmelden, sollten wir sie eigentlich dabei unterstützen. Mindestens sollten wir viel Verständnis für sie haben. Im übrigen gibt es ja auch Modelle für völlig andere, aber engagierte Lebensformen. Ich verweise hier nur auf das Gemeinschaftsverständnis, das die Angehörigen evangelischer Kommunitäten in eindrucksvoller Weise zeigen. In diesem Zusammenhang frage ich: Haben wir nicht ungebrochen ein bürgerliches Besitzendenken kolportiert von Generation zu Generation? Wenn die Jungen dagegen protestieren, haben sie eine urchristliche Einsicht richtig angewandt. Und könnte es nicht sein, daß wir in der Nachfolge eines mißverständenen Luther der Ehe und Familie einen Stellenwert eingeräumt haben, der ihr nicht zukommt? Die Ehe ist der Güter höchstes nicht. Alles, was wir zum Höchstwert hochstilisieren, hat seinen Höhensturz schon in sich. Ich sage ein volles Ja zum ehelichen Stand. Ich trage meinen Ring an der rechten Hand. Es gibt aber auch den ehelosen Stand, den Luther keineswegs verdächtigt hat und keineswegs abgeschafft sehen wollte.

#### KUNDGEBUNG DER EKD-SYNODE: DIE SITUATION DER ELTERN UND KINDER IN FAMILIE UND GESELLSCHAFT ALS HERAUSFORDERUNG AN BOTSCHAFT UND DIENST DER KIRCHE

*Vom 10. November 1978 (Auszug)<sup>37</sup>*

##### *Ehe als Gottes Gabe*

Manche Menschen verzichten heute auf Ehe und Elternschaft. Dieser Verzicht hat unterschiedliche Motive, sie ergeben sich aus unserer gesellschaftlichen Situation. Die Orientierung an Leistung, Wachstum und Konsum führt zum Wandel der in unserer Gesellschaft anerkannten Werte und Normen. Nicht wenigen fehlt das Vertrauen in eine lebenswerte Zukunft und in die eigene Fähigkeit, dem Leben einen tragfähigen Sinn abzugewinnen. Die Scheu junger wie älterer Menschen gegenüber einer Lebensgemeinschaft in der Ehe zeigt unsere Unsicherheit im Blick auf Lebensziele, Lebenserwartungen und Lebenshaltungen. Indem man sich seinem Partner nicht mehr zur ehelichen Gemeinschaft anvertrauen mag, traut man letztlich sich selbst nicht mehr. Der Kirche kann diese Vertrauenskrise mit ihren mannigfachen Konsequenzen nicht gleichgültig sein.

Aus Gottes Wort wissen wir, daß wir uns als Mann und als Frau Gott verdanken – „Gott schuf den Menschen als Mann und als Frau.“ Gott steht in Jesus Christus lebensstiftend und lebenserhaltend zu seinen Geschöpfen und hat ihnen den Auftrag gegeben, seine Schöpfung zu bewahren. Er hat die Ehe gestiftet und ihr seinen Segen verheißen. Gegen allen Anschein von der Übermächtigkeit lebenszerstörender Kräfte können wir Gottes Verheißungen trauen und in getroster Hoffnung der Zukunft entgegengehen.

In dieser Gewißheit und Hoffnung können und wollen wir junge und auch ältere Menschen dazu ermutigen, eine auf Lebenszeit ausgerichtete Partnerschaft in der Ehe einzugehen ...

Wie sehen in der Ehe die Form des Zusammenlebens von Mann und Frau, die dem gegenseitigen Lebensvertrauen in einzigartiger Weise den erforderlichen Schutz bietet. Die Ehe

37. Vollständiger Text in BSynEKD 30, 1978, S. 493–500.

bedarf darum in unserer Gesellschaft auch der Rechtsform. Wir halten an der Öffentlichkeit des Eheversprechens fest und sehen diese bei der standesamtlichen Eheschließung gewahrt. Die kirchliche Trauung ist der Dienst der christlichen Gemeinde, bei dem sie den Eheleuten Gottes Zusage und Gebot zur Ehe bezeugt, mit ihnen um Gottes Segen zu ihrem Eheversprechen bittet und ihnen ihren Rat und Beistand zusichert. Die Bestimmungen des neuen Eherechts haben begründet im Rahmen des Ehescheidungsverfahrens das Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt. Aber damit ist für die Betroffenen die Frage der Schuld noch nicht gelöst. Auch wird an der Verantwortung der Eheleute für einander über die Ehescheidung hinaus festgehalten. Wir begrüßen den vom Gesetzgeber aufgestellten Grundsatz, daß die Ehe eine auf Lebenszeit geschlossene Lebensgemeinschaft ist.

### *Mut zur Elternschaft*

In den letzten Jahren sind in der Bundesrepublik immer weniger Kinder geboren worden. Jährlich übersteigt die Zahl der Sterbenden die Zahl der Geburten um mehr als die Zahl der Einwohner einer Großstadt. Insbesondere sinkt die Zahl der Mehrkinderfamilien. Diese Entwicklung wird von Politikern, Sozialversicherungsträgern und Sachverständigen der Wirtschaft mit Besorgnis beobachtet. Schulwesen, Kirche und Diakonie spüren bereits die Auswirkungen ...

Es ist völlig verfehlt, für diesen Wandel allein die jungen Ehepaare verantwortlich zu machen. Man wird zugeben müssen, daß im Verzicht auf Kinder auch eine ernste Verantwortungsbereitschaft für das Leben von Kindern zum Ausdruck kommen kann. Angesichts der ungewissen Zukunft fragen sich nicht wenige Eheleute, ob es überhaupt noch vertretbar ist, Kinder zu bekommen. Andererseits zeigt sich erfreulicherweise eine wachsende Offenheit für Erziehungsfragen und eine Bereitschaft, Kinder zu adoptieren.

Die Kirche hat die Aufgabe, Ängsten zu begegnen und auf Fragen zu antworten. Mag Elternschaft von manchen Eheleuten als beschwerlich empfunden werden, so spricht sich doch im grundsätzlichen Verzicht auf Kinder auch ein Nein zum menschlichen Leben als solchem aus. Im Gegensatz zu einer solchen Haltung ermutigen wir dazu, daß Eheleute sich Kinder wünschen, sie bekommen und erziehen ...

Gewiß werden Kinder unsere Lebensweise beeinträchtigen, sie bleiben dennoch Gottes Gabe und werden unser Leben ungeahnt bereichern. An ihnen kann unsere Verantwortungsbereitschaft wachsen. Mit ihnen üben wir uns im Verschenken und Verzichten. Im Umgang mit ihnen verbindet sich Geduld mit Festigkeit. Kinder in das Leben hineinzu führen, gibt dem Leben der Eltern eine neue Dimension von Menschlichkeit.

Das Ja zur Elternschaft ist heute durch Umstände erschwert, auf die einzelne Elternpaare kaum Einfluß nehmen können ...

Hier kann die Kirche in vielfacher Weise helfen:

- durch Seelsorge, Beratung und Bildung der Eltern;
- durch Intensivierung des Gesprächs der Eltern untereinander und mit Nichteltern;
- durch Einrichtungen und Initiativen zur Unterstützung der Familie;
- durch stärkere Einbindung der Familie in Gottesdienst und Gemeinde;
- durch Initiativen zu nachbarschaftlicher Hilfe junger Familien;
- durch Ansprache an die Politiker, verstärkt Maßnahmen zu ergreifen, etwa zur größtmöglichen Flexibilität der täglichen Arbeitszeit, damit Väter und Mütter die Mehrfachaufgaben in Familie, Beruf und Gesellschaft ohne Überforderung und ohne Nachteile nach ihren eigenen Entscheidungen leichter erfüllen zu können.

Wirksame Hilfen müssen darauf ausgerichtet sein, Eltern zur Erfüllung ihrer Erziehungsaufgaben zu befähigen. Sie dürfen die Eltern nicht aus ihrer Verantwortung entlassen oder diese gar ersetzen wollen ...

Die Kirche setzt sich dafür ein, daß der Erziehungsauftrag der Eltern in der Öffentlichkeit angemessen respektiert wird. Neben dem gesetzlichen Mutterschutz und neben der Erteilung von Urlaub während der ersten Lebensjahre eines Kindes für die Mütter wird ein stärkerer Familienlastenausgleich, insbesondere ein Erziehungsgeld empfohlen.

Aufmerksam verfolgt die Kirche die Entwicklung der staatlichen Gesetzgebung auf diesem Gebiet. Elternrecht und Kindesrecht sollten auch in Zukunft in einem ausgewogenen Ver-



hältnis zueinander stehen; der Selbstverantwortung der Kinder muß in dem Maße Raum gegeben werden, wie sie tatsächlich zu eigenen Lebensentscheidungen fähig sind. Eingriffe in das Erziehungsfeld der Familie von außen sollten auf Ausnahmen und nur auf solche Fälle beschränkt bleiben, bei denen die leibliche und seelische Unversehrtheit der Kinder auf dem Spiel steht; sie sollten im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens geregelt sein.

Die hier artikulierte Abwehr von Tendenzen, die Kindererziehung als eine den Eltern bloß übertragene gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nicht aber als deren natürliches Recht zu verstehen, wie sie in staatlichen Überlegungen zum neuen Jugendhilfegesetz zutage traten, nahm die 1977/78 laut gewordene Kritik kirchlicher Kreise an diesem Gesetzgebungswerk auf<sup>38</sup>.

Auch die Generalsynode der VELKD befaßte sich intensiv mit dem Thema Ehe-Familie, und zwar stärker unter theologischen Aspekten, auf Grund von sorgfältigen Vorarbeiten der lutherischen Bischofskonferenz.

#### LEITENDER BISCHOF DER VELKD D. EDUARD LOHSE ZU EHE UND FAMILIE

*Vom 24. Oktober 1978<sup>39</sup>*

Nicht nur die ständig wachsende Zahl von Scheidungsbegehren und die rückläufige Zahl der Geburten, sondern besonders auch die kritische Zurückhaltung, die manche junge Menschen der Ehe gegenüber einnehmen, erfordern aufmerksames Bedenken. In der Literatur der Gegenwart wird das gewandelte Verhältnis von Mann und Frau, die einander in voller Unabhängigkeit gegenüberzutreten, immer wieder behandelt. Sie hält unserer Zeit den Spiegel vors Gesicht, in den zu blicken nicht immer erfreulich ist. Wer jedoch die Wirklichkeit sehen will, wie sie ist, wird sich diesen Blick nicht nur ersparen dürfen, sondern genau hinsehen müssen. In einem kritischen Literaturbericht, der kürzlich erschien, heißt es: „Wenn sich heute ein Paar findet, so heißt das zunächst einmal noch gar nichts. Die Grundlage des Zusammenlebens muß erst ausgehandelt werden. Wenn Kinder nicht mehr selbstverständlich sind, ist es bald auch die Ehe nicht mehr, ja das paarweise Zusammenleben überhaupt ... Eine Beziehung ohne Kinder ist auch leichter wieder zu lösen. Überdies werden sich zwei Menschen eher um die Stimmungen und Launen des jeweils anderen kümmern, wenn sie nicht durch gemeinsame Erziehungsarbeit von sich abgelenkt werden. In einer Warengesellschaft, die Wahlfreiheit zwischen besseren und schlechteren Möglichkeiten in allen Lebensbereichen suggeriert, ist es kein Wunder, wenn auch der Mensch, den man sich ‚ausgesucht‘ hat, ständig auf dem Prüfstand steht. Man möchte heute aus dem eigenen Leben, nicht aus dem des anderen das Beste machen. Dazu probiert man aus. Eine feste Bindung ist nicht mehr Naturnotwendigkeit.“ (V. Hage, FAZ 9.9.1978). Ich denke, dieser Bericht trifft die Wirklichkeit. Scheitert diese Gemeinschaft, so geht man auseinander – in vielen Fällen nicht mit der Absicht, eine neue Bindung zu suchen, sondern um allein zu bleiben. Dieses ist der mich jedenfalls tief bewegende Sachverhalt in vielen Fällen, wo Ehen auseinanderbrechen und seelsorgerliche Beratung erbeten wird. Vielleicht aber kann gerade angesichts dieser um sich greifenden Ratlosigkeit, die in neuer Weise Vereinsamung erzeugt, das alte biblische Wort seine Wahrheit bewähren, es sei dem Menschen nicht gut, allein zu sein.

Gott will, daß Mann und Frau einander leben helfen auf einem langen gemeinsamen Weg. Wissen sie Gottes Gabe zu erkennen, anzunehmen und zu gestalten, so werden sie verwundert entdecken, welchen unvergleichlichen Reichtum Gott für sie bereithält. Aber wie kann evangelische Predigt dieses Verständnis der Ehe zu Gehör bringen und glaubwürdig vermitteln? Gewiß nicht, indem sie andere tadelt oder schilt, sondern in erster Linie, indem

38. Vgl. z.B. die Stellungnahmen der Ev. Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (EAF) in epd-Dok. Nr. 4/1978 und der bekennenden Gemeinschaften (s.o. S. 50).

39. Auszug aus dem Rechenschaftsbericht: LuthGenSyn 1978, S. 79–81.



sie selbst hoch von der Ehe denkt, sie preist und achtet, aber auch um Hilfe und Förderung bemüht ist. Die Ehe macht wie keine andere Gemeinschaft partnerschaftliche Verantwortung möglich, weil sie an den nächsten Menschen bindet, Vertrauen stiftet und erhält, Geborgenheit gewährt und zu gemeinsamer Lebensgestaltung freimacht. Gewiß unterliegen Verständnis und Gestaltung der Ehe auch den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen und dem Wandel der Lebensverhältnisse überhaupt. Als der Ort, an dem es Verantwortung und Geborgenheit gibt, Gemeinschaft und Erziehung der Kinder geschehen, ist sie zugleich eine starke, wenn nicht die stärkste Quelle von Gesittung und Kultur. Wird sie gefährdet, so ergeben sich daraus überaus weitreichende Auswirkungen für die ganze Gesellschaft und wird die jeder Generation gestellte Aufgabe gefährdet, die nach ihr kommende Generation auf den Weg zu bringen.

Die Kirche wird sich daher nicht nur darum zu bemühen haben, die gute Ordnung der Ehe zu preisen und zu gestalten, sondern sie wird auch an den Staat die dringende Bitte richten, seine Verpflichtung wahrzunehmen, Ehe und Familie zu schützen. Sicherlich sind auch äußere Maßnahmen erforderlich, um diesen Schutz wirksam zu gestalten. Familien mit mehreren Kindern brauchen mehr Förderung, um ihren Aufgaben genügen zu können. Junge Menschen sollten ermutigt werden, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen. Deshalb muß darüber nachgedacht werden, was getan werden muß, solche Ermutigung wirksam zu vermitteln. Das Land Niedersachsen hat soeben einen wichtigen Modellversuch eingeleitet, den ich hier nennen möchte. An vier für das Land repräsentativen Standorten sollen Mütter oder Väter ihre Erwerbstätigkeit aufgeben können, um sich intensiver der Erziehung und Betreuung ihres Kindes bzw. ihrer Kinder widmen zu können. Während dieser Zeit, die auf 16 bis 18 Monate angesetzt ist, wird ihnen durch das Land ein Erziehungsgeld zwischen 350,— und 850,— DM steuerfrei gezahlt. Diese und andere Maßnahmen, die erwägenswert sind, können die Voraussetzungen für Ehen und Familien bessern. Sie können aber nur dann sinnvoll genutzt werden, wenn ein positives Verhältnis zu Ehe und Familie wieder zur tragenden Grundüberzeugung der ganzen Bevölkerung wird.

## BISCHOFSKONFERENZ DER VELKD: ERKLÄRUNG ZUR EHE

*Vom 23. Oktober 1978<sup>40</sup>*

1. Auch in unserer Zeit erfahren viele Menschen die Ehe als Gabe Gottes. Als Institution wird sie jedoch heute vielfach in Frage gestellt. Krisenlose Zeiten der Ehe hat es auch früher nicht gegeben. Im Laufe der Geschichte hat nicht nur die Ehe selbst Wandlungen erfahren, auch ihre gesellschaftliche Umwelt hat sich tiefgreifend verändert. Das konnte nicht ohne Folgen für die Ehe bleiben. Heute sind es vor allem folgende Entwicklungen, die sich auf die Ehe auswirken:

- Die offene Gesellschaft gibt dem einzelnen mehr Raum für individuelle Lebensentwürfe. Sie verlangt ihm aber auch mehr persönliche Entscheidungen ab.
- Aus der Großfamilie mit mehreren Bezugspersonen aus verschiedenen Generationen ist im Regelfalle die Kleinfamilie geworden.
- Die Frau hat einen Beruf erlernt und möchte ihn ausüben.
- Verhütungsmittel geben die Möglichkeit, die Zahl der Kinder und Zeitpunkt ihrer Geburt vor auszuplanen oder ohne Kinder zu bleiben.
- Die gestiegene Lebenserwartung führt zu einer längeren Dauer der meisten Ehen.
- Die wirtschaftlichen Verhältnisse bringen für Mann und Frau oft unterschiedliche Arbeitszeiten (Schichtarbeit und Wochenendfamilie).
- In vielen Fällen werden frühe persönliche Bindungen eingegangen oder auch Frühehen geschlossen. Eine lange Ausbildungszeit läßt erst zu einem späten Zeitpunkt die Gründung einer Familie zu.
- Viele Hoffnungen, die sich an mögliche Veränderungen des Wertgefüges knüpften, haben sich nicht erfüllt.

40. Ebd. S. 341–343.

- Die Tragfähigkeit des Emotionalen wird häufig überschätzt. Das Gelingen einer Ehe wird oft zu einseitig von der Erfüllung sexueller Erwartungen abhängig gesehen.
  - Das Streben nach unbedingter Offenheit und Ehrlichkeit ist gerade für jede Zweierbeziehung wichtig. Eine ständige Analyse von Konflikten kann jedoch Unbefangenheit und Spontaneität zerstören.
2. Diese und andere Veränderungen tragen dazu bei, Zweifel und Vorbehalte gegenüber der Ehe als öffentlicher Institution zu wecken. Zahlreiche Ehen scheitern. Dazu tragen auch überhöhte, unrealistische Erwartungen an die Ehe bei. Junge Menschen fürchten angesichts belastender Erfahrungen in der Elterngeneration oder angesichts einer unsicheren Zukunft die Bindung auf Lebenszeit – „bis daß der Tod euch scheidet“. Nicht wenige weichen in eheähnliche Lebensformen – auf Dauer oder auf Zeit – aus. So ernsthaft mancher der neuen Versuche auch sein mögen, eine gleichwertige Alternative zur Ehe können sie nicht sein.
3. Die Ehe ist eine Lebensordnung eigener Art. Beziehungen auf Zeit können das Maß an Geborgenheit nicht geben, das der Mensch zum Leben braucht. Das gilt auch für die Erziehung und das Aufwachsen von Kindern. Diese Versuche bieten keine Hilfe für das ganze menschliche Leben, zu dem die Bewältigung partnerschaftlicher Schwierigkeiten ebenso hinzugehört wie Krankheit, Leid und Alter. Beziehungen dieser Art bleiben meist auf eine bestimmte Lebensphase begrenzt. Nur Verbindlichkeit, Ordnung und Dauer der Ehe ermöglichen die umfassende Gemeinschaft von Mann und Frau.

## II.

4. Während die einen die Ehe überhaupt in Frage stellen, geben sich andere große Mühe, unter den veränderten Verhältnissen ihre Ehe zu bejahen. Beiden ist die Kirche die Botschaft schuldig, daß die Ehe Gottes gute Ordnung ist. Sie ist ein Zeichen seiner Liebe zu den Menschen. Hier erfahren sie ganz unmittelbar ihre Bestimmung zur Gemeinschaft „in guten wie in bösen Tagen“. Gott hat Mann und Frau geschaffen, um füreinander da zu sein. Wir werden getragen und tragen einander. Gerade weil Vollmacht nicht erreichbar ist, gelingt die Ehe nur als gelebte Versöhnung.

Die Ehe macht mehr als jede andere Beziehung Verantwortung möglich, weil sie in der Bindung an *einen* Menschen konkrete Aufgaben zuweist. Ehe gewährt Geborgenheit und ermöglicht gemeinsame Lebensgestaltung.

5. Als Christen wissen wir, daß die Ehe nicht in dem aufgeht, was beide Eheleute voneinander haben. In jede Ehe ist Hoffnung und Zukunft hineingelegt. Von daher gehört die Bereitschaft zum Kind ebenso zur Ehe wie wechselseitiges Geben und Nehmen in ehelicher Partnerschaft und gemeinsames Tun über den Interessensbereich der Familie hinaus. Kinder bereichern eine Ehe auch dann, wenn sie zu Verzichtern nötigen. Andererseits behält eine Ehe auch bei auferlegter Kinderlosigkeit ihren Sinn.

6. Ehe gibt es in verschiedenen Gesellschaftsformen und Religionen. Sie hat nach reformatorischer Überzeugung einen ursprünglichen Bezug zu Gott dem Schöpfer. Wie alle Schöpfung ist auch die Ehe gefährdet. Daher bedürfen die Eheleute der Vergebung. Im Glauben an Jesus Christus erschließt sich christlichen Ehepartnern das Geheimnis wechselseitigen Gebens und Empfangens und gegenseitigen Vertrauens und Vergebens. Darum ist es gut, wenn Menschen, die die Ehe eingehen, sich auch in ihrem Glauben verstehen. Das Bekenntnis zu Gott und die Bitte um seinen Segen in der christlichen Trauung sind der Ausdruck dafür, daß die beiden Eheleute das Gelingen ihrer Ehe nicht nur sich selber abverlangen, sondern das Beste in ihrer Ehe aus Gottes Hand erwarten wollen.

7. Die Ehe bringt die Erfahrung von Liebe und Glück. Mitten im Alltag läßt sie Verbundenheit dankbar erleben. Aber keine Ehe ist frei von Last und Schuld. Die Ehe stellt auch vor schwierige Aufgaben: miteinander die Lebenspläne abstimmen, für den anderen ohne Vorbehalt dasein, einer dem anderen das verletzende Wort vergeben und miteinander alt werden. So sollte die gute Ordnung der Ehe täglich angenommen und erneuert werden.

8. Eine positive Beurteilung der Ehe verschließt nicht den Blick für die Würde, die der Ehelosigkeit zukommt. Die Ehelosigkeit ist für den, der sich für diesen Weg bewußt entschieden hat und für den, der durch äußere Umstände dahin geführt worden ist, ebenso Gottes Gabe und Aufgabe. Wie die Ehe hat das Alleinsein seine eigenen Möglichkeiten

eines sinnerfüllten Lebens, aber auch seine Probleme und Lasten. Es gibt Aufgaben, die in besonderer Weise, ja besser von Unverheirateten wahrgenommen werden können.

### III.

Für Kirche und Staat ergeben sich aus der Situation, in der sich die Ehe heute befindet, eine Reihe wichtiger Aufgaben. Diese dürfen nicht um kurzfristiger politischer Rücksichten willen übergangen werden.

9. Die Kirche bezeugt, daß die Gesellschaft um ihrer eigenen Zukunft willen an einer guten Ordnung der Ehe interessiert sein muß. Deshalb muß die Eheschließung auch weiterhin öffentlich sein und kann nicht allein der persönlichen Übereinkunft überlassen werden.

- Die Kirche will in Verkündigung, Unterricht und Seelsorge dazu beitragen, daß die künftigen Eheleute auf ihre Ehe vorbereitet und in ihrer Ehe begleitet werden.
- Die Kirche setzt sich unter Mitverantwortung der Eltern dafür ein, daß der Sexualkunde-Unterricht an den öffentlichen Schulen sich nicht auf die sexuelle Aufklärung beschränkt, sondern im größeren Zusammenhang der Lebens- und Ehevorbereitung geschieht.
- Die kirchliche Verkündigung und Seelsorge will dazu ermutigen, eine verbindliche eheliche Gemeinschaft in den Formen der Gegenwart zu leben. Sie braucht deshalb nicht an dem Bild der Ehe festzuhalten, das frühere Zeiten geprägt haben. Das gilt zum Beispiel für das Rollenbild der Frau, für ihre Berufstätigkeit, für partnerschaftliches Planen, für die Beteiligung des Mannes an Haushalt und Kindererziehung und die Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben.

10. Stabilität und Erneuerung von Staat und Gesellschaft sind mit der Qualität und Gestalt von Ehe und Familie untrennbar verbunden. Deshalb muß die staatliche Gesetzgebung so ehe- und familienfreundlich wie möglich sein. Dazu gehören vor allem Maßnahmen, die die Lage und das Ansehen der Mütter in der Gesellschaft entscheidend ändern und verbessern. Das gilt besonders für die Mütter, die um ihrer Kinder willen auf eine Berufstätigkeit – ganz oder zeitweise – verzichten.

Beispiele dafür können sein:

- ein verlängerter Mutterschutz für bisher berufstätige Frauen und die Anerkennung eines Teils der mit der Kindererziehung verbrachten Zeit durch Gewährung von „Erziehungsgeld“.
- Die sozialrechtliche Absicherung ihrer Erziehungsarbeit bei Bemessung ihrer Altersversorgung.
- Maßnahmen für Mütter, die drei oder mehr Kinder haben.
  - a) Damit diese bisher berufstätigen Mütter nicht aus wirtschaftlichen Gründen zur Rückkehr an den Arbeitsplatz gezwungen sind, wäre ihnen ein erhöhtes Kindergeld zu zahlen und eine eigenständige Altersversorgung zuzubilligen.
  - b) Eine eigenständige Altersversorgung und ein Erziehungsgeld ist auch für Mütter erforderlich, die nicht berufstätig waren.
- Schaffung vermehrter Arbeitsplätze für Teilzeitbeschäftigte als Voraussetzung dafür, daß Mütter nicht gezwungen sind, durch volle Berufstätigkeit wieder auf den Arbeitsmarkt zu drängen.

### IV.

11. Eine als Gottes Gabe verstandene und gelebte Ehe wird in unserer Zeit und Gesellschaft dazu beitragen, daß die Stärkung der Freiheitsrechte des einzelnen nicht zur Abwertung von Treue, Vertrauen, Verzicht und Verantwortung führt. Die Ehe kann dazu helfen, daß die Freiheit, die dem einzelnen gewährt wird, nicht auf Kosten des anderen geht. Echte Freiheit findet in bewußter Verantwortung ihre Erfüllung.

Die Generalsynode machte sich in einer an die Parlamente und Regierungen des Bundes und der Länder gerichteten Entschließung die grundsätzlichen Bemerkungen und sozialpolitischen Forderungen der Bischofskonferenz zueigen; das dahinter stehende Motiv verdeutlicht der folgende Auszug.

## ENTSCHLIESSUNG DER GENERALSYNODE DER VELKD ZU EHE UND FAMILIE

*Vom 26. Oktober 1978 (Auszug) <sup>41</sup>*

Die Reformpolitik auf dem Gebiet von Ehe und Familie hat in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten vorwiegend unter dem Leitgedanken gestanden, den Freiraum des einzelnen Bürgers, in dem er seine persönliche Verantwortung wahrnehmen kann, zu erweitern. Der mit dieser Politik beschrittene Weg ist zu begrüßen: Freiheit und Verantwortlichkeit sind Kennzeichen christlicher Lebensgestaltung.

Sehr viele, vor allem junge Menschen haben mit dem Gedanken der Reform große Hoffnungen und Erwartungen verbunden. Zuweilen schien bereits das Abwerfen überkommener Normen und Werte mehr Lebensqualität, mehr Menschlichkeit und bessere Verhältnisse zu verheißen. Diese Hoffnung mußte jedoch trügen und hat sich nicht erfüllt. Auch in anderen Ländern, die eine entsprechende Reformgesetzgebung eingeführt haben, wie z.B. in Schweden, blieb eine Ernüchterung nicht aus.

Hinter eine Ordnung, die dem einzelnen Bürger persönliche Verantwortung und den gesellschaftlichen Gruppen und Kirchen eigenständige Wert-Entscheidungen abverlangt, darf es ein Zurück nicht geben. Es muß heute vielmehr darum gehen, daß die für verantwortliches Handeln gewonnenen Freiräume sinnvoll genutzt werden und daß Politiker wie Bürger sich darum bemühen, grundgesetzlich geschützte Ordnungen wie Ehe und Familie wieder stärker von christlichen Werten her zu gestalten und auszufüllen. Weder die permanente Reform noch die Idee der Befreiung oder das Ideal der Selbstverwirklichung des Einzelnen allein vermögen eine solche Neuorientierung zu leisten ...

Die Generalsynode richtet die dringende Bitte an die Politiker, sich den Wertfragen von Ehe und Familie erneut zu stellen. Sie verweist insbesondere auf einen Notstand, der unser gesamtes Gemeinwesen bedroht und unmittelbar mit dem gegenwärtigen Problem von Ehe und Familie zusammenhängt: ohne entscheidende Maßnahmen, die Mut zu Ehe und Elternschaft machen, wird sich die drohende Tendenz zu einer sterbenden Gesellschaft nicht aufhalten lassen. Ohne Lebensbejahung läßt sich die Lebensqualität nicht verwirklichen ...

---

41. Ebd. S. 341.



### III. Innerdeutsche Ökumene: Katholizismus – Protestantismus – Orthodoxie – Judentum

Von Joachim Lell

#### 1. ÜBERBLICK

##### *a) Personen*

Das Jahr 1978 zeichnet sich mehr durch Ereignisse als durch große ökumenische Texte aus: Papst Paul VI. (Montini) stirbt am 6.8. – Johannes Paul I. (Luciani), am 26.8 gewählt, stirbt am 28.9. – Johannes Paul II. (Wojtyla) wird am 16.10. gewählt.

Der russisch-orthodoxe Metropolit von Leningrad und Nowgorod Nikodim stirbt am 5.9. während einer Papstaudienz. Metropolit Antonij von Minsk und Weißrußland wird am 10.10. zu seinem Nachfolger berufen. An seine Stelle tritt der bisherige Metropolit von Berlin und Mitteleuropa, Filaret.

Solche schicksalhaften Personalveränderungen in den Führungsbereichen lassen die konfessionellen Beziehungen allenthalben, so auch in Deutschland, für eine Weile im Ungewissen verharren.

##### *b) Zeit-Wandel*

Ungewiß scheint auch der Fortgang der großen Lehrgespräche, die in den vergangenen Jahren unter dem Stichwort „Konvergenzen“ das ökumenische Klima wesentlich mitbestimmt haben. Das Ringen um ein gemeinsames Verständnis von Eucharistie, Kommunion und Interkommunion, um wechselseitige Anerkennung von Amt und Ordination scheinen am exklusiven sakramentalen Selbstverständnis der römisch-katholischen Kirche an ein vorläufiges Ende gekommen zu sein – trotz der mancherorts fast euphorisch aufgenommenen Studie der gemeinsamen römisch-katholisch/evangelisch-lutherischen Kommission „Das Herrenmahl“<sup>1</sup>.

Die Gemeinden wurden freilich von den amtlichen (offiziösen) Gesprächen und ihren theologischen Vorstudien kaum berührt; auch nicht von der anschwellenden Flut von Beiträgen zur CA-Debatte<sup>2</sup>. In der Aufsatzliteratur für die Gemeinden finden sich aber verschiedene Versuche, die Gründe für mangelnde Rezeption schon erreichter Übereinkünfte ausfindig zu machen. Dabei werden soziologische Untersuchungen einbezogen, wie etwa die jüngste im Auftrag des Zentralkomitees der deutschen Katholiken erstellte konfessionsstatistische Analyse „Sozialprofil der deutschen Katholiken“<sup>3</sup>.

1. Paderborn und Frankfurt 1978; vgl. Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts (MDKI) 29/1978, S. 108f.

2. Vgl. KJ 103, 1976/77, S. 252.

3. Traute Nellessen-Schumacher: Sozialprofil der deutschen Katholiken, Mainz 1978.

Nicht mehr die eigentlichen Lehrunterschiede, sondern vielmehr unterschiedliche Mentalitäten und Verhaltensweisen, Frömmigkeitsformen und Bildungsverhältnisse bedingen das ökumenische Defizit der Gemeinden mit. Hier Lücken auszufüllen, bemühen sich Gemeindegemeinschaften, Ökumenische Wochen, Kirchen- und Katholikentage.

Zum 85. Deutschen Katholikentag in Freiburg sind erstmals ausdrücklich „alle Christen, alle Bürger herzlich eingeladen“ und nicht wie bisher neben einer allgemeinen Einladung an jedermann im wesentlichen die Repräsentanten des deutschen Protestantismus. Neu war auch, daß am „Tag der Begegnung“ sieben ökumenische Veranstaltungen angeboten und vor allem von viel Jugend besucht waren<sup>4</sup>.

Während – um nur zwei weitere Beispiele zu nennen – der 13. Ökumenische Tag des Erzbistums Bamberg, ausgerichtet von der ACK Nürnberg, Gemeindeglieder der Groß- und Freikirchen nach ihrer Beurteilung der ökumenischen Stagnation gefragt hat<sup>5</sup>, machte die ACK Baden-Württemberg mit ihrem ökumenischen Pilot-Projekt „Gemeinsame Glaubensverkündigung der Kirchen am Ort“ weit über ihre Grenzen hinaus von sich reden<sup>6</sup>. Das Unternehmen in Fellbach unter dem Thema „Jesus Christus – Hoffnung für alle“ verlief deshalb so vorbildlich und erfolgreich, weil es nach jahrelanger Vorbereitung die genannten soziologischen Unterschiede relativieren konnte und mit Zustimmung und Beteiligung von Diözesen, Landes- und Freikirchen sowie den örtlichen Gemeinden weniger ökumenische Rechenschaft betrieb als sich vielmehr um gemeinsame Verkündigung bemühte.

Von solchen Vorstößen abgesehen, beschränkt sich die ökumenische Praxis im allgemeinen – freilich auch nur dort, wo persönliche Verbindungen vor allem der Pfarrer dies ermöglichen – auf diakonische und karitative Gemeinsamkeiten wie Alten- und Kindergartenbetreuung, ökumenische Schwestern- und Sozialstationen.

Die ökumenische Ausstellung im Frankfurter Flughafen „Christen im Dienst am Menschen“ im September, getragen vom Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, dem Caritas-Verband Frankfurt und der Flughafen-Seelsorge, bei der die Notwendigkeit freier kirchlicher Träger in der Gesellschaft sinnenfällig wurde, konnte über ein erstaunliches Echo berichten<sup>7</sup>.

Die 29 gemeinsamen Gemeindezentren – jeweils in der regionalen Kirchenpresse herausgestellt – sind Ausnahmen<sup>8</sup>. In der Regel stehen die Gemeinden zwar nicht mehr gegeneinander, sie gehen aber auch nicht miteinander, sie verharren vielmehr nebeneinander mit breiteren oder schmälere Überlappungen. Die Institutionalisierung der früheren ökumenischen Aufbrüche in den ACK verstärkt den Trend zur zwischenkirchlichen Spannungslosigkeit.

Innerhalb der Kirchen aber haben die Spannungen um den rechten Weg der Ökumene nicht ab-, sondern eher noch zugenommen. Namen wie Erzbischof Lefèvre und Professor Hans Küng auf katholischer Seite, die Professoren Beyerhaus und Gollwitzer auf evangelischer Seite stehen für beachtliche Gruppen, die – wenn auch nur formal vergleichbar – die Zerreißprobe zwischen Entweltlichung und Verweltlichung der Kirche signalisieren. Folgendes Wort der EKD-Synode hat auch auf katholischer und freikirchlicher Seite ein beachtliches Echo gefunden:

---

4. epd ZA 143, 27.7., S. 4.

5. KNAÖI 43, 25.10., S. 9.

6. KNAÖI 52/53, 27.12., S. 6.

7. KANÖI 42, 18.10., S. 11.

8. S. u. S. 143.

# KUNDGEBUNG DER SYNODE DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Vom 10. November 1978

Theologische Grundsatzfragen für Gespräche mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen.

1. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland weiß sich mit den Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates auf der gemeinsamen Basis verbunden:

„Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine Gemeinschaft von Kirchen, die Jesus Christus gemäß der Heiligen Schrift als Gott und Heiland bekennen und darum gemeinsam zu erfüllen trachten, wozu sie berufen sind, zur Ehre Gottes des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.“

2. In der Mitverantwortung für diese Gemeinschaft stellt sich die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland den Fragen an den Ökumenischen Rat der Kirchen, die seit geraumer Zeit und neuerdings verstärkt geäußert werden. Sie findet darin Fragen wieder, die auch unter den Synodalen selbst unterschiedlich oder widersprüchlich beantwortet werden:

Erlaubt die biblische Botschaft von Jesus Christus seine Inanspruchnahme für bestimmte politische Programme?

Wie verhalten sich zueinander göttliche und menschliche Gerechtigkeit?

Wie verhalten sich zueinander göttlicher und menschlicher Friede?

Wie verhalten sich zueinander göttliche und menschliche Freiheit?

Darf die gebotene Solidarität mit den Leidenden zur Solidarisierung mit gewaltanwendenden Gruppen führen?

Wie verwirklicht sich das gemeinsame Bekenntnis unseres Glaubens unter verschiedenartigen Verhältnissen?

Wie kann Gemeinschaft von Kirchen festgehalten werden, wenn in grundlegenden Fragen verschiedene Überzeugungen über den Auftrag der Kirche und seine Erfüllung bestehen?

3. Die Synode ist der Meinung, daß diese Fragen wie in den eigenen Reihen, so im ökumenischen Gespräch der Klärung bedürfen. Sie bittet alle Beteiligten, einander in der Bemühung um ihre Beantwortung aus der Heiligen Schrift nicht loszulassen. Nur so dienen wir der Aufgabe, welche uns in der Gemeinschaft des Ökumenischen Rates gestellt ist, nämlich die Einheit der Kirchen zu suchen, die in Jesus Christus vollbracht ist und deren Vollendung wir von ihm allein erwarten.

Dennoch ist eine neuerliche, wenn auch noch kaum belegbare Betonung konfessioneller Unterschiede zu beobachten. Sie finden sich vor allem auf sozial-ethischem (§ 218), pädagogischem (Privatschulwesen und Religionsunterricht), politischem (Europa) und ekklesialem (Wiederaufkommen der Mariologie) Gebiet. Was das Verhalten anbelangt, so sind nur bestimmte Zurückhaltungen deutlich. So hat KNAÖI zwar ausführlich über den vierten Gemeindetag unter dem Wort in Stuttgart informiert, aber mitnichten nach der Ökumenizität dieser evangelikalischen Veranstaltung gefragt<sup>9</sup>.

Die von KNA trefflich dokumentierte Auseinandersetzung „konziliare Gemeinschaft“ oder „versöhnte Verschiedenheit“ als ökumenische Zielsprache hat bis auf eine Notiz in „Christ in der Gegenwart“ keinerlei Echo in den katholischen Kirchenblättern gefunden<sup>10</sup>. Der Aufruf zum „Missionarischen Jahr 1980“, das alle Kirchen, Verbände und Gemeinschaften zu gemeinsamer Verantwortung für die Verkündigung des Evangeliums als für alle „tragfähiges Fundament des Le-

9. KNAÖI 22, 31.5., S. 9.

10. KNA 12–15; „Christ in der Gegenwart“, Nr. 32, 6.8.

bens“ führen soll, wurde katholischerseits lediglich registriert <sup>11</sup>. Es wird ein protestantisches Unternehmen bleiben. Der Plan einer Frankfurter gemeinsamen evangelisch-katholischen Gemeindezeitung ist am katholischen Veto aus u.a. finanziellen Gründen gescheitert <sup>12</sup>. Eine Vereinbarung in Niedersachsen, wonach Übertretende von der lutherischen Kirche Hannovers zur reformierten in Nord-West-Deutschland und umgekehrt nicht mehr vorher ihren Kirchenaustritt vor dem Staat erklären müssen <sup>13</sup>, hat sich nicht auf die römisch-katholischen Diözesen ausdehnen lassen.

In der theologischen und kirchlichen Zeitschriftenliteratur fällt auf, daß auf beiden Seiten eine Rückbesinnung auf die Grundlagen einsetzt: Evangelischerseits tritt im Zusammenhang mit der CA-Debatte <sup>14</sup> die reformatorische Rechtfertigungs- und Zweireichelehre wieder in den Vordergrund, wobei an der durchgängigen Behauptung, gerade hier gäbe es keine kirchentrennenden Unterschiede mehr, Zweifel laut werden. Katholischerseits schiebt sich der marianische Aspekt der Ekklesiologie und damit die thomistisch-neuthomistische Natur- und Gnadenlehre wieder ins Bewußtsein.

Gleichzeitig treten neue religiöse Aufbrüche, vor allem unter der Jugend, ins ökumenische Bewußtsein und Gespräch. Die Informationen der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) über die fremdorientierten und -fixierten Gruppen dieser spirituellen Szenerie werden zunehmend auch von katholischen Dienststellen und Gemeinden in Anspruch genommen. Die auf christlichem Boden wachsenden neuen Frömmigkeitsformen fingen bis jetzt Kirchen- und Katholikentag auf. Sie beginnen aber in die Gemeinden einzudringen und ihre Spiritualität mit dortigen traditionellen zu vermischen. Obwohl bewußt konfessionslos angetreten, wirken sie nunmehr als spirituelle Ergänzung zur beginnenden theologischen Selbstbesinnung.

## 2. AUS OFFIZIELLEN BERICHTEN

Der Ökumene-Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz, Weihbischof Prof. Dr. Paul-Werner Scheele fragt: „Quo vadis, Ökumene?“ Ziel ist die sichtbare Einheit der Kirchen. Nach einer Meditation über Christuseinheit und Weltgeschick im Rückblick auf die Vollversammlung des ÖRK in Nairobi, der es um das „Ziel der sichtbaren Einheit im einen Glauben und der einen eucharistischen Gemeinschaft, die ihren Ausdruck im Gottesdienst und im gemeinsamen Leben in Christus findet ... damit die Welt glaube“, ging, führt Scheele aus:

---

11. KNAÖI 42, 18.10., S. 3.

12. epd ZA 129, 7.7., S. 5.

13. epd ZA 134, 14.7., S. 2; ABl. Hannover, 10/1978, S. 74f.

14. S. u. S. 138ff.



Auf deutscher Ebene hat sich in der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in erfreulichem Maße sichtbare Einheit angebahnt. Da deren stilles Wachsen keine Schlagzeilen macht, ist es von der Öffentlichkeit bisher kaum zu Notiz genommen worden. Daß es nicht nur zu mancherlei freudlichem Einvernehmen, sondern in vielem zu echter Einmütigkeit gekommen ist, hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß man sich immer wieder mit zentralen Glaubensfragen befaßt hat. Mehrfach war zum Beispiel das gemeinsame Zeugnis Thema der regelmäßigen Zusammenkünfte. Ausgangspunkt war zunächst der Versuch, die sogenannten evangelikalen Gruppen zu verstehen und der Gefahr einer erneuten innerchristlichen Spaltung entgegenzuwirken. Indem man mit der Aufgabe der Evangelisierung deren Grundlagen positiv aufnahm, konnte man nicht nur Verständnis wecken, sondern tun, was eint. Trotz unterschiedlicher Ansätze zeichnete sich im offenen Gespräch eine weitreichende Übereinstimmung bezüglich der gemeinsamen Verantwortung für das Glaubenszeugnis ab. Nun kommt es darauf an, diese Verantwortung möglichst gemeinsam wahrzunehmen. In diesem Zusammenhang ist auch ein Projekt zu nennen, mit dem der Deutsche Ökumenische Studienausschuß seit einiger Zeit befaßt ist. Es geht um die Verbindlichkeit des christlichen Zeugnisses. In der Bibel begegnet sie auf Schritt und Tritt. Wie wird sie von den Christen heute wahrgenommen? Was müssen die Kirchen tun, um ihr zu entsprechen? Auch wenn die Studien noch nicht abgeschlossen sind, kann man heute bereits sagen, daß sich die Anstrengung gelohnt hat. Erneut hat sich gezeigt, daß man nicht dadurch zusammenfindet, daß man sich wechselseitig anschaut, sondern mehr dadurch, daß man gemeinsam auf ein Ziel hinschaut und zugeht.

(Dieselbe Erfahrung habe man auf der Weltebene im Gespräch mit den Weltbünden gemacht. Scheele nennt die entstandenen Texte Glaubenszeugnisse, die im Leben Gestalt gewinnen müßten.)

Versöhnungsbereitschaft, Freude und Danksagung haben vermehrt auch die Begegnung der orthodoxen und der katholischen Kirche geprägt. Sie können sich von vornherein einer weitgehenden Einheit im Glauben erfreuen. Gleichwohl gilt es, noch bestehende Hindernisse auszuräumen. Vor allem aber ist auch hier dafür Sorge zu tragen, daß die gegebene Einheit gelebt wird, daß sie immer mehr sichtbar zutage tritt. Diesem Ziel dienen auf je spezifische Weise zwei Aktivitäten im deutschsprachigen Raum, die ein weites positives Echo in der Orthodoxie gefunden haben: einmal die sogenannten Regensburger Symposien und zum andern die Veranstaltungen der Stiftung Pro oriente in Wien. Ostern 1977 konnte eine offizielle deutsche Delegation beim Patriarchen von Konstantinopel das Resümee einer zehnjährigen Symposiumsbemühung vorlegen. Zugleich wurden Ziel und Wege der weiteren Arbeit einvernehmlich festgelegt.

(Im Blick auf das Ziel der Gottesdienstgemeinschaft meint er, der Wille dazu sei aufrichtig zu begrüßen.)

Freilich sollten wir darüber nicht vergessen, daß der gute Wille, ja selbst der beste Wille allein nicht genügt. Wir können nicht über das Herrenmahl verfügen. Als „Geheimnis des Glaubens“ fordert es die Gemeinschaft des Glaubens. Erst wenn das biblische „ein Herr, ein Glaube“ Wirklichkeit geworden ist, können sich die Getrennten am einen Tisch des Herrn versammeln. Alles was im Blick auf die sichtbare Einheit im Glauben geschieht führt somit hin zum gemeinsamen Gottesdienst.

(Wenn sich eucharistische Gemeinschaft auch nicht sofort verwirklichen läßt, so bildet das Gebet anhand des Ökumenischen Fürbittkalenders einen Vorstoß dorthin. Ein anderer liege im Thema der ersten offiziellen bilateralen Kommission der katholischen Bischofskonferenz und der VELKD: „Kirchengemeinschaft in Wort und Sakrament“, wo auf der Weltebene wichtige Vorentscheidungen gefallen seien.) „Noch steht dahin, wieweit dieser (dort zur Schau gestellte) Optimismus einer strengen Prüfung standhält. — Auf jeden Fall ist er ein Zeichen der Hoffnung und eine Ermutigung für weitere Anstrengungen.“

In dem umfassenden Bericht des Ratsvorsitzenden der EKD vor der Synode in Bethel sagte Landesbischof D. Helmut Claß im Blick auf die europäische und innerdeutsche Ökumene:

EKD-RATSVORSITZENDER H. CLASS: EUROPÄISCHE  
UND INNERDEUTSCHE ÖKUMENE

*Vom 5. November 1978<sup>16</sup>*

Zum Versöhnungsdienst unserer Kirche gehört auch das Bemühen um eine verstärkte Zusammenarbeit der europäischen Kirchen sowie unser Engagement für die europäische Verständigung und Einigung. Nach wie vor ermöglicht die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) als das umfassendste Forum im europäischen Raum Begegnungen zwischen ihren Mitgliedkirchen aus Ost und West. Sie ist darum unersetzlich.

Ein herausragendes Ereignis war die interkonfessionelle Begegnung in Chantilly bei Paris, die von der KEK und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen gemeinsam veranstaltet wurde. Hier haben Vertreter des römischen Episkopats und Vertreter der anglikanischen, orthodoxen und reformatorischen Kirchen miteinander gesprochen über Fragen der Einheit und des Friedens, besonders im Hinblick auf Europa. Ich möchte hoffen, daß mit dieser ersten Begegnung ein neuer Abschnitt vertiefter ökumenischer Zusammenarbeit im europäischen Kontext eingeleitet wurde.

Die Kommission von Kirchen in der Europäischen Gemeinschaft mit Sitz in Brüssel hat sich zu einem wichtigen Instrument der Zusammenarbeit entwickelt. Ihr ist das Ökumenische Zentrum für Kirche und Gesellschaft zugeordnet. Es ist erfreulich, daß die Arbeit der Kommission und des Zentrums in der kirchlichen und in der allgemeinen Öffentlichkeit zunehmendes Interesse findet. Die wachsenden Aufgaben erfordern eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung. Die EKD bemüht sich, dazu ihren Beitrag zu geben ...

(Nach Hinweisen auf die theologischen Gespräche mit dem Kirchentag, mit den Kirchen der DDR, den Gliedkirchen, dem Gnadauer Verband und der Evangelischen Allianz hinsichtlich der gemeinsamen Suche nach geistlicher Erneuerung:)

Die 1948 gegründete Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin/West (ACK) ist längst nicht mehr nur ein Forum für Begegnung und Austausch. Die ACK ist Instrument einer Zusammenarbeit geworden, die sich kontinuierlich entwickelt und, gestützt durch die regionalen Arbeitsgemeinschaften, auch im öffentlichen Bewußtsein ihren Platz gefunden hat. Seit 1974, nach dem offiziellen Beitritt des Verbandes der Römisch-Katholischen Diözesen und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie, gehören der ACK praktisch alle Kirchen bzw. christlichen Gemeinschaften unseres Landes als Vollmitglieder oder Gäste an. In der Satzung vom Jahr 1974, deren Grundlage übrigens die Basisformel des Weltrates der Kirchen ist, wird die Eigenständigkeit der ACK unterstrichen. Durch die Erweiterung der ACK ist manches schwieriger geworden. So konnte z.B. eine Interkommunions-Studie trotz intensiver Beratungen wegen der noch bestehenden Gegensätze bislang nicht verabschiedet werden. Trotzdem hat sich die ständige Begegnung offizieller Repräsentanten aller in Deutschland vorhandenen Kirchen und Gemeinschaften sehr positiv ausgewirkt. Kein Kirchenverband, und sei er noch so groß, darf es sich heute leisten, für sich allein zu existieren.

Die EKD ist deutlicher als vorher ein Partner neben anderen geworden, auch wenn zur Zeit die Ökumenische Centrale mit ihren fünf hauptamtlichen Mitarbeitern büromäßig noch an das Kirchliche Außenamt angegliedert ist. Aber die Mitverantwortung der EKD ist – auch in finanzieller Hinsicht – nicht geringer geworden. Besonders sorgfältig muß darauf geachtet werden, daß durch das zahlenmäßige Übergewicht der Großkirchen die zahlenmäßig kleinen Kirchenverbände nicht in den Winkel gedrängt werden, etwa wenn wichtige Stellungnahmen

---

16. Bethel 1978, S. 58–63.

oder Aktionen wie der Tag des ausländischen Mitbürgers vorbereitet werden. Im Reich Gottes sind „groß“ und „klein“ sehr relative Begriffe.

Nun zu unserem Gespräch mit der Orthodoxie. Leider hat der Dialog mit der Rumänischen Orthodoxen Kirche seine Form immer noch nicht gefunden. Im Berichtsjahr wurde in den neuen Räumen der Griechisch-Orthodoxen Metropole in Bonn das 5. Theologische Gespräch mit dem Ökumenischen Patriarchat über das Thema „Eucharistie und Priesteramt“ geführt. Nach Auffassung aller Teilnehmer war diese Begegnung besonders fruchtbar. In der Zeit vor dem geplanten panorthodoxen Konzil stellt sich das Patriarchat stärker auf den Lutherischen Weltbund als protestantischen Partner ein. Es besteht aber Einvernehmen darüber, daß die Gespräche mit der EKD ein wichtiger Teil dieser Beziehungen sind.

Um Fragen der Christologie ging es bei der 4. Theologischen Konferenz mit Vertretern der Kirche von England im April dieses Jahres in Loccum. Das Gespräch befaßte sich mit der für die anglikanische Theologie zentralen Inkarnationslehre und der kontinental-reformatorischen Kreuzestheologie.

Es ist beachtenswert, daß sich im Vollzug zwischenkirchlicher Zusammenarbeit das Element theologischer Beratungen immer stärker durchsetzt. Dies gilt beispielsweise für unsere Verbindung mit Südafrika und Südkorea. Gegenseitiges Teilnehmen an theologischen und ethischen Fragen gehört zum Wahrnehmen und zum Durchhalten von Partnerschaft. In der Gemeinschaft der Kirchen geben wir den anderen gewiß manches zum Tragen auf. Umgekehrt werden wir mit hineingenommen in die oft beschwerlichen, oft aber auch beglückenden Erfahrungen unserer Partner.

c) Im theologischen Gespräch mit der Römisch-Katholischen Kirche haben sich die von manchen Theologen und vielen Laien seit Jahren gehegten Hoffnungen auf zügige Fortschritte zu einer umfassenden Lehrübereinstimmung nicht erfüllt. Arbeitsergebnisse gemischter Kommissionen machen eben noch keine Konkordie. Einige Stimmen haben neuerdings sogar betont, die in der Rechtfertigungslehre erreichte Verständigung genüge nicht, um im offiziellen Verhältnis der beiden Konfessionen weitere Konsequenzen zu erwägen. Ökumenische Konsenspapiere (wie etwa der Malta-Bericht des Lutherischen Weltbundes und des Römischen Einheitssekretariats, das Memorandum der Deutschen Ökumenischen Universitätsinstitute „Reform und Anerkennung kirchlicher Ämter“, die Studie über Interkommunion des Deutschen Ökumenischen Studienausschusses oder der Accra-Bericht der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung des ÖRK) unterscheiden sich in wichtigen Punkten, beispielsweise in der Frage der Anerkennung der Ämter.

Es gibt aber auch andere Erfahrungen. So haben katholische Theologen zu erwägen gegeben, die Augsburgs Bekenntnis (CA) von 1530 als katholisches Bekenntnis anzuerkennen. Die darauf bezogene lebhafteste Diskussion ist ein interessanter Beitrag zum bevorstehenden 450jährigen Jubiläum der CA. Evangelische Theologen stellten fest, sie fänden in dem Beschluß „Unsere Hoffnung“ der Würzburger Synode weitgehend auch die Hoffnung evangelischer Christen ausgedrückt. Die gegenwärtige Gesprächslage sollte als Aufforderung verstanden werden, die theologische Arbeit und das gemeinsame Zeugnis als Teil der vielfachen zwischenkirchlichen Beziehungen unverdrossen weiterzuführen.

Den Weg der Römisch-Katholischen Gesamtkirche seit dem 2. Vatikanischen Konzil haben wir aufmerksam verfolgt. Die Leitvorstellung einer räumlich konzipierten Ökumene, die von einer starken Zentrale aus geleitet wird, scheint stärker in den Hintergrund zu treten. Eine Dezentralisierung wurde eingeleitet. Sie kann dazu helfen, Zeugnis und Dienst noch näher am Menschen auszurichten, und sie ermöglicht wohl auch neue Chancen ökumenischer Zusammenarbeit vor Ort. Gleichzeitig hat der Grundsatz der Kollegialität an Bedeutung gewonnen. Die Aufgabe, verschieden geprägte Ortskirchen in der Gesamtkirche zusammenzufassen, ist größer und schwieriger geworden. In diesem Jahr wurde zweimal ein neuer Papst gewählt. Als evangelische Christen haben wir an den menschlich bewegenden Ereignissen Anteil genommen. Daß vor drei Wochen ein polnischer Kardinal in das höchste römisch-katholische Leitungsamt gewählt wurde, ist für alle Kirchen eine deutliche Erinnerung, über der notwendigen Beschäftigung mit den Problemen des Nord-Süd-Gefälles in der Welt die bedrängenden Nöte der Ost-West-Spannung nicht außer acht zu lassen. Als evangelische Christen hoffen wir, daß durch Papst Johannes Paul II. die ökumenischen Impulse des 2. Vatikanischen Konzils verstärkt zum Zuge kommen.



Ausführlich geht auch der Catholica-Beauftragte der Kirchenleitung der VELKD, Landesbischof Dr. Gerhard Heintze, vor der Generalsynode in Bad Bevensen auf das evangelisch/katholische Verhältnis ein:

LANDESBISCHOF G. HEINTZE:  
DAS EVANGELISCH-KATHOLISCHE VERHÄLTNIS

*Vom 23. Oktober 1978<sup>17</sup>*

(Zunächst würdigt er die beiden verstorbenen Päpste, gedenkt fürbittend Johannes Pauls II., referiert über das Verlangen der nicht-römischen Christenheit nach sichtbarer Darstellung gesamtchristlicher Einheit, würdigt die katholischen Stimmen, „die den Dienstcharakter des päpstlichen Amtes viel stärker unterstreichen als seine Jurisdiktionsgewalt“)

Trotzdem bleibt für uns, für die allein die Heilige Schrift Geltung als bestimmende Regel und Richtschnur hat, in der Frage nach den Möglichkeiten einer gesamtchristlichen Verständigung über das Papstamt Nüchternheit geboten. Ich sehe nach wie vor keine Möglichkeit, das Papstamt unmittelbar aus Jesu Wort an Petrus (Mt. 16,16ff.) abzuleiten.

(Heintze reflektiert dann über den Unterschied zwischen dem biblischen Fundament und der späteren Tradition, über die Überforderung eines einzelnen, somit über die Unmöglichkeit einer Institutionalisierung eines rein geistlich-seelsorgerlich verstandenen Primats, weil für seinen Träger „wie für jeden Christen das Bekenntnis zur eigenen Schwachheit, Irrtumsfähigkeit und Versuchlichkeit“ gälte.)

In der gesamten Diskussion über das Papstamt scheint mir auch viel zu wenig berücksichtigt zu sein, in welcher beträchtlichen Spannung Jesu Anerkennung des Bekenntnisses des Petrus (Mt. 16,17) zur schroffen Zurückweisung des gleichen Apostels durch Jesus steht: „Weiche zurück, Satan, du bist mir ärgerlich; denn du meinst nicht was göttlich, sondern was menschlich ist“, wie sie gleich in der anschließenden Perikope erfolgt (Mt. 16,23). Diese Spannung besagt doch, wie leicht selbst derjenige, der ein klares, uneingeschränktes Bekenntnis abgelegt hat, und dem um dieses Bekenntnisses willen von seinem Herrn eine führende Verantwortung übertragen wird, dennoch zu einer anderen Stunde vom Willen seines Herrn abweichen, zum falschen Ratgeber, ja sogar selber zum Versucher werden kann. Auch das gilt bestimmt nicht nur von den Päpsten, sondern von jedem Christen, namentlich aber von allen, die führende Verantwortung wahrzunehmen haben. Aber auch die Päpste sind in diese Versuchlichkeit eingeschlossen. Von daher bleibt das auf dem Ersten Vatikanischen Konzil 1870 formulierte Dogma vom unfehlbaren Lehramt des Papstes für den, der sich an den zentralen biblischen Aussagen orientieren möchte, der eigentliche Stein des Anstoßes:

(Zitat des Dogmas und Vermerk, daß in den amerikanischen Verhandlungen die Primatsfrage noch ausgeklammert ist.)

Schon das Neue Testament selbst wie dann die ganze nachfolgende Kirchengeschichte zeigen, wie oft das wahre Zeugnis des Geistes Jesu Christi gerade nicht dort zu finden war, wo es institutionell eigentlich zu vermuten war, sondern dort erging, wo es sich anscheinend nur um unbequeme Außenseiter handelte. Das Auftreten der Apostel selbst, abseits von der damals in Israel geltenden festen theokratischen Ordnung, der Aufbruch der Reformation entgegen dem, was damals herrschende kirchliche Meinung und Praxis war, oder auch der Kirchenkampf im Dritten Reich, in dem die eigentlich notwendigen Bekenntnisaussagen von den meisten damaligen Kirchenleitungen nicht geteilt wurden, selbst wenn sie nicht direkt zur Irrlehre der Deutschen Christen abgefallen waren, sind nur drei besonders treffende Belege für die Nicht-Institutionalisierbarkeit des Geistes Gottes, der es sich vorbehalten hat, zu wehen wo er will.

Diese Erkenntnis wird den Dialog über das Papstamt weiterhin schwierig machen ...

(Bei allem Dank für geistliche Neuansätze im römischen Katholizismus, aller schuldigen Fürbitte und bei allem reformatorischen Bedenken) sollten wir nicht vergessen, wie schwach und ungenügend wir in unseren eigenen Kirchen den Dienst der Einheit wahrgenommen

17. epd-Dok. 48/1978, S. 1–8.



und es nicht verstanden haben, im Geist der Wahrheit und der Liebe Jesu Christi Spaltungen zu wehren und Zerrissenes zu heilen. Auf viel schmalerer Basis nehmen auch wir selber allzu leichtfertig in Anspruch, in unseren Äußerungen unfehlbar zu sein. ... Aber wir können und dürfen nicht in eine Einheit willigen, die den Grundaussagen des Evangeliums widerspricht.

(Unter 2. geht der Bericht auf die Erörterungen zur „Anerkennung der CA“ ein, dankt dafür, daß diese nüchterner als bisher weitergehen, beschreibt den Stand römisch-katholischer Besinnung anhand eines Aufsatzes von Heinrich Fries, der mit einem Bekenntnis zur Vielfalt schließt, das sich der Bericht zu eigen macht.)

Nur wird eben nicht immer von vornherein deutlich sein, wo es sich um erlaubte und sogar zu begrüßende Mannigfaltigkeit bei grundsätzlicher Einheit handelt, und wo noch Gegensätze bestehen, die um der Orientierung an den Grundaussagen des Evangeliums willen nicht voreilig entschärft werden können, sondern ertragen werden müssen. Das scheint mir z.B. noch auf die verschiedene Einschätzung des Papstamtes und wohl überhaupt der kirchlichen Institutionen wie auch auf die Mariologie zuzutreffen.

(Nach dem Verweis auf einen orthodoxen Beitrag, fährt der Bericht fort):

Überhaupt sind die aus einer eventuellen Anerkennung der CA sich ergebenden ökumenischen Konsequenzen insgesamt mit zu erwägen. Das gilt namentlich für die inzwischen mit der reformierten Kirche erreichte Verständigung in der Frage der Abendmahlsgemeinschaft in der Leuenberger Konkordie, aber überhaupt im Blick auf die Beziehungen zu anderen Kirchen und Gemeinschaften, mit denen wir in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen verbunden sind, also auch im Blick auf die Freikirchen. Der intensivere Kontakt zwischen den zahlenmäßig großen Kirchen gibt uns nicht das Recht, auf die zahlenmäßig kleinen Mitglieder der ökumenischen Gemeinschaft herunterzusehen. Im Reich Gottes sind „groß“ und „klein“ ja sehr relative Begriffe. Vor allem bleiben wir als Lutheraner in der Diskussion um die Anerkennung der CA seitens der römisch-katholischen Kirche selber gefragt, welche Bedeutung dieses evangelische Grundbekenntnis eigentlich für unsere Aufgabe hat, heute die Botschaft von Jesus Christus auszurichten und sie so zu bezeugen, daß die heute lebenden Menschen sie verstehen und erkennen können: das geht uns an.

(Über den CA-Verhandlungen dürfe die Aufgabe nicht vergessen werden, sich den Herausforderungen der Zeit gemeinsam zu stellen.

Sodann geht der Bericht auf die kirchliche Verantwortung für Europa ein, woran sich die katholische Kirche „viel intensiver“ engagiert als die evangelischen Kirchen. Vor allem auf dem 85. Deutschen Katholikentag in Freiburg fiel dem ökumenischen Beobachter auf, welcher Nachdruck in der „Europäischen Heiligenlitanei“ ...) auf die Anrufung der Heiligen und der Jungfrau Maria gelegt wurde, während sonst an diesem Punkt in den letzten Jahren bei ökumenischen Veranstaltungen katholischerseits eine gewisse Zurückhaltung geübt wurde. Es sollte in Freiburg aber wohl deutlich werden, daß es sich hier eben um ein Großaufgebot der *katholischen* Kirche handelte. ... das Schwergewicht lag deutlich auf dem Hinweis auf den prägenden Einfluß des christlichen Abendlandes auf die europäische Geschichte und auf dem Versuch, im christlich abendländischen Geist die westeuropäische Gemeinschaft mit ihrem Brüsseler Zentrum zu stärken.

(Man dürfe diese katholische Anteilnahme an der Entwicklung der westeuropäischen Gemeinschaft weder unterschätzen noch voreilig kritisieren.)

Wahrscheinlich ist der evangelische Beitrag hier bislang zu zaghaft und zu zurückhaltend gewesen.

Auf katholischer Seite hat es im letzten Jahr mitunter auch ein allzu einseitiges Betonen der katholischen abendländischen Tradition und ein etwas brüskes Beiseitestellen der evangelischen Partner bei Jubiläums- und Einweihungsfeiern, namentlich in Bayern, gegeben, etwa bei der Eröffnung der Ausstellung über Karl IV. in Nürnberg.

3.3 Allerdings genügt es nicht, daß ein profilierter evangelischer Beitrag zum Europathema einfach wiederholt, was von katholischer Seite schon vielfältig und nachdrücklich geäußert ist. So sollte von unserer Seite hervorgehoben werden, daß in der Entwicklung Europas nicht nur christliche, sondern auch außerchristliche Einflüsse eine beträchtliche Rolle gespielt haben, wie etwa die der Antike. Auch hat es in der Geschichte Europas leider nicht nur positive christliche Einflüsse gegeben, sondern ebenso auch ein verhängnisvolles vielfäl-

tiges christliches Versagen. Es darf nicht vergessen werden, wie es um solchen Versagens willen schon Jahrhunderte vor der Reformation zur Trennung der ostkirchlichen von der abendländischen Kirche mit ihren einschneidenden Folgen für die ganze weitere Geschichte unseres Kontinents kam. Der Beitrag der Reformation zum Verständnis der europäischen Entwicklung darf nicht übergangen werden. Als evangelische Christen werden wir nicht nur die Ursachen der Reformation in den tiefgreifenden Schäden der damaligen abendländischen Kirche aufdecken, sondern werden zugleich auch aufzeigen, wie sehr die ganze weitere europäische Geistesgeschichte durch die Anstöße, die die Reformation gab, beeinflusst wurde. Allerdings dürfen auch die verheerenden Folgen, die der jahrhundertlange unversöhnliche Gegensatz zwischen katholischer und evangelischer Kirche für die Geschichte unseres Kontinents gehabt hat, nicht verschwiegen werden. Ich erinnere etwa an den 30jährigen Krieg. Aber auch im Gegenüber zum atheistischen Marxismus darf nicht nur der christliche Gegensatz betont werden, sondern es ist zuzugestehen, wie dessen Entstehung und Siegeszug zum guten Teil durch das faktische Versagen der Kirchen Europas in ihrer sozialen Verantwortung bedingt war.

3.4 Im Blick auf das Europathema ist namentlich nachdrücklich daran zu erinnern, daß Europa bis zum Ural und nicht nur bis zur Elbe reicht, und daß die Verständigung mit den sozial und politisch heute ganz anders strukturierten Staaten des europäischen Ostblocks für die westlichen Staaten unabdingbar ist. Gerade die Kirchen dürfen nicht ablassen, sich anhaltend und geduldig um Entspannung und Frieden auf dem gesamten Kontinent zu bemühen, ohne sich durch Mißerfolge enttäuschen und durch unfreundliche Mißdeutungen ihres Bemühens einschüchtern zu lassen. Auf dem Freiburger Katholikentag war es namentlich Bundeskanzler Helmut Schmidt, der in seinem Grußwort diese gesamteuropäische christliche Verantwortung hervorhob und erfreulicherweise damit auf der Kundgebung viel Beifall erntete. Erst recht dürfen die Kirchen Westeuropas nicht darin müde werden, auf alle Weise Gemeinschaft mit den Kirchen im Ostteil unseres Kontinents zu halten und zu festigen. Darum kommt gerade angesichts des starken katholischen Engagements der Arbeit der Konferenz Europäischer Kirchen ganz besondere Bedeutung zu. Von Anfang ihrer Existenz an ist ihr Bemühen auf die Zusammenführung aller christlichen Kirchen auf dem gesamten Kontinent gerichtet. Sie bedarf darin auch von Seiten der VELKD und ihrer Gliedkirchen einer viel intensiveren Unterstützung, als ihr bis jetzt zuteil geworden ist. Diese Unterstützung darf keinesfalls unter dem auch nötigen verstärkten kirchlichen Engagement für die westeuropäische Gemeinschaft leiden.

### 3. DISKUSSION UM DIE ANERKENNUNG DER CONFESSIO AUGUSTANA

In den publizistischen Vordergrund hat sich die theologische Debatte um die CA-Anerkennung geschoben. Der Altbischof und frühere Ratsvorsitzende der EKD Hermann Dietzfelbinger meint, die Diskussion spitze sich „auf die Frage nach der Katholizität zu – in doppelter Fragestellung“.

LANDESBISCHOF I.R. H. DIETZFELBINGER: KATHOLIZITÄT<sup>18</sup>

1. Wie katholisch ist die römisch-katholische Kirche? Wir lassen das Tridentinum beiseite und fragen nur im Blick auf die letzten 150 Jahre: Ist sie durch die neueren Dogmen mehr katholisch oder weniger katholisch geworden? Viele urteilen, daß ihre „Katholizität“ durch die neueren Dogmen verändert, ja – etwa gegenüber der orthodoxen Kirche – eingeschränkt worden ist. Andererseits, so urteilt Gottfried Maron, einer der evangelischen Beobachter

18. „Wem hilft die Anerkennung?“ LM 3/1978, S. 164.

beim II. Vatikanum, sei sie durch dieses Konzil „evangelischer, katholischer, aber auch römischer“ geworden. Auch evangelischer – wir können das nicht leugnen, sondern freuen uns darüber, wenn wir an die Aufnahme zahlreicher reformatorischer Anliegen in der heutigen katholischen Kirche denken.

2. Aber ebenso und noch mehr an uns gerichtet lautet die andere Hälfte der Frage: Wie katholisch ist die evangelisch-lutherische Kirche? Albert Brandenburg stellt fest: „Es muß die unverkürzte, heutige katholische Lehre gefordert werden, andernfalls haben wir es mit einer ökumenisch völlig uninteressanten historischen Angelegenheit zu tun.“ Ich denke nur an die Rolle, die schon die Vokabel „katholisch“ auch heute noch bei uns spielt. Der „antikatholische“ Affekt sitzt nach wie vor tief. „Katholisch“ konnte jedenfalls bei der Festsetzung des gemeinsamen Textes für das Nicänische Glaubensbekenntnis nicht eine Einigungsformel werden. Und wie das auf den ursprünglichen Ehrennamen „protestantisch“ abgefärbt hat, müßte auch untersucht werden!

(Zur ganzen Wahrheit – ohne die das Gespräch nicht zu führen ist – gehöre), daß es auch das „Katholische“ nicht ohne das Kreuz Christi gibt, so wenig wie das „Eine, Heilige, Christliche“ der Kirche. Die eine Kirche ist unter dem Kreuz verborgen, die heilige Kirche erst recht, die apostolische auch! Es geht nicht so schnell, erfolgreich und triumphal zu auf dem Wege der einen Kirche, wie wir, wie viele Journalisten es gerne meinen.

Eine besonders fruchtbare Anregung für das CA-Gespräch gibt der „Ökumenische Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen in Wien“ unter Leitung der Professoren Wilhelm Dantine (ev.) und Ferdinand Klostermann (kath.):

#### ÖKUMENISCHER ARBEITSKREIS WIEN ZUM PROBLEM DER ANERKENNUNG<sup>19</sup>

An der Diskussion um eine Anerkennung der CA, wie sie vornehmlich im deutschen Sprachraum derzeit geführt wird, zeigen sich einige Punkte, die unserer Ansicht nach der eigentlichen Funktion und dem Wesen der CA nicht gerecht werden.

1. Absicht der CA war zum Zeitpunkt ihrer Vorlage vor Kaiser und Reich im Jahre 1530 die Darbringung von Reformvorschlägen auf der Basis der grundlegenden Einheit in wesentlichen Punkten des Glaubens und der Lehre. Die gegenwärtige Diskussion geht jedoch von einer heute herrschenden Vorstellung über den Charakter von Differenzen in Lehrauffassungen aus und entfernt sich von der im Text und Kontext der CA gegebenen Situation.

2. Die im Text der CA festgestellten und besonders in deren zweitem Teil aufgezählten Unterschiede zur römisch-katholischen Kirche betreffen nach Meinung der CA nicht Lehraussagen, sondern einzelne Bereiche der kirchlichen Praxis und Frömmigkeitsausübung. Die heutige Diskussion sollte einerseits dem Umstand Rechnung tragen, daß sich die Situation zwischen den beiden Konfessionen im Blick auf den zweiten Teil (Art. XXII–XXVIII) erheblich verändert hat, darf andererseits die innere Einheit der ganzen CA (Art. I–XXVIII) nicht übersehen wollen.

3. Die CA wollte die wichtigsten Lehraussagen wie auch die hauptsächlichsten Unterschiede zusammenfassen, den Stand der theologischen und kirchlich-praktischen Übereinstimmungen und Differenzen ihrer Zeit zum Ausdruck bringen und dadurch zu einer Überprüfung und Diskussion anregen. Die heute geführte Diskussion um eine Anerkennung des Textes der CA übergeht in weiten Bereichen diese Geschichtsgebundenheit des Textes wie auch diejenige seiner Verfechter damals. Dadurch ist die Gefahr gegeben, entweder den heutigen geschichtlichen Ort des Dialogs um die Einheit der Kirchen zu verfehlen, oder die damals von der CA aufgestellten Lehrpunkte ungeschichtlich zu beurteilen, um sie heute für gegenstandslos zu erklären. Beide Verfahrensweisen erscheinen weder sachgemäß noch realistisch.

Hier kann auf die Details der heute geführten Diskussion im einzelnen nicht eingegangen werden. Es seien jedoch einige Punkte genannt, die die oben geäußerten Bedenken näher beleuchten.

19. Ebd. S. 165/66.



1. Die CA kennt keine ausdrückliche Angabe der Zahl der Sakramente. Die Tatsache, daß sie in mehreren, aufeinanderfolgenden Artikeln von der Taufe, dem Abendmahl und der Buße spricht, läßt nicht den Schluß zu, sie habe stillschweigend eine Dreizahl der Sakramente angenommen. Dies vor allem deshalb nicht, weil sowohl in den Vorarbeiten als auch in den übrigen, nahezu gleichzeitigen Äußerungen der Verfasser der CA diesbezüglich eindeutige Aussagen über die Zweizahl der Sakramente (Taufe/Abendmahl) und ihre Bestimmung gemacht werden.

2. Die vorgetragene Meinung, die Äußerungen der CA bezüglich der Buße und Beichte seien „katholischer“ als spätere Aussagen reformatorischer Theologen, bedeutet ein unsachgemäßes Verständnis der CA als einziges und allein verbindliches Lehrdokument und die faktische Ausschließung anderer Bekenntnisdokumente (Apologie der CA, Kleiner und Großer Katechismus, Schmalkaldische Artikel).

3. Der Versuch, in der stattfindenden Diskussion die Aussagen der CA über Rechtfertigung und Kirche beziehungsweise kirchliches Amt als außerhalb der Streitpunkte stehend zu erklären, widerspricht der Intention dieser Aussagen. Darüber hinaus wird auf diese Weise einerseits für die CA ein geschichtsloser Status, auf der anderen Seite für die römisch-katholische Kirche und ihre Lehraussagen aber ein durch konziliare und andere, der geschichtlichen Situation heute angenäherte Dokumente belegbar verändertes Selbstverständnis angenommen.

4. Die derzeit geführte Diskussion um eine Anerkennung der CA geht von der Voraussetzung aus, die CA allein könne Gegenstand des Dialoges um eine Einheit sein. Damit wird den Ergebnissen der bisherigen ökumenischen Bemühungen nicht Rechnung getragen. Die Entwicklung des Lehrgesprächs wie die der kirchlichen Praxis und Frömmigkeitsausübung sowohl auf seiten der evangelischen als auch der katholischen Kirche beziehungsweise Kirchen wird außer acht gelassen. Die grundsätzlichen Bemühungen gegenwärtiger Konfessionsgespräche, wie sie etwa durch die Leuenberger Konkordie dokumentiert werden, bleiben unbeachtet. Es geht doch nicht zuletzt darum, daß historische Meinungsgegensätze oder gar Verurteilungen einerseits nicht rückgängig gemacht werden sollen, andererseits sind sie durch das heutige Selbstverständnis der Konfessionen und das Verständnis des interkonfessionellen Dialoges auf Einheit hin zu überholen.

In der derzeit geführten Diskussion sowie in den Reaktionen von offiziellen Vertretern beider Konfessionen scheint nur ungenügend gesehen zu werden, daß der Ansatz der Gespräche, nämlich die Erreichung einer Anerkennung, schon die Feststellung der anerkennenden Instanz und deren Zuständigkeit beinhaltet. Damit werden jedoch schwerwiegende rechtliche Fragen aufgeworfen, die weder aus der historischen Situation heraus geklärt, noch einfach übergangen werden können. Zu ihrer Beantwortung bedarf es intensiver Verhandlungen. Vor allem ist zu klären, ob derartige rechtliche Konsequenzen grundsätzlich erwünscht, möglich und durchführbar sind.

#### 4. AUS DER ÖKUMENISCHEN PRAXIS

Zum Abschluß der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz am 16.2.78 sagte ihr Vorsitzender, Kardinal Joseph Höffner, in seinem Bericht:

##### KARDINAL J. HÖFFNER: EINHEITSÜBERSETZUNG DES ALTEN UND DES NEUEN TESTAMENTES<sup>20</sup>

Seit 1962 haben im Auftrag der deutschen Bischöfe Fachleute der Bibelwissenschaft, der Liturgik, Katechetik und der deutschen Sprache an einer neuen Übersetzung der Heiligen

---

20. OR Nr. 11, 17.3.



Schrift gearbeitet. Mitbeteiligt an diesem Unternehmen sind die katholischen Bischöfe der DDR, Österreichs, der Schweiz, Südtirols, Luxemburgs und von Lüttich. Das Bistum Straßburg wird die Texte in die liturgischen Bücher aufnehmen ...

Die Deutsche Bischofskonferenz hat beschlossen, die jetzt vorliegende Übersetzung in den deutschen Diözesen als kirchenamtlichen Text einzuführen. Das bedeutet, daß er überall dort zu benützen ist, wo die Kirche die Heilige Schrift offiziell verwendet, also in der Liturgie, Verkündigung und Schule.

Ausdrücklich sei festgestellt, daß die bisherigen, kirchlich approbierten Übersetzungen des Alten und Neuen Testaments außerhalb dieser Bereiche weiter zugelassen sind.

Die mit der Einheitsübersetzung beauftragten Bischöfe haben von Anfang an die Evangelische Kirche zur Mitarbeit eingeladen. Diese kam jedoch zunächst wegen der laufenden Revision der Lutherübersetzung nicht zustande.

Erst ab 1968 kam es zu einer partiellen Mitarbeit des Rates der EKD und des neugegründeten Evangelischen Bibelwerks. Sie bezog sich auf die Psalmen, auf die vier Evangelien und den Römer- und Galaterbrief. Der Bitte des Rates der EKD, die evangelische Mitarbeit auf das ganze Neue Testament auszudehnen, wurde vom Ständigen Rat der Deutschen Bischofskonferenz am 24.1.1977 entsprochen.

Die Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz nimmt dankbar zur Kenntnis, daß die Evangelische Kirche die Einheitsübersetzung des Neuen Testaments neben der Lutherübersetzung für den kirchlichen Gebrauch empfehlen will. Die Deutsche Bischofskonferenz geht davon aus, daß künftig bei ökumenischen Gottesdiensten oder außerkirchlichen Anlässen die neue Einheitsübersetzung verwendet wird.

#### ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTLICHER KIRCHEN: GEMEINSAMER BIBELSONNTAG IN BADEN-WÜRTTEMBERG<sup>21</sup>

Die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg zusammengeschlossenen elf Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften wollen den 29. Januar 1978 als gemeinsamen Bibelsonntag begehen.

Wie bereits in den beiden Vorjahren, soll unseren Gemeinden durch diesen Sonntag bewußtgemacht werden, daß die Bibel die allen Christen gemeinsame Quelle des Glaubens ist. Sie ist der tragende Grund, auf dem Christen verschiedener Konfessionen einander näherkommen und von dem aus sie gemeinsam handeln können. Dieses Anliegen haben inzwischen auch andere Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen aufgenommen, so der „Rat Christlicher Kirchen in Nordhessen“ und die „Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen – Region Südwest“. Sie werden mit uns den 29. Januar 1978 als Bibelsonntag begehen.

Zu den Aufgaben aller Kirchen gehört es, den Menschen in unserem Land die Bibel nahezubringen und sie zu ermutigen, darin zu lesen. Es ist entscheidend, daß wir Gottes ewiges Wort immer neu als die Gute Nachricht für uns heute entdecken und sie weitergeben.

Sowohl die Arbeitsgemeinschaften als auch die beiden Bibelwerke wissen, daß nicht alle Gemeinden den 29. Januar als gemeinsamen Bibelsonntag begehen können. Für manche Gemeinden mag sich ein anderer Sonntag als günstiger erweisen. Wenn dennoch an dem Datum des letzten Januar-Sonntags festgehalten wird, so geschieht dies, weil wir dadurch auch die Öffentlichkeit auf die Sache der Bibel aufmerksam machen können.

*Werner Deiß*

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg

*Dr. Franz Josef Stendebach*  
Katholisches Bibelwerk

*Dr. Siegfried Meurer*  
Evangelisches Bibelwerk

Die alte ökumenische Erkenntnis, daß sprachliche Angleichungen oder Gemeinsamkeiten noch keine sachlichen (inhaltlichen) sein müssen, ja oftmals Unter-

21. Materialheft für den Gottesdienst 1978.

schiede und Gegensätze verschleiern, anstatt sie ihrer Bearbeitung zuzuführen, hat die 11. Delegiertenversammlung der ACK Baden-Württemberg am 26./27.5. bewogen, folgende Bitte an ihre Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften zu richten.

#### ACK BADEN-WÜRTTEMBERG: VORSCHLÄGE ZUR VERSTEHENSHILFE<sup>22</sup>

Bei der Arbeit über die Fragen des kirchlichen Amtes ist unsere Theologische Kommission immer wieder darauf gestoßen, daß ein und dasselbe Wort in Aussagen über das Selbstverständnis der jeweiligen Kirche in oft sehr unterschiedlicher Bedeutung gebraucht wird. Offensichtlich haben viele theologische Begriffe und kirchliche Bezeichnungen und Namensgebungen eine verschiedene Bedeutungs- und Gebrauchsgeschichte. Viele Mißverständnisse und Kommunikationsschwierigkeiten ließen sich vermeiden, wenn durch eine Absprache unter den einzelnen Kirchen eine weitgehende Übereinstimmung in der kirchlichen Terminologie erreicht werden könnte. Dem ökumenischen Gespräch und dem gemeinsamen kirchlichen Handeln wäre damit entscheidend gedient.

Die Delegierten der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg bitten die Leitungen der Mitgliedskirchen, sich dieses Anliegen zu eigen zu machen, vor allem

- durch eine frühzeitige ökumenische Kommunikation bei der Abfassung theologischer Stellungnahmen
- durch Beiziehung liturgischer Experten aus anderen christlichen Kirchen bei der Neufassung wichtiger gottesdienstlicher Texte.

In ähnliche Richtung zielt der Beschluß der Generalsynode der VELKD.

#### BESCHLUSS DER GENERALSYNODE DER VELKD ZU FRAGEN DES VERHÄLTNISSES ZUR RÖMISCH-KATHOLISCHEN KIRCHE

*Vom 26. Oktober 1978<sup>23</sup>*

Die Generalsynode begrüßt es, daß die theologischen Gespräche zwischen der römisch-katholischen und der evangelisch-lutherischen Kirche im letzten Jahr auf verschiedenen Ebenen intensiv weitergeführt worden sind. Sie bittet die Kirchenleitung, in geeigneter Weise dafür zu sorgen, daß die jeweiligen Ergebnisse dieser Gespräche in die verschiedenen kirchlichen Arbeitskreise bis hin zu den Kirchengemeinden vermittelt werden, damit so ein Prozeß geistlicher Aneignung in Gang kommt. Hierzu soll geeignetes Material erarbeitet und bereitgestellt werden. Darüberhinaus soll überlegt werden, ob und wie eine offizielle Bestätigung solcher Ergebnisse möglich wäre.

Die Generalsynode bittet darum, daß auf allen Ebenen – besonders im kirchlichen Unterricht, der kirchlichen Erwachsenenbildung und auch im Religionsunterricht – das bleibende Zeugnis der Reformation auch im ökumenischen Miteinander deutlich wird.

Die Generalsynode wendet sich an alle, die in unserer Kirche Verantwortung tragen, mit der dringenden Bitte, erneut bewußt zu machen, daß gottesdienstliches Handeln der evangelisch-lutherischen Kirche ihrem Bekenntnis entsprechen muß. Andernfalls besteht die Gefahr, daß theologische Erklärungen und Konsensustexte durch entgegenstehende gottesdienstliche Praxis ökumenisch unglaubwürdig werden.

22. Una Sancta 33/1978, S. 180.

23. VELKD-Informationen 33, 1.12.1978.

## Ökumenische Gemeindezentren

In der Bundesrepublik existieren nunmehr 29 ökumenische Gemeindezentren. 22 davon sind in Neubaugebieten entstanden, zumeist auf unmittelbar nebeneinander liegenden Grundstücken von Pfarrgemeinden; 25 der Zentren sind ausschließlich evangelisch/katholisch; 2 weitere kooperieren mit den bürgerlichen Gemeinden, 2 mit orthodoxer Beteiligung; an keinem der Zentren ist jedoch eine alt-katholische, reformierte oder freikirchliche Gemeinde beteiligt.

Die rechtliche und finanzielle Verantwortlichkeit regelt sich grob nach einem von vier verschiedenen Modellen:

- a) beide Kirchengemeinden sind gemeinsam Eigentümer des Grundstücks und der Räume;
- b) eine eigens (durch Gesellschaftsvertrag) gegründete Gesellschaft ist Eigentümer;
- c) das Gemeindezentrum ist aufgeteilt in zwei Eigentumsbereiche, die von beiden Gemeinden gegenseitig und wechselseitig zur Verfügung gestellt werden;
- d) Eigentümer ist ein regionaler Verband einer Kirche, der die Räume der (den) anderen Konfessionen zur Mitbenutzung zur Verfügung stellt.

Gemeinsame Aktivitäten scheinen vorwiegend in ökumenischem Gottesdienst, Seniorenarbeit, Erwachsenenbildung und Festen zu liegen, aber auch gemeinsame Gebets- und Bibelwochen, Zusammenarbeit auf diakonischem Gebiet (Sozialstationen) und Partnerschaft im Gegenüber zu Kommunalproblemen werden genannt. „Ökumene war an den Orten der neuen Gemeindezentren kein Modetrend, sondern (bereits) eine bewährte Praxis.“

(Darüber hinaus finden sich gemeinsame Bauten bzw. Räume für diakonisch-pastorale Aufgaben wie Sozialstationen, Seelsorgezentren in Kliniken, Flughafen-Kapellen, Räume der Bahnhofsmision, Militärseelsorge, Altenbetreuung, Gefängnisfürsorge, Heim-, Telefon- oder Kurseelsorge.)<sup>24</sup>

## *Basisgemeinden (Integrierte Gemeinden)*

In Verbindung mit der charismatischen Bewegung und Gruppenbildung haben sich in den 60er Jahren ausgehend von Lateinamerika und sich rasch weltweit verbreitend überpariochiale christliche Gemeinschaften gebildet: neuer Lebensstil, soziale und diakonische Verantwortung, ökumenische Ausrichtung, innen- und außenmissionarische Ziele, intensive Frömmigkeits- und Gemeinschaftspflege gehören in unterschiedlicher Betonung zu ihren Merkmalen. Während evangelisch geprägte Gruppen sich meist in Anlehnung an die Diakonie verfestigten, mußten katholische Basisgemeinden lange um ihre kirchliche Anerkennung ringen.

In den jetzt zur Erprobung auf fünf Jahre genehmigten Statuten für die Integrierten Gemeinden in Paderborn und München können evangelische Christen keine Mitglieder mehr, sondern nur noch Gäste (der Gaststatus dauert in der Regel ein halbes Jahr) oder Anwärter (in der Regel drei Jahre) sein.

---

24. Materialdienst der Ökumenischen Centrale 12/1978.

## *Gesänge zur Bestattung*

Die 1969 unter Professor D. Dr. Christhard Mahrenholz und Weihbischof Dr. Paul Nordhues gegründete „Arbeitsgemeinschaft für Ökumenisches Liedgut“ (AÖL) hat nach „Gemeinsame Kirchenlieder“ 1973 nunmehr eine zweite Sammlung „Gesänge zur Bestattung. Gemeinsame Kirchenlieder und Gebete der deutschsprachigen Christenheit“ vorgelegt. Alle evangelischen und katholischen Kirchenleitungen haben das Vorwort unterschrieben und die Sammlung für den Gebrauch empfohlen. Neben Gebeten verschiedener Herkunft kommen in den 39 Liedern 23 aus evangelischer und 12 aus katholischer Tradition, vier sind vor-reformatorisch, und von 11 zeitgenössischer Art sind neun katholischen und zwei evangelischen Ursprungs<sup>25</sup>.

## *Ökumenisches Andachtsbuch*

Das vom Katholischen Bibelwerk und dem Bechaf-Verlag mit Geleitworten von Landesbischof Hanselmann (München) und Bischof Moser (Rottenburg/Stuttgart) herausgegebene ökumenische Andachtsbuch (auch als Abreißkalender) für 1979 enthält: Angaben zu offiziellen Leseordnungen der beiden Kirchen: die katholische Perikopenordnung ebenso wie die fortlaufende Bibellese der EKD, Wochen- und Monatsspruch bzw. -lied ebenso wie Fest- und Gedenktage von Heiligen und anderen Gestalten der Kirchengeschichte. Den Hauptteil jedes Blattes bildet eine Meditation zu einem Ausschnitt aus der täglichen Bibellese nach der Ordnung der EKD<sup>26</sup>.

Die drei Großkirchen in der Bundesrepublik haben zum Tag des ausländischen Mitbürgers am 24.9.78 ein gemeinsames Wort veröffentlicht:

### WORT ZUM TAG DES AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGERS

Rund 4 Millionen Ausländer leben in Deutschland. Fast eine Million dieser Ausländer sind mehr als 10 Jahre hier. Für viele unter ihnen ist die Bundesrepublik zum Einwanderungsland geworden.

Das Zusammenleben mit Menschen aus Griechenland, Italien, Jugoslawien, Spanien, der Türkei, Afrika, Asien und aus anderen Ländern gibt die Chance, sich religiös und kulturell gegenseitig zu bereichern. Dabei erfahren wir, daß soziale und politische Probleme nur gemeinsam, nicht mehr getrennt voneinander zu lösen sind. Auch die zunehmende Arbeitslosigkeit, die uns allen Sorge macht, erfordert eine die nationalen Grenzen überschreitende solidarische Antwort.

Mit dem diesjährigen Motto „Für eine gemeinsame Zukunft“ wird vor allem auf die schwierige Situation ausländischer Familien und ihrer Kinder hingewiesen. Die Mehrheit ausländischer Schulabgänger erreicht keinen Hauptschulabschluß. Sie sehen für sich keine Zukunft, leben in Unsicherheit und Angst und suchen vergeblich nach mehr Gerechtig-

---

25. Hrg. im Auftrag der Christlichen Kirchen des deutschen Sprachbereichs; KNAÖI 41, 11.10., S. 5ff.

26. KNAÖI 52/53, 27.12., S. 9.



keit. Christen haben die Aufgabe, sich für Lösungen dieser Not im eigenen Lande einzusetzen.

Die Deutsche Bischofskonferenz, die Griechisch-Orthodoxe Metropolie und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hoffen, daß es am ökumenischen Tag des ausländischen Mitbürgers am 24. September 1978 zu vielfältigen Veranstaltungen mit Ausländern und Deutschen kommt, die Anstöße für ein engeres Miteinander und eine gemeinsame Zukunft geben.

*Bischof D. Claß*  
Vorsitzender des Rates der  
Evangelischen Kirche in  
Deutschland

*Metropolit Irineos*  
Griechisch-Orthodoxe  
Metropolie in  
Deutschland

*Kardinal Höffner*  
Vorsitzender der Deutschen  
Bischofskonferenz

### *Ökumenische Aktionsgemeinschaft für Verkehrssicherheit*

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Verkehrsfragen in der EKD und das katholische Referat für Verkehrsfragen der Deutschen Bischofskonferenz gründeten in Kassel die „Evangelisch-katholische Aktionsgemeinschaft für Verkehrssicherheit“. Sie versteht ihre Aufgabe „als Hilfe der Kirchen gegenüber besonders gefährdeten Gruppen unserer Gesellschaft im Straßenverkehr“<sup>27</sup>.

### *Ökumenischer Presseclub*

Ein Ökumenischer Presseclub Baden-Württemberg wurde am 29.5. in Stuttgart gegründet. Zu ihm gehören die Redakteure der Kirchenzeitungen und anderer kirchlicher Publikationen, die Rundfunk- und Fernsehbeauftragten beim Süddeutschen Rundfunk und Südwestfunk, der Nachrichtenagenturen und Pressestellen<sup>28</sup>.

## 5. MISCHEN

Während die 1971 berufene römisch-kath./luth./ref. Studienkommission ihren 1976 fertiggestellten Bericht noch nicht veröffentlichen konnte und die gemeinsame Mischenkommission in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Handreichung für gemeinsame ME-Seelsorge nur sehr mühsam vorankommt, konnte eine von der Glaubenskongregation Ende 1977 einberufene neunköpfige (darunter drei Deutsche) internationale Theologenkommission ihre Thesen zur kirchlichen Ehelehre schon nach neun Monaten vorlegen (August 1978). Sie sollte die einschlägigen Konzilstexte auf den gegenwärtigen von hohen Scheidungsraten und Humanwissenschaften bestimmten Trend hin auslegen und auch den kulturellen Traditionen der jungen Kirchen vermitteln.

---

27. epd ZA 213, 2.11., S. 7.

28. epd ZA 103, 1.6.

Im Blick auf die ökumenischen Mischehengespräche mutet der französische Text auf weite Partien wie eine Blockade an:

(Die Ehe Getaufte als gottgewollte Institution sei vom Ehesakrament nicht abzulösen. Es gründe in der geheimnisvollen Verbindung zwischen Christus und der Kirche. In „unüberwindlichem Irrtum“ eingegangene „nichtsakramentale eheliche Gemeinschaft“ Getaufte könne kirchlich nicht anerkannt werden. Es gebe für Getaufte keine vom Sakrament unabhängige „natürliche“ Ehe.

Weil Sakrament und Unauflöslichkeit der Ehe zusammengehören, könne selbst die Kirche eine „geschlossene und vollzogene“ – an der Präzision dieser Begriffe könne noch gearbeitet werden – Ehe nicht auflösen, es sei denn um des Glaubens und des Seelenheils eines Getauften willen (privilegium paulinum). Wiederverheiratete Geschiedene bleiben vom Empfang der Eucharistie ausgeschlossen – nicht aber von der Hirten Sorge der Kirche. Ebenso wenig seien sie von „gewissen apostolischen Aktivitäten“ entbunden (z.B. religiöse Kindererziehung etc.)).

Heftige, auch innerkatholische Kritik erfuhr das folgende Dokument der Deutschen Bischofskonferenz.

RICHTLINIEN DES STÄNDIGEN RATES  
DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ  
ÜBER PERSÖNLICHE ANFORDERUNGEN AN DIAKONE UND LAIEN  
IM PASTORALEN DIENST IM HINBLICK AUF EHE UND FAMILIE

*Vom 10. April 1978<sup>30</sup>*

Der pastorale Dienst stellt an die persönliche Lebensführung besonders hohe Anforderungen, die über das für einen jeden Christen geltende Maß hinausgehen. Wer einen pastoralen Dienst übernimmt, ist verpflichtet, „sich grundsätzlich mit der Kirche und ihrer Lehre zu identifizieren“ (Synodenbeschuß: Die pastoralen Dienste in der Gemeinde, 3.4.1). Dies gilt insbesondere auch für die grundsätzliche und praktizierte Einstellung zu Ehe und Familie. Geistlich und praktisch können Ehe und Familie dessen, der einen kirchlichen Dienst ausübt, von der Tätigkeit für die Kirche nicht unberührt bleiben. Deshalb macht eine Einstellung zu Ehe und Familie, die im Widerspruch zu Grundsätzen der katholischen Kirche steht, den pastoralen Dienst unglaubwürdig und unfruchtbar. Diese Zusammenhänge machen folgende Regelungen nötig:

1. Ein eheähnliches Zusammenleben, d.h. ein Zusammenleben ohne kirchlich gültige Eheschließung ist mit der Übernahme oder Ausübung eines pastoralen Dienstes nicht vereinbar.

2. Wer eine religionsverschiedene Ehe eingehen will oder in einer solchen lebt, kann nicht zum pastoralen Dienst zugelassen werden oder ihn fortsetzen.

3. Für diejenigen, die einen haupt- oder nebenberuflichen pastoralen Dienst anstreben, bedeutet die Absicht, eine konfessionsverschiedene Ehe einzugehen, oder die Tatsache, daß sie in einer solchen leben, in der Regel ein Hindernis für die Einstellung in den pastoralen Dienst.

4. Abs. 1: Wer einen pastoralen Dienst ausübt und beabsichtigt, eine konfessionsverschiedene Ehe einzugehen, bedarf zur Weiterführung des pastoralen Dienstes der Zustimmung des Ordinarius, die dieser unter Abwägung aller pastoralen Momente erteilen kann.

Abs. 2: Die Zustimmung zur Weiterführung des pastoralen Dienstes wird nicht erteilt, wenn die Ehe nicht nach der katholischen Eheschließungsform geschlossen wird.

5. Ein Katholik, in dessen Ehe – sei sie mit einem katholischen Partner geschlossen oder

29. La documentation catholique 15/1978, S. 704–18. Kurze Vorstellung in HK 32, 1978, S. 533.

30. Archiv für katholisches Kirchenrecht 2/1978, S. 519.

sei sie eine konfessionsverschiedene Ehe – die Kinder nicht in der katholischen Kirche getauft und nicht im katholischen Glauben erzogen werden, kann einen haupt- oder nebenberuflichen pastoralen Dienst nicht ausüben.

6. Abs. 1: Ein Katholik, dessen kirchenrechtlich gültige Ehe nach staatlichem Recht geschieden ist, kann in der Regel zum pastoralen Dienst nicht zugelassen werden. Ebenso steht die Scheidung der Ehe der Fortsetzung eines Dienstverhältnisses in der Regel entgegen. In besonders begründeten Ausnahmefällen kann der zuständige Ordinarius die Einstellung in den kirchlichen Dienst bzw. die Fortführung des Dienstverhältnisses zulassen.

Abs. 2: Ein Katholik, dessen Ehe geschieden ist und der sich ohne kirchlich gültige Eheschließung wiederverheiratet, kann einen pastoralen Dienst nicht ausüben.

7. Die Nichterteilung der Zustimmung seitens des Ordinarius in den vorausgehenden Fällen hat die Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch den Dienstgeber zur Folge.

8. Wer in einer konfessions- oder religionsverschiedenen Ehe lebt oder wessen Ehe geschieden ist, kann nicht zum ständigen Diakonat zugelassen werden.

9. „Die vorstehenden Regelungen der Ziffern 1 bis 7 gelten für Pastoralassistenten(innen), Pastoralreferenten(innen), Gemeindeassistenten(innen) bzw. Gemeindeferenten(innen), Gemeinde- bzw. Pfarrhelfer(innen). Für die Anforderungen an Religionslehrer(innen) und Katecheten(innen) gelten die Richtlinien über die Verleihung der *missio canonica*.“

## 6. ORTHODOXIE

Nach dem fünften bilateralen Gespräch zwischen dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel und der EKD wurde folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

### THEOLOGISCHER DIALOG ZWISCHEN PATRIARCHAT KONSTANTINOPEL UND EKD<sup>31</sup>

Vom 20. bis 24. Februar 1978 trafen sich die Delegationen des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel und der Evangelischen Kirche in Deutschland in der Griechisch-Orthodoxen Metropole in Bonn zum fünften Mal seit 1969 zur Fortsetzung des bilateralen Theologischen Dialogs zwischen den beiden Kirchen. Den Vorsitz führten gemeinsam Seine Eminenz der griechisch-orthodoxe Metropolit von Deutschland, Irineos und der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof D. Helmut Claß. Das Thema dieser Begegnung lautete: „Eucharistie und Priesteramt“. Es wurde in je drei Vorträgen von beiden Seiten behandelt und ausführlich besprochen.

Im Laufe des Gesprächs zeigte sich in beiden Delegationen ein großes Maß an gegenseitigem Verständnis im Blick auf die besondere Tradition der anderen Kirche und ihre gegenwärtige Praxis. Die täglich abwechselnd nach den jeweiligen kirchlichen Ordnungen gefeierten Gottesdienste ergänzten und vertieften den theologischen Austausch.

Die Teilnehmer stimmten darin überein, daß dieser bilaterale Dialog zwischen dem Ökumenischen Patriarchat und der Evangelischen Kirche in Deutschland fortgesetzt werden soll, da er einen bedeutungsvollen Beitrag für ein engeres Zusammenleben von evangelischen und griechisch-orthodoxen Kirchengemeinden in der Bundesrepublik Deutschland und für den kommenden Dialog zwischen der Orthodoxie und dem Lutherischen Weltbund leistet.

Angesichts der Schwierigkeiten, die für das Verstehen zwischen beiden Kirchen aus einer jahrhundertelangen Trennung erwachsen, wurde mit Dankbarkeit festgestellt, daß bei der Aussprache über die Vergegenwärtigung des einmaligen Opfers Christi in der Eucharistie und die Teilhabe des ordinierten kirchlichen Amtes am dreifachen Amt (dem propheti-

31. Mitteilungen aus dem Kirchl. Außenamt, Nr. 1/2, 1978, S. 7.

schen, dem priesterlichen und dem königlichen Amt) Jesu Christi annähernde Auffassungen vertreten wurden.

Darüberhinaus wurde anerkannt, daß die Diakonie eine Lebensäußerung der eucharistischen Gemeinde ist und daß die Frage des Verhältnisses von Wortverkündigung und sakramentaler Feier weiterer Erörterung bedarf.

Zum Schluß der Zusammenkunft wurde der Wille zum Ausdruck gebracht, in einem kommenden sechsten bilateralen Dialog ein Thema zu behandeln, das inhaltlich an diese Fragen anknüpft und zu weiterer Klärung hilft

## PARTNERSCHAFT MIT ORTHODOXEN KIRCHEN UND GEMEINDEN

### *Beschluß der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland*

*Vom 12.1.1978 (Auszug)<sup>32</sup>*

(Der Beschluß umreißt zuerst die Präsenz der orthodoxen Kirche sowie deren Wunsch, die Beziehungen zwischen den Kirchen zu intensivieren.)

„... Und zwar nicht nur auf der Hochebene ökumenischer Tagungen und Konferenzen, sondern sozusagen von Haus zu Haus in nachbarschaftlichen Beieinanderwohnen nicht nur der Geistlichen, sondern auch der Gemeindeglieder“ (Bischof Augoustinos).

...

Auch die Landessynode ist der Meinung, daß in einem solchen Dialog die orthodoxen Kirchen und Gemeinden in unserem Bereich als geistliche Partner ernst genommen und wir selbst bewahrt werden vor bloßem Betreuungsdenken und der Gefahr direkter oder indirekter kirchlicher „Abwerbung“ (Proselytenmacherei).

...

Geist und Charakter der orthodoxen Kirchen erschließen sich ihren Partnern nicht nur durch theologische Gespräche, sondern durch Begegnung mit dem Leben orthodoxer Gemeinden. Dieses Gemeindeleben hat seinen Mittelpunkt im Gottesdienst und umschließt von der Liturgie her den Menschen mit seiner ganzen Familie oder gar Sippe.

Die orthodoxen Brüder und Schwestern in unserem Lande leben in Diaspora und haben uns wissen lassen, daß sie das brüderliche Gespräch mit unserer Kirche brauchen. *Wir* brauchen die Begegnung mit ihnen, weil wir nicht in Selbstgenügsamkeit stecken bleiben dürfen, sondern am Glaubensleben der anderen teilhaben wollen.

Die Landessynode bittet darum die Kreissynoden und Gemeinden, diese Begegnung zu suchen. Das gilt besonders für Gemeinden, in deren Bereich orthodoxe Christen leben.

...

Vom 19. bis 30. April 1978 fand in Frankfurt das vierte „Seminar für Orthodoxe Liturgie und Spiritualität“ statt. Theologische Arbeit und Miterleben der Ostergottesdienste zeichnet diese jährlichen weit ausstrahlenden Seminare aus, für deren Zustandekommen neben der Orthodoxen Kirche die katholischen Bistümer von Limburg und Mainz, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, der evangelische Regionalverband Frankfurt, Außenamt und Diakonisches Werk der EKD, die Zentralstelle für Bildung der katholischen Deutschen Bischofskonferenz u.a. finanzielle Sorge tragen und mithelfen „die Orthodoxe Kirche ... zu einem vertrauten Bestandteil in unserer Kirchenlandschaft werden zu lassen“<sup>33</sup>.

Metropolit Irineos, assistiert von den Bischöfen Augoustinos und Wassilios, weihte in Anwesenheit des Exarchen von Konstantinopel Metropolit Meliton

32. epd-Dok. 11/1978, S. 79ff.

33. Aus dem Bericht der Seminarleiterin Ursula Helene Melchers (vervielfältigt).



die neue Metropolitan-Kathedrale der Griechisch-Orthodoxen Kirche von Deutschland in Bonn-Beuel. Damit hat nach Augustinos die zweite Generation der griechischen Gastarbeiter ein kirchliches Symbol, unter dem sich in der Bundesrepublik deutlich ein Volksteil mit eigenständiger Geschichte und Kultur herانبildet<sup>34</sup>.

## 7. KIRCHLICHE WELTVERANTWORTUNG

Auf ihrer gemeinsamen Konferenz in Chantilly (10.–13.4.1978) haben die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und das Consilium Conferentiarum Episcopaliū Europae (CCEE) folgende Botschaft erlassen<sup>35</sup>:

### BOTSCHAFT VON KEK UND CCEE ZU FRIEDEN UND EINHEIT IN EUROPA

Zum erstenmal haben wir uns aus ganz Europa als Vertreter der Konferenz Europäischer Kirchen und Vertreter der katholischen Bischofskonferenzen Europas vom 10. bis 13. April 1978 in Chantilly, Frankreich, zusammengefunden. Miteinander haben wir das Wort Gottes gehört und gebetet, miteinander haben wir über das gesprochen, was uns in unseren Kirchen und in unseren Ländern bewegt: Fragen der Einheit und des Friedens, besonders im Hinblick auf Europa. Es drängt uns, weiterzugeben, was wir erkannt haben.

Wir sind dankbar für die *Einheit, die uns in Christus geschenkt ist*. Wir übersehen dabei nicht die Spaltungen, unter denen wir bis zur Stunde leiden. Es schmerzt uns, daß wir nicht in der Lage sind, gemeinsam zum Tisch des Herrn zu gehen und daß wir kein ungeteiltes Zeugnis von unserem Herrn zu geben vermögen. Wir bekennen unsere Sünden gegen die Einheit und bekennen zugleich, daß die Gnade des Herrn stärker ist als unser Versagen. Das ermutigt uns, die *volle Einheit* in Christus zu erstreben. Wir denken und sprechen über die Einheit, die wir suchen, in verschiedener Weise. Miteinander können wir sagen, daß wir die freie, volle, vielfältige Gemeinschaft in Christus erhoffen und erstreben.

Es ist eine *freie* Gemeinschaft, weil sie ihren Ursprung in der freien Gnade Gottes hat, weil sie im befreienden, erlösenden und versöhnenden Handeln des Dreieinigen Gottes gründet und weil sie die freie Entscheidung des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe fordert. Als *volle* Gemeinschaft wird sie alle Spaltungen überwinden und zur Vollendung bringen, was uns jetzt schon geschenkt ist. Diese Gemeinschaft ist und bleibt *vielgestaltig*. Unser Herr vereint die verschiedenen Glieder, Gaben und Funktionen, die verschiedenen Ortskirchen, Traditionen, Formen der Spiritualität und Weisen, den einen Glauben zum Ausdruck zu bringen. Er verbindet, was getrennt, er versöhnt, was verfeindet ist. „Er ist unser Friede“ (Eph. 2,14).

Er verpflichtet alle Christen zum *Dienst an der Einheit*. Er sagt jedem von uns: „Wer nicht mit mir sammelt, der zerstreut.“ Es gibt keine Nachfolge Christi ohne Bereitschaft zur Einheit.

Laßt uns deshalb miteinander *tun, was eint!* Laßt uns miteinander darangehen, das ganze Evangelium der ganzen Welt mit ganzer Kraft zu bezeugen! Laßt uns nach dem Vorbild des Herrn um die Gnade der Einheit beten, füreinander und miteinander. Je mehr wir voneinander lernen, auf allen Ebenen unseres Lebens uns als „völlig verpflichtete Gemeinschaft“ (Neu Delhi 1961) zu erweisen, umso mehr werden wir fähig, unserer Verpflichtung allen Mitmenschen gegenüber nachzukommen. Wie alle seine Gaben ist auch seine Einheit da „für das Leben der Welt“ (Joh. 6,51). Die Einheit der Kirche und die Einheit der Menschheit, der Friede in Christus und der Friede der Welt sind eng miteinander verbunden. Es gibt keinen Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt.

34. epd ZA 117, 21.6., S. 2 u. 6.

35. epd-Dok. 21/1978, S. 5f.

Deshalb rufen wir unsere Gemeinden auf, die Sache des Friedens in dieser Welt nicht zu unterschätzen oder zu verdrängen. Wir müssen, ohne unsere Bedingtheit durch überpersönliche Strukturen zu übersehen, die Wurzeln der Friedlosigkeit in uns selber entdecken: in unserem Verlangen nach Reichtum, Macht und Geltung, in unserem Freund-Feind-Denken. Unser Herr ruft uns zurück von diesem bequemen aber verhängnisvollen Weg zu dem schwierigen, aber verheißungsvollen Weg der schöpferischen Liebe und Versöhnung. Er selber ist uns auf diesem Weg vorangegangen. Er führt uns aus der Angst in das Vertrauen.

Das ermutigt uns, alle Verantwortlichen aufzurufen, die heillose Steigerung des Wettrüstens zu beenden und das Gleichgewicht des Schreckens durch das Gleichgewicht des Vertrauens zu ersetzen.

Wir bitten alle, die sich aufrichtig für Frieden und Entspannung, für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einsetzen, angesichts der Schwierigkeiten des Weges nicht zu verzagen, und auf die ersten in Helsinki und Belgrad gemachten Schritte weitere Schritte folgen zu lassen. Versuchen wir geduldig, immer neue Möglichkeiten zum Einsatz für die Menschenrechte zu erkunden. Laßt uns besonders dort, wo Gewalttätigkeiten unter Berufung auf Konfessionen verübt werden, den Mut derer stärken, die nach gewaltlosen Lösungen suchen. „Er aber, der Herr des Friedens, gebe euch in allem den Frieden auf jede Weise“ (2 Thess. 3,16).

Der Bevollmächtigte des Rats der EKD in Bonn, Prälat Heinz Georg Binder, benennt in einem vielbeachteten Aufsatz „Europa und die Protestanten“ u.a. auch einige ökumenische Probleme<sup>36</sup>.

#### PRÄLAT H. G. BINDER: EUROPA UND DIE PROTESTANTEN

...

4. Europa bedarf – wenn seine geistigen Grundlagen sichtbar werden sollen – des intensiven ökumenischen Gesprächs. Es gibt heute große Gemeinsamkeiten zwischen den Konfessionen, aber auch Differenzen, die sorgsam bedacht sein wollen. Einige Beispiele seien angedeutet: Auch die katholischen Mitchristen bejahen die Pluralität. Aber sie neigen dazu, die eigene Position als eine Front gegenüber anderen Fronten zu verstehen und daraus sehr konkrete politische Konsequenzen zu ziehen. Protestanten jedoch sind eher damit vertraut, daß die evangelische Verantwortung in der Politik zu sehr unterschiedlichen, ja gegensätzlichen politischen Standpunkten führen kann.

Im Blick auf das Erbe des christlichen Abendlandes erscheinen unsere katholischen Mitchristen optimistischer zu sein als wir. Im pluralen Europa von morgen erwarten sie mehr christliche Dominanz als wir. Und sie gehen noch mehr davon aus, daß staatliche Institutionen dieser christlichen Dominanz bis in die praktische Politik und bis in die Gesetzgebung hinein Rechnung zu tragen haben. Dabei zeigen sie oft mehr Korpsgeist, mehr Einsatzbereitschaft, zuweilen auch mehr soziales Engagement. Das müssen keine harten Gegensätze sein, und es gibt durchaus Verständigungsbrücken. Sie dürfen jedenfalls nicht dazu beitragen, daß auf den ökumenischen Aufbruch der letzten Jahrzehnte Reif fällt. Aber indem wir dieses Gespräch intensiv führen, werden wir dazu beitragen, daß Europa nicht ein Markt der Waren bleibt, sondern daß das geistige Europa Gestalt gewinnt.

5. Die Kirchen haben ihre Dienste einzubringen. Hier liegen Versäumnisse vor. Das System der sozialen Hilfen ist in den meisten westeuropäischen Ländern zu einem großen Teil Ergebnis der christlichen Hilfsorganisationen. Die europäischen Institutionen haben davon jedoch bisher kaum Kenntnis genommen. Dort dominieren die Berufsorganisationen und die Gewerkschaften.

Eine internationale protestantische Front zur Bewahrung eines christlichen Europas steht nicht ins Haus. Aber es gibt genügend Aufgaben als Herausforderung an die evangelische Verantwortung in der Politik. Bisher haben sich daraus immer wieder bemerkenswerte Übereinstimmungen ergeben. Darum geht es auch bei der Bemühung um ein gemeinsames Europa.

36. LM 10/1978, S. 597.

Während zur Wahl des Europäischen Parlaments, zur Menschenrechts- und Grundwertediskussion die Kirchen bislang noch nicht gemeinsam sprechen können, fällt es ins Gewicht, daß Diakonisches Werk und Deutscher Caritasverband eine gemeinsame „Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen zur Beschleunigung des Asylverfahrens“ vorlegen konnten<sup>37</sup>.

Zu beachten ist auch der neugegründete lutherisch-katholische Arbeitskreis in Bayern für Gespräche mit Vertretern der Gewerkschaften, der Wirtschaft, der Industrie, des Bauernverbands und der politischen Parteien unter dem Thema: „Entwicklung als internationale soziale Frage“. Damit hat der entwicklungspolitische Dialog auf Bundesebene zwischen den Kirchen und gesellschaftlich relevanten Gruppen ein bayerisches Pendant erhalten<sup>38</sup>.

## 8. JUDEN UND CHRISTEN

Zur 40. Wiederkehr der sogenannten „Reichskristallnacht“ am 9.11.1978 haben alle Kirchen Materialien zu Selbstbesinnung und zu Gottesdiensten veröffentlicht.

### ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTLICHER KIRCHEN ZUR „REICHSKRISTALLNACHT“<sup>39</sup>

Die ACK schreibt am 13.7. an die regionalen ACK u.a.: Dieser Ereignisse in Reue und Scham zu gedenken, kann jedoch nicht der einzige Inhalt des Rückblicks auf den 8./9. November 1938 sein. Vielmehr sollte in den zu veranstaltenden Gottesdiensten und Gedenkfeiern der Ruf zur Versöhnung im Vordergrund stehen.

(Es folgt ein Überblick über schon bekannte kirchliche Vorhaben.)

Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) hat auf ihrer letzten Sitzung beschlossen, die regionalen Arbeitsgemeinschaften zu bitten, in ihrem Bereich Gedenkgottesdienste zum 9. November anzuregen. Die beigelegte Handreichung aus Baden-Württemberg kann für die innere und äußere Ausgestaltung dabei sicherlich von Nutzen sein.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, greift in einem Brief an den Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland den Hinweis der ACK auf und zitiert nach einem bußfertigen Rückblick den Vorschlag der ACK Baden-Württemberg.

### KARDINAL J. HÖFFNER ZUR „REICHSKRISTALLNACHT“<sup>40</sup>

Auf Empfehlung der Ökumene-Kommission der Deutschen Bischofskonferenz an den Ständigen Rat hat die Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz 1978 beschlossen, den Diözesen zu empfehlen, die Anregungen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen zum gemeinsamen Gedächtnis der „Reichskristallnacht“ vor 40 Jahren aufzugreifen.

37. epd-Dok. 52/1978, S. 62–68.

38. KNAÖI 31, 2.8., S. 8; s. auch KJ 103, 1976/77, S. 275ff.

39. epd-Dok. 44/1978, S. 107.

40. Aktuell, Pressedienst des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz XIV/1978, 30.10.

Gemäß diesen Anregungen sollen am 9. November 1978 gemeinsame Gottesdienste oder sonstige Feiern der Vorgänge 1938 und ihrer Opfer gedenken. Wörtlich heißt es in dem Vorschlag, der auch konkrete Hinweise und Überlegungen zur Gestaltung enthält:

„Schuld und Leid dieser Vergangenheit dürfen nicht einfach verdrängt und vergessen werden. Die Vorgänge jener Zeit ereigneten sich in aller Öffentlichkeit in zahllosen Städten und Dörfern unseres Landes. Aber unsere jüdischen Mitbürger blieben sich selbst überlassen. Auch die Kirchen und christlichen Gemeinden haben weithin zu dem öffentlichen Unrecht geschwiegen. Darum ist für uns Christen der 9. November ein Tag der Trauer und der Scham.

Das entscheidende Anliegen der Feiern am 9. November soll jedoch nicht in der Anklage, sondern im Ruf zur Versöhnung und zur gemeinsamen Verantwortung von Juden und Christen für die Welt von heute und morgen liegen.“

#### WORT DES RATES DER EKD ZUM 40. JAHRESTAG DES JUDENPROGRAMMS AM 9./10. NOVEMBER 1938 (AUSZUG)<sup>41</sup>

... Nur Gott kann unsere Schuld vergeben. Jesus Christus ist für die Sünde der Welt gestorben. Darin allein gründet die Gnade für einen neuen Anfang. Nicht leichtfertiges Vergessen oder oberflächliche Entschuldigung, sondern nur ein neuer Glaube ermöglicht ein neues Leben. Glaube aber schließt Folgerungen ein.

Bedenken wir, daß Jesus Christus, unser Erlöser, aus dem Volk der Juden hervorgegangen ist? Dies muß alle Judenfeindschaft ausschließen.

Bedenken wir, daß Jesus Christus, unser Erlöser, als Retter und Heiland aller Menschen gekommen ist? Dies verbietet Vorurteil und Abneigung gegenüber allen Fremden.

Bedenken wir, daß Jesus Christus, unser Erlöser, die Ursprünge von Schuld und Sünde schon da aufdeckt, wo wir uns noch schuldlos und sicher wähnen? Dies ruft zur Wachsamkeit gegenüber den oft verborgenen Anfängen der Intoleranz und des Mißtrauens, der Menschenverachtung und der gegenseitigen Verteufelung.

In diesem Sinn hören wir am 9. November, nahe dem Buß- und Bettag, auf die Stimme des Landesrabbiner Dr. Nathan P. Levison: „Wir erhoffen von unseren christlichen Brüdern und Schwestern – nicht um unseretwillen, denn wir sind wenige geworden, sondern um ihretwillen und um der Welt willen –, daß sie alles tun, damit Menschen nicht weiterhin an Gott und ihren Mitmenschen schuldig werden. Wir bitten sie, die bittere Erfahrung des Leides nicht mit dem Mantel des Vergessens zu bedecken, sondern durch die Solidarität der Liebe wachzuhalten und der Jugend ein verantwortungsvolles Geschichtsbewußtsein zu vermitteln, damit wir alle gemeinsam einer besseren Zukunft entgegensehen können.“

Schon zu Beginn des Jahres richtete die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland ein

#### WORT AN DIE GEMEINDEN ZUM GESPRÄCH ZWISCHEN CHRISTEN UND JUDEN

*Vom 12. Januar 1978<sup>42</sup>*

- (1. Ausschuß „Christen und Juden“,
2. Rückblick,
3. Geschichte und Gegenwart von Haß und Vorurteilen.)
4. Die Landessynode bittet deshalb die Kirchenkreise und Kreissynoden, die Gemeinden und Presbyterien, die Pfarrerschaft, die Lehrerschaft und alle weiteren Mitarbeiter, bei der

---

41. Kirchenkanzlei der EKD, 23.10.1978; Az.: 7223/5.62.

42. Landessynode 1978, Bad Neuenahr.



Ausrichtung des Evangeliums in Predigt, Unterricht, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung Gelegenheiten zu suchen und Möglichkeiten wahrzunehmen,

- unser Verhältnis zum jüdischen Volk gründlich zu überdenken und dabei
  - die Juden der Gegenwart und die Probleme des Staates Israel nicht aus- sondern einzuschließen;
  - die Thematik „Christen und Juden“ zu behandeln;
  - Begegnungen und Gespräche mit Juden zu suchen;
  - Möglichkeiten der Gemeinschaft wie z.B. in der Woche der Brüderlichkeit oder in gemeinsamen Veranstaltungen mit Synagogengemeinden wahrzunehmen,
- damit Israel im Gespräch bleibt und die Christenheit in Deutschland nicht erneut durch Schweigen und Gleichgültigkeit schuldig wird.

5. Die Landessynode dankt den Juden, die sich zur Mitarbeit im Ausschuß zur Verfügung gestellt haben, und beauftragt den Ausschuß, geeignetes Material für die Gemeinden aus christlicher und jüdischer Sicht nachzuweisen, zu erarbeiten oder zu vermitteln. Sie fordert die Gemeinden auf, die Studie des Rates der EKD „Christen und Juden“ zum Ausgangspunkt der Arbeit zu machen.

Solche und andere Aktivitäten der Vorjahre haben zur Bildung einer „Konferenz landeskirchlicher Arbeitskreise Christen und Juden“ geführt, damit diese sich gegenseitig unterstützen und ihre Planung aufeinander abstimmen können<sup>43</sup>.

Der Internationale Rat der Christen und Juden – Dachverband von 15 nationalen Organisationen für christlich-jüdische Zusammenarbeit – hat sein Generalsekretariat von Großbritannien in das renovierte Martin-Buber-Haus in Heppenheim verlegt.

---

43. epd ZA 23, 1.2., S. 1.



## IV. Bildung und Erziehung

Von Heinz Becker

Im Bereich von Erziehung und Bildung handelten die EKD und ihre Gliedkirchen in den Jahren von 1974/75 bis 1978 verhältnismäßig einheitlich und zielgerichtet. Die Überlegungen und Aktivitäten waren weithin dadurch gebündelt, daß sie in die Vorbereitungen für die Tagung der EKD-Synode 1978 mit dem Schwerpunktthema „Leben und Erziehen – wozu?“ einbezogen wurden. Es entwickelte sich ein gewisser Konsens nach „innen“ und nach „außen“.

### 1. AUF DEM WEGE ZUR EKD-SYNODE 1978

Wir stellen die Ergebnisse dieser Jahre an den Anfang und zeigen, wie sie zustande gekommen sind.

A. Als wesentliche Elemente nach „innen“ können wir die Aspekte der (1) Inhalte, der (2) Organisation wie der Struktur und der (3) Ekklesiologie unterscheiden.

B. Nach „außen“ sind es die Aspekte der verstärkten Aktivitäten in der Bildungspolitik.

#### A.

1. Inhaltlich zeichnet sich eine Wende ab – vom Bildungs- und Schulpolitischen zu grundsätzlichen Erwägungen, vom Bildungsplanerischen zum Erzieherischen: Erziehungsfragen werden als Lebensfragen erkannt, man spielte nicht das eine gegen das andere aus, man sah und formulierte vielmehr die Zusammenhänge, z.B. in der „Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur schulpolitischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland vom 24. Oktober 1975“<sup>1</sup>, aber der Schwerpunkt wechselte hinüber zu den Grundsatzfragen bis dahin, daß die Synode der EKD 1978 das komplexe Thema „Leben und Erziehen – wozu?“ bearbeitete. Das Nachdenken über Erziehung und Bildung führte zu der Grundfrage nach der Bestimmung des Lebens.

In dem Arbeits- und Denkprozeß, der in den Jahren 1974/75 bis 1978 in EKD und Gliedkirchen stattfand, traten gewisse Grundüberzeugungen in Umrissen hervor:

1.1 Ein Grundkonsens ist die Überzeugung, daß die evangelische Erziehungs- und Bildungsarbeit vom biblischen Verständnis des Menschen ausgeht. Dessen grundlegendes Merkmal ist die Ganzheitlichkeit. Alle Bezüge des Menschen gehören dazu: Er ist Geschöpf Gottes, ist Sünder und Gerechter und noch-nicht Vollendeter, er ist als einzelner von Gott wertgeachtet und zugleich in die Gemeinschaft gestellt.

---

1. Sie findet sich in: Evangelische Beiträge zur Bildungspolitik, hg. von der Kirchenkanzlei der EKD, Gütersloh 1976, S. 69ff.

1.2 Bildung und Erziehung sind verbunden mit der Weitergabe des Lebens von einer Generation zur anderen, mit der Grundfrage nach der Bestimmung unseres Lebens. Durch sie soll jeder Hilfe für sinnerfülltes Leben erfahren.

1.3 Daraus erwächst die erzieherische Grundeinstellung jedes einzelnen Christen wie der Kirchen. Karl Ernst Nipkow hat die theologische Begründung hierfür bereits 1975 auf dem zweiten Symposium des Bildungspolitischen Ausschusses der EKD zusammengefaßt: „Weil Gott selbst als Schöpfer jedem einzelnen, der Menschheit und seiner ganzen Schöpfung von Anfang an und immerfort zugewandt ist, und weil Gott diese Zuwendung trotz Sünde und Abfall der Menschen in Jesus Christus ein für allemal und für alle Zukunft in derselben Universalität als seinen Willen und seinen Ruf zur Versöhnung offenbart hat, muß auch die Kirche als Leib des heute gegenwärtigen Christus, als Träger der Verkündigung dieser versöhnenden Botschaft und in beidem als Zeichen für die Welt den Menschen mit derselben Liebe und Verantwortung zugewandt sein, die an Gottes Handeln abzulesen ist.“<sup>2</sup>

1.4 Nipkow hat auch in dem hier angesprochenen Zeitraum aufgrund dieser theologischen Begründung und aufgrund von Einsichten der neueren wissenschaftlichen Anthropologie für das pädagogische Handeln der Kirche vier inhaltliche „pädagogische Grundaufgaben der Kirche“ formuliert<sup>3</sup>:

1.4.1 Die Identitäts- und Sinnhilfe für Kinder und Jugendliche auf der emotionalen und sozialen Ebene – „im Lebensalltag, an den Lebensübergängen und Lebensgrenzen“. „Sie berührt sich mit der Bedeutung der Seelsorge – das Recht der Volks-Kirche“.

1.4.2 Die Erziehung zur Verantwortung auf der politisch-ethischen Ebene – „als ethischer Ausdruck der Rechtfertigungsverkündigung“. „Sie steht in Verbindung mit dem gesellschaftsdiakonisch-politischen Öffentlichkeitsauftrag der Kirche – Kirche für andere“.

1.4.3 Die Erziehung zu klarer theologischer Orientierung auf der kognitiven Ebene – in „Rückbindung ... an die Auslegung der biblischen Tradition mit dem Ziel kritisch reflektierter Religiosität ...“. An diese pädagogische Grundaufgabe „weiß sich die selbstkritisch hörende Kirche besonders gebunden – (selbst)kritische Kirche“.

1.4.4 Die Erziehung zur Partizipationsfähigkeit und Wahrheitsprüfung auf der kommunikativen Ebene. „Die Erziehung zur Partizipationsfähigkeit in einer offenen demokratischen Kirche und die Einübung in den dialogisch-konziliären Austrag des Streits um die Wahrheit ...; sie ist Teil des ökumenischen Wegs – Kirche als das ganze Volk Gottes.“

1.5 Wir haben diese Aussagen breit zitiert, weil sich in ihnen das für den Berichtszeitraum charakteristische Weiterarbeiten in der evangelischen Kirche ausdrückt. Auf der „Bildungs-Synode“ Frankfurt 1971 bestand „noch der einzige und insofern einseitige Ausgangspunkt“ in der bildungspolitischen und pädagogischen Lage in unserer Gesellschaft. Jetzt wurde die „volkskirchliche Situation unserer Kirche“ als zweiter Ausgangspunkt hinzugenommen<sup>4</sup>, in Übereinstimmung mit den Vorhaben der Synode der EKD. Sie wollte im November 1975 in Freiburg als Schwerpunkt das Thema „Kirche zwischen Auftrag und Erwartungen“ bearbeiten. Die evangelische Kirche mußte sich u.a. mit den beiden kirchensoziologischen Untersuchungen „Wie stabil ist die Kirche?“<sup>5</sup> und „Gottesdienst in einer rationalen Welt“<sup>6</sup> auseinandersetzen. Daran beteiligte sich das Nachdenken über Bildungs- und Erziehungsfragen in der EKD intensiv: Der Bildungspolitische Ausschuß der EKD (BPA) führte in den Jahren 1974 bis 1976 mehrtägige Symposien durch, auf denen jeweils die laufende Arbeit im bildungspolitischen Bereich und die Planungen je Jahr diskutiert wurden. Auf dem ersten Symposium hielt am 22. Februar 1974 in Hofgeismar Ernst

2. Evangelische Beiträge (siehe Anmerkung 1), S. 18.

3. Vgl. Evangelische Beiträge, S. 34ff. Dazu K. E. Nipkow: Grundfragen der Religionspädagogik, Band 2: Das pädagogische Handeln der Kirche, Gütersloh 1975, S. 101–228.

4. Vgl. Nipkow: Evangelische Beiträge, S. 33.

5. H. Hild (Hg.): Wie stabil ist die Kirche? Bestand und Erneuerung. Ergebnisse einer Meinungsbefragung, Gelnhausen 1974.

6. G. Schmidtchen: Gottesdienst in einer rationalen Welt. Religionssoziologische Untersuchungen im Bereich der VELKD, Stuttgart und Freiburg 1973.



Lange einen wegweisenden Vortrag „Bildung als Problem und als Funktion der Kirche“<sup>7</sup>. Sein Inhalt blieb für die nächsten Jahre eine Art Richtlinie für die „innere“ Arbeit in der EKD zur Bildungs- und Erziehungsproblematik. Das zeigte sich besonders während des zweiten Symposiums im September 1975, aus dessen Hauptreferat von K. E. Nipkow „Grundlinien einer Bildungspolitik aus evangelischer Sicht. Grundsätzliche Erwägungen zu einem Orientierungsrahmen“ wir zitiert haben (siehe oben Ziff. 1.3 und 1.4). Nipkows Ausführungen wurden, erweitert und ergänzt durch die Ergebnisse der Diskussion, ausdrücklich vom BPA der EKD „als Arbeitsergebnis und als Grundlage für ein bildungspolitisches Handeln der Kirche“ gebilligt.

Das damit vorgelegte Konzept, das die Wende in der Erziehungs- und Bildungsarbeit der evangelischen Kirche bereits beinhaltet und an dem bis zur Synode 1978 weitergearbeitet wurde, ist ein Ergebnis aus den detaillierten und sorgfältigen Situationsanalysen der oben genannten Untersuchungen unter theologischen Aspekten. Es ist damit ein Stück gelungener Kirchenreform nach „innen“. Zugleich aber ist es im pädagogisch-theologischen Feld ein Ergebnis intensiver Überlegungen zum Ineinandergreifen der Verkündigungsdimension und der pädagogischen Dimension<sup>8</sup>. In den Formulierungen K. E. Nipkows, ausgehend vom Grundsatz, daß „die ganze leibhaftige Existenz der Kirche, auch ihre pädagogische, Zeugnis sein soll“, heißt das: „Auf einer ganz anderen, nicht-theologischen Ebene liegt die zusätzliche Einsicht, daß Lehr- und Lernprozesse im weitesten Sinn ... das Bewußtsein, die Einstellungen und das Verhalten der Menschen nachhaltig prägen. Überhaupt haben alle Kommunikationsprozesse eine pädagogische Dimension, so auch die Wortverkündigung ... und selbstverständlich alle anderen missionarischen und diakonischen Handlungsformen der Kirche.“ – „Der vollständige Begriff des Zeugnisses und die volle Einsicht in die folgenschwere Rolle gesellschaftlicher und kirchlicher (!) Lernvorgänge zeigen die große Bedeutung der Bildungsprobleme ... Unsere Kirchen haben allen Grund, das *pädagogische* (unterstrichen vom Verfasser) Problembewußtsein zu vertiefen, zu erweitern und aus seiner Isolierung zu befreien.“<sup>9</sup>

Auf dieser Linie arbeiteten der BPA mit seinen Fachausschüssen und sodann der Vorbereitungsausschuß der Synode für die Synodaltagung 1978 weiter. Alle Beiträge auf dem Wege zu dieser Tagung haben dabei die Kontinuität des Nachdenkens über das Verhältnis der evangelischen Kirche zur Erziehungs- und Bildungsproblematik von 1958 über 1971 nach 1978 betont, zugleich aber herausgestellt, daß jetzt „die Bildungsthematik neue Dimensionen gewonnen hat, genauer gesagt, grundlegende und zum Teil völlig vergessene Dimensionen eine neue Bedeutung erhalten haben“, so K. E. Nipkow im ersten Satz seines einführenden Referats auf der Synodaltagung 1978 in Bethel, das von ihm im ganzen als ein „Plädoyer für eine neue menschlich förderliche, ganzheitliche, allgemeine Bildung“ verstanden wurde<sup>10</sup>.

2. Organisatorisch und strukturell war die EKD durch den Beschluß der Synode von 1971, der zur Bildung des BPA führte, in den Stand gesetzt, die „sachliche und organisatorische Weiterarbeit an den Bildungsfragen“ leisten zu können. Tatsächlich vollzog sich seitdem in der evangelischen Kirche in größerer Breite als je zuvor ein kontinuierlicher Arbeits- und Denkprozeß über Erzie-

---

7. Jetzt in: J. Matthes (Hg.): Erneuerung der Kirche – Stabilität als Chance?, Gelnhausen 1975, S. 189–222.

8. Zum gleichen Urteil kommt Klaus Deßcker in: Der erzieherische Beitrag des Religionsunterrichts in der Hauptschule, unveröffentlichtes Referat vom 3. Mai 1979 im Haus der Kirche, Bad Herrenalb, auf einer Arbeitstagung des Religionspädagogischen Instituts Karlsruhe.

9. Evangelische Beiträge, S. 22–24.

10. Vgl. Nipkow in: Leben und Erziehen – wozu? Eine Dokumentation über Entschlie-ßungen der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 9. und 10. November 1978, hg. von der Kirchenkanzlei der EKD, Gütersloh 1979, S. 21 und 43.

hungs- und Bildungsfragen. Der seit Mai 1972 arbeitende BPA führte seine Aufgabe in einem gestuften System von Verantwortung und Kooperation durch: Das Plenum des Ausschusses wählte die kirchlichen und pädagogischen Handlungsfelder aus, auf denen kurz- oder mittelfristig gearbeitet werden sollte – nur in wenigen Fällen gab der Rat der EKD einen direkten Auftrag. Die Fachausschüsse (siehe Ziffer 2.1) übernahmen die Sach- und Detailarbeit und leiteten die Ergebnisse an das Plenum. Dieses stellte dann fest, ob und wie der Rat um die Letztentscheidung gebeten werden sollte<sup>11</sup>.

2.1 In diesem System hatten die Fachausschüsse (FA) im Felde der Beratung für die Leitung der EKD eine besondere Rolle. Sie stellten die Basis für die inhaltliche Sacharbeit dar. Dementsprechend waren sie zusammengesetzt. In ihrer Mehrheit bestanden sie aus Fachleuten der theologischen und pädagogischen Wissenschaft und Praxis für den Bereich, den sie zu bearbeiten hatten. Die Zahl der Mitglieder aus landeskirchlichen Entscheidungsgremien (Kirchenleitungen und -verwaltungen) war kleiner. Nur die Referenten für Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen aus den Gliedkirchen (die Mitglieder der sogenannten Schulreferentenkonferenz) sollten vertreten sein.

Zu Beginn des Jahres 1974 bestanden die FA „Erziehung im Elementarbereich“ und „Aus-, Fort- und Weiterbildung kirchlicher Mitarbeiter“. Ihnen folgten

1974 der „FA für allgemeine Bildungsplanung“;

1975 der „FA für berufliche Bildung“;

1975 der wissenschaftliche Begleitausschuß Eltern- und Familienbildung;

1975 der „FA für Schulfragen“;

1976 der „FA für Fragen des Religionsunterrichts“;

1977 der „FA Weiterbildung/Erwachsenenbildung“

Diese starke Ausdifferenzierung war sachlich einfach geboten, wenn sie oft auch bedauert oder/und kritisiert wurde: Die Berufung der FA erfolgte allein aus Gesichtspunkten und Forderungen der Praxis: (a) wenn ein Arbeitsbereich dringend der Beobachtung der weiteren Entwicklung der Bildungspolitik und der Beratung bedurfte oder (b) wenn aus den Gliedkirchen oder vom Diakonischen Werk bzw. von Verbänden die Einrichtung dringend gewünscht wurde. Durch die Ausdifferenzierung wurden in den Jahren zwischen 1975 und 1978 etwa 120 Mitglieder in BPA und Fachausschüssen unmittelbar für die bildungspolitische Arbeit in der EKD aktiviert. Die FA kamen z.B. je Jahr mindestens dreimal zu ein- oder mehrtägigen Sitzungen zusammen!

2.2 Auf der institutionellen Ebene mußte bei den gesteigerten Anforderungen ein erweitertes Instrumentarium eingerichtet werden, wenn die EKD der von ihr bejahten Mitverantwortung für den öffentlichen Bildungsbereich und der Arbeit „nach innen“ gerecht werden wollte. Der Ausbau dieses Instrumentariums fiel in die Jahre zwischen 1972 und 1978. Bis zur Frankfurter „Bildungs-Synode“ von 1971 war für die bildungspolitische Arbeit – ohne die Theologen-/Pfarrerausbildung, die als herkömmliches klassisches Referat selbstverständlich einen hauptamtlichen Referenten hatte – in der Kirchenkanzlei ein Referent zuständig. Danach trennte man die Weiterbildung/Erwachsenenbildung in die Zuständigkeit eines neu hinzukommenden Referenten ab. Für den BPA berief man als Assistenzenreferenten einen wissenschaftlichen Sekretär, ohne dessen Leistung die Anforderungen gerade in den Jahren von 1974 bis 1978 (u.a. vor allem die Symposien – siehe oben – und die weithin selbständige Arbeit in einigen Fachausschüssen) nicht hätten bewältigt werden können. Entscheidend waren diese Jahre auch für den „Beauftragten des Rates der EKD bei den zentralen bildungspolitischen Gremien in der Bundesrepublik“: Der 1971

---

11. Über die Arbeit des Bildungspolitischen Ausschusses der EKD und der Fachausschüsse von 1972 bis 1979 geben die Akten der Kirchenkanzlei unter Az. 0207 (mit Beiziffern) genaue Auskunft über alle Vorgänge. Vgl. ferner H. Becker: Die Mitarbeit der evangelischen Kirche im Bereich des Erziehungs- und Bildungswesens – Ein Überblick 1966–1978 in: E. H. Schallenger (Hg.): Wider das Pfäffische, Düsseldorf 1978, S. 80–97.

nebenamtlich berufene pädagogische Fachmann wurde endlich seit 1976 hauptberuflich beim Bevollmächtigten des Rates am Sitz der Bundesregierung installiert. Abschließend wurde auf der institutionellen Ebene die gesamte bildungsrelevante Referatsarbeit in der Kirchenkanzlei als abteilungsübergreifende „Arbeitsgruppe Bildung“ zusammengefaßt. Zur Zeit der Synode 1978 liefen alle Fäden in der „Abteilung Bildung“ der Kirchenkanzlei zusammen.

3. Es ist für das Selbstverständnis der evangelischen Kirche von Bedeutung, wie sie ihre Stellung in der Gesellschaft versteht und bewertet und wie sie ihren politischen Auftrag wahrnimmt. Im allgemeinen wird sie sich zu politischen Sachverhalten nur dann ausdrücklich äußern, wenn sie eine kritische Funktion auszuüben hat, weil es um das Wohl und Lebensrecht der Gesamtheit geht und offensichtlich Staat und gesellschaftliche Gruppen kein helfendes Wort sagen. Dann wird sie ihren Mitgliedern wie der Gesellschaft ihre Vorstellungen und Handlungsvorschläge auch wertend und urteilend vorlegen. Freilich muß sie dabei wissen, daß die Auswirkungen ihres Verhaltens und ihres Urteilens sich nur schwer voraussehen lassen. Umso gründlicher muß sie die Lage und die Sachfragen analysieren, zu denen sie sich äußern will, und sie muß ihre Stellungnahme – mit Rücksicht auf deren Tragweite – von ihren Grundlagen her ausreichend begründen und unterbauen.

Auf dieser Linie liegt die „Stellungnahme des Rates der EKD zur schulpolitischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland vom 24. Oktober 1975“. Im Vorwort erinnert der Vorsitzende des Rates an die von der Kirche bejahte „Mitsorge und Mitverantwortung für Erziehung und Lebensweise der Menschen auch gegenüber dem Vorgang der Bildungsreform als Ganzem“. Die Bedeutung von „Bildung als Aufgabe der Kirche“ ist gewachsen. Deshalb hat der Rat den Auftrag gegeben, „die gegenüber 1971 veränderte Situation zu analysieren“ und zur Schulpolitik Stellung zu nehmen.

Der Vorgang ist für die Entwicklung im Berichtszeitraum von symptomatischer Bedeutung: Die EKD tritt durch eine Verlautbarung ihrer Leitung aus der bisherigen Zurückhaltung heraus, unmittelbar zur konkreten Bildungspolitik das Wort zu nehmen. Sie tut es „rufend, helfend, kritisch, warnend“. Durch Auswahl gewichtet sie Sachfragen. Sie läßt analysieren und „Probleme und Aporien“ bewußt machen (Teil I und III). Sie legt ihre Ausgangspunkte und Grundlagen offen (Teil II) und stellt kritisch dar, welche Sachfragen einer Klärung und Veränderung bedürftig sind: die „Demokratisierung“ des Bildungswesens, die „Chancengleichheit“, der „Leistungsbegriff“, das Verhältnis von „beruflicher und allgemeiner Bildung“ (Teile IV bis VII). Mit dieser Auswahl waren zweifellos besonders brennende Probleme der Bildungspolitik in der Mitte der 70er Jahre angesprochen. Wir können hier nur die Inhaltsübersicht und Ausschnitte aus den Teilen I bis III dokumentieren,



# STELLUNGNAHME DES RATES DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND ZUR SCHULPOLITISCHEN SITUATION IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Vom 24. Oktober 1975 (Auszug)<sup>12</sup>

## I. Ausgangspunkte und Entwicklungen

1. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat besonders seit der Tagung der Synode in Frankfurt im November 1971 der Bildungsproblematik erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet. Sie hat sich die Erkenntnis zu eigen gemacht, daß den Bildungsfragen in unserer Zeit wachsende Bedeutung zukommt, und erklärt, daß sie über ihre unmittelbare Zuständigkeit für ihre eigenen Erziehungseinrichtungen hinaus grundsätzlich für die öffentlichen Angelegenheiten und daher auch für die allgemeinen Bildungsfragen mitverantwortlich ist.

... Die Synode mußte bei ihrer Arbeit 1971 eine Auswahl treffen und konnte nur bestimmte Sektoren des Bildungsgesamtsystems bearbeiten, mußte andere aussparen. Sie befaßte sich vornehmlich mit dem Bildungswesen vom Elementarbereich bis zur Sekundarstufe II. Dieser Auswahl folgt auch die hier vorliegende Ausarbeitung. Sie stellt also eine kritische Weiterführung der Ergebnisse der Synodaltagung von 1971 dar. Zu den Problemen des tertiären und des quartären Bildungsbereichs (Hochschule und Weiter- bzw. Erwachsenenbildung) werden bewußt keine Aussagen gemacht.

2. Auf der Synode 1971 ist auch die Ambivalenz der vielfältigen vorgeschlagenen Reformmaßnahmen deutlich gemacht worden. Die vorgesehenen Reformprogramme wurden unter der Maßgabe bejaht, daß sie ein sinnerfülltes Lernen ermöglichen und den Weg zu einem sozial gerechteren Bildungswesen eröffnen. Vorausgesetzt wurde außerdem, daß die Erörterung über die grundlegenden Lebensauslegungen der Geschichte und Gegenwart und deren religiöse und weltanschauliche Fundamente nicht ausgeklammert werden darf, die Ziele der Bildungsreform öffentlich diskutiert werden müssen und die Verwirklichung der Reform unter Beteiligung der Öffentlichkeit und vor allem der Betroffenen erfolgen sollte.

Viele dieser bereits seinerzeit skeptisch eingeschätzten Erwartungen sind im Laufe der letzten Jahre nicht erfüllt worden; andere bedrückende Probleme haben sich noch verschärft. Zweifellos aber hat das Bildungswesen in der Bundesrepublik in manchen Bereichen auch bemerkenswerte Fortschritte erzielt:

- Einerseits hat auf verschiedenen Ebenen des Bildungswesens ein quantitativer Ausbau stattgefunden (Realschulen, Gymnasien, Hochschulen); andererseits bestehen noch erhebliche Defizite, Engpässe und Rückstände (Berufsschulwesen, Hochschulen).
- Gravierend ist, daß insgesamt – im Rahmen der immer noch herrschenden einseitigen Ausrichtung auf die Hochschulreife – aufgrund des erschwerten Hochschulzugangs (Numerus clausus) das Lernen in den allgemeinbildenden Schulen, besonders im Gymnasium, aber auch rückwirkend bis in die Grundschule unter einen unpädagogischen Leistungszwang geraten ist, der erfahrungsnahes, persönlich bedeutungsvolles, sachorientiertes und von Konkurrenzstreben möglichst entlastetes Lernen unmöglich macht (vgl. Teil VI).
- Auch die Gesamtschule scheint hier keine Lösung zu bieten, da sie entweder der Nivellierung Vorschub leistet oder die Problematik des dreigliedrigen Schulwesens in ihrer Binnenstruktur verschärft.
- In diesem Zusammenhang werden zunehmend die Grenzen schulischen Lernens deutlich. Neuerdings wird sogar die Frage aufgeworfen, ob persönlich bedeutungsvolles Lernen in den gegenwärtigen Formen unseres Schulwesens überhaupt möglich ist.
- Bei aller Notwendigkeit auch von strukturellen Reformen kann sich Bildungsreform nicht in organisatorischen Veränderungen erschöpfen und darf Unterrichtsreform hinsichtlich der Inhalte und Verfahren nicht nur auf die Lösung unterrichtstechnologischer Probleme reduziert werden. Eine wichtige Frage angesichts der Bildungsreform ist die, welche Inhalte mit welcher Akzentsetzung in der Schule gelernt werden sollen. Dies in aller Öffentlichkeit zu diskutieren und so zu einer breiten Meinungsbildung zu kommen, ist notwendig, bevor Entscheidungen gefällt werden.

---

12. Evangelische Beiträge (S. Anm. 1), S. 69–88.



- Zu einem sinnvollen Lernen gehört nicht nur der persönliche, lebensgeschichtliche Bezug, sondern auch der zur Überlieferung. Angesichts der Lebensbewältigung durch die technischen Apparate meint der Mensch heute weithin, auf Überlieferung verzichten zu können; dieses ungeschichtliche Denken macht sich auch in der pädagogischen Theorie und Praxis breit. So werden in manchen Vorstellungen Tradition und Geschichte als Hindernis auf dem Weg zur Freiheit angesehen. Demgegenüber hält gerade ein kritisch offenes Verhältnis zur Geschichte das Bewußtsein für alternative Lebens- und Gesellschaftsentwürfe wach und dient damit der Freiheit (vgl. Teil II).
- Trotz der ursprünglich beabsichtigten größeren Durchsichtigkeit der Entscheidungsprozesse ist die Planung und Durchsetzung von Reformen vornehmlich Angelegenheit der Kultusverwaltungen geblieben. Mitverantwortliche gesellschaftliche Gruppen, die Betroffenen (Lehrer, Eltern, Schüler), selbst politische Gremien auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene sind nicht ausreichend an der Meinungs- und Willensbildung beteiligt worden. Insbesondere sollte das Elternrecht gewahrt und ausgebaut werden (vgl. Teil IV).
- Eine einschneidende Beeinträchtigung der notwendigen Reformen zeigt sich in den letzten Jahren durch die zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten. Diese Entwicklung stärkt einerseits Kräfte, die alles beim alten lassen wollen, entmutigt aber auch vielerorts die, die Schulreformen für notwendig halten.

3. Die Kirche wäre schlecht beraten, wenn sie angesichts der finanziellen Restriktionen, mancher Fehlentwicklungen und der um sich greifenden Entmutigung die bleibende Bedeutung der Bildungsfragen verkennen würde. Auch innerhalb der Kirche selbst sind Stimmen laut geworden, die Bildungsverantwortung der Kirche aufzugeben und sich im wesentlichen auf Verkündigung und Gottesdienst sowie im pädagogischen Bereich auf den kirchlichen Unterricht zu beschränken. Die Kirche darf sich aber nicht der Illusion hingeben, als könnte sie in ihrer volksgemeinnützigen Verfassung aus dem gesellschaftspolitischen Spannungsfeld heraustreten. Sie hat hier vielmehr die aus dem Evangelium folgenden Einsichten zu vertreten. Dies gilt auch für den Bereich der Bildungspolitik und betrifft den jungen Menschen in seiner Lebensentfaltung und seinen vielfältigen sozialen Beziehungen. In all diesen Fragen muß sich die Kirche an den anthropologischen Einsichten christlicher Ethik orientieren. Diese sind nur zu gewinnen, wenn das christliche Verständnis vom Menschen deutlich gemacht werden kann. Um darüber hinaus verbindlich reden und sachgemäße Vorschläge machen zu können, braucht die Kirche ein eigenes Erfahrungsfeld für pädagogisches Handeln (z.B. Einrichtungen im Elementarbereich, kirchliche Schulen und Ausbildungsstätten, kirchliche Erwachsenenbildung und pädagogische Institute).

Schließlich ist es wenig glaubwürdig, wenn die Kirche nur das staatliche Bildungssystem und nicht auch das eigene innerkirchliche Erziehungshandeln kritisch prüft. Erst wenn diese drei Bedingungen erfüllt sind, wird ihr Reden die ihr gebührende öffentliche Beachtung finden.

## *II. Pädagogisches Handeln unter dem Anspruch christlichen Menschenverständnisses*

Wenn die Kirche aufgrund ihrer Mitverantwortung für die öffentlichen Angelegenheiten zu Schul- und Bildungsfragen das Wort ergreift, kann sie das überzeugend nur tun, wenn sie von Kriterien und Normen ausgeht, die theologisch begründet sind. Zur Beurteilung des sich in der Geschichte verändernden Bildungswesens gibt es keine allgemeinen, in jeder Zeit gültigen Normen. Deshalb besteht die Notwendigkeit, sich jeweils um Kriterien neu zu bemühen.

1. In diesem Zusammenhang sind die Grundlagen christlicher Anthropologie von Bedeutung. Der Mensch ist Gottes Geschöpf und durch Jesus Christus zur Freiheit in der Kindenschaft Gottes berufen.

Im Glauben versteht der Mensch sich selbst, seine Welt und seine Zukunft als Gottes Gabe. Seine Vernunft und Begabung nimmt er dankbar als ein von Gott gegebenes Geschenk an, um sie zur Weltgestaltung einzusetzen. Gottes Gebot ist ihm dafür als Leitlinie gegeben. Christliche Erziehung ist nur auf der Grundlage dieses Angebots und Gebots möglich.

Der Mensch kann seine Existenz nicht nur aus seiner Verantwortung für das Gegenwärtige und Zukünftige begreifen, sondern muß auch seine natürlichen und geschichtlichen Bedingungen ernst nehmen. Pädagogische Theorien und pädagogisches Handeln, die allein den Ruf nach mehr Freiheit, nach Emanzipation und Selbstbestimmung des Menschen zugrunde legen, müssen deshalb kritisch betrachtet werden.

Auf der anderen Seite erhält der Ruf nach mehr Freiheit heute dadurch seine Dringlichkeit, daß der Mensch durch Zwänge bedroht ist, die u.a. durch die moderne technische Entwicklung und die Grenzen des Wachstums bedingt sind.

- Die modernen Massenmedien z.B. können den Typus des außengelenkten und manipulierbaren Menschen fördern und machen dadurch die Möglichkeit befreiender Erziehung zunichte.
- Aber auch die Schule selbst sieht die Schüler vielfach bloß als Objekte des Lernens. Unter dem vielerorts feststellbaren Zwang, Lernpensen zu bewältigen und Auslese zu treiben, werden die Individualität des Kindes und sein Recht auf erfüllte Gegenwart verkürzt. Demgegenüber ist zu betonen, daß der Mensch als Gottes Geschöpf nicht planmäßig formbares Material ist.
- Politische, wirtschaftliche und soziale Macht kann darüber hinaus so auf das Bildungssystem einwirken, daß Barrieren aufgerichtet werden und Kinder sozial benachteiligter Schichten dadurch weniger Bildungschancen haben.

Die Pädagogik hat dem allem Rechnung zu tragen und die Bildungswege zu finden, die dem einzelnen jungen Menschen angemessen sind.

2. An der Entstehung des modernen Freiheitsbewußtseins hat der christliche Glaube mitgewirkt. Er kann deshalb nicht hinter seiner eigenen Wirkungsgeschichte zurückbleiben. Aufgrund des besonderen Wertes, der jedem Menschen durch die Zuwendung Gottes in Jesus Christus zukommt, hat der Glaube auch die Erfahrung der Freiheit gegenüber gesellschaftlichen und sog. Sachzwängen zu vermitteln. Er kann als Anwalt des Menschen und seiner Freiheit den Gefahren der Verplanung, Anpassung und Manipulation in der Schule entgegenwirken und damit einen Beitrag zur Erfüllung des Erziehungsauftrags der Schule leisten.

Christlicher Glaube unterscheidet zwischen wahrer und vermeintlicher Freiheit. Deshalb kann die Kirche zu den modernen Freiheits- und Emanzipationsbestrebungen nicht nur ja sagen, sondern muß ebenso auch den Mut zu einem Nein haben. Sie sagt ja zu allen Bestrebungen, die auf größere Mündigkeit und Eigenverantwortung des Menschen zielen, denn der Mensch ist dazu erwählt, Partner Gottes zu sein. Sie sagt aber nein, wenn damit ein Verständnis des Menschen verbunden ist, nach dem er im pädagogischen Handeln die Bedingtheit seiner Existenz aufheben und über sie verfügen zu können vermeint. Sie sagt ja zur Entfaltung der je eigenen Person, denn die Geschöpflichkeit des Menschen bedeutet, daß er ein einmaliges und unwiederholbares Individuum ist, zu dessen Menschsein die Gewinnung seiner Identität gehört. Aber sie sagt nein, wenn diese Entfaltung auf Kosten anderer Menschen geht. Sie sagt ja zur Ausfüllung neuer und zukünftiger Freiheitsräume, denn Gott führt die Geschichte der Freiheit ständig weiter. Aber sie sagt nein, wenn die Zukunft des Reiches Gottes gezeugt wird und an seine Stelle in schwärmerischer Weise ein utopisches Reich erfüllter menschlicher Wünsche tritt.

3. Christliche Freiheit gründet in der Rechtfertigung durch Jesus Christus. Für den Glauben ist diese Freiheit gegeben und kann nicht durch eigenes Bemühen erworben werden. Alle Selbstbefreiung hat darin ihre Grenze. Da dem Menschen die Freiheit durch Christi Tod und Auferstehung geschenkt ist, ist sie von dem Vertrauen auf das in Jesus Christus gestiftete neue Leben, das in der Hingabe an ihn gelebt wird, nicht ablösbar. Dieses Freiheitsverständnis muß in die erziehungswissenschaftliche Diskussion eingebracht werden. In ihr ist es im letzten Jahrzehnt üblich geworden, als obersten Leitbegriff den der Emanzipation bzw. Selbstbestimmung oder ähnliche Begriffe zu gebrauchen. Die Synode der EKD in Frankfurt 1971 hat diese Fragen aufgegriffen. Drei unaufgebbare Gesichtspunkte wurden von ihr herausgestellt: Einmal ist der Bildungsprozeß darauf ausgerichtet, daß der Mensch befähigt wird, sein Denken und Handeln selbständig zu verantworten. Zum anderen müssen die pädagogischen Voraussetzungen und gesellschaftlichen Verhältnisse so beschaffen sein, daß der Mensch diese Selbständigkeit in Freiheit wahrnehmen kann. Schließ-

lich darf dieser Gedanke nicht auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen beschränkt gedacht werden; er gilt prinzipiell für alle.

Inzwischen ist die Gefahr deutlich sichtbar geworden, daß der Emanzipationsbegriff einseitig verstanden wird. In manchen Entwürfen wurde er in dieser Einseitigkeit zum allgemeinen Erziehungsziel aufgewertet und demzufolge auch zur Umschreibung des allgemeinen Bildungsziels der Schule gebraucht. Hierzu ist zu sagen:

Von den gegenwärtigen unterschiedlichen Fassungen des Emanzipationsbegriffs können die Auslegungen einem kritischen Freiheitsverständnis nicht genügen, die Emanzipation und Freiheit individualistisch verengen oder umgekehrt persönliche Freiheit und Selbständigkeit unterdrücken, sei es durch politische oder weltanschauliche Indoktrination oder durch Tabuisierung bestehender Verhältnisse.

In christlicher Sicht steht Freiheit in Zusammenhängen. Sie hat ihren Ursprung in der von Gott geschenkten Befreiung und schließt die Solidarität mit allen ein, denen diese Freiheit ebenfalls verheißen ist. Darum kann Freiheit nicht die Lösung von Bindungen schlechtweg bedeuten und nicht nur als Selbstbefreiung verstanden werden; sie ist nicht nur individuell auf die einzelne Person bezogen. Freiheit in christlicher Sicht erkennt Bindungen an, die freiwillig bejaht werden und die Lebensentfaltung des Menschen ermöglichen und eingrenzen. Aus diesen Bindungen folgt der Verzicht auf die Durchsetzung der eigenen Freiheit auf Kosten anderer und die besondere Verpflichtung jenen gegenüber, denen menschliche Freiheit vorenthalten wird. Andererseits aber steht Emanzipation als Befreiung des Menschen in einer Spannung zu anerkannten und bejahten Bindungen. Denn diese können und müssen gegebenenfalls in Frage gestellt werden, wenn sie sinnvolles und befreites Leben nicht mehr ermöglichen. Nur innerhalb dieser Spannung kann der Emanzipationsbegriff von der evangelischen Theologie kritisch aufgenommen und verarbeitet werden.

In der Entwicklung des Kindes ist Vertrauen eine wichtige Bedingung für Freiheit und Verantwortung. Wer Vertrauen zur Umwelt, zu den anderen Menschen und zu sich selbst gewinnt, wird zur Selbständigkeit ermutigt und wird offen, sich anderen zuzuwenden. Erziehung, die Angst erzeugt, lähmt das Vertrauen des Kindes zu sich selbst, macht es in falscher Weise abhängig von den Erziehern und mißtrauisch verschlossen gegenüber anderen. Familie und Schule können so oder so wirken, Vertrauen, Freiheit und Verantwortung fördern oder verhindern.

4. Nach der Rechtfertigungslehre kann sich der Mensch sein Heil, und d.h. seinen letzten Lebenssinn, nicht durch eigene Leistung erwerben, sondern Gottes Gnade hat ihm sein Heil längst geschenkt, bevor er etwas zu leisten vermag. Diese Grundüberzeugung des christlichen Glaubens relativiert auch jede innerweltliche Leistung. Zwar kann nicht gelehrt werden, daß unter den Bedingungen unserer Welt Leistung zur Erhaltung menschlichen Lebens und unserer Gesellschaft notwendig ist. Sie kann sogar als eine von allen Leistungsfähigen zu erbringende Pflicht angesehen werden. Nirgends aber darf in sozialen Zusammenhängen die Leistung ein letztes Kriterium sein, das über den Menschen entscheidet.

Das gilt auch für die Schule. Hier wie auch sonst wird die Spannung zwischen dieser christlichen Überzeugung und den gesellschaftlichen Notwendigkeiten immer bestehenbleiben. Durch sie kann aber verhindert werden, daß die Schule lediglich unter Leistungsgesichtspunkten konzipiert wird. Darum muß es in allem pädagogischen Geschehen leistungsfreie Räume geben. Dadurch ist nicht ausgeschlossen, daß es an anderen Stellen zu deutlichen Leistungsanforderungen kommt. Das gesamte Schulwesen aber muß daraufhin überprüft werden, ob schulische Leistung lediglich über Bildungslaufbahnen oder nicht insgeheim auch über den sozialen Wert eines Menschen entscheidet.

### *III. Probleme und Aporien – eine Übersicht*

Im Folgenden werden umstrittene Probleme aufgeführt, denen die Kirche ihre Aufmerksamkeit widmen sollte.

1. Die künftigen Lebenschancen jeder Gesellschaft hängen weitgehend davon ab, welche Investitionen für das Bildungswesen erbracht werden. In dem Zusammenspiel von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gewinnen, langfristig gesehen, Investitionen im Infrastruk-



turbereich um der Gestaltung menschenwürdiger Lebensverhältnisse willen eine wachsende Bedeutung.

Deshalb sind alle Bildungsaufgaben vorrangig darauf zu prüfen, ob sie auf einer sorgfältigen Planung beruhen und jenen zentralen pädagogischen Kriterien genügen, von denen oben die Rede war.

2. Die zunehmende Einengung des Reformspielraums durch Finanzierungsschwierigkeiten hat im Zusammenhang mit anderen gesellschaftspolitischen Entwicklungen (Resignation nach teilweise überhöhten Erwartungen, zunehmende konservative Grundstimmung usw.) dazu geführt, daß sich eine allgemeine Reformmüdigkeit selbst da auszubreiten droht, wo die Notwendigkeit von Reformen anerkannt wird. Auch in ihrem eigenen Bereich sollte die Kirche dieser Entmutigung entgegenwirken und das Wagnis von Reformen nicht scheuen.

3. Ein Hauptproblem gegenwärtiger Bildungspolitik liegt in dem Umstand, daß angesichts der schwindenden Autorität des Staates und der zunehmenden Verselbständigung der Bürokratie eine an übergreifenden politischen Perspektiven orientierte Bildungspolitik weitgehend durch Erlaßpolitik der Bildungsverwaltung ersetzt wird. Der Mangel an inhaltlichen Leitideen darf jedoch nicht durch bloße Planungsrationalität verdeckt werden. In dieser Situation sollte sich gerade die Kirche aufgefordert sehen, selber beizutragen, daß eine kritische Öffentlichkeit bei gesellschaftlichen und pädagogischen Reformen Rechenschaft nach politisch-ethischen Kriterien fordert.

Die Kirche hat teil an den gesellschaftlichen Problemen und Spannungen. Gesellschaftliche Fragen kehren in ihrem Bereich als ihre eigenen Fragen wieder. Wenn die Kirche dafür sorgt, daß in ihrem eigenen Raum Konflikte offen ausgetragen und zu lösen versucht werden, kann dies auch für die Gesellschaft von Bedeutung sein. Gleichzeitig soll sie dazu beitragen, daß die Diskussion über die hinter der Bildungsreform stehenden Sinn- und Normfragen in der Öffentlichkeit wachgehalten wird.

4. Bildungspolitisch hat sich eine Polarisierung in der Frage der strukturellen Reform des Schulwesens ergeben. In den Auseinandersetzungen darüber, ob das dreigliedrige Schulwesen beibehalten oder durch integrierte Schulformen ersetzt werden soll, muß davon ausgegangen werden, daß nach Maßgabe der zur Zeit vorliegenden wissenschaftlichen Einsichten weder das traditionelle, vertikal gegliederte System noch die gegenwärtigen Formen von Gesamtschule den Vorstellungen eines sozial gerechten Bildungswesen entsprechen. Daher sind weiterführende Schulversuche erforderlich; Präjudizierungen durch vorzeitige Entscheidungen sind zu vermeiden.

Das Echo auf die Stellungnahme war erfreulich, insgesamt auf den Ton gestimmt: „Solides Wort zu heiklem Thema“ (Süddeutsche Zeitung). Für das Selbstverständnis der evangelischen Kirche – eine Fragestellung der Ekklesiologie – ist an diesem Vorgang bedeutsam: Als eine Gruppe von selbst Betroffenen und Nachdenkenden urteilt sie nicht aus einem „Gegenüber“, von „oben“ oder „außen“. Sie verläßt sich nicht allein auf Privilegien in ihrer Rechts- oder Sonderstellung. Vielmehr läßt sie sich argumentierend auf ein integratives Geschehen ein und riskiert, wegen ihres Beitrages zur Diskussion in die öffentliche Auseinandersetzung zu geraten. Dabei verleugnet sie die Grundlagen ihrer Argumentation nicht, erwartet vielmehr von jedem Leser, daß er diese ebenso zur Kenntnis nimmt wie die Einzelaussagen zu den Konkreta. Zugleich aber vermeidet sie es, zu sehr in Details zu gehen und sich von Tagesereignissen bestimmen zu lassen. Sie will ausschließen, von anderen vor ihren Karren gespannt zu werden.

## B.

Die Öffentlichkeit in Staat und Gesellschaft hat diese Entfaltung des Selbstverständnisses der evangelischen Kirche im Blick auf den Erziehungs- und Bil-



dungsbereich nur zögernd und nur teilweise aufgenommen. Im ganzen aber lassen sich folgende beiden Linien feststellen:

1. Die Kirche wurde zunächst meist nur dann als Gesprächspartner in bildungspolitischen Fragen konsultiert, wenn es um die herkömmlich zwischen Staat und Kirche zu regelnden Bereiche ging, um Religionsunterricht und Hochschulfragen. Die von der EKD seit 1971 eindeutig betonte Mitverantwortung für den gesamten Bildungsbereich wurde nur vereinzelt zur Kenntnis genommen. Aber je konkreter sich die EKD in einer Reihe von Voten äußerte, umso mehr wuchs das Echo nicht nur bei den staatlichen Stellen, sondern auch bei den bildungspolitischen Gremien und in der interessierten Öffentlichkeit. Die Voten, die besondere Beachtung fanden, sind:

- Stellungnahme des Rates der EKD zur Bildungsreform im Elementarbereich vom 15./16.3.1974<sup>13</sup>
- Entschließung des Rates der EKD zum Religionsunterricht in der Sekundarstufe II vom 19.10.1974<sup>14</sup>
- Stellungnahme zur schulpolitischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland vom 24.10.1975 (siehe oben A Ziffer 3)

Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die Veröffentlichungen zur Bildungspolitik, welche die EKD herausbrachte:

- Die evangelische Kirche und die Bildungsplanung, herausgegeben von der Kirchenkanzlei der EKD, Gütersloh und Heidelberg 1972;
- Evangelische Beiträge zur Bildungspolitik, ebenso Gütersloh 1976.
- Hinzu kam die Veröffentlichung des Comenius-Instituts, die im Mai 1978 erschien und der vertiefenden Vorbereitung auf die Synodaltagung dienen sollte: Hans Kratzert u.a. (Hg.), Leben und Erziehen durch Glauben, Gütersloh 1978. Dieser Band enthält so viele Informationen und Übersichten, daß er noch für die nächsten Jahre ein unentbehrliches Nachschlagebuch sein wird.

2. In der Konsequenz dieser Verlautbarungen und auf ihrer Grundlage entwickelten sich Kontakte, die in dieser Form für die EKD völlig neu waren:

- Vertreter der Kultusministerkonferenz kamen im Dezember 1975 mit Beauftragten der EKD und der Katholischen Kirche zusammen und berieten geeignete Möglichkeiten der laufenden gegenseitigen Information und des Gedankenaustausches. Folgen dieses Treffens waren auf der schulfachlichen Ebene die Ausarbeitung von Rahmenrichtlinien für Religionslehre durch die Kirchen für alle Schularten und -stufen, für die von der KMK bundeseinheitliche Rahmenrichtlinien herausgegeben werden; auf der institutionellen Ebene die informativen Kontakte des Sekretariats der KMK mit dem Beauftragten des Rates der EKD bei den zentralen bildungspolitischen Gremien, Dr. Christfried Röger.
- Die beiden Vorsitzenden der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung trafen sich im November 1976 mit dem Bevollmächtigten des Rates der EKD, Bischof D. Kunst, und seinem katholischen Kollegen, Prälat Wöste. Den Vertretern der Kirchen wurde zugesagt, daß der Gedankenaustausch fortgesetzt und sie über Planungen in der Bildungsreform rechtzeitig informiert werden sollten. Diese Kontakte wirkten sich für die EKD darin aus, daß sie sowohl zu den Ergänzungsplänen zum Bildungsgesamtplan wie zum Stufenplan Weiterbildung um Stellungnahmen gebeten und zu den Anhörungen im Januar und Februar 1977 eingeladen wurde.

---

13. Vgl. KJ 101, 1974, S. 191f.

14. Vgl. KJ 101, 1974, S. 192f.

- Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Dr. Jürgen Schmude, lud die Konferenz der Referenten für Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen aus den Gliedkirchen während ihrer Sommertagung 1978 in sein Haus ein. Nach Ausführungen des Ministers zu Grundfragen der gegenwärtigen Bildungsaufgaben kam es zu einer lebhaften Aussprache.

Damit sind die wichtigsten Beispiele für die Bejahung der Mitverantwortung der EKD im Bereich der Bildungspolitik in Gestalt unmittelbarer Kontakte und Begegnungen genannt. Die EKD ist nach 1971 und besonders seit 1974/75 ein Gesprächspartner in der öffentlichen bildungspolitischen Diskussion geworden. Das trat auch durch regelmäßige Kontakte mit den Lehrerverbänden und die Teilnahme an der Arbeit der evangelischen Erziehergemeinschaften zutage<sup>15</sup>. Die EKD ist in der Wahrnehmung der bildungspolitischen Mitverantwortung aktiv geworden wie nie zuvor. Das bleibt verpflichtend für die Zukunft.

## 2. DIE TAGUNG DER EKD-SYNODE VOM 5. BIS 10. NOVEMBER 1978

Die Synode der EKD hatte sich für ihre Tagung vom 5. bis 10. November 1978 mit dem vielschichtigen Thema „Leben und Erziehen – wozu?“ viel vorgenommen, das ist aus den bisherigen Ausführungen schon deutlich geworden. Seit 1973 war bereits durch die Synode festgelegt, daß eine ihrer nächsten Tagungen wieder – wie schon 1971 in Frankfurt am Main – den Bildungsbereich zum Schwerpunkt haben sollte. Vorüberlegungen und Vorarbeiten lagen zunächst beim BPA mit seinen Fachausschüssen (siehe oben A Ziffer 2). Auf die Bedeutung der von ihm durchgeführten Symposien haben wir bereits hingewiesen (siehe oben A Ziffer 1.5). Im Anschluß an das Symposium von 1975 kam zuerst die Themaformulierung „Leben und Erziehen – wozu?“ ins Gespräch. Sie wurde dann mit ihren Sachfragen während des dritten Symposiums im September 1976 in Anwesenheit des Präses der Synode diskutiert. Dabei ergaben sich die Vorschläge (a) für eine Bearbeitung und Strukturierung des Themas in drei thematischen Schwerpunkten und (b) für eine breit angelegte Phase der Vorbereitung, in der u.a. die mit Bildungsfragen befaßten Einrichtungen, Verbände und Werke in der EKD Materialien zu den thematischen Schwerpunkten beisteuern sollten.

Im Frühjahr 1977 begann mit der Berufung des Synodalen Vorbereitungsausschusses (SVA) für die Tagung im November 1978 die eigentliche Vorbereitungsphase. Der SVA bestätigte die vorgeschlagenen drei thematischen Schwerpunkte und formulierte sie endgültig: „Die Situation der Eltern und Kinder in Familie und Gesellschaft als Herausforderung an Botschaft und Dienst der Kirche“ (I), „Zukunftsorientierte Bildung und Ausbildung im Zusammenhang von Bildungs-

15. Diese sind in der „Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Erzieher in Deutschland“ (AEED) zusammengeschlossen. Ein Höhepunkt der Arbeit war der Kongreß „Erziehen in der Freiheit des Evangeliums. Ein Beitrag zur Rolle des Lehrers in der Schulreform“ vom 28. bis 30. Oktober 1977 in der Evangelischen Akademie Bad Boll. Vgl. Pressedienst der Evangelischen Akademie Bad Boll 7/1977.

und Beschäftigungssystem“ (II), „Leben und Erziehen – wozu? Das Beispiel kirchlicher Schulen und Ausbildungsstätten“ (III).

Damit wurden aus dem umfassenden Thema drei Teilbereiche ausgewählt. Für die Weiterarbeit an diesen Teilthemen bildete der SVA drei Unterausschüsse. Sie erstellten unter Rückgriff auf Vorarbeiten des BPA und seiner FA die Vorlagen. Vor der Synodaltagung im November hatten im Mai und Juni 1978 regionale Vorbereitungstage für die Synodalen in Hamburg, Bethel und Heidelberg stattgefunden. Danach wurden die Vorlagen noch einmal verändert.

Die Einzelheiten der Weiterarbeit in den Ausschüssen und die von der Synode endgültig beschlossenen Kundgebungen und Entschlüsse sind in einer Dokumentation veröffentlicht<sup>16</sup>. Eine Auswahl und Auszüge daraus, die hier nur gebracht werden könnten, würden u.E. die Gefahr in sich bergen, unvermeidliche Verkürzungen zu enthalten und damit Verzerrungen zu produzieren – zumal einige Entschlüsse trotz ihrer Länge sachlich und sprachlich sehr dicht sind. Deshalb verweisen wir auf die Dokumentation selbst und verzichten darauf, in Auswahl zu zitieren.

Stattdessen dokumentieren wir in Auszügen zwei Stellungnahmen aus der Verbandspresse verschieden orientierter Lehrerverbände, nämlich (1) von Frank von Auer, geschäftsführendem Mitglied im Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und (2) von Hans Gröschel, dem Leiter der Abteilung „Schule und Kirche“ im Verband Bildung und Erziehung (VBE). Die unterschiedliche Akzentuierung und Beurteilung ist beachtenswert. Sodann bringen wir zwei Zusammenfassungen und Wertungen aus der Feder von Mitgliedern der EKD-Synode, die selbst „dabei“ waren und nun (3) mündlich (Klaus Scholder) und (4) schriftlich (Karl Dienst) ihr Urteil abgeben.

#### FRANK VON AUER: EKD-BILDUNGSSYNODE – IM GANZEN: FORTSCHRITTLICH<sup>17</sup>

Auf ihrer 7. Tagung im November 1978 hat die Synode der evangelischen Kirche in Deutschland sechs „Kundgebungen“ – das sind mit Zweidrittelmehrheit gefaßte Beschlüsse – zu Erziehungs- und Bildungsfragen verabschiedet. Sie sind jetzt im Druck erschienen.

Die Synode stand unter dem Generalthema „*Leben und erziehen – wozu?*“ In ihrer „Kundgebung“ Nr. 217 nennt sie *drei Gründe*, die die EKD zu ihrer Stellungnahme herausgefordert haben: Jugendliche zweifelten am überlieferten Konsens. „Am eindrücklichsten fragen uns diejenigen, die schweigend resignieren oder sich unseren Antworten und Anforderungen verweigern“. Zum anderen suchten Erzieher „nach Werten und Zielen, die den Menschen gerecht werden“. Zum dritten schließlich fühlten sich Eltern und Lehrer „der Erziehungsaufgabe nicht mehr gewachsen und leiden unter ihrem Versagen“. Daraus ergaben sich Fragen an die Erziehung in der Familie, an „unser Verständnis von Arbeit“ und das Selbstverständnis der Schule, zu deren „unverzichtbaren Aufgaben“ die Frage nach dem Sinn des Lebens und der rechte Umgang miteinander gehörten.

Trotz der oberflächlichen und nicht weiter belegten Behauptung, „die Schul- und Bildungsreform der vergangenen Jahre scheint die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen zu können“, verzeichnet diese Synode wenig später eine Fülle konkret benannter quantitativer und qualitativer „Verbesserungen des Bildungswesens“ (Förderung der Drei- bis Fünfjährigen, Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter im Elementarbereich, spätere Ent-

16. Leben und Erziehen – wozu? (siehe Anmerkung 10).

17. Die Deutsche Schule 2/1979, S. 717f.



scheidung über schulische Bildungswege, Ausbau des Berufsbildungswesens, Engagement von Eltern und Schülern u.a.). – Sodann unterstützt die Synode nachdrücklich die *gewerkschaftliche Kritik an Fehlentwicklungen*: Notendruck und Prüfungsunwesen, „formalisiert und zentral gesteuerte“ Abschlüsse und Berechtigungen, Bürokratisierung und formale Disziplinierung, die Zwänge des Beschäftigungssystems und die mangelnde Kommunikation zwischen Heranwachsenden und Erziehenden. Und sie fordert schließlich – wiederum in Übereinstimmung mit gewerkschaftlicher Bildungspolitik: ein kommunikationsförderndes Raumprogramm, einen großzügigen Zeitrahmen, in dem „fachliche, musisch-kulturelle und soziale Lernziele miteinander verbunden bleiben“ und nicht dem Prüfungs- und Leistungsdruck zum Opfer fallen, Organisationsformen, die „Angst und Konkurrenz“ vermindern, eine „sinnvoll in die Berufspraxis integrierte“ Ausbildung und Fachberatung, Raum für pädagogische Freiheit, die „Verantwortung und Mitwirkung“ der Eltern, Reformprozesse „unter Beteiligung der Betroffenen“ sowie die notwendigen „gesamtgesellschaftlichen Voraussetzungen“ und „übergreifenden Rahmenbedingungen“.

Leider bleibt die „Kundgebung“ Nr. 219 an dieser Stelle sehr allgemein. Für eine menschlich befriedigende Kommunikation zwischen Lehrern und Erziehern auf der einen, Schüler und Eltern auf der anderen Seite braucht man Zeit. Über den zunehmenden Zeitdruck und die Arbeitsbelastung von Erziehern und Lehrern schweigt sich die Synode aus. ... Auch ein Hinweis auf den Zusammenhang zwischen der Verwirklichung edler Erziehungsziele mit der äußeren und inneren Gestaltung des Bildungssystems fehlt. Im Unterschied zur Entschließung der Bildungssynode von 1971 sind die Chancen integrierter Schulsysteme (Orientierungsstufe, Gesamtschule) in den „Kundgebungen“ von 1978 aus dem Blick geraten.

Beachtlich klar und kritisch formuliert die „Kundgebung“ Nr. 220 einen „pädagogischen Leistungsbegriff“, unter dem Leistung „als persönlich und gesellschaftlich sinnvoll erfahren werden“ kann. Ebenso klar wird die aktuelle These zurückgewiesen, daß das Bildungssystem sich am Beschäftigungssystem zu orientieren habe. „Angesichts der Ungewißheit über künftige wirtschaftliche Entwicklungen“ sei „eine gewisse inhaltliche und organisatorische Entkoppelung (zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem) notwendig“. Das Bildungssystem solle nicht „eng auf besondere Tätigkeiten bezogenes Spezialwissen“, sondern „*Grund- oder Schlüsselqualifikationen*“ vermitteln.

Dieselbe „Kundgebung“ empfiehlt, *Modellversuche* zur überbetrieblichen Berufsausbildung, zu doppelqualifizierenden Bildungsgängen und zum Berufsgrundbildungsjahr zu fördern. Berufliche Praxis solle „als Teil weiterführender Bildungsgänge“ anerkannt werden. – Außerdem plädiert die Synode für „ein 10., berufsvorbereitendes Schuljahr“ und die besondere Förderung der Hauptschule.

Besonders hinzuweisen ist schließlich auf das kirchliche Engagement für die ausländischen Kinder und Jugendlichen in unseren Bildungseinrichtungen. In voller Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Zielen wendet sich die Synode *gegen Nationalklassen und -schulen*, weil diese „die sprachliche und soziale Isolation ausländischer Kinder verfestigen und ihre berufliche Benachteiligung für die Zukunft zementieren“. Sie verlangt eine Integration dieser Kinder in deutsche Regelklassen, zusätzlichen Förderunterricht in Deutsch sowie einen obligatorischen Muttersprachenunterricht unter deutscher Schulaufsicht. Mit besonderem Nachdruck ruft die EKD dazu auf, auch jenen ausländischen Jugendlichen eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, die nach dem 31.12.1970 in die Bundesrepublik eingereist sind. Da gerade diese Jugendlichen besonderer Förderung bedürften, sei das bislang geltende Verbot „menschlich und sozial nicht zu vertreten“.

#### HANS GRÖSCHEL ÜBER DIE EKD-SYNODE<sup>18</sup>

Grundlage. Grundlage für die Arbeit in den Themenausschüssen waren neben den in den Vorbereitungskonferenzen erarbeiteten Beschlußvorlagen das Referat von Professor Dr. Karl-Ernst Nipkow, Tübingen.

18. forum E – Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung Deutsche Lehrgewerkschaft, Februar 1979, S. 30f.



Prof. Nipkow erinnerte an die bildungspolitische Aufbruchsstimmung von 1971, die uns zu den Grenzen staatlicher Bildungsplanung und 1978 zur Frage „Leben und Erziehen – wozu?“ geführt hat. Mit dem Hinweis auf die Grundwerte unserer Gesellschaft, wie sie sich in den Erziehungsartikeln der Länderverfassungen und in den Schulgesetzen widerspiegeln, forderte er die Bildungspolitiker in den Bundesländern auf, diese landesverfassungsrechtlich oder schulgesetzlich gebotenen Aufgaben der Schule zu ermöglichen. „Die rechte Erziehung und Bildung, um die es uns aus Glauben gehen soll, ist sodann nichts anderes als die rechte, nämlich die menschlich förderliche Erziehung und Bildung, der auch der rechte Staat in seiner Pädagogik dienen sollte.“

Das bedeutet aber nicht, daß man den bequemen Weg einer angepaßten Bildungspolitik gehen soll. Die Kirche muß den unbequemen Weg einer kritischen Bildungspolitik gehen, deren „Eindeutigkeit nur aus der Mitte eines in theologischer Selbstunterscheidung errungenen Gesamtverständnisses des kirchlichen Auftrags“ entwickelt werden darf.

In der Frage an die Richtung von Erziehung und Bildung können Lernen und Leistung nicht ausgeklammert oder verdächtigt werden. „Wir brauchen beides nötiger denn je; aber man muß wissen, wofür man lernt und wem die Leistung dient.“

Wichtig für eine menschlich lohnende Bildung ist eine stärkere Entkoppelung vom Bildungs- und Beschäftigungssystem und der solidarische Ausgleich der Last zwischen den Generationen.

In einem leidenschaftlichen Plädoyer für eine neue menschlich förderliche, ganzheitliche allgemeine Bildung und eine Erneuerung des Unterrichts im Zeichen der Sinn- und Wertprobleme forderte Prof. Nipkow auf, die Kinder und Jugendlichen in der Liebe zum Leben zu erziehen.

Unter diesem Aspekt ist übrigens auch die Vorlage zu sehen, die als „Wort der Synode an Lehrer und Ausbilder, Eltern und Erzieher zu werten ist“. „Erzieherisches Handeln“, so heißt es dort, „ist vor allem ein unmittelbares Miteinander von Mensch zu Mensch. Es gründet in ganz persönlichen Erfahrungen und Überzeugungen von dem, worauf es im Leben zuletzt ankommt, was einer glaubt, was einer hofft, was einer liebt. Den Fragen und Ängsten unserer Kinder und Jugendlichen können wir in Wahrheit nur begegnen, wenn wir uns selbst fragen und uns selbst die Antwort geben können, wovon und wofür wir leben“.

**Eltern.** Zur „Situation der Eltern und Kinder in der Familie und Gesellschaft“ stellt der Themenausschuß I fest, daß das Recht und die Pflicht aller Eltern zur Erziehung ihrer Kinder verlangen, daß Eltern ihre erzieherischen Fähigkeiten entwickeln.

Indem die Kirche die Ehe als Gabe Gottes anerkennt, ermutigt sie auch zu einer verantwortlichen Elternschaft. Sie fördert das Miteinander von Eltern und Kindern in den Familien und tritt für eine Art Bildung zum Leben ein, die weit über die traditionelle Bildungsarbeit in Schule und Beruf hinausgeht.

Der Selbstverantwortung der Kinder muß in dem Maße Raum gegeben werden, wie sie tatsächlich zu eigenen Lebensentscheidungen fähig sind. Eingriffe in das Erziehungsfeld der Familie von außen sollten auf Ausnahmen und nur auf solche Fälle beschränkt bleiben, bei denen die leibliche und seelische Unversehrtheit der Kinder auf dem Spiele steht.

Die Kirche setzt sich auch für gesetzliche Bestimmungen ein, die der erzieherischen Mitverantwortung der Eltern für das Schulwesen Rechnung tragen.

**Schule – Beruf.** Zu einer verstärkten Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern, Ausbilden und Auszubildenden soll es nach den Vorschlägen des Themenausschusses II in einem zukunftsorientierten, kooperativen Bildungs- und Beschäftigungssystem kommen. Die Evangelische Kirche tritt für die Bildung des Menschen als Person und als verantwortliches Glied der Gesellschaft nach den Möglichkeiten, Bedürfnissen und Aufgaben eines jeden ein. Dazu können die Planung überschaubarer Bildungseinrichtungen, die Aufgliederung zu großer Schulen und die Bildung stabiler, kleiner Lerngruppen eine Hilfe sein.

Zur Weiterentwicklung des Bildungssystems werden folgende Maßnahmen empfohlen:

- Offenheit der Übergänge zwischen den einzelnen Schulzweigen,
- Vorkehrungen für ein zehntes freiwilliges berufsvorbereitendes Schuljahr,
- Förderung von Modellversuchen für verschiedene Formen der beruflichen Grundbildung,

- Anerkennung einschlägiger beruflicher Praxis als Teil von weiterführenden Bildungsgängen,
  - Bildung, Beschäftigung und Weiterbildung sollten einander abwechseln können.
- Da sich ein zukunftsorientiertes Bildungs- und Ausbildungssystem an den benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft bewähren kann, wollen sich die Organe der EKD, die Gliedkirchen und ihre Einrichtungen den Gastarbeitern, den Behinderten und allen Schwachen ihre besondere Aufmerksamkeit widmen.

*Kirche.* Von der wachsenden Bedeutung der evangelischen Schulen und Arbeitsstätten in der gegenwärtigen pädagogischen und bildungspolitischen Situation gingen die Vorschläge des dritten Themenausschusses aus. Schulen auf der Grundlage des Evangeliums können als Stätten größerer innerer Unabhängigkeit allen Polarisierungen entgegenwirken und als Orte der gesammelten Aufmerksamkeit auf ein Sinnerschließen des Lernens im Dienste einer menschenwürdigen Gesellschaft hinwirken.

Prof. Dr. Klaus Scholder (Tübingen), Mitglied sowohl der EKD-Synode als auch der Württembergischen Landessynode, gab vor letzterer wenige Tage nach der Synodaltagung in Bethel am 14. November 1978 folgendes Berichtsvotum ab:

#### PROF. KLAUS SCHOLDER ZUR EKD-SYNODE<sup>19</sup>

Leben und Erziehen – wozu? Über den lebhaften, auch in der Öffentlichkeit viel beachteten Debatten über unser Verhältnis zum Ökumenischen Rat schien es mehr als einmal, als würde das eigentliche, das Hauptthema der Synode ganz an den Rand gedrängt werden oder sogar völlig untergehen. Aber dies war dann überraschenderweise doch nicht der Fall. Das Erziehungsthema tauchte vielmehr – ich würde meinen, zur Überraschung der Synode – zum ersten Mal ganz massiert in den Grußworten auf. Diese Grußvoten, angefangen von der Bürgermeisterin in Bielefeld, vom Ministerpräsidenten Rau, vom Bildungsminister Schmude bis zum Weihbischof von Paderborn haben ausnahmslos substantiell zum Tagungsthema selbst Stellung genommen, haben bestimmte Vorschläge gemacht, bestimmte Anregungen gegeben, bestimmte Fragen gestellt, so daß man gewissermaßen schon durch diese Grußworte in die Sache selbst hineingeführt worden ist. Am Abend des Sonntags hat dann mein Tübinger Kollege Nipkow das Einführungsreferat gehalten, und ich meine, es ist ihm in diesem Referat gelungen, die Betroffenheit durch dieses Thema deutlich zu machen. Die Einsicht, wie Nipkow formulierte, „daß wir selbst und die von uns geschaffenen Lebensverhältnisse das Problem der Erziehung sind“, ist von der Synode weitgehend aufgegriffen und aufgenommen worden. Die Beratungen der umfangreichen Vorbereitungspapiere in den Ausschüssen konnten nun freilich in vollem Umfang erst am Mittwoch beginnen, weil diese andere Debatte vorausging, so daß nicht alles so ausdiskutiert werden konnte, wie es notwendig gewesen wäre. Das zeigte sich bei den Diskussionen im Plenum am Donnerstag, wo ein Teil der vorgelegten Papiere dann nach vielen Anregungen und allen möglichen Einwänden noch einmal an die Ausschüsse zurückverwiesen wurde, obwohl nur noch wenig Zeit für die weitere Bearbeitung zur Verfügung stand.

Eine Würdigung der Ergebnisse dieses Tagungsthemas, eine Würdigung dessen, was denn nun eigentlich am Schluß herausgenommen ist, ist angesichts der Fülle und Vielfalt der schließlich verabschiedeten Erklärungen kaum möglich. Auch wird – dies sagt jetzt der Kirchenhistoriker – hier wie bei allen Synodalworten erst die Zeit erweisen, was davon wichtig ist und Bestand hat und was davon eben doch nur bedrucktes Papier ist.

Aber wahrscheinlich wird man davon ausgehen müssen, daß allein die Beschäftigung mit einem solchen Thema, allein die Notwendigkeit, bestimmte Dinge zu sagen, einen Klärungsprozeß für uns alle und, so Gott will, dann auch für unsere Kirche in Gang setzt, unbeschadet des direkten Nutzens der Papiere, die am Schluß verabschiedet werden. Dies,

---

19. Bericht der 9. Evangelischen Landessynode, 4. Sitzung am 14. November 1978, S. 135.

wie gesagt, eine Bemerkung des Kirchenhistorikers, der im Rückblick eine Menge solcher Dinge vor Augen hat.

Immerhin möchte ich jetzt, ohne eine Würdigung der Ergebnisse im einzelnen zu bringen, drei Punkte herausheben, die mir besonders eindrücklich sind. Zum einen scheint es mir ganz außerordentlich wichtig zu sein, liebe Synodale, daß durch die Synode das Bildungsthema aus seiner pädagogischen Spezialisierung herausgeholt worden ist, in die es auf eine beinahe hoffnungslose Weise hineingeraten war, und daß sie das Bildungsthema wieder dorthin gestellt hat, wohin es gehört, nämlich in den Vollzug des Lebens, und zwar des privaten und öffentlichen Lebens.

Die umfassende und grundlegende erste Kundgebung, die die Synode verabschiedet hat, trägt den Titel „Erziehung zum Leben“ und läßt am umfassenden Verständnis dieses Auftrags nicht den geringsten Zweifel. In Abwandlung eines berühmten Wortes möchte ich beinahe sagen: Die Erziehung ist eine zu ernste Sache, um sie den Pädagogen zu überlassen.

„Erziehungsfragen sind Lebensfragen“, heißt es zu Anfang dieser Kundgebung, und weiter heißt es: „Bildung und Erziehung sind eng mit der Weitergabe des Lebens von einer Generation zur anderen verbunden ... In dem umfassenden Verständnis dieser Aufgabe weiß die Synode sich bestimmt durch Gottes Wort. Hier wird unserem Leben Sinn, Geborgenheit und Hoffnung geschenkt.“ Dies also das erste.

Zum anderen ist durch dieses umfassende Verständnis die biblische Bindung aller Erziehung im evang. Verständnis deutlicher zum Ausdruck gekommen, als dies etwa auf der Synode in Frankfurt 1971 geschehen ist, die ja ein ähnliches Thema – wenn auch noch enger spezialisiert – behandelt hat. Es läßt sich dies nicht nur daran ablesen, daß der einleitenden Kundgebung zwei Bibelverse vorangestellt wurden, die, wie 1. Joh. 3.2, von der Gotteskindschaft sprechen und 1. Kor. 13.12 vom Stückwerk unserer Erkenntnis – ich meine, zwei Worte, die sehr gut einführen in das, was evang. Erziehung begründet und auch begrenzt. Dazu kommt auch die Tatsache, daß die zunächst umstrittene Kundgebung zur „Erziehungsverantwortung der Gemeinde“ nach einer Umarbeitung im Ausschuß, die sich bis tief in die Nacht hinzog, dann am Freitagmorgen von der Synode – wenn ich recht berichtet bin, fast einmütig – verabschiedet werden konnte. Auch dies scheint mir nachdrücklich auf diese erneute stärkere Betonung der biblischen Bindung hinzuweisen.

Schließlich – als letzter Punkt in diesem Zusammenhang – scheint mir die Tatsache wichtig, daß die Synode sich nachdrücklich der benachteiligten Gruppen in unserem Volk angenommen hat: der Behinderten, der Ausländerkinder, der Jugendlichen ohne Arbeit. In all diesen Fällen enthalten die Synodalvorlagen nicht nur eindrückliche, sondern auch konkrete Hinweise und Bitten, von denen zu hoffen ist, daß sie nun auch die Beachtung finden, die sie verdienen.

Der Stellungnahme von Oberkirchenrat Dr. Karl Dienst, Darmstadt, geben wir den meisten Raum, weil in ihr am stärksten kritisch gefragt wird. Dr. Dienst ist Referatsleiter für schulische und außerschulische Bildung bei der Kirchenverwaltung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Mitglied der EKD-Synode und Mitherausgeber der Zeitschrift „Der Evangelische Erzieher“. Hier schreibt er:

#### OKR KARL DIENST ZUR EKD-SYNODE: BETHELER IMPRESSIONEN<sup>20</sup>

Wie bereits in Frankfurt/M. 1971 hielt auch in Bethel Karl Ernst Nipkow das Einleitungsreferat. „Erziehung und Bildung als Einführung ins Menschliche“ – damit wurde ein wichtiger Grundakkord für die synodale Verhandlung des Bildungsthemas 1978 angeschlagen. Das Stichwort „Ganzheitliche Bildung“ beherrschte die Papiere.

„Im ganzen sollte Bildung etwas sein, was man um des eigenen persönlichen Lebens und



um der notwendigen ethisch-politischen Mitverantwortung in der Gesellschaft willen einfach nicht missen möchte, auch wenn der bisher übliche Lohn in Gestalt der gewohnten Laufbahnaussicht nicht mehr winkt ... Wir brauchen ... eine breite, allgemeine, ganzheitliche, dem Menschen als Menschen in allen seinen Lebensbereichen förderliche Bildung, in der nach dem Sinn gefragt worden ist und die daher ... ihre Lebensbedeutung bewährt hat: weil Erziehung und Unterricht auch in persönlichen Orientierungsschwierigkeiten geholfen haben, weil die Kraft (vor)gelebten Lebens im Umgang mit Lehrern, Erziehern und Eltern in einer lebensförderlichen gesellschaftlichen Umwelt mit einem überzeugenden Lebensstil erfahren wurde, weil der Wert geschichtlicher Erinnerung und Auseinandersetzung erkannt und Mut zur Zukunft vermittelt werden konnte, weil nicht zuletzt, im Zeichen gemeinsamer Vernunft, wenigstens ein Stück weit schon weise Voraussicht in die Zukunft und weise Einsicht in die Grenzen unserer menschlichen Möglichkeiten erschlossen worden sind. Erziehung und Bildung ist Einführung ins Menschliche, nichts anderes. Christen verstehen dieses Menschliche im Zeichen der Menschlichkeit Gottes, die Möglichkeiten der Menschen im Horizont der Möglichkeiten Gottes. Als Christen sind wir daher immer zuerst nach unserem Gottesglauben gefragt. Es ist nötig, um seine Erneuerung zu bitten und um die Erneuerung der ganzen Kirche“ (K. E. Nipkow).

Zwei Grundzüge fallen im Blick auf Bethel 1978 auf: Zunächst die stärkere theologische Profilierung der kirchlichen Beiträge zur Bildungsproblematik. Sodann die Tatsache, daß die Synodalvorlagen stärker als 1971 auf die unmittelbaren pädagogischen Verantwortungsfelder der Kirche selbst ausgerichtet waren. Noch einmal Nipkow:

„Die Erwartungen des Staates können durch die Kirche Jesu Christi nicht so beantwortet werden, daß diese sich als die ethische Religion der Gesellschaft darstellt und ein christlich überhöhtes Erziehungs- und Bildungsverständnis als Maß der Erziehung ausgibt. ... Folglich ist auch das rechte Wort der Kirche zur Erziehung untauglich, wenn man auf es als Unterstützung für bestimmte schulpolitische Tagesmeinungen wartet ... Theologisch unangemessen ist es ferner, das eigene Wort der Kirche überhaupt auf der Ebene bildungspolitischer Programmatik und ethischer Postulate und damit auf der theologischen Ebene des ‚Gesetzes‘ zu suchen.“

In drei großen Zusammenhängen sollte die Synode die Grundfrage „Leben und Erziehen – wozu?“ verfolgen: erstens in der Situation der Eltern und Kinder in Familie und Gesellschaft, zweitens in der Frage nach zukunftsorientierter Bildung und Ausbildung im Zusammenhang von Bildungs- und Beschäftigungssystem und drittens am Beispiel kirchlicher Schulen und Ausbildungsstätten. Die entsprechenden Entschließungsentwürfe wurden von Vorbereitungsausschüssen in über zweijähriger Arbeit erstellt und außerdem in regionalen Vorbereitungstreffen vordiskutiert. Da das gesamte Material bald in einer Dokumentation erscheinen wird, kann hier auf Einzelheiten verzichtet werden. Der Tenor der verschiedenen Papiere findet sich in einer während der Synodaltagung als Rahmen geschaffenen Entschließung so wieder:

„Erziehungsfragen sind Lebensfragen. Bildung und Erziehung sind aufs engste mit der Weitergabe des Lebens von einer Generation zur anderen verbunden. Menschliches Leben schließt wesentlich Sinnerfahrungen ein, die nur durch ganzheitliche Bildung vermittelt werden können. In dem umfassenden Verständnis der Erziehungsaufgabe weiß die Synode sich bestimmt durch Gottes Wort, das unserem Leben Sinn, Geborgenheit und Hoffnung schenkt ... Die Schul- und Bildungsreform der vergangenen Jahre scheint die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen zu können. Auch da, wo sie gelingt, bietet sie kaum Hilfen für ‚sinnerfülltes Leben‘ (Synode der EKD 1971) ... Die anstehenden Forderungen einer ganzheitlichen Erziehung und Bildung verstehen wir als Anfragen an den christlichen Glauben. Gott hat das Leben geschaffen und gibt ihm seine Bestimmung. Das ermutigt uns, die Fragen nach Sinn und Ziel des Lebens aufzunehmen. Gott ist der Herr des Lebens. Er selbst ist Mensch geworden. Er hat unser Leben angenommen und durch Hingabe vollendet. Darum können auch wir unser Leben annehmen und für andere einsetzen. Gott will uns an seiner Zukunft teilnehmen lassen. Das gibt uns Zuversicht und Gelassenheit zum Leben und Erziehen im Miteinander der Generationen. Wir wissen dabei, daß unser Tun Stückwerk bleibt.“

Wie bereits erwähnt, war die Synode lange (zu lange?) vorbereitet und geplant worden.



Der Beraterstab war groß, die verschiedensten Gruppen und Kräfte waren in die Vorbereitungen einbezogen worden. An Papieren und Material mangelte es gewiß nicht. Das „unbekannte Wesen“ war die Synode selbst. Daß sie Herrin des synodalen Geschehens ist, stellte sie auch diesmal unter Beweis. Mag das Präsidium das Zeitbudget genau planen – in Wirklichkeit bestimmen vor allem synodale Gruppen das, was tatsächliches „Hauptthema“ wird. In Bethel war es dann der Ökumenische Rat, der die Gemüter erhitze. Die Bildung geriet darüber in arge Zeitnot. So konnte Nipkows Referat im Plenum nicht diskutiert werden. Die Einbringung der Arbeitsergebnisse der Vorbereitungsausschüsse durch Hans-Rolf Dräger erfolgte zu später Stunde in zeitlicher Bedrängnis und zudem am falschen didaktischen Ort. Nicht viel besser ging es den Themenausschüssen. „Synodaler Leistungsdruck“ ging zuweilen an die physischen Grenzen.

Dennoch haben sich die Synodalen nicht damit begnügt, die Papiere der Vorbereitungsausschüsse einfach „abzusegnen“. Im Unterschied zu 1971 dürfte das synodale Selbstbewußtsein eher gewachsen sein. Die vorgefertigten Entschließungsentwürfe wurden an nicht wenigen Stellen nicht nur „kosmetisch“ verändert; auch die Substanz selbst stand zur Debatte! Die zerklüftete theologisch-kirchliche, pädagogische und politische Landschaft spiegelte sich auch in den Ausschußberatungen wider.

Aufregung verursachte ein als „Rahmenentschließung“ eingebrachtes Papier aus dem sog. „evangelikalen“ Lager, das aber auch von anderen Synodalen unterstützt wurde. Hier wurden – eher in einer konventionellen theologisch-pädagogischen Sprache – eine Reihe von neuralgischen Punkten der gegenwärtigen Bildungssituation direkt (vielleicht zu direkt?) angesprochen und vor allem „ideologischen“ Zügen gegenwärtiger pädagogischer Theorie und Praxis der Kampf angesagt. Mangelnde Differenzierung, gesetzliche Theologie und Defizite bei der Beurteilung der Bedeutung der Bildung waren Vorwürfe gegen dieses Papier, die man auf den Gängen hören konnte. Vielleicht vermißte der eine oder andere Synodale auch die in der pädagogischen Fachsprache gängigen Vokabeln („Anrufung der Heiligen der Bildungssoziologie“). Versuche, dieses Papier auf dem Wege der Geschäftsordnung (Antrag auf Nichtbefassung) zu erledigen, führten zu einer angespannten Situation. Nach Ausschlußberatungen wurde das Papier in geänderter Fassung dann doch noch als „Wort zur Erziehungsverantwortung der Gemeinde“ verabschiedet.

Eine Gesamtwürdigung der Betheler Beratungen ist im Augenblick noch schwierig. Es wird darauf ankommen, wie die hier verhandelten Themen innerhalb und außerhalb der Kirche aufgenommen werden. Die Wichtigkeit und Dringlichkeit der behandelten Gegenstände dürfte nicht zu bestreiten sein. Als erfreulich werte ich die Tatsache, daß theologische Fragestellungen innerhalb der Bildungsdiskussion wieder mehr Gewicht haben. Erfreulich ist für mich auch der Umstand, daß die Kirche nicht nur in Richtung „Welt“ appelliert hat, sondern auch sich selbst in Pflicht nehmen lassen will. Meine Fragen beziehen sich z.B. auf den eher akademisch bestimmten Horizont der Papiere, auf die zuweilen noch ungeklärten Leitbegriffe (Was meint eigentlich „Sinn“?), auf die Zaghaftheit, die Frage der Erziehungsziele stärker aufzunehmen, auf die fehlende Problematisierung der heute modernen „Entkopplung von Bildungssystem und Beschäftigungssystem“, auf die mangelnde Operationalisierung der postulierten Leitidee „Ganzheitliche Bildung“ und auf die m.E. zu kurz gekommene Frage nach den Grenzen von Erziehung und Bildung:

**Kurz:** Bethel 1978 dürfte mehr Aufgaben formuliert als Lösungen gebracht haben. Dies ist kein Schaden. Im Gegenteil: Die Zeit der großen Appelle und Entwürfe ist vorbei. Gefragt sind kleine, aber hilfreiche Schritte. Darum hat sich die Synode in Bethel bemüht.

Wir schließen diese Stimmen aus dem Echo der Synodaltagung mit einer Stellungnahme, die man als Zusammenfassung ansehen kann. Wir zitieren in Auswahl den Schluß dieses „Kommentars“. Zuvor hat der Verfasser, Journalist und Redakteur bei der Zeitschrift, einiges Kritische zu den Entschließungen über „Situation von Eltern und Kindern in Familie und Gesellschaft“ und „zur Erziehungsverantwortung der Gemeinde“ gesagt. Dann fährt er fort:

Immerhin: Die Synode hatte sich einer der großen Fragen der Zeit gestellt, ihre Erörterung sorgfältig vorbereitet und begriffen, daß dieses wichtige Feld auch des kirchlichen Engagements nicht in zwei Tagen zu beackern ist, schon gar nicht, wenn man über die ehrliche und beklemmende Diagnose des Ist-Zustandes hinauskommen und im Lichte des Evangeliums zu richtungsweisenden Vorstellungen einer Veränderung des Erziehungssystems und der familiären Situation vordringen will. ...

Die gründliche, aber wenig zur Geltung gekommene Beschäftigung mit dem Erziehungsthema hat bislang offenbar einen zwar wenig spektakulären, aber desto sichereren Erfolg mit sich gebracht: Es ist in der gemeinsamen Arbeit auf diesem schwer bestellbaren Feld so etwas wie ein evangelisches Bildungsbewußtsein entstanden; es ist zu hoffen, daß diese Gemeinsamkeit über ein Problembewußtsein weit hinaus geht, Wurzeln schlägt und auch die kirchliche Öffentlichkeit bis in die Gemeinden und Familien hinein an Erziehung und Bildung als einer christlichen Aufgabe engagiert.

### 3. DER BEITRAG DER EVANGELISCHEN KIRCHE ZU EINZELNEN BEREICHEN DES BILDUNGSWESENS

1. *Frühkindliche Erziehung und Kindergarten* wurden als „*Elementarbereich*“ in die allgemeine Bildungsplanung einbezogen<sup>22</sup>. Angesichts der Tatsache, daß 69% der Kindergärten in freier Trägerschaft stehen, ergeben sich spezifische Probleme der Zusammenarbeit zwischen Staat, Kommunen und freien Trägern. Schon bald mußten sich die evangelische Kirche und ihre Diakonie mit den Trägern und Fachverbänden für Kindergartenarbeit der neuen Entwicklung zum Elementarbereich stellen. Wir geben einen Überblick darüber, was inzwischen die EKD unmittelbar verantwortet hat:

- Die Entschließung der Synode der EKD vom November 1971 „Zur Verantwortung der Kirche im Elementarbereich“<sup>23</sup>
- die Berufung des Fachausschusses „Erziehung im Elementarbereich“ des Bildungspolitischen Ausschusses Ende 1972<sup>24</sup>
- die „Empfehlungen zur Aus- und Fortbildung von sozialpädagogischen Fachkräften für die Erziehung im Elementarbereich“ vom 11./12.1.1974
- die „Stellungnahme des Rates der EKD zur Bildungsreform im Elementarbereich“ vom 15./16.3.1974<sup>25</sup>
- die „Stellungnahme zu bildungspolitischen Problemen des Elementarbereichs“ des Fachausschusses 1 „Erziehung im Elementarbericht“ des BPA vom 21./22.7.1978. Wir geben sie im Auszug wieder:

21. EvK 11, 1978, S. 706f.

22. Grundlegend hierfür: Deutscher Bildungsrat Empfehlungen der Bildungskommission, Strukturplan für das Bildungswesen, Stuttgart 1970, S. 26, 40–48 und 102–123.

23. Vgl. KJ 98, 1971, S. 177f.

24. Vgl. KJ 99, 1972, S. 159.

25. Vgl. KJ 101, 1974, S. 191f.

BILDUNGSPOLITISCHER AUSSCHUSS DER EKD  
FACHAUSSCHUSS 1: „ERZIEHUNG IM ELEMENTARBEREICH“

*Stellungnahme zu bildungspolitischen Problemen des Elementarbereiches*

In seiner Stellungnahme zur Bildungsreform im Elementarbereich vom 15./16.3.1974 hat sich der Rat der EKD dafür ausgesprochen, die Vorverlegung des Einschulungsalters von einer fachlich und wissenschaftlich fundierten Untersuchung abhängig zu machen. Inzwischen hat sich die Mehrzahl der Bundesländer nach Abschluß einer Reihe von Modellversuchen für den Verbleib der Fünfjährigen im Kindergarten entschieden. Die Evangelische Kirche hat sich entsprechend ihren Möglichkeiten neben anderen an der praktischen und wissenschaftlichen Durchführung dieser Modellversuche beteiligt.

In der letzten Zeit hat sich die Lage der Kindergärten entscheidend sowohl durch den Rückgang der Zahlen der Kleinkinder als auch durch die schwierigen Finanzierungsfragen verändert. Trotz dieser Situation bleibt in Weiterführung der Stellungnahme des Rates festzuhalten: Die Evangelische Kirche will die übertragenswerten und übertragbaren Ergebnisse für den Regelkindergarten nutzbar machen. Zur Lösung dieser vordringlichen Aufgabe bedarf es der intensiven und kontinuierlichen Zusammenarbeit aller Partner auf dem Gebiet der Kleinkindpädagogik.

I.

Die Evangelische Kirche sieht ihre Verpflichtung besonders in der Lösung der folgenden aktuellen Probleme:

1. Dem Angebot der Evangelischen Kirche an Kindergärten, Ausbildungsstätten und Fachinstituten auf dem Sektor des Elementarbereichs muß eine rechtzeitige und mitverantwortliche Beteiligung bei der Planung, Begleitung und Auswertung von Modellversuchen entsprechen, die vom Bund bzw. von den Ländern durchgeführt werden. Dies gilt in gleicher Weise für die Beteiligung bei der Aufstellung von Rahmenrichtlinien auf dem Sektor der Ausbildung.

2. Die wieder verstärkt empfohlene bzw. angeordnete Zusammenarbeit zwischen den Fachkräften des Kindergartens und den Lehrern der Grundschule bedarf der sorgsamsten Förderung des staatlichen Schulträgers einerseits sowie der freien und öffentlichen Kindergarten-träger andererseits, damit die Kontinuität zwischen der Erziehung und Bildung im Elementarbereich wie in der Primarstufe durch eine Verbesserung des gegenseitigen persönlichen und fachlichen Verständnisses weiter gefördert wird. Dabei ist sowohl eine Verschulung des Kindergartens als auch eine Überfremdung der Grundschule durch unangemessene sozialpädagogische Ansprüche zu vermeiden. Der kontinuierlichen Begleitung des Kindes aus dem einen in den anderen Bereich steht die Beibehaltung der Eigenständigkeit beider Institutionen (Kindergarten/Grundschule) nicht im Weg.

3. Die Bedeutung von Tageseinrichtungen für Kinder ist für das Gemeinwesen, in das sie eingebettet sind, unbestritten. Jedoch berücksichtigt der Typus der Einrichtung (Tagesstätte, Teiltagesstätte oder Kindergarten) oft nicht den Strukturwandel der Bevölkerung. Die Träger sollten daher mit der zuständigen behördlichen Planungsstelle prüfen, ob die vorhandene Einrichtung den Bedürfnissen der Bevölkerung in ihrem Einzugsbereich Rechnung trägt. Eine entsprechende Beteiligung der Bevölkerung bei der Lösung dieser Aufgabe wird darüber hinaus eine bessere Integration des Kindergartens in das Gemeinwesen bewirken.

4. Der hohe Anteil von Kindern ausländischer Mitbürger stellt die Träger vor neue Aufgaben. Es gilt, die ungemein differenzierten Anforderungen der verschiedenen Gruppen je besonders zu sehen und zu berücksichtigen.

Dabei stellen uns nicht nur die Sprachgruppen, sondern in weit höherem Maße die religiös geprägten Gruppen vor Aufgaben, die nicht mit Routine und Fachkenntnis allein zu lösen sind, sondern ein Ernstmachen verlangen mit der Rede vom „ausländischen Mitbürger“ und mit seinen Problemen.

5. Die seit langem sozialpolitisch gewollte Integration behinderter Kinder in die Gesellschaft und daher auch speziell in den Kindergarten ist in der Praxis noch nicht gelöst, da die medizinischen, psychologischen, pädagogischen und rechtlichen Aspekte bei jedem



Kind anders aussehen können. Beispiele bereits praktizierter Integration sollten weiterentwickelt, unter dem Aspekt der Übertragbarkeit erprobt und dokumentiert werden. Allem voran müssen die gesetzlichen Unstimmigkeiten gelöst werden.

## II.

Im innerkirchlichen Bereich sind die folgenden Verpflichtungen vorrangig:

1. Die religiöse Elementarerziehung im evangelischen Kindergarten hat eine lange und reiche Tradition; wenngleich der Erzieher damals wie heute oft im Spannungsverhältnis zwischen theologischen Aussagen und fachpädagogischen Anforderungen steht.

Die evangelische Religionspädagogik hat im Bereich der Kleinkindererziehung durch das sogenannte Religionspädagogische Förderprogramm einen weithin spürbaren neuen Antrieb erhalten. Eine Expertenkommission hat Materialien für die religionspädagogische Fortbildung und Praxis vorgelegt und vorhandene Fortbildungsaktivitäten begleitet bzw. regional durch eigene Angebote ergänzt.

Es ist notwendig, die unterschiedlichen vorhandenen Ansätze, Bemühungen und Materialien der jeweiligen Situation angemessen aufzugreifen. Dabei wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob sich die Erzieher und ihre theologischen Partner im Kindergarten dieser Aufgabe gemeinsam stellen.

2. Der Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte gilt gegenwärtig verstärkte Aufmerksamkeit. Fortbildung und Fachberatung durch hauptamtliche Kräfte auf regionaler Ebene haben sich so bewährt, daß ein Ausbau dringend empfohlen wird.

Neben der qualifizierten Ausbildung im Theorie- und Praxisbereich muß in Aus- und Fortbildung die Persönlichkeitsentwicklung der Erzieher wieder die ihr zukommende Bedeutung erhalten.

Eine entsprechende Reform von Aus- und Fortbildung kann auch freiwerdende Kapazitäten im Ausbildungsbereich nutzen.

3. In den letzten zehn Jahren ist immer wieder deutlich geworden, daß viele Einsichten und Zielsetzungen deshalb nicht zu verwirklichen waren, weil die Bereitstellung des dazu notwendigen Instrumentariums und die Planung konkreter Schritte oft nicht durchgesetzt werden konnten. Es gilt einerseits, das gegenwärtig Erreichte nicht wieder preiszugeben; andererseits, Vorkehrungen zu treffen, um zukünftige Entwicklungen aufzugreifen und wirkungsvoll mitgestalten zu können. Notwendig bleibt eine Kooperation der auf EKD-Ebene wirkenden fachlichen und politischen Kompetenzen.

## III.

Angeichts der Ergebnisse der Reformen in den 70er Jahren und wichtiger Zukunftsaufgaben auf sozialpädagogischem Gebiet erneuert die Evangelische Kirche mit ihrer Diakonie die 1974 gegebene Zusage, „sich mit ihren Einrichtungen und Fachkräften an der Gesamtplanung und Grundsatzdiskussion, an Entwicklungsaufgaben, Modellprojekten und Vorhaben zur wissenschaftlichen Begleitung zu beteiligen“, um das als notwendig Erkannte für die Regeleinrichtung verwirklichen zu helfen.

EKD und Diakonisches Werk mit den Fachverbänden wurden durch die gemeinsame Arbeit im Fachausschuß „Erziehung im Elementarbereich“ und durch die von ihm angeregten und mitverantworteten Aktivitäten zu einer integrierenden Kooperation zusammengeführt, wie sie vorher noch nie bestanden hatte. Das Comenius-Institut fügte sich ein und stellte seit 1973 die Kräfte eines ganzen Arbeitsbereichs zur Verfügung. Es brachte die notwendigen Dokumentationen und neuartig verfaßte Arbeitshilfen heraus, besonders die Arbeitshefte zum „Religionspädagogischen Förderprogramm“<sup>26</sup>.

---

26. Vgl. die umfassende Übersicht H. B. Kaufmanns: Der Beitrag der evangelischen Kirche zur Entwicklung im Elementarbereich in: *Leben und Erziehen durch Glauben*, Gütersloh 1978, S. 93–110.



2. Nach der Synode von 1971, die zur *Reform des Schulwesens* Stellung bezogen hatte<sup>27</sup>, hielt sich die EKD in der turbulenten Entwicklung der folgenden Jahre zurück. Die konkrete Ausgestaltung des Schulwesens gehört ja in die Kulturhoheit der Länder. Mit diesen darüber zu verhandeln, den Ausgleich der Interessen zu finden und zu abgestimmtem Handeln zu kommen, ist Aufgabe und Pflicht der Gliedkirchen. Die EKD kann unmittelbar, in Fühlungnahme und ständiger Abstimmung mit den Gliedkirchen, nur tätig werden, wenn für das Bildungswesen Bundesgesetze (z.B. das Hochschulrahmengesetz des Bundes), länderübergreifende Vereinbarungen, Staatsverträge und Rahmenregelungen beschlossen werden oder wenn Tendenzen im Schulwesen eine Stellungnahme nötig machen, weil der Auftrag der EKD herausgefordert ist, in einer bestimmten Lage das Evangelium von Jesus Christus als ihre Grundlage auszusagen. Das ist in der Berichtszeit in der bereits angeführten „Stellungnahme des Rates der EKD zur schulpolitischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 24. Oktober 1975 geschehen. Ihre Aussagen sind solche von „mittlerer Reichweite“<sup>28</sup>. Sie können kaum konkreter sein, weil sie für alle Gliedkirchen konsensfähig und für alle Bundesländer zutreffend sein sollen.

3. Die kritische *Lage des Religionsunterrichts* war jahrelang sichtbar an den Zahlen der Abmeldungen, der Vielzahl von einander zum Teil widersprechenden Konzepten und Vorschlägen und an den Auseinandersetzungen über die Rechtsstellung, die Lehrpläne, die Lehr- und Lernmittel und die Versorgung mit Lehrern<sup>29</sup>. Im Berichtszeitraum festigte sich die Stellung des Faches in Theorie und Praxis.

Die religionspädagogische Diskussion wie die Reflexion über Planung und Durchführung des Unterrichts erbrachten einen gewissen Konsens über Inhalt und Didaktik. Die Frage der Integration der unterschiedlichen Ansätze – z.B. „bibelorientiert“, „problemorientiert“, „schülerorientiert“, „lernzielorientiert“ – ist nach vorn gerückt. Man fragt mehr nach möglichen Konvergenzen als nach den Divergenzen. Der Religionsunterricht wird nachdrücklich auch in seiner sachgemäßen Zuordnung zu dem von Kirche und Gemeinde verantworteten pädagogischen Handeln von der Taufe bis ins Erwachsenenalter gesehen und neu bedacht<sup>30</sup>. Die Lehrplan- und Rahmenrichtlinienarbeit in den Gliedkirchen wie in der EKD ist durch eine Phase des Experimentierens hindurch zu ausgewogenen Vorstellungen gelangt. Ein Beispiel für die skizzierte Entwicklung sei genannt.

---

27. Vgl. KJ 98, 1971, S. 159ff.

28. Siehe oben Anmerkung Ziffer 3.

29. Vgl. KJ 96, 1969, S. 146ff.; KJ 1970, S. 167ff.; KJ 98, 1971, S. 179ff.; KJ 99, 1972, S. 163ff.; KJ 101, 1974, S. 194ff.

30. Übersichten über die Entwicklung der angesprochenen Sachfragen im Berichtszeitraum finden sich in Leben und Erziehen durch Glauben (siehe Anmerkung 26): E. Rosenboom: Gemeindepädagogik – eine Herausforderung an die Kirche, S. 55–71; H. Becker: Religionsunterricht – Situation und Probleme, S. 123–137; O. Basse: Chancen und Bedingungen des Konfirmandenunterrichts, S. 138–146.

ENTSCHLIESSUNG  
DER WÜRTTEMBERGISCHEN EVANGELISCHEN LANDESSYNODE  
ZU GRUNDFRAGEN DES RELIGIONSUNTERRICHTS

Vom 15. Juni 1976<sup>31</sup>

Die Landessynode ist dankbar für die von der Verfassung und dem Schulgesetz unseres Landes gewährten Möglichkeiten der Mitwirkung der Kirche im Religionsunterricht der Schule. Sie wünscht, daß diese Möglichkeiten von der Landeskirche voll genutzt werden, und hofft, daß die Verhandlungen zwischen Kirche und Staat bei der Reform des Schulwesens weiterhin im Geiste des Vertrauens geführt werden können. Die Landessynode dankt allen, die sich bei der Erarbeitung von Lehrplänen und Schulbüchern darum bemühen, das Evangelium mit der Lebenswirklichkeit der Schüler zu verbinden. Sie dankt den Religionslehrern, die sich im Schulalltag für einen evangeliumsgemäßen Religionsunterricht und für eine vom Evangelium geprägte Begegnung mit den Schülern einsetzen. Sie erfüllen einen wichtigen Auftrag unserer Kirche und dienen zugleich der freiheitlichen Grundordnung unseres Staates, in dem sie das Grundrecht der Religionsfreiheit verwirklichen helfen. Die Landessynode möchte sie ermutigen, ihre Arbeit auch künftig im Vertrauen auf Gottes Hilfe und Verheißung zu tun und sich von Schwierigkeiten nicht entmutigen zu lassen.

Die Landessynode tritt für einen Religionsunterricht ein, von dem kein Gewissenszwang ausgeht. Sie bejaht das Recht zur Abmeldung vom Religionsunterricht aus Gewissensgründen. In letzter Zeit ist ein erheblicher Rückgang der Abmeldungen festzustellen. Der Religionsunterricht in der Schule wäre auch gefährdet, wenn er von einer großen Zahl von Eltern und Schülern nicht angenommen würde. Wir bitten daher, nur in Fällen dringender Not von dem Recht zur Abmeldung Gebrauch zu machen.

Bei den Vereinbarungen und Entschließungen der Bundesländer zu Schulfragen sind vorausgehende gemeinsame Stellungnahmen der katholischen Kirche und der evangelischen Landeskirchen gegenüber der Ständigen Konferenz der Kultusminister notwendig. Der evangelische Religionsunterricht in Baden-Württemberg wird gemeinsam von der badischen und der württembergischen Landeskirche verantwortet. Beides schließt ein, daß die württembergische Kirche ihre eigenen Gesichtspunkte in den Prozeß der Erarbeitung gemeinsamer Stellungnahmen einbringt.

*1. Ziel und Orientierung des Faches evangelischer Religionslehre*

- a) Der evangelische Religionsunterricht hat das Ziel, die Schüler zu einem Denken und Handeln zu befähigen, das durch das Evangelium von Jesus Christus geprägt ist. Aufgabe des evangelischen Religionsunterrichts ist es darum
- die Schüler mit der biblischen Botschaft des Alten und des Neuen Testaments bekanntzumachen,
  - die Botschaft in der Lebenswirklichkeit junger Menschen zur Sprache zu bringen, das Verständnis für die Geschichte Gottes mit der Welt und mit seinem Volk zu erschließen,
  - zu persönlicher Entscheidung in der Auseinandersetzung mit Konfessionen, Religionen und Ideologien zu befähigen und damit ihnen Hilfe zu persönlichem Glauben an Jesus Christus zu geben.
- b) Der Religionsunterricht orientiert sich an dem in der Heiligen Schrift gegebenen und in den Bekenntnissen der Reformation bezeugten Evangelium von Jesus Christus und an seiner Wirkungsgeschichte bis in die Gegenwart.

---

31. Zitiert nach: O. Basse / K. Fischer / Chr. Link: Religionsunterricht im Spannungsfeld Staat/Kirche, Stuttgart 1976, S. 61–64.

## *2. Grundsätze bei der Entwicklung von Lehrplänen und der Erstellung und Zulassung von Lernmitteln*

Die Entwicklung der Lehrpläne für den evangelischen Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach erfolgt im Rahmen der allgemeinen Richtlinien des Staates. Hinsichtlich des besonderen Charakters des evangelischen Religionsunterrichts sind Gegenstand, Lernziele, Verfahren und Mittel entsprechend Punkt 1 zu beschreiben, zu begründen und aufeinander zu beziehen.

a) Die Lehrpläne werden im Zusammenwirken der beiden evangelischen Landeskirchen in Baden-Württemberg erstellt. Im Bereich der württembergischen Landeskirche geschieht ihre Entwicklung, Erprobung und Revision im Auftrag des Oberkirchenrats und im Benehmen mit der Landessynode. Nach ihrer Erstellung werden sie dem Kultusministerium zur Bekanntmachung übergeben und dem evangelischen Religionsunterricht verbindlich zugrunde gelegt.

b) Bei der Formulierung der Lernziele und der Auswahl der Unterrichtsgegenstände sind die in Punkt 1 genannten Grundsätze maßgebend. Die Erkenntnisse der Theologie, der Religionspädagogik, der Human- und Naturwissenschaften sind angemessen zu berücksichtigen.

c) Die Lehrpläne bestehen im wesentlichen aus einem grundlegenden Teil und einem Angebot von Unterrichtseinheiten, deren Lernziele und Inhalte verbindlich sind. Die Unterrichtseinheiten können in einen Pflicht- und Wahlteil gegliedert sein.

d) Der Unterricht kann methodisch verschieden konzipiert sein. Ein bibelorientierter Unterricht wird die Fragen und Probleme der Schüler aufgreifen. Der problemorientierte Unterrichtsansatz soll die biblische Antwort deutlich werden lassen.

e) In den Lehrplänen der Primarstufe und Sekundarstufe I muß ein verbindlicher Memorierstoff (Bibelworte, Liedstrophen, Gebete) festgelegt sein.

f) Der Oberkirchenrat wird nur solche Lernmittel auf die Liste der lernmittelfreien Bücher setzen, die

- auf die geltenden Lehrpläne bezogen sind,
- die Bekenntnisgrundlage der Kirche beachten,
- die bewährten pädagogischen und didaktischen Erkenntnisse und Erfahrungen berücksichtigen,
- sich in die Zielgebung von Punkt 1 einordnen.

g) Differenziert ausgearbeitete Lehrpläne und ihre gewissenhafte Einhaltung ermöglichen eine pädagogisch verantwortbare Leistungskontrolle und Notengebung. Dabei sind wir uns bewußt, daß die Gestaltung des Unterrichtes Angst und Druck abbauen muß.

## *3. Grundsätze zu Ausbildung und Verwendung, Bevollmächtigung und Beaufsichtigung der staatlichen und kirchlichen Religionslehrer*

Der Religionsunterricht wird erteilt von Pfarrern im kirchlichen und staatlichen Dienst, von staatlich ausgebildeten Lehrern und von Katecheten.

a) Das Ausbildungs- und Fortbildungsangebot soll für alle Religionslehrer auf der Bekenntnisgrundlage unserer Kirche entsprechend den religionspädagogischen Erkenntnissen und Erfahrungen ständig weiterentwickelt werden.

b) Voraussetzungen für die Erteilung von Religionsunterricht ist der Nachweis der Lehrbefähigung (Fakultas) und die kirchliche Bevollmächtigung (Vokation), der ein einführendes Gespräch vorausgehen soll.

Mit der kirchlichen Bevollmächtigung ist die Verpflichtung verbunden, daß der Lehrer den Religionsunterricht entsprechend der Landesverfassung nach den Grundsätzen der evangelischen Landeskirche erteilt und sich an die Bestimmungen des Schulgesetzes und der Lehrpläne hält.

c) Der Religionsunterricht der Gemeindepfarrer wird durch eine differenziertere Ausbildung und Fortbildung weiter gefördert. Die Festsetzung des Deputats wird auch künftig auf die Größe der Gemeinde, den Umfang der Belastung und die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter Rücksicht nehmen müssen.

d) Der Staat bestimmt den Ausbildungsstandard aller Lehrer an der Schule. Der Oberkirchenrat wird gebeten, bei seinen weiteren Verhandlungen mit dem Kultusministerium Richtlinien für die Ausbildung der Katecheten und den Nachweis über Eignung und Lehrbefähigung zu vereinbaren. Dabei sollte sichergestellt werden, daß die Katecheten auch in Zukunft zum Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen zugelassen werden.

e) Durch Fortbildung, Beratung, Unterrichts- und Schulbesuche soll dem Religionslehrer geistlich und fachlich geholfen werden, seine Aufgaben wahrzunehmen und gegebenenfalls berufliche Schwierigkeiten zu überwinden.

f) Die Ortsgemeinden und Kirchengemeinderäte werden gebeten, mit ihren Religionslehrern Verbindung zu halten, sie fürbittend zu begleiten und sie nach Kräften zu unterstützen. Die Religionslehrer werden gebeten, am Leben einer Gemeinde teilzunehmen. Die Synode bietet ihrerseits durch Stellungnahmen zu aktuellen Problemen der Kirche Grundsatzklärungen an, die auch als Orientierungshilfe für Mitarbeiter und im Religionsunterricht verwendet werden können.

#### *4. Der Religionsunterricht im Rahmen des Gesamtkatechumenates*

Der Religionsunterricht in der Schule ist nur Teil eines großen Ganzen von biblisch begründeten Lern- und Erfahrungsprozessen. Er sollte deshalb stärker als bisher durch eigene Veranstaltungen der Gemeinden und Kirchenbezirke für Kinder und Jugendliche ergänzt werden. Eine gegenseitige Abstimmung der Ziele und Inhalte sollte sichergestellt werden.

Die Landessynode bittet alle Verantwortlichen darum, vorhandene Möglichkeiten wie Kindergottesdienst, Jungschar- und Jugendarbeit, Konfirmandenunterricht, Freizeiten und Bibelseminare zu nützen und wenn möglich, so aufeinander abzustimmen, daß junge Menschen ein differenzierteres Angebot von Unterweisung und Praxisfeldern des Glaubens in der Kirche finden.

Besondere Aufmerksamkeit sollte in Zukunft einer kirchlichen Elternarbeit zugewendet werden. Der Oberkirchenrat wird gebeten, Initiativen in dieser Richtung zu fördern und Arbeitshilfen erstellen zu lassen. Die Landessynode bittet besonders die Pfarrer und Kirchengemeinderäte um ihre Mitarbeit an solchen Bemühungen.

Wegen Differenzen über Sachfragen des Religionsunterrichts und über bildungspolitische Entscheidungen trafen sich zweimal (1976 und 1978) Vertreter der „Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den Evangelischen Kirchen Deutschlands“ mit der Konferenz der Referenten für Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen in den Gliedkirchen der EKD<sup>32</sup>. Bei der ersten Zusammenkunft ging es hauptsächlich um die Inhalte des Religionsunterrichts, um die Ausarbeitung von Lehrplänen/Richtlinien und die Gestaltung von Lehrbüchern. Man einigte sich darauf, die Gespräche in den Gliedkirchen/Regionen fortzusetzen. Die zweite Begegnung im Juni 1978 wurde inhaltlich durch den „Offenen Brief an die Kultusministerien der deutschen Bundesländer sowie andere für das Bildungswesen verantwortliche Institutionen, Verbände und Persönlichkeiten“ vom 20. Juni 1977 bestimmt<sup>33</sup>.

Die Diskussion zwischen den gliedkirchlichen Referenten und den Vertretern der Bekennenden Gemeinschaften wurde heftig wegen des (nicht belegbaren) Vorwurfs, die Fehlentwicklung im Erziehungswesen habe sich „... leider oft unter Duldung oder gar mit Billigung kirchenamtlicher Organe“ vollzogen, und

32. Vgl. KJ 101, 1974, S. 196f.

33. Abdruck des Textes in KJ 103/104, 1976/77, S. 88–92. Vgl. auch I. Lück: Alarm um die Schule. Kritische Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Erziehungssituation. Die neomarxistische Unterwanderung, Neuhausen–Stuttgart 1979, S. 405ff.



wegen der „Forderungen“ zur Beurteilung des sozialen Verhaltens und zur Sexualerziehung, welchen die Referenten in dieser Form („aufheben“) nicht zustimmen konnten. Wieder wurden weitere Gespräche in den Regionen vereinbart.

Den *Mangel an Religionslehrern*, der eine ständige kritische Anfrage an die theologischen Fakultäten und lehrerbildenden Hochschulen darstellt, haben die Gliedkirchen auf verschiedene Weise zu mildern gesucht, u.a. durch die mit dem Staat vereinbarte Möglichkeit, die Lehrbefähigung zusätzlich erwerben zu können.

Die EKD unterstützte die Gliedkirchen in dieser Sache: Seit 1968 betrieb sie zusammen mit dem Deutschen Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen (DIFF) die Entwicklung von Fernstudienprojekten für ein qualifiziertes Studium in Theologie und Didaktik des Religionsunterrichts im Rahmen der Lehrerfort- und weiterbildung, zuerst einen Lehrgang für Religionslehrer an allgemeinbildenden Schulen (Primarstufe bis Sekundarstufe II). Bis 1975 lagen 23 Studienbriefe und eine Zusatzinformation zum Religionsunterricht in der Primarstufe vor. Im selben Jahr begann die Revision, die 1978 endete. Inzwischen hat der Verlag die Studienbriefe an über 2000 Empfänger ausgeliefert<sup>34</sup>. Zur Zeit ist die Entwicklung eines Fernstudienlehrgangs für Religionslehrer an beruflichen Schulen im Gang. Geplant ist, danach noch Zusatzmaterialien in einem Fernstudienkurs für Religionslehrer an Sonderschulen herauszubringen. In den meisten Bundesländern hat sich das Fernstudium für evangelische Religionslehrer durchgesetzt. Die Pädagogisch-theologischen Institute der Gliedkirchen führen in der Regel die „Direktkurse“ durch.

4. Wie intensiv die Diskussion über den *Konfirmandenunterricht*<sup>35</sup> in der EKD in den letzten Jahren weitergegangen ist, zeigt ein Dokumentationsband des Comenius-Instituts. Er enthält das gesamte bis 1977 erschienene Material<sup>36</sup>.

Als Beispiel aus 1978 zitieren wir im Auszug aus den „Leitlinien für Konfirmation im Bereich der Evangelischen Landeskirche in Baden“:

„I. Aufbau (Gliederung): 1. Grundlagen (Auftrag, Ziele, Ort des Konfirmandenunterrichts), 2. Inhalte, 3. Die Gemeinde als Ort des Konfirmandenunterrichts, 4. Abendmahl, 5. Organisations- und Arbeitsformen, 6. Mitarbeiter, 7. Konfirmandenelternarbeit, 8. Aufnahme und Dauer des Konfirmandenunterrichts, 9. Konfirmationsgespräch und Konfirmationsgottesdienst, 10. Die Arbeit mit konfirmierten Jugendlichen in der Christenlehrzeit.

II. Konzeptionelle Schwerpunkte: Der Unterricht (unterrichtlicher Aspekt) gewinnt an Bedeutung. Der Unterricht wird theologisch und didaktisch begründet und organisatorisch entfaltet. Die Gemeinde wird als theologischer, didaktischer und räumlicher Ort des Unterrichts neu bestimmt und beschrieben. Die Gemeinde (Mitarbeiter) wird auf ihre Verantwortung für die Konfirmanden hingewiesen (konfirmierendes Handeln der Gemeinde). Die Konfirmanden können vor der Konfirmation zum Abendmahl zugelassen werden. Die Arbeit mit Konfirmierten in der Christenlehrzeit wird in die Konzeption eingebunden.“<sup>37</sup>

---

34. Die Rechte, auch hinsichtlich der Auslieferung, liegen beim Deutschen Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen; die Gesamtherstellung besorgt der Beltz Verlag, Weinheim und Basel.

35. Vgl. KJ 101, 1974, S. 198f.

36. Comenius-Institut Dokumentationen C/D 1: Neue Rahmenordnungen, Leitlinien und Rahmenpläne zum Konfirmandenunterricht, Materialband, 1977, 382 S. Dazu C/D 2: Kommentarband, 1978, 384 S.

37. Zitiert nach: Entwurf Religionspädagogische Mitteilungen, hg. von der Fachgemeinschaft evangelischer Religionslehrer in Württemberg und vom Fachverband evangelischer Religionslehrer in Baden e.V., 1/79, S. 27f.

5. Mit der Einsetzung des Fachausschusses für *berufliche Bildung* betrat die EKD Neuland in ihrer Arbeit. Zum ersten Mal griff sie Fragestellungen aus der Arbeitswelt der technischen Zivilisation und deren Konsequenzen für den Aufbau von entsprechenden Ausbildungs- und Bildungsgängen auf. Sie setzte sich mit den verstärkten Anstrengungen in der Reform der beruflichen Bildung auseinander<sup>38</sup>. Der Fachausschuß konnte teilweise an die bisherigen Aktivitäten für den evangelischen Religionsunterricht an beruflichen Schulen anknüpfen. Des- sen Lehrplan von 1961 (sog. „Gelber Plan“) war von einer EKD-Kommission, in die zwölf Gliedkirchen Vertreter entsandt hatten, revidiert worden und erschien 1974 mit dem Titel „Lehrplan für den evangelischen Religionsunterricht der Berufsschule im Rahmen der Sekundarstufe II – Entwurf“<sup>39</sup>. Als Enderge- bnis seiner Arbeiten legte der Fachausschuß 1978 die Studie „Berufliche Bildung und die bildungspolitische Mitverantwortung der Kirche“ vor<sup>40</sup>. Anregungen und einzelne Beiträge des Fachausschusses gingen in die Vorbereitungsarbeit für die Synode 1978 ein, vor allem zum Teilthema „Zukunftsorientierte Bil- dung und Ausbildung im Zusammenhang des Bildungs- und Beschäftigungs- systems“<sup>40a</sup>.

6. Von besonderer Bedeutung war im Berichtszeitraum die Arbeit des Fach- ausschusses „*Aus-, Fort- und Weiterbildung kirchlicher Mitarbeiter*“. Er mußte Übersicht über die zahlreichen Angebote von Aus-, Fort- und Weiterbildung in kirchlicher und diakonischer Trägerschaft gewinnen und Koordinierungs- wie auch Kooperationsmöglichkeiten zu schaffen suchen. Dazu führte er zwei Er- hebungen durch

- eine bei den evangelischen Ausbildungsstätten, wie z.B. Evangelische Fach- hochschulen, Diakonissenhäusern, Fachschulen für Sozialpädagogik, Bibel- schulen und freikirchlichen Seminaren;
- eine bei den überregionalen Fortbildungseinrichtungen im Bereich der EKD, z.B. Burckhardthaus.

Der Rücklauf war so gut, daß, jeweils nach Anhörungen der Befragten, Aus- wertungsergebnisse vorgelegt werden konnten, die für alle Weiterarbeit unent- behrlich bleiben:

- Empfehlungen zur Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter – vom Rat der EKD am 8./9. Oktober 1976 zur Kenntnis genommen und zur Veröffentlichung freigegeben<sup>41</sup>;
- Empfehlung zur kirchlich-theologischen Zusatzqualifikation von Absolventen staatlicher Ausbildungsstätten für den kirchlichen Dienst;
- Vorschläge für Empfehlungen zur überregionalen Fortbildung auf EKD-Ebene, 1978 zur Diskussion gestellt<sup>42</sup>.

Beide Erhebungen und die mit ihnen verknüpften Konsultationen und An-

38. Vgl. KJ 101, 1974, S. 194.

39. W. Crüwell Verlag, Dortmund 1974, 280 S.

40. Die Studie erschien in der EKD Reihe des Comenius-Instituts als Band 5, 1978, 44 S.

40a. Vgl. D. Aschenbrenner: Kirche und berufliche Bildung – Bilanz eines Defizits in: Leben und Erziehen durch Glauben, S. 169–188.

41. In der Zeitschrift „Sozialpädagogik“, 1/1977.

42. Texte in den Akten der Kirchenkanzlei, Az. 0207.

hörungen zeigten deutlich die Problematik dieses kirchlichen Arbeitsfeldes, sowohl hinsichtlich der unterschiedlichen sachlichen und theologischen Profile und Standards wie auch im Blick auf das Gemeinsame in der Arbeit der evangelischen Ausbildungsstätten und Fortbildungseinrichtungen<sup>43</sup>. Die Arbeit des Fachausschusses führte auch zu einem institutionellen Ergebnis: Anfang 1978 konstituierte sich die „Konferenz bundeszentraler evangelischer Fortbildungsstätten“. Sie will die Inhalte von solchen Fortbildungsangeboten bearbeiten und aufeinander abstimmen, die überregionale Aufgaben in der EKD darstellen.

7. Das Interesse an Freien Schulen aller Art verstärkte sich im Berichtszeitraum zunehmend. Das galt auch für die *Schulen und Ausbildungsstätten in evangelischer Trägerschaft*. Dabei traten die beruflichen Schulen und Ausbildungsstätten stärker in den Vordergrund als bisher. Das war zu berücksichtigen, als der Bildungspolitische Ausschuß einen Fachausschuß für Schulfragen plante. In seiner Zusammensetzung zeigte sich eine verstärkte Beteiligung der Vertreter aus den berufsbezogenen Bildungseinrichtungen und -gängen im Diakonischen Werk. Auch in der Sacharbeit griff der Ausschuß nachdrücklich Fragen kirchlicher und diakonischer Fachausbildung auf. Die von ihm erzielten Einsichten und Erkenntnisse gingen dann weithin unmittelbar in die Vorbereitung für die Synode 1978 über, und zwar in deren (dritten) thematischen Schwerpunkt „Leben und Erziehen – wozu? Das Beispiel kirchlicher Schulen und Ausbildungsstätten“<sup>44</sup>.

Ein Beispiel für die intensivere Zusammenarbeit verschiedener evangelischer Schulträger ergab sich in der Arbeitsgemeinschaft evangelischer Schulbünde, der Dachorganisation der evangelischen Aktivitäten im Bereich der Freien Schulen: 1974 trat das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands (mit Sitz in Faurnau bei Göppingen) dem neu gebildeten e.V. bei. Die Zusammenarbeit mit diesem Erziehungswerk, das sich in besonderer Weise auch um die bisher in ihrem Bildungsgang Benachteiligten bemüht (z.B. Berufsförderungslehrgänge, Aussiedlerkinder), unterstrich die Tendenz, nicht nur allgemeinbildende Schulen zu vertreten. Auf dem Wege zur Synode 1978 wurde „prinzipiell und konkret gefragt ..., wieweit ... die kirchlichen Schulträger eine eigene inhaltliche Verantwortung für ihre Schulen haben und wahrnehmen müssen“<sup>45</sup>. Die Kundgebung der Synode hat versucht, u.a. auch darauf zu antworten, ohne die „Propriums“-Diskussion zu überziehen.

Vor der Synode wurde, in Erinnerung an eine bereits 1971 ausgesprochene Bitte<sup>46</sup>, nachdrücklich gefordert: „Eine Gesamtdokumentation aller evangelischen Schulen und Ausbildungsstätten ist längst überfällig.“<sup>47</sup> Die Durchfüh-

---

43. Vgl. G. Buttler: *Ausbildung Kirchlicher Mitarbeiter in: Leben und Erziehen durch Glauben*, S. 189–202.

44. Neben der Entschließung der Synode zum Thema ist die Begründung zu beachten in: *Leben und Erziehen – wozu?*, Gütersloh 1979, S. 117–128.

45. K. H. Potthast: *Kirchliche Schulen und Ausbildungsstätten in der „Tendenzwende“ der Bildungspolitik in: Leben und Erziehen durch Glauben*, S. 111–122. Das Zitat auf S. 121.

46. Vgl. KJ 98, 1971, S. 178.

47. K. H. Potthast, a.a.O., S. 122.

rung dieser Bestandsaufnahme konnte endlich beginnen, nachdem in der Kirchenkanzlei für diese Aufgabe eine Diplompädagogin eingestellt worden war. Der erste Band „Ausbildungsstätten für gemeindebezogene Dienste“ erschien noch vor der Synodaltagung. Wenn das Gesamtwerk fertiggestellt ist, wird es eindrücklich ausweisen, wie vielfältig nach Zahlen, Strukturen und Zielen die evangelischen Schulangebote sind<sup>48</sup>. Die Bände informieren jetzt schon die Öffentlichkeit, die staatliche Arbeitsverwaltung (Berufsberatung) und Ratsuchende über die Bildungseinrichtungen der evangelischen Kirche und über Möglichkeiten, einen Beruf in der Kirche anzustreben.

8. Die Einrichtungen der *evangelischen Erwachsenenbildung* sind jetzt in der EKD Reihe des Comenius-Instituts, Band 3, dokumentiert – die weitverzweigte Arbeit selbst bedürfte einer ausführlichen Darstellung. Auf dem Wege zur Synodaltagung 1978 haben Vertreter der evangelischen Erwachsenenbildung ständig mitgearbeitet, besonders in den Sachbereichen der Teilthemen „Situation der Eltern und Kinder in Familie und Gesellschaft ...“ und „Zukunftsorientierte Bildung und Ausbildung ...“ Sie bekundeten, es sei eine im Grunde unvertretbare Einengung gewesen, daß auf der Bildungssynode 1971 die evangelische Erwachsenenbildung nur eben erwähnt worden war<sup>49</sup>. Deshalb knüpfte man an die Entschließung dieser Synode an, einen „Rahmenplan für Elternbildungsarbeit vorzulegen“<sup>50</sup>.

Dieses Teilstück sollte ein unmittelbarer Beitrag der evangelischen Erwachsenenbildung zur Vorbereitung der Synodaltagung 1978 werden. In der Bearbeitung fanden sich Vertreter aus der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE), dem Dachverband, und aus dem „Evangelischen Arbeitskreis für Familienbildung in der DEAE“ zusammen. Die Autorengruppe wurde von dem hierfür eingesetzten (1975) Wissenschaftlichen Begleitausschuß des Bildungspolitischen Ausschusses unterstützt. Beteiligt waren weiter die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familien-Bildungsstätten, das Comenius-Institut und die Arbeitsstelle Fernstudium für Kirchliche Dienste.

So entstand die Veröffentlichung „Eltern- und Familienbildung in evangelischer Trägerschaft. Begründungen – Ansätze – Perspektiven, hg. von H. Exner, R. Krapp, H.-J. Schmidt und G. Strunk in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Begleitausschuß des Bildungspolitischen Ausschusses der Evangelischen Kirche in Deutschland“, Hannover 1978. 245 Seiten<sup>51</sup> – Rahmenempfehlungen, nicht ein „Rahmenplan“, wie einmal gedacht. Die ersten Exemplare konnten während der Synodaltagung in Bethel ausgegeben werden. Im Vorwort des Bandes heißt es zum Ziel der Arbeit:

---

48. Bisher sind in der EKD Reihe des Comenius-Instituts erschienen: Band 2, Ausbildungsstätten für gemeindebezogene Dienste, 1978, 367 S.; Band 3, Einrichtungen der evangelischen Erwachsenenbildung, 1978, 365 S. In Vorbereitung ist Band 4, Die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. – K. H. Potthast hat in dem in Anmerkung 45 angegebenen Artikel einen instruktiven Überblick über „Umfang und Struktur des kirchlichen Schulwesens“ gegeben: a.a.O., S. 113f.

49. Vgl. KJ 98, 1971, S. 174.

50. Vgl. KJ 98, 1971, S. 177.

51. Zu beziehen durch: Evangelischer Arbeitskreis für Familienbildung in der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e.V. (DEAE), Schillerstraße 58, 7500 Karlsruhe 1.



## ELTERN- UND FAMILIENBILDUNG IN EVANGELISCHER TRÄGERSCHAFT

Rahmenempfehlungen bieten eine Möglichkeit zur Systematisierung pädagogischer Arbeit. In einem Arbeitsfeld wie der Eltern- und Familienbildung bzw. der Erwachsenenbildung überhaupt, das durch Pluralität ausgezeichnet ist, können Rahmenempfehlungen zu einer gewissen Vereinheitlichung oder Standardisierung dieser Arbeit aber nur beitragen, wenn sie aus Überzeugung aufgenommen werden. Sie verbinden das Interesse an notwendiger Systematisierung mit dem vielfältigen Ziel, die Kraft der Phantasie und das Engagement der Beteiligten herauszufordern, der jeweiligen Situation und den aus ihr erwachsenden Handlungserfordernissen gerecht zu werden und auch auf diese Weise jedem Schematismus entgegenzuwirken.

Dieser Band wendet sich primär an die Mitarbeiter der Eltern- und Familienbildung, letztlich gleich welcher Trägerschaft. Er will anregen und soweit möglich Gemeinsamkeiten fördern. Wir hoffen, daß viele Mitarbeiter ihre Praxis wiedererkennen, auf diese Weise leicht einen guten Einstieg finden und sich willig in die weiteren Überlegungen einbeziehen lassen.

Im Berichtszeitraum hat sich die evangelische Erwachsenenbildung organisatorisch und sachlich-inhaltlich stärker konsolidiert als je zuvor. Die Arbeit der Evangelischen Studienstelle für Erwachsenenbildung in Karlsruhe und die Bildung des Generalsekretariats der DEAE wirkten sich günstig aus.

1976 beschloß die Mitgliederversammlung die Ordnung der Zentralen Arbeits- und Studienstelle. 1978 erschien, gerade noch rechtzeitig vor der Synodaltagung in Bethel, die Informations- und Arbeitsbroschüre „Die Erwachsenenbildung als evangelische Aufgabe, hg. von der Studienstelle und dem Generalsekretariat der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e.V. (DEAE)“<sup>52</sup>. Sie enthält neben grundsätzlichen und auf Methoden und Praxis ausgerichteten Artikeln den Aufsatz zur umfassenden Information „Geschichte und Aufgabe der DEAE“ (S. 125–199). Er zeigt, wie gerade im Berichtszeitraum für die Aufgabenstellung der DEAE unverzichtbare Formen kooperativer Arbeitsvollzüge entstanden sind und sich bewährt haben<sup>53</sup>.

Auch in den Gliedkirchen ist die Planung der evangelischen Erwachsenenbildung in größerem Maßstab erfolgt. Dabei sind sie, u.a. wegen der oft sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen (bedingt vor allem durch die staatliche Gesetzgebung über Weiter-/Erwachsenenbildung, aber auch durch unterschiedliche konzeptionelle Vorstellungen), verschiedene Wege gegangen. Es ist hier nicht der Raum, z.B. das großangelegte Erwachsenenbildungswerk der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck mit seinen Ordnungen und Strukturen zu dokumentieren<sup>54</sup>. Auf ein Beispiel aus den Jahren zwischen 1975 und 1978 sei hingewiesen:

52. © 1978 by Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e.V. (DEAE), Anschrift wie in Anmerkung 51.

53. Über den „gegenwärtigen Stand und die notwendige Entwicklung kirchlicher Erwachsenenbildung“ unterrichtet, besonders im Blick auf das zugrundeliegende „Bewußtsein“: H.-G. Jung: Evangelische Erwachsenenbildung in: Leben und Erziehen durch Glauben, S. 157–168.

54. Die Broschüre ist zu beziehen: Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck, Haus der Kirche, Wilhelmshöher Allee 330, 3500 Kassel-Wilhelmshöhe.

# ORDNUNG DER KIRCHLICHEN BILDUNGSARBEIT MIT ERWACHSENEN IM BEREICH DER EVANGELISCHEN LANDESKIRCHE IN WÜRTTEMBERG

Vom 27. Dezember 1977 (Auszug)<sup>55</sup>

Bildungsarbeit mit Erwachsenen gehört von jeher zu den Aufgaben der Kirche. Die Kirche hat sich seit ihren Anfängen um das Erwachsenenkatechumenat bemüht. Dieses ist heute umfassend zu verstehen: Die Kirche will die Botschaft des Evangeliums in und außerhalb der gottesdienstlichen Wortverkündigung so in die Fragestellungen der Gegenwart einbringen, daß sie dem einzelnen zu einem sinnerfüllten Leben und der Gemeinschaft zu einer guten Ordnung des Zusammenlebens hilft. Sie will auch damit dem Missionsbefehl ihres Herrn folgen.

Bibelarbeit und andere kirchliche Bildungsarbeit mit Erwachsenen sind deshalb im Württ. Pfarrergesetz vom 3. Juni 1977 bei der Beschreibung des Dienstauftrags der Pfarrer ausdrücklich genannt (§ 13 Pfarrergesetz).

Die vorliegende Ordnung bezieht sich auf den Teil der kirchlichen Bildungsarbeit mit Erwachsenen, der nicht selbst gottesdienstlichen Charakter hat, wohl aber in der Konsequenz des gottesdienstlichen Auftrags geschieht. Es wird sich dabei im wesentlichen um Bildungsbemühungen handeln, die dazu dienen, Aufgaben im persönlichen, beruflichen und im gesellschaftlichen Bereich anzunehmen, sachgerecht wahrzunehmen und als Christ zu verantworten. Hierzu hat die Landessynode in ihrer Entschließung vom 29.3.1971 (abgedruckt in Abl. Bd. 44 S. 354) wesentliche Aussagen getroffen, die zur Grundlage dieser Ordnung gehören:

Die Erwachsenenbildung ist eine verpflichtende Aufgabe der Kirche im Rahmen ihres Verkündigungsauftrags. Dieses Aufgabengebiet hat es schon immer gegeben und wird es immer geben müssen, wenn die Kirche den Weg des Glaubensgehorsams geht, die Menschen in ihren Glaubens- und Lebensfragen aufsucht und ihnen zu einer Klärung ihrer persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Verantwortung im Licht des Evangeliums hilft. Aber nun ist unsere Kirche neu gefordert, ihre Erwachsenenbildung zu ordnen, damit sie ihren besonderen Beitrag in die allgemeine Erwachsenenbildung besser einbringen und ihr Erwachsenenkatechumenat den individuellen und gesellschaftlichen Erfordernissen gemäß gestalten kann.

Kirchliche Bildungsarbeit mit Erwachsenen ist schon seither in den Kirchengemeinden und Kirchenbezirken in diesem Sinne in vielfacher Weise geschehen, insbesondere auch durch die Angebote der landeskirchlichen Werke und Einrichtungen, die sich um die evangelische Erwachsenenbildung bemühen. Die kirchliche Erwachsenenbildung wurde in den letzten Jahren außerdem durch die Evang. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Württemberg im Benehmen mit dem Oberkirchenrat wesentlich unterstützt.

Um die kirchliche Bildungsarbeit mit Erwachsenen im Bereich der ganzen Landeskirche weiter zu fördern und zu entwickeln, erläßt der Oberkirchenrat die folgenden *Richtlinien*:

## 1. Kirchliche Bildungsarbeit mit Erwachsenen in der Kirchengemeinde

Die Kirchengemeinde hat die Aufgabe, aufgrund des Bekenntnisses der Evang. Landeskirche als deren Glied evangelischen Glauben und christliches Leben in der Gemeinde und bei den einzelnen zu fördern und christliche Gemeinschaft in Gesinnung und Tat zu pflegen (§ 1 KGO).

Zur Erfüllung dieser Aufgabe dient in Ergänzung und Weiterführung der anderen kirchlichen Dienste die kirchliche Bildungsarbeit mit Erwachsenen. Sie gehört daher zu den Aufgaben der Kirchengemeinde und zum Dienstauftrag des Gemeindepfarrers.

## 2. Kirchliche Bildungsarbeit mit Erwachsenen im Kirchenbezirk

2.1 Die Förderung der Bildungsarbeit mit Erwachsenen in den Kirchengemeinden und auf Bezirksebene gehört zu den Aufgaben der Kirchenbezirke (vgl. § 1 Abs. 4 KBO).

55. ABl. Württemberg 48, 1978, Nr. 2.

Um diese Aufgabe wahrzunehmen, ist es zweckmäßig und erforderlich, daß in jedem Kirchenbezirk ein *Leitungskreis für kirchliche Bildungsarbeit mit Erwachsenen* gebildet wird. Ihm sollen je nach der Größe des Bezirks und nach den sonstigen Verhältnissen im Bezirk geeignete haupt- und ehrenamtliche kirchliche Mitarbeiter in nicht zu großer Zahl angehören. Die Mitglieder sollen einerseits die Kirchengemeinden mit ihren vorhandenen Aktivitäten, andererseits die im Kirchenbezirk arbeitenden kirchlichen Werke und Einrichtungen der Bildungsarbeit mit Erwachsenen repräsentieren.

2.2 Für die Bildung des Leitungskreises ist der Dekan verantwortlich. Er handelt dabei im Benehmen mit den im Kirchenbezirk arbeitenden kirchlichen Werken und Einrichtungen der Bildungsarbeit mit Erwachsenen und im Einvernehmen mit dem Kirchenbezirksausschuß.

Ein bestehender Arbeitskreis oder Ausschuß für Erwachsenenbildung kann, ggf. nach Ergänzung der Mitglieder, als Leitungskreis nach dieser Ordnung bestätigt werden.

Die Aufgaben des Leitungskreises können auch durch einen beratenden oder beschließenden Ausschuß gemäß § 14 KBO wahrgenommen werden. Für seine Zusammensetzung gilt das in Ziff. 2.1 Gesagte entsprechend.

2.3 Der Dekan beruft auf Vorschlag des Leitungskreises eines seiner Mitglieder zum *Bezirksbeauftragten für Evangelische Erwachsenenbildung*. Dem Bezirksbeauftragten obliegt die Leitung des Leitungskreises.

2.4 Aufgabe des Leitungskreises und des Bezirksbeauftragten ist es, die kirchliche Bildungsarbeit mit Erwachsenen im Kirchenbezirk zu fördern, wobei auf die Zusammenarbeit der Kirchengemeinden und ihrer Einrichtungen sowie der Kirchenbezirke untereinander und mit den bestehenden landeskirchlichen Werken und Einrichtungen der Bildungsarbeit mit Erwachsenen hinzuwirken ist.

2.5 Die Leitungskreise und die Bezirksbeauftragten sind den Organen ihres Kirchenbezirks gegenüber zur Information über die Bildungsarbeit mit Erwachsenen im Bezirk verpflichtet und sollen von den Organen des Kirchenbezirks hierzu in angemessener Weise gehört werden (Informationspflicht und Berichtsrecht).

2.6 Der Aufwand der Leitungskreise und der Bezirksbeauftragten ist, soweit er nicht durch staatliche Zuwendungen oder Zuschüsse Dritter gedeckt werden kann, von den Kirchenbezirken zu tragen.

### 3. Evangelische Kreisbildungswerke

3.1 Das Landesgesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens vom 11.12.1975 (Gesetzblatt BaWü 1975 S. 853) setzt eine Organisation der Weiterbildung auf Kreisebene voraus. Deshalb wird die kirchliche Bildungsarbeit mit Erwachsenen in den Kirchenbezirken auf der Ebene der Stadt- und Landkreise in *Evangelischen Kreisbildungswerken* zusammengefaßt.

Sie fördern die Bildungsarbeit mit Erwachsenen in den Kirchenbezirken und Kirchengemeinden, insbesondere durch Empfehlungen, durch Hilfen bei der Durchführung von Bildungsveranstaltungen, durch die zweckentsprechende Verwendung von Fördermitteln und durch die zusammenfassende Darstellung der Evangelischen Erwachsenenbildungsarbeit im Kreis. In diesem Rahmen verantworten sie die evangelische Bildungsarbeit in ihrem Bereich.

3.2 Die Evang. Kreisbildungswerke fordern die nach dem Landesgesetz vom 11.12.1975 möglichen staatlichen Förderungsmittel an und setzen diese Mittel im Rahmen ihrer Aufgabe unter Beachtung der erbrachten Bildungseinheiten ein.

Alle Bildungsangebote evangelischer Einrichtungen im Kreis, die Bildungsarbeit mit Erwachsenen im Sinne dieser Ordnung sind, werden vom Evang. Kreisbildungswerk statistisch erfaßt und nach Möglichkeit koordiniert. Dies gilt grundsätzlich auch für Bildungsangebote von kirchlichen Organisationen evangelischer Erwachsenenbildung, die auf landeskirchlicher Ebene arbeiten.

Das Evang. Kreisbildungswerk und die weiteren kirchlichen Veranstalter von Bildungsangeboten für Erwachsene im Kreisgebiet haben dazu im Rahmen dieser Ordnung das gegenseitige Recht auf Information.



Die Selbständigkeit der landeskirchlichen Werke und Einrichtungen bleibt im übrigen unberührt.

3.3 Organe der Evang. Kreisbildungswerke sind der Ausschuß für Evang. Erwachsenenbildung im Landkreis und der Vorstand.

Dem Ausschuß gehören die Bezirksbeauftragten für Evang. Erwachsenenbildung sowie von den Leitungskreisen der Kirchenbezirke gewählte Mitglieder an; die Wahl ist von dem jeweiligen Kirchenbezirksausschuß zu bestätigen. Für die Zusammensetzung und die Gesamtzahl gilt Abschnitt 2.1 entsprechend.

Der Ausschuß nimmt die Funktion einer Mitgliederversammlung wahr. Er wählt einen Vorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und so viel Mitgliedern, daß jeder Kirchenbezirk im Landkreis vertreten ist.

Der Vorstand vertritt die evang. Bildungsarbeit mit Erwachsenen auf Kreisebene nach außen.

3.4 Die Evang. Kreisbildungswerke können nach Entscheidung der beteiligten Kirchenbezirke als organisatorisch abgegrenzte Einrichtungen der beteiligten Kirchenbezirke oder in der Rechtsform des eingetragenen Vereins geführt werden. Falls es sich als zweckmäßig erweist, können gem. § 24a des Kirchensteuergesetzes vom 18.12.1969 i. d. F. v. 10.1. 1976 (Gesetzblatt BaWü 1976 S. 98) auch Zweckverbände als eigene Rechtspersonen gebildet werden. Die Kirchenbezirke bestimmen durch Vereinbarung die Organisation der Evang. Kreisbildungswerke je nach den örtlichen Bedürfnissen. Die Bezirksbeauftragten sind dabei zu hören. Wird die Rechtsform des eingetragenen Vereins gewählt, so bestimmen die Kirchenbezirke in gleicher Weise durch Vereinbarung, wer Mitglied des eingetragenen Vereins werden kann.

3.5 Die Aufwendungen des Kreisbildungswerks sind in einem Verwaltungsplan zusammenzufassen, der der Zustimmung der beteiligten Kirchenbezirke bedarf.

Soweit die Aufwendungen nicht durch staatliche Zuschüsse oder Zuwendungen Dritter gedeckt werden können, sind sie von den Kirchenbezirken zu tragen, die darüber Vereinbarungen treffen sollen.

3.6 Sonderregelungen hinsichtlich der Rechtsform und Organisation von Evang. Kreisbildungswerken sind abweichend von den vorstehenden Regelungen möglich; sie bedürfen der Zustimmung des Oberkirchenrats.

3.7 Die erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung von Kreisbildungswerken treffen die Dekanatämter. Wenn das Gebiet eines Stadt- oder Landkreises mehrere Kirchenbezirke umfaßt, so ist durch Vereinbarung zu regeln, welches Dekanatamt die Federführung übernimmt. Mangels Vereinbarung ist das Dekanatamt des Kirchenbezirks federführend, in dem sich der Sitz der Kreisverwaltung befindet.

#### *4. Evang. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Württemberg*

4.1 Mit den Aufgaben der Förderung, Koordinierung und Betreuung der Evang. Erwachsenenbildungsarbeit auf der Ebene der Landeskirche wird die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Württemberg (EAEW) landeskirchlich beauftragt.

Die evangelischen Kreisbildungswerke sollen deshalb Mitglieder der EAEW werden.

4.2 Aufgabe der EAEW im Rahmen ihres landeskirchlichen Auftrags ist es insbesondere, ihre Mitglieder sowie die Organe der Landeskirche in Fragen der Bildungsarbeit mit Erwachsenen zu informieren und zu beraten und den Auf- und Ausbau der evang. Bildungsarbeit mit Erwachsenen in der Landeskirche zu fördern.

Die EAEW soll praktische und pädagogische Hilfen für die Bildungsarbeit mit Erwachsenen erarbeiten bzw. beschaffen und ihren Mitgliedern sowie auf Anforderung den Organen der Landeskirche zur Verfügung stellen. Zu ihren Aufgaben gehört es, für gemeinsame Angebote zur Mitarbeiterfortbildung im Bereich der kirchlichen Bildungsarbeit mit Erwachsenen zu sorgen. Die EAEW soll neue Entwicklungen in der Bildungsarbeit mit Erwachsenen anstoßen, erarbeiten und bei Bewährung verbreiten.

Ferner wird der EAEW die Vergabe des landeskirchlichen Zuschusses für Bildungsmaßnahmen evangelischer Träger übertragen. Die Kriterien hierfür bedürfen der Zustimmung des Oberkirchenrats.



4.3 Organe der EAEW sind die Mitglieder-Versammlung und der Vorstand. Im übrigen gibt sich die EAEW ihre Ordnung im Einvernehmen mit dem Oberkirchenrat selbst.

4.4 Der Oberkirchenrat stellt der EAEW eine Geschäftsstelle als Landesstelle zur Verfügung.

Die Fachaufsicht und die unmittelbare Dienstaufsicht über die Mitarbeiter der Landesstelle nimmt im Auftrag des Oberkirchenrats der Vorstand der EAEW wahr.

Aufwendungen der EAEW, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dieser Ordnung erforderlich sind, trägt die Landeskirche. Der Verwaltungsplan der EAEW bedarf der Zustimmung des Oberkirchenrats.

## 5. Sonderfälle

5.1 In Diasporagebieten kann der Bereich eines Evang. Kreisbildungswerks das Gebiet mehrerer Landkreise umfassen.

5.2 Gehören Teile von Kirchenbezirken einem anderen Landkreis an als dem des Sitzes des Dekanatamtes, so verbleibt es bei der kirchlichen Zuordnung. Die statistische Zurechnung von Veranstaltungen entscheidet sich nach staatlichem Recht. Die betreffenden Evang. Kreisbildungswerke sorgen ggf. für einen angemessenen finanziellen Ausgleich.

5.3 Gehören Kirchenbezirke im ganzen oder zu wesentlichen Teilen einem Landkreis an, der auch Bezirke der badischen Landeskirche umfaßt, so sind zunächst nur der Leitungskreis und der Bezirksbeauftragte gemäß Ziff. 2 des Erlasses zu bestellen. Wegen der Bildung eines Evang. Kreisbildungswerkes erfolgt im Einzelfall im Einvernehmen mit der Kirchenleitung in Karlsruhe weitere Weisung.

6. Diese Ordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft. Die Neuordnung soll in allen Kirchenbezirken und Landkreisen sobald als möglich durchgeführt werden. Die Dekanatämter sind gebeten, bis 30.4.1978 über den Stand der Neuordnung zu berichten.



# V. Kirchliche Statistik\*)

Von Dieter Rohde

## I. Kirchengemeinden, Kirchenkreise, Pfarrstellen und Pfarrer im Bereich der EKD am 31. Dezember 1977

Wie in den vergangenen Jahren wurden auch für 1977 die Ergebnisse der Statistik über die Gliederung der Landeskirchen, die Pfarrstellen und die Pfarrer in der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) aufbereitet. Als statistisches Grundmaterial diente ein in den einzelnen Gliedkirchen ausgefüllter Erhebungsbogen.

Das Zahlenmaterial wurde nach den gleichen Merkmalen aufbereitet wie in den beiden vorangegangenen Jahren und ist im einzelnen in den im Anschluß an diese Ausführungen abgedruckten Tabellen 1 bis 9 ausgewiesen. Diese Tabellen waren bisher nach den 20 und sind jetzt nach den 17 Gliedkirchen der EKD sowie den vier gesamtkirchlichen Zusammenschlüssen unterteilt. Am 1. Januar 1977 wurde der Zusammenschluß der vier norddeutschen Landeskirchen Eutin, Hamburg, Lübeck und Schleswig-Holstein sowie des bisher zur Ev.-luth. Landeskirche Hannovers gehörenden Kirchenkreises Harburg zur Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche wirksam; gleichzeitig wurde der zur bisherigen Ev.-luth. Kirche im Hamburgischen Staate gehörende Kirchenkreis Cuxhaven in die Ev.-luth. Landeskirche Hannovers eingegliedert.

### *1. Gliederung der Landeskirchen (Tabelle 1)*

Am 31. Dezember 1977 bestanden in den 17 Gliedkirchen der EKD 8672 (Ende 1976: 8636) Kirchengemeinden mit mindestens einer Pfarrstelle und weitere 1976 (Ende 1976: 2001) ohne Pfarrstelle, zusammen also 10648 rechtlich selbständige Kirchengemeinden. Die Gesamtzahl der rechtlich selbständigen Kirchen-

---

\*) Allgemeine Vorbemerkungen zu allen Tabellen:

Wenn in den einzelnen Tabellenfeldern keine Zahlen eingetragen sind, so bedeutet:

— = nichts vorhanden

0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der Tabelle zur Darstellung gebracht werden kann

. = kein Nachweis vorhanden

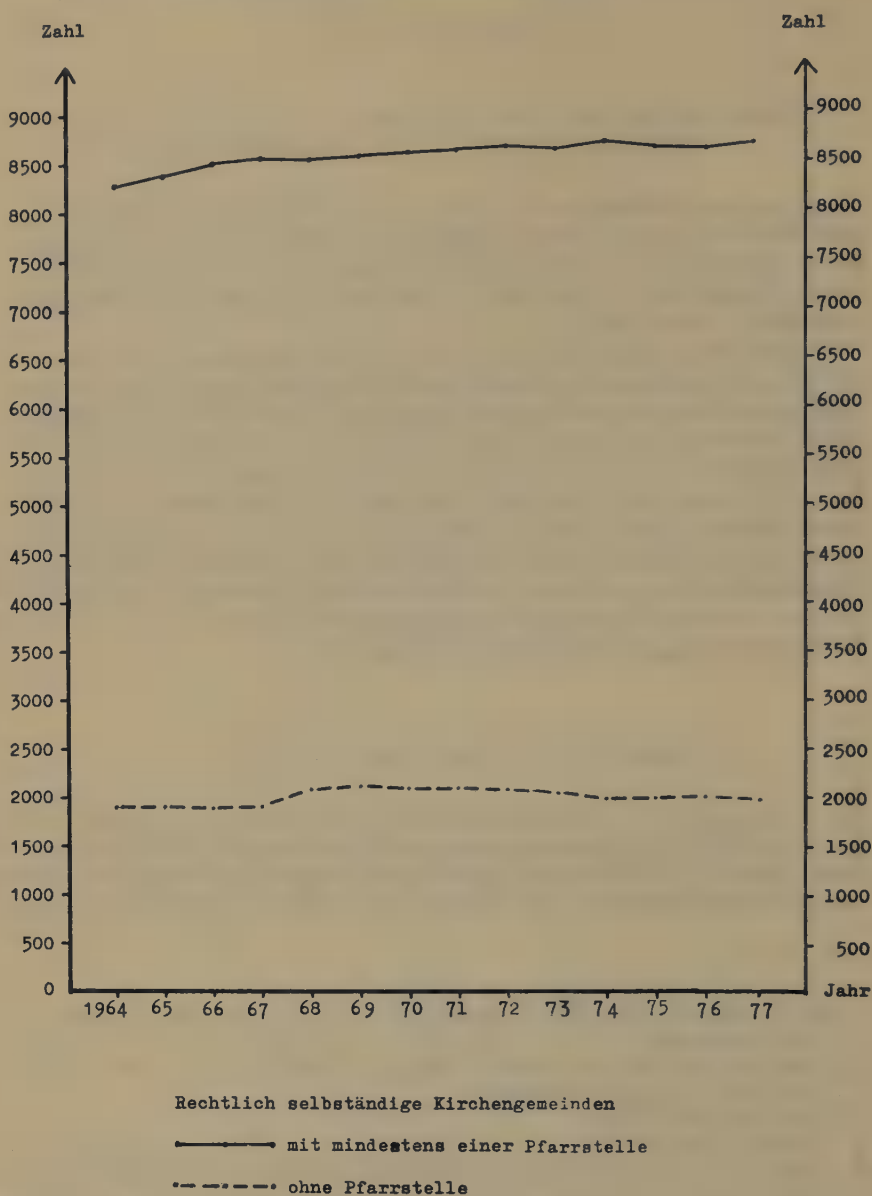
... = Angaben fallen später an

X = Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu (bei Vorkommen eines . oder X ist die sich ergebende Summe unvollständig und daher in Klammern gesetzt).

Abweichungen in den Summen bei Prozentziffern (die Summe ergibt nicht genau 100) entstehen durch das Auf- und Abrunden der einzelnen Zahlen.

Für Summen unter 100 sind keine Prozentzahlen für die Teile der Summe berechnet worden.

# Kirchengemeinden in den Gliedkirchen der EKD 1964 bis 1977





gemeinden hat sich damit gegenüber dem Jahresende 1976 (10637) kaum verändert. Im einzelnen zeigt sich, daß die Zahl der Kirchengemeinden mit mindestens einer Pfarrstelle, die bis Mitte der 60er Jahre infolge des ständigen Anstiegs der Zahl der Kirchenmitglieder deutlich gestiegen war, in den 70er Jahren zeitweise geringfügig zu-, teilweise aber auch etwas abgenommen hat. Sie lag Ende 1977 nur um 56 über der am 31. Dezember 1970. Gleichzeitig ist die zahlenmäßige Entwicklung der Kirchengemeinden ohne Pfarrstelle (rechtlich selbständige Filialgemeinden, Tochterkirchengemeinden, verbundene Muttergemeinden, Kapellengemeinden und dergl.) durch eine rückläufige Tendenz gekennzeichnet; für sie errechnet sich im Zeitraum 1970 bis 1977 eine Abnahme um 115.

Die Erhöhung der Zahl der Gemeindeverbände (Gesamtverbände, Gesamtkirchengemeinden, Parochial-, Stadtkirchen-, Zweckverbände) von 172 Ende 1970 auf 231 Ende 1977 zeigt, daß diesen Einrichtungen, die der Entlastung der einzelnen Kirchengemeinden von Verwaltungsarbeiten dienen, eine weithin wachsende Bedeutung zukommt.

Die Gliederung der Landeskirchen nach insgesamt 500 unteren (z.B. Kirchenkreise, Kirchenbezirke, Dekanate, Dekanatsbezirke, Propsteien) und 35 mittleren Verwaltungs- bzw. Aufsichtsbezirken (z.B. Sprengel, Visitationsbezirke, Kreisdekanate, Bayern: Kirchenkreise) ist verschieden; entsprechend sind ihre Bezeichnungen und Aufgaben unterschiedlich. In dieser Gliederung sind im Laufe der vergangenen acht Jahre nur geringfügige Änderungen eingetreten.

## *2. Pfarrstellen und deren Besetzung (Tabellen 2 bis 4)*

Der seit langer Zeit festzustellende, sich Jahr für Jahr fortsetzende Anstieg der Zahl der Pfarrstellen hat auch im Jahre 1977 weiter angehalten. Nach den Meldungen der 17 Gliedkirchen und 4 gesamtkirchlichen Zusammenschlüsse – Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Evangelische Kirche der Union (EKU), Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) und Reformierter Bund – bestanden am 31. Dezember 1977 im Gesamtbereich der EKD 16010 Pfarrstellen einschl. der sonstigen Planstellen für Theologen. Im einzelnen handelt es sich hierbei um 15958 Pfarrstellen in den 17 Gliedkirchen und um 52 in den 4 genannten gesamtkirchlichen Zusammenschlüssen. Rechnerisch war die Zahl der Pfarrstellen damit gegenüber dem Jahresende 1976 um 159 höher. Diese Zunahme bedeutet aber keine wirkliche Stellenvermehrung in dem genannten Ausmaß, sondern ist teilweise auf eine vollständigere Erfassung aufgrund der Anwendung gleicher Kriterien in allen Handlungsfeldern der Kirche zurückzuführen. Das gilt vor allem für das Arbeitsfeld „Schuldienst, Religionsunterricht“. Läßt man die infolge der vollständigeren Erfassung ermittelten Zahlen unberücksichtigt, so ergibt sich eine tatsächliche Erhöhung um 100 Pfarrstellen; von ihnen entfielen alleine 24 auf gemeindliche Pfarrstellen und 18 auf den Bereich der Krankenhauseelsorge.

Ein Vergleich der Zahlen der Pfarrstellen mit denen der besetzten bzw. versorgten Pfarrstellen zeigt, daß von den insgesamt 16010 Pfarrstellen am Erhebungs-

stichtag 14125 besetzt waren; 1885 oder 11,8% der Pfarrstellen waren vakant. Der Anstieg der Zahl der vakanten Pfarrstellen hat sich damit im Berichtsjahr weiter fortgesetzt. Die Untergliederung nach den zahlenmäßig wichtigsten Arbeitsfeldern führt zu folgenden Ergebnissen:

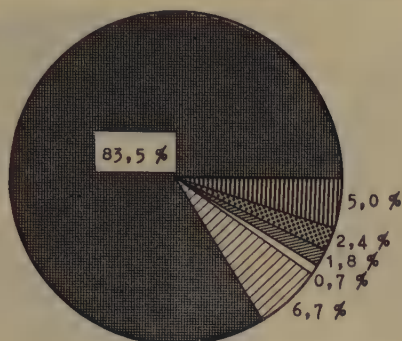
Arbeitsfeld	Zahl der Pfarrstellen	davon waren am 31.12.1977 — besetzt	vakant
Gemeindliche Pfarr- stelle	13362	11793 oder 88,3%	1569 oder 11,7%
Schuldienst/Religions- unterricht	832	700 oder 84,1%	132 oder 15,9%
Krankenhausseelsorge	371	338 oder 91,1%	33 oder 8,9%
Anstalt/Einrichtung der Diakonie	266	251 oder 94,4%	15 oder 5,6%
Aus-, Fort- und Weiter- bildung der Theologen und der übrigen kirch- lichen Mitarbeiter	219	203 oder 92,7%	16 oder 7,3%
Jugendarbeit	112	97 oder 86,6%	15 oder 13,4%
Studentenarbeit	87	72 oder 82,8%	15 oder 17,2%
sonstige Arbeitsfelder	761	671 oder 88,2%	90 oder 11,8%
Insgesamt	16010	14125 oder 88,2%	1885 oder 11,8%

Aufgrund weiterer Auswertungen des Zahlenmaterials ist festzustellen, daß es sich bei den Pfarrstellen im Gesamtbereich der EKD zu 83,5% um Gemeindepfarrstellen handelt. Für die einzelnen Arbeitsfelder errechnen sich folgende Anteile:

	Von der Gesamtzahl der Pfarrstellen	besetzten und ver- sorgten Pfarrstellen
entfielen am 31.12.1977 auf		
Gemeindliche Pfarrstellen	13362 oder 83,5%	11793 oder 83,5%
Schuldienst/Religionsunterricht	832 oder 5,2%	700 oder 5,0%
Krankenhausseelsorge	371 oder 2,3%	338 oder 2,4%
Anstalt/Einrichtung der Diakonie	266 oder 1,7%	251 oder 1,8%
Aus-, Fort- und Weiterbildung der Theologen und der übrigen kirchlichen Mitarbeiter	219 oder 1,4%	203 oder 1,4%
Jugendarbeit	112 oder 0,7%	97 oder 0,7%
Studentenarbeit	87 oder 0,5%	72 oder 0,5%
sonstige Arbeitsfelder	761 oder 4,8%	671 oder 4,8%
Insgesamt	16010 oder 100%	14125 oder 100%


Besetzte bzw. versorgte Pfarrstellen nach Arbeitsfeldern im Bereich der EKD  
31. Dezember 1977


14 125 besetzte bzw. versorgte Pfarrstellen





 Gemeindliche Pfarrstelle

 Anstalt, Einrichtung der Diakonie

 Schuldienst/Religionsunterricht

 Jugendarbeit

 Krankenhausseelsorge

 Sonstige Arbeitsfelder

Die Unterteilung der 11 793 im Gemeindedienst stehenden Theologen nach dem Geschlecht zeigt, daß der Anteil der Pfarrerinnen weiterhin leicht gestiegen ist; ihre Zahl belief sich Ende 1977 auf 470. Von der Gesamtzahl der in einem gemeindlichen Pfarramt tätigen Theologen entfielen auf Pfarrerinnen am

31.12.1963: 0,8%

31.12.1970: 1,0%

31.12.1973: 1,6%

31.12.1975: 3,0%

31.12.1976: 3,4%

31.12.1977: 4,0%

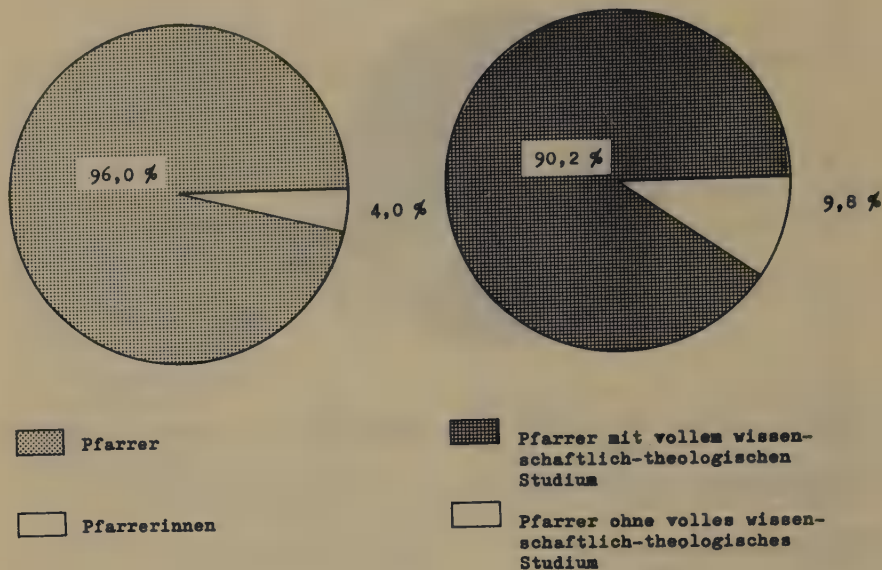
Die Gliederung nach der Ausbildung ergibt, daß sich die Zahl der Gemeindepfarrer aus

10632 (90,2%) Pfarrern mit vollem wissenschaftlich-theologischem Studium und

1161 (9,8%) Pfarrern ohne volles wissenschaftlich-theologisches Studium (z.B. Pfarrverweser, Pfarrhelfer, Pfarrverwalter, Prediger, Gemeindemissionare, Pfarrdiakone) zusammensetzt.

Besetzte bzw. versorgte Gemeindepfarrstellen im Bereich der EKD  
31. Dezember 1977

11 793 besetzte bzw. versorgte Gemeindepfarrstellen



Die „Pfarrerdichte“, ausgedrückt durch die Zahl der Gemeindeglieder je Gemeindepfarrer, hat infolge des Rückgangs der Zahl der Kirchenmitglieder von Jahr zu Jahr leicht zugenommen; sie lag im Gesamtdurchschnitt der EKD Ende 1977 bei rd. 2300 gegenüber rd. 2450 Ende 1964.



### 3. Gesamtzahl der Pfarrer

Die Summe der von Theologen besetzten bzw. versorgten Stellen, der Theologen, die weder eine Planstelle innehaben noch versorgen<sup>1)</sup>, der beurlaubten, abgeordneten und freigestellten Theologen, der Theologen im Wartestand und der Theologen im Ruhestand ergibt die Gesamtzahl der Pfarrer; sie belief sich am 31. Dezember 1977 auf 20 774 und gliedert sich im einzelnen wie folgt auf:

Inhaber einer Planstelle (einschl. der Pfarrer, die eine Pfarrstelle versorgen)	14 125 oder 68,0%
Pfarrer, die weder Inhaber einer Planstelle sind, noch eine Planstelle versorgen <sup>1)</sup>	328 oder 1,6%
Für mindestens ein Jahr beurlaubte, abgeordnete oder freigestellte Pfarrer zum Studium – Weiterbildung, Zweitstudium –, Dienst in der Militärseelsorge, Bundesgrenzschutz-Seelsorge, hauptamtlichen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, Dienst in diakonischen Einrichtungen, Dienst in Landes- und Kommunalanstalten, Dienst in deutschsprachigen evangelischen Gemeinden im Ausland, Dienst in der Weltmission, der Ökumenischen Diakonie) einschl. der Pfarrer im Wartestand	1 109 oder 5,3%
Pfarrer im aktiven Dienst	15 562 oder 74,9%
Pfarrer im Ruhestand	5 212 oder 25,1%
Pfarrer insgesamt	20 774 oder 100%

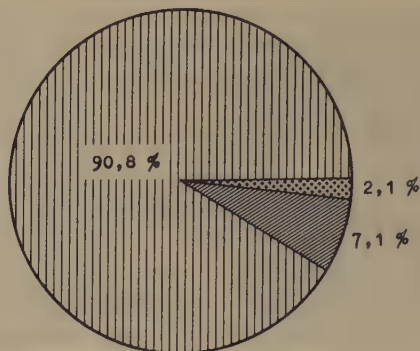
Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der 15 562 Pfarrer im aktiven Dienst belief sich Ende 1977 auf 875 oder 5,6% (Ende 1975: 718 oder 4,6%).


Wie bereits seit längerer Zeit zu beobachten ist, hat die Zahl der Pfarrer im Ruhestand auch im Berichtsjahr erwartungsgemäß erneut zugenommen. Sie stieg auf 5 212 und war damit um 234 oder 4,7% höher als Ende 1976; gegenüber dem Jahresende 1964 errechnet sich sogar ein Mehr um 2 506 oder 92,6%. Der erhebliche Anstieg der Zahl der emeritierten Pfarrer ergibt sich vor allem aus der Altersgliederung der Pfarrerschaft und wird insbesondere dadurch gekennzeichnet, daß die Pfarrer der verhältnismäßig stark besetzten Jahrgänge 1906 bis 1914 im Lauf der 70er Jahre nach und nach in den Ruhestand getreten sind. Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren noch weiter fortsetzen.


1) Bei den Pfarrern, die weder Inhaber einer Planstelle sind, noch eine Planstelle versorgen, handelt es sich vor allem um Hilfspfarrer (Pastoren im Hilfsdienst) und Pfarrer im unständigen Dienst nach zweitem theologischen Examen sowie um ordinierte Vikare mit erstem theologischen Examen. Sie werden teilweise – entsprechend den von Gliedkirche zu Gliedkirche unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten – vorübergehend zusätzlich in Gemeinden eingewiesen, ohne daß eine Planstelle besteht.


Pfarrer im aktiven Dienst im Bereich der EKD  
31. Dezember 1977

15 562 Pfarrer



 Inhaber einer Planstelle (besetzte Pfarrstellen)

 Pfarrer, die weder Inhaber einer Planstelle sind, noch eine Planstelle versorgen

 Für mindestens ein Jahr beurlaubte, abgeordnete oder freigestellte Pfarrer

#### 4. Theologischer Nachwuchs (Tabellen 5 und 6)

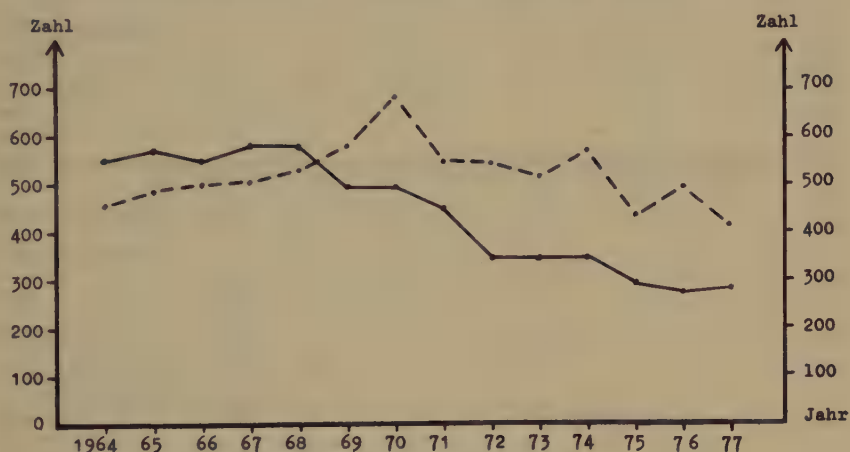
Die seit 1969 festzustellende, lediglich in den Jahren 1973/74 vorübergehend unterbrochene und ab 1975 weiter anhaltende rückläufige Entwicklung der Zahl der vor den landeskirchlichen Prüfungsämtern abgelegten ersten theologischen Examen hat sich 1977 nicht fortgesetzt. Im Berichtsjahr haben 280 Kandidaten und Kandidatinnen vor den Prüfungsämtern der Gliedkirchen das erste theologische Examen bestanden, das waren 8 mehr als im vorangegangenen Jahr. Von ihnen entfielen 40 oder 14,3% auf Frauen (1962: 8,0%). Erheblich gestiegen ist demgegenüber die Zahl der Personen, die im Berichtsjahr oder früher vor dem Prüfungsamt einer Gliedkirche oder vor der Fakultät das erste theologische Examen bestanden haben und 1977 in den Ausbildungsdienst der Gliedkirchen übernommen wurden; sie betrug 353 gegenüber 291 im Vorjahr.

Die Entwicklung der Zahl der bestandenen zweiten theologischen Examen, die seit 1971 von Jahr zu Jahr zwar unterschiedlich, insgesamt gesehen aber stark rückläufig verlaufen ist, hat im Jahre 1977 einen neuen Tiefstand erreicht. Insgesamt 416 Kandidaten und Kandidatinnen haben 1977 das zweite theologische

Examen abgelegt und damit ihre theologische Ausbildung abgeschlossen, 1976 waren es 496. Hier zeigt sich langfristig, daß der Anteil der Frauen erheblich gestiegen ist, nämlich von 3,3% im Jahre 1962 auf 14,7% im Berichtsjahr. Gesunken ist auch die Zahl der Theologen, die nach dem zweiten Examen (358) oder nach bestandener Prüfung für das Amt des Pfarrverwalters bzw. einer entsprechenden Prüfung (97) den aktiven Dienst in einer der Gliedkirchen angetreten haben. Sie lag mit zusammen 455 um 35 unter der im Jahre 1976.

Insgesamt gesehen ist festzustellen, daß im Berichtsjahr im Gesamtbereich der EKD die Zahl der in den aktiven Dienst übernommenen Pfarrer (ohne die in den Ausbildungsdienst Aufgenommenen) um 102 oder 18,3% niedriger war als die Zahl der in den Ruhestand getretenen und der im aktiven Dienst verstorbenen Pfarrer.

Landeskirchliche Examen in den Gliedkirchen der EKD 1964 bis 1977



Kandidaten und Kandidatinnen,

— die vor dem Prüfungsamt einer Gliedkirche das erste theologische Examen bestanden haben

- - - - - die das zweite theologische Examen bestanden haben

# Pfarrer im Ruhestand in den Gliedkirchen der EKD 1964 bis 1977

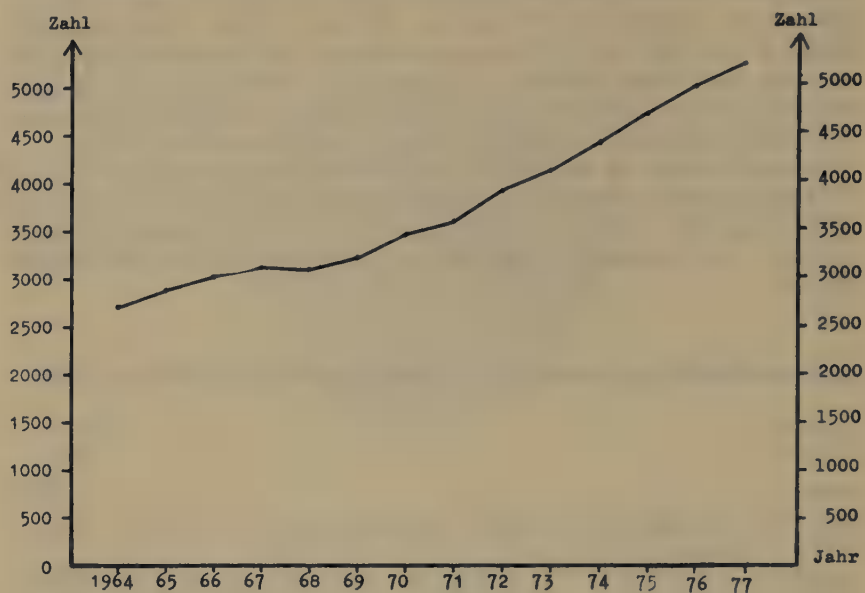




Tabelle 1 Gliederung der Landeskirchen (Stand: 31.12.1977)

Gliedkirche	Rechtlich selbständige Kirchengemeinden		Gemeindeverbände, Gesamtkirchengemeinden, Gesamt-, Stadtkirchen-, Zweckverbände	Untere kirchliche Aufsichts- bzw. Verwaltungsbezirke (z.B. Kirchenkreise, Kirchenbezirke, Dekanate, Dekanatsbezirke, Propsteien)	Zusammenschlüsse von unteren kirchlichen Aufsichts- bzw. Verwaltungsbezirken zu Verbänden	Mittlere kirchliche Aufsichts- bzw. Verwaltungsbezirke (z.B. Sprengel, Visitationsbezirke, Kreisdekanate Bayern: Kirchenkreise)
	mit mindestens einer Pfarrstelle	ohne Pfarrstelle				
	1	2	3	4	5	6
Baden	447	97	—	30	—	3
Bayern	1332	171	20	73	—	6
Berlin-Brandenburg (West)	167	—	—	14	—	—
Braunschweig	236	161	3	13	—	—
Bremen	68	1	—	—	—	—
Hannover	1198	370	13	76	—	8
Hessen und Nassau	916	251	11	60	2	7
Kurhessen-Waldeck	490	451	30	26	—	4
Lippe	68	—	—	6	—	—
Nordelbien	668	1	13	27 <sup>2)</sup>	1	3
Nordwestdeutschland	108	19	—	10	—	—
Oldenburg	110	8	1	13	—	—
Pfalz	280	158	6	20	—	—
Rheinland	759	71	14	46	3	—
Schaumburg-Lippe	21	—	—	3	—	—
Westfalen <sup>1)</sup>	642	—	24	33	3	—
Württemberg	1162	217	96	50	—	4
Zusammen	8672	1976	231	500	9	35

1) Einschl. der zur Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen gehörenden, jedoch treuhänderisch von der Ev. Kirche von Westfalen verwalteten Kirchengemeinden Bad Sachsa und Tettenborn.

2) Außerdem 9 Kirchenkreisbezirke mit je einem Propst.

Tabelle 2 Pfarrstellen einschließlich der sonstigen Planstellen für Theologen (Stand: 31.12.1977)

Gliederkirche Arbeitsfeld													
	Baden	Bayern	Berlin-Brandenburg (West)	Braunschweig	Bremen	Hannover	Hessen und Nassau	Kurhessen-Waldeck	Lippe	Nordelbien	Nordwestdeutschland	Oldenburg	Pfalz
Gemeindliche Pfarrstelle (mit räumlichem Pfarrbezirk/Parochie)	674	1778	400	338	132	1741	1183	620	113,5	1165	129	215	362
Jugendarbeit (einschl. Schülerarbeit)	7	11	3	3	1	5	8	3	1	17	1	2	4
Studentenarbeit	6	9	6	1	2	7	10	3	1	7	—	1	2
Männer- und Frauenarbeit	3	—	1	1	—	3	3	6	1	6	—	1	2
Altenarbeit	—	—	—	—	—	1	5	3	—	—	—	—	—
Ehe-, Familien-, Lebensberatung, Telefonseelsorge	3	3	2	2	1	2	1	1	1	8	—	—	—
Kirchliche Arbeit für Ersatz-, Zivildienstleistende	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—
Volksmissionarischer Dienst	4	6	2	2	—	4	9	—	—	5	—	—	1
Krankenhausseelsorge	29	24	56	5	11	29	40	8	2	31	—	5	9
Seelsorge an körperlich und geistig Behinderten	2	1	5	2	—	3	3	1	—	2	—	—	—
Kur- und Urlauberseelsorge	—	1	—	—	—	3	—	—	—	2	—	—	—
Seelsorge in Justizvollzugsanstalten	1	—	12	—	1	4	7	—	—	8	—	1	1
Kirchliche Arbeit im Polizei- und Zollgrenzdienst	1	—	1	—	—	1	1	—	—	1	—	—	—
Anstalt, Einrichtung, Geschäftsstelle der Diakonie	13	35	4	7	2	6	16	16	1	15	—	2	5
Sonstige kirchliche Sozialarbeit	4	3	3	1	—	6	2	1	1	13	—	1	—
Weltmission, Ökumen. Diakonie (Entwicklungshilfe)	6	12	9	—	2	16	9	3	—	19	—	—	1

Arbeitsfeld	Gliederkirche										Insgesamt
	Rheinland	Schwabw.-Lippe	Westfalen <sup>1)</sup>	Württemberg	Gliederkirchen zusammen	EKD	EKU	VELKD	Reform. Bund		
	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Gemeindliche Pfarrstelle (mit räumlichem Pfarrbezirk/Parochie)	1593	33	1350	1535	13361,5	—	—	—	—	13361,5	
Jugendarbeit (einschl. Schülerarbeit)	16	—	16	14	112	—	—	—	—	112	
Studentenarbeit	13	—	12	7	87	—	—	—	—	87	
Männer- und Frauenarbeit	8	—	4	—	39	—	—	—	—	39	
Altenarbeit	1	—	—	—	10	—	—	—	—	10	
Ehe-, Familien-, Lebensberatung, Telefonseelsorge	4	—	7	1	36	—	—	—	—	36	
Kirchliche Arbeit für Ersatz-, Zivildienstleistende	1	—	3	1	7	—	—	—	—	7	
Volksmissionarischer Dienst	6	—	6	8	53	—	—	—	—	53	
Krankenhausseelsorge	67	—	29	26	371	—	—	—	—	371	
Seelsorge an körperlich und geistig Behinderten	4	—	—	—	23	—	—	—	—	23	
Kur- und Urlaubseelsorge	—	—	—	—	6	—	—	—	—	6	
Seelsorge in Justizvollzugsanstalten	3	—	—	6	44	—	—	—	—	44	
Kirchliche Arbeit im Polizei- und Zollgrenzdienst	1	—	3	2	11	—	—	—	—	11	
Anstalt, Einrichtung, Geschäftsstelle der Diakonie	37	—	62	45	266	—	—	—	—	266	
Sonstige kirchliche Sozialarbeit	2	—	5	—	42	—	—	—	—	42	
Weltmission, Ökumen. Diakonie (Entwicklungshilfe)	3	—	—	18	98	—	—	—	—	98	

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

Arbeitsfeld	Gliederkirche												
	Baden	Bayern	Berlin-Brandenburg (West)	Braunschweig	Bremen	Hannover	Hessen und Nassau	Kurhessen-Waldeck	Lippe	Nordelbien	Nordwestdeutschland	Oldenburg	Pfalz
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Schuldienst / Religionsunterricht	197	19	24	10	—	47	14	9	4	28	4	10	69
Akademiarbeit / Erwachsenenbildung	8	11	4	1	—	5	3	6	—	7	—	2	1
Öffentlichkeits-, Medienarbeit	2	2	3	—	1	3	4	1	—	3	—	—	1
Aus-, Fort- und Weiterbildung der Theologen	13	24	3	1	1	26	6	4	—	12	—	2	2
Aus-, Fort- und Weiterbildung der übrigen kirchlichen Mitarbeiter	7	13	2	—	—	19	5	—	—	7	—	—	—
Landeskirchenamt, Oberkirchenrat, Landeskirchenrat, Konsistorium	17	22	8	4	—	4	18	8	2	14	2	3	6
Gesamtkirchlicher Zusammenschluß	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige Arbeitsfelder	—	3	5	8	2	3	1	1	1	8	—	2	2
Zusammen	997	1977	553	386	156	1939	1349	694	128,5	1378	136	247	468

darunter Planstellen:  
 für Hilfspfarrer/Pastoren im Hilfsdienst nach zweitem theologischen Examen  
 für Theologen ohne volles wissenschaftlich-theologisches Studium (z.B. Pfarrverweser, Pfarrhelfer, Pfarrverwalter, Prediger, Gemeindevisionäre, Pfardiakone)

69	214	—	—	—	—	—	88	2	—	—	—	1	34
158	—	18	—	—	—	—	—	1	—	2	—	32	—



Arbeitsfeld	Gliederkirche										Reform. Bund	Insgesamt
	Rheinland	Schaumburg-Lippe	Westfalen <sup>1)</sup>	Württemberg	Gliedkirchen zusammen	EKD	EKU	VELKD				
	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23		
Schuldienst / Religionsunterricht	239	2	141	15	832	—	—	—	—	832		
Akademiarbeit / Erwachsenenbildung	8	—	7	37	100	—	—	—	—	100		
Öffentlichkeits-, Medienarbeit	3	—	—	3	26	—	—	—	—	26		
Aus-, Fort- und Weiterbildung der Theologen	35	—	6	25	160	—	—	—	—	160		
Aus-, Fort- und Weiterbildung der übrigen kirchlichen Mitarbeiter	4	—	2	—	59	—	—	—	—	59		
Landeskirchenamt, Oberkirchenrat, Landeskirchenrat, Konsistorium	11	—	12	19	150	—	—	—	—	150		
Gesamtkirchlicher Zusammenschluß	—	—	—	—	—	37	3	11	1	52		
Sonstige Arbeitsfelder	7	—	18	3	64	—	—	—	—	64		
Zusammen	2066	35	1683	1765	15957,5	37	3	11	1	116009,5		
darunter Planstellen: für Hilfspfarrer/Pastoren im Hilfsdienst nach zweitem theologischen Examen	7	—	—	—	415	—	—	—	—	415		
für Theologen ohne volles wissenschaftlich-theologisches Studium (z.B. Pfarrverweser, Pfarrhelfer, Pfarrverwalter, Prediger, Gemeinmissionare, Pfarrdiakone)	51	—	—	—	262	—	—	—	—	262		

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.



Arbeitsfeld	Gliederkirche										Insgesamt
	Rheinland	Schaumburg-Lippe	Westfalen <sup>1)</sup>	Württemberg	Gliederkirchen zusammen	EKD	EKU	VELKD	Reform. Bund		
	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Gemeindliche Pfarrstelle (mit räumlichem Pfarrbezirk/Parochie)	1429	32	1235	1369	11793	—	—	—	—	11793	
	72	—	46	48	469,5	—	—	—	—	469,5	
	121	—	110	268	1161	—	—	—	—	1161	
Jugendarbeit (einschl. Schülerarbeit)	10	—	15	12	97	—	—	—	—	97	
	1	—	3	—	7	—	—	—	—	7	
	2	—	4	—	8	—	—	—	—	8	
Studentenarbeit	11	—	10	6	72	—	—	—	—	72	
	1	—	—	—	2	—	—	—	—	2	
	2	—	—	—	2	—	—	—	—	2	
Männer- und Frauenarbeit	4	—	4	—	31	—	—	—	—	31	
	1	—	2	—	19	—	—	—	—	19	
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Altenarbeit	—	—	—	—	9	—	—	—	—	9	
	—	—	—	—	4	—	—	—	—	4	
	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	
Ehe-, Familien-, Lebensberatung, Telefonseelsorge	3	—	7	1	31	—	—	—	—	31	
	—	—	—	—	3	—	—	—	—	3	
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Kirchliche Arbeit für Ersatz-, Zivildienstleistende	1	—	—	1	4	—	—	—	—	4	
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

Gliederung	Arbeitsfeld												
	Baden	Bayern	Berlin-Brandenburg (West)	Braunschweig	Bremen	Hannover	Hessen und Nassau	Kurhessen-Waldeck	Lippe	Nordelbien	Nordwestdeutschland	Oldenburg	Pfalz
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Volkmissionarischer Dienst	a) 4 b) — c) 2	6 2 1	2 — —	1 — —	— — —	3 — —	9 1 2	— — —	— — —	3 2 —	— — —	— — —	— — —
Krankenhausseelsorge	a) 29 b) 6 c) 6	22 3 —	50 1 5	4 — —	9 — —	26 8 1	40 6 2	8 — —	2 — —	28 6 —	— — —	5 — —	9 2 —
Seelsorge an körperlich und geistig Behinderten	a) 1 b) — c) —	1 1 —	5 1 —	2 1 —	— — —	2 — —	2 2 —	1 — —	— — —	2 — —	— — —	— — —	— — —
Kur- und Urlauberseelsorge	a) — b) — c) —	1 — —	— — —	— — —	— — —	3 — —	— — —	— — —	— — —	1 — —	— — —	— — —	— — —
Seelsorge in Justizvollzugsanstalten	a) 1 b) — c) —	— — —	11 1 —	— — —	1 — —	4 — 2	7 1 —	— — —	— — —	8 1 1	— — —	1 — —	1 — 1
Kirchliche Arbeit im Polizeizollgrenzdienst	a) 1 b) — c) —	— — —	1 — —	— — —	— — —	1 — —	1 — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
Anstalt, Einrichtung, Geschäftsstelle der Diakonie	a) 13 b) — c) —	35 1 3	4 — —	7 — —	2 — —	6 — —	16 1 —	14 — 1	1 — —	14 — 1	— — —	2 — —	5 — —



Arbeitsfeld	Gliedkirche										Reform. Bund	Insgesamt
	Rheinland	Schaumburg-Lippe	Westfalen <sup>1)</sup>	Württemberg	Gliedkirchen zusammen	EKD	EKU	VELKD				
	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23		
Volksmissionarischer Dienst	a)	3	—	6	45	—	—	—	—	45	—	45
	b)	—	—	—	5	—	—	—	—	5	—	5
	c)	1	—	—	6	—	—	—	—	6	—	6
Krankenhausseelsorge	a)	56	—	26	338	—	—	—	—	338	—	338
	b)	10	—	2	49	—	—	—	—	49	—	49
	c)	5	—	—	21	—	—	—	—	21	—	21
Seelsorge an körperlich und geistig Behinderten	a)	4	—	—	20	—	—	—	—	20	—	20
	b)	—	—	—	5	—	—	—	—	5	—	5
	c)	2	—	—	2	—	—	—	—	2	—	2
Kur- und Urlaubersseelsorge	a)	—	—	—	5	—	—	—	—	5	—	5
	b)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	c)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Seelsorge in Justizvollzugsanstalten	a)	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b)	—	—	—	6	—	—	—	—	43	—	43
	c)	2	—	—	—	—	—	—	—	3	—	3
Kirchliche Arbeit im Polizei- und Zollgrenzdienst	a)	1	—	3	1	—	—	—	—	6	—	6
	b)	—	—	—	—	—	—	—	—	9	—	9
	c)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Anstalt, Einrichtung, Geschäftsstelle der Diakonie	a)	29	—	58	45	—	—	—	—	251	—	251
	b)	1	—	1	2	—	—	—	—	6	—	6
	c)	1	—	3	—	—	—	—	—	9	—	9

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.



Arbeitsfeld	Gliederung										Reform. Bund	Insgesamt
	Rheinland	Saarnburg-Lippe	Westfalen <sup>1)</sup>	Württemberg	Gliedkirchen zusammen	EKD	EKU	VELKD				
	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23		
Sonstige kirchliche Sozialarbeit												
a)	1	—	5	—	36	—	—	—	—	36	—	36
b)	1	—	—	—	3	—	—	—	—	3	—	3
c)	1	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	1
Weltmission, Ökumen. Diakonie (Entwicklungshilfe)												
a)	2	—	—	14	76	—	—	—	—	76	—	76
b)	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	1
c)	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	1
Schuldienst / Religionsunterricht												
a)	180	2	130	5	700	—	—	—	—	700	—	700
b)	29	—	13	—	86	—	—	—	—	86	—	86
c)	66	—	17	—	153	—	—	—	—	153	—	153
Akademiarbeit/Erwachsenenbil- dung												
a)	7	—	7	36	91	—	—	—	—	91	—	91
b)	—	—	—	—	2	—	—	—	—	2	—	2
c)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Öffentlichkeits-, Medienarbeit												
a)	3	—	—	3	23	—	—	—	—	23	—	23
b)	—	—	—	—	2	—	—	—	—	2	—	2
c)	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	1
Aus-, Fort- und Weiterbildung der Theologen												
a)	30	—	6	24	148,5	—	—	—	—	148,5	—	148,5
b)	3	—	—	—	5	—	—	—	—	5	—	5
c)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aus-, Fort- und Weiterbildung der übrigen kirchlichen Mitar- beiter												
a)	4	—	2	—	54	—	—	—	—	54	—	54
b)	—	—	1	—	5	—	—	—	—	5	—	5
c)	—	—	1	—	1	—	—	—	—	1	—	1

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.





Arbeitsfeld		Gliederkirche										
		Rheinland	Schaumburg-Lippe	Westfalen <sup>1)</sup>	Württemberg	Gliedkirchen zusammen	EKD	EKU	VELKD	Reform. Bund	Insgesamt	
		14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Landeskirchenamt, Oberkirchenrat, a)		10	—	11	18	144	—	—	—	—	144	
Landeskirchenrat, Konsistorium b)		—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	
c)		—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	
Gesamtkirchlicher Zusammenschluß a)		—	—	—	—	—	33	2	11	1	47	
b)		—	—	—	—	—	2	—	—	—	2	
c)		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Sonstige Arbeitsfelder a)		7	—	18	3	57	—	—	—	—	57	
b)		2	—	—	—	3	—	—	—	—	3	
c)		3	—	—	—	5	—	—	—	—	5	
Zusammen		1798	34	1543	1576	14077,5	33	2	11	1	14124,5	
a)		121	—	71	52	680,5	2	—	—	—	682,5	
b)		206	—	137	268	1379	—	—	—	—	1379	
c)		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
darunter:												
Ordinierte / nichtordinierte												
Hilfspfarrer, Pastoren im Hilfs-		62	—	66	66	710	—	—	—	—	710	
dienst nach zweitem		11	—	9	13	86	—	—	—	—	86	
theologischen Examen		—	—	—	—	23	—	—	—	—	23	
Ordinierte Vikare mit erstem		—	—	—	11	14	—	—	—	—	14	
theologischen Examen		—	—	—	—	2	—	—	—	—	2	
c)		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Theologen mit Beschäftigungs-		25	2	5	29	129	—	—	—	—	129	
auftrag a)		2	—	1	—	11	—	—	—	—	11	
b)		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
c)		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

Tabelle 4 Theologen im Bereich der EKD nach Arbeitsfeldern und Anstellungsträgern (Stand: 31.12.1977)

Anstellungsträger Arbeitsfeld	Kirchen- gemeinden (Tab. 1, Sp. 1)	Zusammen- schlüsse von Kirchen- gemeinden zu Ver- bänden (Tab. 1, Sp. 3)	Untere kirchliche Aufsichts- bzw. Ver- waltungs- bezirke (Tab. 1, Sp. 4)	Zusammen- schlüsse der Bezirke zu Ver- bänden (Tab. 1, Sp. 5)	Mittlere kirchliche Aufsichts- bzw. Ver- waltungs- bezirke (Tab. 1, Sp. 6)	Landes- kirchen	Anstalten, Vereine, Stiftungen	Gesamt- kirchliche Zusammen- schlüsse	Zusammen	in Sp. 9 enthalten	
										Frauen	Theologen ohne volles wissen- schaftlich- theo- logisches Studium
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gemeindliche Pfarrstelle (mit räumlichem Pfarrbezirk/Parochie)	5615,5	—	27	—	—	6123,5	27	—	11793	469,5	1161
Jugendarbeit (einschl. Schülerarbeit)	2	3	13	5	—	72	2	—	97	7	8
Studentenarbeit	1	—	2	1	—	68	—	—	72	2	2
Männer- und Frauenarbeit	—	—	1	1	—	23	6	—	31	19	—
Altenarbeit	1	—	3	1	—	4	—	—	9	4	1
Ehe-, Familien-, Lebensberatung, Telefonseelsorge	2	—	11	3	—	11	4	—	31	3	—
Kirchliche Arbeit für Ersatz-, Zivildienstleistende	—	—	—	—	—	4	—	—	4	—	—
Volksmisionarischer Dienst	—	—	—	—	—	39	6	—	45	5	6
Krankenhausesseelsorge	27	15	110	37	—	138	11	—	338	49	21
Seelsorge an körperlich und geistig Behinderten	—	—	5	2	—	8	5	—	20	5	2
Kur- und Urlauberseelsorge	—	—	1	—	—	4	—	—	5	—	—
Seelsorge in Justizvollzugsanstalten	—	—	7	1	—	35	—	—	43	3	6
Kirchliche Arbeit im Polizei- und Zollgrenzdienst	—	—	—	—	—	9	—	—	9	—	—
Anstalt, Einrichtung, Geschäftsstelle der Diakonie	8	—	12	3	—	54	174	—	251	6	9
Sonstige kirchliche Sozialarbeit	1	—	7	1	—	26	1	—	36	3	1

Weltmission, Ökumen. Diakonie (Entwicklungshilfe)	—	—	1	—	—	66	9	—	76	1	1
Schuldienst / Religionsunterricht	25	21	242	49	—	355	8	—	700	86	153
Akademarbeit / Erwachsenenbildung	—	1	5	4	—	49	32	—	91	2	—
Öffentlichkeits-, Medienarbeit	—	—	—	1	—	21	1	—	23	2	1
Aus-, Fort- und Weiterbildung der Theologen	4	—	—	—	—	144,5	—	—	148,5	5	—
Aus-, Fort- und Weiterbildung der übrigen kirchlichen Mitarbeiter	—	—	2	—	—	46	6	—	54	5	1
Landeskirchenamt, Oberkirchenrat, Landeskirchenrat, Konsistorium	—	—	1	—	4	138	1	—	144	1	1
Gesamtkirchlicher Zusammenschluß	—	—	—	—	—	—	—	47	47	2	—
Sonstige Arbeitsfelder	3	—	26	1	—	26	1	—	57	3	5
<b>Zusammen</b>	<b>5689,5</b>	<b>40</b>	<b>476</b>	<b>110</b>	<b>4</b>	<b>7464</b>	<b>294</b>	<b>47</b>	<b>14124,5</b>	<b>682,5</b>	<b>1379</b>
darunter:											
Hilfspfarrer / Pastoren im Hilfsdienst nach zweitem theologischen Examen	252	—	11	3	—	443	1	—	710	86	23
Theologen ohne volles wissen- schaftlich-theologisches Studium	397	11	71	19	—	868	13	—	1379	100	1379
Ordinierte Vikare mit erstem theologischem Examen	1	—	—	1	—	12	—	—	14	2	—
Theologen mit Beschäftigungsauftrag	43	1	6	2	—	77	—	—	129	11	—
<b>Theologen, die weder Inhaber einer Planstelle sind, noch eine Planstelle versorgen</b>	<b>22</b>	<b>—</b>	<b>33</b>	<b>2</b>	<b>—</b>	<b>270</b>	<b>—</b>	<b>1</b>	<b>328</b>	<b>72</b>	<b>18</b>
darunter:											
Hilfspfarrer / Pastoren im Hilfsdienst nach zweitem theologischen Examen	15	—	17	2	—	93	—	—	127	32	1
Ordinierte Vikare mit erstem theologischem Examen	—	—	—	—	—	112	—	—	112	14	1
<b>Theologen insgesamt</b>	<b>5711,5</b>	<b>40</b>	<b>509</b>	<b>112</b>	<b>4</b>	<b>7734</b>	<b>294</b>	<b>48</b>	<b>14452,5</b>	<b>754,5</b>	<b>1397</b>

Tabelle 5 Landeskirchliche Examen im Jahre 1977

Gliedkirche	Vor dem Prüfungsamt der Gliedkirche haben das erste theologische Examen bestanden		Das zweite theologische Examen haben bestanden	
	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen
	1	2	3	4
Baden	21	3	24	4
Bayern	44	5	48	6
Berlin-Brandenburg (West)	7	2	18	8
Braunschweig	4	1	9	1
Bremen	—	—	5	—
Hannover	22	4	46	7
Hessen und Nassau	28	1	36	7
Kurhessen-Waldeck	12	1	14	4
Lippe	—	—	4	—
Nordelbien	4	2	15	3
Nordwestdeutschland	10	—	3	—
Oldenburg	1	—	1	—
Pfalz	10	3	17	—
Rheinland	34	7	49	11
Schaumburg-Lippe	1	—	—	—
Westfalen	23	2	42	4
Württemberg	19	9	24	6
<b>Zusammen</b>	240	40	355	61



Tabelle 6 Im Jahre 1977 übernommene und ordinierte Theologen

Zahlen in ( ): In der Ingesamtzahl enthaltene Frauen

Gliederkirche	In den Dienst einer Gliederkirche oder eines gesamt-kirchlichen Zusammenschlusses übernommene Theologen insgesamt	darunter			Kandidaten, die vor dem Prüfungsamt einer Gliederkirche oder vor der Fakultät das erste theol. Examen bestanden haben und in den Aus-bildungs-dienst der Gliederkirche über-nommen wurden	Ordinierte Theologen insgesamt	darunter Theologen ohne volles wissen-schaftlich-theologisches Studium
		nach bestandenem zweiten theol. Examen	nach bestandener Prüfung für das Amt des Pfarrverwalters <sup>1)</sup>	aus dem Dienst einer anderen Gliederkirche der EKD oder eines gesamt-kirchlichen Zusammenschlusses			
	1	2	3	4	5	6	7
Baden	36 ( 4)	27 ( 4)	2	7	—	27 ( 4)	2
Bayern	52 ( 4)	31 ( 3)	8	10	42 ( 4)	72 ( 8)	13
Berlin-Brandenb. (West)	30 ( 9)	28 ( 9)	1	1	17 ( 2)	26 ( 8)	—
Braunschweig	13	4	—	9	—	11 ( 1)	1
Bremen	7	3	—	4	3 ( 1)	4	—
Hannover	91 ( 5)	54 ( 5)	2	—	68 (17)	57 ( 6)	2
Hessen und Nassau	73 ( 2)	39	15 (2)	19	8	48 (11)	3 (2)
Kurhessen-Waldeck	29 ( 4)	17 ( 4)	1	6	5 ( 1)	18 ( 4)	1
Lippe	3	3	—	—	2	4	—
Nordelbien	61 ( 8)	29 ( 4)	6	20 (4)	30 ( 8)	37 ( 4)	6
Nordwestdeutschland	2	—	—	2	—	7 ( 1)	—
Oldenburg	3	—	1	—	—	1	—
Pfalz	19	18	—	1	18 ( 3)	13	1
Rheinland	80 (13)	47 ( 9)	19 (3)	9 (1)	70 (12)	69 (11)	10 (2)
Schaumburg-Lippe	2	2	—	—	1	—	—
Westfalen	91 ( 9)	51 ( 7)	6 (1)	13	50 ( 6)	65 ( 9)	5
Württemberg	53 ( 3)	5	36 (3)	—	39 ( 7)	64 ( 9)	15
<b>Gliederkirchen zusammen</b>	<b>645 (61)</b>	<b>358 (45)</b>	<b>97 (9)</b>	<b>101 (5)</b>	<b>353 (61)</b>	<b>523 (76)</b>	<b>55 (4)</b>
<b>Gesamtkirchliche Zusammenschlüsse</b>	<b>4</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>4</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>649 (61)</b>	<b>358 (45)</b>	<b>97 (9)</b>	<b>105 (5)</b>	<b>353 (61)</b>	<b>523 (76)</b>	<b>59 (4)</b>

1) des Pfarrverwesers, Pfarrhelfers, Pfarrverwalters, Predigers, Gemeindemissionars, Pfarrdiakons u.a.

Tabelle 7 Für mindestens ein Jahr beurlaubte, Abgeordnete, freigestellte Theologen  
(Stand: 31.12.1977)

Zahlen in ( ): In der Gesamtzahl enthaltene Frauen

Gliedkirche	Für mindestens ein Jahr beurlaubte, abgeordnete, freigestellte Theologen insgesamt	darunter						
		zum Studium (Weiter- bildung, Zweit- studium)	zum Dienst in der Militär- seelsorge	zum Dienst in der Bundes- grenz- schutz- seelsorge	zum haupt- amtlichen Religions- unterricht an öffent- lichen Schulen	zum Dienst in Landes- und Kommunal- anstalten	zum Dienst in einer Auslands- gemeinde	zum Dienst in der Welt- mission, der Öku- menischen Diakonie (Entwick- lungshilfe)
	1	2	3	4	5	6	7	8
Baden	59 (10)	3	—	—	2	—	6	2
Bayern	303 (10)	19 (1)	23	3	156 ( 3)	9	14	42
Berlin-Brandenburg (West)	24	3	—	—	—	—	14	1
Braunschweig	21	—	2	1	—	—	3	2
Bremen	2	—	1	—	—	—	—	—
Hannover	78 ( 3)	—	19	2	—	6	28	6
Hessen und Nassau	136 (19)	8 (2)	7	—	88 (16)	4	16 (1)	4
Kurhessen-Waldeck	49 ( 7)	2 (1)	6	1	18 ( 2)	1	5	2
Lippe	3	—	3	—	—	—	—	—
Nordelbien	79 ( 4)	2 (1)	20	—	2	4	12	20
Nordwestdeutschland	3	3	—	—	—	—	—	—
Oldenburg	19 ( 1)	1	8	1	—	6 (1)	2	1
Pfalz	17 ( 4)	2	3	—	1	—	1	4 (1)
Rheinland	34 ( 1)	—	10	—	—	—	21 (1)	2
Schaumburg-Lippe	—	—	—	—	—	—	—	—
Westfalen	70 (10)	6 (1)	17	—	—	16 (1)	14	5
Württemberg	131 (24)	23 (3)	2	—	10	—	9 (1)	2
<b>Gliedkirchen zusammen</b>	<b>1028 (93)</b>	<b>72 (9)</b>	<b>121</b>	<b>8</b>	<b>277 (21)</b>	<b>46 (2)</b>	<b>145 (3)</b>	<b>93 (1)</b>
<b>Gesamtkirchliche Zusammenschlüsse</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>1031 (93)</b>	<b>74 (9)</b>	<b>121</b>	<b>8</b>	<b>277 (21)</b>	<b>46 (2)</b>	<b>145 (3)</b>	<b>93 (1)</b>

Tabelle 8 Theologen im Wartestand, Theologen im Ruhestand (Stand: 31.12.1977)

Zahlen in ( ): In der Gesamtzahl enthaltene Frauen

Gliedkirche	Theologen im Wartestand	Theologen im Ruhestand
	1	2
Baden	1	270 (10)
Bayern	1	724 ( 4)
Berlin-Brandenburg (West)	12 ( 5)	327 (12)
Braunschweig	—	126 ( 3)
Bremen	—	50 ( 2)
Hannover	2	555 (16)
Hessen und Nassau	19 (15)	456 ( 6)
Kurhessen-Waldeck	1 ( 1)	266 ( 1)
Lippe	2	39 ( 1)
Nordelbien	—	406 ( 9)
Nordwestdeutschland	—	45
Oldenburg	—	66
Pfalz	2	162 ( 3)
Rheinland	15 ( 3)	517 (15)
Schaumburg-Lippe	—	10
Westfalen	18 ( 3)	551 (16)
Württemberg	5	625 (12)
<b>Gliedkirchen zusammen</b>	<b>78 (27)</b>	<b>5195 (110)</b>
<b>Gesamtkirchliche Zusammenschlüsse</b>	<b>—</b>	<b>17 ( 1)</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>78 (27)</b>	<b>5212 (111)</b>

Tabelle 9 Im Jahre 1977 aus dem aktiven Dienst ausgeschiedene Theologen, verstorbene Theologen

Zahlen in ( ): In der Gesamtzahl enthaltene Frauen

Gliedkirche	Aus dem aktiven Dienst ausgeschiedene Theologen insgesamt	darunter			Verstorbene Theologen (ohne Theologen im Ruhestand)
		in den Ruhestand versetzte Theologen	in den Dienst anderer Gliedkirchen der EKD oder gesamt-kirchlicher Zusammenschlüsse übernommene Theologen	in den Staatsdienst übernommene Theologen	
	1	2	3	4	5
Baden	35 ( 1)	26	7	—	2 (1)
Bayern	96	80	5	8	2
Berlin-Brandenb. (West)	34 ( 3)	12	21 ( 3)	—	1
Braunschweig	24	19	5	—	2
Bremen	7	4	3	—	1
Hannover	110 (11)	54	45 ( 3)	1	5
Hessen und Nassau	64 ( 2)	58 (1)	6 ( 1)	—	7 (1)
Kurhessen-Waldeck	31 ( 2)	23 (1)	8 ( 1)	—	2
Lippe	4	3	1	—	—
Nordelbien	66 ( 3)	51 (2)	13 (1)	—	3
Nordwestdeutschland	11	6	5	—	—
Oldenburg	11	5	5	—	1
Pfalz	20 ( 1)	19 (1)	1	—	1
Rheinland	70 ( 5)	49 (2)	10	3	3
Schaumburg-Lippe	1	1	—	—	—
Westfalen	87 ( 4)	55 (1)	16 ( 2)	2	6
Württemberg	61	53	6	2	1
<b>Gliedkirchen zusammen</b>	<b>732 (32)</b>	<b>518 (8)</b>	<b>157 (11)</b>	<b>16</b>	<b>37 (2)</b>
<b>Gesamtkirchliche Zusammenschlüsse</b>	<b>8</b>	<b>2</b>	<b>6</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>740 (32)</b>	<b>520 ( 8)</b>	<b>163 (11)</b>	<b>16</b>	<b>37 (2)</b>



## II. Die Geburten im Bundesgebiet im Jahre 1977 nach der Religionszugehörigkeit der Eltern

### 1. Allgemeiner Überblick

Im Jahre 1977 wurden in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) 582 344 Kinder geboren; gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Abnahme um 20 507 oder 3,4%. Die seit 1967 festzustellende rückläufige Entwicklung der Geburten, die lediglich im Jahre 1976 durch eine vorübergehende leichte Zunahme unterbrochen wurde, hat damit im Berichtsjahr weiterhin angehalten. Der langfristige Vergleich zeigt, daß die Zahl der lebendgeborenen Kinder im Berichtsjahr um 436 208 oder 42,8% niedriger war als im Ausgangsjahr 1962.

Über die Gründe des Geburtenrückgangs liegen mehrere Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes vor. Zusammengefaßt zeigen sie, daß der Geburtenrückgang durch Änderungen des generativen Verhaltens (Tendenz zur Kinderlosigkeit und zur Kleinfamilie mit ein bis zwei Kindern) und zu einem geringen Teil durch demografische Komponenten (veränderte Altersgliederung der Bevölkerung, rückläufige Heiratshäufigkeit) bedingt ist<sup>1)</sup>. In diesem Zusammenhang ist auch der Aktuelle Kommentar Nr. 3 der Kammer der EKD für soziale Ordnung zu nennen, der am 14. März 1978 unter dem Titel „Bevölkerungspolitik und Rentenlast“ veröffentlicht wurde; er befaßt sich vor allem mit den Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Renten- und Krankenversicherung, möglichen Ursachen des Geburtenrückgangs und mit Lösungsmöglichkeiten (Neubesinnung über menschliche Selbstverwirklichung, kinderfreundliche Einrichtungen, Familienlastenausgleich).

Die Unterteilung der Zahl der lebendgeborenen Kinder nach der Staatsangehörigkeit zeigt, daß sich der seit 1975 festzustellende Geburtenrückgang ausländischer Kinder im Berichtsjahr weiter fortgesetzt hat. Relativ war er wesentlich stärker ausgeprägt als die Abnahme der Geburten deutscher Kinder. Im einzelnen führt die Unterteilung nach der Staatsangehörigkeit zu folgenden Ergebnissen:

Im Jahre 1977 geborene Kinder	Zahl	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		Zahl	%
deutscher Staatsangehörigkeit	504 073	– 11 825	– 2,3
ausländischer Staatsangehörigkeit	78 271	– 8 682	– 10,0
<hr/>			
deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit zusammen	582 344	– 20 507	– 3,4

---

1) Einzelheiten hierzu siehe: Karl Schwarz: Gründe des Geburtenrückgangs, in: Wirtschaft und Statistik, 1973, S. 698ff.; Charlotte Höhn: Kinderzahl ausgewählter Ehejahrgänge, in: Wirtschaft und Statistik, 1976, S. 484ff.; Karl Schwarz: Gründe des Geburtenrückgangs 1966 bis 1975 und für „Nullwachstum“ erforderliche Kinderzahl der Ehen, in: Wirtschaft und Statistik, 1977, S. 374ff.

Aus der folgenden Übersicht ergibt sich deutlich, daß die Zahlen der Geburten in der Gliederung nach der Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit der Eltern unterschiedliche Entwicklungen aufweisen:

Im Jahre 1977 geborene Kinder	Zahl	Veränderung gegenüber					
		1975			1962		
		Zahl	%		Zahl	%	
evangelischer <sup>1)</sup> Eltern	150547	- 8532	- 5,4	-	230583	- 60,5	
evangelischer Mütter	17040	- 364	- 2,1	-	12832	- 43,0	
katholischer Eltern	186247	- 6981	- 3,6	-	191352	- 50,7	
katholischer Mütter	16635	- 238	- 1,4	-	8615	- 34,1	
evangelisch-katholischer Eltern	100773	- 1543	- 1,5	-	66814	- 39,9	
<hr/>							
evangelischer, katholischer und evangelisch-katholischer Eltern zusammen	471242	- 17658	- 3,6	-	510196	- 52,0	
gemeinschaftsloser <sup>2)</sup> Eltern	20254	+ 931	+ 4,8	+	13777	+ 212,7	
gemeinschaftsloser Mütter	2409	+ 230	+ 10,6	+	1439	+ 148,4	
evangelisch-gemeinschaftsloser Eltern	17379	+ 624	+ 3,7	+	5169	+ 42,3	
katholisch-gemeinschaftsloser Eltern	8302	+ 491	+ 6,3	+	4217	+ 103,2	
<hr/>							
gemeinschaftsloser, evangelisch-gemeinschaftsloser und katholisch-gemeinschaftsloser Eltern zusammen	48344	+ 2276	+ 4,9	+	24602	+ 103,6	
sonstiger <sup>3)</sup> Eltern	53735	- 5060	- 8,6	+	46437	+ 636,3	
sonstiger Mütter	1565	- 230	- 12,8	+	1009	+ 181,5	
evangelisch-sonstiger Eltern	3125	+ 19	+ 0,6	-	9	- 0,3	
katholisch-sonstiger Eltern	3323	± 0	± 0,0	+	1212	+ 57,4	
gemeinschaftslos-sonstiger Eltern	1010	+ 146	+ 16,9	+	737	+ 270,0	
<hr/>							
sonstiger, evangelisch-sonstiger, katholisch-sonstiger und gemeinschaftslos-sonstiger Eltern zusammen	62758	- 5125	- 7,5	+	49386	+ 369,3	
<hr/>							
Insgesamt	582344	- 20507	- 3,4	-	436208	- 42,8	

1) Evangelisch-landeskirchlich und evangelisch-freikirchlich.

2) Gemeinschaftslos, freireligiös, ohne Angabe.

3) Unter „sonstig“ sind zusammengefaßt: anders christlich, jüdisch, sonstige Religion.

## 2. Geburten von Kindern evangelischer Eltern

Im einzelnen ist festzustellen, daß die Zahl der Geburten von Kindern evangelischer Eltern (evangelisch-landeskirchlicher und evangelisch-freikirchlicher Eltern) erneut zurückgegangen ist. Sie betrug im Berichtsjahr 150547 und war damit um 8532 oder 5,4% niedriger als ein Jahr zuvor. Der langfristige Vergleich zeigt, daß die Abnahme nach anfänglich leichten Rückgängen von 1968 bis 1973 besonders scharf ausgeprägt war; sie ist 1976 deutlich abgeflacht und hat sich 1977 jedoch wieder verstärkt. Insgesamt gesehen lag die Zahl der Geburten von Kindern aus evangelischen Ehen 1977 um 60,5% unter der im Ausgangsjahr 1962.

## 3. Geburten von Kindern katholischer Eltern

Demgegenüber war der Geburtenrückgang von Kindern katholischer Eltern schwächer ausgeprägt. Ihre Zahl belief sich 1977 auf 186247, das waren 6981 oder 3,6% weniger als im Vorjahr; im Vergleich zum Jahre 1962 war sie um 50,7% geringer. Ein Vergleich zwischen den beiden Konfessionen zeigt, daß im Bundesgebiet bis 1969 Jahr für Jahr die Geburten von Kindern evangelischer Eltern an der Spitze lagen. Seit 1970 werden dagegen in einem ständig steigenden Ausmaß mehr Kinder katholischer als evangelischer Eltern geboren. Auf 100 Geburten von Kindern aus evangelischen Ehen kamen

1962: 99 und

1977: 124

Geburten von Kindern katholischer Eltern. Bei diesen unterschiedlichen Entwicklungen muß jedoch der bis 1973/74 anhaltende Zuzug ausländischer katholischer Gastarbeiter und ihrer Angehörigen in die Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt werden. Er führte bis 1974 zu einem erheblichen Anstieg der Zahl der Geburten von Kindern ausländischer katholischer Eltern. So beliefen sich z.B. die Geburten von Kindern

	italienischer Eltern	spanischer Eltern	portugiesischer Eltern	jugoslawischer <sup>1)</sup> Eltern
1962 auf	2127	1838	15	208
1975 auf	10518	3925	2987	13389
1976 auf	9460	3297	2577	12280

1) Der Anteil der Katholiken an den jugoslawischen Eltern ist nicht bekannt.

Daneben kann davon ausgegangen werden, daß auch die Zahl der Geburten von Kindern aus Ehen, die zwischen deutschen und ausländischen Katholiken geschlossen wurden, über einen längeren Zeitraum hinweg gestiegen ist. Dies dürfte u.a. darauf zurückzuführen sein, daß die Eheschließungen zwischen deutschen und ausländischen Katholiken teilweise nur unterdurchschnittlich zurückgegan-

gen bzw. fast unverändert geblieben sind und teilweise sogar zugenommen haben. Zwar sind diese Annahmen zahlenmäßig nicht zu beweisen, weil Zahlen über Geburten und Eheschließungen in der Kombination nach Staatsan- und Religionszugehörigkeit nicht vorliegen; immerhin kann aber festgestellt werden, daß die Geburtenzahlen von Kindern deutsch-französischer, deutsch-italienischer, deutsch-jugoslawischer, deutsch-österreichischer, deutsch-spanischer und deutsch-portugiesischer Eltern 1976 wesentlich höher waren als 1962. Im einzelnen betrugen die Geburten von Kindern<sup>1)</sup>

	deutsch-französischer Eltern	deutsch-italienischer Eltern	deutsch-österreichischer Eltern	deutsch-spanischer Eltern	deutsch-portugiesischer Eltern	deutsch-jugoslawischer Eltern
1962	488	1762	1371	414	10	327
1975	1454	2987	2964	839	154	2473
1976	1488	3232	3010	901	200	2699

1) „Wirtschaft und Statistik“, 1972, S. 69\*, und 1978, S. 145\*.

#### 4. Geburten von Kindern evangelisch-katholischer Eltern

Die Zahl der lebendgeborenen Kinder evangelisch-katholischer Eltern ist 1977 nur geringfügig zurückgegangen. Insgesamt 100773 Kinder aus evangelisch-katholischen Ehen wurden 1977 geboren; gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Abnahme um nur 1543 oder 1,5%. Auch im langfristigen Vergleich zum Ausgangsjahr 1962 (– 39,9%) zeigt sich eindeutig, daß das Ausmaß des Geburtenrückgangs bei den Kindern evangelisch-katholischer Ehepaare wesentlich geringer war als bei den Kindern aus evangelischen und aus katholischen Ehen. Diese verhältnismäßig geringere Geburtenabnahme ist vor allem durch die entsprechende Entwicklung der Eheschließungen bedingt: Die Zahl der Heiraten evangelisch-katholischer Paare ist in den sechziger und siebziger Jahren bei weitem nicht in dem Ausmaß gesunken wie die zwischen evangelischen und die zwischen katholischen Ehepartnern.

Insgesamt gesehen ergibt sich für die beiden großen Kirchen, daß von allen im Jahre 1977 in der Bundesrepublik Deutschland geborenen Kindern 80,9% evangelische, katholische oder evangelisch-katholische Eltern hatten gegenüber 96,4% im Ausgangsjahr 1962.



### *5. Geburten von Kindern gemeinschaftsloser, evangelisch-gemeinschaftsloser und katholisch-gemeinschaftsloser Eltern*

Wie bereits seit einigen Jahren festzustellen ist, hat auch im Berichtsjahr die Zahl der Geburten von Kindern, deren Eltern statistisch unter die Gruppe „gemeinschaftslos, freireligiös, ohne Angabe“ fallen und bei denen es sich größtenteils um Gemeinschaftslose handelt, abermals etwas zugenommen. Sie war mit 20254 um 4,8% höher als im Vorjahr und hat sich im Verlauf der vergangenen fünfzehn Jahre verdreifacht. Die Ursache dieser Zunahme liegt in den von 1969 bis 1974 gestiegenen Zahlen der Kirchenaustritte vor allem jüngerer Personen. Etwas gestiegen sind daneben auch wieder die Zahlen der Geburten von Kindern evangelisch-gemeinschaftsloser (17379) und katholisch-gemeinschaftsloser Eltern (8302). Dabei zeigt sich, daß 1977 aus evangelisch-gemeinschaftslosen Ehen doppelt so viele Kinder geboren wurden wie aus katholisch-gemeinschaftslosen Ehen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß wesentlich mehr Ehen zwischen evangelischen und gemeinschaftslosen Personen geschlossen werden als solche zwischen Katholiken und Gemeinschaftslosen. Nach wie vor hatten von den im Berichtsjahr geborenen Kindern evangelisch-gemeinschaftsloser Eltern vier Fünftel einen gemeinschaftslosen Vater und nur ein Fünftel eine gemeinschaftslose Mutter. Für die aus katholisch-gemeinschaftslosen Ehen geborenen Kinder errechnet sich nahezu die gleiche Zusammensetzung.

Von der Gesamtzahl der 1977 im Bundesgebiet geborenen Kinder entfielen 8,3% auf solche von gemeinschaftslosen, evangelisch-gemeinschaftslosen und katholisch-gemeinschaftslosen Eltern, 1962 waren es 2,3%.

### *6. Geburten von Kindern sonstiger Eltern*

Der für das Jahr 1976 erstmals festgestellte Rückgang der Geburten von Kindern, deren Eltern einer „sonstigen Religion“ angehören, hat sich im Berichtsjahr fortgesetzt. Im Jahre 1977 wurden im Bundesgebiet 53735 Kinder „sonstiger“ Eltern (bei ihnen handelt es sich in erster Linie um islamische und – allerdings in weitaus geringerer Zahl – um griechisch-orthodoxe Eltern) geboren, das waren 5060 oder 8,6% weniger als im vorangegangenen Jahr. Der Anteil der Geburten von Kindern „sonstiger“ Eltern an der Zahl aller in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) geborenen Kinder ist aufgrund der dargestellten Entwicklung von 10,7% im Jahre 1975 auf 9,2% im Berichtsjahr zurückgegangen (1962: 0,7%).

## 7. Prozentuale Zusammensetzung der im Bundesgebiet geborenen Kinder nach der Religionszugehörigkeit der Eltern

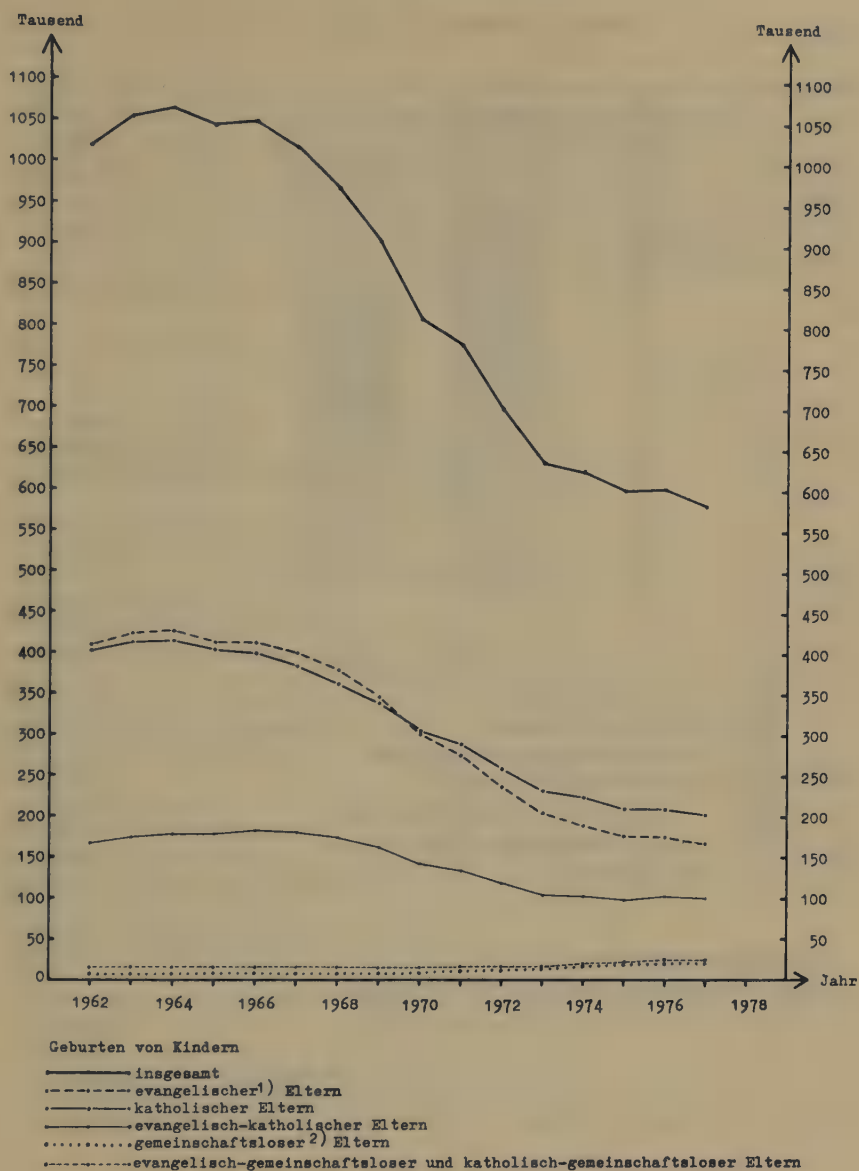
Von der Gesamtzahl der Geburten entfielen:	1962	1976	1977
auf Geburten von Kindern evangelischer <sup>1)</sup> Eltern	37,4%	26,4%	25,9%
auf Geburten von Kindern evangelischer Mütter	2,9%	2,9%	2,9%
auf Geburten von Kindern katholischer Eltern	37,1%	32,1%	32,0%
auf Geburten von Kindern katholischer Mütter	2,5%	2,8%	2,9%
auf Geburten von Kindern evangelisch-katholischer Eltern	16,5%	16,9%	17,3%
auf Geburten von Kindern evangelischer und katholischer Eltern sowie von Kindern evangelisch-katholischer Eltern zusammen	96,4%	81,1%	80,9%
auf Geburten von Kindern gemeinschaftsloser <sup>2)</sup> Eltern	0,6%	3,2%	3,5%
auf Geburten von Kindern gemeinschaftsloser Mütter	0,1%	0,4%	0,4%
auf Geburten von Kindern evangelisch-gemeinschaftsloser Eltern	1,2%	2,7%	3,0%
auf Geburten von Kindern katholisch-gemeinschaftsloser Eltern	0,4%	1,3%	1,4%
auf Geburten von Kindern gemeinschaftsloser, evangelisch-gemeinschaftsloser und katholisch-gemeinschaftsloser Eltern zusammen	2,3%	7,6%	8,3%
auf Geburten von Kindern sonstiger <sup>3)</sup> Eltern	0,7%	9,8%	9,2%
auf Geburten von Kindern sonstiger Mütter	0,1%	0,3%	0,3%
auf Geburten von Kindern evangelisch-sonstiger Eltern	0,3%	0,5%	0,5%
auf Geburten von Kindern katholisch-sonstiger Eltern	0,2%	0,6%	0,6%
auf Geburten von Kindern gemeinschaftslos-sonstiger Eltern	0,0%	0,1%	0,2%
auf Geburten von Kindern sonstiger, evangelisch-sonstiger, katholisch-sonstiger und gemeinschaftslos-sonstiger Eltern zusammen	1,3%	11,3%	10,8%
Insgesamt	100%	100%	100%

1) Evangelisch-landeskirchlich und evangelisch-freikirchlich.

2) Gemeinschaftslos, freireligiös, ohne Angabe.

3) Unter „sonstig“ sind zusammengefaßt: anders christlich, jüdisch, sonstige Religion.

# Geburten im Bundesgebiet nach der Religionszugehörigkeit der Eltern in den Jahren 1962 bis 1977

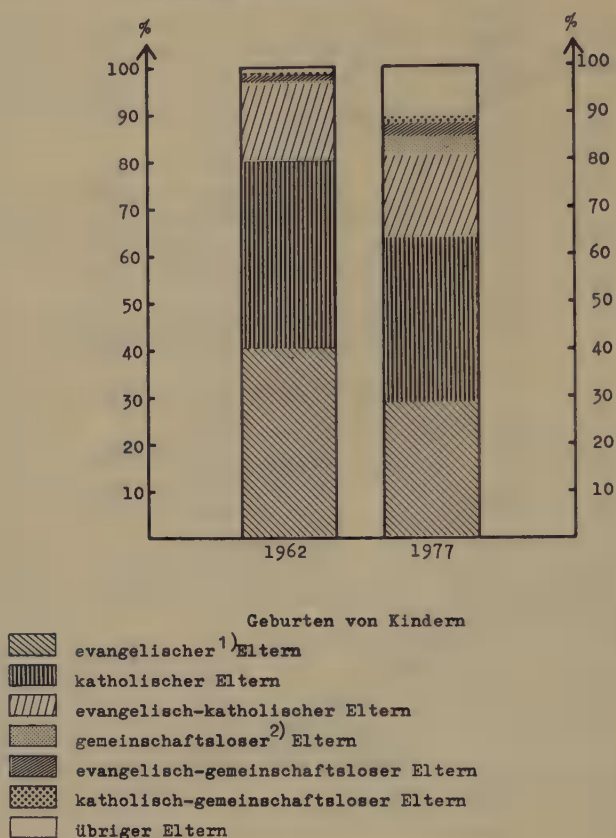


1) Einschl. evangelisch-freikirchlich.

2) Einschl. freireligiös, ungeklärt und ohne Angabe

# Geburten im Bundesgebiet nach der Religionszugehörigkeit der Eltern in den Jahren 1962 und 1977

Anteile an der Gesamtzahl der Geburten



1) Einschl. evangelisch-freikirchlich.

2) Einschl. freireligiös, ungeklärt und ohne Angabe.



### III. Die Eheschließungen im Bundesgebiet im Jahre 1977 nach der Religionszugehörigkeit der Ehegatten

#### 1. Allgemeiner Überblick

Die seit 1963 festzustellende rückläufige Entwicklung der Eheschließungen hat sich im Jahre 1977 erneut fortgesetzt. Im Berichtsjahr wurden in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) 358487 Ehen geschlossen, das waren 7241 oder 2,0% weniger als 1976. Das Ausmaß dieser Abnahme schlägt sich vor allem im langfristigen Vergleich nieder: Die Zahl der eingegangenen Ehen lag 1977 um 172 159 oder 32,4% unter der im Jahre 1962.

Die Unterteilung der Zahl der Eheschließungen nach der Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit der Ehegatten zeigt folgendes Bild:

Im Jahre 1977 geschlossene Ehen	Zahl	Veränderung gegenüber			
		1976		1962	
		Zahl	%	Zahl	%
evangelischer <sup>1)</sup> Ehepaare	101 879	- 4 073	- 3,8	- 111 510	- 52,3
katholischer Ehepaare	110 686	- 2 122	- 1,9	- 60 154	- 35,2
evangelisch-katholischer Ehepaare	89 044	- 2 200	- 2,4	- 26 958	- 23,2
<hr/>					
evangelisch, katholischer und evangelisch-katholischer Ehepaare zusammen	301 609	- 8 395	- 2,7	- 198 622	- 39,7
gemeinschaftsloser <sup>2)</sup> Ehepaare	12 146	+ 356	+ 3,0	+ 8 325	+ 217,9
evangelisch-gemeinschaftsloser Ehepaare	21 072	+ 158	+ 0,8	+ 7 490	+ 55,1
katholisch-gemeinschaftsloser Ehepaare	11 261	+ 238	+ 2,2	+ 6 649	+ 144,2
<hr/>					
gemeinschaftsloser, evangelisch- gemeinschaftsloser und katholisch- gemeinschaftsloser Ehepaare zusammen	44 479	+ 752	+ 1,7	+ 22 464	+ 102,0
sonstiger <sup>3)</sup> Ehepaare	4 226	+ 230	+ 5,8	+ 1 571	+ 59,2
evangelisch-sonstiger Ehepaare	3 864	+ 73	+ 1,9	+ 555	+ 16,8
katholisch-sonstiger Ehepaare	3 199	- 18	- 0,6	+ 1 064	+ 49,8
gemeinschaftslos-sonstiger Ehepaare	1 110	+ 117	+ 11,8	+ 809	+ 268,8
<hr/>					
sonstiger, evangelisch-sonstiger, katholisch-sonstiger und gemein- schaftslos-sonstiger Ehepaare zusammen	12 399	+ 402	+ 3,4	+ 3 999	+ 47,6
<hr/>					
Insgesamt	358 487	- 7 241	- 2,0	- 172 159	- 32,4

1) Evangelisch-landeskirchlich und evangelisch-freikirchlich.

2) Gemeinschaftslos, freireligiös, ohne Angabe.

3) Unter „sonstige“ sind zusammengefaßt: andere christlich, jüdisch, sonstige Religion.

## *2. Eheschließungen evangelischer Paare*

Die nach der Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit aufgegliederten Werte lassen erkennen, daß vor allem wieder die Zahl der Heiraten evangelischer (evangelisch-landeskirchlicher und evangelisch-freikirchlicher) Paare zurückgegangen ist. Sie belief sich im Jahre 1977 auf 101 879 und war um 4 073 oder 3,8% niedriger als im vorangegangenen Jahr; im Vergleich zum Ausgangsjahr 1962 errechnet sich eine Verminderung um 111 510 oder 52,3%. In den vergangenen sechzehn Jahren ist also die Zahl der zwischen evangelischen Partnern eingegangenen Ehen um über die Hälfte gesunken. Während von 100 vor dem Standesamt geschlossenen Ehen 1962 noch 40 auf solche evangelischer Paare entfielen, traf das 1977 nur für 28 zu.

## *3. Eheschließungen katholischer Paare*

Im Jahre 1977 haben insgesamt 110 686 katholische Paare geheiratet. Für die Vermählungen katholischer Ehepaare ergibt sich damit gegenüber dem Vorjahr nur eine Abnahme um 2 122 oder 1,9%. Auch langfristig gesehen ist festzustellen, daß die sinkende Tendenz der Eheschließungen von Katholiken wesentlich schwächer ausgeprägt war als die entsprechende Entwicklung der Heiraten von evangelischen Paaren. So lag die Zahl der Vermählungen katholischer Ehepartner im Jahre 1977 nur um 60 154 oder 35,2% unter der im Jahre 1962. Von 1962 bis 1973 übertrafen die Eheschließungen evangelischer Partner in jedem Jahr die Heiraten zwischen Katholiken, wobei jedoch der zahlenmäßige Unterschied immer geringer wurde. 1974 heirateten im Bundesgebiet erstmals mehr katholische Paare als evangelische; diese Differenz nimmt seitdem Jahr für Jahr zu. Auf 100 Eheschließungen evangelischer Paare kamen 1962 nur 80, 1977 hingegen 109 Vermählungen katholischer Ehepaare. Diese unterschiedlichen Entwicklungen dürften neben anderen Faktoren zumindest teilweise auch dadurch bedingt sein, daß heute den Eheschließungen zwischen Deutschen und Staatsangehörigen aus Ländern mit überwiegend katholischer Bevölkerung zahlenmäßig eine größere Bedeutung zukommt als Anfang der sechziger Jahre. Sie sind – wie schon in dem Bericht über die Entwicklung der Geburten in der Untergliederung nach der Religionszugehörigkeit der Eltern dargelegt wurde – bei unterschiedlicher Entwicklung im einzelnen zeitweise gestiegen und zeitweise nur unterdurchschnittlich zurückgegangen bzw. fast unverändert geblieben.

#### *4. Eheschließungen evangelisch-katholischer Paare*

Zurückgegangen ist im Berichtsjahr auch die Zahl der Eheschließungen evangelisch-katholischer Ehepaare. Insgesamt 89044 evangelisch-katholische Paare – 2200 oder 2,4% weniger als im Vorjahr – gingen im Jahre 1977 die Ehe ein. Im langfristigen Vergleich zeigt sich deutlich, daß die Heiraten zwischen evangelischen und katholischen Ehepartnern zahlenmäßig eine langsam, aber ständig wachsende Bedeutung erlangen; für sie zeichnet sich innerhalb des Zeitraumes der Jahre 1962 bis 1977 eine erheblich geringere Abnahme ab (– 26958 oder – 23,2%) als für die Vermählungen evangelischer und auch für die katholischer Paare. Diese Entwicklung dürfte in erster Linie damit zusammenhängen, daß heute konfessionellen Unterschieden vielfach nicht mehr das Gewicht beigegeben wird wie in früheren Jahren. Daneben ist auch hier, worauf bereits bei der Darstellung der Eheschließungen katholischer Ehepaare hingewiesen wurde, der bis 1973 anhaltende Zustrom von Gastarbeitern und -arbeiterinnen aus Ländern mit überwiegend katholischer Bevölkerung zu berücksichtigen.

#### *5. Eheschließungen gemeinschaftsloser, evangelisch-gemeinschaftsloser und katholisch-gemeinschaftsloser Paare*

Die Zahl der Eheschließungen zwischen Personen, die statistisch unter der Gruppe „gemeinschaftslos, freireligiös, ohne Angabe“ zusammengefaßt werden (bei ihnen handelt es sich zum größten Teil um Gemeinschaftslose), betrug im Berichtsjahr 12146, das waren 3% mehr als 1976; gegenüber dem Ausgangsjahr 1962 ergibt sich eine Erhöhung um über das Dreifache. Diese Entwicklung ist durch den Anstieg der Kirchnaustritte vornehmlich jüngerer Personen in den Jahren 1969 bis 1974 bedingt. Etwas gestiegen sind auch wieder die Zahlen der Vermählungen von evangelisch-gemeinschaftslosen und katholisch-gemeinschaftslosen Ehepaaren. Hier fällt vor allem auf, daß in den vergangenen sechzehn Jahren erheblich mehr Evangelische eine Ehe mit Gemeinschaftslosen eingegangen sind als Katholiken. Auf jeweils eine Eheschließung eines katholisch-gemeinschaftslosen Paares entfielen 1962 fast drei und 1977 nicht ganz zwei Heiraten evangelisch-gemeinschaftsloser Paare. In der Unterteilung nach dem Geschlecht der Ehepartner zeigt sich, daß wie in den Vorjahren wesentlich mehr evangelische Frauen einen gemeinschaftslosen Mann geheiratet haben als umgekehrt. Entsprechendes gilt auch für die Eheschließungen katholisch-gemeinschaftsloser Paare. Dies ist darauf zurückzuführen, daß seit dem Ende der sechziger Jahre sowohl aus der evangelischen als auch – allerdings in weit geringerem Umfang – aus der katholischen Kirche mehr Männer ausgetreten sind als Frauen.

## 6. Prozentuale Zusammensetzung der im Bundesgebiet geschlossenen Ehen nach der Religionszugehörigkeit der Ehepartner

Aufgrund der dargestellten unterschiedlichen Entwicklungen hat sich die anteilmäßige Untergliederung der Eheschließungen nach der Religionszugehörigkeit der Ehegatten weiterhin verändert.

Im einzelnen entfielen von allen im Bundesgebiet geschlossenen Ehen	1962	1976	1977
auf Eheschließungen evangelischer <sup>1)</sup> Ehepaare	40,2%	29,0%	28,4%
auf Eheschließungen katholischer Ehepaare	32,2%	30,8%	30,9%
auf Eheschließungen evangelisch-katholischer Ehepaare	21,9%	24,9%	24,8%
auf Eheschließungen evangelischer, katholischer und evangelisch-katholischer Ehepaare zusammen	94,3%	84,7%	84,1%
auf Eheschließungen gemeinschaftsloser <sup>2)</sup> Ehepaare	0,7%	3,2%	3,4%
auf Eheschließungen evangelisch-gemeinschaftsloser Ehepaare	2,6%	5,7%	5,9%
auf Eheschließungen katholisch-gemeinschaftsloser Ehepaare	0,9%	3,0%	3,1%
auf Eheschließungen gemeinschaftsloser, evangelisch- gemeinschaftsloser und katholisch-gemeinschaftsloser Ehepaare zusammen	4,2%	11,9%	12,4%
auf Eheschließungen sonstiger <sup>3)</sup> Ehepaare	0,5%	1,1%	1,2%
auf Eheschließungen evangelisch-sonstiger Ehepaare	0,6%	1,0%	1,1%
auf Eheschließungen katholisch-sonstiger Ehepaare	0,4%	0,9%	0,9%
auf Eheschließungen gemeinschaftslos-sonstiger Ehepaare	0,1%	0,3%	0,3%
auf Eheschließungen sonstiger, evangelisch-sonstiger, katholisch-sonstiger und gemeinschaftslos-sonstiger Ehepaare zusammen	1,6%	3,3%	3,5%
Insgesamt	100%	100%	100%

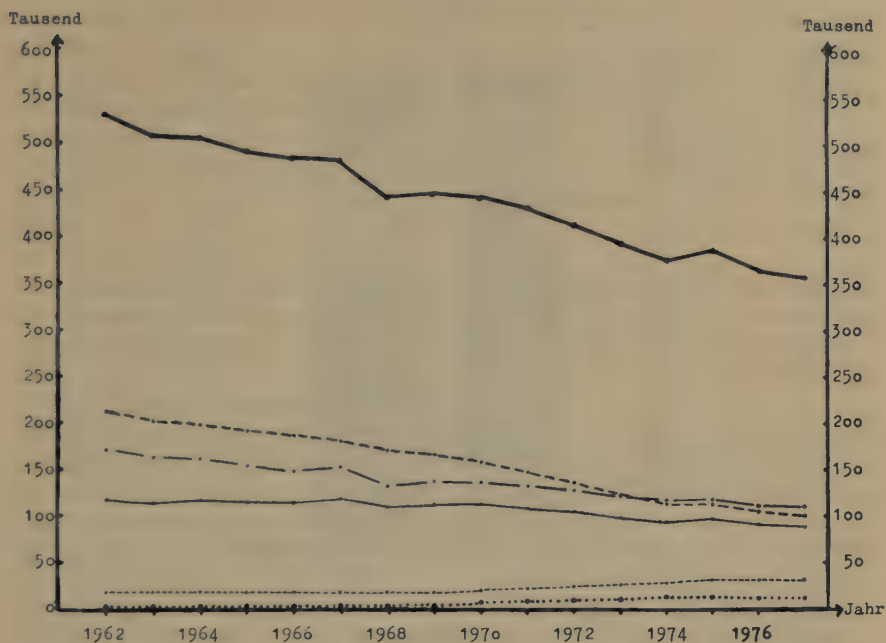
1) Evangelisch-landeskirchlich und evangelisch-freikirchlich.

2) Gemeinschaftslos, freireligiös, ohne Angabe.

3) Unter „sonstig“ sind zusammengefaßt: anders christlich, jüdisch, sonstige Religion.



# Eheschließungen im Bundesgebiet nach der Religionszugehörigkeit der Ehepartner in den Jahren 1962 bis 1977



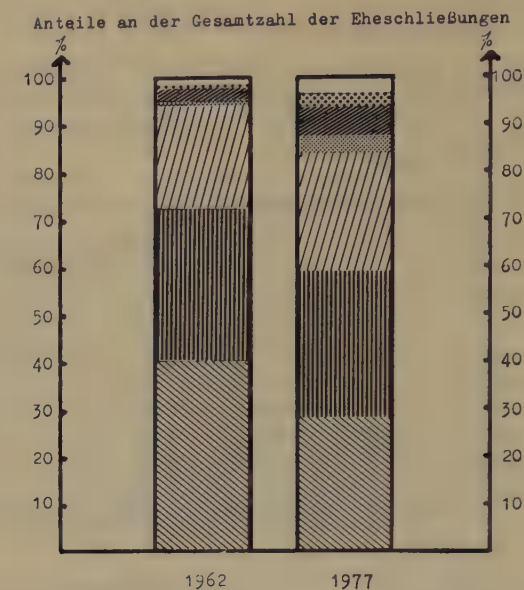
## Eheschließungen

- insgesamt
- - - - - evangelischer <sup>1)</sup> Ehepartner
- · · · · katholischer Ehepartner
- — — — — evangelisch-katholischer Ehepartner
- · · · · gemeinschaftsloser <sup>2)</sup> Ehepartner
- - - - - evangelisch-gemeinschaftsloser und katholisch-gemeinschaftsloser Ehepartner

1) Einschl. evangelisch-freikirchlich.

2) Einschl. freireligiös, ungeklärt und ohne Angabe.

# Eheschließungen im Bundesgebiet nach der Religionszugehörigkeit der Ehepartner in den Jahren 1962 und 1977



Eheschließungen

- evangelischer <sup>1)</sup> Ehepartner
- katholischer Ehepartner
- evangelisch-katholischer Ehepartner
- gemeinschaftsloser <sup>2)</sup> Ehepartner
- evangelisch-gemeinschaftsloser Ehepartner
- katholisch-gemeinschaftsloser Ehepartner
- übriger Ehepartner

1) Einschl. evangelisch-freikirchlich.

2) Einschl. freireligiös, ungeklärt und ohne Angabe.

#### IV. Die Ehescheidungen im Bundesgebiet im 1. Halbjahr 1977 nach der Religionszugehörigkeit der Ehegatten

Infolge der Änderungen im Scheidungsrecht durch das am 1. Juli 1977 in Kraft getretene Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts (1. EheRG) ist für das Jahr 1977 eine Trennung der Zahlen der Ehescheidungen nach altem und neuem Recht erforderlich. Das Statistische Bundesamt hat in der Fachserie 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, Reihe 2.2 „Gerichtliche Ehescheidungen“, S. 12, die Zahlen der Ehescheidungen im 1. Halbjahr 1977 in der Unterteilung nach der Religionszugehörigkeit der Ehegatten veröffentlicht. Die Zahlen wurden in der Kirchenkanzlei der EKD – soweit möglich – im zeitlichen Vergleich ausgewertet.

Im Bundesgebiet wurden im 1. Halbjahr 1977 insgesamt 72959 Ehe geschieden, das waren nur 32,6% weniger als im gesamten Jahr 1976, in dem sich die Zahl der Ehescheidungen auf 108258 belief. Der starke Anstieg der Ehescheidungen wird wahrscheinlich im Zusammenhang mit der bereits im 1. Halbjahr 1977 absehbaren Gesetzesänderung stehen.

In der Untergliederung nach der Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit der Ehepartner zeigt sich, daß in der ersten Jahreshälfte 1977 insgesamt 26350 Ehen evangelischer (evangelisch-landeskirchlicher und evangelisch-freikirchlicher) Paare geschieden wurden, das waren nur 14232 oder 35,1% weniger als im ganzen Jahr 1976. Langfristig ist festzustellen, daß die Zahl der im 1. Halbjahr 1977 geschiedenen evangelischen Ehepaare sogar um 3747 oder 16,6% höher war als im gesamten Jahr 1962. Für die Katholiken ergibt sich demgegenüber eine wesentlich niedrigere Scheidungszahl, aber auch hier ist ein erheblicher Anstieg zu beobachten. So war die Zahl der im 1. Halbjahr 1977 geschiedenen Ehen katholischer Paare ebenfalls nur um gut ein Drittel (– 9032 oder –34,8%) niedriger als in der Zeit von Januar bis Dezember 1976, während sie die entsprechende Zahl im gesamten Jahr 1962 um 6022 oder 55,1% übertraf. Statistisch gesehen kamen auf 100 Scheidungen katholischer Paare 1962 noch 207, im 1. Halbjahr 1977 dagegen 155 Scheidungen evangelischer Paare.

Die Zahl der Ehescheidungen evangelisch-katholischer Paare belief sich im 1. Halbjahr 1977 auf 15886; auch sie erreichte damit rd. zwei Drittel der entsprechenden Ehescheidungen im gesamten Jahr 1976. Das Ausmaß des seit langer Zeit anhaltenden Anstiegs der Ehescheidungen wird hier ebenfalls erst aufgrund eines Vergleiches mit dem Ausgangsjahr 1962 deutlich erkennbar: In den ersten 6 Monaten des Jahres 1977 wurden 4537 (+ 40,0%) mehr Ehen evangelisch-katholischer Paare geschieden als in den 12 Monaten des Jahres 1962.

Zusammenfassend ist für die beiden großen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, daß die Entwicklungen der Ehescheidungen evangelischer, katholischer und evangelisch-katholischer Paare im 1. Halbjahr 1977 verhältnismäßig ähnlich verlaufen sind. Im langfristigen Vergleich ergeben sich jedoch Steigerungen unterschiedlichen Ausmaßes. Bei der Beurteilung dieser unterschiedlichen Tendenzen müssen sowohl die langfristigen Entwicklungen der Ehescheidungen als auch die der Eheschließungen berücksichtigt werden.

Hier zeigt sich folgendes:

1. Obwohl sich das Zahlenverhältnis der Scheidungen von evangelischen zu denen von katholischen Ehen in den vergangenen Jahren erheblich verschoben hat, werden noch immer wesentlich mehr evangelische Ehen geschieden als katholische. Demgegenüber ist die sinkende Tendenz der Eheschließungen zwischen Katholiken erheblich schwächer ausgeprägt als die der Heiraten evangelischer Paare. Für 1976 errechnen sich hierzu gegenüber dem Ausgangsjahr 1962 folgende Vergleichszahlen:

Auf 100 standesamtliche Heiraten katholischer Ehepaare entfielen

1962: 125 und

1976: 94

Eheschließungen evangelischer Ehepaare.

Auf 100 Scheidungen katholischer Ehen kamen

1962: 207 und

1976: 156

Scheidungen evangelischer Paare.

2. Die Zahl der Ehescheidungen evangelisch-katholischer Paare ist langfristig – absolut gesehen – schwächer gestiegen als die Scheidungszahlen evangelischer und katholischer Paare. Dagegen ist für die Heiraten von evangelischen mit katholischen Ehepartnern ein wesentlich geringerer Rückgang zu beobachten als für die Eheschließungen zwischen evangelischen und auch für die zwischen katholischen Partnern. Hier liegen für 1976 gegenüber dem Ausgangsjahr 1962 folgende Vergleichszahlen vor:

Auf 100 standesamtliche Heiraten evangelischer und katholischer Ehepaare zusammen entfielen

1962: 30 und

1976: 42

Eheschließungen evangelisch-katholischer Ehepaare.

Auf 100 Scheidungen evangelischer und katholischer Ehen zusammen kamen

1962: 34 und

1976: 36

Ehescheidungen evangelisch-katholischer Ehepaare.

Die dargestellten unterschiedlichen Entwicklungen lassen erkennen, daß innerhalb der beiden großen Kirchen im Bundesgebiet die Scheidungshäufigkeit bei evangelischen Ehepaaren auch heute noch verhältnismäßig am stärksten ausgeprägt ist. Bei den Katholiken ist sie zur Zeit noch wesentlich niedriger. Die relativ geringste Scheidungshäufigkeit ergibt sich für evangelisch-katholische Ehepaare.

Der verhältnismäßig bei weitem höchste Anstieg errechnet sich wie in den vergangenen Jahren wieder für die Scheidungen von Ehen zwischen Ehepartnern, die statistisch unter die Gruppe „gemeinschaftslos, freireligiös, ohne Angabe“ fallen. Die Zahl der Scheidungen von Ehepaaren der genannten Gruppe belief sich im 1. Halbjahr 1977 auf 8184, das waren über vier Fünftel aller Scheidungen des betreffenden Personenkreises im gesamten Vorjahr bzw. 6802 oder 492,2% mehr als in den 12 Monaten des Ausgangsjahres 1962. Diese Entwicklung muß u.a. im Zusammenhang mit der Entwicklung der Kirchnaustritte



gesehen werden. Vergleichsweise sei darauf hingewiesen, daß die entsprechende Zahl der Eheschließungen 1976 um 7969 oder 208,6% höher war als 1962.

Entsprechend den aufgezeigten, voneinander abweichenden Entwicklungen hat sich die prozentuale Untergliederung der Ehescheidungen nach der Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit der Ehegatten beachtlich verändert. Im einzelnen entfielen von der Gesamtzahl der Ehescheidungen im Bundesgebiet

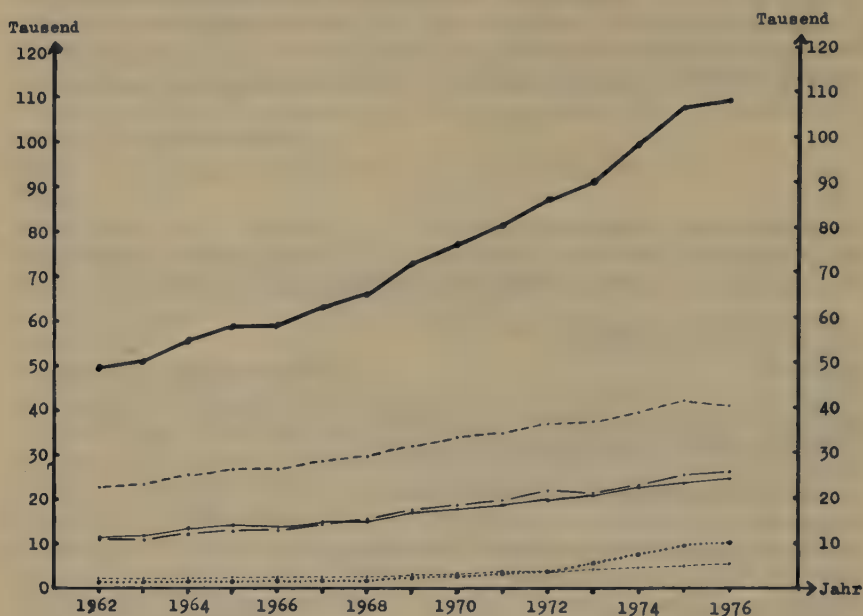
	1962	1975	1976	1977 1. Halb- jahr
auf Ehescheidungen evangelischer <sup>1)</sup> Ehepaare	45,6 %	39,1 %	37,5 %	36,1 %
auf Ehescheidungen katholischer Ehepaare	22,1 %	23,4 %	24,0 %	23,2 %
auf Ehescheidungen evangelisch-katholischer Ehepaare	22,9 %	21,8 %	22,4 %	21,8 %
auf Ehescheidungen evangelischer, katholischer und evangelisch-katholischer Ehepaare zusammen	90,6 %	84,3 %	83,9 %	81,1 %
auf Ehescheidungen gemeinschaftsloser <sup>2)</sup> Ehepaare	2,8 %	9,0 %	9,3 %	11,2 %
auf Ehescheidungen evangelisch-gemeinschaftsloser Ehepaare	3,5 %	3,6 %	3,6 %	4,1 %
auf Ehescheidungen katholisch-gemeinschaftsloser Ehepaare	1,1 %	1,2 %	1,3 %	1,4 %
auf Ehescheidungen gemeinschaftsloser, evangelisch- gemeinschaftsloser und katholisch-gemeinschaftsloser Ehepaare zusammen	7,4 %	13,8 %	14,2 %	16,7 %
auf Ehescheidungen sonstiger <sup>3)</sup> Ehepaare	0,6 %	0,5 %	0,5 %	0,5 %
auf Ehescheidungen evangelisch-sonstiger Ehepaare	0,7 %	0,7 %	0,8 %	0,9 %
auf Ehescheidungen katholisch-sonstiger Ehepaare	0,5 %	0,5 %	0,5 %	0,6 %
auf Ehescheidungen gemeinschaftslos-sonstiger Ehepaare	0,2 %	0,2 %	0,1 %	0,2 %
auf Ehescheidungen sonstiger, evangelisch-sonstiger, katholisch-sonstiger und gemeinschaftslos-sonstiger Ehepaare zusammen	2,0 %	1,9 %	1,9 %	2,2 %
Insgesamt	100 %	100 %	100 %	100 %

1) Evangelisch-landeskirchlich und evangelisch-freikirchlich.

2) Gemeinschaftslos, freireligiös, ohne Angabe.

3) Unter „sonstig“ sind zusammengefaßt: anders christlich, jüdisch, sonstige Religion

# Ehescheidungen im Bundesgebiet nach der Religionszugehörigkeit der Ehepartner in den Jahren 1962 bis 1976



## Scheidungen von Ehen

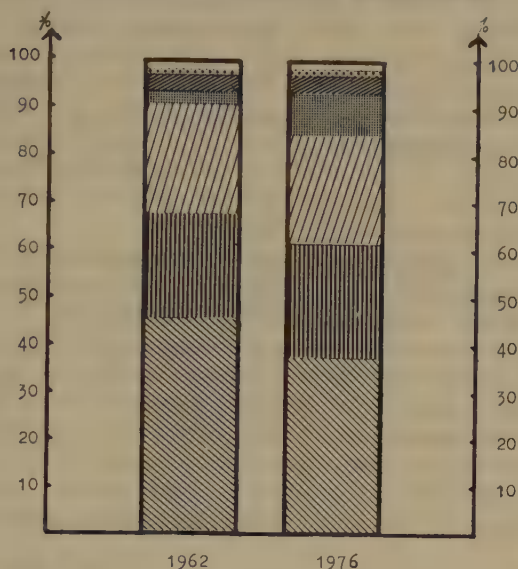
- insgesamt
- - - - - evangelischer<sup>1)</sup> Ehepartner
- katholischer Ehepartner
- evangelisch-katholischer Ehepartner
- gemeinschaftsloser<sup>2)</sup> Ehepartner
- evangelisch-gemeinschaftsloser und katholisch-gemeinschaftsloser Ehepartner

1) Einschl. evangelisch-freikirchlich.

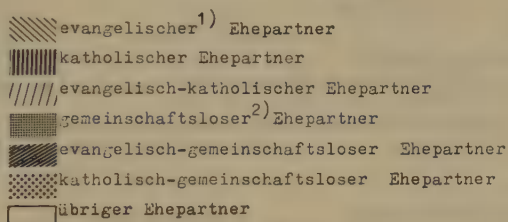
2) Einschl. freireligiös, ungeklärt und ohne Angabe.

# Ehescheidungen im Bundesgebiet nach der Religionszugehörigkeit der Ehepartner in den Jahren 1962 und 1976

Anteile an der Gesamtzahl der Ehescheidungen



Scheidungen von Ehen



1) Einschl. evangelisch-freikirchlich.

2) Einschl. freireligiös, ungeklärt und ohne Angabe.

## V. Die Eheschließungen Geschiedener im Bundesgebiet 1977 nach der Konfessionszugehörigkeit der Ehegatten

Im Bundesgebiet ist im Jahre 1977 die Zahl der Wiederverheiratungen geschiedener evangelischer Personen (einschl. evangelisch-freikirchlicher Personen) nach drei Jahren erstmals wieder leicht zurückgegangen. Insgesamt 51 986 geschiedene evangelische Männer und Frauen sind im Berichtsjahr erneut eine Ehe eingegangen, das waren 1 070 oder 2,0% weniger als 1976. Demgegenüber war die Gesamtzahl der evangelischen Personen, die im Jahre 1977 geheiratet haben, im Vergleich zum vorangegangenen Jahr um 5 190 oder 3,3% niedriger. Gegenüber dem Vorjahr ist also die Zahl der Heiraten evangelischer Personen insgesamt verhältnismäßig etwas stärker zurückgegangen als die entsprechende Zahl der Wiedervermählungen geschiedener Evangelischer.

Die Zahl der Katholiken, die nach der Scheidung erneut geheiratet haben, belief sich im Jahre 1977 auf 36 754 und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig vermindert. Auch hier ergibt sich für die Gesamtzahl der eheschließenden Männer und Frauen eine ausgeprägtere Abnahme als für die Wiederverheiratungen Geschiedener. Während die Zahl der im Jahre 1977 eine Ehe eingegangenen katholischen Personen insgesamt um 6 224 oder 1,9% niedriger war als im vorangegangenen Jahr, betrug der entsprechende Rückgang der Wiedervermählungen geschiedener Katholiken nur 253 oder 0,7%.

Langfristig zeigen sich zwischen den Entwicklungen der Eheschließungen insgesamt und denen der Neuvermählungen Geschiedener erhebliche Unterschiede:

	Veränderung gegenüber 1964	
	Zahl	%
Gesamtzahl der eheschließenden		
Evangelischen 1977: 317 738	- 212 130	- 40,0
darin enthalten		
Zahl der Wiederverheiratungen		
geschiedener Evangelischer 1977: 51 986	+ 4 227	+ 8,9
Gesamtzahl der eheschließenden		
Katholiken 1977: 324 876	- 119 971	- 27,0
darin enthalten		
Zahl der Wiederverheiratungen		
geschiedener Katholiken 1977: 36 754	+ 10 488	+ 39,9

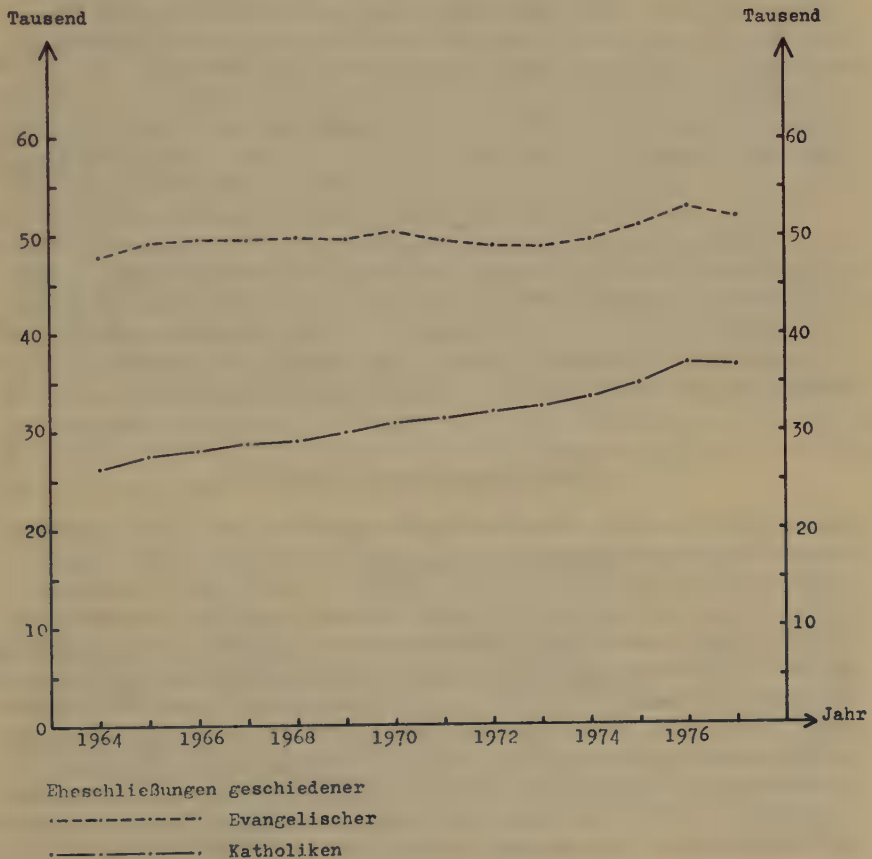
Die aufgeführten Vergleiche ergeben deutlich, daß innerhalb der Gesamtzahl der eheschließenden Evangelischen und Katholiken den Wiederverheiratungen Geschiedener eine zahlenmäßig steigende Bedeutung zukommt. Dementsprechend erhöhte sich im Zeitraum 1964 bis 1977 der Anteil der Personen, die nach der Scheidung abermals geheiratet haben, an der Zahl aller eheschließenden Personen bei den Evangelischen von 9,0% auf 16,4% und bei den Katholiken von 5,9% auf 11,3%.

Im regionalen Vergleich ist für beide Konfessionen festzustellen, daß die Anteile der Geschiedenen an den Eheschließungen in großstädtischen Ballungsräumen am höchsten sind.



Wie weitere Vergleiche zwischen den Konfessionen zeigen, sind die Zahlen der Wiederverheiratungen geschiedener Katholiken auch jetzt noch niedriger als die der Neuvermählungen geschiedener Evangelischer. Dies dürfte vor allem auf die geringere Scheidungshäufigkeit katholischer Ehepartner zurückzuführen sein. Dabei hat sich allerdings das Zahlenverhältnis zwischen den beiden Konfessionen im Laufe der Jahre verändert. Auf jeweils 100 geschiedene Katholiken, die im Berichtsjahr erneut die Ehe geschlossen haben, kamen 141 wieder eine Ehe eingehende geschiedene Evangelische gegenüber 182 im Ausgangsjahr 1964, dem ersten Jahr, für das voll vergleichbare Zahlen der Wiedervermählungen Geschiedener in der Untergliederung nach der Konfessionszugehörigkeit der Ehegatten vorliegen.

Eheschließungen Geschiedener im Bundesgebiet  
nach der Konfessionszugehörigkeit der Ehegatten  
in den Jahren 1964 bis 1977



## VI. Ergebnisse der Statistik über das kirchliche Leben in den Gliedkirchen der EKD im Jahre 1977

In den 10648 Kirchengemeinden der 17 Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wurden für das Jahr 1977 wie in den Vorjahren diejenigen Äußerungen des kirchlichen Lebens, die sinnvoll gezählt, aufbereitet und verglichen werden können, auf der Grundlage eines einheitlichen Fragebogens statistisch erfaßt.

Das angefallene Zahlenmaterial wurde nahezu nach den gleichen Merkmalen aufbereitet wie in den beiden vorangegangenen Jahren und ist im einzelnen aus den im Anschluß an diesen Text abgedruckten Tabellen 1 bis 10 ersichtlich. Diese Tabellen waren bisher nach den 20 und sind jetzt aufgrund des am 1. Januar 1977 erfolgten Zusammenschlusses der vier norddeutschen Landeskirchen Eutin, Hamburg, Lübeck und Schleswig-Holstein zur Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche nach den 17 Gliedkirchen der EKD unterteilt.

Hinsichtlich des Aussagewertes der vorliegenden Analyse und der in den Tabellen aufgeführten Zahlen müssen die Grenzen der Statistik beachtet werden. Sie zeigen sich einmal darin, daß nicht sämtliche, sondern nur diejenigen Äußerungen des kirchlichen Lebens statistisch erfaß- und auswertbar sind, die sinnvoll gezählt werden können. Auch können die Zahlen in Hinblick auf die ihnen zugrunde liegenden Motive nicht gewertet werden. So ist z.B. statistisch gesehen Taufe gleich Taufe, d.h. aus der Gesamtzahl der Taufen ist nicht erkennbar, ob und inwieweit Eltern ihre Kinder aus christlichem Glauben oder aus überkommener Sitte taufen lassen. Zum anderen ist darauf hinzuweisen, daß es sich bei den im Text und in den Tabellen ausgewiesenen Verhältniszahlen (z.B. Taufen in Prozent der Geburten, Trauungen in Prozent der Eheschließungen, Gottesdienstbesucher in Prozent der Kirchenmitglieder) um Durchschnittswerte für jede Gliedkirche bzw. um Durchschnittswerte für den Gesamtbereich der EKD handelt. Diese Verhältniszahlen liegen in den einzelnen Regionen der Gliedkirchen teils über teils unter den errechneten Durchschnittswerten.

### *1. Kirchenmitglieder (Tabelle 1)*

Die nach dem Stand der letzten Volkszählung vom 27. Mai 1970 ermittelten Zahlen der Kirchenmitglieder in den Landeskirchen werden in der Kirchenkanzlei der EKD mit Hilfe der Gliedkirchen, der Statistischen Landesämter und der Kirchlichen Gemeinschaftsstelle für elektronische Datenverarbeitung jährlich fortgeschrieben. Nach den Ergebnissen dieser Fortschreibung belief sich die Zahl der Kirchenmitglieder im Gesamtbereich der EKD Ende 1977 auf rd. 26,7 Mio., das waren rd. 0,2 Mio. oder 0,8% weniger als Ende 1976. Im Vergleich zum Stichtag der letzten Volkszählung (27. Mai 1970) war die Zahl der Kirchenmitglieder um rd. 1,8 Mio. oder 6,2% niedriger. Dieser Rückgang ergibt sich aus dem Überschuß der Kircheng Austritte gegenüber den Aufnahmen, Übertritten und Wiederaufnahmen sowie aus der vor allem durch den Geburtenrückgang bedingten Abnahme der Taufen, die dazu geführt hat, daß die Zahl der

Verstorbenen die der Taufen weit übersteigt. Dabei zeigt sich im einzelnen, daß in den Jahren 1970 bis 1974 der Überschuß der Austritte gegenüber den Aufnahmen, Übertritten und Wiederaufnahmen höher war als der Überschuß der Zahl der Verstorbenen gegenüber der der Taufen. Demgegenüber ist seit 1975 infolge der in den Jahren 1975/76 rückläufigen Tendenz der Kirchnaustritte und der wieder ansteigenden Zahlen der Auf- und Wiederaufnahmen der Überschuß der Zahl der Verstorbenen gegenüber der der Taufen höher als der Saldo Kirchnaustritte ./. Aufnahmen, Übertritte und Wiederaufnahmen.

## 2. Taufen (Tabelle 2)

### A. Evangelische Taufen

Im Jahre 1977 wurden in den 17 Gliedkirchen der EKD insgesamt 217249 Kinder im Alter bis zum vollendeten 14. Lebensjahr getauft. Die Zahl der Taufen hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (217540) nur geringfügig verändert. Nachdem sich die seit 1967 zu beobachtende Abnahme der Taufen in den Jahren 1974/75 zwar noch fortgesetzt, aber bereits wesentlich abgeschwächt hatte, ist die rückläufige Entwicklung in den Jahren 1976/77 zum Stillstand gekommen. Ob es sich hierbei um ein Ende des Rückgangs der Taufen oder nur um eine vorübergehende Unterbrechung dieses Rückgangs handelt, läßt sich zur Zeit noch nicht absehen. Ein Vergleich mit dem Ausgangsjahr 1963 ergibt, daß die Abnahme der Taufen verhältnismäßig fast ebenso stark ausgeprägt war wie die der Geburten. Wie bereits im Statistischen Bericht II dieses Jahrbuches ausgeführt wurde, liegen über die Entwicklung, die Gründe und die Auswirkungen des Geburtenrückganges mehrere Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes und damit in engem Zusammenhang der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft sowie der Statistischen Landesämter vor. Zu nennen ist hierbei auch der Aktuelle Kommentar Nr. 3 der Kammer der EKD für soziale Ordnung, der am 14. März 1978 unter dem Titel „Bevölkerungspolitik und Rentenlast“ veröffentlicht wurde. Auch in der Tagespresse wurde zu den Fragen des Geburtenrückganges wiederholt Stellung genommen.

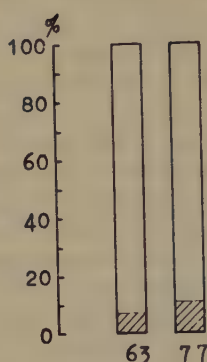
### Geburten und evangelische Taufen 1963, 1976 und 1977


Jahr	Zahl	Geburten <sup>1)</sup> Rückgang gegenüber 1963	Zahl	Evangelische Taufen Rückgang gegenüber 1963	Auf 100 Geburten <sup>1)</sup> entfielen ... Taufen	
		1963		1963	einschl. Spättaufen	ohne
1963	611 783		475 583		78	72
1976	293 474	– 52,0 %	217 540	– 54,3 %	74	66
1977	283 351	– 53,7 %	217 249	– 54,3 %	77	68

1) Von Kindern evangelischer Eltern und von Kindern mit einem evangelischen Elternteil.

Statistisch gesehen kamen 1977 auf 100 Geburten von Kindern evangelischer Eltern und von Kindern mit einem evangelischen Elternteil 77 evangelische Taufen, gegenüber 78 im Jahre 1963. Hierbei zeigt sich allerdings, daß Kinder in zunehmenden Maße nicht mehr im Jahr der Geburt, sondern später getauft werden. So stieg der Anteil der sog. „Spättaufen“ (Taufen von Kindern nach vollendetem 1. bis zum 14. Lebensjahr) an der Gesamtzahl der Kindertaufen von 7,4% im Jahre 1963 auf 11,7% im Berichtsjahr. Aufgrund der zeitlichen Verschiebung der Taufe wird der auf jeweils ein Jahr bezogene zahlenmäßige Vergleich zwischen Geburten und Taufen immer problematischer.

Evangelische Taufen und „Spättaufen“ von Kindern evang. Eltern und von Kindern mit einem evang. Elternteil in den Gliedkirchen der EKD 1963 und 1977



Die Säulen stellen die evang. Taufen (100%), die  schraffierten Felder die entsprechenden Anteile der „Spättaufen“ dar.

Hinsichtlich des Zeitpunktes der Taufe läßt die Unterteilung nach den einzelnen Gliedkirchen und innerhalb dieser nach Regionen erkennen, daß vor allem in Großstädten und deren Einzugsbereichen Kinder zunehmend nicht mehr im Jahr der Geburt, sondern später getauft werden; dabei verschiebt sich die Taufe teilweise bis zu einem Zeitpunkt unmittelbar vor der Konfirmation. Verhältnismäßig hoch ist der Anteil der sog. „Spättaufen“ an der Gesamtzahl der Kindertaufen vor allem in den Großstadtkirchen Berlin (32,6%) und Bremen (25,7%). Demgegenüber spielen die sog. „Spättaufen“ in Gebieten mit überwiegend ländlicher Struktur zahlenmäßig keine große Rolle.

Um die Ergebnisse der Taufstatistik analysieren zu können, ist es notwendig, die Entwicklungen der Geburten und der Taufen getrennt nach der Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit der Eltern darzustellen und miteinander zu vergleichen. Diese Entwicklungen sind unterschiedlich verlaufen:



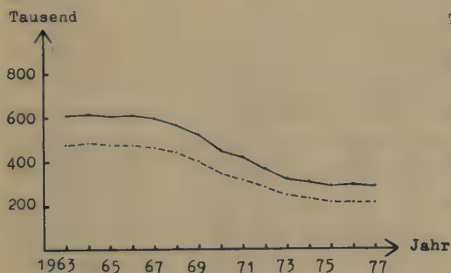
# Evangelische Taufen (einschl. „Spätaufgaben“) und Taufziffern in den Jahren 1963, 1976 und 1977

Religions- bzw. Konfessions- zugehörigkeit der Eltern	Zahl der getauften Kinder im Alter unter 14 Jahren			Auf 100 Geburten entfielen ... Taufen			Veränderung der Geburten und Taufen 1977 gegenüber 1963	
	1963	1976	1977	1963	1976	1977	Geburten	Taufen
evang.-evang.	373872	151231	147893	96	98	99	- 62,9%	- 60,4%
evang.-kath.	71246	46475	47930	41	46	49	- 43,5%	- 32,7%
evang.-anders christl.	2582	2624	2684	47	51	50	- 1,7%	+ 4,0%
evang.-sonst. alleinsteh.	9199	8653	10119	70	50	57	+ 34,7%	+ 10,0%
evang. Mütter	17090	6429	6421	60	38	38	- 41,4%	- 62,4%
Insgesamt <sup>1)</sup>	475583	217540	217249	78	74	77	- 53,7%	- 54,3%

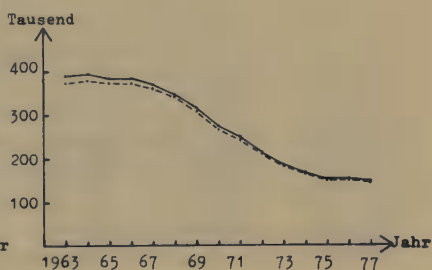
1) Einschl. der Taufen von Kindern sonstiger Eltern.

## Geburten und evangelische Taufen in den Gliedkirchen der EKD 1963 bis 1977

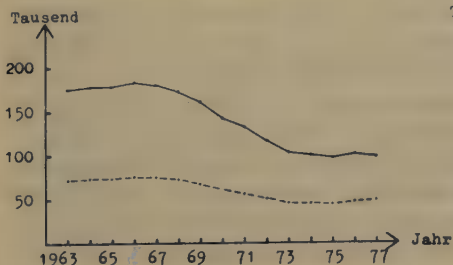
von Kindern evang. Eltern und  
von Kindern mit einem evang.  
Elternteil



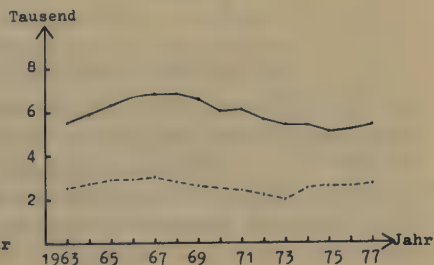
von Kindern evang. Eltern

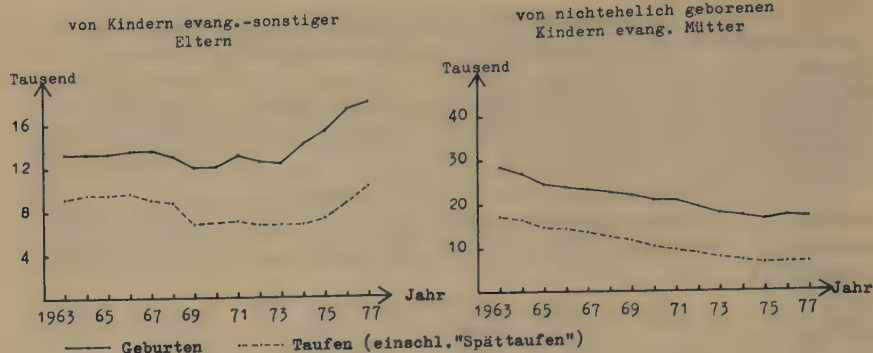


von Kindern evang.-kath. Eltern

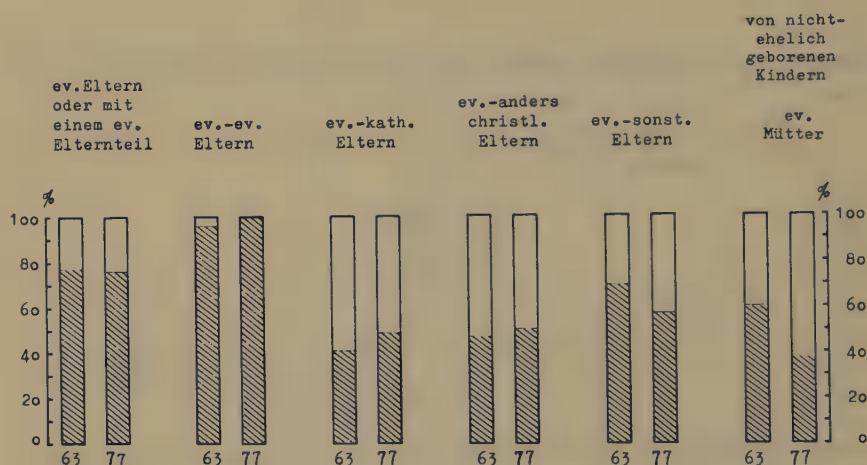


von Kindern evang.-anders  
christl. Eltern





## Geburten und evangelische Taufen in den Gliedkirchen der EKD 1963 und 1977 von Kindern



Die Säulen stellen die Geburten (100%), die schraffierten Felder die entsprechenden Anteile der evangelischen Taufen (einschl. "Spättaufen") dar.

### a) Taufen von Kindern evangelischer Eltern

Im Jahre 1977 wurden im Gesamtbereich der EKD 147893 Kinder evangelischer Ehepaare getauft, das waren 3338 oder 2,2% weniger als im Vorjahr. Der seit 1967 festzustellende Rückgang der Taufen von Kindern evangelischer Eltern hat damit weiter angehalten, er war aber – wie schon für 1976 ermittelt – wesentlich schwächer ausgeprägt als in der Zeit bis 1975. Ähnlich wie bei der Entwicklung der Gesamtzahl aller Taufen ergibt sich auch hier, daß

Taufen und Geburten fast im gleichen Verhältnis abgenommen haben. Während im Jahre 1977 die Zahl der Geburten von Kindern aus evangelischen Ehen um 245150 oder 62,9% unter der im Ausgangsjahr 1963 lag, errechnet sich für die entsprechende Zahl der Taufen eine Verminderung um 225979 oder 60,4%. Ein sich über mehrere Jahre erstreckender zahlenmäßiger Vergleich zwischen Geburten und Taufen führt – ähnlich den in früheren Jahren durchgeführten Untersuchungen – zu dem Ergebnis, daß im Gesamtbereich aller Gliedkirchen der EKD nach wie vor nahezu alle Kinder evangelischer Eltern im Jahr der Geburt oder später getauft werden. Dies gilt allerdings nicht in den Großstadtkirchen Berlin und Bremen, in denen die Taufziffer, d.h. die Zahl der Taufen im Verhältnis zur Zahl der Geburten, im Berichtsjahr 81% bzw. 83% betrug. Für andere Großstädte ergeben sich teilweise niedrigere, teilweise aber auch ähnliche Taufziffern wie im EKD-Durchschnitt. Demgegenüber liegen in einigen Gliedkirchen die Taufziffern rechnerisch sogar über 100%, was u.a. durch die sog. „Spätauf“ bedingt ist. Einschränkung ist jedoch zu dem Aussagewert der Taufziffern ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß Zahlenvergleiche zwischen Geburten und Taufen letztlich nur für den Gesamtbereich der EKD und für einige große Landeskirchen möglich sind. Entsprechende Vergleiche für einzelne Städte oder Regionen sowie für mittlere oder kleinere Landeskirchen sind vielfach schwierig bzw. unmöglich, weil kirchliche und kommunale Grenzen häufig nicht übereinstimmen. Zusätzlich erschwert werden Geburten-Tauf-Vergleiche durch die nicht seltenen Fälle, in denen der Wohnsitz der Eltern zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes und die Kirchengemeinde, in der das Kind getauft wurde, nicht in der gleichen Region bzw. nicht einmal in der gleichen Landeskirche liegen.

Die Zahl der Taufen von nichtehelich geborenen Kindern evangelischer Mütter betrug im Berichtsjahr 6421 und ist damit gegenüber dem Vorjahr (6429) so gut wie unverändert geblieben. Langfristig zeigt sich hier allerdings für die Taufen ein wesentlich stärkerer Rückgang als für die Geburten. Auf 100 Geburten von nichtehelich geborenen Kindern evangelischer Mütter kamen im Gesamtdurchschnitt der EKD 1963 noch 60, 1977 dagegen nurmehr 38 Taufen. Im regionalen Vergleich weichen bei unterschiedlichen Verhältnissen im einzelnen die entsprechenden Taufziffern gegenüber dem EKD-Durchschnitt in Ballungsräumen vielfach erheblich nach unten, in anderen Bereichen hingegen nach oben ab.

#### *b) Taufen von Kindern aus evangelisch-katholischen Ehen*

Innerhalb der Gesamtzahl der Taufen von Kindern aus konfessions- oder glaubensverschiedenen Ehen entfällt der weitaus größte Teil, allein rd. 79%, auf Taufen von Kindern mit einem evangelischen und einem katholischen Elternanteil. Insgesamt 47930 Kinder aus evangelisch-katholischen Ehen wurden 1977 in einer evangelischen Kirche getauft; im Vergleich zum vorangegangenen Jahr bedeutet das eine leichte Zunahme, nämlich um 1455 oder 3,1%. In der Entwicklung von Jahr zu Jahr ist festzustellen, daß sich der 1967 einsetzende und Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre verstärkt fortsetzende Rückgang der Taufen von Kindern evangelisch-katholischer Eltern ab 1974 erheblich abgeschwächt

hat; in den Jahren 1976/77 ist erstmals sogar ein leichter Wiederanstieg zu beobachten. Diese Entwicklung erklärt sich einerseits durch die entsprechende Entwicklung der Geburten, andererseits zeigt sich aber auch deutlich, daß die evangelischen Taufen von Kindern evangelisch-katholischer Ehepaare zahlenmäßig eine langsam, aber ständig wachsende Bedeutung erlangen. Auf 100 lebendgeborene Kinder aus evangelisch-katholischen Ehen kamen im Berichtsjahr fast 49 in evangelischen Kirchen getaufte Kinder evangelisch-katholischer Ehepaare; im Ausgangsjahr 1963 waren es nahezu 41. Auch hier zeichnen sich regional teilweise bemerkenswerte Unterschiede ab: so ist die Zahl der evangelisch getauften Kinder evangelisch-katholischer Eltern im Verhältnis zu der entsprechenden Zahl der Geburten in der Gliedkirche Schaumburg-Lippe mit 79% am höchsten und in der Gliedkirche Nordwestdeutschland mit 38% am geringsten. In den übrigen Gliedkirchen schwanken diese Verhältniszahlen zwischen 41% in Berlin und 64% in Nordelbien.

#### *c) Taufen von Kindern aus evangelisch-anders christlichen Ehen*

Bei den Taufen von Kindern aus evangelisch-anders christlichen Ehen handelt es sich vor allem um Kinder mit einem evangelischen Elternteil, während der andere Elternteil einer evangelischen Freikirche, den orthodoxen Kirchen oder der altkatholischen Kirche angehört. 2684 Kinder von Ehepaaren, die statistisch unter der Gruppe „evangelisch-anders christlich“ zusammengefaßt sind, wurden 1977 in evangelischen Kirchen getauft. Ähnlich wie in den drei vorangegangenen Jahren kann auch für 1977 davon ausgegangen werden, daß rd. die Hälfte der aus diesen Ehen geborenen Kinder evangelisch getauft werden.

#### *d) Taufen von Kindern aus evangelisch-sonstigen Ehen*

Der statistisch als „evangelisch-sonstige Eltern“ ausgewiesene Personenkreis setzt sich zum überwiegenden Teil aus evangelisch-gemeinschaftslosen Ehepaaren zusammen. Die Zahl der Taufen von Kindern des genannten Personenkreises belief sich im Berichtsjahr auf 10119, das waren 1466 oder 16,9% mehr als 1976. Die Bereitschaft evangelisch-gemeinschaftsloser Ehepaare, ihre Kinder evangelisch taufen zu lassen, die sich über einen längeren Zeitraum hinweg erheblich vermindert hatte, scheint in den Jahren 1976/77 wieder beachtlich gestiegen zu sein. Das ergibt sich aus folgendem Vergleich: Auf jeweils 100 lebendgeborene Kinder „evangelisch-sonstiger“ Eltern kamen

1963: 70

1975: 47

1976: 50

1977: 57

entsprechende Taufen in evangelischen Kirchen.

Aufgrund der dargestellten unterschiedlichen Entwicklungen hat sich die anteilmäßige Zusammensetzung der Geburten und Taufen nach der Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit der Eltern an der Gesamtzahl der Geburten und Taufen weiterhin verändert. Im einzelnen entfielen von der Gesamtheit der



	Geburten von Kindern mit einem oder zwei evan- gelischen Elternteilen			Taufen in evangelischen Kirchen		
	1963	1976	1977	1963	1976	1977
auf Kinder						
evang. Eltern	63,6 %	52,3 %	51,1 %	78,7 %	69,5 %	68,1 %
evang.-kath. Eltern	28,6 %	34,2 %	34,8 %	15,0 %	21,4 %	22,1 %
evang.-anders christl. Eltern	0,9 %	1,8 %	1,9 %	0,5 %	1,2 %	1,2 %
evang.-sonstiger Eltern	2,2 %	5,9 %	6,3 %	1,9 %	4,0 %	4,7 %
alleinsteh. evang. Mütter	4,7 %	5,8 %	5,9 %	3,6 %	3,0 %	3,0 %
sonstiger Eltern	—	—	—	0,3 %	1,0 %	1,0 %
Zusammen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

## B. Taufen in christlichen Kirchen zusammen

Auch für 1977 war es wieder möglich, Vergleiche der Zahlen der Geburten mit denen der Kindertaufen (einschl. der sog. „Spätaufgaben“) fast aller christlichen Kirchen zu erstellen. Hierzu wurde das umfangreiche Zahlenmaterial aus dem Bereich der EKD, der Katholischen Kirche, der Griechisch-Orthodoxen Metropolie von Deutschland und der Evangelischen Freikirchen im Bundesgebiet (soweit von ihnen Zahlen zu erhalten waren) sowie die Ergebnisse der Bundes- und Länderstatistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung in der Untergliederung nach der Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit ausgewertet. Diese Vergleiche führten zu folgenden Ergebnissen, deren Aussagewert allerdings durch die steigende Bedeutung der Taufen von Kindern nach vollendetem 1. bis zum 14. Lebensjahr etwas beeinträchtigt wird:

### a) Evangelisch-katholische Taufziffern

a 1) Die evangelisch-katholische Taufziffer (Zahl der in evangelischen und katholischen Kirchen getauften Kinder evangelischer, katholischer und evangelisch-katholischer Eltern einschl. der Taufen von nichtehelich geborenen Kindern evangelischer und katholischer Mütter in Prozent der entsprechenden Zahl der Geburten) betrug

1963	1976	1977
97 %	93 %	95 %

Von 1976 auf 1977 war der Rückgang bei den Taufen schwächer ausgeprägt als bei den Geburten, was zu einer Erhöhung der Taufziffer führte. Die Ursache für die gegenüber 1963 festzustellende geringfügige Abnahme der evangelisch-katholischen Taufziffer liegt in der im Vergleich zum Ausgangsjahr rückläufigen Bereitschaft alleinstehender evangelischer und katholischer Mütter, ihre Kinder taufen zu lassen.

a 2) Die Addition der Geburten von Kindern  
evangelischer Eltern  
katholischer Eltern

evangelisch-katholischer Eltern  
 alleinstehender evangelischer und katholischer Mütter  
 evangelisch-anders christlicher Eltern  
 evangelisch-sonstiger Eltern  
 katholisch-anders christlicher Eltern  
 katholisch-sonstiger Eltern

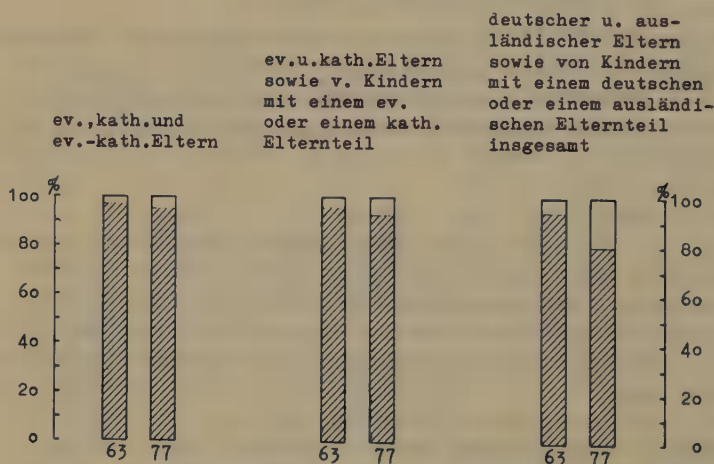
ergibt die Gesamtzahl der Geburten von Kindern evangelischer und katholischer Eltern sowie von Kindern mit einem evangelischen bzw. einem katholischen Elternteil. Legt man diese Gesamtzahl (sie kann statistisch gesehen als „evangelisch-katholisches Taufpotential“ bezeichnet werden) zugrunde, so errechnen sich für die Taufen in evangelischen und katholischen Kirchen folgende Prozentzahlen:

1963	1976	1977
96%	90%	93%.

Der bis Mitte der 70er Jahre anhaltende Rückgang der auf der Basis des „evangelisch-katholischen Taufpotentials“ ermittelten Taufziffer ist neben der bereits unter a 1) erwähnten Ursache vor allem auf die Entwicklung der Geburten und Taufen von Kindern aus evangelisch-sonstigen und katholisch-sonstigen Ehen zurückzuführen. Hierbei handelt es sich zum größten Teil um Kinder evangelisch-gemeinschaftsloser und katholisch-gemeinschaftsloser Ehepaare. Von ihnen wurde bei steigenden Geburtenzahlen bis 1975 ein ständig geringer werdender

### Geburten und evangelische sowie katholische Taufen in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) 1963 und 1977

#### von Kindern



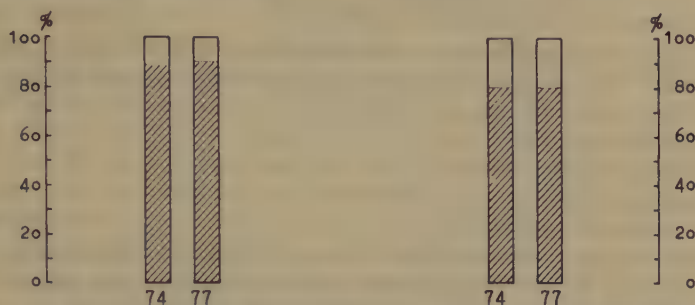
Die Säulen stellen die Geburten (100%), die schraffierten Felder die entsprechenden Anteile der evangelischen und der katholischen Taufen dar.

# Geburten und christliche Taufen in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) 1974 und 1977

## von Kindern

christlicher Eltern sowie  
von Kindern mit einem  
christlichen Elternteil

deutscher und ausländischer  
Eltern sowie von Kindern  
mit einem deutschen oder  
ausländischen Elternteil  
insgesamt



Die Säulen stellen die Geburten (100%), die schraffierten Felder die entsprechenden Anteile der christlichen Taufen dar.

Teil evangelisch oder katholisch getauft. Demgegenüber ist die Zahl der Taufen von Kindern dieser Elterngruppe in den Jahren 1976/77 erstmals wieder bemerkenswert gestiegen.

a 3) Selbstverständlich werden die unter a 2) errechneten Anteile wesentlich geringer, wenn die Zahlen der evangelischen und katholischen Taufen mit der Gesamtzahl aller im Bundesgebiet Geborenen, also einschließlich der lebendgeborenen Kinder, die nicht zum „evangelisch-katholischen Taufpotential“ gehören, verglichen wird. So betrug die Zahl der in evangelischen und katholischen Kirchen getauften Kinder im Verhältnis zur Zahl aller in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) Geborenen

1963	1976	1977
94%	77%	80%

Der Rückgang dieser Taufziffer im Vergleich zum Ausgangsjahr 1963 erklärt sich vorwiegend aus dem im Gegensatz zur allgemeinen Geburtenentwicklung bis 1975 festzustellenden Anstieg der Geburten von Kindern nichtchristlicher Eltern, der wiederum in erster Linie durch die Zuwanderung ausländischer nichtchristlicher Gastarbeiter und ihrer Familienangehörigen in das Bundesgebiet und durch die im Vergleich zu deutschen Frauen höhere Geburtenhäufigkeit türkischer Frauen bedingt ist. So erhöhte sich die Zahl der Geburten von Kindern türkischer Eltern und deren Anteil an der Gesamtzahl der Geburten im Bundesgebiet von 405 oder 0% im Jahre 1963 auf 37 739 oder 6,5% im

Jahre 1977. Daneben ist die Geburtenzunahme von Kindern nichtchristlicher Eltern auch auf die bis 1974 wachsende Zahl der Kirchaustritte vornehmlich jüngerer Personen in den Jahren 1967 bis 1974 zurückzuführen. Von 1963 bis 1977 stieg die Zahl der Geburten von Kindern gemeinschaftsloser und freireligiöser Eltern von 7376 oder 0,7% auf 22663 oder 3,9% aller im Bundesgebiet geborenen Kinder. Schließlich sind hier auch noch einmal die bereits vorher aufgeführten Gründe zu nennen.

### *b) Christliche Taufziffern*

b 1) Analog den Ausführungen zur Ermittlung des „evangelisch-katholischen Taufpotentials“ kann die Summe der im Bundesgebiet geborenen Kinder, deren Eltern oder von denen zumindest ein Elternteil

den Gliedkirchen der EKD

der Katholischen Kirche

den Evangelischen Freikirchen oder

den Orthodoxen Kirchen.

angehören, statistisch gesehen als „christliches Taufpotential“ bezeichnet werden. Die Zahl der christlich getauften Kinder erreichte in den Jahren

1974	1976	1977
------	------	------

89%	88%	90%
-----	-----	-----

der Zahl der Geburten von Kindern christlicher Eltern sowie von Kindern mit einem christlichen Elternteil. Im Gegensatz zu den evangelisch-katholischen Taufziffern, für die als Ausgangsjahr das Jahr 1963 dient, kann bei der Errechnung der christlichen Taufziffern erst von dem Jahr 1974 ausgegangen werden, weil für 1974 erstmals voll vergleichbare Taufzahlen aus nahezu allen christlichen Kirchen, in denen die Kindertaufe die Regel ist, vorliegen.

b 2) Vergleicht man die Zahl der in christlichen Kirchen getauften Kinder mit der Zahl aller im Bundesgebiet Geborenen, also einschließlich der nicht zum „christlichen Taufpotential“ zählenden Kinder, so errechnen sich für die Taufen folgende Anteile an den Geburten:

1974	1976	1977
------	------	------

80%	78%	80%.
-----	-----	------

### *3. Konfirmationen (Tabelle 3)*

Insgesamt 450622 Jungen und Mädchen wurden 1977 in den Kirchengemeinden der Gliedkirchen der EKD konfirmiert. Ähnlich der Entwicklung in den vorangegangenen Jahren ist die Zahl der Konfirmierten damit abermals leicht gestiegen, was sich aus der Anfang der 60er Jahre noch anhaltenden Geburten- und Taufzunahme erklärt. Ein Vergleich mit den Taufen zeigt, daß rd. 95% der im Jahre 1963 evangelisch getauften Kinder (Kinder evangelischer Eltern und Kinder mit einem evangelischen Elternteil) im Jahre 1977 konfirmiert wurden.



## 4. Trauungen (Tabelle 4)

### A. Evangelische Trauungen

Der seit langem zu beobachtende, Jahr für Jahr anhaltende Rückgang der evangelischen Trauungen hat sich 1977 erheblich abgeschwächt. Nach den von den 10648 Kirchengemeinden gemeldeten Zahlen wurden im Berichtsjahr 97096 Ehepaare in einer evangelischen Kirche getraut, das waren nur 2263 oder 2,3% weniger als 1976. Die Zahl der standesamtlichen Eheschließungen von evangelischen Paaren und von Paaren mit einem evangelischen Ehepartner ist gegenüber dem Vorjahr fast im gleichen Verhältnis gesunken (– 2,8%). Im langfristigen Vergleich zeigt sich allerdings, daß die Trauungen in erheblich stärkerem Umfang zurückgegangen sind als die vor dem Standesamt geschlossenen Ehen. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß in der Zahl der standesamtlichen Eheschließungen auch die der Wiederverheiratungen Geschiedener enthalten ist; ihr Anteil an der Gesamtzahl der Eheschließungen von evangelischen Paaren und von Paaren mit einem evangelischen Ehepartner hat sich von 1963 bis 1977 von 15,5% auf 26,1% erhöht. Demgegenüber ist der Anteil von evangelischen Trauungen, bei denen ein oder beide Ehepartner geschieden waren, an der Gesamtzahl der evangelischen Trauungen im gleichen Zeitraum nur von 4,3% auf 7,9% gestiegen. Insgesamt gesehen führt der langfristige Vergleich zwischen Eheschließungen und Trauungen zu folgenden Ergebnissen:

#### Eheschließungen und evangelische Trauungen 1963, 1976 und 1977

Jahr	Eheschließungen <sup>1)</sup>		Evangelische Trauungen		Von 100 Ehepaaren <sup>1)</sup> die standesamtlich die Ehe geschlossen haben, wurden evangelisch getraut einschl. ohne Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener	
	Zahl	Rückgang gegenüber 1963	Zahl	Rückgang gegenüber 1963		
1963	326 222		203 891		63	70
1976	218 005	– 33,2%	99 359	– 51,3%	46	57
1977	211 948	– 35,0%	97 096	– 52,4%	46	57

1) Von evangelischen Paaren und von Paaren mit einem evangelischen Ehepartner.

Einzelheiten über die Entwicklung der Eheschließungen in der Untergliederung nach der Religionszugehörigkeit der Ehegatten im Zeitraum 1962 bis 1977 enthält der statistische Bericht III dieses Jahrbuches.

In diesem Zusammenhang wird insbesondere hingewiesen auf die Erklärung der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) zur Ehe vom 23. Oktober 1978, auf die Entschließung der Generalsynode der VELKD zu „Ehe und Familie“ gerichtet an die Parlamente und Regierungen des Bundes und der Länder vom 26. Oktober 1978 und auf den

Beschluß der Generalsynode der VELKD zu Fragen der Ehe vom 26. Oktober 1978 (Amtsblatt der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, 1978, S. 144f.). Mit dem Rückgang der kirchlichen Trauungen befaßte sich Karl-Fritz Daiber in seinem Aufsatz „Mehr Ehen ohne Trauung“ in „Lutherische Monatshefte“, 1978, S. 583f.

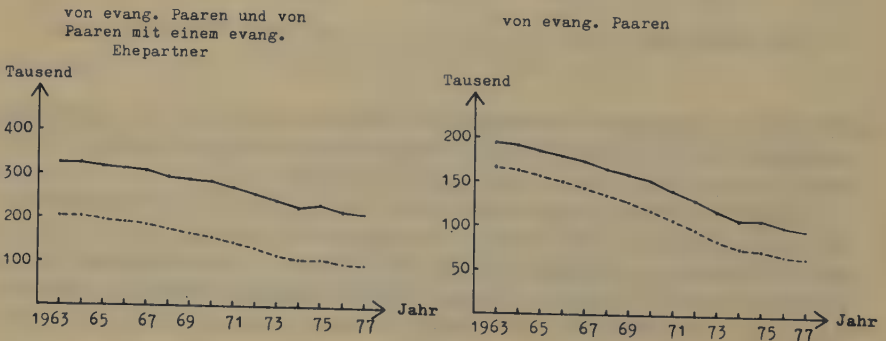
Ähnlich wie bei der Taufstatistik ist auch bei der Statistik der Trauungen eine eingehende Untersuchung nur dann möglich, wenn sowohl die Eheschließungen als auch die Trauungen nach der Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit der Ehepartner untergliedert werden. Eine entsprechende Unterteilung ergibt für den Zeitraum 1963 bis 1977 folgendes Bild:

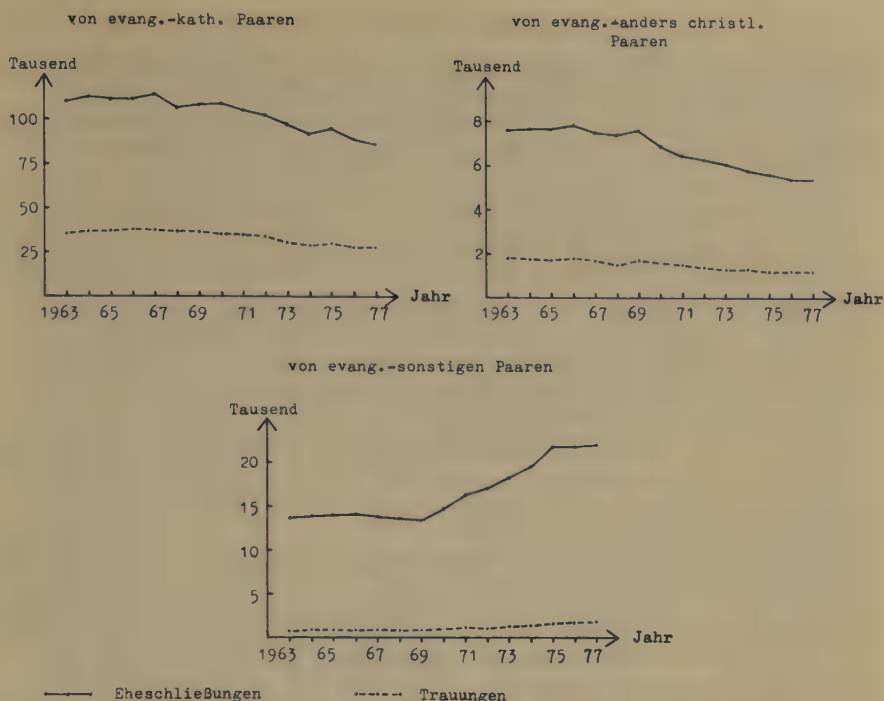
**Evangelische Trauungen und Trauziffern  
(Trauungen in Prozent der Eheschließungen)  
in den Jahren 1963, 1976 und 1977**

Religions- bzw. Konfessions- zugehörigkeit der Ehepartner	Zahl der evang. getrauten Ehepaare			Von 100 Ehepaaren, die standesamtlich die Ehe geschlossen haben, wurden evang. getraut			Veränderung der Ehe- schließungen und evang. Trauungen 1977 gegenüber 1963	
	1963	1976	1977	1963	1976	1977	Eheschließungen	Trauungen
evang.-evang.	166062	68272	66675	86	67	68	- 49,7 %	- 59,8
evang.-kath.	35159	27864	27197	32	31	31	- 21,6 %	- 22,6
evang.-anders christl.	1824	1262	1245	24	23	23	- 27,7 %	- 31,7
evang.-sonstig	709	1655	1787	5	8	8	+ 61,9 %	+ 152,0
Insgesamt <sup>1)</sup>	203891	99359	97096	63	46	46	- 35,0 %	- 52,4

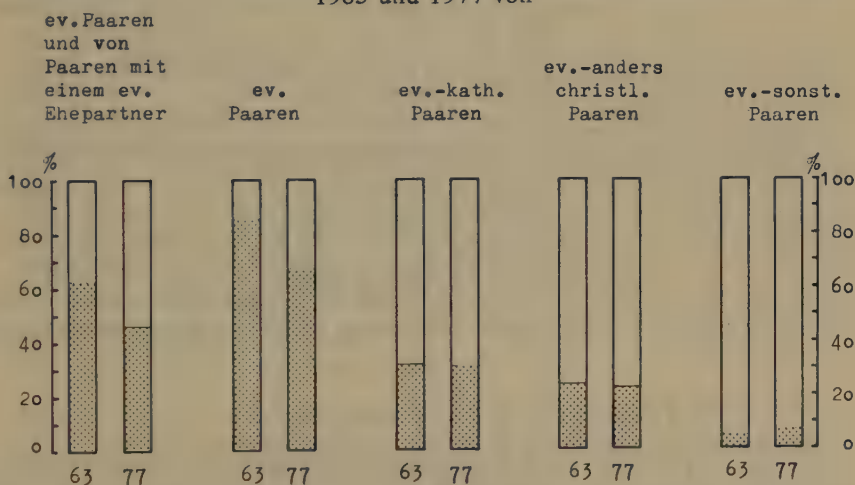
1) Einschl. der Trauungen sonstiger Ehepaare.

**Eheschließungen und evangelische Trauungen in den Gliedkirchen der EKD  
1963 bis 1977**





### Eheschließungen und evangelische Trauungen in den Gliedkirchen der EKD 1963 und 1977 von



Die Säulen stellen die Eheschließungen (100%), die gepunkteten Felder die entsprechenden Anteile der evangelischen Trauungen dar.

### *a) Trauungen evangelischer Paare*

Die seit Jahren rückläufige Entwicklung sowohl der Eheschließungen als auch der Trauungen evangelischer Paare hat sich im Berichtsjahr zwar noch fortgesetzt, die Abnahme war aber im Vergleich zu früheren Jahren deutlich schwächer ausgeprägt. Insgesamt 66675 evangelische Ehepaare wurden 1977 im Gesamtbereich der EKD getraut; gegenüber dem Vorjahr bedeutet das nur noch eine leichte Abnahme um 1597 oder 2,3%. Bei den Eheschließungen evangelischer Paare ergibt sich ein entsprechender Rückgang um 4,0%. Die Trauziffer, d.h. die Zahl der Trauungen in Prozent der in dem betreffenden Jahr geschlossenen Ehen ist aufgrund der veränderten Situation nach 14-jähriger ununterbrochener Verminderung im Berichtsjahr erstmals wieder geringfügig gestiegen: Von 100 evangelischen Ehepaaren, die 1977 vor dem Standesamt geheiratet haben, wurden 68 in einer evangelischen Kirche getraut, ein Jahr zuvor waren es 67. Ob die abnehmende Tendenz der Traubereitschaft evangelischer Ehepaare damit zum Stillstand gekommen ist oder ob es sich hierbei nur um eine vorübergehende Unterbrechung handelt, läßt sich zur Zeit noch nicht absehen; hierzu muß zunächst einmal die Entwicklung in den nächsten zwei bis drei Jahren abgewartet werden.

Im Vergleich zum Ausgangsjahr 1963 ist jedoch nach wie vor festzustellen, daß die Bereitschaft evangelischer Ehepaare, nach der standesamtlichen Eheschließung vor den Traualtar zu treten, stark abgenommen hat. So lag in Jahre 1977 die Zahl der Eheschließungen evangelischer Paare um 49,7%, die der kirchlichen Trauungen hingegen um 59,8% unter der im Ausgangsjahr 1963.

Der regionale Vergleich innerhalb der EKD und innerhalb der einzelnen Gliedkirchen ergibt im großen und ganzen ein ähnliches Bild wie in den Vorjahren. Erheblich geringer als im Gesamtbereich der EKD ist die Traubereitschaft vor allem in Großstädten und deren Einzugsgebieten. So wurden z.B. in den Großstadtkirchen Berlin und Bremen nur 29% bzw. 40% der vor dem Standesamt eingegangenen Ehen evangelischer Paare kirchlich eingesegnet. Relativ niedrig sind die Trauziffern ferner auch in anderen Großstädten, wie z.B. in München (47%), Köln (38%) und Essen (54%) sowie in der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche mit ihren Großstadtbereichen Hamburg und Kiel (54%). Weiterhin verhältnismäßig hoch ist das Begehren, sich kirchlich trauen zu lassen, demgegenüber in der mehr ländlich geprägten Gliedkirche Schaumburg-Lippe (100%), in den Gliedkirchen Oldenburg (83%) und Kurhessen-Waldeck (81%), in den im süd- und südwestdeutschen Raum gelegenen Gliedkirchen Bayern (80%) und Württemberg (78%), in den beiden reformierten Gliedkirchen Nordwestdeutschland (77%) und Lippe (76%) sowie in der Gliedkirche Hessen und Nassau (75%).

### *b) Trauungen evangelisch-katholischer Paare*

Bei den in evangelischen Kirchen getrauten konfessions- bzw. glaubensverschiedenen Ehepaaren handelt es sich zu rd. 90% um Paare mit einem evangelischen und einem katholischen Ehepartner. Im Jahre 1977 wurden in den Kirchengemeinden der 17 Gliedkirchen der EKD 27197 evangelisch-katholische Paare



getraut gegenüber 27864 im Vorjahr. Hier zeigt sich, daß in den vergangenen 14 Jahren die Zahlen der vor dem Standesamt eingegangenen Ehen und die Zahlen der in evangelischen Kirchen getrauten Paare bemerkenswert schwächer zurückgegangen sind als die entsprechenden Zahlen evangelischer Paare. Wie in den vorangegangenen Jahren wurden von allen evangelisch-katholischen Paaren, die im Jahre 1977 standesamtlich geheiratet haben, rd. 31 % in evangelischen und rd. 40 % in katholischen Kirchen getraut. In Großstädten, Ballungsräumen und deren Einzugsbereichen sind die evangelisch-katholischen Trauziffern in der Regel erheblich niedriger, in Gebieten mit mehr ländlicher Struktur dagegen vielfach wesentlich höher.

Daneben ist erneut festzustellen, daß der Anteil der Trauungen evangelisch-katholischer Paare, für die — soweit bekannt wurde — ein Dispens von der Formpflicht durch den katholischen Partner eingeholt wurde, an der Gesamtzahl der in evangelischen Kirchen vollzogenen Trauungen evangelisch-katholischer Paare langsam, aber ständig wächst; er stieg von

2321 oder 7,7 % im Jahre 1972 auf

2912 oder 10,7 % im Jahre 1977.

Entsprechendes ist auch für die gemeinsamen Trauungen evangelisch-katholischer Paare unter Mitwirkung eines katholischen Pfarrers zu beobachten. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der in evangelischen Kirchen getrauten evangelisch-katholischen Paare erhöhte sich von

3240 oder 10,7 % im Jahre 1972 auf

3837 oder 14,1 % im Jahre 1977.

Beachtlich zugenommen hat auch die Zahl der in katholischen Kirchen unter Mitwirkung eines evangelischen Pfarrers vollzogenen Trauungen evangelisch-katholischer Paare, nämlich von

2732 im Jahre 1973 auf

3502 im Jahre 1977.

In der Untergliederung der in evangelischen Kirchen getrauten evangelisch-katholischen Paare nach dem Geschlecht der Ehegatten zeigt sich ein gegenüber früheren Jahren unverändertes Bild: rd. drei Fünftel dieser Paare setzen sich aus einer evangelischen Frau und einem katholischen Mann zusammen. Entsprechend überwiegen bei den in katholischen Kirchen getrauten evangelisch-katholischen Paaren diejenigen mit einer katholischen Frau und einem evangelischen Mann. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß es bei evangelisch-katholischen Paaren vielfach von der Konfession der Frau als künftige Erzieherin der Kinder abhängt, in welcher Kirche sie sich trauen lassen.

### *c) Trauungen evangelisch-anders christlicher Paare*

Im Jahre 1977 wurden 1245, evangelisch-anders christliche Paare in einer evangelischen Kirche getraut, das waren — ähnlich wie in den vergangenen Jahren — rd. 23 % aller Ehepaare der genannten Gruppe, die im Berichtsjahr standesamtlich geheiratet haben. Der statistisch unter der Bezeichnung „anders christlich“ zusammengefaßte Personenkreis setzt sich vor allem aus Angehörigen der evangelischen Freikirchen, der orthodoxen Kirchen und der altkatholischen Kirche zusammen.

#### d) Trauungen evangelisch-sonstiger Paare

Bei den statistisch als „evangelisch-sonstig“ ausgewiesenen 22074 Paaren, die im Berichtsjahr im Bundesgebiet geheiratet haben, handelt es sich zum weitaus größten Teil (92,5%) um Ehen zwischen evangelischen und gemeinschaftslosen Personen. Ihre Zahl hat sich im Zeitraum 1970 bis 1975 erheblich erhöht, was im Zusammenhang mit dem bis 1974 festzustellenden Anstieg der Kirchenaustritte vornehmlich jüngerer Menschen gesehen werden muß. Von allen im Jahre 1977 vermählten evangelisch-sonstigen Ehepaaren wurden 1787 oder 8% (1963: 5%) in einer evangelischen Kirche getraut. In dieser Zahl sind auch die Paare enthalten, für die ein Gottesdienst aus Anlaß der Eheschließung zwischen einem evangelischen und einem nicht-christlichen Ehepartner gehalten wurde. Insgesamt gesehen entfielen von den

	Eheschließungen			Trauungen in evangelischen Kirchen		
	evang. Paare und von Paaren mit einem evang. Ehegatten					
auf	1963	1976	1977	1963	1976	1977
evang. Paare	59,6%	46,6%	46,1%	81,4%	68,7%	68,7%
evang.-kath. Paare	33,9%	40,8%	40,9%	17,2%	28,0%	28,0%
evang.-andere christl. Paare	2,3%	2,5%	2,6%	0,9%	1,3%	1,3%
evang.-sonstige Paare	4,2%	10,0%	10,4%	0,3%	1,7%	1,8%
sonstige Paare	—	—	—	0,2%	0,3%	0,2%
Zusammen	100%	100%	100%	100%	100%	100%

#### B. Trauungen in christlichen Kirchen zusammen

Die vergleichende Aufbereitung der Zahlen der standesamtlichen Eheschließungen und der Trauungen fast aller christlichen Kirchen im Bundesgebiet (EKD, Katholische Kirche, Griechisch-Orthodoxe Metropolie von Deutschland, Evangelische Freikirchen — soweit von ihnen Zahlen zu erhalten waren —) führte zu folgenden Ergebnissen:

##### a) Evangelisch-katholische Trauziffern

a 1) Die evangelisch-katholische Trauziffer (Zahl der in evangelischen und katholischen Kirchen getrauten evangelischen, katholischen und evangelisch-katholischen Paare in Prozent der entsprechenden Zahl der vor dem Standesamt eingegangenen Ehen) betrug

1963      1976      1977

einschl. der Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener

87%      73%      74%

ohne Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener

97%      88%      89%.

Die Abnahme der evangelisch-katholischen Trauziffer gegenüber dem Ausgangsjahr 1963 ist auf die nachlassende Bereitschaft evangelischer und katholischer Ehepaare, sich nach der standesamtlichen Eheschließung kirchlich trauen zu lassen, zurückzuführen. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß in den Zahlen der Eheschließungen auch die der Wiederverheiratungen Geschiedener enthalten sind. Infolge des Anstiegs der Ehescheidungen haben die Wiedervermählungen geschiedener evangelischer und katholischer Personen eine zahlenmäßig zunehmende Bedeutung erlangt. Bei den Eheschließungen Geschiedener kommt eine kirchliche Trauung in den Gliedkirchen der EKD aus persönlichen und kirchenrechtlichen Gründen seltener und in der Katholischen Kirche grundsätzlich nicht in Betracht. Läßt man die Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener außer Ansatz, so errechnen sich – wie die aufgeführten Prozentzahlen zeigen – höhere Trauziffern.

Im Jahre 1977 war der Rückgang der kirchlichen Trauungen evangelischer, katholischer und evangelisch-katholischer Paare im Gegensatz zu der Entwicklung in den vergangenen Jahren etwas schwächer ausgeprägt als die entsprechende Abnahme der vor dem Standesamt eingegangenen Ehen. Dies führte nach Jahren mit einer ununterbrochen rückläufigen Tendenz im Berichtsjahr erstmals wieder zu einem geringfügigen Anstieg der Trauziffer. Nach wie vor ist die Bereitschaft, nach der standesamtlichen Eheschließung vor den Traualtar zu treten, bei katholischen Paaren größer als bei evangelischen Paaren.

#### a 2) Die Addition der Eheschließungen

evangelischer Paare

katholischer Paare

evangelisch-katholischer Paare

evangelisch-anders christlicher Paare

evangelisch-sonstiger Paare

katholisch-anders christlicher Paare

katholisch-sonstiger Paare

ergibt die Gesamtzahl der Eheschließungen evangelischer und katholischer Paare sowie von Paaren mit einem evangelischen bzw. einem katholischen Ehepartner. Legt man diese Gesamtzahl zugrunde (sie kann statistisch gesehen als „evangelisch-katholisches Traupotential“ bezeichnet werden, was allerdings theologisch insofern unkorrekt ist, als in dieser Zahl auch die Wiederverheiratungen Geschiedener enthalten sind), so errechnen sich für die Trauungen in evangelischen und katholischen Kirchen folgende Prozentzahlen:

1963	1976	1977
------	------	------

einschl. der Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener		
--	--	--

83%	65%	66%
-----	-----	-----

ohne Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener		
--	--	--

93%	81%	82%
-----	-----	-----

Die Ursachen der bis Mitte der 70er Jahre anhaltenden Abnahme der auf der Basis des „evangelisch-katholischen Traupotentials“ ermittelten Trauziffern liegen in dem bereits erwähnten Rückgang der Traubereitschaft, der bei evangelischen Ehepaaren stärker ausgeprägt ist als bei katholischen, in dem Anstieg

der Wiederverheiratungen Geschiedener und in der erheblichen Zunahme der standesamtlichen Eheschließungen evangelisch-gemeinschaftsloser und katholisch-gemeinschaftsloser Ehepaare. Dabei zeigt sich, daß im Zeitraum von 1963 bis 1977 erheblich mehr Evangelische eine Ehe mit Gemeinschaftslosen eingegangen sind als Katholiken. Von allen im Bundesgebiet geschlossenen Ehen entfielen 1963 nur 3,4% auf solche evangelisch-gemeinschaftsloser und katholisch-gemeinschaftsloser Ehepaare, 1977 waren es 8,8%.

a 3) Selbstverständlich werden die unter a 2) errechneten Trauziffern wesentlich geringer, wenn die Zahlen der evangelischen und katholischen Trauungen mit der Gesamtzahl aller im Bundesgebiet eingegangenen Ehen, also einschl. der Eheschließungen von Paaren, die nicht zum „evangelisch-katholischen Traupotential“ gehören, verglichen werden. So betrug die Zahl der in evangelischen und katholischen Kirchen getrauten Paare im Verhältnis zur Zahl aller in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) geschlossenen Ehen

1963      1976      1977

einschl. der Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener

81%      62%      62%

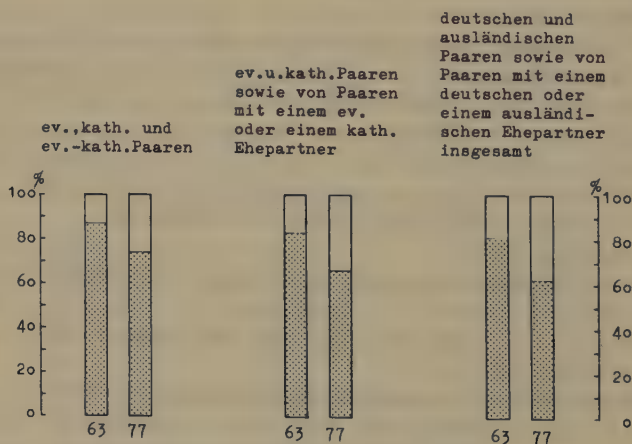
ohne Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener

91%      78%      79%.

Eheschließungen und evangelische sowie katholische Trauungen in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) 1963 und 1977

– einschl. Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener –

von



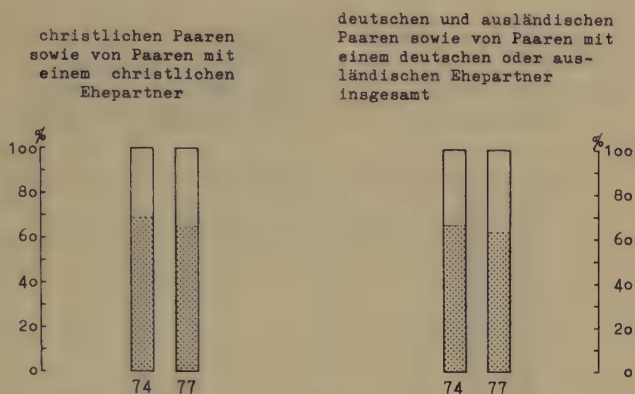
Die Säulen stellen die Eheschließungen (100%), die gepunkteten Felder die entsprechenden Anteile der evangelischen und katholischen Trauungen dar.



# Eheschließungen und christliche Trauungen in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) 1974 und 1977

— einschl. Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener —

VON

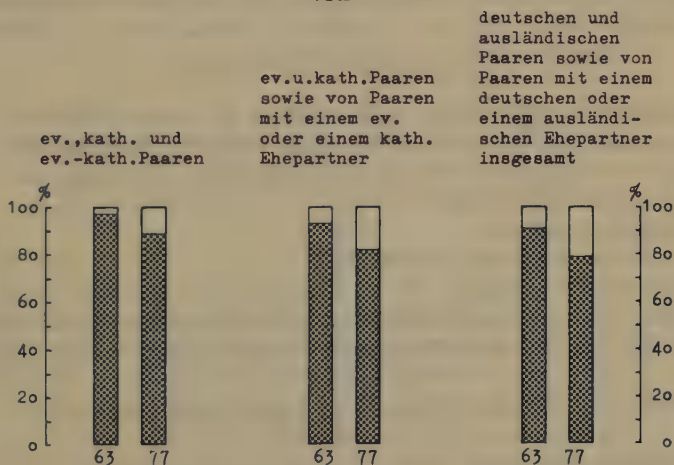


Die Säulen stellen die Eheschließungen (100%), die gepunkteten Felder die entsprechenden Anteile der christlichen Trauungen dar.

## Eheschließungen und evangelische sowie katholische Trauungen in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) 1963 und 1977

— ohne Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener —

VON

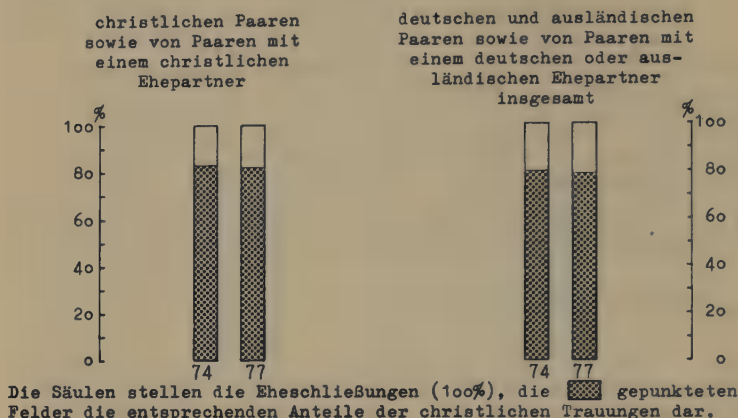


Die Säulen stellen die Eheschließungen (100%), die gepunkteten Felder die entsprechenden Anteile der evangelischen und katholischen Trauungen dar.

# Eheschließungen und christliche Trauungen in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) 1974 und 1977

– ohne Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener –

von



Der Rückgang dieser Trauziffer im Vergleich zum Ausgangsjahr 1963 erklärt sich neben den bereits erwähnten Gründen aus den bis 1974 gestiegenen Zahlen der Kirchaustritte vornehmlich jüngerer Personen. So erhöhte sich der Anteil der Vermählungen gemeinschaftsloser und freireligiöser Ehepaare an der Gesamtzahl der Eheschließungen im Bundesgebiet von 0,7% im Ausgangsjahr 1963 auf 3,4% im Jahre 1977.

## b) Christliche Trauziffern

b 1) Analog den Ausführungen zur Ermittlung des „evangelisch-katholischen Traupotentials“ kann die Summe der im Bundesgebiet geschlossenen Ehen von Paaren, deren Ehepartner oder von denen zumindest ein Ehepartner

- den Gliedkirchen der EKD
- der Katholischen Kirche
- den Evangelischen Freikirchen oder
- den Orthodoxen Kirchen

angehören, statistisch gesehen als „christliches Traupotential“ bezeichnet werden. Die Zahl der christlich getrauten Paare erreichte in den Jahren

1974    1976    1977

einschl. der Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener .

69%    65%    65%

ohne Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener

83%    81%    82%

der Zahl der Eheschließungen von christlichen Paaren sowie von Paaren mit

einem christlichen Ehepartner. Im Gegensatz zu den evangelisch-katholischen Trauziffern, für die als Ausgangsjahr das Jahr 1963 dient, kann bei der Errechnung der christlichen Trauziffern erst von dem Jahr 1974 ausgegangen werden, weil für 1974 erstmals voll vergleichbare Trauzahlen aus fast allen christlichen Kirchen vorliegen.

b 2) Vergleicht man die Zahl der in christlichen Kirchen getrauten Paare mit der Zahl aller im Bundesgebiet geschlossenen Ehen, also einschl. der Heiraten der nicht zum „christlichen Traupotential“ zählenden Ehepaare, so errechnen sich für die Trauungen folgende Anteile an den Eheschließungen:

1974	1976	1977
einschl. der Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener		
66%	63%	63%
ohne Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener		
80%	78%	79%.

### 5. Bestattungen (Tabelle 5)

In den 10648 Kirchengemeinden der 17 Gliedkirchen der EKD wurden im Jahre 1977 insgesamt 343 577 Verstorbene evangelisch bestattet. Von ihnen entfielen 335 083 auf verstorbene evangelische Personen; damit wurden — ähnlich der Entwicklung in den vorangegangenen Jahren — rd. 94% der im Berichtsjahr verschiedenen evangelischen Kirchenmitglieder nach einer evangelischen Trauerfeier zu Grabe getragen. Der Anteil der kirchlich Bestatteten an der Zahl der Verstorbenen ist also nach wie vor sehr hoch. Noch höher als im EKD-Durchschnitt war der betreffende Anteil vor allem in den Gliedkirchen Hessen und Nassau, Kurhessen-Waldeck, Lippe, Nordwestdeutschland, Oldenburg und Schaumburg-Lippe, relativ niedrig hingegen in den Großstadtkirchen Berlin und Bremen sowie in den Gliedkirchen Nordelbien und Braunschweig.

### 6. Gottesdienstbesuch (Tabelle 6)

#### A. Gottesdienstbesuch im sonntäglichen Durchschnitt

Wie in den Vorjahren wurde der sonntägliche Gottesdienstbesuch auch für das Jahr 1977 auf repräsentativer Grundlage an vier Sonntagen ermittelt. Hierzu melden die Kirchengemeinden jährlich die Zahlen der Gottesdienstbesucher an vier von Jahr zu Jahr vergleichbaren Zählsonntagen (Invocavit, Kantate, 15. bzw. 16./17. oder 18. Sonntag nach Trinitatis, 1. Advent).

Um zu gewährleisten, daß unter die vier Zählsonntage keine besonderen Feiertage fallen, wird seit einigen Jahren wie folgt verfahren:

a) Wenn in einer Kirchengemeinde am Sonntag Kantate eine Konfirmation, eine Konfirmandenprüfung innerhalb des Hauptgottesdienstes oder ein Konfirmierten-Abendmahlsgottesdienst stattfindet, wird die Zahl der Gottesdienst-

teilnehmer am ersten Sonntag nach der Konfirmation bzw. nach dem Konfirmierten-Abendmahlsgottesdienst zugrunde gelegt.

b) Wenn das Erntedankfest auf den 16. oder 17. Sonntag nach Trinitatis fällt, wird die Zahl der Gottesdienstbesucher nach rechtzeitiger vorheriger Bekanntgabe entweder für den Sonntag vor oder den Sonntag nach dem Erntedankfest ermittelt.

Selbstverständlich kommt es immer wieder vor, daß an Zählsonntagen besondere Witterungsverhältnisse herrschen, die den Gottesdienstbesuch beeinträchtigen, oder daß umgekehrt in Kirchengemeinden infolge bestimmter Ereignisse (z.B. Kirchweihfest, Gemeindefest, Gottesdienst besonderer Art) der Gottesdienstbesuch überdurchschnittlich hoch ist. Erfahrungsgemäß kann in der Regel bei solchen örtlichen Besonderheiten von dem „Gesetz der großen Zahl“ ausgegangen werden, d.h. Besonderheiten, die den Gottesdienstbesuch nach oben bzw. unten beeinflussen, gleichen sich für größere Bereiche, wie z.B. Landeskirchen, im großen und ganzen aus. Wenn auch die aufgrund von vier Sonntagen ermittelte sonntagsdurchschnittliche Gottesdienstbesuchszahl für die einzelne Kirchengemeinde vielfach kein aussagefähiges Ergebnis darstellt, so ist sie aber für größere Bereiche doch gut verwertbar; sie erlaubt Vergleiche in zeitlicher und räumlicher Hinsicht, aus denen Schlüsse auf die Entwicklung und den augenblicklichen Stand der Teilnahme am Gottesdienst gezogen werden können.

Nach den auf repräsentativer Basis ermittelten Zahlen kann davon ausgegangen werden, daß im Jahre 1977 in den 17 Gliedkirchen der EKD im sonntäglichen Durchschnitt (also ohne Konfirmations- sowie Konfirmanden-Vorstellungssonntage, ohne Sonntage mit Goldener bzw. Silberner Konfirmation und ohne besondere Sonntags-Feiertage, wie erster Weihnachtsfeiertag, Ostersonntag, Pfingstsonntag, Erntedankfest, Volkstrauertag und Ewigkeitssonntag) rd. 1 200 000 Personen an den Hauptgottesdiensten und rd. 300 000 Kinder an den Kindergottesdiensten, zusammen also rd. 1,5 Millionen Personen an den Haupt- und Kindergottesdiensten teilgenommen haben, das sind nicht ganz 6% der 26,7 Millionen Kirchenmitglieder. Wie bereits in Berichten früherer Jahre ausgeführt wurde, umfaßt die Ingesamtzahl der Kirchenmitglieder auch solche Personen, die infolge ihres Alters, wegen Krankheit oder aufgrund ihres Berufes am Sonntags-Gottesdienst nicht bzw. zumindest nur selten teilnehmen können. Läßt man diese Personenkreise, deren Anzahl jedoch nicht ermittelt, sondern nur annähernd geschätzt werden kann, außer Ansatz, so kann, überschlägig berechnet, davon ausgegangen werden, daß rd. 7% der Kirchenmitglieder im sonntäglichen Durchschnitt am Gottesdienst teilnehmen.

In den statistischen Berichten der kirchlichen Jahrbücher für die vorangegangenen Jahre wurde ebenfalls mehrfach ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die sonntägliche Durchschnittszahl nicht der jährlichen Ingesamtzahl der Gottesdienstbesucher gleichgesetzt werden darf. Die Personen, aus denen sich die sonntägliche Durchschnittszahl zusammensetzt, sind nicht Sonntag für Sonntag identisch. Aus der sonntäglichen Durchschnittszahl darf also nicht der Schluß gezogen werden, daß im gesamten Jahr 1977 nur 1,5 Millionen Personen die Gottesdienste besucht haben. Die Gesamtzahl der evangelischen Personen, die

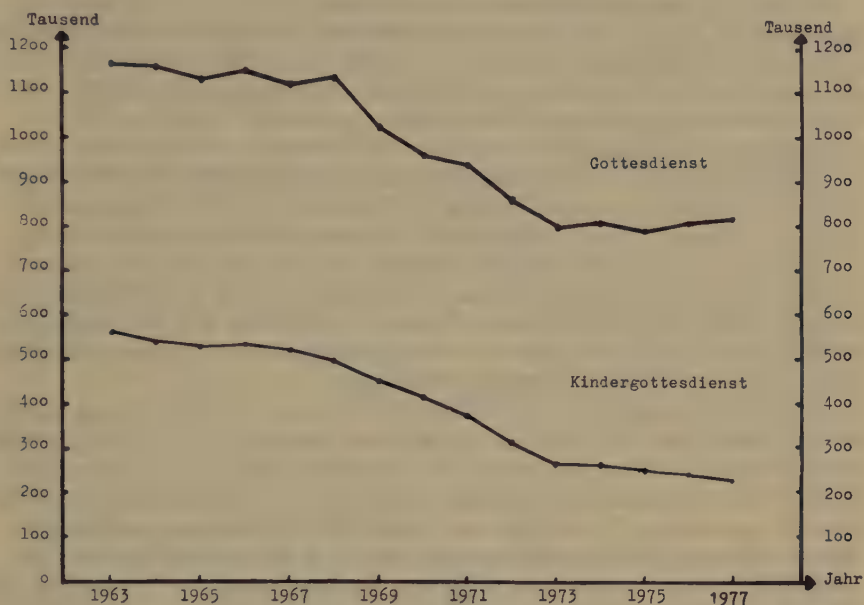


im Jahre 1977 ein oder mehrere Male einen Sonntagsgottesdienst besucht haben, ist deshalb wesentlich höher; sie kann aber statistisch nicht einwandfrei ermittelt werden.

Im übrigen sei auch noch erwähnt, daß zahlreiche Personen Gottesdienstübertragungen und Morgenandachten im Rundfunk hören.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Teilnahme am Gottesdienst zahlenmäßig kaum verändert. Langfristig zeigt sich, daß der Gottesdienstbesuch in den Jahren von 1969 bis 1973 erheblich zurückgegangen, seit 1974 aber nahezu

Gottesdienst- und Kindergottesdienstbesucher je Sonntag in den Gliedkirchen der EKD 1963 bis 1977 (ohne Gliedkirchen Bayern und Württemberg)  
— Sonntägliche Durchschnittszahlen —



gleich geblieben ist. Der regionale Vergleich führt — ähnlich den Ergebnissen aus früheren Jahren — zu großen Unterschieden. So war der Gottesdienstbesuch auch im Berichtsjahr in mehr ländlichen Gebieten wieder verhältnismäßig hoch und erreichte im sonntäglichen Durchschnitt — soweit zuverlässige Zahlen in der Untergliederung nach der Struktur von Gebieten ermittelt werden konnten — bis zu 22% der Gemeindeglieder. Für Großstädte und deren Umland errechnet sich demgegenüber fast durchweg eine relativ geringe Teilnahme am Gottesdienst; sie lag im sonntäglichen Durchschnitt vielfach bei rd. 2% der Gemeindeglieder. In der Untergliederung nach den 17 Landeskirchen ergeben sich die

höchsten Gottesdienstbesuchsziffern abermals für die süd- und südwestdeutschen Landeskirchen Württemberg, Bayern und Baden, für die Gliedkirche Kurhessen-Waldeck sowie für die beiden reformierten Gliedkirchen Nordwestdeutschland und Lippe. In den Stadtkirchen Berlin und Bremen und in der nordelbischen Landeskirche lagen die Zahlen des sonntäglichen Kirchgangs dagegen weit unter dem Durchschnitt im Gesamtbereich der EKD.

## B. Gottesdienstbesuch an Feiertagen

Die an den kirchlichen Feiertagen, an den Konfirmationssonntagen und die aus Anlaß der Silbernen bzw. Goldenen Konfirmation gehaltenen Gottesdienste wurden von wesentlich mehr Personen besucht als die Gottesdienste im sonntäglichen Durchschnitt.

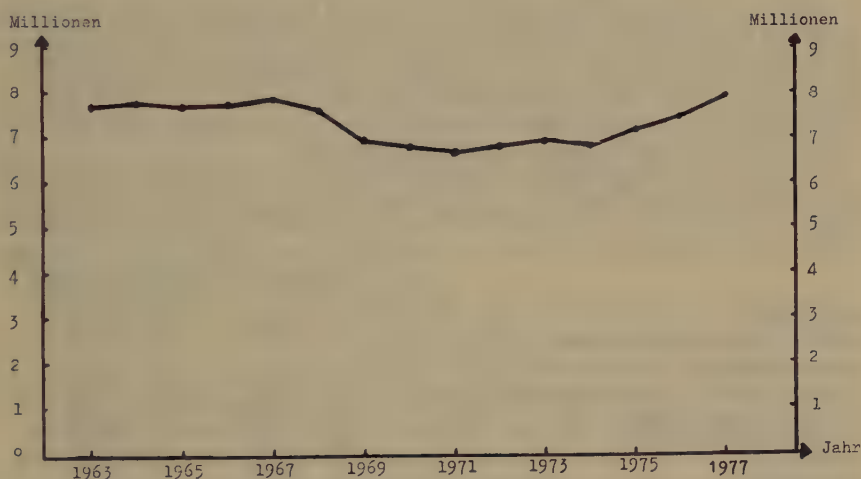
Die Zahl der Gottesdienstbesucher am Karfreitag (8. April 1977) hat sich gegenüber den beiden vorangegangenen Jahren leicht erhöht und belief sich auf nicht ganz 1,7 Millionen, das waren etwas mehr als 6% der evangelischen Kirchenmitglieder im Bundesgebiet. In der genannten Zahl sind die Besucher der Gründonnerstag-Gottesdienste nicht enthalten. „Bereinigt“ man die Zahl der evangelischen Kirchenmitglieder noch um die Personen, die infolge ihres Alters (am Karfreitag werden in der Regel keine Kindergottesdienste gehalten), wegen Krankheit oder aufgrund ihres Berufes am Gottesdienst nicht teilnehmen können, so errechnet sich eine entsprechende Karfreitags-Gottesdienstbeteiligung von rd. 9%. Der räumliche Vergleich zeigt ein ähnliches Bild wie für den sonntäglichen Gottesdienstbesuch. So war die Teilnahme an den Karfreitags-Gottesdiensten in den Gliedkirchen Bayern, Baden, Württemberg und Pfalz verhältnismäßig hoch, in den Stadtkirchen Berlin und Bremen sowie in den Gliedkirchen Nordelbien und Oldenburg hingegen relativ gering.

An den Christvespern am 24. Dezember 1977 haben in den Kirchengemeinden der 17 Gliedkirchen der EKD fast 6,2 Millionen Personen oder 23% der evangelischen Wohnbevölkerung im Bereich der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) teilgenommen. Hier zeichnet sich seit 1975, dem ersten Jahr, für das voll vergleichbare Zahlen über den Besuch der Christvespern am Heiligen Abend vorliegen (5,6 Millionen Personen oder 21% der Gemeindeglieder), ein deutlich erkennbarer Anstieg ab. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß sich die Zahl der Christvespern und Metten am Heiligen Abend von 21 047 im Jahre 1975 auf 22 531 im Jahre 1977 erhöht hat. Regional ergeben sich erhebliche Unterschiede. So wurden – soweit entsprechende Zahlen aus Bereichen mit unterschiedlicher Struktur festzustellen waren – die Christvespern am 24. Dezember des Berichtsjahres in Kirchenkreisen mit überwiegend ländlicher Struktur von mehr als 40%, in Großstädten dagegen von 15% bis 20% der evangelischen Einwohner besucht.

## 7. Teilnahme am Heiligen Abendmahl (Tabelle 7)

In der Abendmahlsstatistik werden sämtliche Teilnehmer evangelischer Personen am Heiligen Abendmahl erfaßt. Aus der so ermittelten Gesamtzahl aller Abendmahlsbeteiligungen ist jedoch nicht zu erkennen, wie oft das einzelne Gemeindeglied zum Tisch des Herrn geht, und sie kann daher auch nichts darüber aussagen, wieviele Gemeindeglieder mindestens einmal im Jahr bzw. zwei- oder mehrfach am Heiligen Abendmahl teilnehmen. Vielmehr wird man davon ausgehen müssen, daß ein Teil der Gemeindeglieder überhaupt nicht das Heilige Abendmahl begehrt, während zur Abendmahlsgemeinde vornehmlich solche Personen zählen, die öfter als einmal im Jahr das Sakrament des Heiligen Abendmahls zu erhalten wünschen. Da also die Beteiligung am Heiligen Abendmahl statistisch-methodisch anders ermittelt wird als der Gottesdienstbesuch, sind die betreffenden Zahlen der Kirchgänger (Tabelle 6) und die der Abendmahlsgäste (Tabelle 7) in ihrer absoluten Höhe nicht vergleichbar. Dennoch sind die Abendmahlszahlen als Meßwerte und ihre Unterschiede im zeitlichen und regionalen Vergleich aufschlußreich und lassen Schlüsse auf die Entwicklung der Abendmahlsbeteiligung und ihren derzeitigen Stand zu.

Abendmahlsbeteiligungen in den Gliedkirchen der EKD 1963 bis 1977  
– Jahreszahlen –



In den 10648 Kirchengemeinden im Bereich der EKD wurden 1977 rd. 7,9 Millionen Teilnahmen von Gemeindegliedern am Heiligen Abendmahl ermittelt, das waren rd. 460000 Teilnehmer oder 6,2% mehr als im Vorjahr. Diese Zunahme erstreckte sich mehr oder weniger auf alle Gliedkirchen der EKD. Über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet, ergibt sich, daß die Teilnahme am

Heiligen Abendmahl nach einer rückläufigen Entwicklung Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre seit 1972 wieder erheblich zugenommen und 1977 im Vergleich zu den vergangenen 14 Jahren sogar einen Höchststand erreicht hat. Bei dieser Entwicklung muß jedoch berücksichtigt werden, daß in dem genannten Zeitraum die Zahl der Abendmahlsfeiern innerhalb des Gottesdienstes erheblich gestiegen ist. Im einzelnen zeigt die zahlenmäßige Entwicklung der Abendmahlsfeiern folgendes Bild:

Jahr	Abendmahlsfeiern insgesamt	davon Abendmahlsfeiern			
		innerhalb des Gottesdienstes	im Anschluß an einen Predigtgottesdienst	im selbständigen Abendmahls- gottesdienst	als Haus- und Kranken- abendmahl
1963	268 387	52 347 oder 19,5 % <sup>1)</sup>	85 558 oder 31,9 % <sup>1)</sup>	30 302 oder 11,3 % <sup>1)</sup>	100 180 oder 37,3 % <sup>1)</sup>
1977	260 728	117 614 oder 45,1 % <sup>1)</sup>	45 802 oder 17,6 % <sup>1)</sup>	27 072 oder 10,4 % <sup>1)</sup>	70 240 oder 26,9 % <sup>1)</sup>

1) Der Abendmahlsfeiern insgesamt.

## 8. Ständige Kreise der Kirchengemeinden (Tabelle 8)

Um einen möglichst umfassenden Einblick in das kirchliche Leben – soweit es in Zahlen erfaßbar ist – und seine Entwicklung gewinnen zu können, werden die Kirchengemeinden seit 1974 zusätzlich nach besonderen Gemeindeaktivitäten befragt. Dabei muß sich jedoch der mit der Statistik verbundene Verwaltungsaufwand in vertretbaren Grenzen halten. Es ist deshalb nicht möglich, sämtliche Gemeindeaktivitäten statistisch zu erfassen.

Die zusätzlichen Fragen beschränken sich somit auf die ständigen Kreise in den Kirchengemeinden. Für sie wurden 1977 im einzelnen folgende Zahlen ermittelt:

	Anzahl	Durchschnittliche Teilnehmerzahl
Bibelkreise	rd. 8 200	rd. 120 000
Predigtvorbereitungs- und -nachbesprechungskreise	rd. 1 500	rd. 13 000
Arbeitskreise für Ökumene und Weltmission	rd. 1 500	rd. 20 000
Kinder- und Jugendkreise	rd. 40 100	rd. 605 000
Frauen- und Mütterkreise	rd. 14 500	rd. 343 000
Männerkreise	rd. 1 300	rd. 22 000
Ehepaarkreise	rd. 2 200	rd. 37 000
Besuchsdienstkreise	rd. 2 800	rd. 40 000
Alten- bzw. Seniorenkreise	rd. 8 300	rd. 335 000
Kirchenchöre (einschl. Singkreise und Kinderchöre)	rd. 10 500	rd. 258 000
Posaunenchöre	rd. 5 300	rd. 87 000
Sonstige Instrumentalkreise	rd. 6 400	rd. 62 000
Sonstige Kreise	rd. 4 800	rd. 80 000



In den genannten Zahlen sind übergemeindliche ständige Kreise nicht enthalten. Insgesamt gesehen kann auf Grund des vorliegenden Zahlenmaterials davon ausgegangen werden, daß im Berichtsjahr in den 10648 Kirchengemeinden der Gliedkirchen der EKD rd. 107000 ständige Kreise bestanden, an deren Zusammenkünften im Durchschnitt rd. 2,0 Millionen Personen teilgenommen haben. Einschränkend ist jedoch zur Aussagekraft dieser durchschnittlichen Gesamt-Teilnehmerzahl festzustellen, daß bei ihrer Errechnung Gemeindeglieder, die in mehreren Kreisen mitarbeiten, entsprechend oft berücksichtigt sind. Da statistisch nicht ermittelt werden kann, wieviele der 2,0 Millionen Teilnehmer zwei oder mehreren Kreisen angehören, enthält die Gesamt-Teilnehmerzahl auch Doppel- und Mehrfacherfassungen. Auf der anderen Seite sei aber noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei den Teilnehmerzahlen der einzelnen Kreise um Durchschnittswerte handelt. Analog den Ausführungen im Abschnitt 6 „Gottesdienstbesuch“ ist auch hier festzustellen, daß die Personen, aus denen sich die durchschnittlichen Teilnehmerzahlen zusammensetzen, von Zusammenkunft zu Zusammenkunft nicht immer dieselben sind. Die Gesamtzahl der Personen, die im Jahre 1977 ein oder mehrere Male an Zusammenkünften von Gemeindekreisen teilgenommen haben, ist deshalb höher; sie kann aber statistisch nicht einwandfrei ermittelt werden.

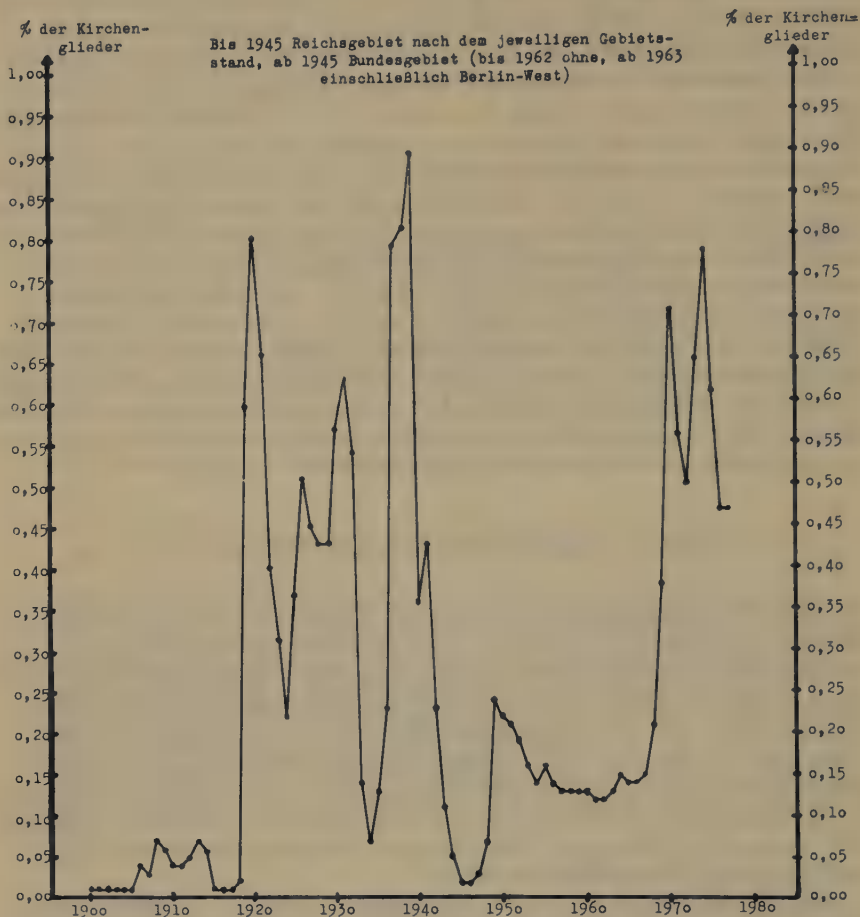
### *9. Aufnahmen und Kirchengaustritte (Tabellen 9 und 10)*

Die Zahlen der Aufnahmen, Übertritte und Wiederaufnahmen in die Gliedkirchen der EKD, die von 1965 bis 1973 erheblich zurückgegangen und 1974 erstmals wieder gestiegen waren, zeigten 1977 eine weiterhin zunehmende Tendenz. Insgesamt 24282 Personen wurden im Berichtsjahr in die evangelischen Landeskirchen auf- bzw. wiederaufgenommen, das waren 3840 oder 18,8% mehr als 1976. Bei den 24282 aufgenommen, übergetretenen und wiederaufgenommenen Personen handelt es sich um 22122 Erwachsene (darunter 8832 wiederaufgenommene Erwachsene) und 2160 Kinder im Alter unter 14 Jahren. Der Anstieg der Aufnahmen, Übertritte und Wiederaufnahmen erstreckte sich auf nahezu alle Gliedkirchen der EKD.

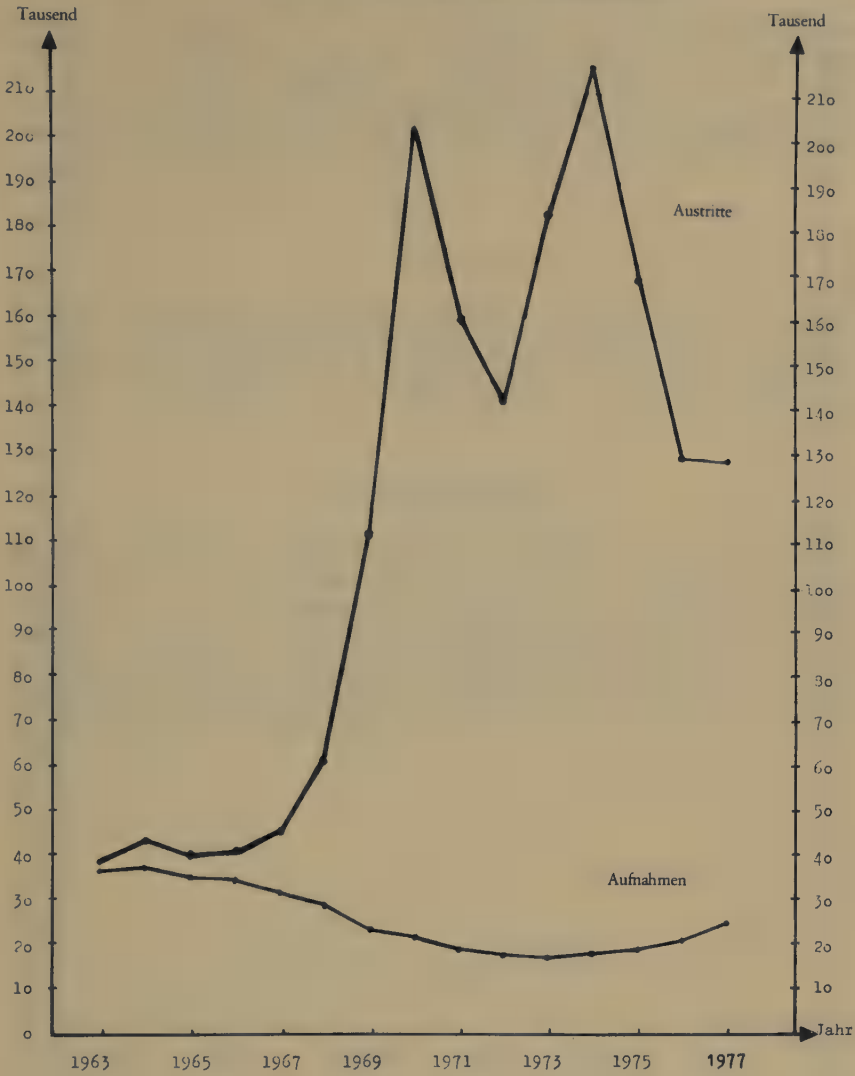
Nach den Meldungen der 10648 Kirchengemeinden sind im Berichtsjahr 127774 Personen (0,5% der evangelischen Kirchenmitglieder) aus den Gliedkirchen der EKD ausgetreten. Die Zahl der Kirchengaustritte ist damit gegenüber dem vorangegangenen Jahr geringfügig zurückgegangen.

Im Vergleich zum Jahre 1974, in dem die Zahl der Kirchengaustritte ihren Höchststand erreicht hatte, errechnet sich eine Verminderung um 40,9%. Von den 127774 aus der Kirche Ausgetretenen entfielen 125647 auf Religionsmündige, d.h. auf Personen im Alter von 14 und mehr Jahren; der Anteil der Männer an der Zahl der ausgetretenen Religionsmündigen belief sich auf 75299 oder 59,9%. In der regionalen Untergliederung ergeben sich erhebliche Unterschiede. Nach wie vor sind die Austrittsquoten in Großstädten und deren Einzugsbereichen relativ hoch, in mehr ländlichen Gebieten und Kleinstädten hingegen verhältnismäßig gering.

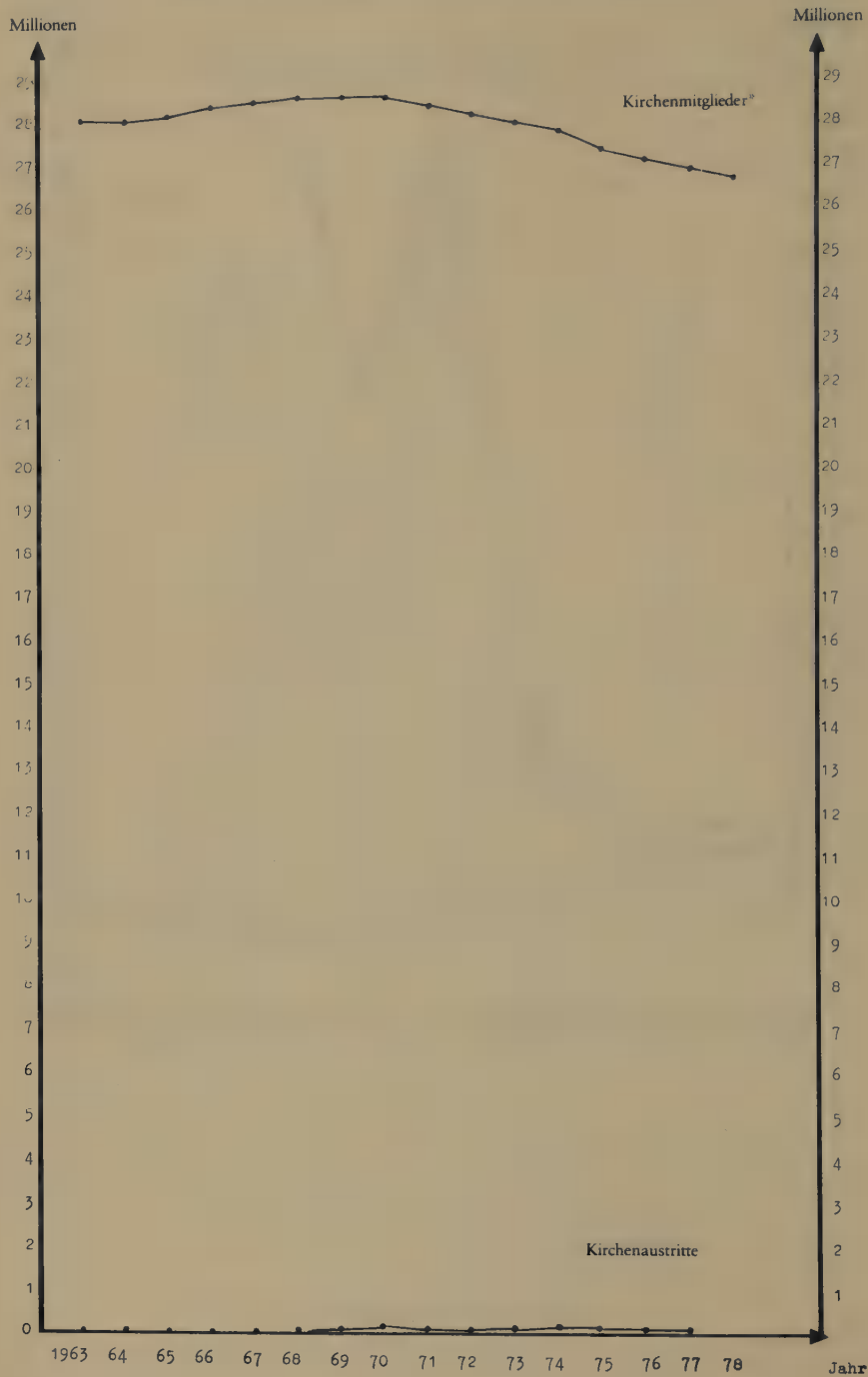
# Aus den evangelischen Landeskirchen ausgetretene Personen in Prozent der Kirchenglieder in den Jahren 1900 bis 1977



Aufnahmen in die und Austritte aus den Gliedkirchen der EKD 1963 bis 1977



# Kirchenmitglieder und Kirchengaustritte in den Gliederkirchen der EKD 1963 bis 1977



\* Stand: Jeweils 1. Januar



## *10. Brot für die Welt*

Die 19. Aktion „Brot für die Welt“ (1977/78) erbrachte ein Spendenaufkommen von rd. 48,9 Millionen DM. Im langfristigen Vergleich zeigt sich, daß die für „Brot für die Welt“ gespendeten Beträge der 19. Aktion um rd. 34,3 Millionen DM, d.h. um fast das Dreieinhalbfache über denen der 1. Aktion (1959/1960) lagen. Insgesamt ergaben die 19 Aktionen „Brot für die Welt“ ein Spendenaufkommen von zusammen 587 Millionen DM.

## *11. Telefonseelsorge*

Einen neuen Höchststand erreichte die Telefonseelsorge im Jahre 1977 mit rd. 460000 Anrufen. In den 58 Einrichtungen der auf ökumenischer Basis arbeitenden Telefonseelsorge waren im Berichtsjahr 3435 Mitarbeiter tätig, davon rd. 3000 ehrenamtlich.

## *12. Bahnhofsmmission*

Im Jahre 1977 wurden im Bundesgebiet rd. 3 Millionen Menschen durch die 112 in der Konferenz kirchlicher Bahnhofsmmissionen zusammengeschlossenen evangelischen und katholischen Einrichtungen betreut; in diesen Einrichtungen sind über 2000 ehren-, neben- und hauptamtliche Mitarbeiter tätig. Bei den betreuten Menschen handelte es sich vor allem um Körperbehinderte und Kranke, alte Menschen, alleinreisende Kinder, DDR-Besucher, Spätaussiedler, Ausländer, Straftentlassene und Nichtseßhafte.

# Spendenaufkommen für die Aktion „Brot für die Welt“ im Bereich der EKD 1959/60 bis 1977/78



Tabelle 1 Kirchenmitglieder (Stand: 31.12.1977)

Gliedkirche	Anzahl der Kirchenmitglieder
Baden	1 355 000
Bayern	2 564 000
Berlin-Brandenburg (West)	1 098 000
Braunschweig	565 000
Bremen	404 000
Hannover	3 673 000
Hessen und Nassau	2 176 000
Kurhessen-Waldeck	1 080 000
Lippe	243 000
Nordelbien	2 992 000
Nordwestdeutschland	200 000
Oldenburg	528 000
Pfalz	681 000
Rheinland	3 475 000
Schaumburg-Lippe	73 000
Westfalen <sup>1)</sup>	3 157 000
Württemberg	2 455 000
Zusammen	26 719 000

1) Einschl. der zur Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen gehörenden, jedoch treuhänderisch von der Ev. Kirche von Westfalen verwalteten Kirchengemeinden Bad Sachsa und Tettenborn.

Tabelle 2 Taufen im Jahre 1977

Gliederkirche	Getaufte Kinder		davon (in % von Spalte 1)					Getaufte Erwachsene
	insgesamt	darunter Spät-taufen <sup>1)</sup>	Kinder aus			nicht-ehe-liche Kinder evang. Mütter	Kinder sonst. Eltern und Mütter	
			evange-lischen Ehen	Mischehen				
				insge-samt	darunter aus evang.-kath. Ehen			
	1	2	3	4	5	6	7	8
Baden	11 063	850	55,2	40,1	35,1	3,5	1,2	234
Bayern	21 957	1 416	57,5	37,7	32,6	3,7	1,1	205
Berlin-Brandenburg (West)	5 399	1 762	67,4	24,0	11,4	5,6	3,0	1 175
Braunschweig	4 843	766	78,6	17,7	12,5	2,8	0,8	173
Bremen	2 388	614	67,5	27,8	11,0	3,0	1,7	334
Hannover	33 221	3 490	82,7	14,1	9,7	2,5	0,7	583
Hessen und Nassau	17 975	1 492	66,0	29,9	23,6	2,8	1,3	237
Kurhessen-Waldeck	9 896	463	78,0	19,2	15,5	2,4	0,4	118
Lippe	2 000	101	85,2	12,9	10,4	2,0	—	41
Nordelbien	21 806	5 124	78,5	16,5	7,6	3,2	1,8	2 972
Nordwestdeutschland	1 997	86	88,4	10,1	7,5	1,6	—	18
Oldenburg	4 790	668	76,3	20,5	12,0	2,4	0,8	221
Pfalz	5 847	431	60,2	35,5	31,1	3,6	0,7	58
Rheinland	26 423	3 937	53,4	42,4	35,5	2,9	1,3	988
Schaumburg-Lippe	553	37	80,5	17,0	14,1	2,5	—	49
Westfalen <sup>2)</sup>	25 604	2 730	65,3	31,3	26,8	2,9	0,5	586
Württemberg	21 487	1 507	65,1	31,7	26,3	2,5	0,7	434
Zusammen	217 249	25 474	68,1	28,0	22,1	3,0	1,0	8 426

1) Taufen von Kindern im Alter von 1 bis unter 14 Jahren.

2) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.



Tabelle 3 Konfirmanden (Stand: 31.12.1977) und Konfirmierte im Jahre 1977

Gliedkirche	Anzahl der	
	Konfirmanden <sup>1)</sup>	Konfirmierten
	1	2
Baden	23 380	23 063
Bayern	41 072	39 723
Berlin-Brandenburg (West)	14 503	12 542
Braunschweig	9 190	9 635
Bremen	6 898	6 651
Hannover	65 281	64 630
Hessen und Nassau	36 255	35 920
Kurhessen-Waldeck	18 590	19 065
Lippe	4 290	4 339
Nordelbien	53 690	52 448
Nordwestdeutschland	4 508	3 553
Oldenburg	10 267	10 565
Pfalz	12 470	12 655
Rheinland	58 236	56 600
Schaumburg-Lippe	1 208	1 155
Westfalen <sup>2)</sup>	54 466	53 142
Württemberg	46 582	44 936
Zusammen	460 886	450 622

1) Ohne Vorkonfirmanden und Katechumenen.

2) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

Tabelle 4 Trauungen im Jahre 1977

Gliedkirche	Getraute Paare insgesamt	davon (in % von Spalte 1)			
		evangelische Ehepaare	konfessions- oder glaubensverschiedene Ehepaare		sonstige Ehepaare
			insgesamt	darunter evang.-kath. Ehepaare	
	1	2	3	4	5
Baden	5684	51,4	48,3	45,5	0,2
Bayern	9965	59,2	40,7	38,3	0,2
Berlin-Brandenburg (West)	1634	76,7	22,8	16,2	0,5
Braunschweig	2019	80,2	19,5	16,9	0,3
Bremen	903	75,1	24,7	13,0	0,2
Hannover	14200	84,5	15,2	12,2	0,3
Hessen und Nassau	8207	66,6	33,1	29,2	0,2
Kurhessen-Waldeck	4887	78,7	21,2	18,5	0,0
Lippe	921	80,7	19,3	17,5	—
Nordelbien	7739	88,4	11,1	8,2	0,5
Nordwestdeutschland	938	83,7	16,3	12,3	—
Oldenburg	1845	80,7	19,3	14,9	0,1
Pfalz	3229	60,1	39,9	36,7	—
Rheinland	11908	52,0	47,7	45,4	0,2
Schaumburg-Lippe	318	84,9	15,1	13,2	—
Westfalen <sup>1)</sup>	12860	65,1	34,8	32,7	0,1
Württemberg	9839	64,6	35,4	30,7	—
Zusammen	97096	68,7	31,1	28,0	0,2

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

Tabelle 5 Kirchliche Bestattungen im Jahre 1977

Gliedkirche	Bestattete insgesamt	davon			
		Evangelische		Sonstige	
		Anzahl	in % aller Bestatteten (Spalte 1)	Anzahl	in % aller Bestatteten (Spalte 1)
	1	2	3	4	5
Baden	16375	15859	96,8	516	3,2
Bayern	32921	32220	97,9	701	2,1
Berlin-Brandenburg (West)	20590	19747	95,9	843	4,1
Braunschweig	7513	7357	97,9	156	2,1
Bremen	5023	4919	97,9	104	2,1
Hannover	46761	46023	98,4	738	1,6
Hessen und Nassau	27299	26606	97,5	693	2,5
Kurhessen-Waldeck	13557	13395	98,8	162	1,2
Lippe	2977	2921	98,1	56	1,9
Nordelbien	37510	36772	98,0	738	2,0
Nordwestdeutschland	2171	2098	96,6	73	3,4
Oldenburg	6567	6175	94,0	392	6,0
Pfalz	8867	8646	97,5	221	2,5
Rheinland	44832	43393	96,8	1439	3,2
Schaumburg-Lippe	1074	1048	97,6	26	2,4
Westfalen <sup>1)</sup>	42172	41301	97,9	871	2,1
Württemberg	27368	26603	97,2	765	2,8
Zusammen	343577	335083	97,5	8494	2,5

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

Tabelle 6 Gottesdienstbesuch im Jahre 1977

Gliederkirche	Gottesdienstbesucher									
	im Durchschnitt der vier Zählsonntage <sup>1)</sup>					am Karfreitag		bei Christvespern u. Metten am Hl. Abend		in % der Mitglieder der Landeskirche
	im Hauptgottesdienst	im Kindergottesdienst	zusammen	in % der Mitglieder der Landeskirche	Anzahl	in % der Mitglieder der Landeskirche	Anzahl	in % der Mitglieder der Landeskirche		
	1	2	3	4	5	6	7	8		
Baden	92667	20108	112775	8,3	144983	10,7	322128	23,8		
Bayern	186168	32397	218565	8,5	313743	12,2	673013	26,2		
Berlin-Brandenburg (West)	19109	3720	22829	2,1	23659	2,2	159956	14,6		
Braunschweig	18762	5322	24084	4,3	22217	3,9	188571	33,4		
Bremen	8104	1834	9938	2,5	8939	2,2	65313	16,2		
Hannover	125203	34102	159305	4,3	149686	4,1	1038740	28,3		
Hessen und Nassau	97679	28405	126084	5,8	129907	6,0	511773	23,5		
Kurhessen-Waldeck	57476	19123	76599	7,1	64303	6,0	311716	28,9		
Lippe	12488	3986	16474	6,8	13040	5,4	70586	29,0		
Nordelbien	62567	13794	76361	2,6	68232	2,3	546459	18,3		
Nordwestdeutschland	13205	5530	18735	9,4	12184	6,1	44097	22,0		
Oldenburg	12927	4218	17145	3,2	14132	2,7	96700	18,3		
Pfalz	37632	6371	44003	6,5	62450	9,2	128242	18,8		
Rheinland	124812	38354	163166	4,7	184594	5,3	700935	20,2		
Schaumburg-Lippe	3443	870	4313	5,9	3866	5,3	25767	35,3		
Westfalen <sup>2)</sup>	133393	42512	175905	5,6	186841	5,9	744917	23,6		
Württemberg	184864	54813	239677	9,8	257301	10,5	542949	22,1		
Zusammen	1190499	315459	1505958	5,6	1660077	6,2	6171862	23,1		

1) Die 4 festgesetzten Zählsonntage sind: Invocavit, Kantate, 15. Sonntag nach Trinitatis und 1. Advent.

2) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.



Tabelle 7 Heiliges Abendmahl im Jahre 1977

Gliederkirche	Abendmahlsfeiern				Abendmahlsgäste	
	in der Kirche			Privat- kommunionen	insgesamt	Anzahl je Abendmahlsfeier
	insgesamt	je Kirchen- gemeinde	je Kirchen- gemeinde mit Sitz eines Pfarramts			
				1	2	3
Baden	11183	21	25	5829	542380	32
Bayern	28843	19	22	9798	1275144	33
Berlin-Brandenburg (West)	6654	40	40	2545	232480	25
Braunschweig	4088	10	17	611	137269	29
Bremen	1494	22	22	243	60411	35
Hannover	26180	17	22	9999	982415	27
Hessen und Nassau	16091	14	18	5820	709418	32
Kurhessen-Waldeck	7466	8	15	3331	367986	34
Lippe	1346	20	20	514	70028	38
Nordelbien	16164	24	24	2185	540696	29
Nordwestdeutschland	727	6	7	92	31995	39
Oldenburg	2737	23	25	451	95825	30
Pfalz	4005	9	14	2303	200621	32
Rheinland	22304	27	29	8852	871259	28
Schaumburg-Lippe	401	19	19	382	22821	29
Westfalen <sup>1)</sup>	23187	36	36	9329	1006350	31
Württemberg	17618	13	15	7956	753715	29
Zusammen	190488	18	22	70240	7900813	30

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

Tabelle 8 Ständige Kreise der Kirchengemeinden im Jahre 1977

Kreis Teilnehmerzahl	Gliederkirche							Kurfürsten- Waldeck	Lippe
	Baden	Bayern	Berlin- Brandenb. (West)	Braun- schweig	Bremen	Hannover	Hessen und Nassau		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Anzahl der Bibelkreise	484	1490	188	88	119	803	660	275	120
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	5771	24603	3075	1186	1616	11035	8298	3751	1572
Anzahl der Predigtvorbereitungs- und -nachbesprechungskreise	90	150	82	16	15	152	229	28	18
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	800	1356	652	110	212	1270	921	208	139
Anzahl der Arbeitskreise für Ökumene und Weltmission	84	191	40	20	6	108	119	52	21
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	1139	2538	542	204	79	1464	1408	692	162
Anzahl der Kinder- und Jugendkreise	3124	4375	1139	619	493	4399	3392	1504	269
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	47326	64496	15123	9426	9249	57427	49099	23734	4082
Anzahl der Frauen- und Mütterkreise	843	906	257	534	120	1705	1626	631	140
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	16612	21804	4679	10988	3355	37343	32032	14163	3294
Anzahl der Männerkreise	72	115	46	21	17	106	114	23	6
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	1194	2061	578	348	284	1568	930	416	120
Anzahl der Ehepaarkreise	135	205	92	29	32	241	191	62	12
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	2085	3494	1455	449	663	3927	2718	1053	215

2) Errechnet aufgrund der durchschnittlichen Teilnehmerzahlen an den Zusammenkünften der einzelnen Kreise.

Kreis Teilnehmerzahl	Gliederkirche										Westfalen <sup>1)</sup>	Württem- berg	Zusammen
	Nordelbien	Nordwest- deutsch- land	Oldenburg	Pfalz	Rheinland	Schaum- burgs- Lippe							
	10	11	12	13	14	15	16	17	18				
Anzahl der Bibelkreise Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	512 8359	61 813	60 902	110 1451	741 10455	29 525	733 10749	1693 25683	8166 119844				
Anzahl der Predigtvorbereitungs- und -nachbesprechungskreise Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	152 1738	6 90	8 51	28 212	258 2365	1 6	170 1356	137 1285	1540 12771				
Anzahl der Arbeitskreise für Ökumene und Weltmission Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	174 2771	22 257	17 236	78 635	235 3420	2 43	163 2209	162 2478	1494 20277				
Anzahl der Kinder- und Jugendkreise Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	3595 58587	357 4791	425 6454	872 12230	5333 87492	70 1222	4191 69610	5961 84880	40118 605228				
Anzahl der Frauen- und Mütterkreise Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	937 20879	151 3404	129 3802	289 7142	2524 58499	34 1550	2343 72562	1377 30556	14546 342664				
Anzahl der Männerkreise Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	122 2865	3 37	13 228	15 326	164 3077	7 125	318 6242	101 1343	1263 21742				
Anzahl der Ehepaarkreise Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	254 3993	25 311	36 856	29 433	317 5796	3 47	231 4196	335 5216	2229 36907				

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

2) Errechnet aufgrund der durchschnittlichen Teilnehmerzahlen an den Zusammenkünften der einzelnen Kreise.

Kreis Teilnehmerzahl	Gliederkirche								
	Baden	Bayern	Berlin- Brandenb. (West)	Braun- schweig	Bremen	Hannover	Hessen- und Nassau	Kurhessen- Waldeck	Lippe
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Anzahl der Besuchsdienstkreise	189	284	91	56	31	312	225	73	18
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	1 963	4 446	1 261	508	416	4 027	2 793	707	316
Anzahl der Alten- bzw. Seniorenkreise	475	920	313	164	91	1 257	682	325	66
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	19 774	37 332	9 786	7 036	4 088	47 177	25 867	12 970	2 672
Anzahl der Kirchenchöre (einschl. Singkreise und Kinderchöre)	489	1 129	297	167	150	1 201	1 113	434	75
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	13 439	25 839	5 671	3 644	4 419	27 675	26 251	11 886	2 250
Anzahl der Posaunenchöre	324 <sup>3)</sup>	905	49	64	16	846	416	313	60
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	4 566 <sup>3)</sup>	15 517	571	838	563	12 124	7 473	5 084	1 210
Anzahl der sonstigen Instrumentalkreise		504	321	112	233	1 036	771	350	50
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>		4 493	2 473	1 058	1 969	10 016	6 505	3 616	615
Anzahl der sonstigen Kreise									
der Kirchengemeinden	228	514	226	84	87	636	419	218	22
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	31 58	9 409	3 974	1 306	1 667	8 924	6 571	2 909	372

2) Errechnet aufgrund der durchschnittlichen Teilnehmerzahlen an den Zusammenkünften der einzelnen Kreise.

3) Einschl. sonstiger Instrumentalkreise.



Kreis Teilnehmerzahl	Gliederkirche								Zusammen
	Nordelbien	Nordwest- deutsch- land	Oldenburg	Pfalz	Rheinland	Schaum- burg- Lippe	Westfalen <sup>1)</sup>	Württem- berg	
	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Anzahl der Besuchsdienstkreise	165	26	16	36	441	1	252	553	2769
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	1893	369	231	259	7105	34	3823	9487	39638
Anzahl der Alten- bzw. Seniorenkreise	1132	75	137	100	948	10	709	888	8292
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	44114	3064	5834	4459	34832	624	30342	44895	334866
Anzahl der Kirchenchöre (einschl. Singkreise und Kinderchöre)	1138	59	115	278	1311	31	1167	1363	10517
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	25909	1609	2745	8100	32088	833	29361	35797	257516
Anzahl der Posaunenchöre	313	65	47	56	404	23	620	775	5326
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	4126	1116	548	821	6267	322	10748	15204	87098
Anzahl der sonstigen Instrumentalkreise	1063	80	53	67	790	23	593	342	6388
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	9743	1000	604	609	7973	258	7376	3414	61722
Anzahl der sonstigen Kreise der Kirchengemeinden	540	66	40	49	680	4	379	571	4763
Teilnehmerzahl <sup>2)</sup>	11243	824	846	1437	9666	153	7241	10450	80150

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

2) Errechnet aufgrund der durchschnittlichen Teilnehmerzahlen an den Zusammenkünften der einzelnen Kreise.

Tabelle 9 Aufnahmen in die Gliedkirchen im Jahre 1977

Gliedkirche	Aufgenommene					Aufge- nommene zusammen (Sp. 1 + 5)
	Erwachsene				Religions- unmündige <sup>2)</sup>	
	insgesamt	darunter				
		Männer		Wiederaufge- nommene <sup>1)</sup>		
		Anzahl	in % von Spalte 1			
	1	2	3	4	5	6
Baden	754	284	37,7	283	135	889
Bayern	1588	682	42,9	576	340	1928
Berlin-Brandenburg (West)	1413	524	37,1	603	125	1538
Braunschweig	407	174	42,8	211	31	438
Bremen	570	270	47,4	181	12	582
Hannover	1863	812	43,6	998	253	2116
Hessen und Nassau	1413	549	38,9	649	180	1593
Kurhessen-Waldeck	630	296	47,0	273	80	710
Lippe	103	49	47,6	59	7	110
Nordelbien	4752	2126	44,7	1445	105	4857
Nordwestdeutschland	160	57	35,6	32	7	167
Oldenburg	430	183	42,6	213	53	483
Pfalz	365	169	46,3	100	78	443
Rheinland	3528	1420	40,2	1488	296	3824
Schaumburg-Lippe	38	15	39,5	13	1	39
Westfalen <sup>3)</sup>	2642	1074	40,7	1042	224	2866
Württemberg	1466	614	41,9	666	233	1699
Zusammen	22122	9298	42,0	8832	2160	24282

1) Einschl. Rücktritte.

2) Nur Kinder, die getauft waren.

3) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

Tabelle 10 Kirchenaustritte im Jahre 1977

Gliedkirche	Ausgetretene				Ausgetretene zusammen (Sp. 1 + 4)	
	Erwachsene			Religions- unmündige <sup>1)</sup>	Anzahl	in % der Mitglieder der Landes- kirche
	insgesamt	darunter Männer				
		Anzahl	in % von Spalte 1			
Baden	4 247	2 411	56,8	134	4 381	0,3
Bayern	7 841	4 476	57,1	378	8 219	0,3
Berlin-Brandenburg (West)	12 094	6 651	55,0	207	12 301	1,1
Braunschweig	3 288	2 070	63,0	13	3 301	0,6
Bremen	3 970	2 425	61,1	17	3 987	1,0
Hannover	14 792	9 508	63,6	150	14 942	0,4
Hessen und Nassau	10 092	5 612	55,6	163	10 255	0,5
Kurhessen-Waldeck	2 430	1 405	57,8	58	2 488	0,2
Lippe	369	229	62,1	5	374	0,2
Nordelbien	27 280	16 250	59,6	42	27 322	0,9
Nordwestdeutschland	404	257	63,6	11	415	0,2
Oldenburg	3 059	1 979	64,7	20	3 079	0,6
Pfalz	1 681	1 044	62,1	55	1 736	0,3
Rheinland	16 039	9 984	62,2	351	16 390	0,5
Schaumburg-Lippe	154	97	63,0	—	154	0,2
Westfalen <sup>2)</sup>	9 564	5 954	62,3	238	9 802	0,3
Württemberg	8 343	4 947	59,3	285	8 628	0,3
Zusammen	125 647	75 299	59,9	2 127	127 774	0,5

1) Nur Kinder, die getauft waren.

2) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

## VII. Aufkommen an Kirchensteuern im Rechnungsjahr 1977

In den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und in den katholischen Bistümern des Bundesgebietes belief sich das Gesamtaufkommen an Kirchensteuern und Kirchgeld nach Abzug der Erhebungskosten im Jahre 1977 auf rd. 7,9 Milliarden DM; gegenüber dem vorangegangenen Jahr bedeutet das eine Zunahme um rd. 0,7 Milliarden DM oder 9,8%. Der Ertrag aus den Steuereinnahmen (einschl. Kirchgeld) der Evangelischen und der Katholischen Kirche im Bereich der Bundesrepublik Deutschland (einschl. Berlin-West) ist damit prozentual etwas schwächer gestiegen als das Gesamtaufkommen an Steuereinnahmen des Bundes und der Länder, das mit rd. 248 Milliarden DM um 11,6% höher war als im Vorjahr. Zum Vergleich sei daneben darauf hingewiesen, daß sich das Aufkommen an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer im Bundesgebiet 1977 auf rd. 126,3 Milliarden DM belief, das waren 13,3% mehr als im Vorjahr.

Ein Vergleich mit der Höhe des Ertrages aus anderen Steuern führt zu folgenden Ergebnissen: Größenordnungsmäßig lag im Jahre 1977

das Aufkommen an Tabaksteuern um rd. 1,9 Milliarden DM oder fast ein Viertel und

das Aufkommen an Mineralölsteuern um rd. 11,3 Milliarden DM oder etwas weniger als das Eineinhalbfache über den Einnahmen an Kirchensteuern und Kirchgeld.

Als statistisches Grundmaterial für die Steuerstatistik im Bereich der EKD dienen die von jeder Gliedkirche jährlich ausgefüllten Erhebungsbogen. Die in diese Bogen eingetragenen Werte werden in der Kirchenkanzlei der EKD zu Ingesamtszahlen aufgerechnet. Daneben wird für jede Gliedkirche auf Grund der fortgeschriebenen Zahlen der Kirchenmitglieder das Kirchensteueraufkommen pro Kopf ermittelt.

Nach dem nunmehr vorliegenden Zahlenmaterial belief sich das Aufkommen an Kirchensteuern und Kirchgeld in den Gliedkirchen der EKD im Jahre 1977 auf insgesamt 4,21 Milliarden DM; es lag damit um 0,37 Milliarden DM oder 9,8% über den entsprechenden Einnahmen im Vorjahr.

Von dem Gesamtaufkommen an Kirchensteuern und Kirchgeld entfielen rd. 4,19 Milliarden DM oder — ähnlich wie in den vorangegangenen Jahren — 99,5% auf die Einnahmen aus der Kirchenlohn- und -einkommensteuer, für die sich somit im Vergleich zu 1976 ebenfalls eine Steigerungsrate von 9,8% ergibt.

In den einzelnen Gliedkirchen ist die steuerliche Entwicklung unterschiedlich verlaufen. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Einnahmen an Kirchenlohn- und -einkommensteuer einschließlich der im Kalenderjahr erhaltenen Netto-Ausgleichsbeträge und abzüglich der geleisteten Netto-Ausgleichszahlungen ausgewiesen werden. Die unterschiedlichen Zuwachsquoten können also zumindest teilweise durch nachträglich für vorangegangene Jahre empfangene bzw. abgeführte Beträge bedingt sein.

Insgesamt gesehen errechnen sich prozentual die höchsten Zunahmen für die Gliedkirchen Württemberg (+17,8%) und Nordwestdeutschland (+17,3%). Demgegenüber waren die Einnahmen aus der Kirchenlohn- und -einkommensteuer



in den Gliedkirchen Berlin (- 2,7%), Bremen (- 1,3%) und Lippe (-0,6%) niedriger als im Vorjahr.

Die Division des Ertrages an Kirchenlohn- und -einkommensteuer durch die Zahl der Kirchenmitglieder ergibt das pro-Kopf-Aufkommen; es lag 1977 im Gesamtbereich der EKD bei 155,63 DM. Wesentlich höher als im EKD-Durchschnitt war das pro-Kopf-Aufkommen vor allem in den Gliedkirchen Rheinland (191,58 DM), Württemberg (182,05 DM) sowie Hessen und Nassau (170,42 DM). Ein verhältnismäßig niedriges pro-Kopf-Aufkommen ergibt sich dagegen wie in den Vorjahren wieder für die im Land Niedersachsen gelegenen Gliedkirchen Oldenburg (104,69 DM), Schaumburg-Lippe (112,22 DM), Nordwestdeutschland (112,26 DM) und Hannover (124,64 DM) sowie für die Gliedkirchen Kurhessen-Waldeck (113,10 DM) und Lippe (129,29 DM).

# Istaufkommen an Kirchensteuern und Kirchgeld im Jahre 1977

Gliederkirche	Kircheneinkommen- und -lohnsteuer <sup>1)</sup>			Sonstige Kirchensteuern <sup>2)</sup>		Kirchgeld		Kircheneinkommen- und -lohnsteuer, sonstige Kirchensteuern und Kirchgeld zusammen <sup>3)</sup>	
	1000 DM	Veränderung gegenüber 1976 in %	Aufkommen je Kopf DM	1000 DM	Veränderung gegenüber 1976 in %	1000 DM	Veränderung gegenüber 1976 in %	1000 DM	Veränderung gegenüber 1976 in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Baden	223497	+ 13,1	164,30	—	—	—	—	223497	+ 13,1
Bayern	411014	+ 9,8	160,23	498	+ 52,2	5000	+ 0,3	416512	+ 9,7
Berlin-Brdbg. (West)	177088	- 2,7	156,44	—	—	—	—	177088	- 2,7
Braunschweig	79637	+ 8,5	139,09	—	—	301	- 46,3	79938	+ 8,1
Bremen	60195	- 1,3	145,72	—	—	—	—	60195	- 1,3
Hannover	460539	+ 10,5	124,64	—	—	2345	+ 1,2	462884	+ 10,4
Hessen u. Nassau	372972	+ 8,3	170,42	20	± 0,0	—	—	372992	+ 8,3
Kurhessen-Waldeck	122714	+ 10,6	113,10	925	+ 1,8	103	- 4,0	123742	+ 10,5
Lippe	31563	- 0,6	129,29	—	—	—	—	31563	- 0,6
Nordelbien	443250	—	146,07	974	—	5	—	444230	—
Nordwestdeutschland	22502	+ 17,3	112,26	551	- 0,5	398	- 5,1	23452	+ 16,4
Oldenburg	55486	+ 12,2	104,69	—	—	1801	+ 2,9	57287	+ 11,8
Pfalz	98673	+ 2,4	143,46	750	+ 2,0	30	± 0,0	99453	+ 2,4
Rheinland	672135	+ 9,7	191,58	329	+ 5,1	222	+ 1,9	672685	+ 9,7
Schaumburg-Lippe	8217	+ 10,6	112,22	—	—	—	—	8217	+ 10,6
Westfalen	483158	+ 8,5	151,62	190	+ 3,8	18	- 63,5	483365	+ 8,5
Württemberg	448847	+ 17,8	182,05	—	—	1410	+ 1,5	450257	+ 17,7
Gliedkirchen zus. <sup>3)</sup>	4171487	+ 9,8	154,83	4238	+ 2,8	11634	- 1,7	4187359	+ 9,8
Militärseelsorge	21516	+ 5,8	—	—	—	—	—	21516	+ 5,8
Insgesamt <sup>3)</sup>	4193004	+ 9,8	155,63	4238	+ 2,8	11634	- 1,7	4208875	+ 9,8

- 1) Abzüglich der Erhebungskosten der Finanzämter und unter Berücksichtigung des gegenseitigen Verrechnungsverkehrs (einschl. der 1976 erhaltenen und abzüglich der 1976 geleisteten Netto-Ausgleichsbeträge, auch solcher, die nachträglich für vorangegangene Jahre empfangen bzw. abgeführt wurden).
- 2) Zum Teil vorläufige Ergebnisse.
- 3) Differenzen in den Summen ergeben sich durch Auf- bzw. Abrunden der Zahlen.

# Anhang: Die Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik

Von Olaf Lingner

## 1. DAS POLITISCHE BEZUGSFELD

### *a) Überblick*

Im politischen Kalendarium des Jahres 1978 sind eine ganze Reihe von bemerkenswerten Daten zu nennen, die das Geschehen in Ost und West bestimmt haben. Zum Politikum im Weltmaßstab wurde die Wahl des polnischen Kardinals Karol Wojtyla zum Papst (Johannes Paul II.) nach dem Tod von Papst Paul VI. und seinem Nachfolger Papst Johannes Paul I. Auch der Tod von Metropolit Nikodim hatte nicht nur kirchlich/ökumenische Bedeutung. In der Bundesrepublik erhitzen sich die Gemüter an dem Streit um Ministerpräsident Filbinger wegen seiner früheren Tätigkeit als Marine-Richter bzw. Staatsanwalt. Die Fußballweltmeisterschaft ließ die Frage aufbrechen, ob in einem Land, in dem die Folter praktiziert und die Menschenrechte mißachtet werden, ein friedlicher Wettkampf stattfinden kann und darf. In Italien triumphierte der Terror; die Entführung und Ermordung von Aldo Moro versetzte das ganze Land in Aufregung und Empörung. Das Rahmenabkommen zwischen Israel und Ägypten von Camp David wurde nicht als Friedenszeichen angenommen; die Lager der Befürworter und der Nein-Sager traten sich feindlich gegenüber.

Weltweit schwelten und brannten kriegsrische Auseinandersetzungen. Im Sprachgebrauch der DDR-Politik wurden die Ergebnisse im Ganzen als günstig für die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des „Weltsozialismus“ angesehen. Zwischen Vietnam und Kambodscha brachen offene Feindseligkeiten aus; sie endeten mit dem Fall von Phnom Penh (1979); aus Kambodscha wird „Kampuchea“. Afghanistan erlebt eine Revolution, die mit der Einsetzung eines kommunistisch beeinflussten Revolutionsrates als Regierungsmacht endet<sup>1</sup>. Im Iran brechen Ende des Jahres blutige Unruhen gegen den Schah aus, die er nicht mehr zur Ruhe bringen kann. Äthiopien und Somalia führen Krieg; es geht um die Provinz Ogaden. Mit Hilfe von kubanischen Truppen gelingt es Äthiopien, die somalischen Einheiten zurückzutreiben. Die Reihe der Unruhen in der Welt ließe sich fortsetzen.

Die DDR – als Teilnehmerstaat des Warschauer Paktes – und die Bundesrepublik in ihrer Bündnisverpflichtung waren beide mehr als interessierte Beobachter dieser weltweiten und besorgniserregenden Entwicklung. In Europa selbst blieb es ruhig. Hier hatte die Entspannungspolitik Vorrang vor einer Konfliktstrategie. Noch immer gilt die Formel: zur Entspannung gibt es keine

---

1. Staatspräsident Mohammed Daud wird gestürzt und erschossen. Ministerpräsident der „Demokratischen Republik Afghanistan“ wird Nur Mohammed Taraki.

vernünftige Alternative. Dies bekräftigte Erich Honecker genau so wie Helmut Schmidt. Die Kirchen wurden auch 1978 in das politische Geschehen hineingezogen. An den weltweiten Auseinandersetzungen konnten sie nicht vorbeigehen. Dies zeigte sich auch in den Bereichen, die für die Kirchen in der DDR im Jahr 1978 die beherrschenden Themen stellten: Staat und Kirche (Gespräch am 6.3.1978), das Eintreten für Frieden (Wehrunterricht, Erziehung zum Frieden, Abrüstung) sowie der ökumenische Dialog. Die in Europa vorherrschende Atmosphäre der Entspannung wirkte sich positiv auf das Verhältnis der Kirchen des Bundes zu denen der EKD aus. Gegenseitige Besuche und Arbeitskontakte konnten erheblich verstärkt werden.

### *b) DDR-Außenpolitik*

Das Eintreten der Kirchen des Bundes für Frieden, Entspannung und Abrüstung war durch entsprechende Bemühungen des ÖRK in einen ökumenischen Kontext eingebunden. Wie schon in den vorausgegangenen Jahren wurden besondere Akzente der konkreten Arbeit durch die außenpolitischen Ereignisse im nationalen oder weltpolitischen Rahmen mitbestimmt. Die Diskussion um die Neutronenwaffe riß nicht ab. Auf diesem Hintergrund ist der Dialog zwischen dem Bund und dem Nationalen Christenrat der Kirche Christi in den USA zu sehen.

Das Thema Abrüstung gewann durch eine UNO-Sonderkonferenz im Mai/Juni 1978 an Gewicht; der Bund rief die Gemeinden zu einer Fürbitte auf. Das KSZE-Folgetreffen, das 1977 begonnen hatte und sich 1978 noch einige Monate hinzog bevor es im März 1978 ohne greifbare Erfolge endete, war für den DDR-Staat Anlaß, die Kirchen des Bundes u.a. von dem Verhandlungsführer der DDR-Delegation in Belgrad über das Ergebnis unterrichten zu lassen. Das von der NATO im Mai beschlossene und im Dezember bestätigte „Langzeitverteidigungsprogramm“ ließ befürchten, daß das Wettrüsten Ost und West vor neue Belastungen stellen würde<sup>2</sup>. Die Politik der DDR und der sozialistischen Staaten besonders in Afrika und in den arabischen Staaten mit der betonten Parteinahme für nationale und soziale Befreiungsbewegungen in Verbindung mit Erklärungen, im Rahmen des „sozialistischen Internationalismus“ zu „allseitigen“ Unterstützungen verpflichtet und berechtigt zu sein, mußte die Sorge vor neuen Spannungen verschärfen. Die Formel der „friedlichen Koexistenz“ gilt nach Anschauung der sozialistischen Staaten nur zwischen den Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Sie schließt Veränderungen nicht aus und bedeutet nicht den Verzicht der sozialistischen Staaten, Veränderungen

---

2. Gegen das „Langzeitverteidigungsprogramm“ der NATO wurde seitens der sozialistischen Staaten heftig polemisiert. Z.B. E. Honecker bei Gelegenheit einer Feier zum 29. Jahrestag der DDR: „Niemand darf die Augen davor verschließen, daß der Rüstungswahn der NATO nicht ohne Grund und Ziel gesteigert wird und ernste Gefahren für das Leben der Menschheit heraufbeschwört. Sozialismus und Frieden sind identisch. Kapitalismus und Krieg sind nicht voneinander zu trennen“ (vgl. DA 1/1979, S. 18).



zugunsten des Sozialismus zu unterstützen bzw. konterrevolutionäre Entwicklungen zu bekämpfen<sup>3</sup>.

Für die Kirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR bleibt es ein Problem, wie sie sich zu dieser Politik stellen sollen. Die „friedliche Koexistenz“ als Mittel zur Durchsetzung des Kommunismus im Weltmaßstab steht mit dem Friedensbegriff, den die Kirchen – auch des Bundes – vertreten, in einem Spannungsverhältnis. Natürlich wissen das auch die Politiker der DDR; sie haben das auch im Blick, wenn sie den Friedensdienst der Kirchen in der DDR loben und sie ermuntern, auf diesem Weg weiter zu gehen. Ein sorgfältiges Studium der Stellungnahmen, Äußerungen und Arbeitsergebnisse der Kirchen in der DDR zu diesem Themenbereich zeigt, daß sich die Kirchen des Unterschiedes im Umgang mit dem Friedensbegriff ebenso bewußt sind. In der Tonlage zurückhaltend, in der Sache klar und deutlich fordern sie den Abbau eines Freund-Feind-Denkens; sie wenden sich gegen eine Erziehung zum Haß; sie treten für waffenfreie Konfliktlösungen ein. Solche Aussagen und Forderungen lassen sich nicht ohne weiteres in den offiziellen politischen Kurs der DDR einordnen. Die vorsichtige Zurückhaltung in der Art und Weise, wie die Kirchen ihre Kritik an der DDR-Außenpolitik formulieren, hängt in erster Linie damit zusammen, daß sie auch mit ihrer Kritik einen positiven Beitrag für die Politik ihres Landes leisten wollen. Auf die Bänke einer Opposition wollen sie sich nicht drängen lassen. Hier stellen sich Probleme.

Natürlich wird die Haltung der Kirchen in der DDR in der Bundesrepublik häufig mißverstanden und ebenso häufig mißbilligt. Man möchte in der Bundesrepublik die Kirchen in der DDR als antisozialistische Kraft erleben. Daran hat sich nicht viel geändert, obwohl Journalisten verstärkt über die Situation der Kirchen in der DDR berichtet haben und obwohl in zunehmendem Maße

---

3. Auf der 9. Tagung des ZK der SED (13./14. Dezember 1978) erstattete Joachim Herrmann den Bericht des Politbüros. Ausführlich ging er auf die Bedeutung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes ein (22./23. November 1978 in Moskau) und die dort gefällten Entscheidungen. Er warnte die „imperialistischen Staaten“ vor einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der „befreiten Staaten mit sozialistischer Orientierung“ (im Blick auf Afrika) und erklärte die Bedeutung der „antiimperialistischen Solidarität“ in den Beziehungen zu diesen Staaten. E. Honecker nahm den Faden in seinem Schlußwort auf und unterstrich die Verpflichtung der sozialistischen Staaten, „dem antiimperialistischen Kampf gegen kolonialistische und rassische Unterdrückung, gegen Neokolonialismus, für Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt auf den verschiedensten Breitengraden der Erde große Aufmerksamkeit“ zu widmen (vgl. Bericht und Dokumentation in: DA 2/1979, S. 202ff.). Ausführlich geht das Heft 6/1978 der „Einheit“ (S. 584ff. und S. 599ff.) auf das Thema der nationalen Befreiungsbewegungen ein. Ein Aufsatz von Horst Brasch („Solidarität mit dem Kampf der afrikanischen und arabischen Völker“ in: Deutsche Außenpolitik, Heft 12/1978, S. 107ff.) ist dem gleichen Thema gewidmet. Die Formel von dem „sozialistischen Internationalismus“ wird ebenso für die aktive Unterstützung von Befreiungsbewegungen herangezogen wie der Begriff der friedlichen Koexistenz. „Die friedliche Koexistenz schafft nämlich nicht nur günstige Bedingungen für die Verhinderung von ungerechten Kriegen, sondern auch für das Führen von gerechten Kriegen, wenn diese notwendig sind und den Interessen der fortschrittlichen Menschheit dienen“ (Franz Loeser in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 10/1978, S. 1334). Zur Bedeutung des „sozialistischen Internationalismus“ vgl. u.a. Karl Becher in: Deutsche Außenpolitik, Heft 10/1978, S. 22–31.

Repräsentanten der Kirchen in der DDR über die westlichen Medien und in Vorträgen in westdeutschen Kirchen oder auf Veranstaltungen in westlichen Ländern bei Konferenzen u.a. ihre Position immer wieder erklärt und erläutert haben.

Schwieriger aber für die Kirchen in der DDR wiegt das Urteil in den eigenen Gemeinden und Kirchen. Seit der Selbstverbrennung von Pfarrer Brüsewitz in Zeitz 1976 weiß man, daß zwischen Kirchenleitung und Kirchenbasis ein Graben des Mißtrauens liegt. Alle Bemühungen, durch schnellere Information und durch eindeutige Sprache bei der Kirchenbasis Vertrauen aufzubauen, haben nur spärliche Erfolge gehabt. In Gesprächen mit Gemeindegliedern offenbart sich immer wieder eine zum Teil erschreckende Distanz „zu denen da oben“. In den Gemeinden hat man den Eindruck, „die da oben“ wüßten nicht wie es in den Gemeinden wirklich aussieht. Man äußert den Verdacht, daß das öffentliche Auftreten der Kirchenführer auch bei staatlichen Veranstaltungen oder mit staatlichen Vertretern eine Schönfärberei bedeutet, die dem DDR-Staat zwar nutzt, den Christen und Gemeinden aber keinen Gewinn bringt. Das Mißtrauen der Gemeinden wird noch verstärkt, wenn in kirchlichen Stellungnahmen (z.B. der Gossner Mission oder der CFK) die westliche Politik verurteilt, der östlichen Politik applaudiert wird.

Die Gemeinden und Christen wünschen sich eine härtere Gangart ihrer Leitungen im Umgang mit dem Staat. Sie übersehen dabei, daß sich die zunehmende Normalisierung im Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR auch positiv für die Gemeinden auswirkt. Nur: Sofortwirkungen können ebenso wenig erwartet werden wie eine Änderung des grundsätzlichen ideologischen Gegensatzes zwischen einem atheistischen Staat und einer christlichen Kirche mit seinen bleibenden Belastungen und Spannungen. Die aufs Ganze gesehen sich bessernden Beziehungen von Staat und Kirche in der DDR kann man im übrigen nicht mit dem Begriff „Normalisierung“ bewerten. In einem atheistischen Staat wäre „normal“, wenn die These vom Absterben der Religion nicht nur theoretisch vertreten, sondern auch durch politische Maßnahmen unterstützt würde.

### *c) Innenpolitik*

Der innenpolitische Weg der sozialistischen DDR wurde von den Kirchen sorgfältig beobachtet. Hier zeigten sich 1978 die stärksten Gegensätze, als es zur Einführung des Wehrunterrichts kam und das neue Gesetz über die Landesverteidigung verabschiedet wurde<sup>4</sup>. Im Bereich der Erziehung fand kirchlicherseits der VIII. Pädagogische Kongreß starke Beachtung, auf dem die Ministerin für Volksbildung, Margot Honecker, in einem Referat das Primat der kommunistischen Erziehung in den Schulen herausstellte<sup>5</sup>. In den Bereichen Bildung

---

4. Gesetz über die Landesverteidigung der DDR vom 13.10.1978 (in Kraft seit dem 1.11.1978), GBI DDR I, S. 377.

5. Der Kongreß fand in der Zeit vom 18. bis 20. Oktober 1978 statt. Auszüge des Referates von M. Honecker in: 'berliner kirchenreport', Ausgabe A vom 24. Oktober 1978.

und Erziehung liegen die unausgeräumten Konfliktstoffe, die das Kirchesein im Sozialismus immer vor neue Probleme stellt und die Glaubwürdigkeit der These von der praktischen Zusammenarbeit von Christen und Marxisten in der DDR mit einem Fragezeichen versieht. Man muß aber sehen, daß den Kirchen und Christen in der DDR eine Sonderstellung eingeräumt wird, die man anderen gesellschaftlichen Gruppen nicht zubilligt.

Die Intoleranz gegenüber politischer Kritik und einem Verhalten, das nicht staats- und parteikonform ist, findet immer neu seinen Ausdruck. Die Empfindlichkeit gegenüber einer unkontrollierten und kritisch-negativen Berichterstattung zeigt die Schließung des Spiegelbüros, die Verwarnung und Ausweisung weiterer Korrespondenten, die Verurteilungen von R. Bahro und Niko Hübner, die diskriminierenden und strafrechtlichen Maßnahmen gegen Ausreisewillige u.a. Auch der Umgang mit den Schriftstellern und ihr weithin geduldeter Exodus<sup>6</sup> gehört in diesen Zusammenhang. „Positive Kritik“ wird geduldet, eine Kritik aber, „die gegen den Fortschritt gerichtet ist“ wird zurückgewiesen<sup>7</sup>. Die von den Kirchen dem Staat gegenüber eingenommene Haltung einer kritischen Solidarität wird Schriftstellern oder anderen Organisationen oder Personen nicht zugestanden<sup>8</sup>. Besonders die ausdrückliche Warnung vor einer „kritischen Solidarität“<sup>9</sup> läßt aufhorchen. Wenn den Kirchen hier Zugeständnisse gemacht werden, so müssen sie als völlig singulär innerhalb der DDR angesehen werden. Der DDR-Staat ist hier über seinen ideologischen Schatten gesprungen. Das ist alles andere als selbstverständlich und wäre nicht ohne die Beharrlichkeit der Kirchen erreicht worden.

#### *d) Das deutsch-deutsche Verhältnis*

Die Beziehungen des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander entwickelten sich 1978 im Sinne eines spannungsvollen Nebeneinanders weiter. Vorträge wurden abgeschlossen<sup>10</sup>, der Besucherstrom in die DDR hielt an, es

---

6. Vgl. statt anderer: Jörg Bernhard Bilke: Die verdrängte Wirklichkeit, DDR-Literatur unter Erich Honecker 1971–1978, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10.6.1978, B 23, S. 15ff.

7. Klaus Höpcke in: Forum (Organ der FDJ), Nr. 3/4, 1979 S. 3f. (abgedruckt in: DDR-Report, Heft 4/1979, S. 230).

8. Vgl. Anm. (7) und R. Michalke (Parteisekretär und Schauspieler am ‚Maxim Gorki Theater‘) in der ‚Berliner Zeitung‘, 3. November 1978: „... ein Tabu gibt es gewiß: die Frage der Macht und der führenden Rolle der Partei ... Wenn (ein Stück) aber ... Entscheidungen unserer Partei öffentlich in Frage stellt, dann muß man sich davon ... trennen, bevor es an die Öffentlichkeit kommt“ (Kommentar zur Absetzung des Stückes „Flüsterpartie“ kurz vor der Uraufführung im September 1978). In einem Beitrag der Zeitschrift „Die Arbeit“ (Gewerkschaftszeitung) heißt es in Nr. 7/1978 (Oktober 1978): „Wer heute die Haltung sogenannter ‚kritischer Solidarität‘ gegenüber dem realen Sozialismus einnimmt, gerät schnell in die Fänge antikommunistischer und antisowjetischer Hetzkampagnen“ (DDR-Report, Heft 1/1979, S. 32).

9. S. Anm. (8) – Beitrag in der Zeitschrift „Die Arbeit“.

10. Abschluß der Verkehrsverhandlungen (Autobahnbau Berlin-Hamburg und Wasserstraßen u.a.) und Ergebnisse der Arbeit der Grenzkommision (vgl. Erklärung der Bundes-

gab die übliche Politik der kleinen Nadelstiche<sup>11</sup>, die man aber nicht zu hoch einordnen sollte. Es gehört zum „image“ der DDR, die Bundesrepublik als Feindstaat anzusehen und entsprechende Politik zu demonstrieren<sup>12</sup>. Der Besuch Breshnews aber in Bonn wurde auch in der DDR sehr sorgfältig beobachtet und zum Anlaß genommen, die herausgehobene Bedeutung des deutsch-deutschen Verhältnisses für die Lage in Europa zu unterstreichen.

## 2. AUS DER ARBEIT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR

### *a) Einschätzung*

Zwei Ereignisse haben im Jahr 1978 die Berichterstattung auch und besonders in den westlichen Medien beherrscht:

1. Das Gespräch am 6.4. zwischen den Mitgliedern des Vorstandes der Konferenz und den Vertretern der Regierung mit Erich Honecker an der Spitze;
2. der Einspruch der Kirche gegen die Einführung des Wehrunterrichts als Pflichtfach an den Schulen.

Der Bericht der Konferenz gewichtet die Ereignisse anders. An erster Stelle steht „Zeugnis und Dienst der Gemeinde“; in diesem Zusammenhang werden die Kirchentage im Jahr 1978 als „die herausragenden Ereignisse im Leben unserer Kirchen und Gemeinden“ bezeichnet. Der Bericht entgeht der Versuchung, die Bedeutung der Kirchentage an den großen Zahlen festzumachen. Er erwähnt sie nicht einmal. Von den „Gesprächen in den Gruppen“, von den „gemeinsamen Feiern“ und der „Ermutigung durch die Bruderschaft“ ist die Rede. Das also hat die Kirchentage nach dem Urteil der Konferenz zu den großen Ereignissen werden lassen. Bei einer Einschätzung der kirchlichen Arbeit des Bundes wird das Gespräch mit E. Honecker und der Einspruch gegen den Wehrunterricht seinen angemessenen Platz erhalten müssen. Es wäre aber verfehlt, wenn dabei die kirchliche Arbeit im übrigen zu kurz käme.

---

regierung am 16. November 1978 in: DA, Heft 1/1979, S. 99ff.; zur Arbeit der Grenzkommission, a.a.O. S. 105ff.).

11. Dazu gehört die spektakuläre Verweigerung der Einreisegenehmigung für Helmut Kohl und anderer Abgeordneter nach Ost-Berlin und die Verweigerung, einen Film über die Situation der Schriftsteller in der DDR zu drehen, sowie die Ausweisung von Journalisten.

12. Dettmar Kramer sieht die Situation so: „Nach diesem deutsch-deutschen Verkehrspaket wird die DDR gegenüber Bonn zunächst eher kürzer treten. Aus Moskau, aber nicht nur von dort, wird man die weitere Entwicklung zwischen Bonn und Ost-Berlin künftig besonders beobachten. Als Stichworte mögen der sogenannte Intershop-Sozialismus, die DM-West als zweite Landeswährung wie die Politik Honeckers gegenüber der Evangelischen Kirche in der DDR genügen. Das alles wird im Kreml wachsam, um nicht zu sagen mißtrauisch verfolgt“ (vgl. DA 12/1978, S. 1233f. (1234).



## *b) Leitungsorgane des Bundes*

### **I. 2. Tagung der III. Synode des Bundes**

Die Synode tagte in der Zeit vom 22. bis 26. September 1978 in Berlin-Weißensee. Die Nachricht von der Selbstverbrennung des Pfarrers Rolf Günther während des Gottesdienstes am 17. September in der Kirche Zum Heiligen Kreuz in Falkenstein (Vogtland) hat auf die Atmosphäre der Synode ihren Einfluß gehabt. Die Synode ließ sich vom Präsidenten des Sächsischen Landeskirchenamtes berichten; das Präsidium wandte sich am Ende der Synode in einem Wort an „die Christen und Gemeinden im Lande“<sup>13</sup>. Im Unterschied zur Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz im Jahr 1976 wollte Pfarrer Günther mit seinem Tod keinen politischen Protest erheben. Innergemeindliche Auseinandersetzungen verschiedener Glaubensrichtungen und persönliche Betroffenheit in dem Streit müssen als Grund hingenommen werden. Die Tat entzieht sich aber – insoweit liegt eine Parallele zum Fall Brüsewitz vor – letztlich der Beurteilung<sup>14</sup>.

Die Synode hatte sich vorgenommen, zwei Themen in den Mittelpunkt der Beratungen zu stellen: Ökumene (Grundprobleme – s.u. 3.a) III. – und Ausbildungsfragen). Beide Themen hatten Synodaltagungen des Bundes schon früher beschäftigt; es lagen synodale Beschlüsse vor, mit denen die Richtung für mögliche Regelungen abgesteckt worden waren. Mit der Gründung einer gemeinsamen Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogen in Potsdam war der erste konkrete Schritt auf das Ziel nach größerer Gemeinsamkeit im Bereich der Ausbildung hin getan. Die Synode nahm den Bericht der Ausbildungskommission entgegen und formulierte ihre Wünsche für die weitere Arbeit. Das Ökumene-Thema konnte nicht abschließend verhandelt werden. Die schon lange drängende Frage nach einer für den Bund und die Gliedkirchen annehmbaren Konzeption ökumenischer Arbeit wurde noch einmal vertagt. Es kann kein Zweifel sein, daß die beiden Hauptthemen der Synode wichtige Teilbereiche der im Bund wahrzunehmenden Gemeinschaftsaufgaben betreffen.

Die Verhandlungen um einvernehmliche Lösungen schleppen sich über lange Zeiträume hin. Jedoch kann man feststellen, daß es vorangeht. Die gelegentlich geäußerte Ungeduld bis hin zur Verärgerung von Synodalen über die Zähflüssigkeit des Fortschritts ist natürlich verständlich. Die Summe der kleinen Schritte aber durch die Jahre läßt eine positive Wertung des Zusammenwachsens der Gliedkirchen zu einer größeren Gemeinschaft durchaus zu.

---

13. Bericht von Prä. Domsch und Wort des Präsidiums in: epd-dok Nr. 41/1978, S. 3ff. und 7. Das Wort des Präsidiums ist zusammen mit anderen Dokumenten über die Synode auch in epd-dok Nr. 42–43/1978, S. 112 abgedruckt.

14. An Dokumenten zu dem Fall liegen weiter vor: Mitteilung des Dresdener Landeskirchenamtes vom 18.9.1978 („berliner kirchenreport“, Ausgabe A vom 19.9.1978 mit einem Kommentar von H. J. Röder „Mehr Unterschiede als Parallelen zum Fall Brüsewitz“), Wort der sächsischen Landessynode vom 25. Oktober 1978 („berliner kirchenreport“, Ausgabe A, Nr. 25 vom 31.10.1978) und eine Schnellinformation des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR vom 24.10.1978.

Bei einem weiteren Verhandlungsthema der Synode (Kirchengemeinschaft) fand die Ungeduld der Synodalen im Beschluß zur geplanten Delegiertenversammlung Anfang 1979 ihren Ausdruck. Die Konferenz hatte sich in ihrem Bericht im wesentlichen darauf beschränkt, die Diskussionslage besonders auf seiten der EKU und der VELK in der DDR darzustellen. Der Synodalbeschluß erinnert an die früheren Beschlüsse – besonders von Züssow 1976 – und zieht das Fazit: „keinen Schritt voran“. Das gilt besonders im Blick auf die organisatorische Zusammenfassung und die Koordination der Dienststellen der kirchlichen Zusammenschlüsse.

Aufmerksamkeit verdient ein Bericht, den sich die Synode von Johannes Adler über die kirchliche Verlagsarbeit geben ließ<sup>15</sup>. Er beginnt mit einer Feststellung:

„Es sollte so sein, daß Theologiestudenten und Pfarrer vollständige Kommentarreihen für AT und NT ständig erwerben können, ebenso mehrere Dogmatiken und praxis-bezogene Werke ... Es sollte so sein, daß jedes Gemeindeglied in der Buchhandlung eine große Auswahl von informativen Schrifttum, Biographien und Belletristik vorfände. Es sollte so sein, aber es ist nicht so.“

In seinen weiteren Ausführungen geht Adler den Ursachen des Mangels nach: es fehlt an Autoren, an Theologen und Wissenschaftlern aber auch an geeigneten Autoren für eine dem Christlichen verpflichtete Belletristik. Das Papierkontingent reicht nicht. Die Alternative lautet: viele Titel – kleine Auflagen oder wenig Titel – hohe Auflagen. Die Herstellungsfristen für ein Buch – wenn es denn da ist – sind zu lang; das gleiche gilt von der Prozedur der Druckgenehmigung. Zu Problemen bei der Druckgenehmigung kommt es im Bereich der christlichen Anthropologie. Die Bilanz der Evangelischen Verlagsanstalt (EVA), die zu den größeren Verlagen in der DDR zählt, läßt sich im übrigen durchaus sehen: im Schnitt 230 Titel im Jahr mit einer Stückzahl (einschließlich von kleinen und kleinsten Druckerzeugnissen) von 3 Millionen.

In der publizistischen Berichterstattung des Westens wurden die Hauptthemen der Synode nur am Rande oder gar nicht erwähnt. Im Vordergrund stand die Stellungnahme der Synode zum Wehrkundeunterricht. „DDR-Synode einstimmig gegen Wehrkundeunterricht“ – mit diesem „Aufhänger“ leitete der Evangelische Pressedienst die Dokumentation über die Synode ein. Hier meldet sich sehr einseitig westliche Sicht und westliches Interesse zu Wort. Man kann schon verstehen, daß die Kirchen in der DDR über solche Tendenzen in der westlichen Berichterstattung nicht immer sehr angetan sind. Richtig ist natürlich, daß die Synode einen der Sache gemäßen Beschluß „zur Friedensverantwortung der Kirche“ gefaßt hat. Im zweiten Teil des dreiteiligen Beschlusses macht sie sich die „schweren Bedenken“ der Konferenz, die diese gegen den Wehrunterricht geltend gemacht hatte, zu eigen. Die Friedensverantwortung der Kirchen erschöpft sich aber nicht in einem bloßen Nein zur Wehrerziehung. Stellungnahmen zur Abrüstungsfrage und konkrete Modelle für eine Erziehung zum Frieden sind gleichwertige, vielleicht sogar wichtigere Teilbereiche der umfassenden Friedensverantwortung der Kirchen heute. Der Synodalbeschluß läßt dies hinreichend deutlich werden.

Ein weiterer Beschluß befaßt sich mit den „Folgerungen des Gesprächs vom 6. März 1978“. Erste Erfahrungen positiver aber auch negativer Art liegen vor.

---

15. epd-dok 42–43/1978, S. 82ff.

Die Synode will Christen, Gemeinden und Kirchen ermutigen, die mit dem Gespräch eröffneten Möglichkeiten auszuschöpfen.

Einige Beschlüsse der Synode<sup>16</sup>:

### (1) ZUR ÖKUMENISCHEN ARBEIT

Die Ökumenische Arbeit wird zunehmend integrierender Bestandteil von Zeugnis und Dienst innerhalb der Kirchen des Bundes. Dieser Synodaltagung lag ein Entwurf der Ökumenischen Kommission „Grundprobleme der ökumenischen Arbeit des Bundes und seiner Gliedkirchen“ mit Anlagen vor. Er wurde in einer ad-hoc-Gruppe beraten; das Plenum der Synode nahm einen Zwischenbericht über die Ergebnisse dieser Beratungen entgegen.

1. Die Synode beauftragt die Ökumenische Kommission, an diesem Grundsatzpapier an Hand dieser Beratungsergebnisse weiterzuarbeiten.

– Über die Ergebnisse dieser Weiterarbeit ist der Bundessynode spätestens bei ihrer nächsten Tagung zu berichten.

– Dabei sollen der Synode Entscheidungsvorschläge unterbreitet werden, wo Selbstbeschränkung und Profilierung der ökumenischen Beziehungen erfolgen muß.

2. Die Synode erwartet, daß in der ökumenischen Arbeit folgendes beachtet wird:

– Umfassende Teilhabe der Gemeinden am ökumenischen Geschehen.

– Erhaltung der Vielfalt der Arbeit unter Berücksichtigung hoher Qualität und vertretbarer Quantität.

– Durchsichtige Gestaltung ökumenischer Beziehungen im Blick auf die Zuständigkeiten und Effektivität.

– Wahrnehmung ökumenischer Beziehungen sowohl durch spezialisierte Mitarbeiter in ökumenischen Gremien, als auch durch eine Vielzahl von Multiplikatoren auf allen Ebenen ökumenischer Kontakte.

3. Die Synode spricht im Blick auf die Nutzung des ökumenischen Instrumentariums folgende Empfehlung aus:

– Vergabe ökumenischer Arbeitsaufträge im Delegierungsverfahren an einzelne Gliedkirchen oder Regionen.

– Vorhandene ökumenische Erfahrungen einzelner Einrichtungen und Kirchen abrufbar zu machen.

– Gewährleistung einer arbeitsfähigen Dienststelle.

---

16. Hier nicht abgedruckte weitere Beschlüsse der Synode:

– Zur Kristallnacht

– Zum Internationalen Jahr des Kindes

– Zum Bericht von IM/HW

– Zu den Kirchentagen und Kirchentagskongressen

– Zu den Katastrophen in Indien, im Iran und in Vietnam

– Zum Synodalthema ‚Zeugnis heute‘

– Zum Synodalthema ‚Glaubensbuch‘

(vgl. epd-dok 42–43/1978, S. 102ff.)

und:

– Kirchengesetz über den Haushaltsplan und die Umlagen

– Zur Konzeption über den notwendigen Umfang gesamtkirchlicher Arbeit und deren Finanzierung

– Über die Entlastung für das Rechnungsjahr 1977

– Geschäftsordnung der Synode des Bundes vom 12. September 1969 in der geänderten Fassung vom 26. September 1978

(MBI BEK i. DDR, Nr. 1–2/1979, S. 2ff.)

## (2) ZUR KIRCHENGEMEINSCHAFT

Die Frage nach der Kirchengemeinschaft, die uns miteinander verbindet, bleibt eine gewichtige Aufgabe.

Die bevorstehende Delegiertenversammlung hat sich mit der Weiterentwicklung der Kirchengemeinschaft zu beschäftigen und Vorschläge zu machen, die strukturelle Veränderungen einleiten.

Wir erinnern uns dabei, wie es der Bericht der KKL getan hat, an die Beschlüsse, die auf der Tagung der Bundessynode 1976 in Züssow gefaßt wurden. Der Grundsatzbeschluß von Züssow zum Hauptthema der damaligen Synode „Kirchengemeinschaft – Einheit und Vielfalt“ ist die Basis unserer Kirchengemeinschaft. Dieser Grundsatzbeschluß hat, wie der KKL-Bericht erfreulicherweise feststellen konnte, bei den gliedkirchlichen Zusammenschlüssen, Zustimmung gefunden.

Schon in Züssow sind Beschlüsse gefaßt worden über eine notwendige Koppelung der Synoden der gliedkirchlichen Zusammenschlüsse und einer verstärkten Kooperation der gliedkirchlichen Zusammenschlüsse und ihrer Dienststellen.

Soviel Effektives auch von der Arbeit des Bundes im Bericht der KKL aufgezeigt werden konnte, beschwert es uns doch, daß wir hinsichtlich der Verwirklichung der Beschlüsse von Züssow zur Erzielung einer einfacheren Struktur noch keinen Schritt voran gekommen sind. Im Bericht der KKL wird die Zielrichtung der Arbeit, die jetzt vor uns liegt, so bezeichnet: „Es geht um ein gleichwertiges Zusammenführen der drei gesamtkirchlichen Institutionen zu einer neuen Struktur gesamtkirchlicher Arbeit“. Dabei sollte es auch weiterhin spezielle Arbeitsformen und Verbindungen für das jeweils gewachsene Erbe geben.

Auf diese Ziele hin, erwarten wir von der Delegiertenversammlung konkrete Vorschläge und Anregungen. Hinsichtlich der synodalen Ebene, die bei der Delegiertenversammlung vorrangig zu behandeln ist, sollen von den Delegierten der Bundessynode folgende Vorstellungen geprüft werden:

Es sollte künftig eine Gesamt-Synode (Bundessynode) geben. Diese ist von den Gliedkirchen des Bundes zu beschicken; die Mitglieder dieser Gesamtsynode sind zugleich die Vertreter der jeweiligen Traditionen (EKU – VELK). Die Gesamtsynode tritt während ihrer Tagungen zu getrennten Sitzungen auseinander, wenn es die Belange der EKU und VELK nötig machen.

Die Delegierten sollen darüberhinaus darauf drängen, daß dieses Vorstellungsmodell (Gemeinsamkeit und Gliederung) auch im Blick auf die Leistungsebene und die Dienststellen zwischen Bund und gliedkirchlichen Zusammenschlüssen durchdacht wird.

Schließlich sollte die Arbeit der Kommissionen und Ausschüsse daraufhin überprüft werden, daß sie bei etwaiger verwandter Aufgabenstellung nicht nebeneinander arbeiten, sondern zu einer bewußten Koordination und Konzentration geführt werden.

## (3) ZUR AUSBILDUNGSFRAGE

1. Die Gründung einer gemeindepädagogischen Ausbildungsstätte in Potsdam ist ein wesentlicher Schritt zur Verwirklichung der Beschlüsse der Görlitzer Bundessynode (Vorlage Nr. 26).

2. Folgende Probleme scheinen uns für die weitere Entwicklung der Gesamtkonzeption für die kirchliche Ausbildung von Gewicht zu sein:

2.1 Die Gründung der Potsdamer Ausbildungsstätte darf keine Einengung der Gesamtkonzeption auf die Belange der gemeindepädagogischen Ausbildung bedeuten. Vielmehr wird die Kommission für Ausbildung gebeten, sich verstärkt auch anderen Ausbildungsgängen zuzuwenden, insbesondere dem der Theologen und dem der Kirchenmusiker. Im Blick auf die Ausbildung der Kirchenmusiker erbittet die Synode einen Sachstandsbericht im nächsten Jahr.

2.2 Die in Punkt 6 des Görlitzer Beschlusses vorgesehene Planung, die eine Umgestaltung, Eröffnung und Schließung von Ausbildungsstätten zum Ziel hat, steht noch aus. Die Synode erbittet darüber für 1979 einen Bericht von der Kommission für Ausbildung.

2.3 Das Verhältnis der durch die neue gemeindepädagogische Ausbildung gegangenen



Mitarbeiter zu denen, die bisherige Ausbildungsgänge für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen durchlaufen haben, bedarf besonderer Beachtung. Die Kommission für Ausbildung wird darum beauftragt, sich folgenden Fragen zuzuwenden:

1. Übernahme von Elementen der gemeindepädagogischen Ausbildung in bisherigen Ausbildungsgängen, soweit das möglich ist;

2. Schaffung von Qualifizierungsmöglichkeiten für anders ausgebildete Mitarbeiter in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

2.4 Der vorgesehene Lehrplan für die gemeindepädagogische Ausbildung setzt voraus, daß Studenten und Dozenten mit neuen Lehr- und Lernverfahren arbeiten. Deshalb sollen die Dozenten möglichst bald berufen und angestellt werden. Die beteiligten Gremien werden gebeten zu prüfen, ob die Akzentuierung und Zuordnung von theologischen und humanwissenschaftlichen Vorhaben im Lehrplan sachgemäß und der Umfang der gestellten Aufgaben nicht zu groß ist.

2.5 Die „eigenständige Lehrverantwortung des Dienstes“, die die gemeindepädagogisch ausgebildeten Mitarbeiter übernehmen (vgl. Bericht der KKL an die Synode, S. 11), macht die Klärung der Ordinationsfrage unumgänglich. Die KKL wird gebeten, eine Lösung für Absolventen der gemeindepädagogischen Ausbildung möglichst bald, spätestens vor Ablauf von 3 Jahren zu erreichen.

#### (4) ZU DEN FOLGERUNGEN DES GESPRÄCHS AM 6. MÄRZ

Die Synode begrüßt, daß das seit langer Zeit notwendige Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates und dem Vorstand der KKL am 6.3.1978 zustande gekommen ist und dabei neben innerkirchlichen Sachfragen auch einige Grundprobleme des Zusammenlebens der Menschen in unserer Gesellschaft angesprochen werden konnten. Wir sehen in diesem Vorgang eine Verwirklichung dessen, daß es der Kirche nie nur um die eigenen Belange gehen darf. Die Synode unterstreicht die Feststellung im Bericht der KKL (Seite 32), daß dieses Gespräch für die Gemeinden und den einzelnen Christen eine Ermutigung sein kann, den Glauben offen zu bekennen, ihre Rechte und Möglichkeiten wahrzunehmen und gleichberechtigt für das Wohl aller mitzudenken und mitzuarbeiten. Die Synode bittet alle Gemeindeglieder, im Glauben an den gekreuzigten und auferstandenen Christus die erschlossenen Möglichkeiten auszuschöpfen und Hoffnung auch angesichts negativer Erfahrungen durchzuhalten.

Die Synode nimmt den Zwischenbericht über die begonnene Klärung einiger Sachfragen (Seite 31) dankbar zur Kenntnis.

- Sie bittet die Gemeinden und kirchliche Mitarbeiter, die Möglichkeiten zur *Seelsorge in staatlichen Feierabend- und Pflegeheimen* in ihrem Bereich intensiv wahrzunehmen.
- Die in Aussicht gestellte Regelung der *Seelsorge in den Strafvollzugseinrichtungen* der DDR sollte möglichst bald verwirklicht werden und Möglichkeit zum seelsorgerlichen Einzelgespräch einschließen.
- Im Zusammenhang mit den genannten Sachfragen hält die Synode eine Verbesserung der Voraussetzungen für die *Seelsorge in Krankenhäusern* für notwendig und bittet die KKL, in Verhandlungen mit staatlichen Stellen darauf hinzuwirken.
- Die Synode erwartet, daß gerade angesichts des bevorstehenden Internationalen Jahres des Kindes mehr *christliche Literatur für Kinder und Jugendliche* in den Gemeinden herausgegeben werden kann. Die Synode hält es für dringend erforderlich, daß bei der Genehmigung der von den evangelischen Verlagen eingereichten Manuskripte Kriterien angewendet werden, die die Eigenständigkeit christlicher Veröffentlichung respektieren und damit der Intention des Gesprächs vom 6.3.1978 entsprechen.
- Die Synode hält es für nötig, daß der neuberufene „Beirat für *kirchliche Rundfunk- und Fernseharbeit*“ in Zusammenarbeit mit der KKL eine klare Zielstellung im Blick auf die langfristige Themenplanung und für die einzelnen Sendungen erarbeitet. Um den Empfang der Sendungen allen Interessenten zu ermöglichen, sollten Verhandlungen über eine Ausstrahlung im ersten Programm des Fernsehens der DDR aufgenommen werden. Die Gemeinden werden ermuntert, durch ihre Stellungnahmen auf die weitere Gestaltung der Sendungen einzuwirken.

- Die Synode erwartet, daß bei den geplanten Projekten des *Sonderbauprogramms*, die auf Seite 7 im Bericht der KKL genannten Kriterien, nämlich Funktionsräume für eine vielgestaltige Arbeit einzelner Gemeinden und der Kirchenkreise zu schaffen, noch genauer berücksichtigt werden müssen, als es bisher geschehen ist. Es muß darauf gedrungen werden, daß durch das Sonderbauprogramm nicht Baukapazitäten für andere laufende Instandsetzungsarbeiten an kirchlichen Gebäuden, für die keine Valutamittel zur Verfügung stehen, abgezogen werden und dadurch die Bausubstanz der betroffenen Gebäude gefährdet wird.  
Für den Aufruf zur Spendenaktion für das Neubauprogramm sollte ein Zeitraum von Advent 1978 bis Ostern 1979 vorgesehen werden.

## (5) ZUR FRIEDENSVERANTWORTUNG DER KIRCHE

1. „Friedensverantwortung ist ein unverzichtbarer Ausdruck des Zeugnisses von Jesus Christus heute.“

Diese gemeinsame im KKL-Bericht ausgesprochene Grundeinsicht wird von der Synode als bleibende und dringliche Aufgabe hervorgehoben. Die Synode dankt der KKL für ihre intensive Beteiligung an verschiedenen ökumenischen und internationalen Bemühungen in Friedens- und Abrüstungsfragen. Die Synode unterstreicht insbesondere die Bedeutung des in ihrem Auftrage durchgeführten Dialogs zwischen Vertretern des Bundes und Vertretern von Freikirchen mit Vertretern des Nationalen Christenrates der Kirchen Christi in den USA zu Abrüstungsfragen. Sie hält es für wichtig, daß Vertreter des Bundes dem Vorsitzenden des Ministerrates Erklärungen übergeben haben, die die Verantwortung von Regierungen für Erhaltung und Sicherung des Friedens betreffen. Die Synode nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß im Zusammenhang mit Abrüstungsfragen von seiten des Staates Sachinformationen an Vertreter des Bundes gegeben wurden. Die KKL wird gebeten, ihre Bemühungen um Frieden und Abrüstung mit Intensität fortzuführen.

2. Die Synode dankt der KKL, daß sie mit gleichem Nachdruck die mit der Friedensverantwortung in unserer Gesellschaft verbundenen Fragen aufgenommen hat. Die Synode teilt als Vertretung der Gliedkirchen des Bundes und ihrer Gemeinden ausdrücklich die schweren Bedenken, die die KKL angesichts der Einführung der Wehrkunde als obligatorisches Unterrichtsfach der Regierung der DDR gegenüber zum Ausdruck gebracht hat. Sie bedauert, daß mit dem Wehrkundeunterricht trotz der begründeten Bedenken seit 1. September 1978 begonnen worden ist. Die Synode bittet die KKL, die Bedenken im Gespräch mit der Regierung weiterhin geltend zu machen.

Die Gemeinden haben die schnelle Information und Orientierung durch die KKL als wichtige Hilfe aufgenommen. Das gilt auch für die Zusicherung der KKL, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für diejenigen Eltern und Erziehungsberechtigten einzutreten, die sich aus Gewissengründen nicht in der Lage sehen, ihre Kinder an dem Wehrkundeunterricht teilnehmen zu lassen.

3. Die Synode möchte darauf aufmerksam machen, daß es sich bei der Erziehung zum Frieden angesichts des zunehmenden Wettrüstens und der vielfach festgestellten militärpolitischen Durchdringung weiterer Lebensbereiche nicht um eine Aufgabe der Kirchen und Gemeinden unter anderen handeln kann. Das Konzept einer Erziehung zum Frieden bedarf einer grundsätzlichen theologischen, soziologischen, psychologischen und pädagogischen Differenzierung, Vertiefung und Konkretisierung. Die Synode bittet daher die KKL, das vorgesehene Studien- und Aktionsprogramm möglichst umgehend in Gang zu setzen. Die entsprechenden Fachgremien des Bundes und der Gliedkirchen sollten dabei zusammenwirken.

Dieses Studien- und Aktionsprogramm sollte konzipiert werden für alle Arbeits- und Lebensbereiche des einzelnen, der Familie und der Gemeinde. Die KKL wird gebeten, zu prüfen, ob und wie die Herausgabe eines regelmäßigen Informationsmaterials zu Fragen von Frieden und Abrüstung möglich gemacht werden kann.

## II. Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen

Der Bericht der Konferenz gibt in zehn Abschnitten einen Überblick über Arbeit und Ereignisse für die Zeit von Mai 1977 (Synode in Görlitz) bis September 1978<sup>17</sup>. Die Berichtsteile über den Verlauf der Verhandlungen zwischen Staat und Kirche, zum Thema Wehrunterricht und über das Gespräch am 6.3.1978 werden im anderen Zusammenhang besprochen (s.u. Abschnitt IV.). Im übrigen geht der Bericht auf folgende Themen ein: die Kirchentage 1978, Probleme der Erhaltung kirchlicher Gebäude und des Neubaus von Gemeindezentren (mit einer Dankadresse an die EKD), Verantwortung im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, der Ausbildung, der evangelischen Kindergärten, der Kirchenmusik, das internationale Jahr des Kindes, die Aufgabe der Förderung gemeindenaher Publikationen, die Arbeit der Ökumene, die Friedensverantwortung der Kirche, Aufgaben angesichts bevorstehender Gedenktage im laufenden und in den kommenden Jahren (CA 1980, Lutherjubiläum 1983, 40. Jahrestag des Kriegsbeginns (1979) und der ‚Reichskristallnacht‘ (1978), 30. Jahrestag der Erklärung der Vereinten Nationen zu den Menschenrechten (1978)), Gespräch am 6.3., Informationsarbeit, Kirchengemeinschaft und Finanzfragen.

Die einzelnen Themen konnten nur kurz aufgerufen und mit einigen Strichen skizziert werden. Der umfangreichste Teil (13 von 42 Seiten) war dem Gespräch am 6.3. und der Friedensverantwortung der Kirche gewidmet.

### *c) Sonstige Veranstaltungen, Arbeitsvorhaben u.a.*

#### I. Kirchentage 1978

Drei Kirchentage in zeitlich dichter Aufeinanderfolge waren „die herausragenden Ereignisse im Leben unserer Kirchen und Gemeinden“ (Konferenzbericht)<sup>18</sup>:

Leipzig, 26.–28. Mai, mit der Losung: „Leben heißt ein Ziel haben“,

Erfurt, 2.–4. Juni, mit dem Motto: „Es geht ums Leben“,

Stralsund, 16.–18. Juni, unter dem Leitwort: „Auf der Suche nach Leben“.

Die Veranstaltungen verdienen das Prädikat „ungewöhnlich“. Ungewöhnlich waren die großen Zahlen, die sich zu den Kirchentagen drängten. Zu den Abschlußveranstaltungen waren es in Leipzig 50000 (nach inoffiziellen Informationen sollen es sogar 70000 gewesen sein), in Erfurt 25000 und in Stralsund 10000. Mit solchen Zahlen weisen in der DDR sonst nur staatlich gelenkte Veranstaltungen auf – wenn man von den Fußballtribünen am Sonntag absieht. Ungewöhnlich war auch die Hilfe staatlicher Stellen. Nach Leipzig fahren neun Sonderzüge und über 150 Sonderbusse, Erfurt wurde mit fünf Sonderzügen und über 100 Sonderbussen bedient. Der Rat des Bezirks und der Rat der Stadt Leipzig sorgten dafür, daß Messehallen und ein großes Freigelände vom Kirchentag in Anspruch genommen werden konnten. Der Vorsitzende des Kirchentags-

17. epd-dok 42–43/1978, S. 4ff.

18. Dokumentiert wurden die Vorträge u.a. der Kirchentage in: epd-dok 30/1978.



landesausschusses, Johannes Cieslak, dankte dem Messeamt, der Volkspolizei und anderen staatlichen Institutionen für die hilfreiche Unterstützung. Ohne sie wäre ein Kirchentag mit dieser Größendimension nicht möglich gewesen. Bei einem Empfang aus Anlaß des Erfurter Kirchentages erklärte der erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Erfurt: „Er sei gewiß, daß der Kirchentag dazu beitragen werde, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche weiter zu verbessern“. Ungewöhnlich war weiter die große Beteiligung der Jugendlichen<sup>19</sup>. Ein Drittel und mehr der Besucher zählte zu ihnen. Ungewöhnlich war schließlich der Freimut in den Diskussionen und auch in den Referaten und sonstigen Beiträgen. Kein Thema wurde ausgelassen. Nach dem Gespräch vom 6.3. wurde ebenso gefragt wie nach dem angekündigten Wehrunterricht. Die Umweltproblematik, die Friedensfrage, das Verhältnis der Generationen zueinander — es gab keine Tabus.

In der „Mecklenburgischen Kirchenzeitung“ kommentierte Gerhard Thomas seine Eindrücke so:

„Die Kirchentage hinterließen den Eindruck eines wachsenden Öffentlichkeitsbewußtseins der Christen. Und das steht einer Minderheit sehr gut zu Gesicht, deren Gefahr es ist, sich selbstgenügsam ins Schneckenhaus zu verkriechen. Dabei geht es nicht um den äußeren, öffentlichen Rahmen. Denn das Messegelände in Leipzig, der Domplatz in Erfurt und die Freilichtbühne in Stralsund verdankten die Kirchentage ...dem freundlichen Entgegenkommen staatlicher Behörden. Es geht vielmehr um die Inhalte, die diskutiert wurden. Stichworte wie Erziehung zum Frieden, Umweltverantwortung, Sorge um die Schwachen in der Gesellschaft, Sinnhaftigkeit des Lebens in Arbeit und Freizeit bestimmten neben persönlichen und Glaubensfragen immer wieder die Gespräche. In alledem kam zum Ausdruck, daß Christen sich ihres Auftrages in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit bewußt werden. Diese Suche nach dem spezifisch-christlichen Beitrag zu hautnahen gemeinsamen Problemen kann die oft wiederholten Formeln ‚Kirche für andere‘ oder ‚Kirche im Sozialismus‘ davor bewahren, zu billigen Schlagworten zu verkümmern.“<sup>20</sup>

Mindestens am Rande sollte erwähnt werden, daß in Leipzig die Bischöfe Claß und Lohse dabei waren und in Erfurt Kirchenpräsident Hild neben anderen Besuchern aus der Bundesrepublik. Der ena meldete ihre Anwesenheit und gab eine Bemerkung von Bischof Claß wieder: Er (Claß) nannte das unmittelbare, im Vertrauen und ohne Rückversicherung geführte Gespräch das bewegteste Merkmal der Kirchentagskongresse<sup>21</sup>. Mit welchem Freimut schon in den Referaten heikle Themen angesprochen wurden, belegen die folgenden Zitate:

Propst Heino Falcke (in Erfurt):

„Man sagt, um besser leben zu können, brauchen wir mehr Facharbeiter, höhere Produktion, mehr Exquisitläden. Aber um menschlicher zu leben, brauchen wir mehr Menschen, die Verantwortung übernehmen und ein offenes Wort riskieren, wo Unrecht geschieht. Menschen, die sich vor Gott beugen und vor den Menschen geradestehen ... Menschen mit etwas mehr Hand und weniger Faust ...“<sup>22</sup>

19. ena-Meldung vom 7.6.1978 (XXXI/23)

20. Zitiert nach ena vom 12.7.1978 (XXXI/28–29).

21. ena vom 31.5.1978 (XXXI/22)

22. epd-dok 30/1978, S. 52.



Raimund Hoenen (in Stralsund):

„Da gibt es den Brief eines 17jährigen Mädchens und ihres Freundes an die Eltern: ‚Wir haben beschlossen, zu sterben ... Wir fragten uns tausendmal nach dem Sinn des Lebens, aber auch die Gesellschaft gab uns nur ausweichend oder gar keine Antwort‘ ... Es gibt mehrere solcher Briefe – in einer kapitalistischen wie in einer sozialistischen Gesellschaft; es gibt noch mehr ähnliche Gedanken.“<sup>23</sup>

Man könnte noch aus dem Eingangsreferat der Tischlermeisters Helmut Voß vor dem Leipziger Kirchentag zitieren und viele andere Beiträge erwähnen. Der Freimut in den Referaten setzte sich in den Diskussionen fort. Der Stoßseufzer eines staatlichen Funktionärs nach dem Leipziger Kirchentag („ungeheuer diese Disziplin“) deckt den Kernpunkt auf. Es kam zu keinem emotionalen Ausbruch der Gefühle und Antigefühle. Christen demonstrierten Sachlichkeit und Selbstbeherrschung ohne staatliche Aufsicht und ohne strenge Kontrolle.

## II. Andere Kirchentreffen

Die großen Zahlen waren nicht nur auf den Kirchentagen. Auch sonstige übergemeindliche Treffen zeigten großen Zulauf. Das Petersbergtreffen des Ev. Jungmännerwerkes Sachsen-Anhalt meldete 2000 Teilnehmer, 1 100 Christenlehre-kinder und Konfirmanden kamen zum „Tag der Begegnung“ des Ökumenisch-Missionarischen Zentrums Berlin/DDR, die Landesjugendsonntage zählten bis zu 3 000 junge Menschen, beim Abschlußgottesdienst der Blankenburger Allianz-konferenz waren es 4 000, die den Abschlußgottesdienst miterlebten. Zahlenmäßige Erfolgsmeldungen wollen und sollen nicht den Eindruck einer starken oder gar einer selbstherrlichen Kirche in der DDR vermitteln. Insgesamt bleiben die Christen eine kleine Minderheit und der „Schrumpfungsprozeß“ in den Gemeinden setzt sich ebenso fort wie die kleiner werdenden Zahlen bei den traditionellen kirchlichen Veranstaltungen am Sonntag oder an den Abenden während der Wochentage, bei den Konfirmationen, den Taufen und Trauungen. Die Bereitschaft so vieler Menschen, das verkündigende und seelsorgerliche Wort der Kirche zu hören und anzunehmen wirft aber Fragen auf, die beantwortet werden müssen: wie kann und darf sich die Kirche auf die vielen einstellen, ohne ihren Auftrag zu verleugnen. Mit Fragen dieser Art beschäftigte man sich in den Kirchen in der DDR. Das ist der Ertrag der großen Zahlen auf den Kirchentagen, den Landesjugendsonntage und anderen Treffen.

23. epd-dok 30/1978, S. 54.

## *d) Kirchengemeinschaft im Bund*

### *I. Vor der Delegiertenversammlung 1979*

#### *(1) Kirchengemeinschaft aus der Sicht des Bundes*

1977 hatte die Görlitzer Synode beschlossen, für das Jahr 1979 eine Delegiertenversammlung einzuberufen<sup>24</sup> und die Zustimmung von EKU und VELK in der DDR dazu erbeten. Nachdem die Generalsynode der VELK/DDR auf ihrer Tagung 1977 die Zustimmung beschlossen hatte<sup>25</sup>, stimmte 1978 auch die Synode der EKU der Einberufung der Delegiertenversammlung zu<sup>26</sup>. Für die EKU war ein früherer Synodalbeschluß nicht möglich gewesen, weil sie nur im Zweijahresrhythmus zusammentritt. Ihre Zustimmung war mehr ein formaler Akt; es war klar, daß die EKU die Delegiertenversammlung wollte und fördern würde. Die Vorbereitungen für die Einberufung liefen bereits das ganze Jahr 1978 über. Die Präsidien der Synoden waren damit befaßt.<sup>1</sup>

Der Bericht der Konferenz vor der Synode des Bundes ging ausführlich auf die geplante Delegiertenversammlung und ihre Zielsetzung ein. Allerdings beschränkte sich der Konferenzbericht auf eine Wiedergabe des Diskussionsstandes besonders bei der EKU und der VEKD/DDR. Der oben abgedruckte Synodalbeschluß ging etwas weiter und formulierte die Erwartungen an die Delegiertenversammlung:

- Vorschläge und Anregungen für eine neue Struktur gesamtkirchlicher Arbeit,
- Ausarbeitung eines Modells, das nur eine Synode vorsieht, die zu getrennten Sitzungen auseinanderzutreten kann,
- ein gleiches Modell soll für alle Leitungsebenen und die Dienststellen erarbeitet werden,
- Konzentration und Koordination der (noch) nebeneinander laufenden Ausschuß- und Kommissionsarbeit.

Man wird verstehen, daß sich die Konferenz mit konkreten Vorschlägen zurückgehalten hat. Der Verdacht einer voraufgehenden kirchenleitenden Manipulation mußte vermieden werden. Ebenso ist es verständlich, daß die Synode des Bundes, in der das Laien- und Kirchenbasiselement stärker vertreten ist, etwas ungeduldig auf endliche Erfolge drängt. Immerhin sind seit der grundsätzlichen Einigung über ein ekklesiologisches Verständnis des Bundes auf der Synode in Züssow 1976 zwei Jahre ins Land gegangen, ohne daß sichtbar geworden ist, welche organisatorischen Folgerungen aus der theologisch gewonnenen Gemeinschaft gezogen werden können und sollen.

#### *(2) Kirchengemeinschaft aus der Sicht der EKU*

Die Kirchengemeinschaft war eines der wichtigen Themen der EKU-Synode (2. Tagung der 5. Synode der EKU – Bereich der DDR – 30. Juni bis 2. Juli

---

24. Vgl. KJ 1976/77; der Beschluß der Synode zur Einberufung in: MBl BEK i. DDR, Nr. 3/4, 1977, S. 33.

25. MBl BEK i. DDR, Nr. 5/6, 1977, S. 80.

26. MBl BEK i. DDR, Nr. 3/4, 1978, S. 46.

1978). In seinem Bericht als Ratsvorsitzender ging Bischof Krusche ausführlich auf die anstehenden Fragen ein<sup>27</sup>.

Ermutigende Worte für energische Schritte nach vorn auf eine engere Gemeinschaft im Bund finden sich in dem Bericht nur beiläufig. Zwar stellt er fest, daß man in der EKU gemeinsam (in Ost und West) unbefangener darüber reden könne, daß sich die EKU-Bereiche in die größeren Gemeinschaften (EKD dort und Bund hier) einbringen und in ihnen aufgehen könnten – „eines Tages“ –. Man hat den Eindruck, Erwägungen dieser Art sind noch sehr die Träume von morgen. Er erinnert dann an die Gespräche zwischen den lutherischen und unierten Leitungsgremien und an die Feststellung der EKU-Synode/DDR von vor zwei Jahren: „... eine breite Gemeinsamkeit zwischen VELK und EKU (ist) noch nicht in Sicht“. Er fragt dann, ob „wir in der Zwischenzeit weitergekommen (sind)?“ und gibt die Antwort: „man wird dies zumindest in atmosphärischer Hinsicht bejahen dürfen“. Das alles klingt nach wenig oder nach gar nichts. Ein tragfähiger Grund für eine engere, auch organisatorisch zum Ausdruck kommende Gemeinschaft uniierter und lutherischer Kirchen im Bund bieten solche Formulierungen nicht an. Zum Schluß zeigt er inhaltlich auf, in welchen Punkten es zwischen EKU und VELK „zu größerer Klarheit gekommen“ ist:

- der föderative Charakter einer engeren Gemeinschaft (dies ist die Forderung der VELK) ist Kennzeichen des Verhältnisses von einer Gliedkirche zur Gesamtkirche und nicht der Rückzug auf eine Minimalform von Gemeinschaft,
- in einer föderativen Gemeinschaft ist die Verbindlichkeit notwendiger Bestandteil dieser Gemeinschaft,
- Lehrgespräche haben in der Gemeinschaft nicht die Funktion, Voraussetzungen für eine noch herzustellende Gemeinschaft zu schaffen, sie folgen vielmehr aus der Kirchengemeinschaft und gehören zu ihrer Funktion, um die bestehende Gemeinschaft zu vertiefen und zu bereichern,
- VELK und EKU können und wollen sich nur dann in die größere Gemeinschaft des Bundes hineingeben, wenn gesichert ist, daß dabei ihr Proprium eingebracht und wirksam werden kann. Unter dem Proprium kann sowohl „das Eigentliche“ als auch „das Eigentümliche“ verstanden werden.

Diese Ausführungen lassen die Vermutung zu, daß seitens der EKU Vorbehalte allenfalls insoweit angemeldet werden, als eine künftige Gemeinschaft die Verbindlichkeit nicht zugunsten eines landeskirchlichen Partikularismus einschränken oder gar preisgeben darf. Zu wenig Gemeinschaft in einer „Vereinigten Evangelischen Kirche“ könnte die EKU nicht hinnehmen. Nicht das „Zu Viel“ sondern das „Zu Wenig“ sieht sie als Hinderungsgrund auf dem Weg zu einer Verschmelzung der kirchlichen Zusammenschlüsse. Der Beschluß der EKU-Synode zu diesem Berichtsteil des Ratsvorsitzenden hat folgenden Wortlaut:

„Die Synode ruft den Beschluß ihrer Tagung vom Jahre 1976 in Erinnerung und unterstreicht die Bereitschaft, ‚um der Gemeinschaft der Ev. Kirchen in der DDR willen zugunsten des Bundes auf die rechtliche Selbstständigkeit ihrer Organe zu verzichten‘. Die Synode bittet den Rat (EKU/DDR), die begonnenen Gespräche mit der Kirchenleitung der VELK/DDR und der Konferenz ... fortzusetzen mit dem Ziel, in absehbarer Zeit zu Vereinbarungen im Blick auf die Kirchengemeinschaft zu gelangen. Sie macht auf die Gefahr aufmerksam, daß lang andauernde Strukturüberlegungen zu Ermüdungserscheinungen führen und dem Partikularismus fördern. Deswegen ermutigt die Synode den Rat der EKU – Bereich DDR –, Termine festzulegen und Konkrete Zwischenschritte ins Auge zu fassen. Dies soll in Absprache mit dem Rat der EKU – Bereich Bundesrepublik Deutschland und

27. Der Bericht ist (gekürzt) mit Beschlüssen der Synode bekanntgegeben in: MBI BEK i. DDR, Nr. 3/4, 1978, S. 41ff.; das Referat zum Hauptvortrag in: MBI BEK i. DDR, Nr. 1/2, 1979, S. 6ff.

Berlin-West – geschehen. Dabei müssen Formen gefunden werden, in denen die bestehende Gemeinschaft der EKU erhalten bleibt. Die Synode bittet den Rat (EKU/DDR) und die Kirchenkanzlei, dabei neu zu bedenken, daß neben der Vorstellung, daß die ... (EKU/DDR) und die VELK/DDR im Bund aufgehen, auch die Möglichkeit erwogen wird, daß beide mit dem Bund ... zusammen eine neue Gestalt größerer Kirchengemeinschaft gewinnen sollen.“

Ähnlich wie beim Bund selbst zeigt sich bei der EKU die Synode als das treibende Element. Mit diesem Beschluß hat sie den Weg für weiterführende Überlegungen auf der Delegiertenversammlung freigelegt.

### *(3) Kirchengemeinschaft aus der Sicht der VELK/DDR*

Kirchengemeinschaft war auch ein wichtiges Thema der 6. Tagung der II. Generalsynode der VELK in der DDR (27.–31. Oktober 1978)<sup>28</sup>. Der Bericht der Kirchenleitung geht ausführlich auf die Fragen einer möglichen Kirchengemeinschaft ein. Diese Synode faßte einen Beschluß für die Delegiertenversammlung. Der Kirchenleitungsbericht nennt auch die noch bestehenden Hemmnisse. Aber sie werden so dargestellt, daß der Eindruck entsteht, mit gutem Willen lassen sich diese überwinden.

Der Bericht erinnert an die Bemühungen, die „spezifischen Merkmale“ der lutherischen Kirchen herauszuarbeiten. Das Ziel dabei war „nicht ... selbstgerechte Abgrenzung in Form eines theologischen Alleinvertrungsanspruches, sondern ... aktualisierende Aussagen darüber (zu machen), was ... (eine lutherische Kirche) für andere bedeuten kann.“ Bei der Arbeit und im Verlaufe von Gesprächen mit der EKU hatte sich herausgestellt, daß „wesentliche Übereinstimmungen mit dem Selbstverständnis der unierten Kirchen in der DDR“ bestehen. Im Anschluß an die Leuenberger Konkordie hatten die lutherischen Kirchen die Gemeinschaft im Bund „als Kirche im theologischen Sinn“ bejaht. Die gleichzeitige Befürwortung einer föderativen Struktur steht dazu nicht im Widerspruch. Der Entschließung der Bundessynode von Züsow (1976) zum Kirchencharakter des Bundes wird eine Schlüsselstellung bei den weiteren Schritten zur Verwirklichung einer engeren Gemeinschaft zuerkannt („die Kirchengemeinschaft im Bunde ... (ist) eine heute für unseren Raum angemessene Form des Kircheseins“, sie stellt eine „notwendige Ergänzung zum Kirchesein der Landeskirchen“ dar).

Wie der Ratsvorsitzende der EKU geht auch der Kirchenleitungsbericht auf die Gespräche der beiden kirchlichen Zusammenschlüsse ein und bewertet sie. Nicht nur das Klima hat sich verbessert, die Gespräche führten auch „zur Klärung mancher Kontroverspunkte“. Die VELK/DDR befürchtete in der neuen Gemeinschaft ein neues Unionsmodell. Hier konnten Bedenken ausgeräumt werden. Die VELK hat „ihr Selbstverständnis als einer im Sinne von CA VII im Evangelium der Rechtfertigung begründeten Kirche beschrieben. Diesen Ansatz haben die Gesprächspartner als auch für die EKU ohne Einschränkung verbindlich bejaht.“ EKU und VELK stimmen damit „im Eigentlichen“ überein. Mit dem gemeinsamen Proprium gehen sie nur verschieden um und haben so verschiedene „Eigentümlichkeiten“ entwickelt. Geprüft werden muß noch, ob die je verschiedenen Eigentümlichkeiten als „gegenseitige Ergänzung und Bereicherung“ oder als „die Gemeinschaft der Kirchen belastende Gegensätze angesehen werden müssen“. Im übrigen decken sich die Aussagen im Bericht des Ratsvorsitzenden der EKU mit denen des Kirchenleitungsberichtes der VELK soweit es um die gewonnene Übereinstimmung in Einzelfragen geht<sup>29</sup>.

28. Beschlüsse der Generalsynode und Bericht der Kirchenleitung in: MBI BEK i. DDR, Nr. 1/2, 1979 (Bericht der Kirchenleitung auch in: epd-dok 53/1978, S. 74ff.).

29. Beschluß der EKU-Synode (Bereich DDR) in: MBI BEK i. DDR, Nr. 3/4, 1978, S. 46; Beschluß der Generalsynode der VELK in: MBI BEK i. DDR, Nr. 1/2, 1979, S. 13.



## BESCHLUSS DER GENERALSYNODE DER VELK ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

*Vom 31. Oktober 1978*

Die Generalsynode hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder um eine Intensivierung der Gemeinschaft der im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengeschlossenen Kirchen bemüht. Es gab keine Tagung, in der diese Frage sie nicht beschäftigt hätte. Am Ende ihrer Legislaturperiode kann die II. Generalsynode dankbar feststellen, daß die Gemeinschaft trotz mancher Belastungen stabiler geworden ist. Dazu hat das theologische Gespräch mit der EKU, wie es auf der Ebene der Leitungsgremien und in der 2. Lehrgesprächskommission geführt worden ist, nicht unerheblich beigetragen. Die Kirchenleitung hat dazu festgestellt: „Um der Verantwortung willen, die EKU und VELK als Träger bestimmter theologischer Traditionen und geistlicher Erfahrungen“ wahrzunehmen haben, „ist ihr Einvernehmen von besonderer Bedeutung ... Uns ist deutlich, daß wir mehr gemeinsam haben, als uns lange Zeit bewußt war. Wir haben voneinander gelernt, nicht nur die eigenen Stärken zu rühmen, sondern auch die der anderen anzuerkennen und die Schwächen zugeben zu können.“

Das besondere Bemühen auch der Vereinigten Kirche wird nun dem Zusammenwachsen der drei kirchlichen Zusammenschlüsse zu gelten haben. Der Beschluß der Bundessynode von 1976 zur Kirchengemeinschaft hat dazu wichtige Voraussetzungen geschaffen. Die Generalsynode hofft, daß die bevorstehende Delegiertenversammlung in gemeinsamer Arbeit gerade der synodalen Vertreter von Bund, EKU und VELK Vorstellungen über die künftige Struktur gesamtkirchlicher Arbeit entwickelt. Werden die bestehenden Zusammenschlüsse miteinander verschmolzen, so sind nach Ansicht der Generalsynode für folgende Probleme Lösungsvorschläge zu erarbeiten:

- Das Selbstverständnis eines neuen Zusammenschlusses ist so zu beschreiben, daß daraus unter anderem der Stellenwert der Bekenntnisse der Reformation und auch strukturelle Entsprechungen erkennbar werden.
- Das Verhältnis von Gliedkirche und Gesamtkirche ist im Sinne einer föderativen Gemeinschaft so zu entwickeln, daß die künftige Gemeinschaft von der Eigenständigkeit der Gliedkirche wie von der Verbindlichkeit gemeinsamer Arbeit bestimmt ist.
- Umfang und Aufgaben gesamtkirchlicher Arbeit sind festzulegen, auch unter Berücksichtigung der dafür erforderlichen Kosten.
- Die Strukturen gesamtkirchlicher Arbeit (Synoden, Leitungsorgane, Fachgremien, Verwaltungen) sind neu zu bedenken.

Nach dem Wunsch der Generalsynode sollte die Delegiertenversammlung ein Schritt auf dem Wege zu einer Gemeinschaft sein, die verbindlicher und zugleich einfacher und durchschaubarer wird. Sie wird dann einmütiger sein können in ihrem Zeugnis und glaubwürdiger in ihrem Dienst.

### II. Kirchengemeinschaft konkret

Die komplizierten Verhandlungen zur Verwirklichung einer engeren Gemeinschaft der Kirchen in der DDR lassen sich nicht einfach damit erklären, daß sich die kirchlichen Zusammenschlüsse (EKU und VELK) nicht bereit finden können, ihnen zugewachsene und von ihnen wahrgenommene Kompetenzen an den Bund abzugeben. Die praktische Arbeit des Bundes zeigt, daß er auf fast allen Gebieten kirchlichen Lebens Aufgaben wahrnimmt und daß sich insoweit die kirchlichen Zusammenschlüsse mehr und mehr zurückgehalten haben. Am Bund vorbei geschieht kaum noch etwas, wenn man von dienstrechtlichen Regelungen und von speziellen theologischen Arbeiten absieht.

Das Verhältnis Kirche und Staat wird vom Bund ebenso wahrgenommen wie ökumenische Aufgaben. Auf der Ebene des Bundes werden die Gespräche mit der Orthodoxen Kirche in Rußland und der Bulgarischen Orthodoxen Kirche

organisiert und ausgewertet. Der Bund ist auch an den Lehrgesprächen der 2. Lehrgesprächskommission beteiligt, wenn auch die verantwortliche Gesprächsführung bei den kirchlichen Zusammenschlüssen liegt. Die Arbeiten der Theologischen Studienabteilung, die in vielen Fällen auch für den Gebrauch in den Gemeinden bestimmt sind, wird ebenfalls vom Bund mitgetragen. Für gemeinsame Ausbildungsstätten und andere gemeinsame Regelungen in Ausbildungsfragen haben sich die Gliedkirchen auf der Ebene des Bundes geeinigt; mit der Gründung der gemeinsamen Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogen folgte auf den Grundsatzbeschuß der erste praktische Schritt. Konfirmanden und Jugendarbeit, Kinder- und Kindertagesstättenarbeit u.a. – das alles wird auf der Ebene des Bundes als Gemeinschaftsaufgabe betrieben, ohne daß die Gliedkirchen oder die kirchlichen Zusammenschlüsse dies beanstanden.

Die im Bund praktizierte und konkrete Gemeinsamkeit läßt sich im Jahr 1978 anhand verabschiedeter Regelungen erneut belegen.

### *(1) Ordination*

Nach jahrelangen Verhandlungen konnte die Arbeit an einem gemeinsamen Ordinationsformular für alle Gliedkirchen des Bundes abgeschlossen werden. EKU/DDR und VELK/DDR haben auf ihren Synoden 1978 die Einführung des gemeinsamen Ordinationsformulars in ihren Gliedkirchen beschlossen (EKU/DDR) bzw. den Gliedkirchen die Einführung empfohlen (VELKD/DDR). Die Bekanntmachung der „Ordnung der Ordination zum Dienst der öffentlichen Verkündigung des Wortes Gottes und der Verwaltung von Taufe und Abendmahl“ erfolgte im Mitteilungsblatt des Bundes durch den Leiter des Sekretariats aufgrund entsprechender Bekanntmachungen durch die Kirchenkanzlei der EKU/DDR und des Lutherischen Kirchenamtes/DDR<sup>30</sup>. Das Problem eines gemeinsamen Ordinationsformulars lag weniger in den verschiedenen ausgeprägten Traditionen der Landeskirchen. Entscheidender war, daß ein gemeinsames Formular nur aufgrund eines Konsenses im Amtsverständnis möglich war. Dieser Konsens war im Zeitpunkt der Verabschiedung des Formulars noch nicht geklärt. Allerdings hatte die 2. Lehrgesprächskommission ihre Arbeit zum Thema „Amt-Ämter-Dienste-Ordination“ nahezu abgeschlossen. Im Bericht der Kirchenleitung der VELK/DDR 1978 heißt es dazu:

Die Arbeitsgruppe (der 2. Lehrgesprächskommission) „Amt-Ämter-Dienste-Ordination“ hat neutestamentliche Aussagen und das Amtsverständnis in den lutherischen und reformierten Bekenntnisschriften geprüft und ein Verhältnis gegenseitiger Ergänzung der Lehraussagen für möglich gehalten ...<sup>31</sup>

Die Unterschiede in Lehre und Praxis zwischen Lutheranern und Reformierten werden also nicht als kirchentrennend gewertet und sind darum gegenseitig tolerabel. Das Ordinationsformular nimmt auf solche Unterschiede in Praxis und Lehre Rücksicht. So wird die Handauflegung bei der Ordination „im Bereich der reformierten Gemeinden ... freigestellt“ (vgl. Anm. 7, 17, 23 der Er-

30. MBl BEK i. DDR, Nr. 3/4, 1979, S. 28ff.

31. Abschnitt 5.2. des Berichtes (MBl BEK i. DDR, Nr. 1/2, 1979, S. 18).

läuterungen zur Ordnung). Aus dieser Freistellung folgt, daß im übrigen die Handauflegung verbindlich ist. Die Theologische Erklärung von Barmen kann von der Ordinationsverpflichtung umfaßt werden, die Verpflichtung (in den lutherischen Kirchen) auf die lutherischen Bekenntnisschriften kann ergänzt werden durch die Aufzählung der einzelnen Bekenntnisse. Mehrere Lesungen und Gebete werden zur Auswahl gestellt; auch die Anrede an den Ordinanden vor der Sendung hat mehrere Fassungen.

Die Variationsbreite hat aber ihre genau abgesteckte Grenze. Die Vorstellung des Ordinanden im Gottesdienst und die Sendungsformel lassen (fast) keinen Spielraum für eine unterschiedliche Gestaltung zu, soweit diese nicht durch die Verpflichtung auf verschiedene Bekenntnisse begründet ist. Hier wurde nur eine bemerkenswerte Ausnahme gemacht:

Bei der Vorstellung ist eine Form A und eine Form B vorgesehen. Die beiden Formen unterscheiden sich nur in zwei Worten (sie sind im folgenden durch Kursivdruck kenntlich gemacht):

#### A

...  
Er (Sie) ist bereit, sich auf in unserer Kirche (Gemeinde) geltenden Bekenntnisgrundlagen zu verpflichten.

Das bedeutet:

- Er (Sie) ist bereit, das Evangelium so zu verkündigen,  
– wie es grundlegend *bezeugt* ist in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments  
– wie es *ausgelegt* wird in den drei altkirchlichen Glaubensbekenntnissen und in den ...

#### B

...  
Er (Sie) ist bereit, sich auf die in unserer Kirche (Gemeinde) geltenden Bekenntnisgrundlagen zu verpflichten.

Das bedeutet:

- Er (Sie) ist bereit, das Evangelium so zu verkündigen,  
– wie es grundlegend *gegeben* ist in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments  
– wie es *bezeugt* wird in den drei altkirchlichen Glaubensbekenntnissen und in den ...

Gerade diese scheinbar geringfügige Textvariante macht nicht nur die Sorgfalt deutlich, mit der an den einzelnen Formulierungen gearbeitet worden ist, sondern auch den – nicht mehr als kirchentrennend zu kennzeichnenden – Rest eines Dissenses. Das Ordinationsformular beruht auf einer Gemeinsamkeit in den theologischen Überzeugungen; das macht auch seine Bedeutung aus. In dem Vorwort, das auch Inhalt des Ordinationsformulars und darum – wie die praktische Ordnung selbst – verbindlich ist, heißt es:

### ORDNUNG DER ORDINATION ZUM DIENST DER ÖFFENTLICHEN VERKÜNDIGUNG DES WORTES GOTTES UND DER VERWALTUNG VON TAUFGE UND ABENDMAHL (AUSZUG)

#### Vorwort

1. Der Bund der Evangelischen Kirchen, die Evangelische Kirche der Union und die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik haben mit ihren Gliedkirchen die hier vorgelegte Ordnung der Ordination zum Dienst der

öffentlichen Verkündigung des Wortes Gottes und der Verwaltung von Taufe und Abendmahl erarbeitet. Der Bund hofft damit seinem erklärten Ziel zu entsprechen, das auch die genannten gliedkirchlichen Zusammenschlüsse voll bejaht haben: „In der Einheit und Gemeinsamkeit des christlichen Zeugnisses und Dienstes gemäß dem Auftrag des Herrn Jesus Christus zusammenzuwachsen“ (Artikel 1, Absatz 2 der Ordnung des Bundes). Alle Gliedkirchen haben bereits bei der Bildung des Bundes die gegenseitige Anerkennung der Ordination erklärt und mit der Annahme der Leuenberger Konkordie bekräftigt. In dem ständigen Gespräch der Kirchen auf der Ebene des Bundes und in der Ökumene über „Amt und Gemeinde“ ist das Thema „Ordination“ eine Schlüsselfrage. Daß über diese Ordnung eine Einigung erzielt wurde, der auch die reformierten Gemeinden in den Gliedkirchen zustimmen konnten, ist ein guter Schritt voran.

2. Daß neue Ordinationsformulare notwendig sind, ist lange erkannt. Neue Erkenntnisse in der Ämterlehre, die Erfahrungen des Kirchenkampfes, ein verändertes Verhältnis der Pfarrer zu ihrem Dienst, zur Kirchenleitung und auch zu ihrer Umwelt, stilistische und sprachliche Gesichtspunkte mußten zum Zuge kommen. Vor allem sollte es den Gemeinden möglich gemacht werden, unmittelbar an dem Ordinationsgeschehen teilzunehmen; die Ordinanden sollten es ohne hermeneutische Anstrengungen verstehen und bejahen können. Die Notwendigkeit einer Neufassung wurde auch durch die Tatsache unterstrichen, daß auf dem Boden der Evangelischen Kirche in Deutschland, in der Arnoldshainer Konferenz und auch in der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands an derselben Materie gearbeitet wurde. Die hier vorliegenden Formulare verdanken dieser Arbeit gute Anregungen.

Endlich war es der Wunsch der Gliedkirchen, an diesem wichtigen Punkt die bestehende Gemeinsamkeit zu bezeugen – dies um so mehr, als die gültigen Ordinationsformulare keine grundlegenden Unterschiede aufwiesen, so daß von ihnen allen ausgegangen werden konnte.

3. Dennoch war es nicht einfach, gemeinsame Ordinationsformulare zuwege zu bringen. Zwar hatten der Rat der Evangelischen Kirche der Union (Bereich DDR) und die Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR bereits 1971 die Bildung eines gemeinsamen Ausschusses „Ordination“ beschlossen; die Konferenz der Kirchenleitungen hatte das Angebot dankbar angenommen und zugestimmt, daß der geplante Ausschuß auch für den Bund als solchen diese Fragen bearbeiten sollte. Aber als der Ausschuß nach etwa zweijähriger Arbeit ein neues Ordinationsformular und Thesen „Zum Verständnis des ministerium verbi divini“ vorlegte, fanden diese nicht die Zustimmung aller Gliedkirchen. Der Ausschuß gab daraufhin seinen Auftrag zurück.

In dieser Situation bat die Konferenz der Kirchenleitungen im Januar 1974 die Leitenden Geistlichen, in einer gemeinsamen Beratung zu prüfen, „ob noch Aussicht besteht, ein für alle Gliedkirchen gemeinsames Formular zu erarbeiten“. Der Bischofskonvent konnte sich dieser Bitte nicht entziehen, zumal die meisten Bischöfe selber die Hauptverantwortung für die Ordination innerhalb ihrer Kirche haben. Er hat nach mehreren Beratungen nicht nur die an ihn gestellte Frage bejaht, sondern ein neues Formular vorgelegt. Es wurde den Gliedkirchen ebenfalls zur Stellungnahme übermittelt, aufgrund ihrer Anregungen verbessert und durch die zuständigen Organe angenommen.

4. Das vorliegende Formular beruht auf folgenden theologischen Überzeugungen, die in ihm deutlich werden sollten:

a) Durch die Heilige Taufe ist jeder Christ als Glied des Leibes Christi zum Zeugendienst berufen.

b) Zum Gehorsam der Kirche gegen ihren Auftrag gehört, daß sie einzelne in einen Dienst der Verkündigung des Evangeliums beruft. Sie glaubt, daß in ihrem Berufen Christus selber der Berufende ist. Sie vertraut darauf, daß er denen, die so berufen werden, die notwendigen Gnadengaben mitteilt.

c) Die Gemeinden sind durch solche Berufungen einzelner nicht aus ihrer Verantwortung für den Verkündigungsdienst der Kirche entlassen. Sie sollen zusammen mit den zur öffentlichen Wortverkündigung Berufenen die konkrete Situation erforschen, in die hinein das Evangelium verkündigt werden soll. Sie sollen im Wort der zur Verkündigung des Evangeliums Berufenen das Wort ihres Herrn suchen und hören; sie sollen aber auch deren Zeugnis der Schrift prüfen und falscher Lehre widerstehen.



d) Die Dienste der Verkündigung des Evangeliums sind geistlich gleichrangig, aber in ihren Tätigkeiten und Verantwortungsbereichen unterschieden.

e) Der Dienst der öffentlichen Verkündigung des Evangeliums und der Verwaltung von Taufe und Abendmahl schließt eine besondere Verantwortung ein für den Zusammenhang mit dem apostolischen Zeugnis und mit dem der Gesamtkirche, für die Taufe, die in den Leib Christi einverleibt, und für das Abendmahl, das die Glieder der familia dei am Tisch ihres Herrn versammelt und damit für die Gemeinschaft der Gemeinde und der Gemeinden.

f) An dem Begriff der „öffentlichen Verkündigung“ (gemäß Confessio Augustana XIV publice docere aut sacramenta administrare) sollte festgehalten werden, obwohl die „Öffentlichkeit“ der Verkündigung, verstanden als Wirksamkeit im allgemeinen Bewußtsein der Gesellschaft, heute tatsächlich ungleich geringer ist als in der Reformationszeit. Gleichwohl ist der Gottesdienst nach wie vor die am meisten an die Öffentlichkeit tretende Veranstaltung der Gemeinde.

Vor allem hat der Begriff der „Öffentlichkeit“ seinen notwendigen Sinn darin, daß alles, was im Namen Jesu Christi geschieht, öffentlich ist, weil er nicht der Stifter irgendeiner religiösen Sondergemeinschaft, sondern der Herr der Welt ist. Dies ist Maß und Ziel für den Dienst der öffentlichen Verkündigung wie für die Veranstaltungen der Gemeinde. Im Gottesdienst wird exemplarisch deutlich, daß die Gemeinde creatura verbi ist, vom Wort getragen und zurechtgewiesen, überführt und getröstet, durch das Wort zum Dienst zubereitet wird. Die gottesdienstliche Gemeinde ist Zeichen dafür, daß die Zeugen Christi Glieder an seinem Leibe sind, und daß der Leib konkret Gestalt gewinnen will durch die Versammlung, in der ihr das Leben schaffende Wort gesagt wird.

g) Die Tatsache, daß hier ein Formular zur Ordination zum Dienst der öffentlichen Verkündigung und der Verwaltung von Taufe und Abendmahl dargeboten wird, schließt nicht aus, sondern ein, daß auch für andere Dienste am Wort zu gegebener Zeit eine entsprechende, auf diese Dienste hin formulierte Beauftragung und Vergewisserung erarbeitet wird.

5. Das Formular sieht eine Aufgliederung vor für die Ordination eines einzelnen, die Ordination mehrer und die Ordination in Verbindung mit der Einführung in die erste Pfarrstelle.

Eine durch gliedkirchliche Tradition bedingte Variante bezieht sich auf eine vorher schriftlich vollzogene Lehrverpflichtung; nach einer anderen Tradition erklären die Ordinanden vorher ihre Bereitschaft, eine solche Lehrverpflichtung einzugehen; sie vollziehen sie dann durch ihr Ja auf die Ordinationsfrage.

## *(2) Gemeinsame Einrichtung Ökumene*

Auch im Arbeitsbereich Ökumene konnte die längst praktizierte Gemeinsamkeit zwischen den Gliedkirchen und den kirchlichen Zusammenschlüssen auf der Ebene des Bundes 1978 durch eine Vereinbarung präziser geregelt werden. Vereinbarungspartner sind die VELK/DDR, das Nationalkomitee des LWB in der DDR, die EKU/DDR und der Bund der Ev. Kirchen in der DDR<sup>32</sup>. Die Vereinbarung soll eine der Sache nach angemessene Kooperation der beteiligten Partner im ökumenischen Bereich sichern. Die „jeweilige Eigenverantwortung“ der Vereinbarungspartner bleibt grundsätzlich unberührt. Aus den eingegangenen Verpflichtungen in der Vereinbarung ergeben sich jedoch Einschränkungen, die den Partnern auferlegen, sich im Blick auf die Gemeinschaft in Pflicht nehmen zu lassen. Förderative Elemente und Verbindlichkeit in der Gemeinschaft kommen in dieser Vereinbarung in einer praktikablen Weise zur Geltung. Verpflichtet sind die Vereinbarungspartner:

---

32. Die Vereinbarung ist abgedruckt in: MBI BEK i. DDR, Nr. 1/2, 1979, S. 4f.

- zur wechselseitigen Information,
- zur gemeinsamen Planung ökumenischer Vorhaben,
- zur gemeinsamen Durchführung ökumenischer Vorhaben nach Maßgabe von entsprechenden Absprachen,
- zur arbeitsteiligen Durchführung gemeinsamer oder gliedkirchlicher ökumenischer Vorhaben,
- zur gegenseitigen Vertretung nach Maßgabe von Absprachen,
- zur Berichterstattung und Auswertung gemeinsamer oder arbeitsteilig durchgeführter ökumenischer Vorhaben,
- zur gemeinsamen Wahrnehmung von Verantwortung für ökumenische Einrichtungen der Vereinbarungspartner,
- zur Zusammenarbeit mit anderen ökumenischen Arbeitsstellen u.a.<sup>33</sup>

Praktisch soll die Arbeit auf zwei Ebenen durchgeführt werden. Die „in ökumenischen Aufgaben tätigen Referenten“ der Vereinbarungspartner sollen zu wöchentlichen Beratungen zusammentreten (§ 3 Abs. 1). Entscheidungen der Leitungsgremien sollen hier gemeinsam vorbereitet und durchgeführt werden. Den Referenten ist das Recht zugestanden, ihren Leitungsgremien (über ihre Dienststellenleiter) Vorlagen zu unterbreiten. Mit diesen Aufgaben und Zuständigkeiten ist dem Referentenkreis eine praktisch weitgehende Befugnis eingeräumt. Neben die Referenten tritt der Koordinierungsausschuß. Er soll – monatlich – wichtige Vorhaben beraten, Meinungsverschiedenheiten klären, den Beschlußgremien der Partner Erläuterungen geben. Er kann auch „Verabredungen“ treffen, gegen die jeder Partner ein befristetes Einspruchsrecht hat. Daraus ergibt sich, daß der Koordinierungsausschuß mit „Verabredungen“ die Partner der Vereinbarung binden kann. Das Nähere für die Referentenberatungen und den Koordinierungsausschuß regeln Geschäftsordnungen. Die Vereinbarung gilt zunächst für 2 Jahre (1.1.1979 bis 31.12.1980).

Mit dieser Regelung haben sich die Kirchen in der DDR ein zentrales Instrument für die Ökumenische Arbeit geschaffen. Auch in diesem Bereich ist es gelungen, Kirchengemeinschaft organisatorisch zu gestalten. Dabei wird die Eigenständigkeit und die Eigenverantwortung der Partner nicht aufgehoben, sie werden aber zur Gemeinschaft verpflichtet. Die Regelung folgt dem Grundsatz: so viel (zentrale) Gemeinschaft wie nötig, so wenig wie möglich.

### *(3) Gemeindepädagogen*

Auf die Vereinbarung über eine „Gemeinsame Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogen“ (zwischen dem Bund der Ev. Kirchen in der DDR, der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg und der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen) wurde bereits im anderen Zusammenhang hingewiesen (s.o. 2.b) I. und den Synodalbeschluß dazu 2.b) I. (3)). Die Vereinbarung ist seit dem 1.1.1979 in Kraft<sup>34</sup>. Eine Finanzvereinbarung und ein Rahmenlehrplan für die Ausbildung sind – 1979 – beschlossen worden. Ausdrücklich versteht sich die Ausbildungsstätte als eine Einrichtung für alle Gliedkirchen; es ist auch möglich, daß weitere Träger (Gliederkirchen) der Vereinbarung beitreten. Auch die Errichtung einer gemeinsamen Ausbildungsstätte mit der Erarbeitung eines Ausbildungsrahmenlehrplans war nicht nur rechtstechnisch kompliziert und finanziell auszuhandeln. Eine solche Gemeinsamkeit konnte nur gelingen, wenn theologische Grundüberzeugungen soweit übereinstimmen, daß Berufsbild und Ausbildungsgang ge-

33. Vgl. § 2 der Vereinbarung.

34. Noch nicht veröffentlicht.

meinsam vertreten werden können. Wie schwierig der Einigungsprozeß im einzelnen verlief, zeigt die Tatsache, daß sich trotz gründlicher Vorbereitung in den verschiedensten Untergruppen und Kommissionen die Konferenz der Ev. Kirchenleitungen selbst insgesamt auf sieben Tagungen mit den Texten befaßte, bevor eine endgültige Fassung feststand.

### 3. ÖKUMENE

#### *a) Schwerpunkte der ökumenischen Arbeit*

Die in den letzten Jahren „spontan gewachsenen ökumenischen Beziehungen des Bundes, der Gliedkirchen, der gliedkirchlichen Zusammenschlüsse und der gesamtkirchlichen Werke“<sup>35</sup> haben im Bund und in den Kirchen verstärkt eine Phase der Reflexion ausgelöst. Während zunächst die Frage im Vordergrund stand, ob und wie ökumenische Arbeit überhaupt möglich war, geht es jetzt um die Frage, wie mit den vorhandenen personellen und finanziellen Mitteln die Arbeit sinnvoll zu leisten ist. Einer wildwuchernden Freiheit ökumenischer Beziehungen stehen von seiten des Staates die wenigsten Hindernisse entgegen. Natürlich, Beziehungen zu den Kirchen in Moçambique und Äthiopien stoßen auf Probleme, die mit der jeweiligen politischen Situation gegeben sind.

Im übrigen aber steht den Kirchen in der DDR der Weg zu den Kirchen in aller Welt offen. Sie können mit zum Teil beachtlichen Delegationen an Tagungen des ÖRK und der KEK teilnehmen, die Beziehungen zu Kirchen in europäischen Ländern (östlicher und westlicher Prägung) konnten geknüpft und ausgehaut werden, Verbindungen zu amerikanischen Kirchen waren ebenso möglich wie solche zu japanischen Gemeinden und zu Kirchen in Vietnam. Die Kirchen in der DDR treten auch in zunehmendem Maße als Gastkirchen für ökumenische Veranstaltungen auf. Das alles geschieht aber ein wenig zufällig, planlos und ist zwischen den Kirchen und den kirchlichen Werken kaum oder gar nicht abgesprochen. Hier stellen sich Fragen, auf die der Konferenzbericht kurz eingegangen ist. Nach wie vor stehen Reisen ins westliche Ausland bei Christen und Gemeinden im Verdacht, ein besonderes Privileg für einen ausgewählten Personenkreis zu sein oder Belohnung für ideologisch angepaßtes Reden („Fahrkartenreden“) oder staatskonformes Verhalten. Die leitenden Geistlichen versuchen, das Mißtrauen anzusprechen und damit abzubauen<sup>36</sup>.

---

35. Von ihnen spricht der Bericht der Konferenz (epd-dok 42–43/1978, S. 17).

36. Z.B. Bischof Fränkel auf der Frühjahrssynode 1978: „Es darf ... bei keinem Vertreter unserer Kirchen dahinkommen, daß sein Beitrag auf ökumenischen Konferenzen hinter den Kulissen als ‚Fahrkartenrede‘ bezeichnet wird ... Wir haben die selbstverständliche Loyalität gegenüber unserem Staat und den uns gebotenen Freimut so zu verbinden, daß eine Diffamierung unseres Staates nach jeder Seite hin ... ausgeschlossen bleibt“ (epd-dok 3/1978, hier: S. 66).

## I. Ökumenische Arbeit für die Kirchen in der DDR

Inhaltlich werden auf ökumenischer Ebene zwei Themenbereiche verhandelt. Theologisch wurde besonders das Gespräch mit der Orthodoxie intensiviert und weitergeführt. Dies vollzieht sich hauptsächlich in bilateralen Kontakten mit der Russischen Orthodoxen Kirche und mit der Bulgarischen Orthodoxen Kirche (s.u. b) II.). Die mehr gesellschaftspolitisch relevanten Themen werden in Zusammenhang mit Tagungen des ÖRK und der KEK bearbeitet aber auch in bilateralen Begegnungen angesprochen. In Fortsetzung angefangener Arbeiten in den Vorjahren waren die thematischen Stichworte für die Ökumene folgende: Umwelt, Abrüstung/Militarismus und Frieden, Entspannung (KSZE), Antirassismus, Äthiopien, Kirchen in sozialistischen Staaten.

### *(1) Wort an die Gemeinden anlässlich der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung 23.5. – 28.6.1978<sup>37</sup>*

Die Konferenz verabschiedete eine „Anrede“ an die Gemeinden. Mit ihr verbindet sich der Versuch, die Aufmerksamkeit aller Christen in der DDR für das Thema Abrüstung zu wecken. Die Christlichen Bürger in der DDR verharren – wie auch anderswo in der Welt – in einer resignativen Haltung: Die Politiker machen ja doch was sie wollen; was soll da ein einzelner oder eine kleine Minderheit ausrichten? So oder ähnlich argumentieren (auch) Christen in der DDR. Demgegenüber wollen die Kirchen das Bewußtsein für eine Verantwortung in der für das Überleben der Welt so wichtigen Friedensfrage schärfen. Es reicht nicht, in offiziellen Stellungnahmen der Kirchen und ihrer Repräsentanten ein Wort zum Frieden oder zur Abrüstung zu sagen, wenn die Gemeinden nicht hinter einem solchen Wort stehen – darum die „Anrede“ an die Gemeinden. Inhaltlich geht sie auf Punkte ein, die u.a. auf der Konferenz des ÖRK zur Abrüstung (Glion II) angesprochen worden sind.

Die Kirchen in der DDR stellen auch die konkrete Anrede an die Gemeinden in die ökumenische Bewegung und machen diese so für das Christsein in der DDR fruchtbar. Einer solchen Anlehnung an ökumenische Aussagen erleichtert es den Kirchen in der DDR auch, offen zu sprechen und nicht mit christlichem Anstrich oder christlich motiviert zu wiederholen, was die staatlichen Organe ihren Bürgern gesagt haben. In dem Aufruf heißt es:

...

„Die Inspiration des Evangeliums für eine Welt des Friedens muß durch jeden einzelnen Christen zu einer Triebkraft der Veränderung in den Strukturen der Friedlosigkeit werden. Die Konferenz hält in diesem Zusammenhang einige Anregungen für besonders wichtig, die auf eine Abrüstungskonsultation des ÖRK und auf einem ökumenischen Treffen der KEK mit dem Rat der katholischen europäischen Bischofskonferenzen im April d.Js. an die Adresse der Christen und Kirchen formuliert worden sind:

- Die Erinnerung an ‚die prophetische Pflicht des Christen, Idole militärischer Doktrin und Technologie im Licht der christlichen Vision von Gerechtigkeit und Frieden zu entlarven und infrage zu stellen‘;

---

37. Text in: ‚berliner kirchenreport‘, Ausgabe A vom 6.6.1978.



- den Appell an die Kirchen gegenüber den Regierungen auf die Ausschöpfung aller vorhandenen Möglichkeiten der friedlichen Lösung von Streitfällen zu drängen und Strukturen zur friedlichen Beilegung von Streitfällen zu schaffen;
- den Anruf an alle Verantwortlichen, die heillose Steigerung des Wettrüstens zu beenden und das Gleichgewicht des Schreckens durch das Gleichgewicht des Vertrauens zu ersetzen;
- die Bitte, darauf hinzuwirken, daß Anstrengungen im Erziehungsprozeß, die sich bisher auf Abgrenzung gegenüber einem Gegner richteten, der Erziehung zum Frieden und der Einübung friedlicher Bewältigung von Konflikten zugewandt werden
- und schließlich die Aufforderung zur ständigen Auseinandersetzung mit den Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen des Wettrüstens und zum Widerstand gegen alle Versuchungen der Resignation, der Apathie und der Hoffnungslosigkeit.

Wir ermutigen die Gemeinden zu Gesprächen über diese Frage und bitten sie, weiter für die Abrüstung und die Entspannung zu denken, zu arbeiten und zu beten“.

Man muß sich beim Studium eines solchen Textes die Situation in einer Gemeinde irgendwo in der DDR vorstellen; die Anrede wird im Gottesdienst gelesen, in Gemeindeseminaren und Jugendveranstaltungen besprochen. Der Kontext in den Zeitungen, auf betrieblichen, schulischen oder universitären Veranstaltungen sieht ganz anders aus. Hier wird ein Kontrastprogramm vorgestellt – und das in der politisch ausgerichteten und disziplinierten DDR. Idole militärischer Doktrin und Technologie sollen entlarvt und infrage gestellt werden – die ökumenische Rede wird hier in die Situation der DDR hineingesprochen. Da hört sie sich nicht mehr so theoretisch an, sie wird zur konkreten und politischen Aussage. In ihr meldet sich eine kritische Stimme zu Wort. In der DDR muß ein solches Wort bei den hellhörigen Bürgern als Anfrage an die eigene Regierung verstanden werden. Im Westen ist man zu leicht geneigt, Worte dieser Art abgelöst von der Situation, für die sie bestimmt sind und wo sie gehört werden, zu werten. Natürlich, im Westen müßten Kirchen, wenn sie sich mit kritischen Fragen an ihre Regierungen wenden, sehr viel deutlicher werden, um von den Bürgern und Christen und von den Regierungen verstanden zu werden. Die Situation hier und da ist eben nicht dieselbe. Das wird zu oft vergessen; das macht es dann schwer oder unmöglich, Texte richtig und situationsgerecht zu interpretieren.

## *(2) Ausarbeitung der Arbeitsgruppe „Abrüstung“ der Gossner-Mission und der CFK in der DDR<sup>38</sup>*

Die Gemeinden und Kirchen in der DDR erreichen nicht nur Stellungnahmen und Ausarbeitungen des Bundes mit seinen Gremien. Auch Stellungnahmen anderer Gruppierungen zu den gleichen Sachkomplexen werden verteilt und dann wohl auch gelesen. Sie sind nicht immer von gleichem Rang und auch nicht immer im gleichen Geist verfaßt. Das gilt z.B. von der Ausarbeitung „Ruf zur Abrüstung“. Diese zum Teil mit wichtigen – dem Bürger in der DDR sonst nicht zugänglichen – Informationen versehene Arbeit steht leider der offiziellen

38. „Ruf zur Abrüstung“. Ausarbeitung der Arbeitsgruppe „Abrüstung“ der Gossner-Mission und der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR, Mai/Juni 1978 (vervielfältigtes Maschinenscript).

DDR-Politik zu nahe, um insgesamt überzeugend zu wirken. Die Option für die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten wird allerdings durch einen Blick auf die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe verständlich. Carl Ordnung zählte zu ihnen; er kann nichts mit seinem Namen zeichnen, was sich von der Politik der herrschenden Partei wenn auch noch so vorsichtig absetzt.

Für die Gemeinden wird es nicht immer einfach sein, zu erkennen, daß solche DDR-konformen Informationen nicht vom Bund mit seinen Organen mitverantwortet werden. Die Konferenz ihrerseits kann natürlich die Gossner-Mission und die CFK nicht daran hindern, Informationsmaterial an die Gemeinden zu verschicken. Ebenso wenig kann sie sich von solchen Informationen pauschal oder begründet distanzieren, wenn nicht schwerwiegende theologische Bedenken dies rechtfertigen.

### *(3) Informationen über Äthiopien und Aufruf zur Fürbitte*

Die Entwicklung in Äthiopien hat die Kirchen in aller Welt aufgeschreckt. Die Nachrichten widersprachen sich zum Teil; es war schwer oder unmöglich, zuverlässige Informationen zu erhalten. Für die Kirchen in der DDR kam hinzu, daß zwischen Äthiopien und der DDR enge politische Beziehungen bestanden und daß sich die DDR in Äthiopien auch militärisch engagiert hatte. In solcher unsicheren Situation mit ungesicherten Informationen ausgestattet der eigenen Regierung, die eindeutig auf der Seite der äthiopischen Revolution stand, Vorhaltungen zu machen, war sicher ein gewagtes Unternehmen. Bloßes Schweigen hätte aber die Glaubwürdigkeit kirchlichen Redens in den Gemeinden der DDR belastet. Sie waren über die westlichen Fernsehkanäle mit den gemeldeten Vorgängen vertraut.

Die Konferenz ließ sich einen Bericht geben. Sie hielt unmittelbare Aktionen angesichts der undurchsichtigen Lage nicht für möglich. Dennoch wurde beschlossen, den Gemeinden eine Information zukommen zu lassen und in geeigneter Weise der Regierung der DDR die Besorgnisse der Christen und Kirchen über die Leiden der Bevölkerung in Äthiopien zum Ausdruck zu bringen und sie zu bitten, im Bereich ihrer Möglichkeiten zu helfen. Die Information hatte folgenden Wortlaut<sup>39</sup>:

Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR hat sich aufs neue mit der besorgniserregenden Situation in verschiedenen Gebieten Afrikas befaßt. Die Nachrichten über Gewalttaten in Südafrika und Namibia und seit einiger Zeit auch in Äthiopien reißen nicht ab. Die Konferenz ist davon unterrichtet worden, daß Gemeinden in den Gliedkirchen des Bundes über die Leiden der Bevölkerung in Äthiopien besonders beunruhigt sind.

---

39. 'berliner kirchenreport', Ausgabe A vom 6.6.1978, S. 7. Unter dem 28. Mai 1978 übermittelte das Ökumenisch-Missionarische Zentrum (Ost-Berlin) den Gemeinden eine Fürbittinformation. In ihr heißt es u.a.: „... Unter der Bevölkerung herrschen Angst und Schrecken. Es muß damit gerechnet werden, daß der Kampf noch lange andauern und sehr viel Blut kosten wird, ehe Äthiopien eine neue Ordnung findet und zur Ruhe kommt ...“ Die Information spricht von der „Schließung einiger Gemeindezentren (der Ev.-Luth. Mekane Yesus Kirche) und anderer Behinderungen“ ('berliner Kirchenreport', a.a.O.).

Rassistische und politische Konflikte haben zu blutigen Auseinandersetzungen geführt. Dadurch entsteht die Gefahr, daß bei der Bevölkerung in Äthiopien die notwendigen sozialen Veränderungen ins Zwielficht geraten. Auch Christen haben unter den Ereignissen zu leiden.

Der Konferenz ist berichtet worden, daß in den Gemeinden in unserem Lande, die betroffen sind von der Not der Menschen in Äthiopien, Fürbitte für sie getan wird. Die Situation ist so schwer durchschaubar, daß uns eine Beurteilung nicht möglich ist. Wir wissen nur eines: wo Menschen in Not sind, kommt es der Gemeinde zu, vor Gott für sie einzutreten. Wir teilen die Betroffenheit der Gemeinden und sind mit ihnen im Gebet verbunden. Wir bitten Gott, daß er den Leiden der Geängsteten ein Ende macht. Wir ermutigen die Gemeinden, nicht müde zu werden, fürbittend für alle Menschen einzutreten, denen gegenwärtig in Afrika Unrecht getan wird.

Im Oktober 1978 stellte der Bund der Ev. Kirchen in der DDR einen Länderbericht über Äthiopien zur Verfügung<sup>40</sup>, der besonders denen zugänglich gemacht werden sollte, die in ihrer ökumenischen Arbeit mit der Frage Äthiopiens befaßt waren<sup>41</sup>. Der Bericht bietet eine gute Übersicht über die Geschichte des Landes, aber auch über die Anfänge und den Verlauf sowie über Charakter und Ziel der Revolution. Auf die gewaltsamen Ausschreitungen wird – wenn auch in zurückhaltender Weise – hingewiesen. Die militärische Unterstützung durch Kuba, die Sowjetunion und andere sozialistische Länder im Krieg gegen Somalia wird erwähnt. Die Lage der Kirchen wird nur kurz skizziert; sie mußten die Trennung von Staat und Kirche hinnehmen und haben nun etliches zu lernen.

Bei der Durchsicht bleibt ein gewisses Unbehagen zurück. Mit dem Hinweis auf die nunmehr gegebene Lernsituation der Kirchen und Christen in Äthiopien ist sicher nur die halbe Wahrheit gesagt. Trotzdem ist auch dieser Länderbericht eine Informationshilfe, die sich von der politisch gefärbten Berichterstattung in den Medien der DDR mit ihrer Sachlichkeit auffällig abhebt.

## II. Gesellschaftliche Relevanz der ökumenischen Arbeit

Hans-Eberhard Fichtner (Konsistorialrat in Görlitz) hatte die Synode des Bundes mit seinem Referat in die Ausarbeitung „Grundprobleme der ökumenischen Arbeit“ (s.u. III.) eingeführt. Dabei ist er auf die gesellschaftliche Relevanz der ökumenischen Arbeit eingegangen. Die „größtmögliche Gemeinschaft mit anderen Kirchen“ ist für „den Dienst der Kirche in unserer Gesellschaft“ unentbehrlich. Dies zeigt sich nicht nur in der Verwendung von ökumenischen Texten bei Worten an die Gemeinden. Auch in Gesprächen mit dem Staat eröffnen ökumenische Dokumente den Kirchen in der DDR die Möglichkeit, den spezifischen Beitrag der Kirchen zu gesellschaftspolitischen Fragen in einer für den Staat annehmbaren Weise vorzutragen, auch wenn sich der kirchliche Beitrag mit der staatlichen Politik nicht deckt.

---

40. Äthiopien, ein Länderbericht, hg. von der „Gemeinsamen Arbeitsgruppe Ökumenische Information und Dokumentation“ des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR (Sekretariat und Theologische Studienabteilung) – vervielfältigtes Maschinenskript (Manuskript abgeschlossen am 30.10.1978).

41. Informationen über die Verbreitung des Textes im übrigen liegen nicht vor.

Die Einbindung in die Ökumene befähigt so die Kirchen, mit dem DDR-Staat in einen – wenn auch noch so begrenzten – Dialog zu treten. Bei den auf allen Ebenen geführten Gesprächen zwischen kirchlichen und staatlichen Vertretern weisen die kirchlichen Vertreter auf ökumenische Stellungnahmen hin und übergeben diese im Wortlaut. Die staatlichen Vertreter hören zu und nehmen die Dokumente entgegen. Das sind Vorgänge, die in einem sozialistischen Staat nicht als selbstverständlich gelten können und die es in früheren Jahren so auch nicht in der DDR gab.

*(1) Gespräch am 19. Juni 1978 mit dem Vorsitzenden des Ministerrat der DDR, Ministerpräsident Willi Stoph*

Mitglieder des Vorstandes der Konferenz (die Bischöfe D. Dr. Schönherr, Dr. Krusche, Präsident Domsch und in ihrer Begleitung Frau OKR Lewek) führten am 19. Juni 1978 mit Ministerpräsident Stoph ein Gespräch.

Bei dieser Gelegenheit überreichten sie ökumenische Dokumente zu Fragen des Friedens u.a. (*Gemeinsamer Bericht* über den Dialog zwischen Vertretern des NCC in den USA und des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR sowie der Vereinigung der Ev. Freikirchen in der DDR vom 7.4.1978; *Botschaft* der ökumenischen Begegnung der KEK und des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen vom 13.4.1978; *Anrede* der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen vom 20.5.1978 an die Gemeinden zu der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung zu Fragen der Abrüstung). Eine schriftliche Erläuterung der Dokumente leitete die Texte ein. Sie nahm auch Bezug auf die Tagungen der ÖRK in Glion (Glion I und Glion II) 1977 und 1978. In der Einführung wurden Texte aus den ökumenischen Dokumenten zu einer Reihe von Kernfragen zitiert: Abschnitt I. Wettrüsten und Abrüstungsstrategien, Abschnitt II. Abrüstung und Entwicklung, Abschnitt III. Friedliche Beilegung von Konflikten und Abschnitt IV' Nationale Sicherheit.

Die Ansprache, die Bischof Schönherr bei der Gelegenheit gehalten hatte, ist im folgenden dokumentiert<sup>42</sup>:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Das zweite Mal bereits übergeben Vertreter der Evangelischen Kirchen ihrer Regierung einige Dokumente zu Fragen des Friedens, der Sicherheit und der Abrüstung. Sie stammen ausnahmslos aus diesem Jahr. Wir sind erfreut darüber, daß wir Ihnen als Vorsitzendem des Ministerrates unmittelbar zu diesem Zweck begegnen können. Ich übergebe Materialien aus der Konferenz der Kommission für die internationalen Angelegenheiten des Ökumenischen Rates der Kirchen, die im April des Jahres in Glion (Schweiz) stattgefunden hat. Diese Konferenz diente der Vorbereitung auf die Sondersitzung der Vereinten Nationen, die noch andauert. Ich übergebe weiter Material aus der ersten Europäisch-Ökumenischen Begegnung von Vertretern der Konferenz Europäischer Kirchen und der Katholischen Bischofskonferenzen Europas vom April dieses Jahres in Chantilly bei Paris, und endlich einen Bericht über den Dialog zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in den Vereinigten Staaten Amerikas und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der DDR in Chorin vom 5. bis 7. April 1978.

Warum übergeben wir diese Dokumente?

1. Die Kirchen haben sich im Rahmen internationaler Tagungen dazu verpflichtet, ihre

---

42. epd-dok 53/1978, S. 66ff.



Regierungen von den Bemühungen der Christen in Kenntnis zu setzen, das Ihre zu diesem brennendsten aller Probleme beizutragen.

2. Die Regierungen sind Träger der Macht und damit die Hauptverantwortlichen für das politische Geschehen. Von ihrem Willen, Abrüstung und Entspannung zu verwirklichen, von ihrem Willen, den toten Punkt in den Abrüstungsverhandlungen, auch durch mutige Erstschrte , zu überwinden, hängt das meiste ab. Darum appellieren wir an sie.

3. Die Regierungen sollen wissen, daß sie bei allen Entscheidungen und Maßnahmen, die der Entspannung und dem Frieden konkret dienen, die Christen hinter sich haben.

Was treibt die Christen zu solchem Engagement?

Sie wissen von ihrem Glauben her, daß Gott eine Welt des Friedens will und daß er durch Jesus Christus das Entscheidende dazu getan hat, daß das kein leerer Traum ist.

Friede ist der umfassende biblische Begriff für gesundes, menschliches Zusammenleben. Friede ist seinem Wesen nach nicht teilbar. Es gibt keinen religiösen Frieden mit Gott, ohne sich auch um den Frieden mit den Mitmenschen und in der Welt zu bemühen. Es ist bezeichnend, daß die bedeutsame Zusammenkunft in Chantilly vom Frieden unter den Kirchen nicht sprechen konnte, ohne den Frieden der Welt im Auge zu haben.

Obwohl wir als Christen über die Beschränktheit und das Fehlverhalten von Menschen belehrt sind, so haben wir dennoch die Hoffnung, daß unsere Bemühungen um Frieden nicht vergeblich sind. Gott will und wird seine Welt nicht verkommen lassen. Jesus Christus befreit von den Fesseln der Schuld und bevollmächtigt zum Dienst an Gottes Welt.

Im Gespräch mit den amerikanischen Freunden ist es besonders hervorgetreten: Wir Christen haben trotz aller scheinbar berechtigten Anlässe zur Resignation die Aufgabe, die Hoffnung auf Frieden zu mobilisieren und wachzuhalten und zum Einsatz für den Frieden zu ermutigen.

Was meinen wir, wenn wir Frieden sagen?

Friede ist ein häufig gebrauchte, oft mißbrauchte, vor allem aber ein so allgemeines Wort, daß es für viele nichts mehr aussagt. Wer Frieden sagt, muß etwas Konkretes meinen. Wir sind der Überzeugung, daß unsere politische Situation immer noch durch die Schlußakte von Helsinki moralisch geprägt ist und daß wir dies um keinen Preis aufgeben sollten. Wir waren dankbar, durch einen kompetenten Vertreter des Außenministeriums zu erfahren, daß Belgrad Helsinki in keinem Punkt außer Kurs gesetzt hat.

Wir bemerken aber mit großer Sorge, daß trotz aller Entspannungsversicherungen und -bemühungen das Wettrüsten ständig vorangeht, ja, daß man von einer neuen nuklearen Krise sprechen kann.

Wir sind davon erschüttert, daß nach wie vor immense Gelder und Ressourcen der Natur für Rüstungszwecke vergeudet werden. Die Entwicklungsländer warten auf drastische Hilfe, müssen es aber hinnehmen, daß zwanzigmal mehr Geld für Rüstungen als für Entwicklungshilfe ausgegeben wird.

Wir fragen, ob nicht anstelle eines Gleichgewichts des Schreckens, das immer größere Rüstungsanstrengungen fordert, ein Gleichgewicht des Vertrauens gewonnen werden muß.

Wir fragen, ob die Sicherheit nicht gerade durch Anhäufung eines unvorstellbaren Zerstörungspotentials und durch Verlust der Kontrolle über die nuklearen Grundstoffe aufs Äußerste gefährdet wird.

Wir fragen, ob nicht vertrauensbildende Maßnahmen und nicht nur Versicherungen freundlicher Gesinnung den Vorrang vor allem haben müssen.

Wir fragen, ob nicht alternative Sicherheitssysteme gefunden und, wenn auch unter gewissen Opfern, verwirklicht werden sollten.

Es wird in der Welt nicht weitergehen, wenn nicht an die Stelle eines kalten und feindseligen Nebeneinanders zwischen Staaten verschiedener Bündnisysteme und Gesellschaftsordnungen mehr und ausgedehntere Felder echter Kooperation gefunden werden.

Wir haben uns einmal zugerufen, um des Menschen und des Friedens willen die Mühsal der Weiterarbeit an der Entspannung im Geist von Helsinki auf uns zu nehmen. Wir Kirchen können vielleicht etwas dazu beitragen, ein Klima des Vertrauens zu gewinnen, ohne daß nichts mehr geht.

Was ist also für die Kirchen zu tun?

Wir haben keine politische Macht, um in die Verhandlungen der Regierungen einzugreifen.

An denen wird es liegen, ob etwa die Appelle auch der Vertreter der Kirchen an die UNO-Abrüstungsversammlung gehört werden.

Wir können aber versuchen, Lernprozesse einzuleiten: weg von Apathie und Resignation, hin zu einem Abrüstungsbewußtsein, das sich die Gefährlichkeit der Weltsituation vor Augen hält, urteilsfähig wird und bereit zu Aktionen ist.

So haben wir die Erziehung zum Frieden als eine besonders wichtige Aufgabe erkannt. Wir stehen damit nicht allein. Es wurde uns berichtet, daß die polnische Delegation in Belgrad mit Unterstützung der Deutschen Demokratischen Republik einen entsprechenden Antrag eingebracht hat. Darin sollte es um Verbot von Kriegspropaganda und Propaganda für Anwendung von Gewalt zwischen den Völkern, um Durchdringung von Schulen und Jugendorganisationen mit dem Geist der Völkerfreundschaft gehen.

Auch wir sehen die Erziehung zur Freundschaft der Völker als eine Hauptaufgabe der Erziehung an.

Damit sind Abbau von Vorurteilen, von Chauvinismus, Abbau eines Denkens im Freund-Feind-Schema und der damit gegebenen Emotionen notwendig verbunden.

Die Kirchen als solche haben sich nicht zu einem grundsätzlichen Pazifismus bekannt. Niemand bestreitet einer Regierung unter den heutigen Bedingungen das Recht zu einer glaubwürdigen Verteidigung der Sicherheit ihres Landes. Es bestehe Übereinstimmung darüber, daß der Dienst an der Waffe eine große Reife voraussetzt: Der Soldat lernt mit seiner Waffe umzugehen, um sie gerade nicht gebrauchen zu müssen. Aus diesem Grunde verstehen wir das Bedenken vieler Bürger gegen die geplante Einführung eines neuen obligatorischen Faches Wehrerziehung an den Schulen einschließlich der dazugehörigen Lager. Wir haben der Regierung unsere Gründe ausführlich in einem Brief dargelegt. Wir sind der Überzeugung – in Übereinstimmung mit den ökumenischen Bemühungen –, daß die Erziehung zum Frieden sichtbar den Vorrang behalten muß.

Sehr verehrter Herr Vorsitzender des Ministerrates!

Lassen Sie mich mit einem Zitat aus dem Bericht über das Gespräch mit der amerikanischen Delegation schließen, das auf die Sondersitzung der Vereinten Nationen zur Frage der Abrüstung eingeht: „Es wäre ein Unglück, wenn diese Sondersitzung ohne bedeutsame Fortschritte verlief. Beide Delegationen sind willens, ihre jeweiligen Regierungen dringendst zu bitten, dieses Forum dazu in Anspruch zu nehmen, daß ein neues moralisches und politisches Klima für weltweite Abrüstung und Frieden geschaffen wird.“ Diese Bitte möchten wir hiermit ausgesprochen haben.

*(2) Gespräch am 31. März zwischen Vertretern der Konferenz  
und Vertretern der Regierung über die KSZE-Folgekonferenz –  
Belgrad 1977/78*

Auch ein Gespräch über den Verlauf der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad kann als Beispiel dafür gelten, wie es den Kirchen gelingt, ihren Beitrag mit Argumenten aus ökumenischen Stellungnahmen zu leisten. Das Gespräch kam auf Einladung des Staatssekretärs für Kirchenfragen zustande<sup>43</sup>. Der Leiter der DDR-Delegation (Botschafter Krabatsch) in Belgrad berichtete über die Ergebnisse und ging dabei besonders auf die Verhandlungspositionen der sozialistischen Staaten ein. Seitens der kirchlichen Vertreter konnte in der Diskussion das kirchliche Engagement im Blick auf die Verwirklichung der KSZE-Schlußakte erläutert werden. Dabei wurde auf die Verlautbarungen der KEK ebenso hingewiesen wie auf entsprechende Abschnitte im Konferenzbericht vor der Bundessynode 1977 (Görlitz).

---

43. Vgl. Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR vom 31.3.1978.

Es ist ein für die Kirchen wichtiger Vorgang, daß sich die DDR veranlaßt sieht, den Kirchen von so authentischer Seite einen ausführlichen Bericht über einen politischen Vorgang geben zu lassen. Und ebenso bedeutet es für die Kirchen viel, daß sie dabei ihre Positionen dem staatlichen Partner erläutern können. Natürlich sind damit die Differenzen nicht schon behoben. Und die Hörbereitschaft des staatlichen Partners kann nicht mit einer Lernbereitschaft gleichgesetzt werden. Und doch ist mit der Darstellung der unterschiedlichen und streckenweise auch gleichen Beurteilung wichtiger politischer Ereignisse ein Fortschritt erreicht, der nicht gering veranschlagt werden darf.

### III. Grundprobleme der ökumenischen Arbeit

Das Ökumene-Thema war eines der Hauptthemen der Synode des Bundes. Es ging (und geht) um Überlegungen, wie die ökumenische Arbeit für den Bund, die kirchlichen Zusammenschlüsse, die Gliedkirchen und die kirchlichen Werke aufeinander bezogen und miteinander koordiniert werden kann. Schon lange hatte die Ökumenische Kommission den synodalen Auftrag, Gesichtspunkte für die Arbeit zu entwerfen. Erste Ergebnisse konnte die Kommission der Konferenz vorlegen<sup>44</sup>; auch organisatorisch wurden entscheidende Beschlüsse für eine abgestimmte und gemeinsame Arbeit im Bereich der Ökumene gefaßt (Gemeinsame Einrichtung Ökumene – s.o. 2.d) II. (2) – und die Gemeinsame Arbeitsgruppe Ökumenische Information und Dokumentation). An einer Gesamtkonzeption fehlte (und fehlt) es jedoch.

Die der Synode präsentierte 43 Seiten umfassende Vorlage „Grundprobleme der ökumenischen Arbeit“<sup>45</sup> faßt die bisherigen Überlegungen der Ökumenischen Kommission zusammen. Die Vorlage konnte nicht abschließend beraten werden. Sie bedarf noch weiterer Überarbeitungen. Entsprechend beschloß die Synode (s.o. 2.b) I. (1)). Die Grundlinien aber für eine später vorzulegende Endfassung dürften mit der Vorlage gegeben sein. Es geht im wesentlichen um drei Problembereiche: theologische Reflexion, arbeitsmäßige Konzentration und Rezeption in den Gemeinden.

Die Probleme stellen sich in anderen Kirchen nicht anders als in den Kirchen der DDR. Die zähen und nun schon jahrelangen Bemühungen, zu einer gemeinsam verantworteten Basiserklärung für eine von allen getragene ökumenische Arbeit zu kommen, verdienen Beachtung. Vielleicht wird ein endlich formuliertes Ergebnis auch in anderen Kirchen Grundlage für ähnliche Aussagen und Regelungen sein können. Die DDR-Kirchen leisten hier ein Stück Pionierarbeit. Der Synode des Bundes wurden zum Ökumen-Thema im Blick auf die umfangreiche Vorlage drei einführende Referate gegeben<sup>46</sup>. Das Referat

---

44. „Thesen über ökumenische Diakonie in ökumenischer Partnerschaft“ in: MBl BEK i. DDR, Nr. 1/2, 1978, S. 2. Diese Thesen hatte die Konferenz „billigend“ zur Kenntnis genommen.

45. Nicht veröffentlicht.

46. Dokumentiert in: epd-dok 42–43/1978, S. 43–56.



von H.-E. Fichtner faßte den Inhalt der Vorlage zusammen und skizzierte ihre Schwerpunkte. Es ist im folgenden abgedruckt<sup>47</sup>:

#### HANS-EBERHARD FICHTNER:

#### ÖKUMENISCH EXISTIEREN – ERWARTUNGEN UND VERPFLICHTUNGEN

Von der Genfer Ökumene ist kürzlich gesagt worden, sie liege vor einem weiten Feld der Möglichkeiten, der Hoffnungen wie der Begrenzungen“. Die schwierige Frage sei nun: „Wo liegen deutliche Akzente?“. Was für das Ganze der Ökumene gilt, trifft auch zu für den von uns zu überschauenden und von uns zu verantwortenden Teilbereich. Das Ihnen vorgelegte Grundsatzpapier beschreibt umfangreich „Möglichkeiten, Hoffnungen und Begrenzungen“. Daß das unter dem Begriff des „Problems“ (Grundprobleme der ökumenischen Arbeit) geschieht, ist bereits der erste Denk-Anstoß.

Ziel der beiden Hinführungen zum Thema ist es, „deutliche Akzente“ zu setzen. Das geschieht in der Erwartung, daß Sie als Synodale möglicherweise ganz andere Akzente setzen werden als die ökumenische Kommission, das Sekretariat oder die Referenten! Das geschieht des weitern mit der Bitte, daß die Synode aus dem „weiten Feld“ die Parzellen auswählt, die sie mit Ertrag bearbeiten kann. Denn die Bundessynode war, um es offen zu sagen, bei den ersten Gesprächsgängen über die nunmehrige Vorlage als Adressat noch gar nicht im Blick. Und sie ist, wie der Text ausweist, auch in der jetzigen Fassung durchaus nicht der einzige (wenn auch ein besonders ernstzunehmender!) Empfänger des Papiers;

#### 1. Ökumenisch existieren

Im Grundsatzpapier folgt einer kurzen Problemanzeige ein ausführlicher theologischer Teil „Thesen zur Begründung ökumenischer Existenz“. Dieser Teil ist nicht etwa Ausdruck der deutschen Neigung, zunächst jede Sache ausführlich in der Theorie (sozusagen Ökumene „an sich“) abzuhandeln. Wie immer wir daran gingen, unsere Gedanken zu ordnen, eben auch da, wo wir die vorfindliche Realität zum Ausgangspunkt nahmen, wir kamen nicht umhin, Ziel und Motivation, Grundstruktur und Grundaufgaben ökumenischer Existenz zu benennen. Das geschieht nun in diesem an den Anfang gestellten Teil 2. Dieser Teil (und die sich in anderen Teilen findenden grundsätzlichen Aussagen wie etwa über die ökumenische Gesinnung, Abschnitt 3.2) müssen von jedem, der sich mit den Teilen 1, 3 (Merkmale und Aufgabenfelder) und 4 (Praktische Konsequenzen) beschäftigt, intensiv mitbedacht werden. Ich hebe aus diesen Grundaussagen besonders hervor:

1.1. *Es ist nicht in unser Belieben gestellt, ob wir ökumenisch existieren wollen oder nicht* (vgl. 3.1.). (Die Ziffern in Klammern beziehen sich auf die Vorlage „Grundprobleme ökumenischer Arbeit“). Ökumenisch heißt, in eine Kurzformel gebracht, „die Kirchen wenden sich einander und gemeinsam der Welt zu“. Sie tun das und sie müssen das tun, weil sie herkommen von dem einen, der ganzen Menschheit geltenden Heilsangebot Gottes in Christus (2.2.), und weil sie unterwegs sind zu der einen, „Kirchen aller Konfessionen und nationalen, kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Kontexte“ umfassenden Gemeinschaft, die sie schon jetzt in ihren Glaubensbekenntnissen bezeugen (2.1.).

1.2. Das wichtigste Wort der ökumenischen Bewegung ist nicht das Wort „Einheit“, sondern das (Einheit umgreifende und gleichzeitig gefährdende) Wort „Erneuerung“. Mit diesem Wort ist die tiefste Berechtigung der ökumenischen Bewegung, aber auch ihre größte Schwierigkeit benannt. Philip Potter hat in seinem kürzlich bei uns veröffentlichten Interview mit „One World“ darauf hingewiesen, daß die ökumenische Bewegung als auf Veränderung (Erneuerung) orientierte Bewegung zwagsläufig auf Schwierigkeiten stoßen muß. Denn die Realität sieht so aus: „Ohne es offen zu sagen, warten alle (Kirchen) im Grunde darauf, daß sich die übrigen (kirchen) ändern. Und wenn es nicht geschieht, klagen sie darüber, daß die ökumenische Bewegung zum Stillstand gekommen sei“ (L. Vischer).

Im Zusammenhang mit dem Stichwort Erneuerung (das im Grundsatzpapier in gewich-

47. Vgl. epd-dok 42–43/1978, S. 46–52.



tigen Aussagen zu finden ist, vgl. 2.3., 2.9., 4.1.2.2.) fällt mir übrigens ein fundamentaler Unterschied in der Art, wie Ph. Potter und wie das vorliegende Papier Ökumene beschreibt, auf. Das Grundsatzpapier denkt Ökumene von der Institution her (Kirche, kirchliche Gremien, Strukturen, Sachfragen) – Potter sieht Ökumene vom Menschen her. Was würde es für die Beurteilung und Lösung unserer ökumenischen Probleme bedeuten, wenn wir versuchen würden, Ökumene einmal so anzusehen?

1.3. Ökumenische Existenz hat als eine Grundstruktur die *Zuordnung und Spannung von Ortsgemeinde und Kirche*. Nach unserer Erkenntnis können die Ortsgemeinden nicht als einzelne, sondern nur als bewußtes Glied am ganzen Leibe Christi und bewußter Teil der umfassenden Kirchen die durch ein bestimmtes Bekenntnis, Ordnungen, Traditionen und eine bestimmte Geschichte konstituiert sind, ökumenisch existieren, ebenso wie die Kirchen leben (eben auch ökumenisch leben) in der konkreten Gestalt von Gemeinden (vgl. 2.4. und 2.5.).

1.4. *Grundaufgaben ökumenischer Existenz* sind, das ist beinahe aus dem ökumenischen Katechismus, mit den Worten Zeugnis, Dienst und Einheit bezeichnet (vgl. 2.6.–2.9.). Die Füllung dieser Begriffe in den genannten Abschnitten ist allerdings nicht aus dem ökumenischen Katechismus, sondern aus dem ökumenischen Gebetbuch. Die Entfaltung der ökumenischen Grundaufgaben in den konkreten Aufgabenfeldern unserer Situation (vgl. 3.1.1.–3.1.3.) versucht, beides aufeinander zu beziehen. Sie müssen entscheiden, ob hier dem Thema gemäß, das heißt zugleich visionär und realistisch, Aufgaben für unsere Gemeinden und Kirchen benannt wurden.

1.5. Der Weg zwischen Ausgangspunkt und Ziel ökumenischer Existenz, die spannungsvolle Zuordnung von Ortsgemeinde und Kirche, die Kluft zwischen der im Glauben erkennbaren Vorgabe Gottes, der alltäglichen Situation und dem verheißenen Ziel, verlangen von uns *ökumenische Gesinnung* (3.2.). Worin sie sich erweist und was sie ausschließt, ist in diesem Abschnitt angesprochen. Gerade beim Bedenken dieser Aussagen (etwa der immer noch ausgesprochen revolutionären Forderung der Konferenz von Glaube und Kirchenverfassung in Lund, „alles gemeinsam zu tun, was nicht um des Gewissens willen getrennt getan werden muß“), drängt sich jedoch unausweichlich die Frage auf: „Wie ist denn eigentlich der ökumenische Alltag in unserer Kirche und Gemeinde beschaffen?“. Das Grundsatzpapier äußert sich sehr zurückhaltend dazu. Ich meine, wir sollten die Gründe dafür verstehen, uns hier in der Synode dieser Frage aber um so offener und rückhaltloser stellen.

## 2. Der ökumenische Alltag

Er weist viel gemeinsames Gebet, gemeinsame Bibelarbeit, gemeinsames Nachdenken, Leben und Dienst auf – über Kirchengrenzen hinweg, die zum guten Teil schon gar nicht mehr als solche empfunden werden. Insbesondere sind daran junge Menschen und Theologen beteiligt. Diese Gemeinsamkeit hat hier und da ein Ausmaß erreicht, von dem wir vor Jahrzehnten, noch vor Jahren nicht einmal geträumt hätten. Deshalb halten wir das nach allem, was sich in der europäischen Kirchengeschichte ereignet hat, ganz und gar nicht für selbstverständlich und wollen ausdrücklich sagen, wie dankbar wir dafür sind.

Es ist aber auch das andere zu sagen: das Gemeinsame ist immer noch und in der Regel das Besondere, nicht das Alltägliche. „Ökumene“ ist kein Thema der Gemeinde. Viele haben am Ort keinen ökumenischen Partner, mit dem sie reden und beten können, von dem sie herausgefordert werden. In der Gemeinde ist das Wort „Ökumene“ ein Fremdwort, das zunehmend auch noch inflationär gebraucht wird. Die Sache (als Teilhabe am Leibe Christi) ist ein theoretischer Glaubenssatz, mit dem sich allenfalls die Vorstellung einer Einbahnstraße (von draußen nach drinnen) verbindet. Verbreitet ist die noch belastendere Vorstellung: es gibt da einige, auf die Gesamtheit unserer Christen bezogen sind es nur wenige, die eine Reise nach der anderen zu anderen Kirchen in anderen Ländern unternehmen, und die dann günstigstenfalls die große Zahl von Mitarbeitern und Gemeindegliedern durch Berichte mit Farbdias daran teilnehmen lassen. Nach dieser Vorstellung sind es zumeist dieselben und in der Hierarchie auch ziemlich oben lokalisierte Personen, die reisen; das ist als Eingehen auf die andersartigen Strukturen der besuchten Kirchen verständlich, aber nicht zur Deckung zu bringen mit unserem Kirchenverständnis.

Emotional ist vielfach ein Unbehagen mit dem Wort Ökumene verbunden, bei Gemeindegliedern und auch bei Pfarrern. Diese Stimmung ist durch ökumenisch relevante und geistlich legitime Erklärungen und Aktionen wie die Leuenberger Konkordie und das Programm zur Bekämpfung des Rassismus mancherorts noch verstärkt worden.

Kurz: was wir in Teil 2 der Vorlage lesen, ist nicht Beschreibung unserer ökumenischen Realität, sondern Rechenschaft von der ökumenischen Hoffnung, die in uns ist. Mit der Kluft zwischen beidem sollten wir uns, scheint mir, ausführlich beschäftigen – nicht, um Unbehagen zu kultivieren, sondern um Möglichkeiten zu erkunden, wie dieses den ökumenischen Fortschritt blockierende Unbehagen überwunden werden kann.

### 3. Schwerpunkte ökumenischer Existenz

Ich möchte nun einige Schwerpunkte ökumenischer Existenz benennen. Ich will das tun unter dem *Aspekt des Bereiches* und unter *methodischen Gesichtspunkten*.

Schwerpunkte hinsichtlich des Bereiches sind

- das Verhältnis Bund/Gliedkirchen,
- die Ortsgemeinde,
- der gesellschaftliche Bereich.

#### 3.1. Bund/Gliedkirchen

Das Miteinander und Ineinander von Bund und Gliedkirchen und Bund und überlandeskirchlichen Aktivitäten in ökumenischer Hinsicht ist durch Konferenzbeschlüsse geordnet (Teil B 1, S. 20 und B 7, S. 25). Diese Beschlüsse müssen mit der Praxis konfrontiert werden – woraus sich an die Beschlußtexte wie an die Praxis Fragen ergeben könnten und möglicherweise Konsequenzen zu ziehen wären. Klare Entscheidungen müßten insbesondere für das Gebiet der bilateralen kirchlichen Beziehungen getroffen werden (vgl. die offene Frage 4.1.2.2., ob nicht Aufgaben, die bisher der Bund wahrgenommen hat, in Absprache mit und im Auftrage des Bundes und doch in eigener Initiative von den Gliedkirchen übernommen werden könnten). Gründlich bedacht werden muß auch die Frage, ob die Vertretung der Gliedkirchen des Bundes dem ÖRK und der KEK gegenüber durch die Konferenz (vgl. Teil B, S. 20, Konferenzbeschluß vom 4.5.1974, § 2) genügend ausbalanciert ist mit den Eigenaktivitäten der Gliedkirchen (etwa bei der Nominierung von Delegierten und bei Rückäußerungen zu Vorlagen aus Genf).

#### 3.2. Ortsgemeinde

Im Hinblick auf die Ortsgemeinde hat das Grundsatzpapier eine bemerkenswerte Wandlung durchgemacht: in früheren Fassungen war sie überhaupt nicht enthalten („es handelt sich doch um eine Konzeption des Bundes!“), in späteren Fassungen wurde sie recht formal und deklarativ behandelt. Das hat sich so grundlegend geändert, daß die Ortsgemeinde jetzt der am umfangreichsten angesprochene Bereich ist. Heißt aber eine so umfangreiche Behandlung auch eine in jeder Hinsicht realistische? Die Ortsgemeinde ist z.B. der einzige Arbeitsbereich, bei dem keine „offene Frage“ notiert ist – gibt es wirklich keine?

Es gibt viel Positives zu berichten über die Ortsökumene. Wie aber steht es in ökumenischer Hinsicht mit dem Verhältnis Ortsgemeinde/Leitungsebene, wie steht es mit dem Verhältnis Ortsgemeinde/Genf? Die Vorlage bietet in dieser Hinsicht einen ganz konkreten Aufgaben-Katalog (vgl. etwa 1.2.2., 3.3.3., 4.1.1., 4.1.2.2.). Spricht dieser Aufgabenkatalog nicht implizit von einem Defizit, das ausgeglichen werden muß?

#### 3.3. Gesellschaftlicher Bereich

Ich habe den Eindruck, daß die gesellschaftliche Relevanz ökumenischer Existenz im Grundsatzpapier nicht übersehen, aber noch nicht umfassend genug angesprochen ist. Daß uns diese Relevanz schon länger bewußt ist, zeigt der Bericht der Konferenz vor der Bundessynode in Potsdam-Hermannswerder, vom 27.9.1974, der meines Erachtens

um seiner grundsätzlichen Aussagen willen unbedingt zur Beratung des Themas herangezogen werden sollte. Hier (und in dem Referat von Bischof D. Schönherr vom November 1973 „Was bewegt uns in der ökumenischen Bewegung?“<sup>\*</sup>, das eine starke Schubwirkung auf die erste Phase unserer Überlegungen hatte) wird sehr deutlich davon gesprochen, wie unentbehrlich für Zeugnis und Dienst der Kirche in unserer Gesellschaft „größtmögliche Gemeinschaft mit anderen Kirchen“ ist<sup>\*</sup>. Wiederum ist hierbei darauf zu verweisen, daß solche Gemeinschaft ein wechselseitiger Prozeß ist, in dem wir unseren Beitrag in größere Zusammenhänge einbringen und aus den dabei gemachten Erfahrungen heraus Zeugnis und Dienst an unserem Ort profilieren (vielleicht auch korrigieren) können (vgl. 4.1.2.2.).

Die Berechtigung dieses Austausches wird nicht nur unter theologischen Gesichtspunkten anerkannt. Müssen wir uns fragen, ob wir die Interdependenz theologischer und nicht-theologischer Faktoren in dieser Hinsicht genügend reflektiert haben? Müssen wir uns auch die Frage stellen, ob die absichtlich an erster Stelle stehende Begegnung mit Kirchen in anderen sozialistischen Staaten bereits die gegenwärtig notwendige und mögliche Ausdehnung und Intensität erreicht hat?

Schwerpunkte ökumenischer Existenz unter methodischem Aspekt sind mit den Stichworten

- Rezeption
  - Koordination
  - Selbstbeschränkung
- zu markieren.

### 3.4. Rezeption

Der Begriff der Rezeption taucht in der ökumenischen Diskussion der letzten Jahre immer häufiger auf. Vereinfacht dargestellt, ist damit ein Geschehen gemeint, durch das auf unterschiedlichen kirchlichen „Handlungsebenen“ von außen kommende Erkenntnisse und Aktivitäten aufgearbeitet und verbindlich angenommen (rezipiert) werden. Solche Rezeption hat (verändernde) Konsequenzen für die rezipierende Kirche und ihr Verhältnis zu anderen.

Auffällig ist, daß dort, wo von Rezeption gesprochen wird, zumeist ihr Fehlen festgestellt wird: der „Umsetzungsprozeß“ klappt (noch) nicht! Z.B. haben Kirchenleitungen selten die Zeit, ökumenische Papiere effektiv durchzuarbeiten und nicht immer die Neigung, Konsequenzen aus erklärtem Konsensus zu ziehen. Oder: es gelingt einfach nicht, die Ergebnisse wichtiger interkonfessioneller Dialoge in die Gemeindearbeit umzusetzen und damit Verständnis zu erwecken für die Berechtigung solcher Dialoge. Oder: wir vermögen immer noch nicht, Erfahrungen und Probleme der Gemeinden in die überörtliche ökumenische Arbeit zu transferieren, schon gar nicht bis hin nach Genf. Oder: wird die Zustimmung von Kirchenleitungen zu ökumenischen Programmen (wie etwa zum Antirassismusprogramm) abgedeckt durch die Zustimmung der Ortsgemeinden und deren Rezeption solcher Programme?

Es ist kürzlich darauf hingewiesen worden, daß die „erzählende Zusammenstellung exemplarischer Modelle“ ein wichtiges Instrument ist, den Rezeptionsprozeß voranzutreiben („wir haben das so und so angefangen ... die und die Ziele hatten wir ... jene Hindernisse erschwerten die Arbeit ... So sind wir damit fertig geworden ...“) Mir scheint, darin läge eine besondere Chance für diese Synode. Die Wirkung der Görlitzer Synode über das Laien-Thema ist ja auch wesentlich von „Erzählen exemplarischer Modelle“ (in der „Messe der Möglichkeiten“) ausgegangen. Auch könnte die Synode eine wichtige Hilfe für die ökumenische Arbeit geben, wenn es ihr gelänge, zu artikulieren, woran es eigentlich liegt, daß dieser wechselseitige Umsetzungsprozeß zwischen Ortsgemeinde und Genf noch nicht klappt.

---

<sup>\*</sup> Vgl. Mitteilungsblatt des Bundes, 1974, S. 2–5 und S. 70.

### 3.5. Koordination

Koordination (und Kooperation) sind Begriffe, die sehr oft im Vorlagentext zu finden sind. Sie deuten mit ihrer Häufigkeit auf einen Sachverhalt hin, der mit der geschichtlichen Entwicklung unserer Kirchen zu tun hat: die unterschiedliche Theologie und Situation der einzelnen Landeskirchen und kirchlichen Zusammenschlüsse sowie die Notwendigkeit der Übernahme dessen, was die Kirchen nicht taten, durch freie Aktivitäten, brachte eine Vielfalt von Ausprägungen ökumenischer Existenz mit sich. Der Prozeß unseres stärkeren Zusammenwachsens verlangt nun, daß diese unterschiedlichen Ausprägungen wenn irgend möglich miteinander verschmolzen oder wenigstens koordiniert werden. Die lange Liste der Desiderate steht im Grundsatzpapier nachzulesen (vgl. die Abschnitte 4.1.2.1., 4.1.3.2., 4.1.3.3., 4.2.1., 4.2.2.–4.2.6.). Hier liegen wiederum besondere Schwierigkeiten. Appelle allein tun freilich nicht – davon enthält die Vorlage bereits genug! Was aber kann diese so deutlich empfundene Notwendigkeit stärkerer Kooperation und Koordination wenigstens auf einigen Teilgebieten realisieren helfen?

### 3.6. Selbstbeschränkung

An einer Stelle des Grundsatzpapiers wird ein für unsere zukünftige ökumenische Existenz wichtiges Wort ausgesprochen: Selbstbeschränkung (4.1.2.2.). Der „Breitenwirkung nach außen“ muß „die Intensität der Arbeit und ihre Tiefenwirkung nach innen“ entsprechen (1.2.). Das kann sie auf die Dauer nur, wenn eine gewisse Selbstbeschränkung geübt wird, wenn die ökumenische Arbeit aus dem Stadium des (weithin immer noch) Zufälligen herauskommt und Prioritäten gesetzt werden. Die Setzung von Prioritäten und die Selbstbeschränkung aus personellen und finanziellen Gründen widerspricht nicht ökumenischer Gesinnung (3.3.1.). Sie erfordert jedoch zweierlei:

1. einleuchtende und anwendbare Kriterien für Prioritäten (Ansätze dazu bringt der Abschnitt 3.3.1.),

2. die Festlegung, wer diese Kriterien verantwortlich interpretiert und Prioritäten verbindlich festlegt (daß letzteres nicht ohne die Verbindung zu den ökumenischen Partnern geschieht, ist eigentlich selbstverständlich, vgl. 4.1.2.2.).

Unter anderem gehört in diesen Bereich die offene Frage, welche Sachprogramme des ÖRK für unsere Kirche in Zukunft Vorrang haben (vgl. 4.1.3.1.).

Bei dieser Frage der Festlegung vorrangiger Aufgaben haben wir besondere Erwartungen an die Synode – und die Hoffnung, daß es ihr gelingen wird, Festlegungen zu treffen, die überzeugen, ohne zu majorisieren.

Am Schluß (und am Rande) zwei Zusatzaufgaben für die Theologen in der Synode:

1. Kann der Bund, dessen Kirchesein (ekklesiale Dignität) in zurückliegenden Jahren (und Synoden) in bestimmter und zurückhaltender Weise beschrieben worden ist, eigentlich zum Träger einer so umfassenden ökumenischen Existenz, wie sie im Papier entfaltet wird, gemacht werden?

2. An keiner Stelle der Vorlage sind die Einheitsmodelle „organische Union“, „Konziliarität“ und „versöhnte Vielfalt“ ausdrücklich erwähnt. Welches Modell (oder keines der genannten?) liegt den Überlegungen zugrunde?

Und ganz zum Schluß (und wieder für alle): Ernst Lange hat einmal gesagt: „Konsultation ist die Hauptmethode ökumenischer Arbeit, ökumenischer Wirksamkeit“. Wenn das stimmt, und davon bin ich überzeugt, dann bietet diese Synode, die Vertreter so vieler Kirchen, Altersgruppen, Berufe und Spiritualitäten zusammenführt, eine nicht alltägliche, vielleicht sogar eine ungewöhnliche Chance, ökumenisch wirksam zu werden.

### *b) Mitarbeit in der ökumenischen Bewegung*

Die Überlegungen in der Vorlage „Grundprobleme der ökumenischen Arbeit“ haben den Bezügen zum ÖRK (und zur KEK als dem „kontinentalen Organ



des ÖRK“) „vorrangig“ Beachtung geschenkt<sup>48</sup>. Dies ist vollaufberechtigt; denn von Anfang an stand für den Bund fest, daß die ökumenische Arbeit in erster Linie in der Teilnahme an der ökumenischen Bewegung und damit in der Mitarbeit an Programmen und Tagungen des ÖRK (und der KEK) bestehen sollte.

## I. Beteiligung an der Arbeit des ÖRK und der KEK

Auf den ökumenischen Tagungen war der Bund der Ev. Kirchen in der DDR stets – häufig mit einer beachtlichen Delegation – vertreten. Das galt für die Konsultation über Abrüstung (Glion II) ebenso wie für die Tagung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung in Bangalore. Auf der Konferenz von Vertretern der KEK und der Katholischen Bischofskonferenzen Europas hielt Bischof Dr. W. Krusche ein viel beachtetes Referat „Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt“<sup>49</sup>. Thematisch engagierte sich der Bund in der Antirassismus- und der Umweltfrage, das Friedens- und Abrüstungsthema wurde besonders in bilateralen ökumenischen Beziehungen und im eigenen Lande verstärkt verhandelt.

### *(1) Vorbereitungstagung in der DDR für die Weltkonferenz 1979 zum Thema „Glauben, Wissenschaft und Zukunft“*

Das Thema der Weltkonferenz 1979 wurde in der DDR mit großer Sorgfalt vorbereitet. Drei Tagungen fanden statt, die sich dieser Thematik unter verschiedenen Spezialaspekten stellten:

1. Konsultation des Ausschusses Kirche und Gesellschaft „Unsere Verantwortung für Umwelt und Zukunft des Menschen“ in Buckow am 28./29. Januar 1978<sup>50</sup>,
2. Konsultation der Untereinheit Kirche und Gesellschaft des ÖRK zum Thema: „Der Beitrag der Kirchen in den sozialistischen Ländern Europas zum Programm des ÖRK „Glaube, Wissenschaft und die Zukunft““ vom 25. bis 28. August 1978 in Erfurt<sup>51</sup>,
3. Arbeitstagung des ÖRK – Kommission Kirche und Gesellschaft vom 29.8. bis 2.9.1978 in Erfurt<sup>52</sup>.

Das Ergebnis, die Ausarbeitung des umfangreichen Arbeitspapiers „Verantwortung der Christen in einer sozialistischen Gesellschaft für Umwelt und Zukunft der Menschheit“, wurde dem ÖRK in einer überarbeiteten Schlußfassung (Fassung vom 31.10.1978) als Beitrag der Kirchen in der DDR zum Thema der

---

48. Vgl. einführendes Referat von U. von Brück in die Vorlage der Ökumenischen Kommission „Grundprobleme der ökumenischen Arbeit“ (epd-dok 42–43/1978, S. 43ff. [44]).

49. In: MBI BEK i. DDR Nr. 3/4, 1978, S. 34 und epd-dok 21/1978, S. 7ff.

50. Über die Konsultation liegt ein ausführlicher Bericht vor: Bericht über Buckow, vervielfältigtes Maschinenskript. Das Einführungsreferat auf der Tagung hielt Propst Heino Falcke. Es ist im Bericht in gekürzter Fassung wiedergegeben und im MBI BEK i. DDR, Nr. 1/2, 1978, S. 2ff. veröffentlicht.

51. Vgl. Information der Pressestelle des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR vom 6.9.1978 und die Meldungen im ena.

52. A.a.O.

Weltkonferenz übermittelt. Das Arbeitsergebnis wurde – auch in der DDR – veröffentlicht<sup>53</sup>. Dies kann nicht als selbstverständlich angesehen werden, weil die Ausarbeitung „ein im Ostblock gern verdrängtes, zumindest aber nicht seiner Bedeutung gemäß öffentlich diskutiertes Problem aufgegriffen“ hat<sup>54</sup>. Darüber hinaus setzt sie sich kritisch mit der Frage auseinander, wie im real existierenden Sozialismus der DDR ideologisch, programmatisch und in der politischen Wirklichkeit mit diesen Problemen umgegangen wird. Die Arbeit nennt Chancen und Gefahren in der sozialistischen Gesellschaft bei dem Kampf in dem es „um Tod und Leben“ geht. Der gesellschaftspolitische Ansatz und die konkrete politische Struktur in der DDR können in dem Kampf hilfreich sein. Sie zeigen aber auch Elemente, die den Kampf erschweren, hindern oder gar unmöglich machen. Dieses „Sowohl-Als-Auch“ in der Wertung der sozialistischen Gesellschaft zeigt eine Ausgewogenheit, die beeindruckend ist. Sie zeigt aber auch den erstaunlichen Freimut, mit dem die Kirchen in der DDR auch politisch „heiße Eisen“ anpacken. Unbefangen wird von der „Ökologiekrise“ auch in der DDR gesprochen. Zuvor wird darauf verwiesen, daß dieser Begriff innerhalb des politischen Sprachgebrauchs der DDR verpönt ist und der „Konvergenztheorie“ zugeordnet wird.

Im folgenden ist eine Einführung in die Ausarbeitung abgedruckt, die – für die ökumenische Gäste bestimmt – nicht nur den Inhalt kurz skizziert, sondern auch die Arbeit der Kirchen in der DDR an diesem Thema in einen größeren Zusammenhang stellt und zeigt, wie sich die Kirchen in der DDR insgesamt den großen Überlebens Themen verpflichtet wissen.

#### VERANTWORTUNG DER CHRISTEN IN EINER SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT FÜR UMWELT UND ZUKUNFT DER MENSCHHEIT

##### *1. Was ist in den evangelischen Kirchen in der DDR auf dem Problemfeld der Überlebensfragen bisher getan worden?*

Um die Akzente richtig zu setzen, muß ich zuerst auf den Aufgabenbereich der Friedenssicherung und Abrüstung hinweisen, der nicht ausdrücklich zur Thematik dieser Konsultation und geplanten Weltkonferenz gehört. Hier lagen in den letzten Jahren die Hauptaktivitäten unseres Kirchenbundes, soweit sie sich auf Gesellschaft und Politik bezogen. Es ging unter anderem um die Auswertung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki, der wir eine große Bedeutung bemessen, um die Teilnahme am Weltkongreß der Friedenskräfte 1973 in Moskau und an der Weltkonferenz der religiösen Friedenskräfte 1976 in Moskau. Unser Kirchenbund hat im Antimilitarismusprogramm des ÖRK mitgearbeitet, einen Dialog mit dem Nationalrat der Kirchen in den USA über Fragen der Abrüstung und der Neutronenwaffe geführt und schließlich theoretische und praktische Arbeiten zur Friedenserziehung in unserer Gesellschaft geleistet.

Ich erwähne das auch darum, weil diese Aufgaben ja in engstem Sachzusammenhang mit unserem Arbeitsprojekt stehen. Daß unser Öko-System durch einen nuklearen Krieg zusammenbricht, ist wohl noch mehr zu befürchten, als sein Zusammenbruch durch unkorrigierte industrielle Entwicklung. Die wachsenden Rüstungsinvestitionen sind der schreiendste Widerspruch zur Verknappung der Ressourcen und sie verschlingen die Mittel,

53. Zeichen der Zeit Nr. 7/7, 1979, S. 243ff. – der Beitrag wurde auch im epd-dok 28/1979 abgedruckt.

54. So wird das Arbeitsergebnis im epd-dok 28/1979 auf dem Deckblatt angekündigt.

die zur Herstellung weltweiter sozialer Gerechtigkeit benötigt werden. Die ökologische Krise verschärft also die Notwendigkeit der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.

Mir scheint, daß dieser Zusammenhang auch bei der Weltkonferenz im nächsten Jahr thematisiert werden muß. Die Arbeitsteilung zwischen unserem Projekt und dem Antimilitarismusprogramm ist sicher notwendig, aber auch die Zusammenhänge müssen herausgearbeitet werden.

Die Frage der Ökologie und Zukunftsverantwortung sind in unseren Kirchen und Gemeinden – angeregt auch durch die Vollversammlung in Nairobi – zunehmend im Gespräch.

Dabei stellen sich zuerst *Studienaufgaben*. Das *Umdenken* ist ein wesentlicher Teil der Umkehr, zu der uns Gott angesichts der drohenden Krise ruft. Wir müssen ja unsere theologischen Denkmuster und Denktraditionen kritisch überprüfen. Darauf geht der zweite Teil unseres Papiers ein. Das Thema einer Theologie der Natur wird gegenwärtig an vielen theologischen Aus- und Weiterbildungsstätten in der DDR behandelt und man begegnet ihm häufig als Tagungsthema. Im Blick auf die marxistisch-leninistische Ideologie wird der dialektische *Materialismus*, der uns theologisch immer am fernsten lag, plötzlich interessant. Er muß im Zusammenhang einer Theologie der Natur und einer ökologischen Ethik neu studiert werden.

Aber auch *sozialethisch* stehen wir vor sehr grundsätzlichen Fragen. Wenn die These des Physikers A. N. Klaus Müller stimmt, daß die elementare Frage des Überlebens der Menschheit als die Randbedingung alles Denkens und Handelns und als *das* Prinzip aller künftigen Ethik gelten müsse, dann ist alles gesellschaftliche Denken und Handeln an dem Kriterium der Überlebensdienlichkeit zu messen. Damit ist ein neues Leitkriterium für unsere Existenz und Verantwortung in der sozialistischen Gesellschaft benannt. Wir werden zu fragen haben, wie wir dieses Kriterium theologisch aufnehmen können, was es für unser Verhältnis zum Sozialismus bedeutet und wie sich ihm andere sozialetische Aufgaben und Kriterien konkret zuordnen. Wir sehen also Studienaufgaben.

Ein weiterer Arbeitsbereich sind die *praktischen Aufgaben* und möglichen Aktivitäten von Christen und Kirchen in der Gesellschaft. In dieser Richtung wird von einzelnen Christen und Gemeindegruppen sehr intensiv gefragt. Das Problembewußtsein, das in vielen Gemeinden erwacht, sucht nach sinnvollen und praktikablen Betätigungsmöglichkeiten, um nicht in Frustrationen zu ersticken. Aber hier sind wir noch in der Phase der Erkundung und erster kleiner Erfahrungen. Auf höchster Ebene hat die Konferenz der Kirchenleitungen die Regierung der DDR um ein Informationsgespräch über Fragen der Ökologie und der weltweiten sozialen Gerechtigkeit gebeten.

Als dritter Bereich ist schließlich die *Arbeit in den Gemeinden und Arbeitsgruppen* zu nennen. Dafür wurden und werden Arbeitshilfen zusammengestellt, die sachlich informieren und methodisch anregen.

Der Ausschuß Kirche und Gesellschaft hat sich die Fragen der Ökologie und Zukunftsverantwortung als langfristiges Arbeitsprojekt vor zweieinhalb Jahren vorgenommen. Anfang dieses Jahres haben wir eine Konsultation auf DDR-Ebene organisiert, um die verschiedenen kirchlichen Gruppen und Institutionen zu einem Gedanken- und Erfahrungsaustausch zusammenzuführen. Es sollte möglichst eine Koordination und Arbeitsteilung erreicht werden. Dort wurde angeregt, eine zentrale Arbeitsstelle für diese Fragen zu schaffen. Dieses Projekt ist in der Planung. Wir stehen also in den Anfängen.

Das gilt nun auch von dem Arbeitspapier, das wir Ihnen vorgelegt haben. Es wurde im Auftrag der Konferenz der Kirchenleitungen verfaßt. Mehrere Mitglieder unseres Ausschusses sind die Autoren, der erste Teil stammt fast ganz von Nichttheologen. Das Papier ist unter Termschwierigkeiten entstanden und liegt darum leider auch nicht in englischer Übersetzung vor. Wir empfinden es selbst als unfertig, als draftpaper. Es ist der Versuch einer ersten Zusammenfassung auf dem Wege.

## 2. Durchblick durch das Arbeitspapier

Der Gedankengang des Ganzen ist schnell überblickt: Wir gehen aus von der Situation der Gesellschaft, wie sie sich im Horizont der Überlebensfragen darstellt, und einigen Denk- und Verhaltensmustern in Theologie und Gemeinde. Wir skizzieren dann die Auf-



gaben theologischer Grundorientierung (3.) und sozialetischer Orientierung (4.). Von da aus versuchen wir schließlich einige Hinweise für das Handeln in unseren Kirchen und unserer Gesellschaft (4.3.).

### 2.1. Zur Situation in der Gesellschaft.

Wir haben gestern Herrn Rubischek gehört, sodaß ich mich hier auf einige zusammenfassende Bemerkungen beschränken kann.

Im Horizont der Überlebensfragen gesehen begegnen wir in unserer Gesellschaft guten Ansätzen in Theorie und Praxis, an die wir anknüpfen können. Aber wir begegnen auch Fakten und Zielsetzungen, die wir kritisch anfragen müssen. Das sind nur zum Teil systemimmanente Faktoren. Dahinter stehen stark auch global wirksame Trends und Verflechtungen. Ich greife einige Aspekte aus unserem Papier heraus:

- Die Ökonomie: Sie ist ideologisch-theoretisch in Ökologie eingebunden, wie sich schon an K. Marx und Fr. Engels zeigen läßt. Prof. Pavel Oldak, Nowosibirsk, spricht von einem Metasystem „Produktion – Umwelt“, oder einem „bio-ökonomischen System“, in das die Ökonomie integriert werden muß (Faith, Science and the Future, S. 217). Sie ist gesetzlich – durch das Landeskulturgesetz – zu ökologischer Vorsicht verpflichtet. Umfassende und zentrale Planung bietet das Instrumentarium, das durchzusetzen.

Es wurde jedoch als Hauptaufgabe der Gesellschaft formuliert, Produktion und Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes zu steigern. Das gibt der Ökonomie die Priorität vor der Ökologie. Dahinter stehen der Erwartungsdruck der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Verpflichtungen und Verflechtungen im Verband der sozialistischen Länder und in der Weltwirtschaft. Ideologisch spielt sicher eine Rolle, daß der Sozialismus besonders von der Oktoberrevolution her sein Pathos in der wirtschaftlichen Wachstums- und Aufbauleistung hat.

- Die Struktur des demokratischen Zentralismus: Sie ermöglicht zwar ökologische Aspekte langfristig und umfassend zu berücksichtigen. Es gelte aber, die aktive Partizipation von unten stärker zu fördern und die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Prozesse durchschaubarer zu machen, damit Abhängigkeits- und Ohnmachtsgefühle überwunden und Verantwortungsbereitschaft geweckt werden.

- Die Stellung zu Wissenschaft und Technik: Der Sozialismus bindet Wissenschaft und Technik von vornherein in gesellschaftliche Verantwortung ein. Er integriert die Einzelwissenschaften in eine Gesamtschau, läßt ihnen aber auch Raum und zeigt sich als System auch flexibel und offen, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu integrieren. So wächst das ökologische Problembewußtsein offensichtlich am schnellsten in einigen Fachwissenschaften. Die Wissenschaften stehen in hohem Kurs und werden gefördert. Andererseits gibt es eine Befangenheit und eine Fixiertheit auf die Kapitalismuskritik des 19. Jahrhunderts, die sich einer Kritik der wissenschaftlich-technischen Zivilisation nur schwer öffnet und Fakten abblendet, die konvergenztheoretisch interpretierbar sind.

Als Fazit möchte ich ziehen: Die Situation hat verschiedene Aspekte, aber sie ist als solche offen. Ich sage das nicht nur, weil das ökologische Problembewußtsein in der Öffentlichkeit unserer Gesellschaft wächst. Ich sage es auch aus theologischen Gründen. Denn wir sehen unsere Gesellschaft im offenen Prozeß der Geschichte, in dem Gott wirkt und den er durch Veränderungen und auch durch Krisen hindurch offenhält auf das Kommen seines Reiches hin.

### 2.2. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der geistigen Situation in unseren Kirchen. Ich sagte bereits, daß das Problembewußtsein in unseren Gemeinden wächst. Es gibt aber auch eine verbreitete Ratlosigkeit, wie die neu auf uns zukommenden Fragen und Herausforderungen in den christlichen Glauben einzuordnen sind. Wir finden Denkmuster und Verhaltensweisen vor, aus denen wir aufbrechen müssen. Wir haben drei davon herausgestellt, die für unsere Situation besonders typisch sind.

1. Eine Verteufelung von Wissenschaft und Technik. Die drohende Überlebenskrise wird als Schuldverhängnis und Strafe für die Hybris des Menschen gedeutet nach Analogie der Apokalypik.

2. Ein ungebrochenes Vertrauen in die Machbarkeit aller Dinge und Lösbarkeit aller Probleme durch Wissenschaft und Technik, gestützt auf das Vertrauen in die von Gott garantierte Beständigkeit der Welt.



3. Ein beziehungsloses Nebeneinander von Glaube und wissenschaftlich-technischer Welt. Dabei möchte ich einen Augenblick verweilen, weil wir mit dieser Position besonders zu tun haben. Das bekannte Dilemma der Beziehungslosigkeit zwischen Theologie und Naturwissenschaften hat sich bei uns verkoppelt mit der lutherischen Lehrtradition von den beiden Reichen, die zu einem beziehungslosen Nebeneinander von Kirche und Welt, Religion und Politik führte. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert standen Theologie und Kirche bei uns stark unter dem Eindruck der wissenschaftlich entdeckten ehernen Gesetzmäßigkeiten, die Natur und Gesellschaft determinieren. Als Feld für die Religion blieb nur der Raum der Innerlichkeit und des Personalen übrig. Diese Trennung von wissenschaftlicher Welt und Glaube wurde mit der Lehre von den beiden Reichen theologisch sanktioniert. Karl Barth, die Barmer Theologische Erklärung und die Bewegung der Bekennenden Kirche haben gegen diese Trennung protestiert und den Zuspruch und Anspruch Jesu Christi betont, der unser ganzes Leben betrifft. Das wurde für die politische Existenz des Christen durchdacht und praktiziert. Dieser ganzheitliche Zuspruch und Anspruch muß heute für unsere Existenz in der wissenschaftlichen-technischen Welt durchdacht und praktiziert werden. Das führt notwendig in den Dialog mit den Wissenschaften hinein und damit durchaus auf der Linie von Karl Barth über seine Theologie hinaus.

### 2.3. Aufgeben theologischer Orientierung.

Wir gehen hier auf Fragen der Schöpfungstheologie und der Eschatologie ein. Für beide aber ist eine ganzheitliche Ausrichtung der Theologie zu fordern. So heißt es auf S. 17: „Die Antwort der Theologie auf die Herausforderung durch die Naturwissenschaft wäre eine ganzheitliche Schau von Schöpfung: Natur und Geschichte sind in einer Schöpfung miteinander verbunden. Gott als Schöpfer bekennen, das heißt: Das Ganze der Welt (Natur und Geschichte) seiner Herrschaft unterstellen. ‚Von Gott reden heißt vom Ganzen reden‘ (Claus Westermann).“

Auf welcher Basis aber soll eine solche ganzheitliche Theologie entworfen werden? Wir sagen dazu, daß man eine Theologie der Schöpfung bzw. der Theologie nicht unter Verzicht auf den geschichtlichen Charakter der christlichen Offenbarung gewinnen könne. Noch immer gilt: Der christliche Glaube beginnt ebensowenig wie der Glaube Israels mit der Erkenntnis, daß Gott Himmel und Erde geschaffen hat. Das sachlich erste, was der Glaube erfährt, ist, daß Gott in alten Verhältnissen neue Verhältnisse schafft.

Wir wissen uns hier der Hauptlinie der neueren evangelischen Theologie verpflichtet. Gottes Offenbarung in der Heilsgeschichte Israels und in Jesus Christus erschließt den Zugang zum Schöpfungsglauben. In einer Welt der Gottvergessenheit nach dem Ende des metaphysischen Wirklichkeitsverständnisses kann es nur *bezeugt* und *bekannt* werden, daß wir die Welt als Gottes Schöpfung verstehen. In einer von Nihilismus bedrohten Welt kann nur der in Christus gegründete Heilsglaube die Gewisheit stiften, daß die Schöpfung Sinn und Zukunft hat, weil sie sich schöpferischer Liebe verdankt und auf Vollendung hin entworfen ist. Wir meinen also, daß man nicht zu einer natürlichen Theologie zurückkehren muß, um eine neue Theologie der Natur zu gewinnen, und wir meinen, daß ein offenbarungstheologischer, christologischer Ansatz tragfähig ist für eine ganzheitliche Theologie.

Dafür muß aber der offenbarungstheologische Ansatz dialogisch geöffnet und ausgeweitet werden.

Dazu fordert die biblische Überlieferung heraus. In ihr finden wir die Duplizität von Urgeschichte und Weisheitsliteratur einerseits und heilsgeschichtlicher Überlieferung andererseits. In Urgeschichte und Weisheitsliteratur nimmt das AT den Dialog mit dem religiösen Weltverständnis und allgemeiner Wirklichkeitserfahrung auf. Es wird ein Seinsgefüge gezeichnet, das der Erfahrung und Wahrnehmung jedes Menschen offensteht. Von dem Gott Israels wird ein Wirken außerhalb Israels in der ganzen Schöpfung ausgesagt und alle Kreaturen werden in der Beziehung zu Gott gesehen. So wie die Menschheit mit ihren universalen Lebensfragen auf Gott bezogen ist, so hat das Bundesvolk hineinzugehen in den Dialog über die gemeinsamen Fragen der Zukunft der Menschheit. Die Bibel selbst bietet also das Modell einer dialogischen Theologie, wobei die „Furcht Jahwes“, das Bekenntnis zu dem Gott des Bundes Grund und Kriterium des Weltverständnisses bleiben. Nicht Gott wird aus der Schöpfung erkannt, sondern er wird in der Welt als Schöpfung wiedererkannt.

Ob sich von hier aus nicht ein dialogisches Verhältnis von Prozeßtheologie und Offenbarungstheologie gewinnen ließe?

Die Prozeßtheologie, die eine wachsende ökumenische Bedeutung gewonnen hat, geht von einer bestimmten Interpretation des Naturzusammenhangs aus. Sie erweitert die Evolution zu einem kosmologischen Konzept und versucht, die Aussagen christlicher Theologie in diesem Zusammenhang zu integrieren, sie dadurch neu zu interpretieren und für den Dialog mit den Wissenschaften relevant zu machen. Ist das nicht neben einer in der Christusoffenbarung gründenden Schöpfungstheologie die andere Denkbewegung, die in dem heute gebotenen Dialog zwischen Theologie und Naturwissenschaft notwendig ist? Die Prozeßtheologie bleibt angewiesen auf den offenbarungstheologischen Begründungszusammenhang, wenn ihre theologischen Aussagen nicht nur ein divinisiertes Interpretament von Evolution sein sollen. Eine heilsgeschichtlich begründete Schöpfungstheologie bleibt auf Entwürfe wie die Prozeßtheologie angewiesen, um in die Fragen heutigen wissenschaftlichen Weltverstehens und ökologischer Ethik hineingeführt zu werden und dort ihre Relevanz erweisen zu können.

In folgenden Sachfragen und praktischen Konsequenzen scheint sich ein Konsensus oder eine Konvergenz abzuzeichnen:

- Die Ganzheitlichkeit des Denkens, die sich von der Prozeßtheologie ebenso ergibt, wie von einer Christologie der Inkarnation und des Kreuzes her.
  - Das Verständnis der Welt als offener Prozeß oder als offenes System (J. Moltmann). Gerade von der Heilsgeschichte her erscheint die Schöpfung als Eröffnung der Geschichte der Natur mit eschatologischer Perspektive. Dabei ist entscheidend, daß die Schöpfung nicht schon in der Heilsgeschichte oder in der Existenzgeschichte der Glaubenden, sondern erst in dem Schöpfung und Geschichte umfassenden Reih Gottes zum Ziel kommt. Theologie der Natur kommt zum Schwur in der Eschatologie der Natur.
  - Die Überwindung bzw. Relativierung der Subjekt-Objekt-Spaltung, mit ihrer schrankenlosen Verdinglichung und Instrumentalisierung der Schöpfung durch und für den Menschen. Die Geschöpfe haben Eigenwert eben als Geschöpfe und Eigentum Gottes und als Teilhaber an der Verheißung des Heils. Im Angewiesensein auf Gottes creatio continua, auf Gottes Lebensodem (Psalm 104,27–30) ist der Mensch mit den anderen Kreaturen verbunden. Im Lob Gottes tritt der Mensch in die Gemeinschaft mit allen Kreaturen, denen als Subjekt des Lobpreises so etwas wie Subjektivität zukommt (Psalm 148). Der Geist des Gekreuzigten weist die Glaubenden in eine Hoffnung ein, die in solidarischem Mitleiden alle Kreaturen einbezieht (Röm. 8).
  - Was die Prozeßtheologie von der Immanenz, der schöpferischen und leidenden Partizipation Gottes im Weltgeschehen sagt, ist von der Fleischwerdung und dem Kreuz Christi und von der Erfahrung des Heiligen Geistes her aufzunehmen. Denn damit, daß man der Immanenz einen transzendenten Gott gegenüberstellt, ist zwar ein Theismus aber gerade noch nicht das spezifische des christlichen Glaubens beschrieben. In der Menschwerdung Christi hat Gott unser Menschsein, im Kreuz Christi hat er unser Leiden und Sterben in sein trinitarisches Sein hineingezogen. Durch seinen Geist wirkt er in der Schöpfung und das Wirken des Geistes ist das Insein Gottes in ihr, Vom Insein Gottes in seiner Schöpfung aber kann nicht ohne das Kreuz Jesu gesprochen werden. Sonst würde das Leiden eines Kindes genügen, um den Glauben an die Immanenz Gottes in Nihilismus umschlagen zu lassen.
- Dieser Exkurs sollte dazu dienen, unser Papier ein wenig in den ökumenischen Dialog einzufädeln. Ich kehre jetzt zu dem Papier selbst zurück.

Nach den schöpfungstheologischen Erwägungen sprechen wir die Fragen der Eschatologie an, die im Zusammenhang der Ökologiedebatte und der Zukunftsverantwortung ja eine Schlüsselfrage geworden ist. Die christliche Hoffnung hält der Ambivalenz der Geschichte stand, die von menschlicher Schuld und vom Rätsel des Leidens gezeichnet ist, aber auch im Licht der Verheißung steht. Christliche Hoffnung widersteht darum pessimistischer Resignation ebenso, wie oberflächlichem Optimismus, der dem Leiden und der Mühsal geschichtlicher Verantwortung ausweicht. Wir haben sowohl einem Fortschrittsoptimismus, wie einem apokalyptischen Dualismus zu widerstehen. Gerade die Hoffnung, die durch die Auferstehung Christi geweckt wird, weist uns auf den Weg seines Kreuzes, in die Treue zur Erde, in das solidarische Mitleiden mit der Schöpfung, in die Arbeit der Liebe an

einer verantwortbaren Zukunft. Die drohende ökologische Krise ist also nicht die Startbahn, auf der christlichen Hoffnung ins Jenseits abhebt, sondern sie ist das Arbeits- und Bewährungsfeld christlicher Hoffnung.

2.4. Im vierten Teil unseres Papiers geht es dann um die Aufgaben sozialetischer Orientierung.

Wir versuchen zunächst einige ethische Kriterien für eine überlebensfähige Gesellschaft zusammenzustellen.

Als erstes Kriterium wird genannt: Verantwortliche Haushalterschaft über die Natur, von der Ausbeutung zur Kooperation. Damit übernehmen wir eine Formel des Heidelberger Theologen G. Liedke. Zweierlei möchte ich hier unterstreichen:

1. Der biblische Herrschaftsauftrag an den Menschen ist in der Ökologiedebatte radikal in Frage gestellt worden. Die Kritik trifft aber nur die Umdeutung des dominium terrae seit den Anfängen der Neuzeit. Das biblische Herrschaftsmandat ist einmal im Zusammenhang der gesamten Urgeschichte zu verstehen, die bereits die Gebrochenheit der Mensch-Natur-Beziehung ins Auge faßt. Zum anderen ist es im kulturgeschichtlichen Kontext zu interpretieren. Das Weitergehen des menschlichen Lebens, das in der Verantwortung des Herrschaftsmandates beschlossen ist, steht heute nicht mehr in der Selbstbehauptung des Menschen gegen eine feindliche Natur auf dem Spiel, sondern im kooperativen sich Einfügen des Menschen in die Öko-Systeme.

2. Möchten wir hinweisen auf den biblischen Realismus. Die Bibel weiß um den Riß zwischen Mensch und Natur, um Schuld und Leiden, die innergeschichtlich nicht zu beheben sind. Wir können nicht romantisch, nostalgisch zurück in eine vortechnische angeblich heile Welt. Die heile, befriedete Schöpfung ist das Hoffnungsziel, aber kein mögliches Handlungsziel. Diese Hoffnung sensibilisiert für den schmerzlichen Riß, sie schärft das kritische Bewußtsein für die technische Vergewaltigung der Natur, aber sie bewahrt auch vor der Illusion, wir könnten die befriedete Welt schaffen. Die christliche Hoffnung führt also aus technokratischen Omnipotenzträumen einer Gegenkultur zu einer nüchternen und kritisch qualifizierten Annahme der technischen Zivilisation.

Die Fragen der Verantwortung der Wissenschaft sind im nächsten Abschnitt angesprochen.

Wir gehen hier mehr auf die Wissenschaft als menschliche Handlung (science as activity) ein und nicht so sehr auf die Wissenschaft neben anderen Erkenntnisweisen. Es geht um Wissenschaftsethik, speziell um die Verantwortung für die Folgen der Wissenschaft. Wir möchten hier auf einige biblische Zusammenhänge hinweisen, die für das Bedenken dieser Fragen relevant sind. Das ist einmal die atl. Weisheitsliteratur, die unter heutigen Fragestellungen eine überraschende ökologische Relevanz gewinnt. Weiter ist es das christologische Zeugnis der Evangelien und des Paulus, die Wissen und Macht unter das Kriterium der Liebe und des Dienstes stellen.

Ein weiteres Kriterium ist die universale Verantwortung. Unsere Welt ist charakterisiert durch wachsende Interpendenz, zugleich aber auch durch wachsendes Streben nach kultureller Identität, politischer Unabhängigkeit und durch sich verschärfende Interessengegensätze. In dieser Situation muß Ethik zugleich universal und kontextual entfaltet werden. Wir meinen, daß christliche Ethik diese Herausforderung schöpferisch annehmen kann, wenn sie bei dem Ereignis und der Zukunft der Versöhnung in Christus ansetzt. Diese ist zugleich grenzüberschreitend universal und sie wird konkret in der Parteinahme für die Unterdrückten und Schwachen. Auch für den Sozialismus stellen sich in diesem Zusammenhang große Aufgaben geschichtlichen und schöpferischen Eingehens auf die neue Situation. Wir finden diese Aufgabe in einem Zitat von Nyerere eindrucksvoll ausgesprochen.

Ausführlich gehen wir dann auf die Frage der Lebensqualität ein.

Wenn die Umorientierung von Quantität auf Qualität gefordert wird – was heißt Lebensqualität eigentlich theologisch? In unserer Gesellschaft wird der Begriff Lebensqualität abgelehnt. Das Sachproblem wird unter dem Begriff „sozialistische Lebensweise“ behandelt. Hinter den Fragen nach Lebensqualität und neuem Lebensstil stehen eine Sinnkrise und Sinnfragen. Sie sind nicht uniform zu beantworten, sondern pluriform in verschiedenen Traditionen und Kontexten. Wie könnte unsere theologische Antwort in unserem Kontext aussehen? Dazu versuchen wir einige Aspekte zusammenzustellen. Der Kerngedanke ließe sich wohl dahin zusammenfassen, daß sich Lebensqualität in Beziehungen, Verhältnissen



entscheidet. Sie ist ein Relationsbegriff. Sie entscheidet sich im Gott-Mensch-, Mensch-Mitmensch- und Mensch-Natur-Verhältnis. Diesen Verhältnissen gilt es gerecht zu werden. Hier liegt eine Nähe zum sozialistischen Verständnis von Lebensqualität, das der Sozialismus nicht abgesehen von den gesellschaftlichen Verhältnissen, der sozialen Gerechtigkeit bestimmen will.

Sie werden in diesen Ausführungen einige Akzente finden, die speziell durch unsere Herkunft aus der lutherischen Reformation geprägt sind. So zum Beispiel darin, daß wir menschliches Leben grundlegend durch das Ereignis der Rechtfertigung qualifiziert sehen, also durch das Ereignis der Liebe Gottes, die den Menschen sucht und bedingungslos annimmt. Wir versuchen Lebensqualität also vom Evangelium her und nicht vom Gesetz her zu verstehen.

Der letzte Teil ist „Wege der der Veränderung“ überschrieben. Er enthält einige Überlegungen zu sozialetischen Strategien des Handelns.

Ein zweifacher Weg, eine Doppelstrategie zeichnet sich ab: Experimentelle Praktizierung eines neuen Lebensstils und strukturelle Veränderungen der Gesellschaft. Das entspricht den beiden Aufgaben einer tiefgreifenden Änderung und Neuorientierung des einzelnen Menschen und der Veränderung weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Verhältnisse. Der erste Weg ist von Gruppen zu beschreiten, der zweite Weg in politischer, partizipatorischer Mitarbeit zu gehen. Marti Lindquist hat in seiner Darstellung des Futurumprojektes beide Wege als distinctive model und participatory model gegenübergestellt. Wir meinen, daß beide Wege gegangen werden müssen, und die beiden Modelle sich nicht alternativ, sondern komplementär zueinander verhalten. In unserer sozialistischen Gesellschaft können westliche Modelle von Lebensstilgruppen nicht imitiert und kopiert werden. Vorhandene oder zu bildende Gruppen der christlichen Gemeinde können aber einige Funktionen solcher Gruppen wahrnehmen. In ihnen kann erprobt werden, wie der heutige Umkehrruf Jesu in einem neuen Lebensstil konkrete Lebensgestalt gewinnen kann. In diesen Gruppen wäre auch zu fragen, welche Zielsetzungen man aus dem Lebensstilprogramm der „sozialistischen Lebensweise“ aufnehmen kann.

Für die politische Partizipation sind Christen wie alle Bürger in der DDR an die bestehenden politischen Organisationen und die rechtlich zugelassenen Wege gewiesen. Der Spielraum für Impulse und Aktionen ist dabei natürlich durch die Leitlinien der Politik abgesteckt, welche die führende Partei definiert. Die Erfahrung zeigt, daß durch persönlichen Einsatz und Sachkompetenz doch einiges erreichbar ist und diese Wirkungsmöglichkeiten von Christen noch nicht genügend ausgeschöpft werden. Sachlich wird es unsere Aufgabe sein, im Hören auf den Nachfolgeruf Jesu die ethischen Kriterien einer überlebensfähigen Weltgesellschaft auszuarbeiten und für unsere sozialistische Gesellschaft zu konkretisieren. Wie ich zum ersten Teil unseres Papiers schon sagte, wird unsere politische Partizipation in positiver Anknüpfung geschehen können, aber auch in kritischer Anfrage geschehen müssen. Zentrum unserer Arbeit wird sein, den Umkehrruf Jesu in die Zukunft des verheißenden Lebens politisch relevant auszurichten und diesen Ruf durch Schritte der Umkehr zu kommentieren.

## *(2) Stellungnahme zum Hintergrundpapier des ÖRK-Programms zur Bekämpfung des Rassismus*

In der EKD hatte das „Hintergrundpapier“, das mit einem Begleitschreiben von B. Sjollemma verschickt worden war, Kritik hervorgerufen<sup>55</sup>. Auch die Kirchen in der DDR sahen sich veranlaßt, die Fragen des Hintergrundpapiers aufzugreifen und eine erste Stellungnahme dem ÖRK zukommen zu lassen. Die Diskussionen in der EKD und im Bund der Ev. Kirchen in der DDR zum Problem Südafrika deckten erneut einen deutlicheren Akzentunterschied – wenn

55. Vgl. die Dokumentation „EKD-Texte zu Südafrika“ in epd-dok 31a/1978 und dort u.a. den Brief des Rates der EKD vom 24./25.2.1978 (S. 47).



nicht einen Dissens – auf. Dies zeigt der Brief des Facharbeiterkreises (FAK) Ökumenische Diakonie vom 17.5.1978<sup>56</sup> an den ÖRK (Dr. Sjollema):

Wir danken Ihnen für die Zusendung des Hintergrundpapiers „Südafrika heute – Hoffnung um welchen Preis?“ an die Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

Der Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR hat sich bei seiner Beschäftigung mit dem Papier an die erste zustimmende Stellungnahme des Bundes zum Anti-Rassismusprogramm vom 9. Januar 1971 erinnert, in der es hieß: „Wir sind der Überzeugung, daß es zu den Aufgaben der Kirche gehört, für die Opfer rassistischer Unterdrückung konkret Partei zu ergreifen und ihnen durch situationsgerechte Maßnahmen zu helfen.“ In den vergangenen Jahren hat der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR versucht, dieser Überzeugung entsprechend zu handeln. Die Informationen und Aktionen des Ökumenischen Rates der Kirchen sind ihm dabei hilfreich und richtungsweisend gewesen.

Wir sind Ihnen dankbar, daß Sie uns jetzt, da sich der Rassismus in Südafrika noch brutaler und unverhüllter zeigt, dieses Hintergrundpapier mit seinen Informationen und seiner Situationsanalyse zugestellt haben, so daß wir bedenken können, was zu dieser Stunde konkrete Parteinahme und situationsgerechtes Handeln heißen könnte. Es ist uns besonders wichtig, daß Sie Fragen formulieren, die sich für Christen innerhalb und außerhalb Südafrikas stellen, und nicht fertige Antworten zu geben versuchen. Diese Möglichkeit zur eigenen Auseinandersetzung, die das Papier bietet und zu der es auffordert, wollen wir gern wahrnehmen und es möglichst breiten Kreisen in unseren Kirchen zugänglich machen.

Wir hoffen, daß die Auseinandersetzung mit den Fragen, die es aufwirft, den Prozeß des Nachdenkens, Lernens und Handelns fortführt, der in unseren Kirchen seit Beginn des Programms zur Bekämpfung des Rassismus in Gang gekommen ist.

Diesen Brief betrachten wir als eine erste Reaktion auf das Hintergrundpapier.

Die zugespitzte Situation in Südafrika seit Soweto, dem Tode Steve Bikos und der Banung von 18 Organisationen, kann uns nur in der Haltung bestärken, die wir als Kirchen seit 1971 eingenommen haben: der unzweideutigen Ablehnung der Apartheid. Wir unterstreichen damit die jüngsten Erklärungen des Zentral- und Exekutivausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen zur Lage in Südafrika und die Erklärung der VI. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Daressalam 1977, in der es heißt, daß die Situation in Südafrika einen status confessionis konstituiert und für die Kirchen bedeute, auf der Basis des Glaubens und um die Einheit der Kirche zu manifestieren, öffentlich und unzweideutig das bestehende Apartheid-System abzulehnen.

Wir sind uns bewußt, daß die Gefahr besteht, unsere Stimme leicht zu nehmen, da es für uns einfach ist, Apartheid öffentlich und unzweideutig abzulehnen. Wir hoffen aber, daß unsere Stimme doch Gewicht hat, weil wir den Beweis des Redens oder des Schweigens als Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft, unabhängig von Opportunitätsgründen, oft genug angetreten haben. Und wir hoffen, daß unsere Stimme zusammen mit den Stimmen der Kirchen aus aller Welt eine Ermutigung und Stärkung für die Kirchen und die Menschen bedeutet, die in Südafrika leiden und kämpfen.

Zu den drei Bereichen, die nach dem Hintergrundpapier heute die Wirklichkeit in Südafrika bestimmen, möchten wir vorläufig folgendes anmerken:

#### 1. Drei neue Gesetzesvorlagen:

Wir nehmen mit Erschrecken Kenntnis von den neuen und raffinierten Plänen, das Netz der Apartheidgesetzgebung noch engermaschiger zu gestalten, und unterstützen die Erklärung des Exekutivausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen vom Februar 1978, die gegen die neuen Gesetzesvorlagen protestiert. Wir halten es für verhängnisvoll, wenn Hilfe an Opfern der Unterdrückung für illegal erklärt wird, darunter die Hilfe der Kirche, die ihr vom Evangelium her geboten ist.

#### 2. Südafrikas Abhängigkeit von ausländischen Freunden:

<sup>56</sup>. Er ist abgedruckt in: Zeichen der Zeit Nr. 11/1978, S. 424ff. Im selben Heft ist auch das „Hintergrundpapier“ veröffentlicht.

Wir haben uns bisher zurückgehalten, ausdrücklich zur Frage der wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung des Südafrikanischen Regimes durch ausländische Staaten und Firmen Stellung zu nehmen, da wir selber nicht betroffen sind und eine Kritik an anderen zu billig erschien. Wir nehmen die im Hintergrundpapier enthaltene Information sorgfältig zur Kenntnis und stellen ausdrücklich fest, daß wir die Bemühungen des Ökumenischen Rates der Kirchen, über diese Zusammenhänge Informationen zu verbreiten und zum Abbruch wirtschaftlicher Beziehungen aufzurufen, voll unterstützen. Da die Sorge um das Einsetzen gewaltsamer Mittel gegen die Apartheid unter Christen weit verbreitet ist, scheint es uns dringend notwendig, noch stärker auf den Einsatz des gewaltlosen Mittels der Verweigerung wirtschaftlicher, militärischer, finanzieller und kultureller Zusammenarbeit mit Südafrika zu dringen.

### 3. Ein gerechter Kampf:

Die wohl wichtigste und schwierigste Frage des Hintergrundpapiers ist, wie wir uns als Christen dazu stellen, „daß der Widerstand gegen die Apartheid mit immer größerer Wahrscheinlichkeit nicht nur illegal, sondern auch gewaltsam sein wird“. Wir halten es für wichtig, daß diese Frage gestellt wird und wollen sie mit allem Ernst bedenken.

Wir möchten zunächst betonen, daß die Resolution des Zentralausschusses 1971 in Addis Abeba (keine Verurteilung der Opfer des Rassismus, die sich zur Gewaltanwendung als letztem Ausweg gezwungen sehen, um . . . den Weg in eine neue gerechtere Gesellschaftsordnung zu öffnen) Aussagen enthält, hinter die der Ökumenische Rat der Kirchen nicht zurückgehen darf. Wir sehen auch, daß diese Formulierung angesichts der neuen Lage in Südafrika weiter entwickelt werden muß. Gerade hier stellt sich die Frage nach konkreter Parteinahme und situationsgerechtem Handeln. Bei der Bemühung um Klärung dieser Frage werden wir uns an unsere eigene jüngere Geschichte, an die Entscheidung von Christen zum Widerstand und deren Begründungen aus dem Glauben und aus der Situation erinnern.

Wir werden den Anstoß, den Sie, lieber Bruder Sjollega, mit Ihrem Schreiben gegeben haben, aufnehmen und erneut intensiv insbesondere über die hier aufgeworfenen theologischen Fragen nachdenken und den Ökumenischen Rat der Kirchen an diesem Denkprozeß teilnehmen lassen. Wir wissen, daß es schwer sein wird, hier zu einer gemeinsamen Antwort in der Ökumene zu kommen. Sicher sind wir nur darin, daß wir den Brüdern und Schwestern in Südafrika unsere Solidarität nicht schuldig bleiben wollen. Wir danken Ihnen nochmals für die Herausforderung zur Auseinandersetzung und Stellungnahme und versichern Ihnen, daß wir uns weiter nach Kräften an den Aufgaben beteiligen werden, die dem Ökumenischen Rat der Kirchen aus der neuen Situation in Südafrika erwachsen.

Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie  
der Ökumenischen Kommission des Bundes  
der Evangelischen Kirchen der DDR

In der Konferenz der Kirchenleitungen war die Stellungnahme umstritten. Sie erfuhr erst nachträglich von dem Brief und der Tatsache seiner Versendung. In den Sachgesprächen zwischen dem Bund und der EKD (in der sogenannten „Beratergruppe“) wurden die Fragen, die sich mit dem „Hintergrundpapier“ stellten, ausführlich und zum Teil kontrovers erörtert. Besonders des Problem der Gewaltanwendung und der kirchlichen Einstellung zu ihr wurde verschieden gesehen. Den Gesprächspartnern in der EKD bereitete besonders die Formulierung in dem Brief des FAK Ökumenische Diakonie Sorgen, die auch eine gewaltsame Lösung des Südafrika-Problems als eine christliche Möglichkeit nicht auszuschließen schien. Der ÖRK wird an dieser Stelle des Schreibens aufgefordert, nicht hinter die Aussagen des Zentralausschusses 1971 in Addis Abeba zurückzugehen: „keine Verurteilung der Opfer des Rassismus, die sich zur Gewaltanwendung als letztem Ausweg gezwungen sehen . . .“.

Das Thema der christlich-theologischen Einstellung zur Gewalt und Gewaltanwendung wurde zwischen der EKD und dem Bund über längere Zeit verhandelt. Eine „theologische Konsultation“ trat im Auftrag der „Beratergruppe“ zu zwei Sitzungen zusammen. Über das Ergebnis wurde der „Beratergruppe“ Bericht erstattet. Es stellte sich heraus, daß eine völlige Einmütigkeit in den Gewaltfragen nicht hergestellt werden konnte. Die DDR-Kirchen sind eher bereit, auch revolutionäre Entwicklungen (einschließlich der Gewalt) unter dem Aspekt der gnädigen Führung Gottes zu sehen. Die Geschichte zeigt immer wieder, daß Fortschritte auch im positiven Sinn nur über solche Revolutionen vorangekommen sind. Die Vertreter der EKD-Kirchen wehren sich gegen eine Einstellung, die wie früher die Lehre vom „gerechten Krieg“ nun eine Lehre „von der gerechten Revolution“ vertritt oder ihr nahe kommt. In den Diskussionen zeigte sich, wie sehr die Gesprächspartner durch ihre politische Umwelt auch im theologischen Denken beeinflusst werden können. Revolution – eine mögliche Hoffnung für Verzweifelte? Wo sind die Grenzen zu ziehen? Sollen auch Verzweifelte in der Bundesrepublik (z.B. die Terroristen) und die Verzweifelte in der DDR auf revolutionäre Änderungen hoffen und setzen? Man kann sich vorstellen, wie schwierig die Erörterung solcher Fragen war. Die gegenseitige Offenheit war eine Ermutigung, in theologischen Konsultationen auch andere Themen anzugehen.

## II. Ökumenische Kontakte zwischen den Kirchen aus sozialistischen Ländern

### *(1) Konsultation in Prag von Mitgliedern des Zentralaussschusses des ÖRK aus sozialistischen Ländern*

Die Kontakttreffen von Vertretern aus Kirchen sozialistischer Staaten hatten den Bund auch schon in den Vorjahren vor Probleme gestellt<sup>57</sup>. Man befürchtete politische Blockbildungen innerhalb des ÖRK, die der Gemeinschaft der Kirchen in der Welt schaden könnten. Andererseits wird auch in der DDR ein solcher spezieller Kontakt von Kirchen, die in einer politisch vergleichbaren Situation leben, für notwendig gehalten. H.-E. Fichtner fragt in seinem Referat die Synodalen des Bundes (s.o. 3. a) III.), ob die „Interdependenz theologischer und nichttheologischer Faktoren ... genügend reflektiert“ worden ist und ob die die „Begegnung mit Kirchen in anderen sozialistischen Staaten ... die notwendige ... Intensität erreicht hat“. Gerade das Miteinander und Ineinander von theologischen und nichttheologischen Faktoren legt einen Gedankenaustausch der Kirchen in den sozialistischen Staaten nahe.

Die Politik des Bundes ist diese: Ökumenische Zusammenkünfte von kirchlichen Vertretern aus sozialistischen Staaten sind nicht nur möglich, sondern nötig. Sie müssen sich aber eindeutig ökumenisch verstehen (und nicht als eine sozialistische „Anti-Ökumene“). Der Veranstalter muß darum der ÖRK sein. Von einer Tagung, die besonders (aber nicht ausschließlich) für Teil-

57. Vgl. KJ 1976/77, Abschnitt 3.c) I.



nehmer aus sozialistischen Ländern bestimmt war, wurde bereits berichtet: die Konsultation in Erfurt vom 25. bis 28. August (s.o. 3. b) I. (1)). Es war eine Konsultation des ÖRK. Eine andere Veranstaltung fand im Dezember in Prag statt. Zu ihr wurden die Mitglieder des Zentralausschusses aus sozialistischen Staaten (aber nicht aus Jugoslawien) eingeladen, um die Tagung des Zentralausschusses im Januar 1979 in Jamaika zu besprechen. Unklar blieb bei der Einladung, wer als Veranstalter und wer als Einladender zu gelten hatte. Der Bund der Ev. Kirchen in der DDR hatte daraufhin seine Zentralausschuß-Mitglieder nicht entsandt. Als Beobachter nahm OKR Pabst teil. Auf der Konsultation wurden die in Jamaika anstehenden Personalentscheidungen, Probleme der Dritten Welt, das Programm zur Bekämpfung des Rassismus und die Rolle der Orthodoxie im ÖRK angesprochen. Ein Kommuniqué unterrichtete über die Tatsache der Zusammenkunft. Die Rumänischen Kirchen waren der Einladung zu dem Treffen nicht gefolgt; Bischof Klein entschuldigte sein Fernbleiben – die Orthodoxe Kirche hatte auf die Einladung nicht reagiert.

## *(2) Ein Beitrag der osteuropäischen Mitglieder der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung*

Auf der Sitzung der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung in Bangalore (16.-30.8.1978) wurden aus verschiedenen Regionen spezielle Berichte vorgelegt<sup>58</sup>. Der Bericht, den osteuropäische Mitglieder in zwei Konsultationen 1977 und 1978 eigens als einen Beitrag aus ihrer Sicht erarbeitet hatten, nahm unter den Berichten eine gewisse Sonderstellung ein. Der Bericht macht deutlich, daß es zwischen den Kirchen in den sozialistischen Staaten Gemeinsamkeiten gibt, die es möglich und nötig machen, der Verkündigung des Evangeliums unter den Bedingungen der sozialistischen Staaten einen besonderen Aspekt zu geben. Der Beitrag „Rechenschaft über die Hoffnung, die in uns ist“<sup>59</sup> ist sorgfältig gearbeitet und kann – bei aller Zurückhaltung und Vorsicht – nicht als moralisch-theologische Speerspitze sozialistischer Politik gewertet werden.

Im folgenden ist der Teil dokumentiert, der die Fragen der „Kirche im Sozialismus“ zu beantworten sucht. Es sind genau die Fragen, mit denen sich die Kirchen in der DDR seit 1969 auseinandersetzen mußten:

### ÖRK-BEITRAG: „RECHENSCHAFT ÜBER DIE HOFFNUNG, DIE IN UNS IST“ (AUSZUG)

#### *1.3 Die Herausforderung durch die sozialistische Gesellschaft.*

Wir sind zur Rechenschaft über unsere Hoffnung herausgefordert durch die konkrete Gestalt der sozialistischen Gesellschaft. Wir leben ja nicht neben dieser Gesellschaft, sondern wir sind ein Teil von ihr, und das heißt: Wir haben teil an allem, was sie bewegt, und wir tragen zu unserem Teil mit an der Verantwortung für die Entwicklung dieser Gesellschaft. Was kann das Zeugnis christlicher Hoffnung in dieser Situation sein? Wir versuchen, diese Frage im Blick auf einige Wesenszüge unserer Gesellschaft zu beantworten.

58. Vgl. Ulrich Kühn: In der Hoffnung verbunden, Sitzung der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung in Bangalore (in: Zeichen der Zeit, Heft 3/1979, S. 81ff. [82]).

59. A.a.O. S. 94ff.



(a) In der sozialistischen Gesellschaft wird Menschen durch Arbeit und Organisation vermittelt, was sie zum leiblichen Leben gebrauchen, manchmal ein nicht geringer Wohlstand. Darin erkennen wir auch durch die Vermittlung dieser Gesellschaft das Wirken des Schöpfers, der Leben und Segen gewährt. Menschen haben aber auch Erfahrungen mit Problemen in dieser Gesellschaft, die sie manchmal stark bedrängen. Wir sind uns alle darin einig, daß die christliche Hoffnung unsere Augen dafür öffnet, Mängel und Probleme unserer Gesellschaft nicht zu übersehen, und uns bereit macht, nach Vermögen für ihre Überwindung einzutreten. Zum Programm der sozialistischen Gesellschaft gehört die Teilnahme aller Bürger an dem Entscheidungsprozeß der Gesellschaft. Wir wollen an der bestmöglichen Verwirklichung dieses Prinzips auf allen Ebenen der Gesellschaft mitarbeiten, in der Überzeugung, daß sie zur Entwicklung unserer Gesellschaft notwendig ist. Außerdem wollen wir unsere Mitverantwortung für das Wohl unserer Gesellschaft auch auf geistliche Weise durch Fürbitte wahrnehmen. Dabei wissen wir, daß unsere christliche Hoffnung sich auf eine Verheißung Gottes richtet, die noch über die denkbar beste Gesellschaft hinausreicht und die uns davor bewahrt, von einer Gesellschaftsentwicklung in der Geschichte die Erfüllung letzter Hoffnungen zu erwarten.

(b) In der sozialistischen Gesellschaft kommt Arbeit, Leistung und Konsum im allgemeinen Bewußtsein der Menschen (wenn auch in verschiedenen Ländern unterschiedlich) und auch in der offiziellen Werteskala ein hoher Stellenwert zu. Einerseits wissen wir als Christen um den göttlichen Auftrag zur Gestaltung der Welt durch unsere Arbeit (1. Mose 1,28), um die Schönheit der Arbeit, die Befriedigung nach vollbrachter Leistung, die Freude über den Lohn. Denn wir verstehen den Menschen als Mitarbeiter Gottes und fühlen uns verantwortlich für das Heil unserer Gesellschaft. Auch für uns ist die Arbeit ein Mittel zur Selbstverwirklichung, wir wissen, daß uns die Güter der Erde nur durch menschliche Arbeit zugänglich werden. Deshalb ermessen wir auch die Bedeutung des Rechtes auf Arbeit, wie es die sozialistische Gesellschaft neben dem Recht auf Freizeit und Erholung gewährt. Andererseits bezeugt uns die Bibel, daß menschliche Arbeit mit Mühe und Begrenzung verbunden ist (1. Mose 3,19) und wir leiden unter der Fruchtlosigkeit vieler Bemühungen.

Es ist uns aber wichtig, daß der Mensch mehr ist, als er leistet und verbrauchen kann. Auch bei Marxisten begegnet uns diese Einsicht. Wir halten es für sehr wichtig, daß die sozialistische Gesellschaft das positive kulturelle Erbe der Geschichte integrieren will, wozu auch christliche Traditionen gehören. Wir hoffen, daß das zur Schaffung neuer Qualitäten gesellschaftlichen Lebens führen wird. Wir als Christen bekennen, daß es die Zuwendung Gottes zum Menschen, die er im Glauben ergreift, ist, die ihm seinen tiefsten Wert verleiht. Die eigentliche Bestätigung seiner Person braucht er sich nicht zu erarbeiten. Wir entdecken diese Liebe Gottes auch in der Liebe und Freundschaft anderer Menschen, die uns verstehen und annehmen. Das entlastet und befreit uns zur Entfaltung unserer selbst. Wir entdecken neu den Wert von Danksagung, Feier, Spiel und Gemeinschaft. Sie werden uns zum Zeichen für das, was wir uns nicht selbst beschaffen können, und bekräftigen die Hoffnung auf eine Welt, die nicht durch unsere eigene Arbeit gebaut ist.

(c) Die sozialistische Gesellschaft dient nach ihrem Selbstverständnis dem Frieden im internationalen Bereich, was eine bewußte politische Stellungnahme und daher auch sachliche und politische Gegnerschaft mit einschließt. Dieses Streben und die Hoffnung auf Frieden entsprechen einer alten grundlegenden Hoffnung des christlichen Glaubens. Wir werden erinnert an die biblische Verheißung, die den Friedensstiftern gilt (Matth. 5,9). Allerdings gründet der Friede, von dem die Bibel spricht, zutiefst in der Versöhnung Gottes mit dem Menschen und in der Versöhnung der Menschen untereinander, die auch die Respektierung des Andersdenkenden und die Überwindung des Hasses gegen andere Menschen einschließt. Zu solchem Frieden gehört auch die Überwindung aller sozialen und politischen Ungerechtigkeit.

Wir Christen werden uns – bestimmt von der Hoffnung auf den von Gott verheißenen Frieden – mit allen Menschen guten Willens einsetzen und nicht müde werden bei allen wirklichen Bemühungen um die Erhaltung und Erringung irdischen Friedens. Dies hat seine Rückwirkung auch auf das Gebet der Kirche um den Frieden der ganzen Welt und um Gottes Segen für die Welt. Daß uns marxistische Einsichten die Augen für ökonomische

Zusammenhänge in der Frage der Entstehung der Kriege und internationaler Streitigkeiten geöffnet haben, ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig.

Bei aller notwendigen sachlichen und politischen Auseinandersetzung wehren wir uns gegen eine Verteufelung des politischen und weltanschaulichen Gegners. Wir bemühen uns darum, daß alle politische Auseinandersetzung ohne Feindschaft, im Geist der gegenseitigen Offenheit und Hörbereitschaft erfolgt. Wir setzen uns dafür ein, daß auch die politische Erziehung der Jugend in einem Geist echter Verständigung und Versöhnung erfolgt.

Bei dem allen wissen wir um die Vorläufigkeit aller unserer Bemühungen, um die Gebrochenheit aller unserer Einsichten – und dies deshalb, weil wir die Verheißung eines Friedens haben und von einer Versöhnung leben, die weiter greifen als das, was durch menschlichen Einsatz zuwege gebracht werden kann, und die in uns eine Hoffnung auf Gottes Zukunft über all unser Planen und Vorstellen hinaus wachhalten.

(d) Obgleich die sozialistischen Staaten in ihren Verfassungen die Freiheit der Religion bestätigen, werden wir zur Rechenschaft über unsere Hoffnung auch durch die Tatsache herausgefordert, daß in unserer Gesellschaft die Meinung verbreitet wird, Religion sei ein schädliches Überbleibsel aus einer vergangenen Zeit. Viele Christen fühlen sich durch diese allgemein verbreitete Lebenshaltung und durch die Argumente gegen den Glauben an Gott, wie sie im Namen der Wissenschaft, der Autonomie des Menschen und im Zusammenhang mit Leid und Unrecht der Welt hervorgebracht werden, oft bedrängt und angefochten. Wir werden dadurch herausgefordert, in unseren Familien und Gemeinden die Ursachen unserer Hoffnung neu zu artikulieren und in der säkularen Gesellschaft neu zu interpretieren.

Andererseits stehen wir vor der Tatsache, daß es auch im sozialistischen Bereich Spuren einer neuen religiösen Welle gibt, wie sie ihre Parallele in anderen Bereichen hat. Gewiß wäre es allzu voreilig und falsch, wenn wir auf solche neuen religiösen Erscheinungen, die oft auch entartete Formen annehmen, unsere Hoffnungen setzen würden, zumal sie vielfach gerade vom christlichen Glauben wegführen. Aber wir müssen uns doch fragen, ob solche Erscheinungen vielleicht als Anzeichen dafür gelten können, daß es einen reinen Säkularismus nicht gibt. Wir entdecken bei nachdenklichen Menschen ein neues und tieferes Fragen nach der Dimension des Geheimnisses und der Tiefe der Welt und des menschlichen Lebens. Ist dies alles nicht der Anlaß zu der Hoffnung und zu dem Vertrauen, daß sich auch die in Jesus Christus offenbarte Wahrheit Gottes heute in neuer Weise ihren Weg zu den Herzen der Menschen bahnen und sich ihnen als Reichtum und nicht als Entmündigung oder als Illusion erschließen wird?

### III. Bilaterale ökumenische Beziehungen

#### *(1) Bund der Ev. Kirchen in der DDR – NCC in den USA (Chorin, 5.-7. April 1978)*

Für die Kirchen in der DDR war das Gespräch mit Vertretern des NCC eine wichtige Sache. Dies zeigt schon der formale Ablauf:

- Das Gespräch kam auf Bitten der Konferenz zustande;
- Die Synode des Bundes wurde (1977) über die Einladung unterrichtet. Der Wortlaut des Einladungsschreibens wurde dem Arbeitsbericht der Konferenz (1977) beigelegt und mit ihm im Mitteilungsblatt des Bundes veröffentlicht<sup>60</sup>. Die Synode (1977) „dankt für diese Initiative“ der Konferenz<sup>61</sup>.
- Über das Gespräch wird ein „Gemeinsamer Bericht“ verfaßt<sup>62</sup>.

60. MBl BEK i. DDR, Nr. 5/6, 1977, S. 58.

61. Beschluß in: MBl BEK i. DDR, Nr. 5/6, 1977, S. 59.

62. Schnellinformation des Sekretariats vom 31.3.1978.

- Ein ausführliches Pressecommuniqué wird vereinbart (englisch und deutsch) und in der deutschen Fassung im Mitteilungsblatt bekanntgegeben<sup>63</sup>.
- Der Konferenzbericht (1978) geht auf das Gespräch ein.
- Im Beschluß der Synode „zur Friedensverantwortung der Kirche“ (s.o. 2. b) I. (5)) unterstreicht die Synode die Bedeutung des Dialogs.
- An dem Gespräch war auch die Vereinigung der Ev. Freikirchen in der DDR beteiligt.

Wichtig war das Gespräch wegen seines Inhaltes, aber auch wegen der ökumenischen Gesprächssituation, die dadurch bestimmt war, daß sich Kirchen aus den verschiedenen politischen Lagern gesprächsbereit und gesprächsfähig zeigten. Die unterschiedliche Situation wurde dabei nicht vertuscht oder verharmlost. In dem „Gemeinsamen Bericht“<sup>64</sup> heißt es z.B.:

„Die NCC-Delegation weist auf das Sicherheitsproblem hin: westliche Regierungen empfinden Sorge darüber, daß der Warschauer Pakt große Panzereinheiten in Zentraleuropa unterhält. Die Delegation der Ev. Kirchen in der DDR weist auf das durch historische Erfahrungen begründete Sicherheitsbedürfnis der sozialistischen Staaten, speziell der Sowjetunion, hin.“

Gemeinsam kann die These vertreten werden, daß „ein wichtiger Antrieb des Rüstungswachstums (im) sogenannten militärisch-industriell-technologischen Komplex, der in den USA entstand“ liegt. Dann heißt es weiter:

„Während Dialog-Teilnehmer aus der DDR die Wurzeln des militärisch-industriell-technologischen Komplexes im Wirtschaftssystem der westlichen Welt sehen, wird nach Ansicht der amerikanischen Teilnehmer ein solcher Komplex auch durch den Kampf um Macht und Einfluß begründet, wie er in allen hochindustrialisierten und ausgerüsteten Nationen besteht.“

Den Gesprächsteilnehmern war besonders wichtig, daß auf der Grundlage des gemeinsamen Glaubens eine Verständigung über die politischen und ideologischen Grenzen hinweg möglich war. Die Kirchen stehen damit in einer anderen Situation als die Staaten und Politiker. Über alle Gegensätze hinweg verbindet sie etwas, das stärker ist als alles Trennende. Der „Gemeinsame Bericht“ geht auf diese Tatsache ausführlicher als das Kommuniqué ein.

## GEMEINSAMER BERICHT VOM BUND DER EV. KIRCHEN IN DER DDR UND NATIONAL COUNCIL OF CHURCHES/USA (AUSZUG)

### *I. Theologische Aspekte*

Beide Delegationen sind zusammengekommen in dem Bewußtsein, daß der gemeinsame Glaube an den auferstandenen Herrn Jesus Christus alle bestehenden politischen und ideologischen Grenzen relativiert, die sonst unser Handeln bestimmen. In diesem Sinn beschäftigen sich die Teilnehmer in einem ersten Gesprächsgang mit der Frage, welche Rolle der Theologie angesichts der Herausforderung durch das Wettrüsten zukommt.

Beide Delegationen stellen fest, daß die Verschiedenheit der theologischen Überzeugungen und Traditionen kein Hindernis, sondern – im Gegenteil – eine Bereicherung für das christliche Friedenszeugnis darstellt. Dabei wird betont, daß das theologische Nachdenken über Abrüstung und Frieden geprägt wird von verschiedenen Situationen, in denen die Kirchen das Evangelium zu verkündigen haben. Unabhängig von diesen Si-

63. MBI BEK i. DDR, Nr. 3/4, 1978, S. 30.

64. Vom 7. April 1978 – nicht veröffentlicht.



tuationen müssen die Kirchen aber die eschatologische Friedensverheißung als kritischen Impuls gegenüber allen Formen militärischen Sicherheitsdenkens geltend machen. Sie müssen zugleich der Gefahr widerstehen, die eschatologische Dimension des Friedens so einseitig zu betonen, daß diese zu einem Hindernis für verantwortliches Handeln von Christen und Kirchen für den Frieden wird.

Beide Delegationen erachten die sogenannte Lehre vom „gerechten Krieg“ für nicht anwendbar im Fall atomarer Kriege. Aufgrund ihres christlichen Glaubens vertreten sie die Auffassung, daß die Teilnahme an jedem Krieg, der die Anwendung atomarer Waffen einschließt, nicht verantwortbar ist.

Gegenüber allen Versuchungen zur Resignation sehen die Teilnehmer des Gesprächs eine wichtige Aufgabe der theologischen Reflexion darin, für Christen die Hoffnung auf den Frieden zu mobilisieren und wachzuhalten, sowie zum Einsatz für den Frieden zu ermutigen.

### *(2) Studienkonsultation über Abrüstungsfragen zwischen der Studienabteilung und IKV (Niederlande) 28./29. Mai 1978*

Die Theologische Studienabteilung beim Bund hatte eine erste Studienkonsultation mit dem „Interkirchlichen Friedensrat der Niederlande (IKV)“ durchgeführt. Es ist gegenseitig die Bereitschaft ausgesprochen worden, das Gespräch fortzusetzen und dabei zu erwägen, ob geeignete Möglichkeiten für ein gemeinsames Handeln gefunden werden können<sup>65</sup>. Der IKV arbeitet im Auftrag der neun Kirchen, die im Rat der Kirchen in den Niederlanden vertreten sind. Er betreibt seine Arbeit „eigenverantwortlich“. Bei dem ökumenischen Kontakt zwischen der Studienabteilung und dem IKV muß beachtet werden, daß der IKV für die Gespräche keine kirchliche Legitimation hat. Die Konsultation kann darum nicht als ein bilaterales Gespräch zwischen Kirchen angesehen werden.

### *(3) „Sagorsk III“*

Die Gespräche mit der Russischen Orthodoxen Kirche wurden fortgesetzt. Das dritte theologische Gespräch fand vom 1. bis 4. Oktober 1978 in Kiew statt (das 1. 1974 in Sagorsk, das 2. 1976 in Erfurt – vgl. die Berichte in KJ 1974 und 1976/77). Der Beschluß der Synode 1978 über die Ergebnisse des theologischen Dialogs<sup>66</sup> macht deutlich, daß Fortschritte im Verstehen der unterschiedlichen theologischen Positionen zu verzeichnen sind. Darüber hinaus war es beiden Kirchen möglich, einen Austausch von Theologen für postgraduale Studien zu planen und durchzuführen. Auf diese Weise eröffnen sich Möglichkeiten für ein auch wissenschaftlich vertieftes gegenseitiges Verständnis. Die Auswertung der Gespräche ist dem Facharbeitskreis I (FAK „Faith and order etc.“) übertragen worden. Das Communiqué und eine Zusammenfassung der Gespräche mit den gegenseitig abgestimmten Thesen wurden im Mitteilungsblatt des Bundes veröffentlicht<sup>67</sup>.

65. Vgl. ‚berliner kirchenreport‘, Ausgabe A 5, vom 20.6.1978 (S. 6).

66. MBI BEK i. DDR, Nr. 1/2, 1979, S. 5f.

67. MBI BEK i. DDR, Nr. 1/2, 1979, S. 5ff.; vgl. auch die Dokumentation in: Zeichen der Zeit, Heft 6, 1979 S. 227ff.



*(4) Theologisches Gespräch mit der Bulgarischen Orthodoxen Kirche  
(7.-10. Dezember 1978)*

Zu einem ersten theologischen Gespräch mit der Bulgarischen Orthodoxen Kirche kam es im Dezember 1978. Die Aufnahme des Dialogs war bei einem Besuch einer Delegation des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR in Bulgarien im Mai 1975 in Aussicht genommen worden. Das Hauptthema der Lehrgespräche stand unter dem Leitwort: „Verkündigung heute“. Der die Gespräche auswertende Bericht wurde zusammen mit einem Beschluß der Konferenz (vom Mai 1979) im Mitteilungsblatt des Bundes bekanntgemacht<sup>67a</sup>. Der Dialog soll weitergeführt werden. Auch zwischen der Bulgarischen Orthodoxen Kirche und dem Bund wird ein Austausch von theologischen Gastdozenten und Studenten angestrebt<sup>68</sup>. Die Gespräche mit der Bulgarischen Orthodoxen Kirche erweitern den Dialog zwischen der Orthodoxie und den Ev. Kirchen in der DDR. Für die theologische Arbeit in der DDR – besonders an den kirchlichen Ausbildungsstätten – werden die Gespräche mit der Orthodoxie in absehbarer Zeit ihre konkreten Auswirkungen haben. Auch im Blick auf die gemeinsamen Treffen und Aussprachen von Vertretern aus Kirchen sozialistischer Länder kann die theologische Arbeit und der mit ihr verbundene Verständigungsprozeß nicht hoch genug veranschlagt werden.

*c) Die besondere Gemeinschaft  
der ganzen evangelischen Christenheit  
in Deutschland (Bund – EKD)*

Die Beziehungen zwischen dem Bund der Ev. Kirchen in der DDR und der EKD konnten auch 1978 weiter intensiviert werden. Gegenseitige Besuche bei Gelegenheit der Synodaltagungen gehören längst zu den normalen Abläufen, die kaum noch besondere Beachtung finden. Aber auch die Kontakte zwischen den Leitungsgremien im übrigen konnten ungehindert wahrgenommen werden.

Die sogenannte „Beratergruppe“ – ein regelmäßiges Gesprächsforum zwischen Mitgliedern der Konferenz und Mitgliedern des Rates – kam viermal im Jahr zusammen. Die Treffen zwischen dem Ratsvorsitzenden der EKD und den Präsidenten der Amtsstellen einerseits mit dem Vorstand der Konferenz andererseits konnten auch durchgeführt werden. Bei Begegnungen zwischen Mitgliedern aus Gremien des Bundes (z.B. Ausschuß „Kirche und Gesellschaft“) mit Mitgliedern aus solchen der EKD (z.B. Kammer für öffentliche Verantwortung) konnte ein intensiver Meinungsaustausch stattfinden. Mitglieder aus ökumenischen Gremien trafen sich. Schließlich fanden laufend Arbeitskontakte zwischen den Amtsstellen der EKD und dem Sekretariat des Bundes statt. Die praktizierte Verbundenheit ist in ihren Einzelheiten kaum noch zu über-

<sup>67a</sup> MBl BEK i. DDR, Nr. 3/4, 1979, S. 24ff.

<sup>68</sup> Vgl. den Beschluß der Konferenz, a.a.O.

sehen. Das gilt besonders, wenn man die Beziehungen der EKU, der VELK, der Landeskirchen, der Diakonischen Werke, anderer kirchlicher Werke und kirchlicher Einrichtungen, der „Patenschaften“ und der Einzelpersonen hinzunimmt. Aber erst das alles zusammengekommen macht „die besondere Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland“ aus.

Beachtung verdient, daß sich der Bund – aber auch die EKU und die VELK in der DDR ebenso wie die Landeskirchen – in den Berichten vor den Synoden zu der bestehenden praktizierten Gemeinschaft mit den entsprechenden kirchlichen Partnern in der Bundesrepublik wie selbstverständlich bekannt haben. Im Bericht der Kirchenleitung der VELK in der DDR heißt im Blick auf die wechselseitigen Besuche und Begegnungen, daß „sie normal und fast schon selbstverständlich“ geworden sind<sup>69</sup>. In seinem Bericht vor der EKU-Synode (Ost) (1978) geht auch der Ratsvorsitzende auf die Gemeinschaft zwischen den beiden Bereichen der EKU ein. Man hat sich gegenseitig „freigegeben“ aber dies „ohne einander loszulassen“. Die Tagungen der Bereichsräte konnten „ungehindert stattfinden“. Die Ratsmitglieder hielten dabei in der „komplizierten Situation“ der beiden deutschen Staaten „alles Demonstrative, Provokative und Pathetische für politischen Infantilismus“. Und dann fährt der Ratsvorsitzende fort: „Unsere gemeinsamen Beratungen sind nun eben einmal nicht unter dem Titel ‚gesamtdeutsch‘, sondern unter dem Titel ‚gesamtkirchlich‘ zu verrechnen“<sup>70</sup>. Der Kirchenleitungsbericht für die Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Ost) vom November 1978 geht auch ausführlich auf die Beziehungen zu der Schwesterkirche in Berlin (West) ein und betont den Zusammenhalt unter der einen Präambel sowie die geistliche und brüderliche Verbundenheit, die sich in vielfältigen Kontakten und Gesprächen bewährt. Eine Bewährung ist nötig, nachdem ein Generationenwechsel auch in den jeweiligen Ämtern das gegenseitige und persönliche Kennen nicht mehr selbstverständlich sein läßt<sup>71</sup>.

Die Kirchen in Ost und West haben Grund, für die möglichen Beziehungen auch den staatlichen Stellen in der DDR Dank zu sagen (und sie tun dies auch). Es kann dabei überhaupt kein Zweifel sein, daß die staatliche Duldung der „besonderen Gemeinschaft“ damit zusammenhängt, daß die Kirchen in den deutschen Staaten unter Beweis gestellt haben, daß es ihnen nicht um das heimliche Festhalten an einer „gesamtdeutschen“ Gemeinschaft, sondern um eine Kirchengemeinschaft geht, die aus vielen Gründen zwischen den Kirchen in der DDR und den Kirchen in der Bundesrepublik besonders geprägt bleiben wird.

Den Kirchen in Ost und West ist es gelungen, ihren berechtigten und kirchlich (aber nicht politisch) gemeinten Anspruch auf Gemeinschaft glaubwürdig geltend zu machen. Eine Auflistung von Besonderheiten 1978 in den gegenseitigen Kontakten müßte hervorheben, daß kirchliche Vertreter aus der DDR bei ihren Besuchen in der Bundesrepublik in den westlichen Medien zu Wort

69. Bericht 1978 in: MBl BEK i. DDR, Nr. 1/2, 1979, S. 14ff. (vgl. hier: Abschnitt 1.2.).

70. Vgl. MBl BEK i. DDR, Nr. 3/4, 1978, S. 41ff.

71. Der KL-Bericht ist veröffentlicht in: epd-dok 53/1978, S. 30ff. (zum Verhältnis der Kirchen in Ost und West vgl. Abschnitt 3.4.4 – S. 41).

kamen. Sie konnten und durften dies, ohne die Beziehungen zu gefährden. Vermerkt zu werden verdient auch, daß sich die Kirchen und Christen (Ost) in den westlichen Berichterstattungen über kirchliche Ereignisse in der DDR nicht immer richtig verstanden fühlten. So hat Bischof Krusche z.B. in seinem Bericht als Ratsvorsitzender der EKU den westlichen Kirchen mit ihren Presse-einrichtungen gedankt, daß sie dazu beigetragen haben, entstellende Bericht-erstattung zu korrigieren und emotionale Auseinandersetzungen zu versach-lichen.

#### 4. KIRCHE IM SOZIALISMUS

##### *a) Das Gespräch am 6. März 1978*

In der östlichen und westlichen Berichterstattung fand das Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Erich Honecker und dem Vorstand der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen ein vielfältiges Echo<sup>71a</sup>. Das „Neue Deutschland“ veröffentlichte am 7.3. eine ausführliche Pressemitteilung auf der ersten Seite (mit Fotos), die „Neue Zeit“ und die örtlichen Presseorgane gaben die Pressemitteilung ebenfalls und selten gekürzt wieder. Die üblichen Kommentare folgten; sie zeigten eine positive Einschätzung. Die Pressemitteilung war nicht mit den kirchlichen Gesprächspartnern abgestimmt; ihre gelegentliche Bekanntgabe als „Gemeinsame Pressemitteilung“<sup>72</sup> ist unrichtig.

Gerade weil es insoweit zwischen dem Staatsratsvorsitzenden und dem Vorstand der Konferenz keine Absprachen gab, mußten und konnten die Kirchen für eine eigene Bekanntmachung in der kirchlichen Öffentlichkeit sorgen. Immerhin konnte nicht ausgeschlossen werden, daß der Umgang mit der Nachricht als solcher und der Pressemitteilung sowie Kommentierungen zu dem Vorgang nicht im Sinne der kirchlichen Gesprächspartner ausfielen. In eigener Verantwortung sorgte darum der Bund der Ev. Kirchen in der DDR für eine kirchliche Berichterstattung: er gab am 7.3. eine „Schnellinformation“ heraus, die auf die Tatsache des Gesprächs und die wesentlichen Inhalte einging<sup>73</sup>. Es folgte eine weitere und schließlich eine dritte am 17.3. mit „Materialien zur Schnell-

---

71a. Vgl. die Dokumentation in: epd-dok 15/1978; U. P. Heidingsfeld: „Kirche im Sozialismus“ – Das Gespräch vom 6. März 1978 zwischen Staat und Kirche in der DDR und seine Folgen, in: Materialdienst Nr. 10 (Oktober 1978) der Ev. Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD (EZW); Hans-Jürgen Röder: Absprachen zwischen Staat und Kirche, in: DA 4/1978, S. 353ff. – Reinhard Henkys: Eine neue Qualität. Zur Vorgeschichte und Inhalt des Gesprächs zwischen Erich Honecker und dem Vorstand des DDR-Kirchenbundes, in: KiS 2/1978, S. 9ff. – Auf die Kontroverse in der Berichterstattung, die durch einen Artikel von Michael Albus ausgelöst worden war, wird hier nicht näher eingegangen (M. Albus, in: Informationsdienst des katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen e.V., Heft 90/1978, S. 1ff. und die Antwort von Reinhard Henkys, a.a.O. Heft 93/1978, S. 9ff.)

72. Z.B. in epd-dok 15/1978, S. 4.

73. In: MBl BEK i. DDR Nr. 3/4, 1978, S. 28.



information vom 13.3.<sup>74</sup>. Begleitet wurde die kirchenamtliche Bekanntgabe über Tatsache und Verlauf des Gesprächs durch Kommentierungen und Stellungnahmen in kirchlichen Zeitungen<sup>75</sup> und auch in Rundfunkansprachen<sup>76</sup>.

Auf den Frühjahr-Synoden nahmen die Leitenden Geistlichen zu dem Gespräch Stellung, die Synoden faßten Beschlüsse<sup>77</sup>. Das Thema blieb auf der Tagesordnung. Überall in den Gemeinden, auf Pfarr-Rüsten, auf den Kirchentagen, kurz auf allen Veranstaltungen wurden über Sinn und Zweck des Gesprächs die Meinungen durchaus kontrovers ausgetauscht. Die Synoden der Gliedkirchen<sup>78</sup> aber auch der kirchlichen Zusammenschlüsse<sup>79</sup> haben das Thema auch noch auf ihren Tagungen im Herbst aufgenommen und im Mitteilungsblatt des Bundes wurde eine Zusammenfassung wichtiger Texte und Stellungnahmen zu dem Gespräch veröffentlicht<sup>80</sup>. Selbstverständlich hatte auch der Konferenzbericht auf der Synode des Bundes dem Gespräch einen ausführlichen Teil gewidmet. Der Beschluß der Synode dazu ist oben abgedruckt (s.o. 2. b) I.), der Berichtsteil der Konferenz hatte folgenden Wortlaut:

#### BERICHT DER KONFERENZ DER KIRCHENLEITUNGEN ÜBER DAS GESPRÄCH VOM 6. MÄRZ 1978 (AUSZUG)

Im Auftrage der Konferenz hat deren Vorstand am 6. März d.J. ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates geführt. Ausgangspunkt für das Gespräch war die Überzeu-

74. Mit einem zusammenfassenden Bericht über die Begegnung, den Ausführungen von Bischof D. Dr. Schönherr bei der Begegnung und der Pressemitteilung des Staatsrates der DDR (vervielfältigtes Maschinenskript).

75. Z.B. Gerhard Thomas in der „Mecklenburgischen Kirchenzeitung“ vom 19.3. (abgedruckt in: MBI BEK i. DDR, Nr. 3/4, 1978, S. 29f.)

76. Manfred Stolpe in Radio DDR am 12.3. (Text in: MBI BEK i. DDR, Nr. 3/4, 1978, S. 29 und epd-dok 15/1978, S. 12).

77. Z.B.: Frühjahrssynode der *Ev. Luth. Landeskirche Sachsens* (Beschluswortlaut der Synodalentschließung in: 21. Landessynode der *Ev. Luth. Landeskirche Sachsens*, Frühjahrstagung 1978, Informationen – vervielfältigtes Maschinenskript –), *Synode des Görlicher Kirchengebietes* (31.3.–3.4.1978), Bericht von Bischof Fränkel (epd-dok 30/1978, S. 62ff.). Fränkel gibt eine umfassende Einschätzung des Gesprächs und setzt sich besonders mit Bedenken auseinander, die gegen Gespräche dieser Art geltend gemacht worden sind (unüberbrückbarer Gegensatz von dialektischem Materialismus und Evangelium, die marxistische Erwartung vom Absterben der Religion, die Ergebnislosigkeit solcher Gespräche), Bischof D. Dr. Schönherr und OKR Stolpe berichteten auf der Frühjahrstagung der Synode der *Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg – Ost –* (31.3.–2.4.1978) (vgl. KiS 3/1978, Chronik).

78. Vgl. besonders den entsprechenden und sehr ausführlichen Teil des Kirchenleitungsberichtes der *Kirchenprovinz Sachsen* auf der Synodaltagung vom 16. bis 19. November 1978 (epd-dok 53/1978, S. 3ff. [12ff.]).

79. Bericht des Ratsvorsitzenden auf der 2. Tagung der 5. Synode der EKU (30. Juni bis 2. Juli 1978) (Abschnitt 2.3.3.2.) in: MBI BEK i. DDR, Nr. 3/4, 1978, S. 44 (Spalte 2) und Bericht der Kirchenleitung der *VELK/DDR* vor der 6. Tagung der II. Generalsynode (27.–31. Oktober 1978) MBI BEK i. DDR, Nr. 1/2, 1979, S. 14ff. (20) sowie der Beschluß der Synode zum Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung (a.a.O. S. 12).

80. Pressemitteilung des Staatsrates der DDR, Ausführungen von Bischof D. Schönherr (am 6.3.), Stellungnahme der Konferenz vom 12.3.1978, Rundfunkkommentar von Manfred Stolpe und der Kommentar von Gerhard Thomas (MBI BEK i. DDR, Nr. 3/4, 1978, S. 26ff.).



gung, daß es notwendig sei, die wiederholt gegebene Zusicherung der Gleichberechtigung aller Bürger und ihrer klaren Perspektive für eine allseitige Entfaltung zu realisieren, und zwar auf allen Ebenen. Die Konferenz hatte auf ihrer Tagung im Januar über den Stand der Vorbereitungen Bericht erhalten und das Vorhaben gebilligt. In ihrer Märztagung hat die Konferenz den Bericht des Vorstandes über den Verlauf des Gespräches zustimmend zur Kenntnis genommen und die Ergebnisse als einen wichtigen Schritt in der Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche begrüßt.

Im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates haben die Vertreter unserer Kirchen freimütig wichtige Fragen vortragen können, die den Dienst und die Mitverantwortung der Kirche sowohl für das Ganze als auch für den einzelnen und für dessen Verhältnis zum Ganzen betreffen. Außerdem konnten verschiedene Fragen des gesellschaftlichen Lebens zur Sprache gebracht werden. Der Vorsitzende des Staatsrates erklärte, daß in unserer Gesellschaft alle Fähigkeiten und Talente gebraucht werden und jedem Bürger, gerade auch jedem Jugendlichen, der Weg zu hoher Bildung, beruflicher Ausbildung und Entwicklung offen steht; Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger ist eine für alle verbindliche Norm. In dem Gespräch wurden durch den Vorsitzenden des Staatsrates das Friedensengagement der Kirchen, ihre humanitären Hilfen an notleidenden Völkern und ihre diakonische Arbeit besonders hervorgehoben und ihr eigenständiges Wirken als bedeutsamer Faktor des gesellschaftlichen Lebens heute und künftig gewertet. Die Vertreter der Konferenz beschrieben den Auftrag der Kirche im Sozialismus, die in der Freiheit, die aus der Bindung des Glaubens kommt, zum Handeln für alle Menschen bereit ist. Um das Abwenden von Gefahren für das menschliche Leben insgesamt geht es bei dem Bemühen um die Sicherung des Friedens. Abrüstung könnte viele Mittel und Kräfte für den Aufbau einer glücklicheren, reicheren, freundlicheren Welt bereitstellen. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn der mühsame Weg der Entspannung mit Geduld und Zielstrebigkeit fortgesetzt wird, der in Helsinki so verheißungsvoll begonnen hat. Die Kirchen hoffen mit aller Kraft, daß die hohen Ziele, vor allem Sicherheit und Gewährung der Menschenrechte als Teil der Friedenssicherung, sich über Belgrad hinaus schrittweise verwirklichen. Die Vertreter der Konferenz äußerten den Wunsch, daß durch Gespräche zwischen Vertretern des Staates und der Kirche Vertrauen weiter wachsen kann. Das Vertrauen wird sich um so mehr durchsetzen, je mehr die entsprechenden Erfahrungen auf allen Ebenen gemacht werden. Denn das Verhältnis von Staat und Kirche ist so gut, wie es der einzelne christliche Bürger vor Ort erfährt.

Über die Grundsatzfragen hinaus konnten einige Sachfragen geklärt oder zur weiteren Klärung verwiesen werden.

Im einzelnen ergibt sich heute folgender Sachstand:

Rundfunk und Fernsehen – beantragte Sendungen wurden ermöglicht.

Kirchliche Bauvorhaben – Bewilligung weiterer Neubauten wurde zugesagt.

Lutherjubiläum 1983 – Positive Regelung der Grenzverhältnisse im Augustinerkloster Erfurt wurde angekündigt, angemessene Mitwirkung bei der Arbeit der Lutherhalle Wittenberg sowie Restaurierung von Luthergedenkstätten und Schaffung von Räumlichkeiten für das Jubiläum in Wittenberg sind noch zu klären.

Seelsorge im Strafvollzug – zufriedenstellende Gesamtregelung mit dem MdI steht unmittelbar vor dem Abschluß.

Kirchliche Kindergärten – Hauptgeschäftsstelle IMHW und Sekretariat des Bundes haben Orientierung zur Evangelischen Kindergartenarbeit herausgegeben, die alle Verantwortlichen der Evangelischen Kindergartenarbeit ermutigt, örtlich die Perspektivaussage des Staatsratsvorsitzenden zur Kirchlichen Kindergartenarbeit in Anspruch zu nehmen.

Seelsorge in staatlichen Feierabend- und Pflegeheimen – durch Mitteilung des Ministers für Gesundheitswesen sind die Räte der Kreise angehalten, die Besuche von Pfarrern auf Wunsch von Heimbewohnern auch außerhalb der Besuchszeiten zu ermöglichen und bei Bedarf Räume für religiöse Handlungen bereitzustellen.

Kirchliche Friedhöfe – finanzielle Stützungen durch die politischen Gemeinden sind grundsätzlich möglich und können bei besonderen Belastungen abgerufen werden.

Kircheneigene Landwirtschaftsbetriebe – Gleichbehandlung mit sozialistischen Betrieben inzwischen weithin realisiert.

Kircheneigene sogenannte freie Flächen – Nutzungsgebühr nach der Pachtrichtsatzta-  
belle wird mit Wirkung vom 1.1.1978 gezahlt.

Altersversorgung für auf Lebenszeit angestellte kirchliche Mitarbeiter – Möglichkeit  
eines Anschlusses bei der staatlichen Versicherung unter Beibehaltung des Rechtsstatus  
und des Versorgungsanspruches gegenüber der Kirche wird gegenwärtig innerkirchlich  
sorgfältig geprüft.

Einfuhr ökumenischer Literatur – Möglichkeiten einer Erweiterung zu Gunsten der  
Ausbildungsstätten und der Landeskirchen werden erprobt.

In den vergangenen sechs Monaten ist bis in die letzten Tage gerade in diesen Einzel-  
fragen an vielen Stellen das Bemühen der Staatsorgane erkennbar, die am 6. März ge-  
troffenen Festlegungen zu verwirklichen. Das ist nicht immer leicht, handelt es sich doch  
vielfach um Probleme, die bisher in Jahrzehnten nicht geklärt werden konnten. So ist an  
anderen Stellen die Verwirklichung noch hinter den Festlegungen zurückgeblieben. Die  
Festlegungen des 6. März in den Sachfragen bleiben nach unserer Auffassung eine hilf-  
reiche Ausgangsbasis, um das Mögliche zu regeln. Sie sind Beispiel dafür, wie andere noch  
offene Fragen zwischen Staat und Kirche behandelt werden könnten. Auch für den ein-  
zelnen Christen kann dieses Gespräch Ermutigung sein, seinen Glauben offen zu bekennen  
und seine Rechte und Möglichkeiten wahrzunehmen. Die christlichen Bürger unseres  
Staates sollten davon ausgehen, daß ihre Glaubensüberzeugung und ihre Gewissensbin-  
dung respektiert wird, daß sie mit ihren Kindern im Sinne ihres Glaubens leben können  
und daß sie gleichberechtigt für das Wohl aller mitdenken und mitsorgen können.

Durch dieses Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates sind nicht alle Schwierig-  
keiten behoben. Der grundsätzliche Widerspruch zwischen christlichem Glauben und marx-  
istisch-leninistischer Weltanschauung bleibt. Aber der 6. März hat gezeigt, daß bei prin-  
zipiell unterschiedenen Grundüberzeugungen Verständnis möglich ist. Negative Erfahrungen  
auch in den letzten Monaten können zu Skepsis hinsichtlich der Tragfähigkeit dieses Ge-  
sprächs führen. Solche Erfahrungen sind zwar auch künftig nicht auszuschließen; aber wir  
hoffen, daß sie immer seltener werden. Die durch das Gespräch für beide Seiten aufgezeigte  
Chance ist ständig neu zu ergreifen.

Die Begegnung vom 6. März ist Ergebnis eines langen und manchmal schmerzlichen  
Lernvorganges für alle Beteiligten. Zu diesem Lernvorgang haben nicht nur die Erfahrungen  
der Christen und Marxisten beigetragen, die vor vier Jahrzehnten im Kampf gegen die  
Unmenschlichkeit erkannten, daß ihre Gemeinsamkeiten größer und tragfähiger waren als  
es die Unterschiede vermuten ließen. Auch die von Anfang an sachlich notwendige Zu-  
sammenarbeit von Marxisten und Christen in vielen Bereichen der Gesellschaft hat es  
erleichtert, einander kennenzulernen und besser zu verstehen als von den unterschiedlichen  
Traditionen her zu erwarten war. Der Lernvorgang geht weiter. Wo es um mehr Frieden  
und mehr Gerechtigkeit geht, wo Menschen in Nöten und Bedrängnis geholfen werden  
muß, wo das Miteinander verbessert werden kann, werden Christen dabei sein können  
und Ermutigung von ihrer Kirche erfahren. Auch bei einem klaren Standort als Kirche  
im Sozialismus kann diese Kirche nie eine sozialistische Massenorganisation werden.  
Denn sie ist und bleibt zuerst und zuletzt Kirche des einen Herrn Jesus Christus.

Die Bekanntmachung des Gesprächs hatte erwartungsgemäß bei den Christen  
und in den Gemeinden sehr zwiespältige Gefühle ausgelöst. Das Mißtrauen  
war verbreiteter und stärker als das zaghafte Hoffen auf eine Verbesserung  
der Situation für die Christen im Lande. Die Nachricht traf die Gemeinden  
auch völlig unvorbereitet. Sie wußten – natürlich – nichts von den intensiven  
Vorverhandlungen, sie wußten auch nicht, daß das Gespräch bereits Mitte des  
Jahres 1977 mehr oder weniger perfekt verabredet war – noch ohne Termin  
und ohne Festlegung der Gesprächsgegenstände.

Den Leitenden Geistlichen war klar, daß sich das Mißtrauen auch gegen sie  
selbst richten würde. Es mußte so sein, daß allein die Tatsache des Gesprächs,

mehr noch die Umstände und die Art und Weise der Bekanntmachung in den staatlichen Medien, in den Gemeinden nur sehr schwer positive Aufnahme finden würde. In dem Verhalten von Vorstand und Konferenz lag ein – allerdings kalkuliertes – Risiko kirchenleitenden Handelns. Daß die Christen, Gemeinden und Kirchen der Leitung des Bundes auf dem vorgezeichneten Weg – wenn auch zögernd – gefolgt sind, zeigt, daß nur ein Fall bekannt geworden ist, in dem ein Mitglied einer Synode und einer Kirchenleitung von seinen Ämtern aus Protest zurückgetreten ist (Superintendent Steinlein – Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg/Ost). Im Folgenden wird die Einschätzung des Gesprächs durch Kirchleitungsmitglieder in der DDR, durch westliche Beobachter und durch das Politbüro skizziert.

## I. Einschätzung des Gesprächs von Kirchenleitungen in der DDR

In den Kirchenleitungen (DDR) war man sich über eine positive Einschätzung des Gesprächs einig. Dabei wurden verschiedene Schwerpunkte betont:

1. Die Kirche wurde in dem Gespräch am 6.3. als gleichberechtigter Gesprächspartner von seiten des Staates anerkannt; ihr wurde auch zugestanden, daß ihr für gesellschaftliche Aufgaben eine Mitverantwortung zukommt. Der frühere Trend, von einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ lediglich zwischen den (einzelnen) Christen und Marxisten zu sprechen aber nicht von einer Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat dürfte überwunden sein.

2. Die Betonung der Chancengleichheit, Gleichachtung und Gleichberechtigung aller (auch der christlichen) Bürger in allen Lebensbereichen muß sich besonders auf dem Bildungssektor bewähren. Als wichtig wurde die Erklärung angesehen, daß allen Bürgern ohne Unterschied ihrer Weltanschauung in der DDR das Gefühl einer „Geborgenheit“ vermittelt werden soll. Das bedeutet, daß auch Andersdenkende eine Heimat in dem sozialistischen Staat finden sollen. Man möchte dies als programmatische Zusage werten, künftig gegenüber Nichtmarxisten eine größere Toleranz zu praktizieren.

3. Die Bereitschaft, die Ergebnisse des Gesprächs auf allen Ebenen durchzusetzen, stellte Staat und Kirche vor besondere Aufgaben und eröffnete den Christen eine Art Berufsrecht. Sie können sich auf das Gespräch und auf zitierte Gesprächsbeiträge berufen, wenn sie sich durch administrative Maßnahmen oder durch das Auftreten von staatlichen Vertretern als Christen diskriminiert fühlen. Es wird erwartet, daß der Staat den nachgeordneten Organen und Behörden konkrete Weisungen erteilt, um sicherzustellen, daß sich das Verhältnis von Staat und Kirche entsprechend des Gesprächs vom 6.3. gestaltet. Die Kirchen stehen vor der Aufgabe, ihren Mitarbeitern und Pfarrern, ihren Gemeinden und Christen die Bedeutung des Gesprächs zu erläutern. Man ist sicher, daß sich positive Wirkungen aus dem Gespräch nur dann ergeben, wenn die kirchliche Basis das Gespräch als Grundlage für ein neues Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR akzeptiert.

4. Nicht alle kirchlichen Wünsche wurden erfüllt. Das gilt besonders für die Einfuhr ökumenischer Literatur und für Druckgenehmigungen theologischer



Bücher in der DDR. Das gilt auch für Bitten nach einer stärkeren Liberalisierung des Besuchsverkehrs (Herabsetzung des Alters für Reiseerlaubnisse, Erweiterung der Gründe für Reisen in dringenden Familienangelegenheiten u.a.) und für Bitten um eine gelockertere und humanere Handhabung der Behandlung von Ausreiseanträgen.

5. Über die Gründe für die Gesprächsbereitschaft des Staates konnten nur Vermutungen angestellt werden. Außenpolitische und auch Innenpolitische Gesichtspunkte wurden in diesem Zusammenhang genannt.

Außenpolitische Gesichtspunkte: Nach dem Scheitern von Belgrad will die DDR ein sichtbares Zeichen für die Anerkennung der Rechte Andersdenkender in ihrem Bereich setzen.

Innenpolitische Gesichtspunkte: Die Gesprächsbereitschaft kann Ausdruck der Stärke und auch Ausdruck der Schwäche sein. Ausdruck der Schwäche wäre es, wenn Honecker den Frieden mit der Kirche braucht, um mit anderen Unruheherden fertigzuwerden. Die Kirche in Spannung zum Staat könnte institutioneller Sammlungsort für Andersdenkende werden. Zeichen der Stärke wäre es, wenn Honecker mit dem Gespräch liberalisierende Tendenzen einleiten will, die er zur Zeit wegen der stabilen Verhältnisse in der DDR für möglich hält.

In jedem Fall hat das Gespräch auch die Funktion, das Bild von der DDR in der Welt aufzuwerten.

Das Gespräch am 6.3. wurde nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit vergleichbaren Vorgängen in anderen sozialistischen Ländern gesehen. In letzter Zeit hat die Atheismus-Forschung in allen sozialistischen Ländern stärker als früher herausgestellt, daß die Existenz von Religion, Glaube und Kirche auch unter den Bedingungen eines sozialistischen Staates möglich und wahrscheinlich ist. Die frühere These von dem automatischen Absterben der Religion bei Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen wird so nicht mehr durchgehalten. Es könnte sein, daß die Ergebnisse der Atheismus-Forschung in die konkrete Staatspolitik einfließen. Die sozialistischen Staaten suchen den modus vivendi mit den Kirchen in ihren Bereichen neu zu regeln.

6. Die Kirchenführer wissen und haben es in vielen Gesprächen erfahren, daß es eine besonderes Problem bleibt, den Christen und Gemeinden die Redlichkeit des staatlichen Gesprächspartners glaubhaft zu machen. Erfahrungen von mehr als 10 Jahren haben ein Mißtrauen massiert, das nicht einfach abzubauen ist. Es wird als dringende seelsorgerliche Aufgabe für die nächste Zeit angesehen, diesem Mißtrauen zu begegnen. Die Kirchenführer in der DDR wissen ebenso, daß sie selbst kritischen Fragen ausgesetzt sind. Sie müssen sich gegen den Verdacht wehren, opportunistisch gehandelt zu haben.

7. Der „Ratifizierungsprozeß“ des Gesprächs wurde seitens der Kirchenleitungen in der DDR energisch in Angriff genommen. Auf Synoden, in Pfarrkonventen, in anderen kirchlichen Veranstaltungen und in einzelnen Gesprächen wird um Vertrauen geworben. Gleichzeitig waren die Kirchenleitungen bemüht, die Ergebnisse des Gesprächs zu präzisieren und Formeln oder Redewendungen des staatlichen Gesprächspartners extensiv und im kirchlichen Sinne zu interpretieren. (Beispiel: „... wir begrüßen es, daß in den Tagen des Abschlusses von Belgrad die Staatsführung der DDR in verbindlicher Form das Menschenrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit als Recht der Gleichbe-



rechti gung und Gleichachtung für alle interpretiert hat.“ – Stolpe vor der Synode Berlin-Brandenburg am 1.4.1978)

## II. Einschätzung des Gesprächs durch westliche Beobachter

Die Bewertung des Gesprächs und seiner Auswirkungen fiel bei westlichen Beobachtern unterschiedlich aus.

1. Übereinstimmend wurde die Ansicht vertreten, daß die DDR-Kirchenführer die Situation im Ganzen zutreffend einschätzen und taktisch geschickt ausnutzen, wie sich besonders aus den Stellungnahmen von Stolpe und Schönherr und der Rede von Fränkel (vor der Frühjahrssynode) ablesen läßt. Die Kirchenmänner zitieren in ihren Stellungnahmen und Reden Sätze und Formulierungen aus den Redebeiträgen von Honecker am 6.3., die nicht in der Pressemitteilung des Sekretariats des Staatsratsvorsitzenden enthalten sind. Dabei erwies es sich als günstig, daß die Pressemitteilung von den kirchlichen Gesprächspartnern nicht mitverantwortet worden war. So konnten sie mit ihren Gesprächsnotizen und Erinnerungen freier umgehen. Die DDR-Presse nahm zum Teil die Zitate auf und bestätigte damit ihre Richtigkeit.

2. Übereinstimmend wurde auch die Meinung vertreten, daß die Kirchen in der DDR für das staatlich gezeigte Entgegenkommen keinen Preis zu zahlen haben. Die Kirche hat als Kirche im Sozialismus in den Augen des Staates ihre Bewährungsprobe bestanden. Sie hat sich bei vielen Gelegenheiten solidarisch gezeigt, indem sie die Innen- und Außenpolitik der DDR nicht über ein zulässiges Maß hinaus kritisiert hat. Sie wird nicht (mehr) als ein Instrument des Klassenfeindes angesehen; sie ist sozusagen bündnisfähig geworden.

3. Nach allgemeiner Einschätzung wird es (auch) die Staatsführung in der DDR schwer haben, für die neue Kirchenpolitik bei ihren Parteifunktionären Verständnis zu finden. Einräumung z.B. von Fernseh- und Rundfunkzeiten und das Zugeständnis, die Sendungen unter kirchlicher Verantwortung gestalten zu lassen, muß für viele Funktionäre wie eine totale Abkehr von einer bisher ideologisch als notwendig angesehenen Praxis aussehen. In der Tat wird hier in sehr spektakulärer Weise deutlich, welche konkreten Folgerungen aus dem Gespräch von seiten des Staates gezogen werden.

## III. Bericht des Politbüros (E. Honecker) vor der 8. Tagung des ZK der SED

Wie wichtig E. Honecker das Gespräch genommen hatte, beweist der Bericht des Politbüros, den er der 8. Tagung des ZK der SED vorgetragen hatte. Wörtlich führte er aus:

„Am 6. März fand zwischen mir und dem Vorstand der Konferenz ... eine Begegnung statt, bei der darauf hingewiesen wurde, daß sich den Kirchen als Kirchen im Sozialismus heute und künftig viele Möglichkeiten des Mitwirkens an der Realisierung der zutiefst humanistischen Ziele unserer Politik eröffnen. Ich bekräftigte, daß unsere sozialistische Gesellschaft jedem Bürger, unabhängig von Alter, Geschlecht, Weltanschauung und religi-

ösem Bekenntnis Sicherheit und Geborgenheit, eine klare Perspektive und die Möglichkeit bietet, seine Fähigkeiten und Talente, seine Persönlichkeit voll zu entfalten. Die Konferenz . . . begrüßte die Ergebnisse dieses Gesprächs als einen wichtigen Schritt in der Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche. Das Politbüro schätzt sie hoch ein.“<sup>81</sup>

#### IV. Die Perspektiven nach dem Gespräch vom 6. März

Die Erwartungen an die Folgen des Gesprächs müssen sich an den bleibenden Gegebenheiten orientieren, die sich aus dem weltanschaulichen Gegensatz von Kirche und Staat ergeben. Eine unterschwellige euphorische Hoffnung wäre fehl am Platze.

1. Im Bildungsbereich sind Entspannungen nur begrenzt möglich. Auch künftig wird sich ein Christ in der DDR nicht ohne Gewissensnöte in das gesellschaftliche Leben einfügen. Die Aufgabe der Kirche wird weiterhin darin bestehen, die Christen zu befähigen und zu ermutigen, als solche zu leben und die unausweichlichen Spannungen zwischen ihrer christlichen Existenz und der staatlichen Wirklichkeit auszuhalten.

Die Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit im Geiste des Marxismus-Leninismus bleibt Erziehungsziel der sozialistischen Bildungspolitik. Religionskritik und Atheismus-Propaganda gehören auch nach dem 6.3. zum Bildungsprogramm in Schule und Universität. Es wird in der DDR weiter darum gehen, die Bürger zu einer „sozialistischen Lebensweise“ zu erziehen und ihnen dabei die Kriterien der „sozialistischen Moral“ nahezubringen. Von jedem Bürger in der DDR wird erwartet, die Führungsrolle der SED anzuerkennen und einen klassenbewußten Standpunkt einzunehmen. Zum Ein-Mal-Eins der sozialistischen Bildungs- und Erziehungspolitik wird weiter die Freundschaft zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern und das aktive und solidarische Eintreten für soziale und nationale Befreiungsbewegungen gehören. In diesen Kontext müssen die Worte von der Chancengleichheit, Gleichachtung und Gleichberechtigung aller Bürger gestellt werden. Christen werden in dem DDR-Staat in keinem Fall eine möglicherweise ihrem Glauben gemäße Sonderexistenz in Ausbildung, Beruf oder im gesellschaftlichen Leben beanspruchen können. Sie werden – bestenfalls – ohne Diskriminierung eingeladen, einen Platz innerhalb der sozialistisch geprägten Gesellschaft einzunehmen. Streben sie in Ausbildung und Beruf Führungspositionen (auch nur in mittleren Ebenen) an, so werden sie die Pflichten der Mitglieder von Führungskadern bis hin zur Parteilichkeit und Disziplin zu erfüllen haben.

2. Informations- und Meinungsfreiheit sowie ein Recht auf Kritik im eigenen Lande werden die Kirchen auch künftig nur in Grenzen in Anspruch nehmen können. Sicher wird es hier die Aufgabe der Kirchen sein, den Spielraum vorhandener Freiheiten zu vergrößern. Konkret geht es dabei um Möglichkeiten, für andere einzutreten und für sie das Wort zu ergreifen, also „Kirche für andere“ zu sein.

Konkrete Zusagen hat es von seiten des staatlichen Gesprächspartners am 6.3. hauptsächlich im wirtschaftlichen Bereich gegeben. Die weiteren Zugeständnisse (Gefängniseseelsorge und Seelsorge in Alten- und Pflegeheimen) signalisieren kein wirkliches Entgegenkommen. Die kirchliche Betreuung der Alten und Gebrechlichen ist dem Staat durchaus willkommen.

---

81. Aus: Neues Deutschland (zitiert nach DDR-Report 7/1978, S. 431).

Der Strafanstaltsseelsorge werden mit Sicherheit enge Grenzen gesetzt werden. Wichtiger ist die Bestandsgarantie der Arbeit kirchlicher Kindergärten. Hier dürfte der Staat wirklich ein wenig über seinen Schatten gesprungen sein. Ebenso bedeutend ist das Zugeständnis, Fernseh- und Rundfunkzeiten den Kirchen einzuräumen. In wichtigen Bereichen jedoch, in denen für die kirchlichen Gesprächspartner Glaubens- und Gewissensfreiheit auf dem Spiel stand (freie Meinungsbildung und freie Information als Teile der Glaubensfreiheit) konnten dem staatlichen Partner keine Zugeständnisse abgerungen werden. Hier wurden die Signale nicht so deutlich auf Entgegenkommen gestellt. Das gleiche gilt für Bitten nach Erleichterung und Verbesserung der Praxis bei der Familienzusammenführung. Fragen nach Ausbürgerungen oder Fragen nach politischen Gefangenen konnten überhaupt nicht als Gegenstand des Meinungsaustausches in Erwägung gezogen werden. Dem Freimut und der Offenheit des Gesprächs zwischen Staat und Kirche sind Grenzen gesetzt. Das war vor dem 6.3.1978 so und wird weiterhin so sein.

3. Die Kirchen suchen sich freizuhalten von „falschen Alternativen“ und „falschen Hörigkeiten“ und wollen den Weg einer „kritischen Solidarität“ und einer „mündigen Mitverantwortung“ in ihrer Gesellschaft gehen (Krusche). Die Kirchen werden dabei weiter einem politischen Erwartungsdruck ausgesetzt bleiben. Ein DDR-kritischer Beitrag zu außenpolitischen Themen wird auch künftig nicht gefragt und schnell als Einmischung in die staatlichen Angelegenheiten oder gar als Herausforderung abgetan. Der ökumenische Beitrag zu Fragen des Rassismus, der Menschenrechte und zu Friedensfragen wird vom staatlichen Partner wie bisher als kirchliche Zustimmung zur Außenpolitik der sozialistischen Länder interpretiert werden. Auch nach dem Gespräch vom 6.3. erwartet der Staat von der Kirche eine kraftvolle Solidarität und nur eine gedämpfte Kritik.

### *b) Wehrunterricht*

#### I. Staatliche Planung und kirchlicher Einspruch

Die geplante Einführung des Wehrunterrichtes (WU) als obligatorisches Lehrfach an den allgemeinbildenden Schulen haben die Kirchen in der DDR zum Anlaß genommen, um bei staatlichen Stellen Einspruch einzulegen und die Gemeinden über den geplanten WU öffentlich aufzuklären sowie ihr Programm für eine Erziehung zum Frieden zu verstärken und sich für Abrüstungsverhandlungen einzusetzen. Mit dem energischen Schritt an die Öffentlichkeit haben die Kirchen den taktischen Zeitplan des Staates über Bekanntgabe und Propagierung des neuen Lehrfachs durcheinander gebracht. Parteisekretäre und Schulleiter waren bereits Anfang 1978 unterrichtet. Eine Direktive des Ministers für Volksbildung vom 1. Februar 1978 sah vor, vorab die Elternvertreter an den Schulen zu informieren und die Eltern der Schüler ideologisch auf WU vorzubereiten<sup>82</sup>. Die Öffentlichkeit sollte erst im September von der Einführung des WU an den Schulen erfahren, also erst mit Beginn des Unterrichtes selbst.

Aufgrund von Anfragen aus Gemeindekreisen erfuhren die Kirchenleitungen von dem staatlichen Plan. Die christlichen Fragesteller wollten wissen, ob dieses

82. Vgl. H. J. Röder: Fragwürdige Friedenspolitik. Zur Einführung von obligatorischen Wehrunterricht in der DDR, in: DA 8/1978, S. 800ff.

Thema auch am 6.3. beim Gespräch mit E. Honecker angeschnitten und ob möglicherweise insoweit Vertraulichkeit verabredet worden sei. Ein mißtrauischer Ton – jedenfalls bei einigen – war nicht zu überhören. Die Reaktion der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen des Bundes und der gliedkirchlichen Kirchenleitungen aber auch die Diskussionen auf den in diese Zeit fallenden großen Kirchentagen machten das Thema schlagartig in Ost und West publik und sorgten für eine breite und kritische Auseinandersetzung auch in der DDR.

Die staatlichen Stellen waren offensichtlich auf diese – ohne ihr eigenes Zutun – eingetretene Publizität der Thematik nicht vorbereitet. Erst langsam begannen sie ideologisch-propagandistisch den WU zu rechtfertigen. Der WU sollte in folgender Weise eingeführt werden:

- In den 9. und 10. Klassen (in den 10. Klassen ab 1.1.1979) werden 4 Unterrichtsdoppelstunden im Jahr für Jungen und Mädchen obligatorisch ohne Zensurierung aber mit einem Teilnahmevermerk auf dem Zeugnis gegeben. Als Lehrinhalte sind zu unterrichten: Landesverteidigung, der Charakter eines möglichen Krieges, militärische Berufe, Bewaffnung und Ausrüstung der sozialistischen Armeen.
- In denselben Klassen wird jeweils am Schuljahresende ein geschlossener Lehrgang von 2 Wochen (mit 5 Stunden täglich) über Zivilverteidigung durchgeführt. Auch dieser Lehrgang ist für Jungen und Mädchen obligatorisch – keine Zensurierung. Wehrsportliche Gelände- und Alarmübungen, Verhalten in Katastrophenfällen u.a. sind als Lehrinhalte vorgesehen.
- Nur für die Jungen und auf freiwilliger Grundlage wird für die 9. Klassen ein vormilitärisches Lager von zwei Wochen unter Leitung von Offizieren durchgeführt. In den Lagern herrscht militärisches Reglement. Die Ausbildung umfaßt auch den Umgang mit Waffen.
- In den 10. Klassen ist ab 1979 eine obligatorische 3tägige Abschlußprüfung vorgesehen (während der Ferien). Sie endet mit einem Treffen mit Angehörigen der bewaffneten Organe.

Der geplante WU setzt eine Entwicklung fort, die bereits in den 50er Jahren und verstärkt in den 60er Jahren zu beobachten war: die Militarisierung sämtlicher Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in der DDR. Eine Auflistung von „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung“ mit einer Zusammenstellung der auf dem Gebiet der Volksbildung geltenden Rechtsvorschriften, der einschlägigen Literatur u.a.<sup>83</sup> zeigt in erschreckender Weise, wie in allen Bereichen der Erziehung, vom Kindergarten über die Schulen und Universitäten, in den Jugendorganisationen und in der GST (Gesellschaft für Sport und Technik), in Lehrlingsvereinbarungen u.a. die militärische Erziehung und Ausbildung immer mehr an Gewicht gewonnen hat.

Der WU selbst ist sozusagen nur die Spitze eines riesigen Eisbergs. Gerade deswegen könnte man fragen, warum die Kirchen erst den WU als Anlaß genommen haben, um zu protestieren und für eine Diskussion im Lande zu sorgen. Hier muß man daran erinnern, daß für die Kirchen das Thema nicht neu war. Die Ausarbeitung „Erziehung zum Frieden“ lag in der ersten Fassung bereits 1976 vor (vgl. KJ 1976/77, Abschnitte 3. b) II. und III.)<sup>84</sup>; andere Arbeiten haben

83. Die Auflistung (nicht veröffentlicht) war den Kirchen bei ihren Beschlüssen zum WU bekannt.

84. Die 2. Auflage 1978 ist veröffentlicht in: epd-dok 41/1979 (75 Seiten). In ihr ist



das Thema ebenfalls – unter anderen Gesichtspunkten – behandelt (z.B. „Möglichkeiten der Kirchen im Bereich des Eintretens für Abrüstung“ – vgl. KJ 1976/77, Abschnitt 3. b) IV.); auf den Synoden des Bundes wie auch auf denen der Landeskirchen hat die Friedensfrage schon seit vielen Jahren einen wichtigen Platz eingenommen. Die staatliche Planung der Einführung des WU aber stand so im Widerspruch zu kirchlichen Bemühungen und Verlautbarungen, daß eine schweigende Hinnahme die Glaubwürdigkeit kirchlichen Redens infrage gestellt hätte. Dies hatte wohl auch die Christen und Gemeinden in der DDR beunruhigt; darum fragten sie – mit deutlichem Unbehagen – wieso sich die Kirche freundschaftlich mit dem Staat an den runden Tisch setzen kann, wenn so etwas „im Busch“ ist.

Die Kirchen mußten reagieren und haben reagiert – und dies mit großer Deutlichkeit und mit ebenso großer Hartnäckigkeit. Über die Aussichtslosigkeit ihrer Bemühungen waren sie sich dabei von vornherein klar. Sie haben auch bewußt in Kauf genommen, daß der Staat die kirchlichen Stellungnahmen zum WU als eine unzulässige Einmischung in seine Angelegenheiten bewerten würde. Zu einer Konfrontation zwischen Staat und Kirche kam es trotz der gegensätzlichen Positionen nicht. Beide setzten sich auch zu diesem Thema an den Verhandlungstisch. Der Staat ließ sich dabei zwar nichts abmarkten; aber er ließ es zu, daß die Kirchen bei ihrem Standpunkt verharren und diesen auch öffentlich vertreten.

## II. Chronologie

Die Chronologie der Ereignisse zeigt den ganzen Ernst, mit dem die Kirchen sich in der Frage des WU engagierten. Im Folgenden sind nur die markantesten Ereignisse genannt<sup>85</sup>:

- 1.5. Der Vorsitzende der Konferenz schreibt an die Regierung (Staatssekretär für Kirchenfragen).
- 20.5. Die Konferenz billigt das Schreiben.
- 26.5. bis 28.5.  
Auf dem Kirchentag in Leipzig beantworten Bischof Hempel und Präsident Domsch auf einer Pressekonferenz Fragen zum WU<sup>86</sup>.
- 1.6. Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen.
- 2.6. bis 4.6.  
Auf dem Erfurter Kirchentag äußert sich Bischof Krusche in einer Fragestunde ausführlich zum WU<sup>86a</sup>. Die Arbeitsgruppe IV verabschiedet eine Entschließung zur Frage „Was macht uns wirklich sicher?“.

---

die Ausarbeitung über „Möglichkeiten der Kirchen in der DDR im Bereich des Eintretens für Abrüstung“, die im Referat Friedensfragen des ThSA 1977 erarbeitet worden war, aufgenommen.

85. Zum folgenden vgl.: Bericht der Konferenz vor der Synode des Bundes – epd-dok 42–43, S. 22ff. (Abschnitt 4.2.) –

86. ‚berliner kirchenreport‘, Ausgabe A vom 30.5.1978, S. 4 und epd-dok 30a/1978 (Dokumentation zum Wehrunterricht).

86a. ‚berliner kirchenreport‘, Ausgabe A vom 13.6.1978, vgl. auch die Diskussion auf dem Erfurter Kirchentag, ‚berliner kirchenreport‘, Ausgabe A vom 20.6.1978.

- (– 12.6. Eingabe der ‚Berliner Bischofskonferenz‘ an die Regierung der DDR (Staatssekretär für Kirchenfragen)<sup>87</sup>.
- 14.6. Außerordentliche Tagung der Konferenz. Sie beschließt ein Wort an die Gemeinden und eine Orientierungshilfe für die Gemeinden<sup>88</sup> sowie ein neues Schreiben an die Regierung.
- 15.6. 2. Brief an die Regierung der DDR (Staatssekretär für Kirchenfragen).
- 19.6. Gespräch mit Ministerpräsident Willi Stoph.
- 20.6. Schnellinformation des Bundes über die Beschlüsse der Konferenz zum WU und das Gespräch mit W. Stoph<sup>89</sup>.
- 25.6. Verlesung des Wortes der Konferenz an die Gemeinden in (vielen) Gottesdiensten.

Nimmt man zu diesen etwas herausgehobenen Ereignissen noch Stellungnahmen von Leitenden Geistlichen<sup>90</sup> oder Informationen von Kirchenleitungen an ihre Pfarrer<sup>91</sup> und die nicht oder nur am Rande gemeldeten Diskussionen und Aktionen auf Jugendsonntagen oder Kreiskirchentagen u.a.<sup>92</sup> hinzu, so vermittelt dies alles einen Eindruck von der in Anspruch genommenen Möglichkeit der Kirchen in der DDR, ihre Fragen und ihre Sorgen der Öffentlichkeit darzustellen.

Die Sache war damit durchaus nicht zu Ende. Im Laufe des Jahres nahmen sich alle Synoden des Themas an und faßten mehr oder weniger deutliche Beschlüsse<sup>93</sup>. Die Konferenz wandte sich nach der Bundessynode noch einmal mit einem Schreiben an alle Kirchenleitungen der Gliedkirchen und formulierte

---

87. Dokumentiert und kritisch kommentiert von J. Garstecki (Theologische Studienabteilung beim Bund) in: KiS 4/1978, S. 14 („Auf der Ebene von Konzils- und Synodalaussagen: die katholischen Bedenken“)

88. U.a. in: epd-dok 30a/1978. Beide Dokumente sind vielfach abgedruckt (vgl. u.a. DA 8/1978, S. 890ff., ‚berliner kirchenreport‘, Ausgabe A vom 27.6.1978, DDR-Report 8/1978, S. 494ff.) auch in Tageszeitungen (z.B. FAZ vom 26.6.1978 und FR vom 26.6. und vom 29.6.). Vgl. dazu: H. J. Röder, „Der Gesinnung des Friedens und der Versöhnung Raum schaffen: die evangelischen Bedenken“ – in: KiS 4/1978, S. 21ff.

89. Ausführlich werden die Empfänger der ‚Schnellinformation‘ über das Gespräch mit Stoph unterrichtet. Die Ausführungen von Bischof Schönherr auch im Zusammenhang mit dem WU werden zitiert. Wie nötig eine solche kirchliche Information war, zeigte die im Neuen Deutschland am 20.6. abgedruckte Meldung der DDR-Nachrichtenagentur ADN. Nach ihr hat Schönherr betont, „daß sich dieses Engagement (der Kirchen für den Frieden) auch künftig in guter Übereinstimmung mit der Friedenspolitik der Regierung der DDR vollziehen werde“ (zitiert nach epd-dok 30a/1978, S. 10).

90. Z.B. Bischof Rathke Interview in der „Mecklenburgischen Kirchenzeitung“ vom 14.5.1978

91. Z.B. Schreiben des Konsistoriums der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg (Ost) an alle Pastorinnen und Pfarrer vom 9.6.1978

92. Z.B. ein Flugblatt von Mitgliedern der Ev. Studentengemeinde Dresden (Text in: ‚berliner kirchenreport‘, Ausgabe A vom 15.8.1978). Es hat auch eine etwas undurchsichtige Verhaftung und Verurteilung im Zusammenhang mit der Verteilung von Aufrufen gegen die Einführung des WU gegeben (vgl. Stellungnahme der Görlitzer Kirchenleitung – epd-dok 19/1979, S. 59).

93. Besonders: EKU-Synode (MBI BEK i. DDR, Nr. 3/4, 1978, S. 45), Generalsynode der VELK/DDR (MBI BEK i. DDR, Nr. 1/2, 1979, S. 12), Sächsische Landessynode (vgl. ‚berliner kirchenreport‘, Ausgabe A 25 vom 31.10.1978, S. 4), Synode der Kirchenprovinz Sachsen (Bericht der KL in: epd-dok 53/1978, S. 2ff. und der Beschluß der Synode, a.a.O. S. 28f.) u.a.

die Forderungen, die kirchlicherseits an den WU gestellt werden müßten<sup>94</sup>. Dem Staatssekretär für Kirchenfragen war der Inhalt des Schreibens bekanntgegeben worden. Am 22.11.1978 wurde noch einmal ein Gespräch über die Sachfragen geführt.

### III. Die Bedenken der Kirchen

Die von der Konferenz in der „Orientierungshilfe“ formulierten Bedenken gegen das Schulfach „sozialistische Wehrerziehung“ wurden von allen Gliedkirchen aufgenommen. Auch in der späteren Diskussion wurden sie inhaltlich nicht verändert. Die Orientierungshilfe verharrt dabei nicht bloß bei einem Nein. Sie bietet – in einem letzten ausführlichen Abschnitt – den Gemeinden und den einzelnen Christen konkrete Hilfen an, um sie zu befähigen, als Erzieher für den Frieden aktiv zu werden. Die letzten beiden Abschnitte sind hier dokumentiert<sup>95</sup>.

#### ORIENTIERUNGSHILFE DER KONFERENZ DER KIRCHENLEITUNGEN (AUSZUG)

II. Die Bedenken der Konferenz gegen die Einführung eines obligatorischen Schulfachs „Sozialistische Wehrerziehung“ sind durch das Gespräch am 1. Juni nicht beseitigt worden. Im Blick auf die bevorstehende Einführung dieses Faches zum 1. September 1978 wollen wir sie uns als Ergebnis des Wechselgesprächs mit den Gemeinden, Eltern und jungen Erwachsenen, die sie uns vorgetragen haben, und als Resultat von Erörterungen in Beratungs- und Entscheidungsgremien des Bundes noch einmal gemeinsam verdeutlichen:

(1) Der im Evangelium begründete Friedensauftrag verlangt von den Kirchen und von jedem einzelnen Christen eine nüchterne Prüfung dessen, was in der gegenwärtigen Welt-situation Spannungen abbaut, Vertrauen fördert und dem Frieden dient. Wir verkennen nicht die Verpflichtung des Staates, die Sicherheit seiner Bürger zu schützen, darum müssen wir uns fragen, was uns heute wirklich sicher macht. Ein von Angst und Bedrohung bestimmtes Sicherheitsdenken stellt nach unserer Überzeugung keinen Schritt auf mehr Frieden dar, weil es zu Handlungen führt, die auf der Gegenseite ebenfalls Angst erzeugen und zur Gegendrohung verleiten. Weil der beabsichtigte Unterricht ein Teil dieses gefährlichen Mechanismus zu werden droht, erscheint er uns als Mittel der Friedenssicherung wenig geeignet.

(2) Abrüstung ist ein dringendes Gebot der Stunde. Wir sehen eine untrennbare Beziehung zwischen den globalen politischen Bemühungen um die Beendigung des Wettrüstens und der Erziehung zu einem informierten Abrüstungsbewußtsein in der Gesellschaft. Abrüstung wird nur möglich sein, wenn sie wirklich gewollt und im Denken einer jeden Gesellschaft fest verankert wird. Wir sehen die Gefahr, daß obligatorische Wehrerziehung Minderjähriger zu einer Gewöhnung an militärische Mittel der Konfliktlösung führt, die sich langfristig als Hindernis für wirkliches Abrüstungsbewußtsein erweisen könnte. Um der Abrüstung willen brauchen wir eine Erziehung, die Menschen zu gewaltlosen Formen der Beilegung von Streit fähig macht.

(3) Junge Menschen, die die Schrecken des Krieges nicht kennen und zu einem differenzierten Urteil über die Risiken militärischer Friedenssicherung im nuklearen Zeitalter nicht in der Lage sind, werden durch den beabsichtigten Unterricht, der die Möglichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Ost und West als selbstverständlich vor-

94. Durchführung des Unterrichtes mit Priorität der Erziehung zum Frieden, keine Ordnungsstrafverfahren bei Nichtteilnahme, keine Eintragung der Nichtteilnahme im Zeugnis.

95. epd-dok 30a/1978, S. 4ff.



aussetzt und die Vorbereitung darauf zum Inhalt hat, in ihrer Friedensfähigkeit ernsthaft gefährdet. Die frühzeitige Anerkennung militärischer Denkweise, Einstellungen und Verhaltensnormen im Schulunterricht kann dazu führen, daß die Chancen friedlicher Konfliktbeilegung in späteren Jahren gar nicht mehr wahrgenommen werden.

(4) Die DDR bekennt sich konsequent zur Friedens- und Entspannungspolitik. Wir befürchten, daß die Glaubwürdigkeit dieser Politik im Ausland durch die Einführung des Wehrunterrichts Schaden leidet. Die weltweiten Bemühungen um die Schaffung nicht-militärischer Sicherheitssysteme können nicht zum Erfolg führen, solange innerhalb der Staaten einseitig auf militärische Sicherheit hin erzogen und ausgebildet wird. Das Ziel einer Welt ohne Waffen, dem der Sozialismus sich verpflichtet weiß, sollte nach unserer Auffassung gerade im Bereich der schulischen Erziehung und Bildung deutlicher hervortreten. Die Ökumene erwartet von Vertretern aus Kirchen in sozialistischen Ländern hier eine spezifische Hilfe und Wegweisung.

Wir wissen, daß die hier noch einmal zusammengefaßten Bedenken und Argumentationen den Konflikt nicht lösen können, in dem sich viele christliche Eltern befinden, deren Kinder ab Herbst 1978 am Wehrunterricht teilnehmen sollen, und die sich jetzt fragen, wie sie in dieser Situation dem Auftrag des Evangeliums zum Dienst für den Frieden verantwortlich nachkommen können. Wir hoffen aber, daß sie für alle von diesem Vorgang Betroffenen und Beunruhigten den Ansatz einer Orientierungshilfe bieten und zu verantwortetem Handeln beitragen können.

III. Die Einführung des Faches „Wehrerziehung“ stellt eine konkrete Anforderung an unser aller Bereitschaft und Fähigkeit zur Erziehung unserer Kinder zu Frieden und Konfliktbewältigung im persönlichen und gesellschaftlichen und im Leben der Völker dar. Viele Eltern und Erzieher, denen bewußt ist, daß unser Überleben von der Einübung und Bewahrung des Friedens abhängt, werden die Spannung zwischen solcher Erziehung zum Frieden und der Einübung militärischer Verteidigungsbereitschaft mit allen den damit verbundenen Emotionen schmerzhaft empfinden. Sie sollten in der Begleitung ihrer Kinder darauf achten und ihren Einfluß dahingehend geltend machen, daß der neue Unterricht für die Erziehung zum Frieden offenbleibt.

Es wird Eltern geben, die sich nach verantwortlicher Überlegung gegen eine Teilnahme ihrer Kinder an dem neuen Unterrichtskomplex entscheiden werden. Eine solche Entscheidung sollte als Hinweis auf eine künftige Gestaltung des Zusammenlebens im Frieden verstanden werden, auf die wir schon heute hinarbeiten müssen. Sie wird in diesem Sinne nur wirksam werden, wenn sie überzeugend begleitet ist von konsequenter und praktischer Friedenserziehung im eigenen Verantwortungsbereich. Für alle ihre Glieder muß die Gemeinde in diesen sie bedrängenden Fragen jetzt in besonderer Weise ein Ort des Gesprächs, der Ermutigung und des Beistands sein.

Alles, was christliche Eltern, Erzieher und Kinder zur Frage der Wehrerziehung an der Schule beunruhigt und bewegt, kann uns letztlich nur erneut die Dringlichkeit konkreter Schritte vor Augen führen, die den Frieden im Zusammenleben der Menschen, Völker und Blöcke sicherer und menschenfreundlicher machen. Beim Nachdenken über solche Schritte wissen wir uns einig mit allen Menschen, die bereits früher Zeichen des Friedens gesetzt haben und für Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den Völkern eingetreten sind. Wir sehen es darum als unsere besondere Aufgabe an, alle Bemühungen um eine wirksame Erziehung zum Frieden in den Gemeinden fortzusetzen und noch mehr als bisher zu unterstützen. Friedenserziehung soll die Kenntnisse, Werte und Überzeugungen vermitteln, die den einzelnen in die Lage versetzen, sich eine ausgewogene Meinung darüber zu bilden, was heute den Frieden fördert oder was Friedlosigkeit vermehrt. Wir bitten die Gemeinden, besonders über die folgenden Punkte nachzudenken:

- Gewalt als Mittel der Konfliktlösung ist in einer Welt voller Waffen selbstzerstörerisch. Wir müssen damit beginnen, gewaltlose Formen der Streitbeilegung einzüben.
- Sicherheitsdenken ohne Vertrauen und Zusammenarbeit schafft Mißtrauen und neue Unsicherheit. Wir müssen damit beginnen, Wege der Sicherheit zu beschreiten, die nicht nur uns, sondern auch die anderen sicherer machen.
- Denken in den Klischees von „Freund“ und „Feind“ macht unfähig, die gemeinsame Verantwortung aller für die Welt von morgen wahrzunehmen. Wir müssen damit be-



ginnen, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, damit wir gemeinsam überleben können.

Unser aller Aufgabe ist es, diese Erkenntnisse umzusetzen in Handeln. Konkrete Schritte dazu können sein:

- Eltern sollten ihre Kinder in einer vertrauensvollen Atmosphäre erziehen und auf Gewaltanwendung verzichten. Sie sollten ihren Kindern Abneigung gegen physische Gewaltanwendung vermitteln.
- Phantasie und Erfindungsreichtum der Kinder sollten auf die friedliche Gestaltung des Zusammenlebens gerichtet werden und nicht auf mögliche kriegerische Auseinandersetzungen. Jeder Romantisierung des militärischen Lebens und der Verharmlosung der unvorstellbaren Folgen des Krieges ist zu wehren. Das hat Konsequenzen z.B. für die Auswahl des Spielzeugs und der Lektüre, die Erwachsenen kaufen oder verschenken.
- Reisen in unsere Nachbarländer sollten noch mehr zum besseren Kennenlernen und Verstehen der Menschen genutzt und entsprechend vor- und nachbereitet werden. Eine allseitige Information über das Leben, die Geschichte und die Tradition anderer Völker ist wichtig für das gegenseitige Verständnis. Hierzu könnte auch die gegenseitige Prüfung der Schulbücher gehören: Welches Bild vermitteln Schulbücher von den anderen und welches Bild wird in anderen Ländern über unser Land verbreitet.
- In christlichen Gemeinden sollte man erfahren können, um wieviel attraktiver friedliche als gewaltsame und lieblose Konfliktlösungen sind. Das Geschenk des Friedens Christi sollte in der Gemeinde auch einmal ausdrücklich gefeiert werden.

Im Vertrauen auf Jesus Christus, der unser Friede ist (Eph. 2,14), bitten wir füreinander um das begleitende und fürbittende Gebet und um die Kraft zum Gehen der notwendigen kleinen und großen Schritte, damit Frieden auf dieser Welt wirklich wird.

#### IV. Kein Dialog zwischen Staat und Kirche über den WU

Auf die Gegenargumente des DDR-Staates einzugehen, lohnt nicht<sup>96</sup>. Es ist die alte Litanei von der Wehrbereitschaft, die in sozialistischen Ländern wegen des militanten Wesens der imperialistischen Staaten friedensnotwendig ist; Frieden und Sozialismus gehören zusammen wie Krieg und Imperialismus. Die vorhandenen Dokumente über Reden und Beiträge sind allenfalls insoweit aufschlußreich, als sie zeigen, wie wenig der DDR-Staat bereit war und ist, sich inhaltlich auf die Argumentation der Kirchen einzulassen und sogar noch so tut, als ob die von den Kirchen geforderte Erziehung zum Frieden mit der staatlichen Friedenspolitik der DDR im vollen Einklang steht<sup>97</sup>.

So sieht z.B. *Wolfgang Heyl* zwischen sich und Albert Schweitzer, den Päpsten Paul VI. und Johannes Paul I., Martin Luther King und den Bischöfen Schönherr und Fränkel keine Differenz, wenn er formuliert:

„Was aber die manchmal beanstandete Erziehung zum Haß angeht, so halten wir uns daran, daß man den Frieden nicht ernsthaft lieben . . . kann, ohne Imperialismus zu verabscheuen. Das Feindbild in dieser Erziehung besteht aus der allerdings notwendigen Festigkeit, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden.“<sup>98</sup>

96. Vgl. das Argumentationspapier der CDU/DDR (DA 8/1978, S. 894ff.), oder: Christenpflicht und Bürgerpflicht, Bericht über die Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU mit Mitgliedern von Gemeindekirchenräten in Burgscheidungen am 1.9.1978, hg. vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU/DDR (o.O., o.J.)

97. S. o. Anmerkung (89).

98. Zitiert bei Klemens Richter: Aus christlicher Verantwortung? die DDR-CDU zur Friedenserziehung und zum Wehrunterricht, in: DA 3/1979, S. 236ff.

Der Vizepräsident des Schriftstellerverbandes, *Gerhard Holtz-Baumert*, forderte das gleiche auf dem VIII. Pädagogischen Kongreß: „Ich möchte einen gesunden antikapitalistischen und antiimperialistischen Haß aktivieren . . .“<sup>99</sup>. Die FDJ eigene Tageszeitung „Junge Welt“ begründet Pflicht und Recht der sozialistischen Wehrerziehung mit der Notwendigkeit, für einen „gerechten Krieg“ gerüstet zu sein. „Den Frieden zu wollen ist gut, zu seiner Verteidigung bereit und fähig zu sein ist besser.“<sup>100</sup>

Eine kurze Formel hatte auch die Ministerin für Volksbildung, Margot Honecker, auf dem VIII. Pädagogischen Kongreß bei der Hand: „Erziehung zum Frieden ist für uns immer eine aktive Erziehung, d.h. wir sind für eine Erziehung, die die Jugend zur Verteidigung des Friedens befähigt“<sup>101</sup>. Ein Dialog also zwischen Staat und Kirche kam nicht in Gang.

---

99. Zitiert bei Gisela Helwig: Den Glauben offen bekennen, in: DA 11/1978, S. 1133f. (1134).

100. ‚berliner kirchenreport‘, Ausgabe A 13 vom 15.8.1978.

101. M. Honecker: Der gesellschaftliche Auftrag unserer Schule, in: Neues Deutschland Nr. 247 vom 19.10.1978.

# Wichtige Ereignisse des Jahres 1978

## *Januar*

1. Amtsantritt des Vorsitzenden der Kirchenleitung der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, Dr. Friedrich Hübner, Bischof von Holstein-Lübeck.
12. Veröffentlichung eines Positionspapiers des Leitungsgremiums des Missionarischen Jahres 1980 (Präses Kurt Heimbucher; Bundesvorsteher Karl Heinz Knöppel; Oberlandeskirchenrat Johannes Hasselhorn) zur geplanten gemeinsamen Evangelisation der Evangelischen Landes- und Freikirchen und der Evangelischen Werke und Verbände.
12. „Wort an die Gemeinden zum Gespräch zwischen Christen und Juden“ der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland.
12. „Südafrika heute – Hoffnung um welchen Preis?“. Veröffentlichung der inoffiziellen Studie des Leiters des Antirassismus-Programms beim ÖRK, Genf, Dr. Baldwin Sjollema, vom Dezember 1977 (= Genfer Südafrika-Papier).
12. Beschluß der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland über die Partnerschaft mit orthodoxen Kirchen und Gemeinden.
29. bis Februar 4. Erste Konsultation christlicher Frauen in Europa, veranstaltet von der Abteilung Frau in Kirche und Gesellschaft des ÖRK in Brüssel.
- Ende Gründung der Konferenz landeskirchlicher Arbeitskreise Christen und Juden in Arnoldshain.

## *Februar*

10. „Gewaltanwendung und gerechte Revolution. Überlegungen aus Anlaß eines Briefes aus Genf zur Lage in Südafrika“ von Vizepräsident D. Erwin Wilkens, Kirchenkanzlei Hannover.
- 20.–25. „Eucharistie und Priesteramt“. Fünftes theologisches Gespräch zwischen Vertretern der EKD und des Ökumenischen Patriarchats Istanbul, in Bonn-Beuel.
25. Erklärung des Rates und der Kirchenkonferenz der EKD zum Genfer Südafrika-Papier.
26. Einweihung eines ökumenischen Zentrums für deutsche und koreanische evangelische und serbisch-orthodoxe Christen durch den Generalsekretär des ÖRK, Dr. Philip A. Potter, in Frankfurt a.M.
27. Veröffentlichung eines von 400 Theologen unterzeichneten Aufrufs der Kirchlichen Bruderschaft in Württemberg gegen die Lagerung der Neutronenbombe in der Bundesrepublik Deutschland.

### *März*

1. Solidaritätstelegramm des Kirchlichen Außenamtes der EKD an den südkoreanischen Christenrat anlässlich des Unabhängigkeitstages des Landes.
6. Gespräch zwischen dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik und dem Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretär Erich Honecker.
- 6.—10. Informationstagung des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr, in Bossey bei Genf.
- 10.—12. Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik zu ihrem Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretär Erich Honecker.
14. Schreiben des Rates der EKD an den ÖRK zum Genfer Südafrika-Papier.
14. Verabschiedung eines Kirchengesetzes der Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen (Geltungsbereich: Landeskirchen Hannover, Braunschweig und Oldenburg) über die Rechtsstellung der Mitarbeiter durch die Konföderationssynode, in Rastede.
16. „Ist dies die ganze Solidarität? “ Anfrage von ca. 100 Unterzeichnern aus dem kirchlichen Bereich zur Distanzierung des Rates der EKD vom Genfer Südafrika-Papier.
17. Erklärung der Kirchenleitung der VELKD zu Menschenrechtsverletzungen und Gewaltanwendung in Äthiopien und Südafrika.
22. „Bevölkerungspolitik und Rentenlast“. Studie der Kammer für soziale Ordnung der EKD.

### *April*

1. Inkrafttreten der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Braunschweig in der Neufassung vom 3.4.1978.
1. Inkrafttreten der Satzung des Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes in der Deutschen Demokratischen Republik vom 24.2.1978.
- 3.—7. „Leben und Zeugnis der Behinderten in der christlichen Gemeinde“. Ökumenische europäische Konsultation in Bad Saarow.
- 5.—7. Gespräch zwischen Vertretern des Nationalen Christenrates in den USA, des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen in der Deutschen Demokratischen Republik in Chorin.
- 9.—15. Internationale Tagung des ÖRK über Abrüstungsfragen in Glion bei Montreux.
- 10.—13. Erste Konferenz der Konferenz Europäischer Kirchen und des



römisch-katholischen Rates der Europäischen Bischofskonferenz in Chantilly.

11. Schreiben des Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof D. Helmut Claß, an den tschechischen Staats- und Parteichef Gustav Husak während seines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik Deutschland über die Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechoslowaken.
28. „Evangelische Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche)“. Beschluß der Landessynode über die Namensänderung.

#### *Mai*

4. Amtseinführung des Landesbischofs der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, Werner Leich.
5. Schreiben des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, wegen der Einführung von Wehrkundeunterricht an Schulen.
25. Gemeindetag unter dem Wort der Konferenz bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands in Stuttgart.
- 26.—28. „Leben heißt ein Ziel haben“. Kirchentagskongreß der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen in Leipzig.

#### *Juni*

1. Gespräch zwischen dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik und dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, über den Wehrkundeunterricht an Schulen.
- 2.—4. „Es geht ums Leben“. Kirchentagskongreß der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in Erfurt.
6. Erklärung des Ausschusses für den kirchlichen Dienst an ausländischen Arbeitsnehmern der EKD zum Asylverfahren.
14. Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Gemeinden zum Wehrkundeunterricht an Schulen.
- 14.—18. Konsultation des Internationalen Kongresses für Weltevangalisation (Lausanne II) in Pattaya bei Bangkok.
15. „Chancengleichheit für das Handwerk“. Aktueller Kommentar (Nr. 4) der Kammer für soziale Ordnung der EKD.
- 16.—18. „Auf der Suche nach Leben“. Kirchentagskongreß der Evangelischen Landeskirche Greifswald, in Stralsund.
18. Gemeinsamer Gottesdienst der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) und der Vereinigten Reformierten Kirche von England und Wales zum Ausdruck der Abendmahls- und Kanzelgemeinschaft.
19. Gespräch zwischen Vertretern des Bundes der Evangelischen

Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und dem Vorsitzenden des Ministerrats, Willy Stoph.

22. Gespräch zwischen dem Rat der EKD und dem Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer über den Kurs des ÖRK, in Hannover.

### *Juli*

- Anfang Gründung der Internationalen Konferenz bekennender Gemeinschaften (Bundesrepublik Deutschland; Großbritannien; Südafrika; Rhodesien; Neuseeland; USA) in London.
3. Konferenz für Ausländerfragen des Kirchlichen Außenamtes der EKD zum Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland.
10. „Zum Verhältnis von Kirche und Christlich-Sozialer Union“. Arbeitspapier der CSU.
- 10.–14. Teilnahme des Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof D. Helmut Claß, an der Nationalversammlung des Südafrikanischen Kirchenrates in Johannesburg.
21. Erklärung des Rates der EKD zu Fragen der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und des Zivildienstes.
22. Ablehnende Stellungnahme des Rates der EKD zu dem von der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland geforderten Boykott südafrikanischer Nahrungsmittel.
22. Erklärung des Rates und der Kirchenkonferenz der EKD zu Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion und in Südafrika.

### *August*

- Anfang „Christ aktuell“. Theologische Grundlegung zum Missionarischen Jahr 1981.
2. „Zur Frage der Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst“. Bericht der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD.
10. Bekanntgabe der Unterstützung der Patriotischen Front Simbabwe aus dem Sonderfonds des Antirassismus-Programms des ÖRK (85.000 Dollar).
30. „Eine gemeinsame Rechenschaft über die Hoffnung“. Grundsatzdokument der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des ÖRK nach ihrer Tagung in Bangalore.

### *September*

1. „Zur Verfolgung des Judentums durch den Nationalsozialismus (Aus Anlaß des 40. Jahrestages der November-Pogrome 1938)“. Ausarbeitung der EKD-Kirchenkanzlei.
8. „Überlegungen und Feststellungen des Rates der EKD zum Hintergrund-Papier ‚Südafrika heute – Hoffnung um welchen Preis‘“.
9. Erklärung des Vizepräsidenten des Lutherischen Weltbundes,

- Landesbischof D. Johannes Hanselmann, zu Hilfeleistungen des Lutherischen Weltbundes für afrikanische Flüchtlinge.
11. Besuch des Bevollmächtigten des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland, Prälat Heinz-Georg Binder, bei Kirchenvertretern und Politikern in Warschau.
- 12.–17. Konsultation afrikanischer, asiatischer und deutscher Kirchen der Vereinigten Evangelischen Mission, Wuppertal, zu deren 150-Jahr-Feier in Bethel.
15. bis 450-Jahrfeier anlässlich der Einführung der Reformation in  
Oktober 1. Braunschweig.
19. Vertrag zwischen der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn und der Christlich-Theologischen Akademie Warschau über den Austausch von Wissenschaftlern.
- 22.–24. „Zurück zu Gott, mit Gott ins Leben“. Kirchentagskongreß der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Ost), in Brandenburg.
24. „Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik an die Gemeinden anlässlich des 40. Jahrestages der sogenannten Reichskristallnacht“.
- 24.–26. Besuch des Vorsitzenden des Exekutivausschusses und des Zentralausschusses des ÖRK, Erzbischof Edward W. Scott, bei der EKD in Hannover.
- 26.–29. „Sicherheit, Abrüstung und Ökonomie“. Dritte Nach-Helsinki-Belgrad-Konsultation der Konferenz Europäischer Kirchen in Siofok.

#### *Oktober*

1. Zusammenschluß der Protestantischen Kirche, der Reformierten Kirche und der Altreformierten Kirche zur Vereinigten Protestantischen Kirche Belgiens.
1. „Die Zukunft unserer Demokratie“. Podiumsdiskussion des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing und der Stiftung Theodor Heuss-Preis mit Bundespräsident Walter Scheel, Bundestagspräsident Karl Carstens, Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundesverfassungsgerichtspräsident Ernst Benda in der Evangelischen Akademie Tutzing.
- 1.–4. Drittes Theologisches Gespräch zwischen Vertretern der Russisch-Orthodoxen Kirche und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik in Kiew.
4. Konsultation der Abteilung für kirchliche Zusammenarbeit und der Studienabteilung des Lutherischen Weltbundes über eigenständige Formen afrikanischer Theologie, in Gabarone/Botswana.
6. Erklärung des Exekutivausschusses der ÖRK über die finanziellen Zuwendungen aus dem Sonderfonds des Antirassismus-Programms an die Patriotische Front Simbabwe.

- 6.–12. Besuch einer Delegation des Lutherischen Weltbundes bei der Russisch-Orthodoxen Kirche in Moskau.
- 15. Inkrafttreten des neugefassten Kirchengesetzes der VELKD vom 16.6.1956 über das Verfahren bei Lehrbeanstandungen.
- 20.–21. Ablehnung einer Erweiterung zum 1.1.1979 durch die Braunschweigische Landessynode.
- 20.–23. „The Message in the Media“. Erste europäische evangelikale Kommunikationskonferenz in Amsterdam.
- 21. Ablehnende Stellungnahme des Rates und der Kirchenkonferenz der EKD zur Unterstützung der SWAPO und der Patriotischen Front Simbabwe aus dem Sonderfonds des Antirassismus-Programms des ÖRK.
- 21. Erklärung des Rates der EKD zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979.
- 23. Erklärung des Rates der EKD zur vierzigsten Wiederkehr der sog. Reichskristallnacht am 9. November.
- 23. „Erklärung zur Ehe“ der Bischofskonferenz der VELKD.
- 24.–26. „Frauen für Südafrika: Kauft keine Früchte der Apartheid“. Aufruf der Mitgliederversammlung der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland, in Stein bei Nürnberg.
- 25. Ablehnende Stellungnahme der EKD zur Entscheidung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schaumburg-Lippe, ihre Mitgliedschaft im ÖRK ruhen zu lassen.
- 26. Beschlüsse der Generalsynode der VELKD in Bad Bevensen zum Problem Kirche und Gesellschaft, zur Studienarbeit im ÖRK, zur Rolle der Kirchen in Bezug auf das südliche Afrika und zur Kritik am Sonderfonds des Antirassismus-Programms des ÖRK. Entschließung zu Ehe und Familie, gerichtet an die Parlamente und Regierungen des Bundes und der Länder.
- 26. Amtseinführung des neuen Leitenden Bischofs der VELKD, Landesbischof Dr. Gerhard Heintze.
- 26. „Sozialethische Überlegungen zur Frage des Leistungsprinzips und der Wettbewerbsgesellschaft“. Veröffentlichung einer Denkschrift der Kammer für soziale Ordnung der EKD.
- 27.–31. Bericht der Kirchenleitungen an die in Weimar tagende Generalsynode der VELKD/DDR zur Frage des Wehrkundeunterrichts an Schulen.
- 31. „Verantwortung der Christen in einer sozialistischen Gesellschaft für Umwelt und Zukunft des Menschen“. Beitrag des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik zur ÖRK-Konferenz in Cambridge/USA im Juli 1979.
- 31. Aufforderung der Konferenz bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen in Deutschland an die EKD zum Austritt aus dem ÖRK.
- Ende Gespräch zwischen Vertretern der EKD und des ÖRK über



einen Kurswechsel im Rahmen des Antirassismus-Programms, in Genf.

### *November*

- Anfang Gründung der Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche Westfalen, in Dortmund.
1. Bekanntmachung der Neufassung der Verfassung der VELKD.
  1. Kommunique über eine Konsultation 15 verschiedener konfessioneller Bünde mit dem Ziel ihrer engeren Zusammenarbeit, auch mit dem ÖRK.
  6. Neufassung des Kirchengesetzes über die Wahl und das Ausscheiden der Bischöfe in der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche vom 23.7.1977 (Bischofsgesetz).
  - 5.–11. Kundgebung der EKD-Synode in Bethel zu Erziehungs- und Bildungsfragen, zum Verhältnis zum ÖRK, besonders zur Frage des Antirassismus-Programms, zur Grundwertediskussion und zur Kriegsdienstverweigerung.
  15. Beschluß der Württembergischen Landessynode über den weiteren Verbleib der Evangelischen Landeskirche im ÖRK.
  16. Fortsetzung des Lehrbeanstandungsverfahrens gegen Dr. Paul Schulz, Pastor an der Hauptkirche St. Jacobi, Hamburg.
  17. Ablehnende Stellungnahme der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland zu einem Beschluß der Kreissynode Duisburg-Süd über die Unterstützung des Sonderfonds des Antirassismus-Programms des ÖRK aus Kirchensteuermitteln (DM 40.000).
  18. Kritik des Vorsitzenden der Konferenz bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands, Superintendent Reinhold George, am Beschluß der EKD-Synode zum Verbleib im ÖRK.
  19. Beschluß zur öffentlichen Verantwortung der Kirche der Regionalen Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin-West).
  30. Gesetz zur Änderung der Kirchenverfassung der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche).
  30. bis 31. Dezember 2. Ökumenisches Kolloquium der Konferenz Europäischer Kirchen über das Problem der Menschenrechte.

### *Dezember*

6. Erklärung des Lutherischen Weltbundes zum 30. Jahrestag der Annahme der Allgemeinen Menschenrechtsdeklaration durch die Vereinten Nationen.
- 6.–8. „Forum Theologie – Naturwissenschaft“ der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg, in Arnoldshain.
7. Ablehnung der von der EKD empfohlenen revidierten Neuübertragung des Lutherischen Neuen Testaments (1976) durch die Landessynode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck.

8. Annahme von Rahmenempfehlungen des Bildungspolitischen Ausschusses der EKD zur Eltern- und Familienbildung in evangelischer Trägerschaft durch den Rat der EKD.
11. Beitritt der Konferenz bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands zur Internationalen Konferenz bekennender Gemeinschaften.
18. Antwortschreiben des ÖRK-Generalsekretärs, Dr. Philip A. Potter, an den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund zur Frage der Vergabe von Sonderfondsmitteln des Antirassismus-Programmes an die Patriotische Front Simbabwe.
18. Gesprächsbereitschaft des Arbeitskreises der CDU/CSU: Schreiben des Vorsitzenden, Professor Roman Herzog, an die evangelischen Pfarrer in der Bundesrepublik Deutschland.
20. Schreiben des bayerischen Landesbischofs, D. Johannes Hanselmann, an den ÖRK-Generalsekretär, Dr. Philip A. Potter, zur Frage der Überprüfung von Programmstrukturen und Richtlinien des ÖRK.

# Von Personen

(Im Jahre 1978 verstorben)

*Bartsch, Friedrich*, Dr. phil. Kirchenrat, geb. 24.12.1898 Treumark/Kreis Hohensalza, 1924 Mitarbeiter des Ev. Presseverbandes Schlesien, 1926 Geschäftsführer des Deutschen Ev. Volksbildungsausschusses Berlin, 1928 Gründer des Deutschen Verbandes Ev. Büchereien, 1929 Leiter der Volkshochschule Eckhartshof bei Halberstadt und Mitarbeiter der halbamtlichen Arbeitsstelle des Preußischen Ministeriums für Erziehung und Unterricht „Rat der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung“, 1932 Leiter der geistigen Ausbildung der Führer des Freiwilligen Arbeitsdienstes, nach der sogenannten Machtergreifung Leiter der Abteilung Volksbüchereien und Schriftenmission beim Ev. Pressedienst (umfangreiche Vortragsreisen, Lesungen aus eigenen Werken), 1939 Überführung der Schriftenmission in die Deutsche Ev. Kirchenkanzlei als „Schrifttumsstelle der Deutschen Evangelischen Kirche“, 1945–1963 Mitbegründer, Geschäftsführer und leitendes Direktoriumsmitglied der Ev. Verlagsanstalt Berlin und Leipzig, bis 1972 Leiter des Ev. Schrifttumsdienstes der EKD, gest. 30.12.1978 Berlin.

*Benz, Ernst*, Prof. Dr. theol. Dr. phil. DD., geb. 17.11.1907 Friedrichshafen, 1932 Privatdozent Halle a.d. Saale, 1935 a.o. Professor, 1937–1976 o. Professor für Kirchen- und Dogmengeschichte Marburg; Mitglied der deutschen UNESCO-Kommission für Kirchen- und Dogmengeschichte, gest. 29.12.1978 Meersburg a. Bodensee.

*Ebrecht, Walter*, geb. 27.3.1910 Ludwigshafen-Friesenheim, 1934–1938 Pfarrverweser bzw. Vikar Iggelheim, Ludwigshafen und Heßheim, 1939 Pfarrer Pflegeheim Zoar, 1945 Pfarrverweser Dielkirchen, 1946 Pfarrer Waldfischbach, 1948 Dekan Gernersheim, 1954 Oberkirchenrat, 1969–1975 Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche), gest. 24.5.1978 in Österreich.

*Fascher, Erich*, Prof. D. theol., geb. 14.12.1897 Göttingen, 1926 Privatdozent Marburg, 1930 o. Professor für Neues Testament Jena, 1937 Halle a.d. Saale, 1950 Greifswald, 1954–1964 Berlin (Ost), gest. 23.7.1978 Berlin.

*Friedrich, Otto*, Prof. Dr. jur. D., geb. 6.7.1883 Molsheim/Elsass, 1919 Stadtrechtsrat Karlsruhe, 1924 Referent, 1925–1953 Oberkirchenrat der Vereinigten Ev.-protestantischen Landeskirche Badens, 1932 Lehrauftrag für Kirchenrecht Heidelberg, 1937–1945 aus politischen Gründen entzogen, 1963 Honorarprofessor; maßgebliche Mitwirkung beim Abschluß des Vertrags der Landeskirche mit dem Freistaat Baden (1932), gest. 21.6.1978 Heidelberg.

*Harder, Günther*, Dr. jur. Lic. theol. D., geb. 13.1.1902 Groß-Breesen, 1929 Pfarrer Fehrbellin, 1936 Mitbegründer und Dozent (1955 Professor) und 1945 daneben Leiter des Archivs für die Geschichte des Kirchenkampfes der Kirchlichen Hochschule Berlin, 1950 Gründer des Arbeitsausschusses „Dienst an Israel“ (ab 1965 Berliner Arbeitsgemeinschaft Christen und Juden), 1961 Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft Christen und Juden auf dem Berliner Kirchentag, gest. 12.9.1978 Berlin.

*Herrenbrück, Walter*, D., geb. 3.4.1910 Stockport/Großbritannien, 1937

Pfarrer Tergast, 1950 Leer, 1951 Landessuperintendent der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland, 1963–1975 Pfarrer der evangelisch-reformierten Gemeinde Hannover, gest. 31.7.1978 Oldenburg i.O.

*Kleindienst, Alfred*, Dr. theol. hc., geb. 4.11.1893 Łuck/Wolhynien, 1918 Pfarrer Galka a.d. Wolga, 1921 Łuck, 1938 wegen seiner deutschen Staatsangehörigkeit Entlassung aus dem Dienst der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen, 1939 Leiter der Litzmannstädter Evangelischen Kirche im Wartheland, 1940 Oberkirchenrat, 1945 Flucht nach Westdeutschland, 1946 Auslieferung an Polen, 1948 Prozess und Freispruch Lodz, 1949–1959 Pfarrer Augsburg, 1953 Kirchenrat, gest. 23.11.1978 Augsburg.

*Kleinschmidt, Karl*, geb. 26.4.1902 Hannover, 1927 Pfarrer Weißbach/Thüringen, 1930 Eisenberg, 1931 Vorsitzender des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands, 1933 vorübergehend Schutzhaft und freiwilliges Ausscheiden aus dem thüringischen Kirchendienst, freiberufliche Tätigkeit Berlin, 1934 bis 1967 Pfarrer Schwerin, 1935 Domprediger ebd., 1937 Mitglied der Bekennenden Gemeinde ebd., 1928 und 1945 Mitglied der SPD (später SED), 1945 Mitbegründer und Leiter des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands in Mecklenburg, gest. 13.8.1978 Schwerin.

*Knevels, Wilhelm*, Prof. Dr. theol., geb. 3.7.1897 Mannheim, 1938 Verwalter eines ordentlichen Lehrstuhls Rostock, 1942 Breslau, 1950–1952 Professor mit Lehrauftrag Halle a.d. Saale, 1965 emeritiert Berlin (West); Beauftragter der Evangelischen Kirche für die theologische Arbeit an der Volkshochschule Berlin (West), gest. 24.12.1978 Berlin.

*Landsberg, Ludwig*, Dr. jur., geb. 25.3.1911 Berlin, Landwirt, 1939–1945 Kriegsdienst, 1947–1975 Referent (zuletzt Ministerialdirigent) für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen im Wohlfahrts- (später Arbeits- und Sozial-) ministerium von Nordrhein-Westfalen, 1959 und 1965–1977 Mitglied der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland; Vorstandsmitglied des Diakonischen Werkes im Rheinland und des Theodor-Fliedner-Werkes Mülheim/Selbeck; Mitverfasser der Ostdenkschrift der EKD, gest. 25.8.1978 Ebenhausen/Ufr.

*Meyer, Heinrich*, Prof. D. theol. DD., geb. 16.10.1904 Apenrade/Nordschleswig, 1930 Missionar der Breklumer Mission in Indien, 1934 Präsident der Jey-pore-Kirche, 1951 Privatdozent für Missionswissenschaft Heidelberg, 1953 Missionsdirektor der Hanseatischen Kirchen und Professor für Missionswissenschaft der Kirchlichen Hochschule Hamburg, 1956–1972 Bischof der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck, 1957–1966 Vorsitzender der Kommission für Weltmission des Lutherischen Weltbundes; Vorsitzender der des Ökumenischen Ausschusses und der Delegation der VELKD bei lutherisch-reformierten Lehrgesprächen, gest. 25.5.1978 Lübeck.

*Niebergall, Alfred*, Prof. D., geb. 9.11.1909 Heidelberg, 1937 Pfarrer Nassenerfurth, 1946 Studiendirektor des Predigerseminars Hofgeismar, 1950 Privatdozent für Praktologie und 1955 Habilitation Göttingen, 1957–1978 o. Professor Marburg, gest. 29.12.1978 Marburg.

*Schemel, Wilhelm*, geb. 5.12.1910 Gießen a.d. Lahn, 1934–1940 Pfarrstellenverwalter Grenzhausen/Westerwald, Schlitz, Nierstein a. Rhein, 1940–1970 Pfarrer ebd., 1939–1941 Kriegsdienst, dann bis 1945 Wehrmachtspfarrer, 1957



Dekan Oppenheim, 1936–1939 und ab 1957 Geschäftsführer bzw. Leiter des Evangelischen Presseverbandes Hessen-Nassau; Mitglied des Hauptausschusses des Fachbereichs Zeitschriften im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, gest. 27.10.1978 Bingen-Rüdesheim.

*Schlier, Heinrich*, Prof. D. Dr. h. c. mult., geb. 31.3.1900 Neuburg a.d. Donau, 1928 Privatdozent Jena, 1930 Marburg, 1935 Entzug der Lehrbefugnis aus politischen Gründen, Berufung als Leiter und Dozent der bei Eröffnung verbotenen Kirchlichen Hochschule Elberfeld, 1936–1941 Dozent der Theologischen Schule des Reformierten Bundes für Deutschland, 1935 Mitglied der Bekenntnissynode im Rheinland, 1936 der Bekenntnissynode der Ev. Kirche der Altpreußischen Union, 1937–1945 Pfarrer der lutherischen Bekenntnisgemeinde Elberfeld, 1945–1952 o. Professor für Neues Testament und Kirchengeschichte der Ev.-Theologischen Fakultät Bonn, 1953 Übertritt zur römisch-katholischen Kirche, bis 1968 Honorarprofessor mit Lehrauftrag für altchristliche Literatur der Philosophischen Fakultät, gest. 26.12.1978 Bonn.

*Schutzka, Martin*, geb. 28.1.1908 Deutsch-Koschmin/Provinz Posen, 1935 Ordination durch die Bekenkende Kirche, Pfarrstellenverweser Wittbrietzen und Brandenburg a.d. Havel, 1936 Pfarrer Netzbruch/Neumark, 1939 Kriegsdienst, 1945 Amtsaushilfen in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, 1950 Pfarrer Gauting, 1954 Pfarrer und Superintendent Berlin-Spandau, 1959 daneben kommissarisch Abteilungsleiter und Propst, 1960–1969 Geistlicher Leiter und Propst der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin West), gest. 4.9.1978 Marktredwitz.

*Smidt, Udo, D.*, geb. 1.7.1900 Groothusen/Ostfriesland, 1925 Pfarrer Rysum, 1930 Reichswart des Bundes Deutscher Bibelkreise, 1934 Pfarrer Bremerhaven-Lehe, nebenamtlich Jugendpfarrer der Evangelisch-Reformierten Kirche in Nordwestdeutschland, 1951 Studiendirektor des reformierten Predigerseminars Wuppertal, 1958–1970 Landessuperintendent Detmold, 1961–1971 Mitglied des Rates der EKD; Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und Mitglied des Moderaments des Reformierten Bundes, gest. 18.4.1978 Lage-Hörste.

*Tannert, Werner*, Dr. theol., geb. 7.9.1923 Leipzig-Gohlis, 1956 Pfarrer Froburg, 1960 Dresden, 1966 Studiendirektor des Predigerseminars Bückendorf, 1969 Mitglied der Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen, 1977 Oberlandeskirchenrat; Mitglied der gesamteuropäischen Kommission „Leuenberger Gespräche“, gest. 11.11.1978 Dresden.

*Thomas, Wilhelm*, geb. 30.3.1896 Augsburg, 1921–1929 Hilfsgeistlicher Augsburg und Marburg, 1930 Pfarrer Bremke bei Göttingen, 1934 theologischer Hilfsarbeiter des hannoverschen Landesbischofs, 1943 Pfarrer Hildesheim, 1948 Hauptgeschäftsführer des Ev. Hilfswerks der EKD (Hannover), 1954 Superintendent Wunstorf, 1957 Sachhilfsarbeiter im Landeskirchenamt Hannover, 1923 Mitbegründer der Berneuchener Bewegung und 1931 der Michaelsbruderschaften, gest. 18.11.1978 Hildesheim.

*Volz, Hans*, Dr. phil. D., geb. 8.2.1904 Berlin-Charlottenburg, seit 1922 Studium und Verlagstätigkeit, 1937 Mitarbeiter am Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut Berlin, 1950 hauptamtlicher Mitarbeiter bei der Kommis-

sion zur Herausgabe der Werke Martin Luthers („Weimarana“), 1954–1972  
Lehrauftrag Göttingen für Textgeschichte des reformatorischen Schrifttums,  
gest. 3.4.1978 Göttingen.

*Weiser, Artur*, Prof. D., geb. 18.11.1893 Karlsruhe, 1922 Privatdozent, 1928  
a.o. Professor Heidelberg, 1930 o. Professor für Altes Testament Tübingen,  
gest. 5.8.1978 Tübingen.

# Abkürzungsverzeichnis

AACC	All African Church Conference (Gesamtafrikanische Kirchenkonferenz)
ABl. ...	Amtsblatt (mit Angabe der Landeskirche)
ABl.EKD	Amtsblatt der EKD, Hannover
ACK	Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland
A EJ	Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
AEM	Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Missionen (bis 1968: Konferenz Evangelischer Missionen)
AGES	Arbeitsgemeinschaft Europäischer Stadtmissionen
AGKED	Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst
AGMD	Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste
AKf	Arnoldshainer Konferenz
AMD	Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste
BEK.DDR	Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
Bh	Beiheft
BPA	Bildungspolitischer Ausschuß der EKD
BSynEKD	Berichte über die Tagungen der Synode der EKD, Hannover
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CA	Confessio Augustana
CCIA	Commission of the Churches on International Affairs ([ÖRK-] Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten: KKIA)
CCPD	Commission on the Churches' Participation in Development ([ÖRK-] Kommission für Kirchlichen Entwicklungsdienst)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CFK	Christliche Friedenskonferenz („Prager Friedenskonferenz“)
CIC	Codex Iuris Canonici
CICARWS	Commission in Inter-Church Aid, Refugee and World Service ([ÖRK-] Kommission für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst)
CSU	Christlich-Soziale Union
CVJM	Christlicher Verein Junger Männer
CWME	Commission on World Mission and Evangelism ([ÖRK-] Kommission für Weltmission und Evangelisation)
DA	Deutschland-Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR, Köln
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEKT	Deutscher Evangelischer Kirchentag
DELK	Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in Südwestafrika
DS	Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Hamburg
DtPfrBl	Deutsches Pfarrerblatt
DÜ	Dienste in Übersee. Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen in Deutschland
DW	Diakonisches Werk (Innere Mission und Hilfswerk) der EKD
DZ	Deutsche Zeitung / „Christ und Welt“, Stuttgart
EA	Evangelische Allianz
EFD	Evangelische Frauenarbeit in Deutschland
EG	Europäische Gemeinschaft
EKA	Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr

EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKD-KA	Kirchliches Außenamt der EKD (s. auch KA)
EKD-KK	Kirchenkanzlei der EKD
EKG	Evangelisches Kirchengesangbuch
EKHN	Evangelische Kirche von Hessen und Nassau
EKiR	Evangelische Kirche im Rheinland
EKKW	Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck
EKL	Evangelisches Kirchenlexikon, Göttingen
EKU	Evangelische Kirche der Union
EKvW	Evangelische Kirche von Westfalen
EMW	Evangelisches Missionswerk
EMZ	Evangelische Missionszeitschrift, Korntal-Stuttgart
epd	Evangelischer Pressedienst, Frankfurt am Main
epd-Dok	epd-Dokumentation
epd ZA	epd Zentralausgabe
EPS	Ecumenical Press Service (Pressedienst des ÖRK), Genf
ER	The Exumenical Review, Genf
ESG	Evangelische Studentengemeinde
ESL	Evangelisches Soziallexikon, 5. Aufl. 1965
EStL	Evangelisches Staatslexikon, 2. Aufl. 1975
EvK	Evangelische Kommentare, Stuttgart
EvTh	Evangelische Theologie, München
FAK	Facharbeitskreis
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FC	Formule Concordiae (Konkordienformel)
FDP	Freie Demokratische Partei
FEST	Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft
FR	Frankfurter Rundschau
GEP	Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GO	Grundordnung
GTB	Gütersloher Taschenbücher / Siebenstern
HK	Herder-Korrespondenz, Freiburg-Basel-Wien
idea	Informationsdienst der Evangelischen Allianz
IDZ	Internationale Dialog Zeitschrift, Wien-Freiburg
IKZ	Internationale Kirchliche Zeitschrift, Bern
IKathZ.	Internationale Katholische Zeitschrift (ab Jg. 3, 1974; Internationale Katholische Zeitschrift „Communio“)
Info.-Bek.	Informationsbrief der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“, Espelkamp
JK	Junge Kirche, Dortmund
KA	Kirchliches Außenamt der EKD
KBG	Konferenz Bekenntender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands
KED	Kirchlicher Entwicklungsdienst
KEK	Konferenz Europäischer Kirchen
KidZ	Kirche in der Zeit, Düsseldorf
KiS	Kirche im Sozialismus. Ein Materialdienst
KJ	Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland
KKL	Konferenz der Kirchenleitungen des BEK/DDR
KL	Kirchenleitung
KNA	Katholische Nachrichten-Agentur, Bonn
KR	Kirchenrat
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KuD	Kerygma und Dogma, Göttingen
LB	Landesbischof



LK	Leuenberger Konkordie
LKA	Landeskirchenamt
LKR	Landeskirchenrat
LM	Lutherische Monatshefte, Hannover
LR	Lutherische Rundschau, Stuttgart
LThK	Lexikon für Theologie und Kirche, 2. Aufl. 1957–1965
LuthGenSyn	Lutherische Generalsynode (mit Angabe des Jahres), Bericht über die Tagung der Generalsynode der VELKD
LWB	Lutherischer Weltbund (Lutheran World Federation: LWF)
MdKI	Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts, Bensheim
Mbl.BEK DDR	Mitteilungsblatt des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR
MdB	Mitglied des Bundestages
NCC	National Council of Churches, oder: National Christian Council
ND	Neues Deutschland, Berlin (Ost)
NZ	Neue Zeit, Berlin (Ost)
ÖR	Ökumenische Rundschau, Korntal-Stuttgart
ÖRK	Ökumenischer Rat (bzw. Weltrat) der Kirchen (s. auch WCC)
OKoR	Oberkonsistorialrat
OKR	Oberkirchenrat
OLKR	Oberlandeskirchenrat
P	Pastor
PBR	Programm [des ÖRK] zur Bekämpfung des Rassismus
= PCR	= Programme to Combat Racism
Pfr	Pfarrer
Rd.schr.	Rundschreiben
RGG	Die Religion in Geschichte und Gegenwart, 3. Aufl. 1957–1965
ROK	Russisch Orthodoxe Kirche
RWB	Reformierter Weltbund (World Alliance of Reformed Churches: WARC)
SCM	Student Christian Movement (Christliche Studentenbewegung)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SODEPAX	Comitee on Society Development and Peace
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
StZ	Stimme der Zeit, Freiburg
Sup	Superintendent
SWAPO	South West African People's Organisation
SZ	Süddeutsche Zeitung, München
ThExh	Theologische Existenz heute, München
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)
UNO	United Nations Organisation (Organisation der Vereinten Nationen)
VELK	Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche (in der DDR)
VELKD	Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in Deutschland
WCC	World Council of Churches (s. auch ÖRK)
WKL	Weltkirchenlexikon, Handbuch der Ökumene, 1960
WPKG	Wissenschaft und Praxis in Kirche und Gesellschaft, Göttingen
ZdZ	Zeichen der Zeit, Berlin (Ost)
ZEE	Zeitschrift für evangelische Ethik, Gütersloh
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, Tübingen
ZkTh	Zeitschrift für katholische Theologie, Wien
ZThK	Zeitschrift für Theologie und Kirche, Tübingen



# Personenregister

- Adler, Johannes, Cheflektor 298  
 Albus, Michael, Redakteur 347  
 Allgaier, Walter, Pfr. 52,98  
 Antonij, Metropolit 129  
 Aschenbrenner, Dieter, Prof. für Religions-  
 pädagogik 182  
 Auer, Frank von, Pädagoge 167f.  
 Augoustinos, Bischof 148f.
- Bahro, Rudolf, Publizist 295  
 Barrelet, Horst, Rechtsanwalt 53,63  
 Barth, Karl, Prof. für Systematische Theo-  
 logie 333  
 Bartsch, Friedrich, Verlagsleiter 371  
 Basse, Ottokar, OKR 177  
 Bäumer, Rudolf, Pfr. 41,43,48  
 Becher, Karl, Prof. für Staatswissen-  
 schaft 293  
 Becker, Heinz, OKR 116,155f.,177  
 Benda, Ernst, Präsident des Bundesverfas-  
 sungsgericht 367  
 Bendrath, Detlef, Pfr. 22  
 Benz, Ernst, Prof. für Kirchengeschichte  
 371  
 Beyerhaus, Peter, Prof. für Missionswissen-  
 schaft 41,47,130  
 Bikos, Steve 337  
 Bilke, Jörg Bernhard 295  
 Binder, Heinz Georg, Bevollmächtigter der  
 EKD 150,367  
 Biser, Eugen, Prof. für Christliche Weltan-  
 schauung und Religionsphilosophie 98  
 Brakelmann, Günter, Prof. für Sozialethik  
 85  
 Brandenburg, Albert, Prof. für Dogmatik  
 139  
 Brasch, Horst, Generalsekretär der Liga für  
 Völkerfreundschaft 293  
 Breschnew, Leonid, Politiker 296  
 Brück, Ulrich von, OLKR 329  
 Brüsewitz, Oskar, Pfr. 294,297  
 Brunotte, Heinz, Präsident der Kirchen-  
 kanzlei i.R. 13ff.  
 Bürkle, Horst, Prof. für Missionswissen-  
 schaft 98
- Carstens, Karl, Bundespräsident 367  
 Cieslak, Johannes, Ofenbaumeister 304  
 Claß, Helmut, Landesbischof, Ratsvorsit-  
 zender 32,52,75,121,134,145,147,304,  
 365f.
- Daiber, Karl-Fritz, Prof. für Praktische  
 Theologie 254  
 Dantine, Wilhelm, Prof. für Systematische  
 Theologie 139  
 Daud, Mohammed, Staatspräsident 291  
 Deiß, Werner, Sup. 141  
 Deßecker, Klaus, Religionspädagoge 157  
 Dienst, Karl, OKR 32,167,171  
 Dietzfelbinger, Hermann, Landesbischof  
 138  
 Dollinger, Werner, Bundesminister a.D. 89  
 Domsch, Kurt, Synodalpräsident 297,320,  
 357  
 Dräger, Hans Rudolf, Rektor, Synodalprä-  
 sident 173
- Ebrecht, Walter, Kirchenpräsident 371  
 Engels, Friedrich, politischer Schriftsteller  
 332  
 Eppler, Erhard, Bundesminister 85  
 Exner, Horst, Diplom-Sozialwirt 184
- Falcke, Heino, Probst 304,329  
 Fascher, Erich, Prof. für Neues Testament  
 371  
 Fichtner, Hans-Eberhard, KOR 319,324,  
 339  
 Filaret, Metropolit 129  
 Filbinger, Hans, Ministerpräsident 291  
 Findeisen, Sven, Pfr. 43  
 Flammer, Helmuth, Fabrikant 46  
 Fleischmann, Alfons, Prof. für Systemati-  
 sche Theologie 98  
 Fränkel, Hans-Joachim, Bischof 315,348,  
 353,361  
 Friedrich, Gerhard, Prof. für Neues Testa-  
 ment 53,63  
 Friedrich, Otto, OKR 371  
 Fries, Heinrich, Prof. für Fundamental-  
 theologie 137  
 Fromm, Erich, Prof. für Psychologie 111
- Garstecki, Joachim, Theologe 358  
 Gehrmann, Horst, Vorsitzender Richter  
 53,63  
 George, Reinhold, Sup. 369  
 Geißler, Heinrich, Parteipolitiker 94  
 Goethe, Johann Wolfgang von, Dichter 58  
 Gollwitzer, Helmut, Prof. für Systemati-  
 sche Theologie 130  
 Graham, Billy, Evangelist 29  
 Grell, Wolfgang, Pfr. 60

- Gröschel, Hans, Pädagoge 167f.  
 Grünzweig, Fritz, Pfr. 42  
 Günther, Rolf, Pfr. 297
- Haack, Friedrich-Wilhelm, Pfr. 19  
 Hage, V., Journalist 124  
 Hammer, Walter, Präsident der Kirchenkanzlei 13ff.  
 Hanselmann, Johannes, Landesbischof 143,367,370  
 Harder, Günther, Prof. für Kirchengeschichte 371  
 Hasselhorn, Johannes, Oberlandeskirchenrat 25f.,363  
 Hauschild, Wolf-Dieter, Prof. für Kirchengeschichte 19ff.  
 Heidegger, Martin, Philosoph 20  
 Heidingsfeld, Uwe-Peter, OKR 347  
 Heimbucher, Kurt, Präses 25,42,363  
 Heintze, Gerhard, Landesbischof 136,368  
 Helwig, Gisela, Redakteurin 362  
 Hempel, Johannes, Landesbischof 357  
 Henkys, Reinhard, Publizist 347  
 Hennig, Kurt, Dekan 46  
 Herrmann, Joachim, Generalsekretär des Zentralkomitees der SED 293  
 Herrenbrück, Walter, Pfr. 371  
 Herzog, Roman, Prof. für Verwaltungswissenschaften 89,370  
 Heyl, Wolfgang, Politiker 360f.  
 Hilbert, Gerhard, Prof. für Praktische Theologie 25  
 Hild, Helmut, Kirchenpräsident 156,304  
 Hillermeier, Karl, Staatsminister 98  
 Höffner, Joseph, Erzbischof 140,145,151  
 Höhn, Charlotte 221  
 Hoenen, Raimund 305  
 Höpcke, Klaus, stellvertretender Kultusminister 295  
 Holtz-Baumert, Gerhard, Vizepräsident 362  
 Honecker, Erich, Staatsratsvorsitzender 292f.,296,347,352f.,356,364  
 Honecker, Margot, Ministerin für Volksbildung 81,294,362  
 Horkheimer, Max, Soziologe 20  
 Hübner, Friedrich, Bischof 363  
 Hübner, Niko 295  
 Huntemann, Georg, Pastor 48f.  
 Husak, Gustav, Staats- und Parteichef 365
- Imhoff, Wilhelm, Diplomvolkswirt 45  
 Irineos, Erzbischof 145,147f.
- Janowski, Hans-Norbert, Redakteur 174  
 Johannes Paul I., (Luciani), Papst 291,361  
 Johannes Paul II., (Wojtyla), Papst 129, 135f.,291  
 Jüngel, Eberhard, Prof. für Systematische Theologie 78  
 Jung, Hans-Gernot, Bischof 89f.,185
- Karl IV. 137  
 Kasch, Wilhelm F., Prof. für Systematische Theologie 98  
 Kaufmann, Hans-Bernhard, Prof. für Religionspädagogik 176  
 King, Martin Luther, Pfr. 361  
 Klein, Albert, Bischof 340  
 Kleindienst, Alfred, Kirchenrat 372  
 Kleinschmidt, Karl, Pfr. 372  
 Klostermann, Ferdinand, Prof. für Praktische Theologie 139  
 Knevels, Wilhelm, Prof. für Religionswissenschaft 372  
 Knöppel, Karl Heinz, Bundesvorsteher der Freien evangelischen Gemeinden 25, 363  
 Kohl, Helmut, Parteivorsitzender 97,296  
 Koschnick, Hans, Bürgermeister 101  
 Kralatsch, Ernst, Hauptabteilungsleiter im Außenministerium der DDR 323  
 Kramer, Dettmar 296  
 Krapp, Rolf, OKR 184  
 Kretschmar, Christoph, Pfr. 53,63  
 Kretschmar, Georg, Prof. für Kirchengeschichte 98  
 Krockow, Christian Graf von, Prof. für Politikwissenschaft 81  
 Krusche, Werner, Bischof 307,320,329, 347,355,357  
 Kühn, Ulrich, Dozent 340  
 Küng, Hans, Prof. für Systematische Theologie 130  
 Kuenheim, Hauck von, Journalist 70  
 Künneth, Friedrich Wilhelm, Pfr. 51  
 Kunst, Hermann, Bischof 165
- Landsberg, Ludwig, Ministerialdirigent 372  
 Lange, Ernst, OKR 156f.,328  
 Lefebvre, Marcel, Erzbischof 130  
 Leich, Werner, Landesbischof 365  
 Leicht, Robert, Journalist 20  
 Lell, Joachim, Pfr. 129ff.  
 Levison, Nathan P., Landesrabbiner 152  
 Lewek, Christa, OKR 320  
 Liedke, Gerhard, Theologe 335  
 Lindquist, Martti, Prof. für Systematik 336  
 Lingner, Olaf, OKR 291ff.  
 Loeser, Franz (Ostberlin) 293  
 Lohff, Wenzel, Prof. für Systematische Theologie 81



- Lohse, Eduard, Landesbischof 21,53,58f., 60,62f.,304
- Lorenzen, Paul, Prof. für Philosophie 56f.
- Lück, Immanuel, Pädagoge 50,180
- Luther, Martin, Reformator 21,55,59,65, 122,333,336
- Mahrenholz, Christhard, Prof. für Praktische Theologie und Musikwissenschaft 144
- Maier, Hans, Staatsminister 98
- Maron, Gottfried, Prof. für Kirchengeschichte 138
- Marx, Karl, Philosoph 332
- Matthes, Joachim, Prof. für Sozialwissenschaft 157
- Meliton, Metropolit 148
- Meurer, Siegfried, Pfr. 141
- Meves, Christa, Psychagogin 51
- Meyer, Heinrich, Bischof 372
- Michalke, R., Parteisekretär 295
- Mickey, Paul, Methodist 41
- Mohaupt, Lutz, OKR 53
- Moltmann, Jürgen, Prof. für Systematische Theologie 334
- Moro, Aldo, Ministerpräsident 291
- Moser, Georg, Bischof 144
- Motschmann, Jens, Pfr. 52
- Müller, A. N. Klaus, Physiker 330
- Müller, Eberhard, Pfr., Vorsitzender der Kammer für Soziale Ordnung 111
- Niebergall, Alfred, Prof. für Praktische Theologie 372
- Nikodim, Metropolit 129,291
- Nellessen-Schumacher, Traute 129
- Nipkow, Karl Ernst, Prof. für Religionspädagogik 156,168ff.
- Nordhues, Paul, Weihbischof 144
- Obermayer, Klaus, Prof. für Kirchenrecht 98
- Oldak, Pavel, Prof. (UdSSR) 332
- Ordnung, Carl, wissenschaftlicher Mitarbeiter 318
- Ostermeyer, Gerhard, Vorsitzender Richter 53,63
- Pabst, Walter, OKR 340
- Paul VI., (Montini), Papst 129,291,361
- Potter, Philip Alford, Generalsekretär 324f.,363,370
- Potthast, Karl Heinz, Oberstudiendirektor 183f.
- Popper, Karl, Prof. für Philosophie 57
- Rathke, Heinrich, Landesbischof 358
- Rau, Johannes, Ministerpräsident 170
- Rauscher, Anton, Prof. für Christliche Gesellschaftslehre 98
- Reimer, Ingrid, Journalistin 29
- Reller, Horst, OKR 22,29,47
- Rendtorff, Trutz, Prof. für Systematische Theologie 93
- Richter, Klemens, Theologe 361
- Röder, Hans-Jürgen, Redakteur 297,347, 355,358
- Röger, Christfried, Beauftragter des Rates der EKD bei den zentralen bildungspolitischen Gremien 165
- Rohde, Dieter, OKR 191ff.
- Rosenboom, Enno, OKR 177
- Rubischek, 332
- Schallenberg, E. Horst, Prof. für Politische Wissenschaft 158
- Scheel, Walter, Bundespräsident 367
- Scheele, Paul Werner, Weihbischof 132
- Scheffbuch, Rolf, Pfr. 46
- Schelsky, Helmut, Prof. für Soziologie 20
- Schemel, Wilhelm, Leiter des Evangelischen Presseverbandes Hessen-Nassau 372
- Schlier, Heinrich, Prof. für Neues Testament 373
- Schmidt, Hans-Jürgen, Pfr., Pädagoge 184
- Schmidt, Helmut, Bundeskanzler 80,87, 138,292,367
- Schmidtchen, Gerhard, Prof. für Soziologie 156
- Schmude, Jürgen, Bundesminister 166, 170
- Schönherr, Albrecht, Bischof 320,327, 348,353,358,361
- Scholder, Klaus, Prof. für Kirchengeschichte 167,170
- Schröder, Gerhard, Außenminister 89
- Schulz, Paul, Pfr. 52ff.,59f.,62ff.,369
- Schutz, Roger, Prior 29
- Schutzbka, Martin, Probst 373
- Schwarz, Karl (Dr.) 221
- Schweitzer, Albert, Arzt und Theologe 361
- Scott, Edward W., Erzbischof 367
- Seigewasser, Hans, Staatssekretär 365
- Seitz, Manfred, Prof. für Praktische Theologie 29
- Sjollema, Baldwin, ÖRK-Direktor 42, 336ff.,363
- Slenczka, Reinhard, Prof. für Systematische Theologie 45
- Smidt, Udo, Landessup. 373

- Spengler, Helmut, OKR 38  
 Sperl, Adolf, Rektor 47  
 Stammler, Eberhard, Pfr. 98  
 Stegemann, Hartmut, Prof. für Neues Testament 53f.,63  
 Steinlein, Reinhard, Sup. 351  
 Stendebach, Franz Josef, Direktor 141  
 Stolpe, Manfred, OKR 348,353  
 Stoltenberg, Gerhard, Ministerpräsident 90  
 Stoph, Willi, Vorsitzender des Ministerrates 320,358,366  
 Strunk, Gerhard, Pädagoge 184  
 Tannert, Werner, OLKR 373  
 Taraki, Mohammed, Ministerpräsident 291  
 Thimme, Hans, Präses 26,52  
 Thomas, Gerhard, Pfr. 304,348,373  
 Thomas, Wilhelm, Sup. 373  
 Verg, Erik, Chefreporter 24  
 Vischer, Lukas, ÖRK-Direktor 44,324  
 Volz, Hans, wissenschaftlicher Mitarbeiter 373  
 Voß, Helmut, Tischlermeister 305  
 Wassilios, Bischof 148  
 Weiser, Artur, Prof. für Altes Testament 374  
 Weizsäcker, Carl Friedrich von, Prof. für Physik 56f.  
 Wendebourg, Ernst Wilhelm, Prodekan 53,63  
 Westermann, Claus, Prof. für Altes Testament 333  
 Wilkens, Erwin, Vizepräsident 91,363  
 Wölber, Hans-Otto, Bischof 35f.,68,71,81  
 Wöste, Wilhelm, Prälat 165  
 Wolf, Carola, Journalistin 19

# Orts- und Sachregister

- Abendland 16,23,30,48,137f.,150  
 Abendmahl(sgemeinschaft) 33f.,133,137,  
 140,181,263,267f.,285,311ff.,365  
 – vgl. auch Eucharistie; Interkommunion  
 Abrüstung 78,292,298,302,316f.,320,  
 329ff.,349,355,357,359,364  
 – vgl. auch Glien; Rüstung  
 Addis Abeba 77,338  
 Ägypten 291  
 Äthiopien 40,291,315,318f.,364  
 – Mekane Yesuskirche 318  
 Afghanistan 291  
 Afrika 75,144,292f., 318f.,367  
 Akademien, kirchliche 48,69,87,156,166,  
 363,367,372  
 Altes Testament 57,65,140f.,298,333  
 – vgl. auch Bibel  
 Altenbetreuung 113,127,130,143,202f.,  
 206f.,214,273  
 – vgl. auch Diakonie  
 Altpreußische Union 373  
 Amsterdam 368  
 Amt, kirchliches 34,52,54,65,90,129,135,  
 142,147,310,312  
 – vgl. auch Kirche und Politik  
 Anthropologie 57f.,82,156,161  
 Antirassismus 44,316,326f.,329,337,363,  
 366ff.  
 – vgl. auch Ökumenischer Rat der Kir-  
 chen; Sonderfonds; Rassismus  
 Apartheid 337f.,368  
 – vgl. auch Südafrika  
 Apenrade 372  
 Arabien 292  
 Arbeitnehmer, ausländische 39,121,149,  
 223,273,365f.  
 – vgl. auch Mitbürger  
 Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen  
 (ACK) 130,133,137,141f.,151,373  
 – vgl. auch Ökumene, innerdeutsche  
 Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste  
 25  
 – vgl. auch Mission  
 Arbeitskreis für evangelische Aktionen in  
 der BRD u. Berlin (West) 25  
 Arbeitskreis Evangelischer Unternehmen  
 366  
 Arbeitslosigkeit 39,73,113,115,144,171  
 Arbeitsrecht 18  
 Arnheim 48  
 Arnoldshain 363  
 – Konferenz 47,312
- Asien 144  
 Asyl(recht) 151,365f.  
 Atheismus 25,51,94,138,294,352  
 Auferstehung 55,64,67  
 Augsburg 372f.  
 Augsburgische Konfession vgl. Confessio  
 Augustana  
 Ausbildungswesen 31,117ff.,182ff.,297,  
 300f.,310  
 – vgl. auch Bildung; Erwachsenenbildung;  
 Erziehung; Schulwesen; Theologiestu-  
 dium  
 Ausländer vgl. Arbeitnehmer; Mitbürger  
 Aussiedler 183,273  
 Autonomie, kirchliche 18  
 Autorität 36,41,54,65f.,82,93
- Bad Bevensen 21,71,134,136f.,368  
 – vgl. auch VELKD, Generalsynode  
 Bad Boll 166  
 Bad Herrenalb 157  
 Bad Neuenahr 152  
 Bad Saarow 364  
 Bad Sachsa 275  
 Baden 107  
 – Evangelische Landeskirche 178f.,181,  
 202ff., 216ff., 266, 275ff., 285ff.,  
 371  
 – Fachverband evangelischer Religions-  
 lehrer 181  
 Baden-Württemberg 107,130,141f.,145,  
 151  
 – vgl. auch Baden; Württemberg  
 Bamberg 130  
 Bahnhofsmision 273  
 – vgl. auch Mission  
 Bangalore 44,329,340,366  
 Bannung 337  
 – vgl. auch Südafrika  
 Barmen  
 – Theologische Erklärung 69, 78, 311,  
 333  
 Basel  
 – Freie Evangelische Akademie 48  
 Bayern 137,151  
 – Evangelisch-Lutherische Kirche 201ff.,  
 216ff.,256,265f.,373  
 – Landtag 50,100  
 Befreiungsbewegung 292f.  
 Beichte 140  
 Behinderte 171,202f.,214,273,364  
 – vgl. auch Diakonie

- Bekennende Gemeinschaften 31,40,42f.,  
46,49f.,52,124,131,365  
– vgl. auch Evangelikale; Internationale  
Konferenz; Konferenz Bekennender  
Gemeinschaften
- Bekennende Kirche 41,48,333,373
- Bekenntnis(schriften) 13,15,46,53,60,  
65ff.,69f.,131,136,139f.,311,325  
– lutherisch 58,60,63f.,310f.  
– reformiert 310  
– vgl. auch Confessio Augustana; Kirche,  
lutherische und reformierte; Konfession
- Belgien  
– Kirchen 367
- Belgrad 150,292,321f.,352,367  
– vgl. auch Helsinki; Konferenz für Si-  
cherheit und Zusammenarbeit in Eu-  
ropa
- Berlin  
– West 13,25,41,129,225,229,250f.,  
260ff.,266,371ff.  
– Ost 296,305,318,371
- Berlin-Brandenburg  
– Evangelische Kirche (West) 201ff.,  
216ff.,256,263,266,275ff.,285ff.,369,  
373  
– Bereich Berlin (West) 244,247,346  
– Evangelische Kirche (Ost) 314,346,  
348,351,358,367  
– Synode 353
- Berlin-Weißensee  
– Synode BEK/DDR (1978) 297ff.,306  
– vgl. auch Kirche, BEK/DDR, Synode
- Berufsschule 182
- Berufsverbot 102f.
- Beschäftigung(spolitik) 120f.,123,127,  
168ff.
- Bestattung 144,263,279
- Bethel 43ff.,75,134,157,167,170ff.,367  
– vgl. auch Kirche, EKD, Synode
- Bethlehem 55
- Bibel(arbeit) 24,29f.,44,46ff.,50,55,57,  
59,62,64ff.,118,121,133,136,140f.,144,  
171f.,281f.,298,311,333,335,341  
– Einheitsübersetzung 140f.
- Bielefeld 170
- Bildung 31,34,87,111,116,118f.,120,148,  
155ff.,158ff.,160ff.,167,174,177,180,  
294,351,354,369  
– vgl. auch Ausbildung(swesen)
- Bingen-Rüdesheim 373
- Blankenburger Allianz 305
- Bonn 101,135,147,149f.,296,363,367,373
- Bockenem/Hoheneggelsen 60
- Bossey bei Genf 364
- Botschaft 37f.,61f.,73,81,131,166
- Boykott vgl. Frauenarbeit
- Brandenburg 367
- Braunschweig 367  
– Evangelisch-Lutherische Landeskirche  
263,275ff.,285ff.,364
- Brekum 61,372  
– vgl. auch Mission
- Bremen 48  
– Evangelische Kirche 201ff.,216ff.,244,  
247,256,263,266,275ff.,285ff.  
– Evangelische Bekenntnisschule 49  
– Christliche Elterninitiative 50  
– Bürgermeister 101
- Breslau 372
- Brokdorf 20,89
- Brot für die Welt 91,273f.  
– vgl. auch Dritte Welt; Entwicklungs-  
hilfe; Ökumene
- Brüssel 363
- Buckow 329
- Bückendorf 373
- Bürgergemeinde 78f.
- Bürgerinitiative 34
- Bulgarien  
– orthodoxe Kirche 316,345  
– vgl. auch Kirchen, orthodoxe; Ortho-  
doxie
- Bundesländer 105,117ff.,127,177,253  
– Ministerpräsidenten 102  
– Kultusministerkonferenz 165,178,180
- Bundesrepublik Deutschland (BRD) 13,  
15,23ff.,41,49f.,78,81,86f.,91f.,116,  
123,127f.,143,147,158ff.,221ff.,235,  
250f.,260ff.,266,291,293f.,296,304,  
317,339,346,363,365f.  
– Bundesregierung 49ff.,105,107,110,  
119,177,253  
– Bundeskanzler (Schmidt) 102  
– Bundestag 50,100f.,107  
– Bundesrat 108  
– Bundesbildungsminister (Schmude)  
166
- Bundesverfassungsgericht 68,105ff.,109f.  
– vgl. auch Verfassung
- Bundeswehr  
– Evangelisches Kirchenamt 364  
– vgl. auch Militärseelsorge
- Burgscheidungen 361
- Buße 27,140
- Cambridge (USA) 368
- Chantilly 134,149,320f.,365
- Chorin 320,342,364
- Christen und Juden 153,363,371  
– vgl. auch Juden
- Christengemeinde 78f.



- Christlich Demokratische Union (CDU)
- (West) 49,83f.,88f.,90,92ff.,97,101f.,107,370
  - (Ost) 361
  - vgl. auch Parteien
- Christlich Soziale Union (CSU) 49,88f.,93,101f.,107,366
- Kommission Kirche und Staat 97ff.,370
  - vgl. auch Parteien
- Christliche Friedenskonferenz (CFK) 294,317f.
- Christologie 135
- Coburg 110
- vgl. auch Kirche, EKD, Synode
- Comenius-Institut 176,181f.,184
- Confessio Augustana 59,65,69,129,132,135,137ff.,303,308,313
- vgl. auch Bekenntnis
- Cuxhaven 191
- Daressalam 337
- Darmstadt 32,171
- Datenschutz, Datenverarbeitung 17,242
- Demokratie 49f.,84,86ff.,92ff.,98,100,104ff.,367
- Denkschriften 111f.,368
- Der Spiegel* 19f.,295
- Detmold 373
- Deutsch-deutsches Verhältnis 295f.
- Deutsch-Koschmin 373
- Deutsche Christen 136
- Deutsche Demokratische Republik (DDR)
- 13,32,40,141,273,291ff.
  - Staatsrat 301f.,348f.
  - Ministerrat 320
  - Innenministerium 349
  - Volksbildungsminister 355f.
  - Gesundheitsminister 349
  - Staatssekretär für Kirchenfragen 322,357ff.,365
  - Gespräch Staat–Kirche (6.3.1978) 296,298f.,301ff.,320ff.,347ff.
- Deutsche Evangelische Allianz 25
- Deutsche Evangelistenkonferenz 25
- vgl. auch Evangelisation
- Deutscher Bildungsrat 174
- Deutscher Caritas Verband 130,151
- Deutscher Katholikentag 20,130,132,137f.
- vgl. auch Freiburg; Kirche, römisch-katholische; Kirchentage
- Deutscher Verband für Gemeinschaftspflege und Evangelisation (Gnadauer Verband) 25f.,42,47,134
- Diakonie 31,37,39,72,81,91,116,123,130,143,146f.,150,157,194,202f.,208f.,214,268,281ff.,301,337,373
- vgl. auch Altenbetreuung; Behinderte; Kranke
  - politische 71,74,76,90
  - vgl. auch Kirche und Politik/Staat
- Diakonisches Werk der EKD 39,130,148,151,158,176,346
- vgl. auch Werke und Verbände
- Diaspora 91
- Dienste, kirchliche 38f.,63,91,99f.,122f.,146f.,166,184,312
- vgl. auch Diakonie; Werke und Verbände
- Dortmund 52,369
- Dresden 297,358,373
- Dritte Welt 17,273
- vgl. auch Entwicklungshilfe; Ökumene
- Drittes Reich vgl. Nationalsozialismus
- Duisburg 369
- Ebenhausen 372
- Ehe(scheidung) 36,48ff.,88,92,98,121ff.,145ff.,202f.,206f.,214,222ff.,229ff.,235,253ff.,259,368
- vgl. auch Wiederverheiratung
- Eigentum 49,83,114
- Einheit vgl. Gemeinschaft von Kirchen
- Einheitsübersetzung vgl. Bibel(arbeit)
- Eisenach 13
- Ekklesiologie 132,164,306
- Elberfeld 373
- Elbingerode 109f.
- vgl. auch Kirche, EKD, Synode
- Eltern vgl. Familie
- Emanzipation 29,162f.
- Energieproblem 20,72,91
- Entwicklungshilfe, (-länder) 15,39,78,91f.,112,151,202f.,215,321
- vgl. auch Dritte Welt; Ökumene; Ökumenischer Rat der Kirchen, Sonderfonds
- Erbsünde 56,64
- Erfurt 303f.,329,340,344,349,357,365
- Erlangen 29,56
- Erneuerung, geistliche 23,35,61,134
- Ersatzdienst vgl. Zivildienst
- Ersatzreligion 115,117,132
- vgl. auch Leistung
- Erwachsenenbildung 34,142f.,153,158,160,183ff.,195f.,204f.,210f.,215,371
- vgl. auch Ausbildungswesen
- Erziehung 34,36,49ff.,66,98f.,116,118ff.,124f.,155ff.,174,180,294,317,369,371
- vgl. auch Ausbildungswesen
- Essen 256
- Ethik 36,41,66,74f.,86,91,94ff.,112f.,131,161,172,331,335,368

- Eucharistie 129,133  
 – und Priesteramt 135,147,363  
 – vgl. auch Abendmahl; Interkommunion
- Eutin  
 – Evangelisch-Lutherische Landeskirche 191,242
- Evangelikale 14,24f.,40ff.,47ff.,52,131,133,173,368  
 – vgl. auch Bekennende Gemeinschaften
- Evangelisation 23ff.,29f.,35,41f.,44,133,365
- Evangelische Allianz 134
- Evangelische Kommentare* 81,97,101,108
- Evangelischer Pressedienst* (epd) 103,107ff.,130,136,145,298,304,308,323,329f.,336,346f.,357,371
- Europa 25,131,134,137f.,149f.,291f.  
 – Europaparlament 151,368  
 – Kirchenkommission in der EG 134  
 – vgl. auch Konferenz Europäischer Kirchen; Rat der Europäischen Bischofskonferenz
- Evangelium 16,21,25f.,33,42,45,59,64f.,67ff.,73ff.,78,81,89ff.,94,131,137,161,174,178,186,308,340,348  
 – vgl. auch Verkündigung
- Evanston 26
- Extremismus 102ff.,366  
 – vgl. auch Terrorismus
- Falkenstein (Vogtland) 297
- Familie(nbildung) 28,34,36,48ff.,92,98,116,121ff.,124,146,148,158,163,166,169,172f.,184,202f.,206f.,214,253,368,370
- Faschismus 103
- Faurndau bei Göppingen 183
- Feiertage, kirchliche 263f.,266
- Fellbach 130
- Fernsehen vgl. Medien
- Finanzen, kirchliche 18,36,38,43f.,46,299,303  
 – vgl. auch Kirchensteuer
- Föderalismus 18,313
- Forschungsstätte der Evangelischen Stiftungsgemeinschaft 369
- Fortbildung 182ff.  
 – vgl. auch Erwachsenenbildung
- Frankfurt am Main 16,129f.,132,148,156,158,160,162,166,171,363  
 – vgl. auch Kirche, EKD, Synode
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* 124
- Frankreich 29,224
- Frauen, Frauenarbeit 52,121,125,127,202f.,206f.,214,363,366,368
- Freiburg 32,130,137f.,156  
 – vgl. auch Deutscher Katholikentag; Kirche evangelische, EKD, Synode
- Freie Demokratische Partei (FDP) 101  
 – vgl. auch Parteien
- Freie Deutsche Jugend (FDJ) 362
- Freie Evangelische Gemeinden 25
- Freiheit 27,49,59,76,79,81,83,85,87,93,96f.,102,127f.,131,161ff.,349
- Freikirche 22,24f.,40,130,143,222f.,226,228ff.,237ff.,248f.,252,257f.,302,320,364
- Freizeit 34  
 – vgl. auch Urlaubserseelsorge
- Friede 49,75ff.,81,109f.,131,149f.,292f.,298,302f.,316ff.,320ff.,329f.,343f.,355f.,359ff.
- Friedrichshafen 371
- Frömmigkeit 15,27ff.,35,64,130,132,139f.  
 – vgl. auch Praxis, religiöse; Tradition
- Fundamentalismus 14,37,61
- Fußbal 291,303
- Gabaronse (Borswana) 367
- Gastarbeiter vgl. Arbeitnehmer
- Gebet 31,54,64f.,144
- Gebote Gottes 55,64
- Geburten 49,123ff.,221ff.,243ff.
- Gemeinde  
 – kirchliche 15,23ff.,30f.,33ff.,55,61,111,123,129f.,143,186,191ff.,197,268f.,281,313ff.,325f.,331,350f.  
 – kommunale 119
- Gemeindetag unter dem Wort 31,42,52,131,365  
 – vgl. auch Bekennende Gemeinschaften
- Gemeinschaft 20ff.,27f.,30ff.,39f.,61,77,84,91,133  
 – von Kirchen 13,16,18,45,131,133ff.,137ff.,149,298,300,303,306ff.,345ff.
- Genf 46f.,324,326f.,363,369
- Gerechtigkeit 87
- Gericht 55,64
- Gesellschaftsordnung, Gesellschaftspolitik 19,21,23,50f.,71ff.,87ff.,98,111,115ff.,151,161,163f.  
 – vgl. auch Kirche und Politik/Staat
- Gewalt 75ff.,92,131,150,318,322,338,363
- Gewerkschaft 167f.
- Gießen 372
- Glauben 27f.,35,51,56,64,76,95
- Gleichberechtigung 96,349,351ff.
- Glion 78,316,320,329,364  
 – vgl. auch Abrüstung

- Gnade 114,163,312  
 Godesberger Programm 86ff.  
 – vgl. auch Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
 Görlitz  
 – Evangelische Kirche 348,358  
 – Synode BEK/DDR (1977) 300,303, 306,319,322ff.,327f.,342  
 – vgl. auch Kirche, BEK/DDR, Synode  
 Göttingen 371f.,374  
 Gossner Mission 294,317f.  
 Gottesdienst 25,28,31,33ff.,39f.,79,90, 123,133,141ff.,146f.,151f.,156,161, 186,242,258,263ff.,267ff.,280,297, 305,311,313,317  
 Greifswald 371  
 – Evangelische Landeskirche 365  
 Griechenland 144,149  
 Grohnde 20  
 Groothusen 373  
 Groß Breesen 371  
 Großbritannien 41,153,366  
 – Kirchen 134f.,365  
 Großstadt 240,244,256f.,263,265f.,269  
 Grundgesetz 87,98,107f.,117  
 – vgl. auch Bundesverfassungsgericht, Verfassung  
 Grundordnung 13,15,17f.  
 – vgl. auch Kirchenverfassung  
 Grundrechte 93,102  
 Grundwerte 20ff.,36,49,51,72f.,80ff.,85f., 94f.,98f.,101f.,112ff.,117,119,122,128, 151,169,369  
 Gruppendynamik 41,47f.  
 Guerilla 43,46  
 Halle an der Saale 371  
 Hamburg 50f.,64,87,167,256  
 – Evangelische Landeskirche 53f.,58, 60f.,64,191,242,369  
 – Kirchenkreis Alt-Hamburg 35  
 – Bischof 68  
 – Kirchliche Hochschule 372  
*Hamburger Abendblatt* 24  
 Hannover 16,24,29,53,60,366,373  
 – Evangelisch-Lutherische Landeskirche 132,191,201ff.,216ff.,275ff.,285ff.,364  
 – reformierte Gemeinde 372  
 – vgl. auch Nordwestdeutschland  
 Hanns-Seidel-Stiftung 97,100  
 Harburg 191  
 Heidelberg 167,369,371,374  
 Heil, Heilslehre 56,66f.,72,91,93,114f., 163  
 Heilige Schrift vgl. Bibel  
 Helsinki 150,321,330,349,367  
 – vgl. auch Belgrad; Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
 Heppenheim 153  
 Herrenmahl 129,133  
 Hessen und Nassau 130,373  
 – Evangelische Kirche 38ff.,148,171, 201ff.,216ff.,256,263,275ff.,285ff.  
 – Landessynode 38f.  
 Hildesheim 373  
 Hochschule 160,165,177  
 – kirchliche 100,371ff.  
 Hoffnung 21f.,53,67,93,149,340ff.  
 Hofgeismar 156,372  
 Holstein 363  
 Humanismus 21,86  
 Humanwissenschaften 47,179  
 Indien 299  
 Industriegesellschaft 15,17,73,76,115  
 Innere Mission 299,349  
 – vgl. auch Mission; Werke und Verbände  
 Institution Kirche 19f.,27f.,33,37,52,65, 70,136,325  
 Interkommunion 129,135  
 – vgl. auch Abendmahl; Eucharistie  
 Internationale Konferenz Bekennender Gemeinschaften 41f.,366,370  
 – vgl. auch Bekennende Gemeinschaften; Konferenz Bekennender Gemeinschaften  
 Iran 299  
 Islam 75,225  
 Israel 136,153,291  
 Istanbul  
 – Ökumenisches Patriarchat 363  
 – vgl. auch Konstantinopel  
 Italien 144,223f.,291  
 Jamaika 340  
 Japan 315  
 Jena 371,373  
 Jerusalem 42  
 Johannesburg 366  
 Juden(tum) 129,151ff.,366  
 – Zentralrat 155  
 – vgl. auch Christen und Juden; Reichskristallnacht  
 Jugend, Jugendarbeit 19,23,29,34,36,92, 121,132,168,171,180,195,202f.,206f., 214,303ff.,310,356,362  
 Jugendhilfegesetz 49ff.  
 Jugendreligionen 19,22  
 – vgl. auch Sekten  
 Jugoslawien 144,223f.,340  
 Jungfrauengeburt 55,64  
 – vgl. auch Mariologie

- Kambodscha 291  
 Kapitalismus 305,332  
 Karlsruhe 157,185,374  
 Kassel 88,145  
 Katechismus 21,23,55,59,65f.  
 Katholizismus 87,101f.,129ff.,136,138f.,  
 151,224ff.,235  
 – vgl. auch Kirche, römisch-katholische;  
 Papst; Rom  
 Kein anderes Evangelium 41,43  
 Kiel 53,256  
 Kernenergie vgl. Energieproblem  
 Kiew 344  
 Kinder 113,119,125f.,130,163,166,168f.,  
 171ff.,175,180,221,257,264f.,273,299,  
 301,303,310  
 Kindergärten 174ff.,303,349,355f.  
 Kirche  
 – altkatholische 143,248,257  
 – anglikanische 134f.  
 – evangelische  
 – – Bund der evangelischen Kirchen in  
 der DDR (BEK/DDR) 13,32,134,  
 291,296ff.,311ff.,318,320,326,329,  
 336,338ff.,342,345,347,349ff.,356,  
 364f.,367f.  
 – – Theologische Studienabteilung 310,  
 344  
 – – Ausschuß Kirche und Gesellschaft 345  
 – – Konferenz der Kirchenleitungen  
 77,296,298,300ff.,306f.,312,315ff.,  
 318f.,322,326,331,337f.,342,345,  
 347ff.,353,356f.,359,364f.,367  
 – – Synode vgl. Berlin-Weißensee; Gör-  
 litz; Potsdam-Hermannswerder; Züs-  
 sow  
 – – Gliedkirchen 310ff.,318,323,326,  
 337,348,359  
 – vgl. auch Berlin-Brandenburg (Ost);  
 Görlitz; Greifswald; Landeskirchen;  
 Sachsen; Thüringen  
 – – Evangelische Kirche in Deutschland  
 (EKD) 13ff.,29,38,40,42f.,45,52,  
 76,78,134f.,144,147,155,165,174,  
 180,191ff.,242,247,249,258,292,  
 303,307,312,336,338f.,367  
 – – Rat 16,26,29,31f.,42,46,77,80,92,  
 94,102,105,108f.,110f.,141,145,  
 152,155,158ff.,165,177,345,363f.,  
 366,368,370,373  
 – – Ratsvorsitzender 24,134,346  
 – – Beauftragter, Bevollmächtigter 150,  
 158  
 – – Synode 13f.,32,43ff.,75,80,102,  
 109f.,116,118ff.,130f.,134,155ff.,  
 166ff.,177,183,369  
 – – Ausschüsse 104,116  
 – – vgl. auch Bethel; Coburg; Elbinge-  
 rode; Frankfurt am Main; Freiburg  
 – – Kirchenkonferenz 16,31,363,366,  
 368  
 – – Kirchenkanzlei 16,116,152,155,  
 157,159,182,184,191,242,288,308,  
 363,366  
 – – Kirchliches Außenamt 16,134,  
 147f.,364,360  
 – – Bildungspolitischer Ausschuß 156f.,  
 158,166f.,174f.,182ff.,370  
 – – Haushaltsausschuß 45  
 – – Kammer für soziale Ordnung 111f.,  
 221,243,364f.,368  
 – – Kammer für öffentliche Verantwor-  
 tung 102ff.,345,366  
 – – Gliedkirchen 13ff.,31,38,45,103,  
 105,121,134,155,158,177,180f.,  
 191f.,242,252,254ff.,259,262ff.,  
 267,275ff.,288f.  
 – vgl. auch Baden; Bayern; Berlin-Brand-  
 enburg (West); Braunschweig; Bre-  
 men; Eutin; Hamburg; Hannover; Hes-  
 sen-Nassau; Kurhessen-Waldeck; Lan-  
 deskirchen; Lippe; Lübeck; Niedersach-  
 sen; Nordelbien; Nordwestdeutschland;  
 Oldenburg; Pfalz; Rheinland; Schaum-  
 burg-Lippe; Schleswig-Holstein; West-  
 falen; Württemberg  
 – – Evangelische Kirche der Union  
 (EKU)  
 – – (West) 193,203ff.,307f.  
 – – (Ost) 298,300,306ff.,310ff.,346ff.,  
 358  
 – griechisch-orthodoxe 134f.,145,147,  
 149,225,249,258  
 – vgl. auch Kirchen, orthodoxe  
 – lutherische 23,53f.,62ff.,67ff.,132,  
 139,142,307f.,311  
 – vgl. auch Bekenntnis; Lutherischer  
 Weltbund; Vereinigte Evangelisch-Lu-  
 therische Kirche (Deutschlands)  
 – reformierte 143  
 – vgl. auch Bekenntnis; Nordwestdeutsch-  
 land; Reformierter Bund  
 – römisch-katholische 14,29,38,49,80,  
 98,129f.,133ff.,137,138ff.,165,170,  
 178,222ff.,249,252,254ff.,262,288,373  
 – Deutsche Bischofskonferenz 80,132f.,  
 140f.,145f.,148,329  
 – Rat der Europäischen Bischofskonfe-  
 renz 133,149,316,320,365  
 – vgl. auch Katholizismus; Papst; Rom  
 – unierte 307f.  
 – vgl. auch Evangelische Kirche der Union



Kirche und Politik/Staat 14f.,39,71ff.,  
87f.,90,92,97ff.,101ff.,127,164,292,  
294,303,370  
– vgl. auch Amt, kirchliches; Gesell-  
schaftsordnung; Staat

Kirchen  
– orthodoxe 129,133ff.,138,145,147ff.,  
225,248f.,252,257f.,262,316,340,  
344ff.,363,367  
– vgl. auch Orthodoxie  
– reformatorische 134,221ff.  
– im Sozialismus 13,94,304,339ff.,  
347ff.,353

Kirchenaustritt vgl. Kirchenmitgliedschaft

Kirchenbauten 302f.,349

Kirchengeschichte 170f.,325,371

Kirchengesetze 17,53,63f.

Kirchenkampf 41,136,312

Kirchenleitungen vgl. Landeskirchen

Kirchenmitgliedschaft 17,20,30,35ff.,91,  
132,196,222ff.,242ff.,252,258,269ff.,  
275,286f.

Kirchenmusik 15, 144, 268, 284f., 300,  
303

Kirchenreform vgl. Erneuerung

Kirchensteuer 18,288ff.,369  
– vgl. auch Finanzen

Kirchentage 19f.,31,130,132,134,296  
– Deutscher Evangelischer (BRD) 14,52  
– Evangelische (DDR) 299,303ff.,357,  
365,367  
– vgl. auch Deutscher Katholikentag

Kirchenverfassung 13,91,364,369  
– vgl. auch Grundordnung

Köln 256

Kolonialismus 17

Kommunikation 113f.,142,157,168

Kommunität 29,31,122

Kommunismus 291,293f.

Konferenz Bekennender Gemeinschaften  
in den evangelischen Kirchen Deutsch-  
lands 26,43f.,47,180,365,368f.  
– vgl. auch Bekennende Gemeinschaften;  
Internationale Konferenz

Konferenz Europäischer Kirchen (KEK)  
134,138,149,315f.,320,322,326,328f.,  
364,367,369  
– vgl. auch Europa; Rat der Europä-  
ischen Bischofskonferenz

Konferenz für Sicherheit und Zusammen-  
arbeit in Europa (KSZE) 292,316,322  
– vgl. auch Belgrad; Helsinki

Konfession(szugehörigkeit) 14,27,29,37,  
90,129,131,135,139ff.,150,221ff.,  
253f.,369  
– vgl. auch Bekenntnis

Konfessionskundliches Institut des Evange-  
lischen Bundes 129

Konfirmation 180f.,244,252,263,277,305,  
310

Konservativismus 40f.,48f.,52,70,80,87,  
89,95,97

Konstantinopel  
– Patriarchat 133,147f.  
– vgl. auch Istanbul

Kranke, Krankenbetreuung 48,113,194,  
202f.,208f.,214,273,301

Kriegsdienstverweigerung 107ff.,110,366,  
369  
– vgl. auch Zivildienst

Kuba 291,319

Kurhessen-Waldeck  
– Evangelische Kirche 185,201ff.,216ff.,  
256,263,266,275ff.,285ff.  
– Landesbischof 89  
– Landessynode 369

Lage-Hörste 373

Laien 38,42,135,146,306,327

Landeskirchen 15,17f.,24f.,38,47f.,51,54,  
60,91,178,191ff.,247,265f.,310,328,  
346  
– vgl. auch Kirche, evangelische, BEK/  
DDR und EKD, Gliedkirchen

Lateinamerika 75,143

Lausanne 25,41f.,365  
– vgl. auch Evangelisation

Leben nach dem Tode 55,64

Lebenssinn 20,31

Lehrbeanstandung, Lehrzuchtverfahren  
51ff.,63f.,69,368f.  
– vgl. auch VELKD, Senat für Lehrfra-  
gen, Spruchkollegium

Lehrerverbände 166f.

Lehrgespräche 59,129,140,310,372

Lehre, Lehrpluralismus 35,62,70

Leibsborge 72

Leipzig 303f.,371,373

Leistung 111ff.,120,122,159,163,168f.,  
368  
– vgl. auch Ersatzreligion

Leuenberger Konkordie (Konkordie refor-  
matorischer Kirchen in Europa) 14,  
137,308,326,373

Leningrad 129

Liberalismus 50f.,58,70,87,93,95,97

Limburg 148

Lippe  
– Evangelische Landeskirche 201ff.,  
216ff.,256,263,266,275ff.,285ff.

Literatur, kirchliche 141,144,298,301,  
350ff.,371

- vgl. auch Publizistik
- Liturgie 29,140ff.,148
- Loccum 69,135
- London 41,366
- Ludwig-Hofacker-Vereinigung 42,46
- Lübeck 53,363
- Evangelisch-Lutherische Kirche 242, 372
- Łuck (Wolhynien) 372
- Lüttich 141
- Ludwigshafen 371
- Lund 325
- Lutherischer Weltbund 135,147,313,325, 337,364,366f.,372
- Lutherjubiläum 303,349
- Luthertum vgl. Bekenntnis; Kirche, lutherische; Lutherischer Weltbund; Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche (Deutschlands)
- Luxemburg 141
  
- magnus consensus 58f.,62,69
- Männerarbeit 202f.,206f.,214
- Mainz 148
- Mandat vgl. Diakonie, politische; Kirche und Politik
- Mannheim 372
- Marburg 53,371
- Mariologie 131ff.,137
- vgl. auch Jungfrauengeburt
- Marktrechwitz 373
- Marxismus-Leninismus 41f.,44,50f.,103, 111f.,138,180,295,331,341,348,350, 354
- Materialismus 102,331,348
- Mecklenburg 304,372
- Medien 24,145,162,204f.,210f.,215,265, 294,301,318,348,351,353,355
- vgl. auch Presse; Publizistik
- Meditation 31,33
- Meersburg 371
- Menschenbild, christliches 21,98f.,102
- Menschenrechte 44,75f.,104,150f.,291, 303,355,364,366,369
- Metropole vgl. Kirche, griechisch-orthodoxe
- Michaelsbruderschaften 373
- Militär 292,338,344,364
- Militärseelsorge 103,109,143,197,290,364
- Militarisierung, Militarismus 316,356
- vgl. auch Wehrunterricht
- Minsk 129
- Mission 16,25ff.,40,42,61,91,143,157, 268,273,281f.,367,372
- vgl. auch Diakonie; Werke und Verbände
  
- Missionarisches Jahr 1980 24ff.,31f.,42, 131,363,366
- vgl. auch Volksmission
- Mitarbeiter, kirchliche 182,195f.,204f., 210f.,215,301,350,364
- Mitbürger, ausländische 135,144f.,168, 171,175,221,250f.,260ff.
- vgl. auch Arbeitnehmer
- Moçambique 315
- Molsheim/Elsaß 371
- Monarchie 87
- Moskau 296,330,368
- München 53,64,93,143f.,250
  
- Nairobi 43f.,132,331
- Namibia 42,318
- Nassenerfurth 372
- Nation 292f.
- Nationalsozialismus 41,80,94,136,366
- Naturwissenschaft 57f.,179,333
- vgl. auch Theologie und Naturwissenschaft
- Neu Delhi 149
- Neuburg an der Donau 373
- Neues Testament 24,59,62,65ff.,136, 140f.,298
- vgl. auch Bibel
- Neureligionen vgl. Sekten
- Neuseeland 41,366
- Niederlande 48
- vgl. auch Rat der Kirchen 344
- Niedersachsen 125,132
- Konföderation der evangelischen Kirchen 364,368
- Nordelbien
- Evangelisch-lutherische Kirche 35,60, 68f.,91,191,201ff.,216ff.,242,256,263, 266,275ff.,285ff.,363,369
- Nordhessen
- Rat christlicher Kirchen 141
- Nordrhein-Westfalen
- Arbeits- und Sozialministerium 372
- Nordwestdeutschland
- Evangelisch-reformierte Kirche 132, 201ff.,216ff.,256,263,266,275ff., 285ff.,372f.
- Nowgorod 129
- Nowosibirsk 332
- Nürnberg 130,137
  
- Öffentlicher Dienst 102ff.
- Ökologie 330f.,335
- vgl. auch Umwelt
- Ökonomie 101,115,332,341
- vgl. auch Wirtschaft
- Ökumene 14f.,16f.,39ff.,52,91,104,129,

- 139ff., 202f., 215, 268, 273f., 281f., 291f., 297, 299, 303, 315, 318f., 323f., 334, 339, 344, 363
- vgl. auch Dritte Welt; Entwicklungshilfe
  - innerdeutsche 129ff., 273, 327, 363, 373
  - vgl. auch Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen
- Ökumenischer Rat der Kirchen (ÖRK)
- 15ff., 42ff., 46, 77f., 131, 134, 170, 173, 292, 315f., 320, 326, 328f., 330, 363ff.
  - Vollversammlung 43, 132
  - Exekutivausschuß 337
  - Zentralauschuß 337ff.
  - Glaube und Kirchenverfassung (Kommission) 44, 135, 325, 329, 340, 366
  - Sonderfonds (Antirassismus Programm) 15, 42ff., 326f., 363, 368
  - vgl. auch Antirassismus; Dritte Welt; Entwicklungshilfe; Patriotische Front
- Österreich 141, 224, 371
- Oldenburg 372
- Evangelisch-lutherische Kirche 201ff., 216ff., 256, 263, 266, 364
- Opposition, kirchliche 40
- Ordination 56, 59f., 62, 65, 67, 69, 129, 310ff.
- Orthodoxie 129, 135, 137, 147ff., 316, 340
- vgl. auch Kirchen, orthodoxe
- Ostblock, Osteuropa 43f., 51, 75, 112, 138, 322, 330, 340
- Paderborn 129, 143, 170
- Papst(wahl) 129, 135f., 291
- vgl. auch Katholizismus; Kirche, römisch-katholische; Rom
- Parteien 20, 34, 49, 52, 80, 83ff., 94f., 98ff., 101, 103ff., 109
- vgl. auch Christlich Demokratische Union; Christlich Soziale Union; Freie Demokratische Partei; Kommunistische Partei Deutschlands. Sozialdemokratische Partei Deutschlands; Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
- Partikularismus 307
- Patriotische Front 42f., 366ff.
- vgl. auch ökumenischer Rat der Kirchen, Sonderfonds
- Pattaya bei Bangkok 365
- Pfalz
- Evangelische Landeskirche 201ff., 216ff., 266, 275ff., 285ff., 365, 369, 371
- Pfarrer 191ff.
- Ehen 121
- Pfarrerinnen 195ff.
- Philosophie 58, 86
- Pluralismus, Pluralität 22f., 49, 73, 82, 90, 92, 99, 150
- Pnom-Penh 291
- Polen 135
- Kirche 372
- Politisierung 51f., 74, 89, 100
- Pornographie 49f.
- Portugal 223f.
- Potsdam 297, 300, 310
- Potsdam-Hermannswerder
- Synode BEK/DDR (1974) 326
  - vgl. auch Kirche BEK/DDR, Synode Prag 339f.
- Praxis, religiöse 14, 22, 26, 31
- vgl. auch Frömmigkeit; Tradition
- Predigt 21, 33, 39, 41, 59ff., 64, 67, 69f., 74f., 81, 124, 153
- Presse 24, 295f., 317, 347f., 353
- vgl. auch Medien; Publizistik
- Preußen 371
- Prinzip Liebe 53, 56f., 61, 65ff., 72
- Protestantismus 19, 32, 51f., 60, 90ff., 101, 129f., 132, 139, 150
- Publizistik, kirchliche 100, 130ff., 145, 298, 347, 373
- vgl. auch Literatur, kirchliche
- Pullach bei München 47
- Radikalismus 51f., 93
- vgl. auch Terrorismus
- Rassismus 15, 336, 338, 340, 355
- vgl. auch Antirassismus; Ökumenischer Rat der Kirchen, Sonderfonds
- Rastede 364
- Rat der Europäischen Bischofskonferenz 133, 149, 316, 320, 365
- vgl. auch Europa; Konferenz Europäischer Kirchen
- Rechtfertigung 74, 132, 135, 140, 156, 163, 308
- Reformation 16, 21, 28, 69, 115, 136, 138, 178, 336, 367
- Reformierter Bund 193, 203ff., 373
- Regensburger Symposien 133
- vgl. auch Orthodoxie
- Reichskristallnacht 151f., 299, 303, 367f.
- vgl. auch Juden
- Reisegenehmigung 315
- Religion 19, 21, 23, 96
- Religionsfreiheit 104, 342
- Religionspädagogik, Religionsunterricht 20f., 26, 34, 39, 50, 90, 103, 127, 131, 142, 157f., 165, 176ff., 179, 181, 193, 204f., 210f., 215, 305
- vgl. auch Ausbildungswesen
- Religionszugehörigkeit vgl. Konfession
- Religiöse Sozialisten 372
- Religiosität 20f., 71
- Revision der Lutherbibel 15, 24, 141, 369

- vgl. auch Bibel
- Revolution 45,291,339,366
- Rheinland
  - Evangelische Kirche 201ff.,216ff.,275ff.,285ff.,369,372f.
  - Landessynode 148,152,363
- Rheinland-Pfalz 107
  - vgl. auch Pfalz
- Rheinland-Westfalen
  - Bekenntnisbewegung 48
  - vgl. auch Westfalen
- Rhodesien 41ff.
- Rom
  - Glaubenskongregation 145
  - Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen 135
  - I. Vatikanum 136
  - II. Vatikanum 135,139
  - vgl. auch Katholizismus; Kirche, römisch-katholische; Papst
- Rottenburg 144
- Rostock 372
- Rotbuch Kirche 51f.
- Rüstung 78,150,343,363
  - vgl. auch Abrüstung; Glion
- Rumänien
  - orthodoxe Kirche 135,340
  - vgl. auch Kirchen, orthodoxe
- Rundfunk vgl. Medien
- Sachsen
  - Evangelisch-Lutherische Landeskirche 348,373
  - Synode 297,358
  - Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen 275,314,348,365
  - Synode 358
- Sachsen-Anhalt
  - Evangelisches Jungmännerwerk 305
- Säkularisation, Säkularismus 14,90,92,115,342
- Sogorsk 344
- Sakramente 70,91,140,148
- Schaumburg-Lippe
  - Evangelisch-Lutherische Landeskirche 43,46,201ff.,216ff.,248,256,263,275ff.,285ff.,368
- Schleswig-Holstein
  - Evangelisch-Lutherische Landeskirche 191,242
- Schrift und Bekenntnis 52ff.,66,70
  - vgl. auch Bekenntnis; Bibel
- Schriftsteller 295f.
- Schulwesen 51,123,131,141,159f.,163f.,168ff.,172,177f.,183,193ff.,204f.,210f.,215,356
  - vgl. auch Ausbildungswesen
- Schweden 128
- Schweiz 141
- Schwerin 372
- Seelsorge 22f.,26,33f.,39f.,44,47f.,71f.,77,82,90f.,123f.,127,130,143,156,202f.,206ff.,214,273,301,305,349,354
- Sekten 20,22f.
  - vgl. auch Jugendreligionen
- Selbstentfaltung 113,161
- Sexualität, Sexualkundeunterricht 49ff.,126f.,181
- Siofok 367
- Solidarität 83f.,87,111,113,116,131,144,163,364
- Somalia 291
- South West African People's Organisation (SWAPO) 42,368
- Soweto 337
- Sowjetunion 40,43,129,319,343,354,366
  - russisch-orthodoxe Kirche 129,316,344,367
  - vgl. auch Kirchen, orthodoxe
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 85ff.,101
  - vgl. auch Parteien
- Sozialismus 80,86,95,100,291ff.,295,305,316,319f.,329,352,360f.,368
  - christlicher 97
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 293,295,318,353f.,372
  - vgl. auch Parteien
- Sozialordnung, Sozialpolitik 83,101,112f.,115f.,127,138,364
- Sozialversicherung 221,243
- Spanien 144,223f.
- Spiritualität 23,29ff.,132,149
- Staat
  - Gespräch Staat–Kirche in der DDR (6.3.1978) 296,298f.,301ff.,320ff.,347ff.
  - vgl. auch Gesellschaftsordnung; Kirche und Politik/Staat
- Staatsangehörigkeit 221,224
- Starnberg 56
- Statistik, kirchliche 191ff.
- Stiftung pro oriente 133
  - vgl. auch Orthodoxie
- Stockport 371
- Strafrecht 23,49,88
- Strafvollzug 273,301,349
- Stralsund 303f.,365
- Straßburg 141
- Straßenverkehr 145
- Studentenarbeit 195f.,202f.,206f.,214
- Studentengemeinde 52,100



Studienaustausch 344f.  
 Stuttgart 52,131,144f.,365  
 Südafrika 40f.,46,52,77,135,318,336ff.,  
 363f.,368  
 – Kirchenrat 366  
 Südamerika 40  
*Süddeutsche Zeitung* 20,164  
 Südkorea 135,364  
 Südtirol 141  
 Synoden vgl. Berlin-Brandenburg; Berlin-  
 Weißensee; Bethel; Coburg; Elbingero-  
 de; Frankfurt a.M.; Freiburg; Görlitz;  
 Hessen-Nassau; Kurhessen-Waldeck;  
 Potsdam-Hermannswerder; Rheinland;  
 Sachsen; Württemberg; Züssow  
 Taizé 29  
 Taufe 35ff.,140,147,177,242ff.,276,305,  
 311ff.  
 Telefonseelsorge 34,48,202f.,206f.,214,  
 273  
 Terrorismus 46,73,90,92,94,102,291,339  
 Tettenborn 275  
 Theologie, Theologen 16,21,23f.,31,35,  
 37,43f.,46,53f.,57ff.,62,64,70,76,81f.,  
 89,102,131,135,173,197ff.,333ff.,367  
 – Theologie und Naturwissenschaft 53,  
 56,61,65,369  
 – vgl. auch Naturwissenschaft  
 Theologiestudium 158,181,184,196,198f.,  
 297f.,204f.,210f.,215ff.  
 – vgl. auch Ausbildungswesen  
 Thomismus 132  
 Thüringen  
 – Evangelisch-Lutherische Landeskirche  
 365  
 Toleranz 51,58f.,68,88,95  
 Totalitarismus 99  
 Tradition 22f.,25,37,66f.,71,73,82,136,  
 147,149,161,325  
 – vgl. auch Frömmigkeit; Praxis  
 Trauung 121,123,126,242,253ff.,278,305  
 – vgl. auch Ehe  
 Treumark/Kreis Hohensalza 371  
 Trinitätslehre 66  
 Tschechoslowakei 365  
 Tübingen 41,78,170,181,374  
 Türkei 144,251  
 Tutzing 367  
 Umweltschutz 39,73,91,329f.,368  
 – vgl. auch Ökologie  
 Una Sancta 142  
 United Nations Organisation (UNO) 292,  
 303,316,320,322,369  
 Universitätsinstitute, ökumenische 135

Urlauberseelsorge 202f.,208f.,214  
 – vgl. auch Seelsorge  
 Vereinigte Evangelische Mission 367  
 – vgl. auch Mission  
 Verbände vgl. Diakonie; Werke und Ver-  
 bände, kirchliche  
 Verfassung 63f.,68,79,86,88,92ff.,98,  
 105ff.,117ff.  
 – vgl. auch Bundesverfassungsgericht;  
 Grundgesetz; Kirchenverfassung  
 Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche  
 (Deutschlands)  
 – VELKD/BRD 43ff.,53,55f.,59,63,68,  
 133,138,156,193,203ff.,312,364,368  
 – Leitender Bischof 21,368  
 – Bischofskonferenz 124f.,253,368  
 – Generalsynode 21f.,47,71,124,127f.,  
 136,142,254,368  
 – Senat für Lehrfragen 53,56, 62f.,68  
 – Spruchkollegium 53,56,58,60,63ff.,69  
 – Ökumenischer Ausschuß 372  
 – Seelsorgeausschuß 47  
 – Theologischer Ausschuß 71ff.  
 – Catholica-Beauftragter 136  
 – Arbeitskreis religiöse Gemeinschaften  
 22  
 – Lutherisches Kirchenamt 53  
 – VELKD/DDR 298,300,306ff.,310ff.,  
 313,346,348,358,369  
 – Generalsynode 308,368  
 Vereinigte Staaten von Nordamerika 29,  
 41,343f.,366  
 – Kirchen 16,315  
 – Nationaler Christenrat 292,302,320ff.,  
 330,342ff.,364  
 Vereinigung Landeskirchlicher Gemein-  
 schaften (Gnadauer Verband) 26,42,  
 47,134  
 Verkündigung 16,23,26,30,39f.,53,56,59,  
 65ff.,70,79,90f.,97,100,127,141,148,  
 156,161,186,305,311ff.,343,345  
 – vgl. auch Evangelium  
 Verlage vgl. Literatur, kirchliche  
 Volkskirche 25,29,31ff.,35ff.,40,52,78,  
 80f.,156,161  
 Volksmission 25ff.,32,202f.,208f.,214  
 – vgl. auch Missionarisches Jahr 1980  
 Wächteramt 46,92  
 Warschau  
 – Christlich-Theologische Akademie 367  
 Warschauer Pakt 291,293,343  
 Wartheland 372  
 Wehr(kunde)unterricht 77,292,294,296,  
 298,302ff.,322,355ff.,361f.,365,368

- vgl. auch Militarisierung
- Wehrpflicht 107f.,110
- vgl. auch Kriegsdienstverweigerung
- Weimar 368
- Weimarer Republik 94f.
- Weißbach/Thüringen 372
- Weltentstehung 55,64
- Weltkonferenz
  - Glaube, Wissenschaft und Zukunft (1979) 329ff.
- Weltkrieg
  - Erster 25
  - Zweiter 14,16,303
- Weltmission 268,281f.
  - vgl. auch Mission
- Weltrat der Kirchen vgl. Ökumenischer Rat der Kirchen
- Werke und Verbände, kirchliche 24f.,31, 158,186,299,346,349
  - vgl. auch Diakonisches Werk; Mission
- Westfalen
  - Evangelische Kirche 26f.,201ff.,216ff., 275ff.,285ff.
  - Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche 369
- Wiederverheiratungen 240f.,253,258ff.
  - vgl. auch Ehe
- Widerstand 78f.
- Wien 78,133,139
  - Ökumenischer Arbeitskreis 139ff.
- Wirtschaft 92f.,111,163,332,338,366
  - vgl. auch Ökonomie
- Wittenberg 349
- Wölmersen bei Altenkirchen 42
- Wort und Sakrament 33
- Württemberg 42,181
  - Evangelische Landeskirche 47,178ff., 186,201ff.,216ff.,265f.,275ff.,285ff.
  - Landessynode 32,46f.,170,172ff.,369
  - Kirchliche Bruderschaft 363
  - Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung 186ff.
  - vgl. auch Baden-Württemberg
- Würzburg
  - Synode der Bistümer 135
- Wuppertal 367,373
- Zentralismus 18
  - demokratischer 332
- Zeugnis und Dienst 13,26,34,81,135,296, 299,325,327
- Zimbabwe 42,366ff.
- Zivildienst 107ff.,202f.,214,366
  - vgl. auch Kriegsdienstverweigerung
- Züssow
  - Synode BEK/DDR (1976) 298,300, 306,308
  - vgl. auch Kirche BEK/DDR, Synode
- Zwei-Reiche-Lehre 132,333











BX  
8020  
A2  
K5  
V.105

THEOLOGY LIBRARY  
SCHOOL OF THEOLOGY  
AT CLAREMONT  
CLAREMONT, CALIFORNIA

334467

23-262-002

